



Kanton Basel-Stadt

2008

2007

2006

2005

2004



2007

# Jahresbericht

**Kanton Basel-Stadt**

# **Jahresbericht 2007**

bestehend aus

**der Rechnung**

**dem 174. Verwaltungsbericht des Regierungsrates**

**dem 161. Bericht des Appellations-Gerichts über die Justizverwaltung**

**dem 20. Bericht der Ombudsstelle**

**an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Die Einleitung</b>	<b>9</b>
1.1 Vorwort des Regierungsrates . . . . .	11
1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen . . . . .	13
1.2.1 Zusammenfassung . . . . .	13
1.2.2 Betrachtung im Detail . . . . .	13
<b>2 Der Kanton und die Departemente</b>	<b>17</b>
2.1 Finanzielle Eckwerte . . . . .	18
2.1.1 Überblick . . . . .	18
2.1.2 Laufende Rechnung . . . . .	18
2.1.3 Investitionsrechnung . . . . .	20
2.1.4 Finanzierungsrechnung . . . . .	20
2.1.5 Nettoschulden und Schuldenquote . . . . .	21
2.1.6 Strukturelle Kennzahlen . . . . .	21
2.2 Langfristige Kennzahlen . . . . .	23
2.2.1 Finanzierungssaldo . . . . .	23
2.2.2 Selbstfinanzierungsgrad . . . . .	23
2.2.3 Steuern nach Kategorie . . . . .	24
2.2.4 Schulden . . . . .	24
2.2.5 Schulden pro Kopf . . . . .	25
2.2.6 Relative Zinsbelastung . . . . .	25
2.2.7 Durchschnittszinssatz der konsolidierten Schulden . . . . .	26
2.2.8 Vermögenslage . . . . .	26
2.3 Inhaltliche Akzente und Finanzen der Gesamtdepartemente . . . . .	27
2.3.1 Baudepartement . . . . .	27
2.3.2 Erziehungsdepartement . . . . .	31
2.3.3 Finanzdepartement . . . . .	33
2.3.4 Gesundheitsdepartement . . . . .	35
2.3.5 Justizdepartement . . . . .	37
2.3.6 Sicherheitsdepartement . . . . .	39
2.3.7 Wirtschafts- und Sozialdepartement . . . . .	41
<b>3 Die Rechnung</b>	<b>45</b>
3.1 Laufende Rechnung . . . . .	46
3.1.1 Finanzielle Übersicht . . . . .	46
3.1.2 Aufwand . . . . .	46
3.1.3 Ertrag . . . . .	51
3.1.4 Beiträge an Eigene Anstalten . . . . .	56
3.1.5 Beiträge an Private Institutionen . . . . .	57
3.2 Investitionsrechnung . . . . .	65
3.2.1 Übersicht . . . . .	65
3.2.2 Ausgaben . . . . .	65
3.2.3 Einnahmen . . . . .	65
3.2.4 Darlehen und Beteiligungen . . . . .	66
3.3 Bestandesrechnung . . . . .	67
3.3.1 Überblick . . . . .	67
3.3.2 Aktiven . . . . .	67
3.3.3 Passiven . . . . .	68
3.3.4 Anhang zur Bilanz . . . . .	70

3.4	Geldflussrechnung . . . . .	88
3.5	Konsolidierung mit Rechnung IWB . . . . .	90
3.5.1	Laufende Rechnung konsolidiert . . . . .	90
3.5.2	Bestandesrechnung konsolidiert . . . . .	91
3.6	Antrag des Regierungsrates zur Rechnung . . . . .	93
<b>4</b>	<b>Die Investitionen</b>	<b>97</b>
4.1	Investitionsbereiche und grösste darin enthaltene Investitionsvorhaben . . . . .	98
4.1.1	Investitionsplafonds . . . . .	98
4.1.2	Die grössten Vorhaben . . . . .	99
4.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur . . . . .	99
4.1.4	Öffentlicher Verkehr . . . . .	99
4.1.5	Gesundheit . . . . .	100
4.1.6	Bildung . . . . .	101
4.1.7	Übrige . . . . .	101
4.2	Investitionsübersichtslisten . . . . .	103
4.2.1	Ausschöpfung der Plafonds . . . . .	103
4.2.2	Investitionsübersichtliste . . . . .	103
<b>5</b>	<b>Das Personal</b>	<b>127</b>
5.1	Inhaltliche Akzente . . . . .	128
5.2	Personalkennzahlen . . . . .	130
5.2.1	Personalbestand . . . . .	130
5.2.2	Lohnaufwand . . . . .	131
5.2.3	Dauer der Betriebszugehörigkeit . . . . .	132
5.2.4	Altersstruktur . . . . .	132
5.2.5	Beschäftigungsstruktur . . . . .	132
5.2.6	Fluktuationsquote . . . . .	133
5.2.7	Absenzenquote . . . . .	133
5.2.8	Verteilung nach Wohnsitzkantonen . . . . .	134
5.2.9	Weiterbildungsquote (ohne IWB) . . . . .	134
5.2.10	Koordination Berufsbildung . . . . .	134
5.2.11	Stellen ausserhalb Headcount . . . . .	136
<b>6</b>	<b>Die Regierung und die Verwaltung</b>	<b>137</b>
6.1	Die Regierung . . . . .	138
6.2	Verwaltung - Dienststellen ohne Globalbudget . . . . .	145
6.2.1	Baudepartement . . . . .	145
6.2.2	Erziehungsdepartement . . . . .	167
6.2.3	Finanzdepartement . . . . .	237
6.2.4	Gesundheitsdepartement . . . . .	253
6.2.5	Justizdepartement . . . . .	277
6.2.6	Sicherheitsdepartement . . . . .	309
6.2.7	Wirtschafts- und Sozialdepartement . . . . .	327
6.3	Verwaltung - Dienststellen mit Globalbudget . . . . .	351
6.3.1	Museen . . . . .	351
6.3.2	Öffentlicher Verkehr . . . . .	367
6.4	Übrige Dienststellen . . . . .	376
6.4.1	Dienststellen im Ordentlichen Nettoaufwand . . . . .	376
6.4.2	Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag . . . . .	379
<b>7</b>	<b>Das Parlament</b>	<b>383</b>
<b>8</b>	<b>Die Gerichte</b>	<b>393</b>
<b>9</b>	<b>Die Funktionale Gliederung</b>	<b>415</b>
9.1	Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung . . . . .	416

---

9.2	Ergebnis Rechnung 2007 . . . . .	416
9.3	Ergebnis der Investitionsrechnung 2007 . . . . .	419
<b>10</b>	<b>Die Erläuterungen</b>	<b>421</b>
10.1	Rechnungslegungsgrundsätze . . . . .	422
10.1.1	Anlagekategorien . . . . .	423
10.2	Glossar der finanziellen Fachbegriffe . . . . .	426
<b>11</b>	<b>Die gesonderten Berichte</b>	<b>441</b>
11.1	Staatsanwaltschaft . . . . .	442
11.1.1	Allgemeines . . . . .	442
11.1.2	Abteilungen . . . . .	442
11.2	Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen . . . . .	447
11.3	Rekurskommissionen . . . . .	448
11.3.1	Baurekurskommission . . . . .	448
11.3.2	Psychiatrie-Rekurskommission . . . . .	448
11.3.3	Steuerrekurskommission . . . . .	448
11.4	Ombudsstelle . . . . .	449
11.5	Datenschutz-Aufsicht Basel-Stadt Jahresbericht 2007 . . . . .	455
11.6	Immobilienbericht Finanzvermögen . . . . .	456
<b>12</b>	<b>Das Inhaltsverzeichnis der CD-ROM</b>	<b>457</b>

# 1 Die Einleitung



## 1.1 Vorwort des Regierungsrates

Der vorliegende Jahresbericht 2007 ist ein Novum. In ihm werden erstmals das Rechnungsbuch und der Verwaltungsbericht gemeinsam veröffentlicht. Der Grosse Rat hatte diese Neukonzeption der Berichterstattung - zu der auch das für 2007 erschienene neue Budget gehört - im Dezember 2004 angeregt. Insbesondere zwei Vorteile des neuen Konzepts sollen hervorgehoben werden. Erstens folgt der Jahresbericht in seinem Kapitelaufbau dem Raster des Budgets, womit die Vergleichbarkeit zwischen dem, was im Budget angekündigt wurde, und jenem, was im betreffenden Berichtsjahr realisiert wurde, sichtbar erleichtert wird. Und zweitens erhöht das direkte Gegenüberstellen des Zahlenteils der Rechnung und des Textteils des Verwaltungsberichts die Transparenz und Aussagekraft des Jahresberichts wesentlich. Für die Verwaltung bedeutete die Herstellung des Jahresberichts auch eine Disziplinierung: Der neue Jahresbericht sollte nicht eine simple Addition der beiden Vorgängerwerke darstellen, er sollte vor allem auch im Berichtsteil zu einer stärkeren Fokussierung auf die Inhalte führen - allerdings ohne substanziellen Verlust. In der Zukunft soll dieser Prozess im Zusammenspiel mit dem Grossen Rat noch justiert werden.

**RV09** Das Jahr 2007 war durch die grundlegenden konzeptionellen Arbeiten zur Regierungs- und Verwaltungsreorganisation (RV09) und den daraus abgeleiteten Detailplanungen geprägt. Am 23. Januar 2007 wurde die Konzeptphase durch einen umfangreichen Bericht des Regierungsrats abgeschlossen. Die neue Organisation der Departemente fand sich darin in den Grundzügen wieder. Das Präsidialdepartement erhielt eine konkrete Struktur. Die Bündelung des Sozialbereichs im zukünftigen Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) sowie im Erziehungsdepartement wurde ins Auge gefasst. Die Themen der nachhaltigen Entwicklung sollten ebenfalls in einem Departement, dem WSU, zusammengeführt werden. Die Bereiche Strasse und Schiene wurden dem neuen Bau- und Verkehrsdepartement zugeordnet. Schliesslich wurden die Bereiche Justiz und Sicherheit zum neuen Justiz- und Sicherheitsdepartement zusammengeführt. Bis Mitte 2007 erfolgte auf Departementsstufe eine Detailplanung der neuen Regierungs- und Verwaltungsstruktur. In diesem Rahmen fiel der Beschluss zum Geschäftsmodell „Infrastruktur“, das die Baustellenplanung und -abwicklung verbessern soll. Und auch ein Massnahmenpaket zur Verbesserung des Bewilligungswesens wurde verabschiedet.

**Finanzpolitik** Bezüglich Finanzpolitik konnten im vergangenen Jahr vom Grossen Rat zwei wichtige Geschäfte des Regierungsrates behandelt werden. Zum einen wurde der im Herbst 2006 vom Regierungsrat vorgelegte Ratschlag betreffend Totalrevision des Pensionskassengesetzes vom Grossen Rat in der Bündelitagsitzung behandelt und beschlossen. Da die Personalverbände aufgrund des erreichten Kompromisses auf ein Referendum verzichteten, konnte der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit auf den 1. Januar 2008 festlegen.

Ebenfalls noch im letzten Jahr vom Grossen Rat zu Ende beraten und beschlossen wurde das sogenannte Steuerpaket des Regierungsrates. Dies war dem Parlament als Gegenvorschlag zu den beiden Steuerinitiativen - die eine betreffend den Abzug der Krankenkassenbeiträge vom steuerbaren Einkommen, die andere betreffend eine Reduktion der Einkommenssteuerbelastung - sowie als Bericht und Stellungnahme zu verschiedenen Motionen und Anzügen mit Steueranliegen unterbreitet worden. Der anspruchsvolle Zeitplan konnte eingehalten werden, die Änderungen im Steuergesetz sind per 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb durch eine wesentliche Senkung der Einkommens-, Gewinn- und Immobiliensteuern deutlich gesteigert.

Im vorliegenden Rechnungsergebnis des Kantons wirkt sich die mit der Totalrevision des Pensionskassengesetzes verbundene Ausfinanzierung der Pensionskasse stark aus. Zur Ausfinanzierung der Pensionskasse per 1. Januar 2008 musste in der Rechnung 2007 eine zusätzliche Rückstellung in der Höhe von CHF 1'015 Mio. vorgenommen werden. Der Finanzierungssaldo zeigt entsprechend ein Defizit von CHF 496.7 Mio., die Nettoschulden steigen auf CHF 2'802 Mio. und die Nettoschuldenquote beträgt neu 5.6 Promille. Dass das Resultat im Finanzierungssaldo nicht schlechter ausfällt, liegt unter anderem am guten Ergebnis in der Laufenden Rechnung von CHF 378.6 Mio. und einem tieferen Saldo der Investitionsrechnung. Höhere Steuereinnahmen und ein tieferer Nettozinsaufwand



haben zur Hauptsache zum guten Ergebnis der Laufenden Rechnung geführt. Die starke Entwicklung bei den Steuererträgen sind einerseits eine Bestätigung, dass die beschlossene Steuersenkung verkraftbar ist, andererseits sind sie auch ein Zeichen für die hohe Standortattraktivität des Kantons Basel-Stadt. Sehr erfreulich ist insbesondere, dass auch die Steuereinnahmen bei den Natürlichen Personen nun schon im zweiten Jahr deutlich ansteigend sind.

**Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie beider Basel** In der regionalen Spitalplanung vollbrachte der Regierungsrat einen weiteren bedeutenden Kooperationsschritt mit dem Kanton Basel-Landschaft: In gemeinsamer Sitzung fällten die beiden Kantone den Grundsatzentscheid zu einem gemeinsamen Geriatriespital. Die beiden Regierungen wollen damit die hohe Qualität der aktuellen altersmedizinischen Versorgung beibehalten. Das gemeinsame geriatrische Kompetenzzentrum soll eine Kapazität von rund 300 Betten umfassen und innerhalb von fünf bis zehn Jahren betriebsbereit sein. Es beruht auf der Zusammenführung des Geriatriischen Kompetenzzentrums im Felix Platter-Spital Basel (BS) und der Akutgeriatrie des Kantonsspitals Bruderholz (BL). Nachdem ursprünglich das Areal des Diakonats Bethesda als Standort dafür vorgesehen war, brachte im Oktober 2007 der Kanton Basel-Landschaft die Variante eines Standorts auf dem Areal des Bruderholzspitals ein. Beide Varianten werden nun nach einheitlichen Kriterien entwickelt.

**Bildungsraum Nordwestschweiz** In Bezug auf einen gemeinsamen Bildungsraum Nordwestschweiz erreichte der Regierungsrat zusammen mit den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im Mai 2007 einen Durchbruch. Die Kantone beabsichtigen eine gemeinsame Weiterentwicklung ihrer Bildungssysteme. Die Wahl der Schuleingangsstufe (Grund- oder Basisstufe), die Einführung von Tagesstrukturen sowie die pädagogische Umsetzung interkantonalen Vorgaben soll gemeinsam erfolgen. Die drei Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt wollen zudem die Sekundarstufe I inhaltlich harmonisieren. Damit soll im Rahmen der nationalen Vorgaben ein gemeinsames Bildungssystem entwickelt werden. Das von den Regierungen entwickelte gemeinsame Schulmodell zielt darauf ab, die Interessen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern. Das vorgesehene Konzept zielt darauf ab, dass Kinder und Jugendliche ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen folgend künftig ihre Lernkarriere in unterschiedlichem Tempo absolvieren und sie inhaltlich individuell anreichern können. Nach einer Vernehmlassung im zweiten Halbjahr haben die Bildungsdirektoren der beteiligten Kantone den vier Kantonsregierungen Antrag zur Erarbeitung eines Staatsvertrags gestellt.

## 1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

### 1.2.1 Zusammenfassung

Wie in den vorangegangenen Jahren verzeichnete der **Kanton Basel-Stadt** mit 3.9% auch im Jahr 2007 wieder das grösste reale Wirtschaftswachstum aller Schweizer Kantone. Die Region Basel stand ebenfalls wieder an der Spitze der Schweizer Regionen. Die gute Entwicklung ist vor allem der **Life Sciences Branche** zu verdanken, die weiter von ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit und guten Exportbedingungen profitierte. Auch der Basler **Arbeitsmarkt** zeigte eine erfreuliche Tendenz. Die Arbeitslosenquote sank im Kanton auf durchschnittlich 3.2%, nachdem im Jahr 2006 noch 3.7% ohne Arbeit waren.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten **Schweiz** war im vergangenen Jahr überdurchschnittlich gut. Nach dem Rekordjahr 2006 mit einem realen Wachstum des **Bruttoinlandsproduktes** von 3.2% werden 2007 nach jüngsten Schätzungen voraussichtlich sehr gute 3.1% erzielt. Die Finanzmarkturbulenzen, die die Märkte vor allem in der zweiten Jahreshälfte stark verunsicherten, konnten die starke Schweizer Konjunktur nicht wesentlich beeinträchtigen. Vor allem der private Konsum und die Exporte zeigten sich als Wachstumstreiber. Die **Arbeitslosenquote** lag schweizweit bei 2.6%, die Beschäftigung legte um 2.3% zu.

Die **Weltwirtschaft** konnte das starke Ergebnis des Jahres 2006 fast noch einmal erreichen und erzielte ein reales BIP-Wachstum von 4.7%. Den grössten Beitrag hierzu leisteten wieder die aufstrebenden Schwellenländer, vor allem **China und Indien** mit einem Wachstum von 11.5 und 9.1% der realen Wirtschaftsleistung. Die **USA** verzeichnete mit einem Wert von 2.2% ein für ihre Verhältnisse schwächeres Jahr. Dort verschlechterte sich die Konjunktur vor allem in der zweiten Jahreshälfte im Zuge der Kreditkrise. Die **Eurozone** zeigte sich relativ stark und erreichte ein Wirtschaftswachstum von 2.7%, im gesamten EU-Raum mit 27 Mitgliedsstaaten sogar von 3.0%.

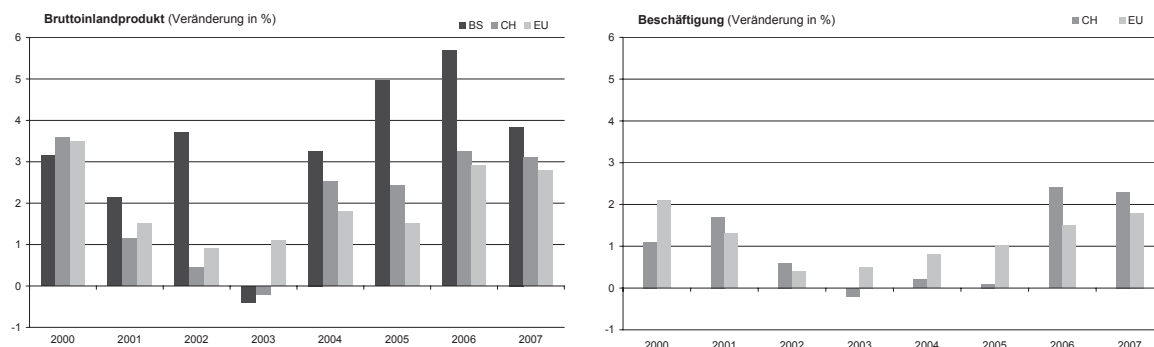
Die **Geldpolitik** der führenden Zentralbanken zeigte sich im vergangenen Jahr uneinheitlich. In den USA wurden als Reaktion auf Liquiditätsengpässe und konjunkturelle Sorgen im Zusammenhang mit der **Kreditkrise** die kurzfristigen Zinsen von der Notenbank schrittweise deutlich gesenkt. Die Zentralbanken in der EU und in der Schweiz gingen etwas vorsichtiger vor. Die **Schweizer Nationalbank** verzichtete im Dezember auf eine weitere Erhöhung des Zielbandes des Dreimonats-Libors, nachdem sie zuvor die Zinsen mehrfach angehoben hatte. Die mittlere **Teuerung** in der Schweiz lag im Jahr 2007 bei relativ niedrigen 0.7%, zum Jahresende allerdings betrug der Preisanstieg im Vergleich zum Dezember des Vorjahres 2.0%.

### 1.2.2 Betrachtung im Detail

Nach dem konjunkturellen Ausnahmejahr 2006 in der **Schweiz** mit einer Wachstumsrate des realen **Bruttoinlandsproduktes** von über 3.2% kann sich auch das Wachstum im Jahr 2007 sehen lassen. Mit voraussichtlich 3.1% bewegt sich die Schweiz weiterhin oberhalb ihres mittelfristigen Potentialpfades. Die Schweizer Wirtschaft trotzte hierbei auch den Finanzmarkturbulenzen und den steigenden Preisen der Rohstoffe und zeigte sich auch im zweiten Halbjahr sehr dynamisch. Ursächlich hierfür waren vor allem die weitere Expansion des privaten Konsums und eine starke Aussenhandelsstätigkeit. Der **private Konsum** stieg 2007 um überdurchschnittliche 2.1% an. Dies lag vor allem an der guten Einkommenssituation der Schweizer Haushalte infolge der guten konjunkturellen Lage. Die **Exporte** verzeichneten eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 9.9%. Die Exportwirtschaft profitierte in erster Linie von der robusten Konjunktur im Euroraum, wo die wichtigsten Handelspartner der Schweiz zu finden sind, und der anhaltend hohen Nachfrage aus den aufstrebenden Schwellenländern. Exportorientierte Branchen wie die Uhren-, Investitionsgüter- und chemisch-pharmazeutische Industrie profitierten entsprechend davon. Insbesondere die **Uhrenindustrie** nutzte die grosse Nachfrage der neuen Märkte wie Russland und China und steigerte ihre Exporte um über 10%. Dies machte sich auch in der Beschäftigtenzahl in dieser Branche deutlich. Die **chemisch-pharmazeutische Industrie** konnte die Rekordwachstumsraten aus den Jahren 2005 und 2006 nicht ganz erreichen,

verzeichnete aber eine Steigerung von 6%. Auch die **Ausrüstungsinvestitionen** in der Schweiz zeigten mit einer Zunahme von 7.2% ein sehr gutes Ergebnis. Dies vor allem durch die überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung bei gleichzeitig intakten Absatz- und Ertragsaussichten. Einzig bei den **Bauinvestitionen** zeigte sich ein noch stärkerer Rückgang als im Vorjahr von 2.9%, was vor allem an einer Reduzierung der Bautätigkeit von öffentlichen Trägern lag.

Der **Arbeitsmarkt** in der Schweiz entwickelte sich im Jahr 2007 äusserst erfreulich. Die Arbeitslosenquote lag zum Jahresende saisonbereinigt bei nur noch 2.6%, nachdem sie 2006 noch 3.3% im Jahrsdurchschnitt betrug. Auch die **Beschäftigung** nahm im vergangenen Jahr dementsprechend um 2.3% zu.

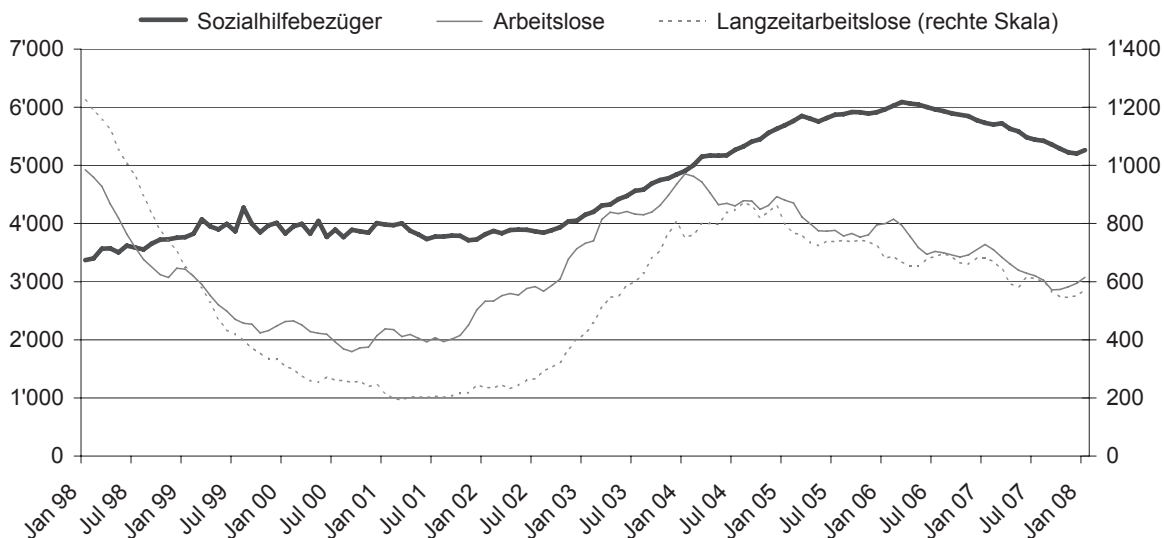


Im Jahr 2007 war die Region Basel einmal mehr Wachstumsleader in der Schweiz. Der **Kanton Basel-Stadt** verzeichnete das höchste Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes aller Kantone mit einem Wert von 3.9%. Im Vorjahr wurden herausragende 5.7% verzeichnet. Die abermals gute Entwicklung wurde in erster Linie vom anhaltenden Wachstum der exportorientierten **Life-Sciences-Branche** bestimmt. Aber auch die **Tourismusbranche** konnte im letzten Jahr ihre hervorragende Position im schweizerischen und internationalen Wettbewerb festigen. Erstmals seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen der Tourismusströme vor gut 70 Jahren wurde die Marke von 900'000 Übernachtungen überschritten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies ein Wachstum von 6.5%. Die Basler Tourismuswirtschaft profitierte sowohl vom dynamischen Geschäftstourismus als auch vom zulegenden Freizeittourismus.

Hervorragend zeigte sich die Situation bei der **Beschäftigung**. Wie in der gesamten Schweiz wuchs auch in der Region Basel die Zahl der **Erwerbstätigen** im Jahr 2007 um 2.3%. Die Zahl der Arbeitslosen sank kontinuierlich im Jahresverlauf. Die gute konjunkturelle Entwicklung machte sich damit wie schon 2006 auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Arbeitslosenquote betrug in Basel-Stadt zum Jahresende noch 3.2% (ca. 3'000 Personen). 2006 lag die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** noch bei 3.7%. Sie sank seit dem Jahr 2004 pro Jahr um rund 0.5 Prozentpunkte.

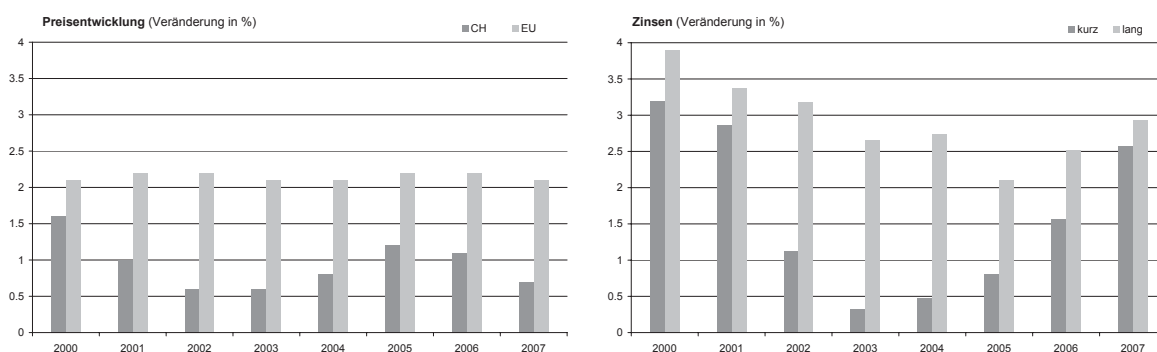
Für die **Sozialkosten** des Kantons bedeutete dies im vergangenen Jahr eine nominale Entlastung u.a. durch geringere Fallzahlen bei den Sozialhilfebezügern. Die mittel- und langfristige Entwicklung kann allerdings noch nicht abgeschätzt werden. Das Schaubild zeigt, dass der aktuelle Rückgang der Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2007 mit einer Verzögerung zu einem Rückgang der Zahl der **Sozialhilfeempfänger** geführt hat, das Niveau aber nach wie vor hoch ist.

### Sozialhilfebezüger



Im Jahresverlauf 2007 hatte die **Schweizer Nationalbank** zunächst kontinuierlich die Straffung der geldpolitischen Rahmenbedingungen fortgesetzt und das Zielband des Dreimonats-Libors schrittweise erhöht. Dies konnte als Reaktion auf die gute konjunkturelle Lage in der Schweiz interpretiert werden. Unter anderem aufgrund der Turbulenzen auf den **Finanzmärkten** im Zuge der Kreditkrise und dem erwarteten Abflachen der Konjunktur belies die Schweizerische Nationalbank (SNB) Mitte Dezember das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert bei 2.25%-3.25%. Sie erklärte ihre Absicht, den Zinssatz bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes zu halten. Die Konjunktur in der Schweiz betrachtet die SNB weiterhin als relativ robust, die **Inflationsaussichten** wurden ebenso als vergleichsweise günstig eingeschätzt. Die Prognosen sind jedoch aufgrund der Folgen der Kreditkrise und der volatilen Rohstoffpreise mit einer erhöhten Unsicherheit belastet. Das **Zinsniveau** in der Schweiz erhöhte sich im Jahresverlauf auch bei den langfristigen Zinsen. Nach Ausbruch der Kreditkrise sank die Rendite von **Schweizer Staatsobligationen** von 3.5 auf unter 3%. Gegen Jahresende stabilisierten sie sich jedoch wieder, was an der als solide eingeschätzten Schweizer Konjunktur liegen dürfte.

Die mittlere **Jahresteuierung** fiel in der Schweiz 2007 mit 0.7% recht gering aus. In Basel-Stadt war sie, gemessen am Basler Index der Konsumentenpreise, mit 0.5% im Jahr 2007 noch niedriger. In den letzten Monaten wurden in Basel allerdings durchgehend höhere Teuerungsraten verzeichnet. Zuletzt waren es im Dezember 2.1%.





## **2 Der Kanton und die Departemente**

## 2.1 Finanzielle Eckwerte

### 2.1.1 Überblick

Für die Ausfinanzierung der Pensionskasse per 1. Januar 2008 musste in der Rechnung 2007 eine zusätzliche Rückstellung in der Höhe von CHF 1'015 Mio. vorgenommen werden. Der Finanzierungssaldo zeigt ein Defizit von CHF 496.7 Mio., die Nettoschulden steigen entsprechend an und liegen nun bei CHF 2'802 Mio., die Nettoschuldenquote beträgt neu 5.6 Promille.

Dass das Resultat im Finanzierungssaldo nicht schlechter ausfällt, liegt unter anderem am guten Ergebnis in der Laufenden Rechnung von CHF 378.6 Mio. und einem tieferen Saldo der Investitionsrechnung. Höhere Steuereinnahmen und ein tieferer Nettozinsaufwand haben zur Hauptsache zum guten Ergebnis der Laufenden Rechnung geführt.

Die nachfolgende Tabelle 1 zeigt die wichtigsten Kennzahlen für die Rechnung 2007.

**Tab. 1: Gesamtstaatliche Kennzahlen**

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %			
						R07/R06		%
Ertrag (ohne interne Verrechnungen)	4'245.2	3'866.3	3'979.8	378.9	9.8	265.4		6.7
Aufwand (ohne interne Verrechnungen)	3'866.6	3'812.3	3'792.6	54.3	1.4	74.0		2.0
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>378.6</b>	<b>54.0</b>	<b>187.2</b>	<b>324.6</b>	<b>601.3</b>	<b>191.4</b>		<b>102.3</b> <sup>1</sup>
Ausgaben	263.3	296.9	309.9	-33.6	-11.3	-46.6		-15.0
Einnahmen	52.9	60.5	81.1	-7.6	-12.5	-28.2		-34.8
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>210.4</b>	<b>236.4</b>	<b>228.8</b>	<b>-26.0</b>	<b>-11.0</b>	<b>-18.4</b>		<b>-8.0</b>
Veränderung Darl. / Bet. Verw.Verm.	-42.3	0.0	-2.1	-42.3	...	-40.2		...
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>168.1</b>	<b>236.4</b>	<b>226.7</b>	<b>-68.3</b>	<b>-28.9</b>	<b>-58.6</b>		<b>-25.9</b>
Selbstfinanzierung	-328.6	275.6	1'105.1	-604.2	-219.2	-1'433.7		-129.7
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	-195.5	116.6	487.4					
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-496.7</b>	<b>39.2</b>	<b>878.4</b>	<b>-535.9</b>	<b>1'367.1</b>	<b>-1'375.1</b>		<b>-156.5</b> <sup>2</sup>
<b>Nettoschulden</b>	<b>2'801.5</b>	<b>2'265.6</b>	<b>2'304.8</b>	<b>535.9</b>	<b>23.7</b>	<b>496.7</b>		<b>21.6</b>
Netto-Schuldenquote (in ‰)	5.6	4.5	4.7	0.0	0.0	0.0		0.0 <sup>3</sup>

#### Kommentar

- 1 Für eine bessere Vergleichbarkeit zur Rechnung 2006 und zum Budget 2007 wird in der Laufenden Rechnung die Ausfinanzierung der PK nicht berücksichtigt
- 2 Rechnung 2007 und 2006 inkl. direkte Eigenkapitalbuchungen bezüglich Bewertungsdifferenzen (Finanzvermögen, Devirate) und Rücklagen Museen, Rechnung 2007 inkl. PK-Ausfinanzierung Deckungslücke Staat
- 3 Nettoschulden im Verhältnis zum CH-Brutto-Inlandprodukt. BIP-Prognose gemäss BAK.

### 2.1.2 Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Überschuss von CHF 378.6 Mio. ab. Dies entspricht einer Verdoppelung des letztjährigen Überschusses von CHF 187.2 Mio. und bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem budgetierten Wert von rund CHF 324.6 Mio.

Die Verbesserung zur Rechnung 2006 und zum Budget 2007 ist das Ergebnis einer Reihe von günstigen und ungünstigen Faktoren, welche in der nachfolgenden Tabelle 2 kurz dargestellt werden.

Der wesentliche Beitrag zur Verbesserung kommt von den konjunkturell bedingten Mehreinnahmen bei den Steuererträgen. Diese liegen um CHF 147.7 Mio. höher als im Vorjahr, wobei die Einkommens- und Vermögenssteuern um CHF 53.4 Mio. angestiegen sind, die Gewinn- und Kapitalsteuern um CHF 68.9 Mio. und die übrigen Steuern um CHF 25.6 Mio. Im Budget waren der

Steuerertrag noch CHF 259.8 Mio. niedriger geschätzt worden. Neben den Kantonalen Steuern hat sich auch der Anteil an den Bundessteuern um CHF 7.0 Mio. erhöht und liegt CHF 10.2 Mio. über dem Budget.

**Tab. 2: Wichtigste Veränderungen gegenüber Budget 2007 und Rechnung 2006**

in Mio. Franken + günstig / -ungünstig	Abweichung R07/B07	Abweichung R07/R06
<b>Entlastungen:</b>		
Steuerertrag	259.8	147.7
Auflösung Rückstellung PK-Deckungslücke Staat	41.7	0.0
Schuldenbewirtschaftung	26.3	34.2
Sozialkosten, netto	28.6	12.5
Aufwertung Kleininvestitionen	15.6	0.0
Bundesanteile (direkte Bundessteuer u. VST)	10.2	7.0
Spital- und Heimtaxen	10.0	18.3
<b>Belastungen:</b>		
Wertberichtigungen Lg FV	-51.4	-25.0
Überstundenabgrenzungen	-30.7	0.0
Rückstellungen PK-Deckungslücke Uni	-10.0	0.0
Saldo übrige Positionen	24.5	-3.3
<b>Total Veränderungen Saldo Laufende R 2007 gegenüber B 2007 bzw. R 2006</b>	<b>324.6</b>	<b>191.4</b>

Nach Zuweisung von CHF 364 Mio. an die Rückstellung für die PK-Ausfinanzierung, nach Abzug des PK-Sonderbeitrags gemäss §53 des alten PKG von CHF 62 Mio. und nach Abzug aller Überführungskosten im Bereich Staat (CHF 14 Mio.) verbleiben CHF 41.7 Mio., die zum Jahresende als Ertragsposition aufgelöst werden können.

Aufgrund der guten Entwicklung der letzten beiden Jahre ist einerseits die Verschuldung am Kapitalmarkt gesunken, andererseits hat der Kanton beträchtliche liquide Mittel, die jeweils am Geldmarkt angelegt werden. Aufgrund der relativ hohen kurzfristigen Zinssätze sind deshalb die Zinserträge auf Geldmitteln nochmals deutlich höher als im Vorjahr. Umgekehrt sind die Passivzinsen aufgrund der tieferen Schulden deutlich tiefer ausgefallen als im Vorjahr. Insgesamt verbessert sich dadurch die Rechnung gegenüber dem Vorjahr um CHF 34.2 Mio. Im Budget war diese Entwicklung noch um CHF 26.3 Mio. schlechter eingeschätzt worden.

Aufgrund der besseren Lage am Arbeitsmarkt haben sich die Sozialhilfekosten netto gegenüber dem Vorjahr um CHF 10.3 Mio. verringert. Insgesamt liegen die Ausgaben für die wichtigsten Sozialleistungen CHF 12.4 Mio. unter dem Vorjahr. Im Budget war noch mit einem Anstieg von CHF 16.3 Mio. gerechnet worden, sodass die Abweichung zum Budget knapp CHF 28.7 Mio. beträgt.

Der Systemwechsel bei der Abschreibungsmethode der Kleininvestitionen macht eine Aufwertung des Restwertes dieser Investitionen in der Höhe von CHF 15.6 Mio. notwendig, die das Ergebnis der laufenden Rechnung dementsprechend verbessert.

Die Spital- und Heimtaxen konnten um CHF 17 Mio. gesteigert werden und liegen damit CHF 10 Mio. über dem Budget.

Die Wertberichtigungen auf den Liegenschaften im Finanzvermögen belasten die Rechnung mit CHF 51.4 Mio. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz sind Wertberichtigungen erfolgswirksam zu verbuchen, solange der Wert der Sachanlage die Anschaffungs- oder Herstellungskosten unterschreitet.

Die vollständige Abgrenzung der Zeitguthaben (Ferien, Überstunden, GLAZ) führt zu einem nicht budgetierten Mehraufwand von CHF 30.7 Mio. Diese Abgrenzung war von der Finanzkontrolle gefordert worden.



Aufgrund des leicht gesunkenen Deckungsgrades der PK zum Jahresende muss die Rückstellung für die Ausfinanzierung des Bereichs Universität um 10.0 Mio. erhöht werden. Der Bestand der Universität muss gemäss neuem PKG ebenfalls per 1. Januar 2008 ausfinanziert werden und wird in der Folge in einen eigenen Anschlussvertrag mit der Universität überführt.

### 2.1.3 Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen liegen mit CHF 210.4 Mio rund CHF 18.4 Mio. unter dem Niveau des letzten Jahres und CHF 26.0 Mio. unter dem Budget.

Der Rückgang gegenüber dem letzten Jahr ist u.a. auf den geringeren Nettoaufwand für die Nordtangente, das Projekt Steinenberg/Theaterstrasse, Regio S-Bahn, die Integration des Immobilienfonds in das Globalbudget der Universität sowie auf die Kostenbeteiligungen Dritter, welcher dem Projekt Euroville gutgeschrieben werden konnte, zurückzuführen. Der Rückgang gegenüber dem Budget wurde ausser der erwähnten Kostenbeteiligung Dritter am Projekt Euroville u.a. auch durch die Nichtrealisierung des Neubaus Stadtcasino verursacht.

Die Veränderungen bei den Darlehen und Beteiligungen sind auf die im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag für eine gemeinsame Trägerschaft der Universität vom Kanton Basel-Landschaft geleisteten Zahlung von CHF 30 Mio. sowie auf von der Basler Kantonalbank (BKB) geleistete Kapitalrückzahlungen in Höhe von CHF 12 Mio. zurückzuführen.

Der Saldo der Investitionsrechnung beträgt nach Berücksichtigung dieser Veränderungen CHF 168.1 Mio.

### 2.1.4 Finanzierungsrechnung

In Anlehnung an das neue Konzept der Schuldenbremse wurde die Definition des Finanzierungssaldos geändert. Ab 2007 zeigt der Finanzierungssaldo exakt die Veränderung der Nettoschulden. In der nachfolgenden Tabelle 3 wurden auch die Werte der Rechnung 2006 der neuen Definition angeglichen.

Während in der Vorjahresrechnung der Mittelzufluss (Selbstfinanzierung) aus der Laufenden Rechnung noch CHF 1'105.1 Mio. betrug, wird nun im 2007 eine negative Selbstfinanzierung von CHF 328.6 Mio. erzielt. Zusammen mit dem Saldo der Investitionsrechnung resultiert ein negativer Finanzierungssaldo von CHF 496.7 Mio., was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von CHF 1'375.1 Mio. entspricht.

Der Saldo der Position Veränderungen aus zweckgebundenem Eigenkapital beträgt für das Jahr 2007 insgesamt minus CHF 931.9 Mio. Dieser Wert setzt sich zusammen aus der zusätzlichen Rückstellung von CHF 1'015 Mio. für die Ausfinanzierung der Pensionskasse (via Anrechnung der Spezialfinanzierung an die Schuldenbremse), der angepassten Wertschwankungsreserve auf Derivate (Asset & Liability Management, ALM) in Höhe von minus CHF 21.0 Mio., dem Aufwertungsgewinn bei den Liegenschaften im Finanzvermögen in Summe von netto CHF 119.1 Mio. (siehe nachfolgenden Abschnitt), dem Rückgang bei den Museumsrücklagen (- CHF 0.5 Mio.), der Kleininvestitionsaufwertung (- CHF 15.6 Mio.) sowie aus einem Übertragssaldo von CHF 1.0 Mio. zwischen Verwaltungs- und Finanzvermögen.

Der Regierungsrat hat im Rahmen des angepassten Finanzhaushaltgesetzes aufgrund der Einführung der Schuldenbremse beschlossen, die einzelnen Liegenschaften im Finanzvermögen (inkl. Parkhäuser) zu Marktwerten nach der DCF-Methode (Discounted Cash Flow) zu bewerten. Diese Neubewertung führte im Vorjahr zu einer Aufwertung in der Höhe von CHF 661.7 Mio. Die Folgebewertung 2007 brachte einen zusätzlichen Aufwertungsgewinn von CHF 119.1 Mio., aber auch Abschreibungen in Höhe von CHF 51.4 Mio.

**Tab. 3: Herleitung Finanzierungssaldo**

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung zu B07	Abweichung zu R06
Saldo Laufende Rechnung	378.6	54.0	187.2	324.6	191.4
+ Abschreibung Verwaltungsvermögen	224.8	221.6	250.2	3.2	-25.4
+/- Veränderung zweckgebundenes Eigenkapital	-931.9	0.0	667.6	-931.9	-1'599.5 <sup>1</sup>
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>-328.6</b>	<b>275.6</b>	<b>1'105.0</b>	<b>-604.2</b>	<b>-1'433.6</b>
./. Saldo Investitionsrechnung	-168.1	-236.4	-226.7	68.3	58.6
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-496.7</b>	<b>39.2</b>	<b>878.3</b>	<b>-535.9</b>	<b>-1'375.0</b>

**Kommentar**

- 1 Rechnung 2007 und 2006 inkl. direkte Eigenkapitalbuchungen bezüglich Bewertungsdifferenzen (Finanzvermögen, Derivate) und Rücklagen Museen, Rechnung 2007: inkl. PK-Ausfinanzierung Deckungslücke Staat

**2.1.5 Nettoschulden und Schuldenquote**

Mit der Einführung der Schuldenbremse im 2006 wurde die Schuldenquote (Nettoschulden des Kantons im Verhältnis zum gesamtschweizerischen Brutto-Inlandprodukt) als wichtige Kenngrösse zur Beurteilung des Finanzhaushalts eingeführt. Gemäss der gesetzlichen Vorgabe darf die Schuldenquote maximal 7.5 %, betragen. Bei einer höheren Schuldenquote darf der Ordentliche Nettoaufwand nur noch maximal mit der Teuerung wachsen. Mit der für das Jahr 2007 ausgewiesenen Schuldenquote von ca. 5.6 %, wird diese Vorgabe eingehalten. Damit besteht noch eine Reserve von 1.9 Promillpunkte bis zur maximalen Netto-Schuldenquote. Die provisorisch vorliegende mittelfristige Finanzplanung geht dann auch wieder für die Jahre 2009 bis 2012 von weiteren negativen Finanzierungssaldi aus, welche zu einem Anstieg der Schuldenquote führen. Zudem soll die bestehende Reserve dazu dienen, konjunkturelle Schwankungen abzufedern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der ausserordentlich hohen Gewinnsteuereinnahmen zur Zeit ein sehr hohes konjunkturelles Risiko besteht. Auf jeden Fall will der Regierungsrat vermeiden, dass bei einem konjunkturellen Rückgang wieder Sparmassnahmen eingeleitet werden müssen.

**2.1.6 Strukturelle Kennzahlen**

In Anlehnung an die im 2006 eingeführte Schuldenbremse wird die Laufende Rechnung des Kantons vom Regierungsrat seit einigen Jahren über den Ordentlichen Nettoaufwand und den Allgemeinen Nettoertrag gesteuert. Der Ordentliche Nettoaufwand stellt den Saldo zwischen dem departementspezifischen Aufwand und Ertrag dar und zeigt damit die strukturelle Ausgabenentwicklung des Kantons. Der Allgemeine Nettoertrag beinhaltet die nicht zweckgebundenen Einnahmen (primär Steuerertrag und Anteile an Bundeseinnahmen), den Schuldendienst, den Aufwand und Ertrag aus dem Finanzvermögen und - bezüglich Darlehen, Beteiligungen und Renditeliegenschaften - das Verwaltungsvermögen. Diese Grösse ist stark von konjunkturellen Einflüssen abhängig. Die nachfolgende Tabelle 4 zeigt die Entwicklung dieser Kenngrössen und die Überleitung zum Saldo der Laufenden Rechnung.

Im 2007 wächst der Allgemeine Nettoertrag (ANE) im Vergleich zum Budget um 10.4%, gegenüber dem Vorjahr um 6.9%. Der Ordentliche Nettoaufwand (ONA), bei welchem ein Wachstum von 1.9% budgetiert war, verringert sich um 3.6%. Gegenüber der Rechnung 2006 wird eine geringe Zunahme von 0.2% ausgewiesen.

Die Entwicklung des Ordentlichen Nettoaufwandes der Departemente ist im nachfolgenden Kapitel abgebildet.

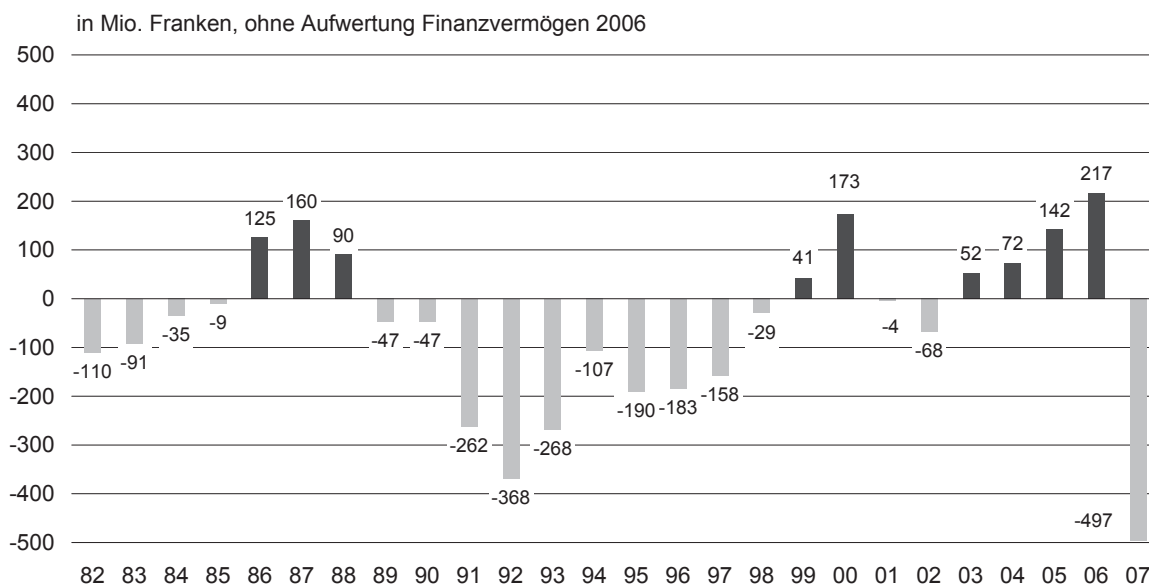
**Tab. 4: Strukturelle Kennzahlen**

in Mio. Franken + Ertrag / - Aufwand	Saldo Rechnung 2007	Saldo Budget 2007	Saldo Rechnung 2006	Abw. R07/B07	%	Abw. R07/R06	%
Allgemeiner Nettoertrag	2'684.9	2'431.5	2'512.2	253.4	10.4	172.7	6.9
Ordentlicher Nettoaufwand (ohne interne Verrechnungen)	-2'092.2	-2'167.6	-2'087.2	75.4	3.6	-5.0	-0.2
Abschreibungen	-224.8	-221.6	-250.2	-3.2	-1.4	25.4	10.2
Eliminationen	10.7	11.7	12.4	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>378.6</b>	<b>54.0</b>	<b>187.2</b>	<b>324.6</b>	<b>601.1</b>	<b>191.4</b>	<b>102.2</b>

## 2.2 Langfristige Kennzahlen

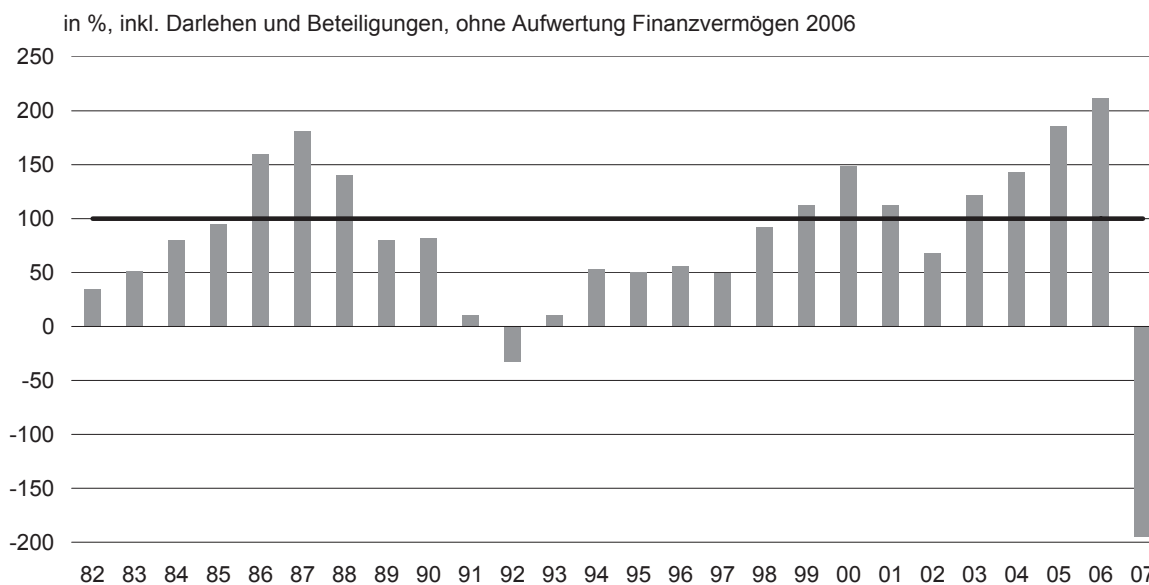
### 2.2.1 Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo zeigt den Cash-Flow nach Bezahlung der Investitionen ins Verwaltungsvermögen und somit die Veränderung der Nettoverschuldung. Das dieser Saldo trotz der Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke von insgesamt CHF 1'014.9 Mio. nicht noch negativer ausfällt, liegt u.a. am positiven Rechnungsabschluss, der nochmaligen Höherbewertung der Immobilien und einem eher tiefen Saldo der Investitionsrechnung.



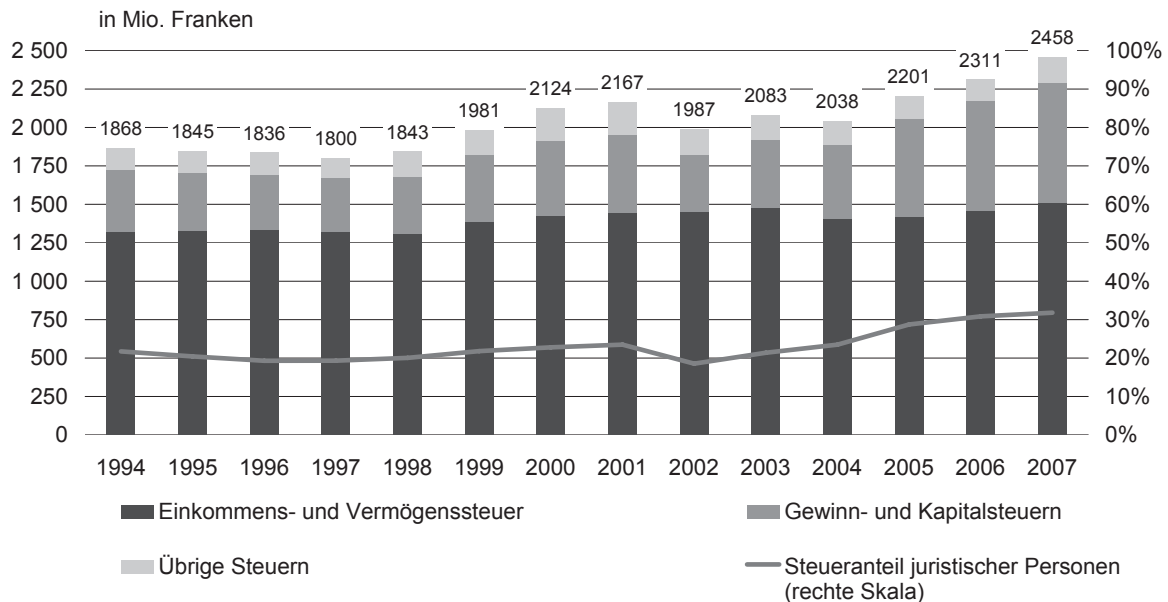
### 2.2.2 Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis zwischen der Selbstfinanzierung (Mittelzufluss aus der Laufenden Rechnung) und den Investitionen in das Verwaltungsvermögen. Der stark negative Selbstfinanzierungsgrad im 2007 ist auf die Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke zurückzuführen.



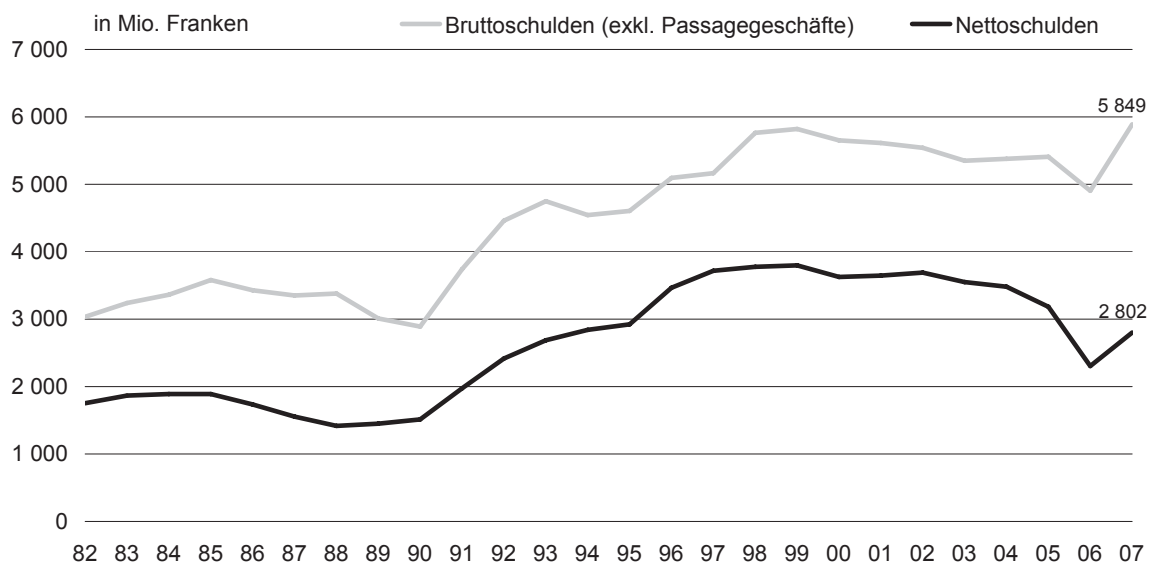
### 2.2.3 Steuern nach Kategorie

In Kapitel 3 „Die Rechnung“ wird detailliert über die Steuererträge der einzelnen Kategorien berichtet. Mit CHF 781.6 Mio. erreichen die Einnahmen aus den Gewinn- und Kapitalsteuern der Juristischen Personen einen historischen Höchststand. Betrag deren Anteil am Steuergesamtertrag 1997 erst 19%, so hat sich dieser Anteil auf nun 32% vergrössert.



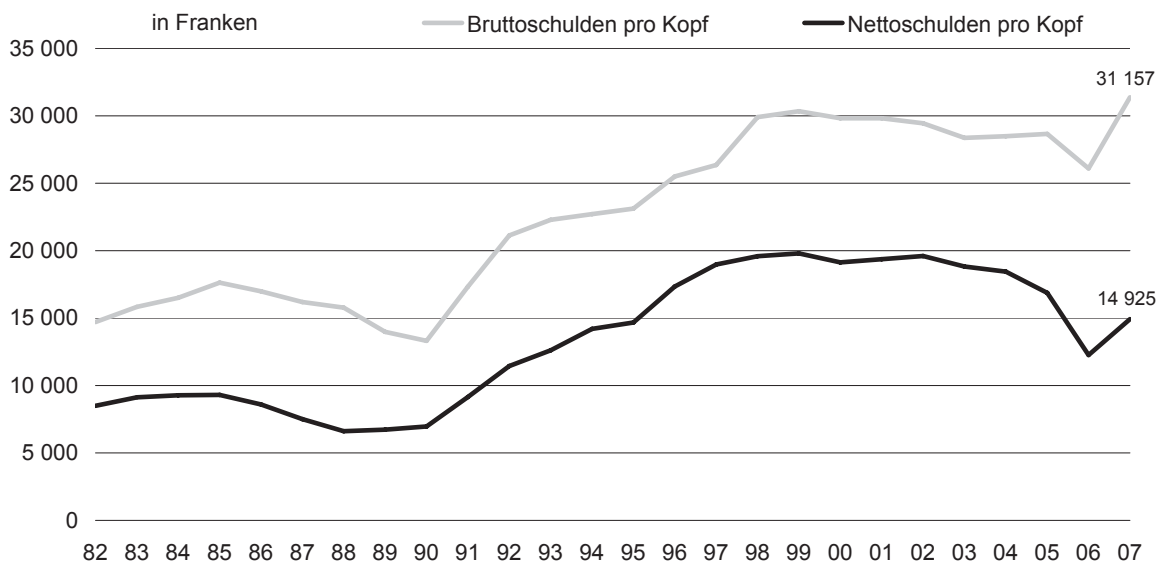
### 2.2.4 Schulden

Konnten im Vorjahr die Brutto- wie auch die Nettoschulden primär aufgrund der Neubewertung bei den Renditeliegenschaften markant abgebaut werden, so hat sich die Schuldensituation nun wegen der Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke wieder verschlechtert. Die Bruttoschulden steigen gegenüber Vorjahr um CHF 944.5 Mio. oder 19.3%, die Nettoschulden um CHF 496.7 Mio. oder 21.6%.



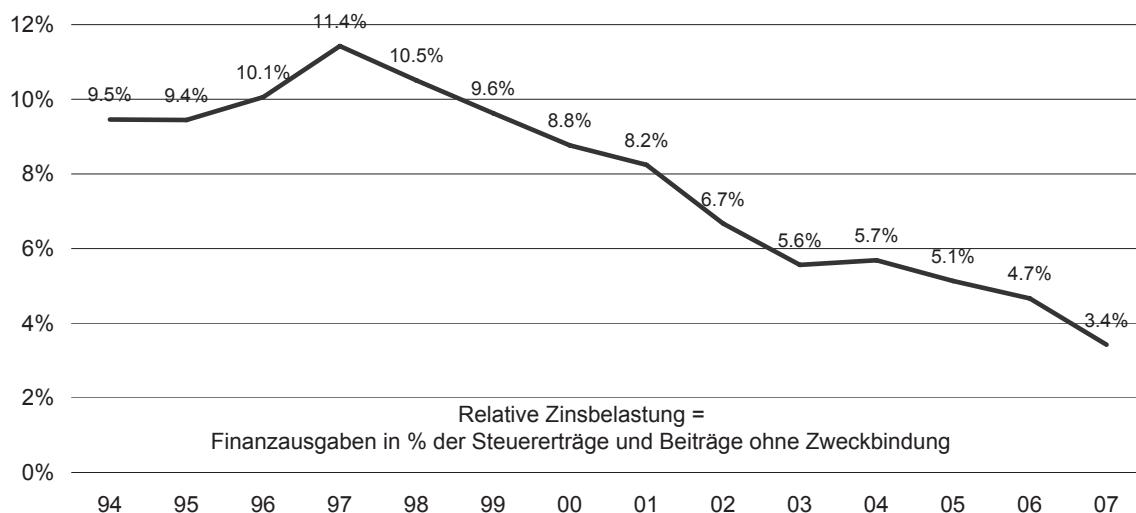
### 2.2.5 Schulden pro Kopf

Die Veränderung der Brutto- wie auch der Nettoschulden zeigt auf die Pro-Kopf-Verschuldung das gleiche Bild. Aufgrund der Tatsache, dass nach provisorischen Angaben des Statistischen Amtes die mittlere Bevölkerungszahl im 2007 nochmals leicht abgenommen hat, ergibt bei den Prozentabweichungen leicht andere Werte. Die Bruttoschulden pro Kopf liegen mit CHF 31'157.– um 19.4% und die Nettoschulden pro Kopf mit CHF 14'925.– um 21.7% über den Werten des Vorjahres.



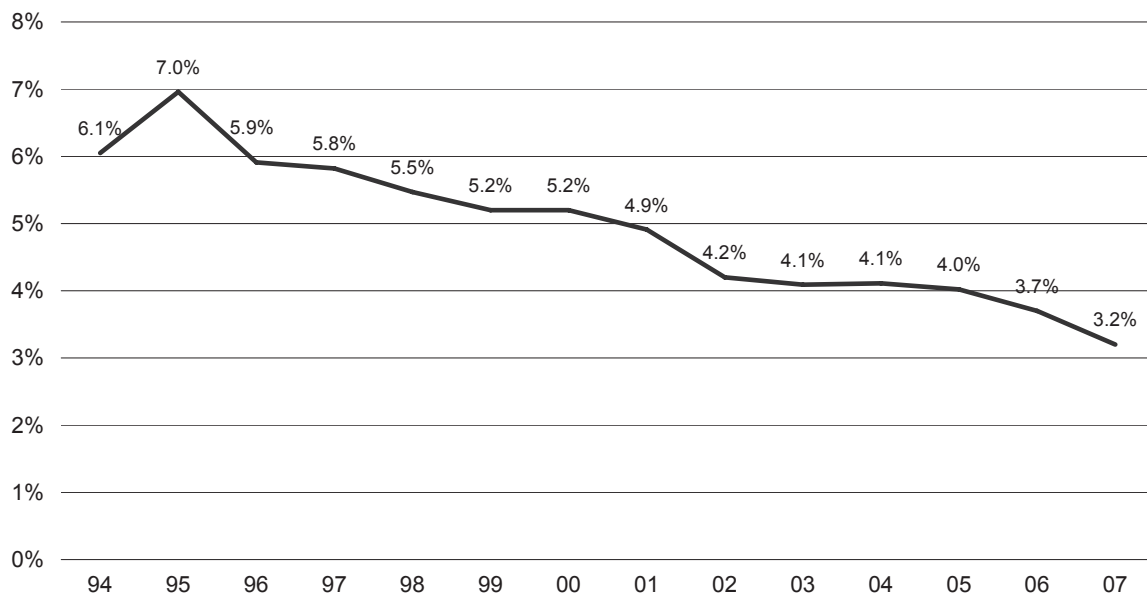
### 2.2.6 Relative Zinsbelastung

Die relative Zinsbelastung zeigt den Anteil des Zinsendienstes an den Steuererträgen (inklusive Anteil an der Direkten Bundessteuer und Anteile an der Verrechnungssteuer). Primär dank gestiegener Steuereinnahmen, aber auch dank tieferer Schulden konnte erneut eine deutliche Verbesserung erzielt und der seit 1997 anhaltende Trend bestätigt werden.



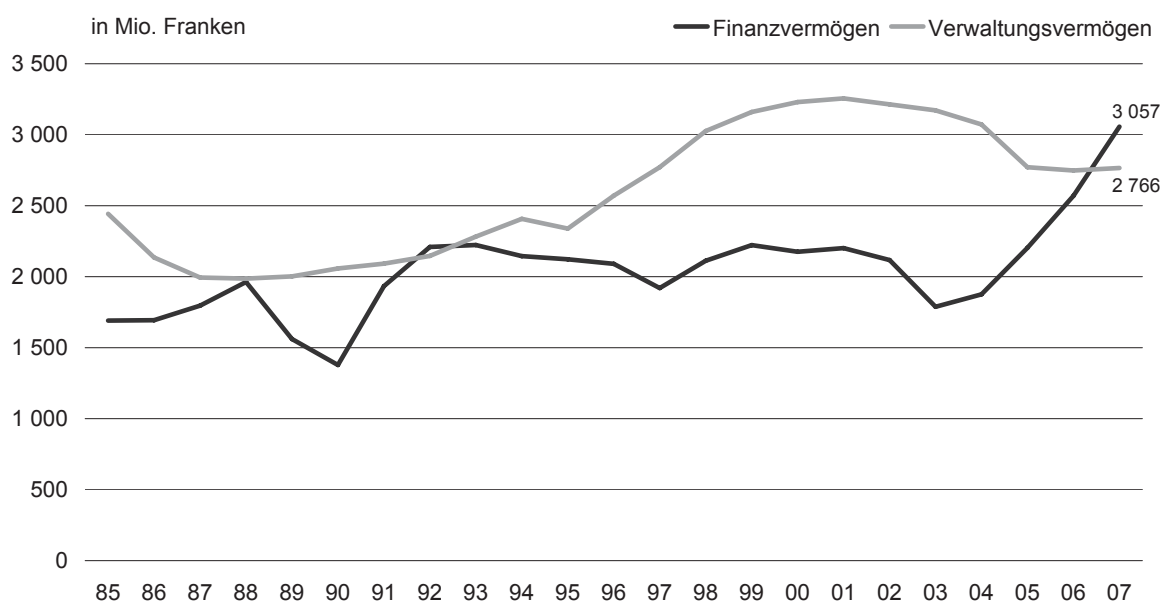
## 2.2.7 Durchschnittzinssatz der konsolidierten Schulden

Die nachfolgende Grafik zeigt den Durchschnittzinssatz über alle verzinslichen Schulden des Kantons Basel-Stadt für den Zeitraum 1994 - 2007. Der Zinssatz wird alljährlich von der Finanzverwaltung neu berechnet. Amortisationen von eher teuren Schulden und Refinanzierungen zu historisch tiefen Zinssätzen lassen den seit 1996 anhaltenden Trend sinkender Durchschnittssätze fortschreiben.



## 2.2.8 Vermögenslage

Während sich das Verwaltungsvermögen gegenüber dem Vorjahr praktisch kaum erhöht (plus CHF 17.9 Mio. oder 0.6%), steigt das Finanzvermögen um CHF 447.1 Mio. oder 17.4%, dies primär dank höheren Festgeldanlagen, welche ebenfalls dem Finanzvermögen zugerechnet werden, aber auch dank einer nochmaligen Höherbewertung der Renditeliegenschaften. Erstmals nach 1992 liegen die Werte des Finanzvermögens über jenen des Verwaltungsvermögens.



## 2.3 Inhaltliche Akzente und Finanzen der Gesamtdepartemente

### 2.3.1 Baudepartement

Das Baudepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung, Baubewilligung und Bauaufsicht, Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum, Versorgung und Entsorgung, Umwelt und Energie sowie teilweise für das Ressourcenfeld Zentrale Bau- und Raumdienste.

**Stadtentwicklung Basel-Nord** Im Sommer wurde nach über 14jähriger Bauzeit die vierspurige, rund 3,5 Kilometer lange Stammlinie der Nordtangente eröffnet und das Bauwerk mit einem grossen Fest der Bevölkerung übergeben. Gleichzeitig wurde die Reparatur der Oberfläche angegangen insbesondere auf dem Volaplatz und in der Voltastrasse. Die Geleise für die Tramlinie 1 wurden in der Entenweidstrasse verlängert und über den Bahnhof St. Johann zum Volaplatz geführt. Im Winter 07/08 wurde entlang der Entenweidstrasse eine doppelte Baumreihe gepflanzt. Im Dezember 2007 begannen die Vorarbeiten für die Überbauung Volta West und Volta Zentrum, die im Jahre 2009 verwirklicht sein werden. Ebenso wurden die Bauarbeiten am Vogesenplatz begonnen. Es handelt sich um Projekte, die das Erscheinungsbild rund um das äussere St. Johann prägend beeinflussen werden. 2007 diskutierte unter der Moderation des Stadtteilsekretariates die Kontaktgruppe Kleinhüningen Verkehrsprobleme im Quartier und skizzierte zusammen mit der Verwaltung Lösungsvorschläge.

**Innenstadt – Qualität im Zentrum** Dieses Projekt wurde 2007 intensiv in der grossrätlichen Kommission behandelt. Insbesondere wurden Fragen zum Verkehrsregime diskutiert, die in die Zuständigkeit des Sicherheitsdepartements fallen. Auf dem Perimeter der Innenstadt wurde 2007 das alte Frauenspital abgerissen und der Baugrund für das neue Kinderspital vorbereitet. Am Rheinsprung und in der Augustinergasse wurden die Werkleitungen ersetzt als erste Etappe einer vierjährigen Gesamtsanierung auf dem Münsterhügel.

**2000-Watt Gesellschaft** Im Vordergrund steht die Energieeffizienz im Gebäudebereich. Bei allen Neu- und Umbauten von Gebäuden im Verwaltungsvermögen soll systematisch geprüft werden, ob und wie eine energetische Sanierung angebracht ist. Bei entsprechenden Projekten sollen „Klimapakete“ geschnürt und über einen separaten Kredit finanziert werden. Auf der Basis von 2 Pilotprojekten sollen für die Verwaltung Standards im Gebäudebereich festgelegt werden.

**Anpassung an die Strommarktöffnung** Im Berichtsjahr wurde intensiv an der Zukunft der IWB gearbeitet. Damit diese in einem geöffneten Strommarkt erfolgreich sein kann, müssen die Voraussetzungen unter anderem mit einer Anpassung der Rechtsform geschaffen werden. Analog der Basler Verkehrsbetriebe BVB soll die IWB ein eigenständiges Unternehmen werden. Der Regierungsrat hat Ende 2007 einen entsprechenden Richtungsentscheid gefällt und eine breite Vernehmlassung vorbereitet.

**RV09** Die Verwaltungsreorganisation beanspruchte 2007 in zahlreichen Teilprojekten erhebliche personelle Ressourcen des Baudepartements. Wir bewegen uns vom Baudepartement hin zum „Bau- und Verkehrsdepartement“ und stärken damit die Fachkompetenz in diesen Bereichen. 2007 wurden die Organisationsstruktur erarbeitet und die Aufgaben der Organisationseinheiten definiert.

**Wettsteinplatz** Nach eineinhalbjähriger Bauzeit konnten die Sanierungs- und Umgestaltungsarbeiten auf dem Wettsteinplatz vier Monate früher als geplant im Dezember 2007 abgeschlossen werden. Durch die Sanierung und Neugestaltung des Wettsteinplatzes wurde die Verkehrssicherheit allgemein und insbesondere für die Fussgängerinnen und Fussgänger erhöht. Der Kreisverkehr ist seit Juli 2007 in Betrieb und hat sich bewährt: Es gibt weniger Verkehrsstau. Die Wohn- und Lebensqualität für die Anwohnerschaft konnte verbessert werden.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	833.7	839.0	877.0	918.0	

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	108'241.0	105'721.0	104'382.6	2'519.9	2.4
31 Sachaufwand	69'803.1	60'948.2	60'879.0	8'854.9	14.5
K	0.0	160.0	0.0	-160.0	-100.0
32 Passivzinsen	3'079.1	2'991.0	3'567.7	88.1	2.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	148.6	59.0	132.1	89.6	151.8
36 Eigene Beiträge	9'469.7	10'301.5	9'939.9	-831.8	-8.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	56'508.4	21'049.0	25'416.3	35'459.4	168.5
<b>Total Aufwand</b>	<b>247'249.8</b>	<b>201'069.8</b>	<b>204'317.7</b>	<b>46'180.1</b>	<b>23.0</b>
42 Vermögenserträge	-2'379.8	-1'909.7	-914.3	-470.1	-24.6
43 Entgelte	-182'597.0	-145'294.4	-148'672.0	-37'302.6	-25.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-10'078.2	-11'555.5	-11'139.0	1'477.4	12.8
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-10'774.8	-1'442.0	-5'135.1	-9'332.8	-647.2
<b>Total Ertrag</b>	<b>-205'829.8</b>	<b>-160'201.6</b>	<b>-165'860.4</b>	<b>-45'628.2</b>	<b>-28.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>41'420.0</b>	<b>40'868.1</b>	<b>38'457.3</b>	<b>551.9</b>	<b>1.4</b>
davon Aufgabenfelder:					
1.1 Raumplanung	6'183.1	5'809.9	5'521.0	373.2	6.4
1.2 Baubewilligungen u. Bauaufsicht	-106.3	1'027.6	339.1	-1'133.8	-110.3
1.3 Anlagen/Bauten im öffentl. Raum	48'073.5	49'154.3	41'692.6	-1'080.8	-2.2
1.4 Versorgung und Entsorgung	-39'489.7	-40'605.2	-44'973.7	1'115.5	2.7
1.5 Umwelt und Energie	3'483.0	3'334.4	3'020.4	148.6	4.5
7.2 Rechtsprechung (verwalt.unabh.RK)	234.0	256.6	223.3	-22.6	-8.8
8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste	12'926.5	11'914.6	11'491.1	1'011.9	8.5
8.7 Führung und Führungsunterstützung	10'116.0	9'975.9	9'627.7	140.0	1.4
5 Ausgaben Investitionen	89'103.9	94'686.0	146'670.6	-5'582.1	-5.9
6 Einnahmen Investitionen	-42'003.4	-46'686.0	-66'167.7	4'682.6	10.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>47'100.5</b>	<b>48'000.0</b>	<b>80'502.9</b>	<b>-899.5</b>	<b>-1.9</b>

### Kommentar

- Die erstmalige Verbuchung der Ferien- und Überzeitguthaben belastet die Rechnung mit TCHF 4'400. Berücksichtigt man dazu noch den Anteil BD an der zentral eingestellten Teuerung von TCHF 574, ist der Personalaufwand um TCHF 2'454 unterschritten. Dies ist vorwiegend auf den Personalabbau im Tiefbauamt aufgrund der Verschiebung von Aufgaben im Bereich Nationalstrassen vom Kanton zum Bund zurückzuführen.
- Ab Mai 2007 werden die Finanzdienstleistungen zentral von der Abteilung Finanzen und Controlling des Departementsekretariates erbracht. Dadurch fallen die Kosten von total TCHF 1'731 aus den Dienstleistungsverträgen für die Dienststellen im Sachaufwand an. Kompensation in gleicher Höhe durch die Einnahmen der Abteilung Finanzen und Controlling unter FDK 43.  
Durch die Harmonisierung der Steuergrössen wurden die Kleininvestitionen des Mehrwertabgabefonds im Departementsssekretariat von TCHF 924 neu im ordentlichen Unterhalt gebucht. Kompensation in gleicher Höhe unter FDK 48.  
Mehraufwand der Stadtgärtnerei im Bereich Materialeinkauf für Grossbaumpflanzungen, Dekoration von Strassen und Plätzen sowie grosse Strassenbauprojekte von TCHF 800. Diesem Mehraufwand stehen entsprechende Mehreinnahmen unter FDK 43 gegenüber. Mehraufwand für den Unterhalt von Anlagen, Maschinen und Fahrzeugen sowie diverse Ersatzbeschaffungen von Nutzfahrzeugen und Kleingeräten in der Höhe von TCHF 340.  
Mehraufwand für den Einkauf von Material und Treibstoff in Werkstätten des Tiefbauamtes von TCHF 600.  
Übernahme des Betriebsdefizits von TCHF 4'200 der Kehrrechtverbrennungsanlage (Anteil Basel-Stadt), das aufgrund des ausserordentlichen Mietaufwandes entstanden ist, bedingt durch betriebswirtschaftlich begründete Rückstellungen in der Betriebsrechnung der KVA.
- Die Betriebskosten der Abwasserreinigungsanlage Basel fielen tiefer aus als budgetiert.
- Einlage in Spezialfinanzierung Mehrwertabgabefond im Departementsekretariat von TCHF 9'126, entsprechend den Einnahmen aus Mehrwertabgaben unter FDK 43. Die Energie-Förderabgabe im AUE erzielte TCHF 1'862 höhere Einnahmen, dementsprechend erfolgten höhere Einlagen in den Förderfond. Die Fonds werden in der Rechnung 2007 als Anhang zur Bilanz in der Rubrik „Spezialfinanzierungen“ ausgewiesen.

- KVA Kehrichtverwertung: Zusätzliche Einlage in Spezialfinanzierung von TCHF 24'445 infolge ausserordentlicher Mieteinnahmen in der Höhe von TCHF 29'450 aus der Betriebsrechnung der KVA durch betriebswirtschaftlich begründete Rückstellungen, abzüglich des nicht realisierten, budgetierten Betriebsüberschusses von TCHF 5'500.
- 5 Departementsekretariat: Einnahmen aus Mehrwertabgaben von TCHF 9'126. Einnahmen aus Finanzdienstleistungen für die Dienststellen in der Höhe von TCHF 1'731.
- Bauinspektorat: Höhere Einnahmen in der Höhe von TCHF 1'263 aus Baubewilligungsgebühren aufgrund der guten Wirtschafts- und Baukonjunktur.
- Stadtgärtnerei: Mehreinnahmen im Bereich Grossraumpflanzungen sowie bei Verkäufen in der Höhe von TCHF 1'300. Ausserordentlicher Ertrag durch Einbuchung Eigenkapital Familiengärten von TCHF 510, deren Rechnung bis 2006 ausserhalb der Staatsrechnung geführt wurde.
- Tiefbauamt: Die Aktivierung des Inventars der Allmendverwaltung auf Empfehlung der Finanzkontrolle führte zu einem ausserordentlichen Ertrag von TCHF 1'370. Mehreinnahmen aus Verkäufen der Werkstätten sowie aus verrechneten Arbeitsleistungen der Stadtreinigung in der Höhe von TCHF 1'963.
- KVA Kehrichtverwertung: Mehreinnahmen in der Höhe von TCHF 29'450 infolge ausserordentlicher Mieteinnahmen aus der Betriebsrechnung der KVA, bedingt durch betriebswirtschaftlich begründete Rückstellungen.
- Mindereinnahmen von TCHF 4'750 infolge Nichteinführung der budgetierten Abfallgrundgebühr.
- Wegfall des budgetierten Betriebsüberschusses der KVA von TCHF 5'500.
- 6 Der effektive Ertrag aus der Mineralölsteuer (Benzinzoll) fiel um TCHF 1'600 geringer aus.
- 7 Departementsekretariat: Entnahme von TCHF 924 aus Spezialfinanzierung Mehrwertabgabefond zur Deckung der Kleininvestitionen, die infolge Harmonisierung der Steuerungsgrössen neu im ordentlichen Unterhalt verbucht wurden (siehe FDK 31).
- Abfallentsorgung: Entnahme aus Spezialfinanzierung zur Deckung der fehlenden Einnahmen aus der nicht eingeführten Grundgebühr in der Höhe von TCHF 4'750.
- KVA Kehrichtverwertung: Entnahme aus Spezialfinanzierung von TCHF 4'200 zur Deckung des Betriebsdefizits der Kehrichtverwertungsanlage. Das Defizit in der Betriebsrechnung der KVA ist auf den ausserordentlichen Mietaufwand zurück zu führen, bedingt durch betriebswirtschaftlich begründete Rückstellungen.
-



### 2.3.2 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder, Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung, Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung, Kulturförderung und -pflege, Sport- und Bewegungsförderung, Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe, Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit sowie für das Ressourcenfeld Zentrale Materialdienste. Im Vordergrund für das Rechnungsjahr 2007 standen folgende Themen:

**Gestaltung der Volksschulen in Basel-Stadt** Die Neugestaltung der Bildungswege in der Volksschule ist eines der wichtigsten aktuellen Projekte im Bildungsbereich. Alle Ziele des Bildungsraums Nordwestschweiz sind den Eckwerten des Konkordats „HarmoS“ der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz angepasst und zwischen den beteiligten Bildungsdirektoren der Kantone Aargau, Solothurn, Basel-Landschaft und Basel-Stadt ausgehandelt.

**Umsetzen des Rechtes auf Tagesbetreuung, das die neue Kantonsverfassung garantiert** Zur Umsetzung des verfassungsmässigen Anspruchs auf familienergänzende Tagesbetreuung wurde das Angebot an mitfinanzierten Plätzen in Partnerschaft mit privaten Anbietern weiter ausgebaut. Die Anzahl der Vermittlungen ist weiter wachsend.

**Weiterentwickeln und Ausbauen der Schulen mit Tagesstrukturen** An den vier Standorten Wasgenring, Niederholz, Thierstein und Kleinhüningen wurde zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 der Betrieb als Schule mit Tagesstrukturen aufgenommen. 49 Erstklass- und 16 Kindergartenkinder haben vom neuen Angebot Gebrauch gemacht. Zwischen 07.00 und 18.00 Uhr werden Unterricht und Betreuung angeboten. Das Projekt ist in der Startphase auf vier Jahre angelegt, in denen sich die zur Verfügung stehenden Plätze vervierfachen sollen.

**Erweiterte Trägerschaft der Universität Basel** Im Jahr 2007 erfolgten die Umsetzungsarbeiten für den neuen Staatsvertrag mit dem Kanton Basel-Landschaft. Der Universitätsrat wurde neu konstituiert, ausserdem haben die Regierungen jene neuen Koordinationsgremien geschaffen, welche den Vollzug des bikantonalen Vertrags sicherstellen sollen. Die Kantonsparlamente haben die für die Universität vorgesehene Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission (IGPK) eingerichtet.

**Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)** Mit der NFA werden die Kantone für den gesamten Bereich der Sonderschulung und der Behindertenhilfe verantwortlich. Im Stipendienwesen zieht sich der Bund aus der Subventionierung von Stipendien im Bereich der Sekundarstufe II zurück. In enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und den Betroffenen wurden hier die Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten vorab in den Teilbereichen Behindertenhilfe und Sonderschulung geleistet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3223.4	3230.0	3256.0	3253.0	
<b>Finanzen</b>						
in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand		502'949.7	494'342.4	498'602.7	8'607.3	1.7 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand		104'293.1	95'997.1	94'637.8	8'296.0	8.6 <sup>2</sup>
32 Passivzinsen		2.9	6.0	2.9	-3.1	-51.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen		69.8	0.0	63.7	69.8	...
36 Eigene Beiträge		400'777.4	391'447.4	341'294.2	9'330.0	2.4 <sup>3</sup>
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen		30.0	0.0	0.0	30.0	...
<b>Total Aufwand</b>		<b>1'008'123.0</b>	<b>981'792.9</b>	<b>934'601.2</b>	<b>26'330.1</b>	<b>2.7</b>
42 Vermögenserträge		-603.7	-676.9	-498.3	73.2	10.8
43 Entgelte		-56'701.0	-49'432.0	-54'738.5	-7'268.9	-14.7
46 Beiträge für eigene Rechnung		-83'802.9	-80'516.7	-82'535.7	-3'286.1	-4.1
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen		-340.8	-23.0	-239.0	-317.8	...
<b>Total Ertrag</b>		<b>-141'448.3</b>	<b>-130'648.7</b>	<b>-138'011.5</b>	<b>-10'799.6</b>	<b>-8.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>		<b>866'674.6</b>	<b>851'144.2</b>	<b>796'589.8</b>	<b>15'530.4</b>	<b>1.8</b>
davon Aufgabenfelder:						
2.1 Volksschulbildung		264'845.9	261'288.5	261'393.4	3'557.4	1.4
2.2 Weiterführende Schulbildung		145'520.7	143'178.1	138'499.1	2'342.5	1.6
2.3 Bildung auf Tertiärstufe		228'244.1	227'385.7	172'659.6	858.4	0.4
2.4 Kulturförderung und -pflege		105'410.5	101'592.5	105'102.6	3'818.0	3.8
2.5 Sport- und Bewegungsförderung		12'101.0	10'425.9	11'900.7	1'675.1	16.1
2.6 Stationäre Jugend- und Behindertenh.		74'589.9	70'181.4	71'904.8	4'408.5	6.3
2.7 Tagesbetreuung und Quartierarbeit		26'241.7	26'315.3	24'973.9	-73.7	-0.3
8.6 Zentrale Materialdienste		601.7	1'224.7	832.2	-623.0	-50.9
8.7 Führung und Führungsunterstützung		9'119.2	9'552.1	8'916.9	-432.9	-4.5
5 Ausgaben Investitionen		13'987.9	7'000.0	16'438.1	6'987.9	99.8 <sup>4</sup>
6 Einnahmen Investitionen		-1'558.8	0.0	-247.1	-1'558.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>		<b>12'429.0</b>	<b>7'000.0</b>	<b>16'191.0</b>	<b>5'429.0</b>	<b>77.6</b>

**Kommentar**

- Die Budgetabweichung ist teilweise auf die zentral beim Finanzdepartement budgetierten Mehrkosten für die Teuerung (TCHF 1'763) sowie die Erhöhung der Kinderzulagen (TCHF 954) zurückzuführen. Auf die Zunahme der Rückstellung für Stundenguthaben der Lehrkräfte entfallen TCHF 4'288. Die restliche Abweichung ist bedingt durch nicht budgetierte PK-Einkaufskosten.
- Im Zusammenhang mit der erstmaligen Bildung von Rückstellungen für die Zeitguthaben des Verwaltungspersonals in allen Dienststellen sind im Sachaufwand einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 5'733 enthalten. Mehrkosten von TCHF 1'196 sind auf archäologische Ausgrabungen auf dem Novartis Campus-Areal zurückzuführen, welche durch eine Unterschreitung der Investitionsrechnung kompensiert werden. Die neu eingeführte zentrale Beschaffung der Kopiergeräte hat bei der Materialzentrale Mehrausgaben von TCHF 943 zur Folge. Dagegen stehen höhere Einnahmen aus intern verrechneten Leistungen.
- Die Budgetüberschreitung entfällt auf die Behindertenhilfe (TCHF 3'995), die stationäre Jugendhilfe (TCHF 819), die Tagesbetreuung (TCHF 706), die Stipendien (TCHF 489) und die Bildung an den Berufsschulen (TCHF 1'645). Weitere Mehrkosten hängen mit einer versicherungstechnischen Nachfinanzierung bei der Pensionskasse der Musikakademie zusammen (TCHF 1'125). Die verbleibende Abweichung ist auf die neue Trägerschaft der Universität Basel zurückzuführen: die Studierenden des Klinikbereichs werden ab 2007 nicht mehr zu Lasten des Gesundheits- sondern des Erziehungsdepartements abgerechnet.
- TCHF 7'099 entfallen auf den Investitionsbereich Übrige und sind auch dort budgetiert. Unter Berücksichtigung der zu kompensierenden Grabungskosten bei der Archäologischen Bodenforschung von TCHF 1'196 beträgt die Ausschöpfung im Investitionsbereich Bildung TCHF 8'085 resp. abzüglich der Mehreinnahmen unter FDK 6 netto TCHF 6'526.

### 2.3.3 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das eigentliche Querschnitts- bzw. Ressourcendepartement der Verwaltung. Zu den klassischen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personendienst, die Zentrale Informatikdienststelle und die Finanzverwaltung. Zum Finanzdepartement gehören weiter die Steuerverwaltung, Immobilien Basel-Stadt und noch bis Ende 2007 die Dreispitzverwaltung.

Im Jahre 2007 standen im Finanzdepartement folgende grössere Vorhaben im Vordergrund:

**Totalrevision des neuen Pensionskassengesetzes** Der im Herbst 2006 vom Regierungsrat vorgelegte Ratschlag betreffend Totalrevision des Pensionskassengesetzes wurde von einer Spezialkommission des Grossen Rates bis Ende Mai 2007 beraten. In einem relativ engen Zeitplan wurde die Kommission vom Finanzdepartement mit Zusatzabklärungen und -berichten unterstützt, so dass das Gesetz noch in der Bündelitzung des Grossen Rates behandelt und beschlossen werden konnte.

Aufgrund des erreichten Kompromisses verzichteten die Personalverbände auf ein Referendum. Trotz der relativ kurzen Zeit für die Vorbereitung der Umsetzung seitens PKBS konnte der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit auf den 1. Januar 2008 festlegen.

**Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)** In der Vorbereitung auf die Einführung der NFA hat sich der Kanton Basel-Stadt dafür eingesetzt, dass die Interessen des Kantons bezüglich sozio-demografischem Lastenausgleich, der Berücksichtigung der Grenzgänger im Ressourcenpotential und Höhe des Ressourcenausgleichs zwischen starken und schwachen Kantonen besser berücksichtigt werden.

Der Bundesrat hat aber schliesslich aus politischen Gründen praktisch nichts mehr an der Vorlage zur Dotierung der Ausgleichsgefässe geändert. Aus Sicht des Kantons Basel-Stadt wird es nun darum gehen, seine Position aufgrund des für 2010 geplanten Wirksamkeitsberichts zu analysieren und gegebenenfalls in die Diskussion über die Dotierung der Ausgleichsgefässe ab 2012 einzubringen.

Trotzdem führt die Einführung der NFA für den Kanton Basel-Stadt schon ab 2008 zu einer Entlastung von gut 19 Mio. CHF im Vergleich zur Situation, wenn die NFA nicht eingeführt worden wäre. Basel-Stadt ist zudem der einzige ressourcenstarke Kanton, der mit der NFA nicht deutlich stärker belastet wird - dies vor allem dank dem sozio-demografischen Lastenausgleich.

**Parlamentarische Vorstösse im Steuerbereich** Der Gegenvorschlag zu den beiden Steuerinitiativen - die eine betreffend den Abzug der Krankenkassenbeiträge vom steuerbaren Einkommen, die andere betreffend eine Reduktion der Einkommenssteuerbelastung - sowie als Bericht und Stellungnahme zu verschiedenen Motionen und Anzügen mit Steueranliegen, hat der Regierungsrat dem Parlament ein umfassendes Steuersenkungspaket unterbreitet. Der anspruchsvolle Zeitplan konnte eingehalten werden, die Änderungen im Steuergesetz sind per 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb durch eine wesentliche Senkung der Einkommens-, Gewinn- und Immobiliensteuern deutlich gesteigert.

**Partnerschaftsverhandlungen** Im Jahre 2007 wurden zwei neue Teilprojekte gestartet. Teilprojekt 6 betreffend Zusammenlegung von Dienststellen: In diesem Teilprojekt geht es darum, allgemeine Grundlagen und Kriterien zur Prüfung möglicher Zusammenlegungen von Dienststellen zu erarbeiten. Teilprojekt 7 betreffend Konkretisierung Leistungseinkauf: In diesem Teilprojekt soll die Anwendung der in den Standards BL/BS formulierten finanziellen Grundsätze und Kriterien für den Leistungseinkauf konkretisiert und die Kommentare in den Standards BL/BS für den Leistungseinkauf entsprechend ergänzt werden. In beiden Projekten hat die Regierungen Ende 2007 entsprechende Grundlagenberichte für eine Versuchsphase genehmigt. Sie dienen den Departementen bzw. Direktionen der beiden Kantone als Orientierungshilfen.

**Stadtwohnen** Der Politikschwerpunkt Stadtwohnen hat zum Ziel, das Stadtwohnen in Basel zu fördern und ein vielfältiges, modernes und attraktives Wohnangebot zu schaffen. Die Federführung liegt bei der Geschäftsstelle Logis Bâle im Baudepartement und das Finanzdepartement ist durch

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	445.0	449.0	451.0	458.0	

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	60'901.1	60'717.8	58'832.0	183.3	0.3
31 Sachaufwand	29'802.9	25'242.6	23'379.4	4'560.3	18.1 <sup>1)</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.2	0.0	0.0	0.2	...
<b>Total Aufwand</b>	<b>90'704.2</b>	<b>85'960.4</b>	<b>82'211.4</b>	<b>4'743.8</b>	<b>5.5</b>
42 Vermögenserträge	-26.6	-22.0	-25.4	-4.6	-20.8
43 Entgelte	-35'465.5	-29'784.0	-31'696.8	-5'681.5	-19.1
<b>Total Ertrag</b>	<b>-35'492.0</b>	<b>-29'806.0</b>	<b>-31'722.2</b>	<b>-5'686.0</b>	<b>-19.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>55'212.1</b>	<b>56'154.3</b>	<b>50'489.2</b>	<b>-942.2</b>	<b>-1.7 <sup>2)</sup></b>
davon Aufgabenfelder:					
7.2 Rechtssprechung (verwalt.unabh.RK)	169.4	284.5	116.2	-115.1	-40.4
8.1 Steuererhebung	29'303.4	29'015.5	28'091.8	287.9	1.0
8.2 Zentrale Finanzdienste	2'730.9	3'115.3	1'492.6	-384.4	-12.3
8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste	1'442.5	1'356.4	980.8	86.1	6.3
8.5 Zentrale Informatik- und Tel.dienste	10'995.3	10'779.2	9'343.2	216.1	2.0
8.7 Führung und Führungsunterstützung	4'999.4	5'685.7	5'533.2	-686.2	-12.1
5 Ausgaben Investitionen	6'393.0	43'500.0	6'359.2	-37'107.0	-85.3
6 Einnahmen Investitionen	0.0	-300.0	0.0	300.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>6'393.0</b>	<b>43'200.0</b>	<b>6'359.2</b>	<b>-36'807.0</b>	<b>-85.2</b>

### Kommentar

1) Die überschreitende Sachkosten sind primär auf die Bildung von Rückstellungen für Überzeit- und Ferienguthaben (+ CHF 3.7 Mio.) zurückzuführen. Dazu kommt ein Mehraufwand beim Unterhalt von rund CHF 1.32 Mio. für Reorganisationen (Umbau, Mobiliar und Einrichtungen).

2) ONA ohne Sozialleistungen ZPD und Liegenschaften Eigennutzen IBS

Immobilien Basel-Stadt in die interdepartementale Projektleitung eingebunden. Die Wohnpolitik soll durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens unterstützt werden. Im Jahr 2007 wurde dafür ein Konzept erarbeitet, dessen Umsetzungsplanung in Erarbeitung ist.

### 2.3.4 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Gesundheitsschutz (Laboratorium, Veterinäramt, Rechtsmedizin sowie Betreibung des Schlachthofes), Gesundheitsdienste (Kantonsärztlicher Dienst, Heilmittelwesen, Sucht, Gesundheitsförderung und Prävention), Gesundheitsversorgung (Spitäler mit ambulanter und stationärer Versorgung, öffentliche Zahnkliniken, Langzeitpflege und Leistungseinkauf) und klinische Lehre und Forschung.

Im Berichtsjahr standen folgende Themen im Vordergrund:

**Hochspezialisierte Medizin – Kooperation Basel-Bern** Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) hat am 14. März 2008 einstimmig die im Berichtsjahr erarbeitete neue Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IV-HSM) zur Ratifikation zuhanden der Kantone verabschiedet. Mit dieser Vereinbarung wird der gesetzliche Rahmen für eine gemeinsame Planung der hochspezialisierten Medizin geschaffen und die bisherige Planung der einzelnen Kantone abgelöst zugunsten einer gesamtschweizerischen Planung. Inkrafttreten soll die neue interkantonale Vereinbarung per 1. Januar 2009. Gleichzeitig wurde die im Vorjahr begonnene intensive Zusammenarbeit im Bereich der Herzchirurgie zwischen dem Universitätsspital Basel (USB) und dem Inselspital Bern fortgesetzt. Wichtige Grundlagen für eine zukünftige Zusammenarbeit in diesem Kooperationsfeld wie das Modell für die Führung der Allianz sowie Grundsätze für künftige, weitere Kooperationen konnten erarbeitet werden.

**Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen** Das auf drei Jahre befristete Pilotprojekt konnte per 1. Januar 2007 gestartet werden. Mittlerweile können rund 400'000 Einwohnerinnen und Einwohner der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie des Landkreises Lörrach Leistungen im jeweils anderen Land in Anspruch nehmen. 2008 wird ein erster Zwischenbericht durch das Schweizerische Gesundheitsobservatorium erfolgen.

**Baubeginn Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)** Das Projekt zum geplanten Neubau des Universitäts-Kinderspitals (UKBB) trat 2007 in die Umsetzungsphase. Im April 2007 wurde der definitive Kostenvoranschlag von CHF 161.7 Mio. (teuerungsbereinigt - BS zu 50% beteiligt) verabschiedet. Der Rückbau des Geländes konnte abgeschlossen und der Baubeginn im November 2007 eingehalten werden.

**Projekt Kompetenzzentrum für Geriatrie beider Basel** Mitte Februar 2007 beschlossen die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, das Projekt eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie auf dem Areal des Diakonats Bethesda zu realisieren. Mitte Oktober 2007 wurde seitens des Kantons Basel-Landschaft auf Veranlassung der landrätlichen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission die Variante eines gemeinsamen Geriatriezentrums auf dem Areal des Bruderholzspitals eingebracht. Basel-Stadt ist mit der Prüfung beider Varianten einverstanden. Drei Prämissen stehen dabei für Basel-Stadt im Vordergrund: Die Realisierung muss sofort erfolgen, die baselstädtische geriatrische Behandlungskette muss im neuen Modell erhalten bleiben und das neue Kompetenzzentrum muss als eigenständige bikantonale Organisation auftreten.

**Gesundheitsförderung und Prävention** Verschiedene Gesundheitsförderungs- und Präventionskampagnen zur Förderung gesunder Ernährung, Bewegung und zum gesunden Körpergewicht ([www.allesgutebasel.ch](http://www.allesgutebasel.ch)), zur Suchtprävention und zur Sexualaufklärung von Jugendlichen ("Mix your Life") wurden 2007 durchgeführt.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4835.0	4949.0	4956.0	5077.0	

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	640'812.8	635'913.7	635'299.3	4'899.1	0.8 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	259'935.5	252'071.0	251'503.2	7'864.5	3.1 <sup>2</sup>
32 Passivzinsen	883.7	929.3	924.4	-45.6	-4.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'294.8	940.0	2'463.9	354.8	37.7 <sup>3</sup>
36 Eigene Beiträge	174'664.1	244'114.4	180'152.4	-69'450.3	-28.4 <sup>4</sup>
<b>Total Aufwand</b>	<b>1'077'590.9</b>	<b>1'133'968.4</b>	<b>1'070'343.2</b>	<b>-56'377.5</b>	<b>-5.0</b>
40 Steuern	-661.0	-620.0	-643.3	-41.0	-6.6
42 Vermögenserträge	-2'406.0	-1'814.7	-2'125.3	-591.3	-32.6
43 Entgelte	-596'717.3	-594'308.6	-581'704.0	-2'408.7	-0.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-70'728.3	-136'300.1	-54'501.0	65'571.8	48.1 <sup>4</sup>
<b>Total Ertrag</b>	<b>-670'512.7</b>	<b>-733'043.4</b>	<b>-638'973.6</b>	<b>62'530.7</b>	<b>8.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>407'078.2</b>	<b>400'925.0</b>	<b>431'369.5</b>	<b>6'153.2</b>	<b>1.5</b>
davon Aufgabenfelder:					
5.1 Gesundheitsschutz	9'149.6	8'833.4	8'466.5	316.2	3.6
5.2 Gesundheitsdienste	19'816.1	22'557.0	21'418.5	-2'740.9	-12.2
5.3 Gesundheitsversorgung	330'654.4	323'269.9	328'762.4	7'384.5	2.3
5.4 Klinische Lehre und Forschung	42'047.7	40'055.4	63'942.2	1'992.4	5.0
7.2 Rechtssprechung (verwalt.unabh.RK)	475.6	524.2	498.4	-48.6	-9.3
8.7 Führung und Führungsunterstützung	4'934.8	5'685.1	4'610.9	-750.3	-13.2
5 Ausgaben Investitionen	34'544.5	35'000.0	35'594.6	-455.5	-1.3
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>34'544.5</b>	<b>35'000.0</b>	<b>35'594.6</b>	<b>-455.5</b>	<b>-1.3</b>

### Kommentar

- Die Überschreitung ist auf die zentral beim Finanzdepartement eingestellte Teuerung (TCHF 2'240) sowie die ebenfalls zentral eingestellte Erhöhung der Kinderzulagen (TCHF 1'234) zurückzuführen. Kostensteigernd wirkte sich auch die tiefe Fluktuationsrate in den Spitälern aus, dadurch ist eine vollumfängliche Kompensation des Stufenanstieges nicht möglich.
- Die Überschreitung rührt hauptsächlich von den als ausserordentlicher Aufwand taxierten zusätzlichen Rückstellungen für Ferien-, Gleit- und Überzeitguthaben der Mitarbeitenden her. Der gesamtstaatlich neue Bewertungsansatz besagt, dass für sämtliche Zeitguthaben der Dienststellen Rückstellungen gebildet werden müssen. Obwohl die Zeitguthaben in den Spitälern 2007 zurückgegangen sind, führte die Neubewertung der Zeitguthaben von vor 2007 zu einer Anpassung der Rückstellungen von rund TCHF 8'000.
- Der gesamtstaatlich neu gewählte Bewertungsansatz für Debitorenbestände erforderte eine nicht geplante Anpassung des Delkrederes in Höhe von rund TCHF 440.
- Die Abgeltung der Universität für Lehre und Forschung an die Spitäler in Höhe von rund TCHF 65'100 erfolgte direkt und nicht wie budgetiert via den Bereich Gesundheitsversorgung des Gesundheitsdepartementes. Daher fehlt der entsprechende Betrag sowohl im Aufwand wie auch im Ertrag des Departementes.

### 2.3.5 Justizdepartement

Das Justizdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Rechts- und Registerwesen, Vormundschaftswesen, Strafverfolgung und -vollzug, Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Aussenbeziehungen sowie für den Betrieb der Telefondienste im Ressourcenfeld Informatik und Telefondienste.

Im Berichtsjahr standen unter anderem folgende Themen im Vordergrund:

**Umsetzung der neuen Kantonsverfassung** Das Justizdepartement ist mit der Koordination der gesetzlichen Umsetzung der neuen Kantonsverfassung betraut. Nach der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Verfassungsgerichtsbarkeit und eines Gesetzes über Finanz- und Lastenausgleich, der Änderung des Wahlgesetzes (Unvereinbarkeit und Wahl Regierungspräsidium), der Anpassung des Gemeindegesetzes sowie der Erarbeitung des Entwurfes eines neuen Informations- und Datenschutzgesetzes konnten die letzten Anpassungen vorgenommen werden, womit bereits eineinhalb Jahre nach Wirksamkeit der neuen Kantonsverfassung alle zwingenden Gesetzgebungsarbeiten im Wesentlichen erledigt sind.

**Regierung und Verwaltung 2009** Ein Schwerpunkt der Arbeit der vergangenen 12 Monate bildete die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation. Die Vorbereitungsarbeiten betrafen einerseits das Gesamtprojekt, im Rahmen dessen der Vorsteher JD den Vorsitz in der Projektleitung einnimmt. Andererseits ist das Justizdepartement mit dem Aufbau eines neuen Präsidialdepartements beauftragt. Gleichzeitig musste der Übergang der Dienststellen des Justizdepartements in andere Departemente vorbereitet werden. Bis Ende Jahr konnte die Detailplanung der neuen Strukturen vorgenommen und abgeschlossen werden.

**Neuorganisation des Verhältnisses Kanton und Einwohnergemeinden (NOKE)** Die Gemeinden Bettingen und Riehen sollen bis Ende 2007 zusätzliche Aufgaben vom Kanton übernehmen. Das mehrjährige Projekt konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Das Ratschlagspaket zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kanton und Einwohnergemeinden (NOKE), das die Schaffung eines neuen Finanz- und Lastenausgleichs, die Anpassung des Gemeindegesetzes sowie die Kommunalisierung der Primarschule, inklusive Förderangebote, Tageschulen und Tagesbetreuung beinhaltet, wurde vom Grossen Rat am 6. Juni 2007 verabschiedet und in der Referendumsabstimmung vom 23. September 2007 angenommen.

**Gleichstellung in der Arbeitswelt** Die laufenden Aktivitäten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden konsequent weiterverfolgt. Der seit Ende 2006 bestehende „Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“, hat bereits einige Projekte entwickelt und umgesetzt. Es konnten zudem weitere neue Firmen zur Teilnahme gewonnen werden. Angesetzt wird aber auch bereits bei der Berufswahl. Das Aktionsprogramm, das die Berufswahl für Mädchen und Jungen öffnet und sie für geschlechtsuntypische Lebensentwürfe sensibilisiert, stiess im ersten Jahr auf eine beachtliche Resonanz.

**Ausbau Jugendarbeit und Jugendschutz sowie Unterstützung der Vormundschaftsbehörde** Die Vormundschaftsbehörde erhielt im Berichtsjahr zusätzliche Mittel zum Abbau der Überlastung und für den Ausbau der Erziehungsberatung sowie für die Einrichtung eines Pikettdienstes. Kindern, Jugendlichen und Eltern soll bei dringenden Gefährdungslagen und akuten Erziehungskrisen eine Ansprechbarkeit rund um die Uhr gewährleistet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Bearbeitung der Subventionsgeschäfte der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es gelang weitgehend, Konsens über die fachlichen Inhalte und den finanziellen Rahmen zu finden. Erstmals konnten die Gesuche der Regierung und dem Parlament als Gesamtpaket vorgelegt werden. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Planung und Steuerung der Angebote erreicht.

**Aussenbeziehungen** Drei Ereignisse sind herausragend bei der Verfolgung des Ziels, eine trinationale Metropolitanregion zu schaffen mit einer hohen Lebensqualität und einer überdurchschnittlichen Ertragskraft der Gesamtwirtschaft, welche durch eine kooperative Gesamtsteuerung der politischen Entscheidungsprozesse geprägt ist. Der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) hat seine Tätigkeit im Januar 2007 aufgenommen; der Vorstand und der Districtsrat haben sich formiert und die

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	368.0	363.0	356.0	359.0	
<b>Finanzen</b>						
in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand		54'771.8	53'685.1	52'779.5	1'086.7	2.0 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand		28'834.8	27'029.0	27'477.4	1'805.8	6.7 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen		194.5	116.5	179.7	78.0	66.9
36 Eigene Beiträge		13'568.2	14'383.0	14'476.6	-814.8	-5.7
K		0.0	522.9	0.0	-522.9	-100.0
<b>Total Aufwand</b>		<b>97'369.2</b>	<b>95'213.6</b>	<b>94'913.2</b>	<b>2'155.6</b>	<b>2.3</b>
42 Vermögenserträge		-1.6	-1.6	-1.6	0.0	...
43 Entgelte		-22'522.2	-21'419.9	-21'331.2	-1'102.3	-5.1
46 Beiträge für eigene Rechnung		-797.7	-1'161.0	-1'699.1	363.3	31.3 <sup>3</sup>
<b>Total Ertrag</b>		<b>-23'321.6</b>	<b>-22'582.5</b>	<b>-23'031.9</b>	<b>-739.1</b>	<b>-3.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>		<b>74'047.7</b>	<b>72'631.1</b>	<b>71'881.3</b>	<b>1'416.6</b>	<b>2.0</b>
davon Aufgabenfelder:						
3.1 Rechts- und Registerwesen		4'180.2	3'384.2	3'468.6	796.0	23.5
3.2 Vormundschaftswesen		17'104.6	17'060.7	15'798.3	43.9	0.3
3.3 Strafverfolgung- und vollzug		38'658.0	38'247.6	38'378.9	410.4	1.1
3.4 Ausserschulische Jugendarbeit		7'065.6	7'096.0	6'877.7	-30.4	-0.4
3.5 Gleichstellung von Frauen u. Männern		1'114.7	1'054.6	1'048.3	60.0	5.7
3.6 Aussenbeziehungen		985.4	1'109.9	921.7	-124.5	-11.2
8.5 Zentrale Informatik- und Tel.dienste		799.9	974.6	856.1	-174.7	-17.9
8.7 Führung und Führungsunterstützung		4'139.3	3'703.3	4'275.5	436.0	11.8
5 Ausgaben Investitionen		504.1	0.0	1'610.7	504.1	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>		<b>504.1</b>	<b>0.0</b>	<b>1'610.7</b>	<b>504.1</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Massgeblich führen die nicht budgetierten Rückstellungen für Überzeit- und Ferienguthaben infolge Änderung der bisherigen Behandlungspraxis (RRB Nr. 07/38/22 vom 27. November 2007) zur Abweichung gegenüber dem Budget.
- 2 Die Differenz ergibt sich aus nicht budgetierten Rückstellungen für Überzeit- und Ferienguthaben infolge Änderung der bisherigen Behandlungspraxis (RRB Nr. 07/38/22 vom 27. November 2007). Zudem verursacht der Straf- und Massnahmenvollzug die deutliche Kostensteigerung im Sachaufwand (TCHF 848, siehe JD-313).
- 3 Die Abnahme der Bundesbeiträge infolge Insassenrückgang durch die per 01.01.2007 in Kraft getretene StGB-Revision ergeben die Abweichung (TCHF 320.3, siehe JD-311).

ersten Ziele, wie namentlich einen trinationalen Tarifverbund, deklariert. Auf Bundesebene setzt sich die Einsicht durch, dass der Metropolraum Basel grenzüberschreitend ist und bis Mulhouse und Freiburg i.Br. reicht; das Raumkonzept Schweiz bildet diese Situation adäquat ab. Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz hat die Kantone Jura und Bern zu Vollmitgliedern aufgenommen, im Arbeitsprogramm 2007 – 2009 den Bahnprojekten, der Stärkung des Wirtschaftsraumes und der Schaffung eines Gesundheitsraumes Priorität verliehen und sein Sekretariat ausgebaut.

Die Konzeption der neuen Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Präsidiatdepartement hat eine Strategiediskussion ausgelöst, die in einem interdepartementalen Rahmen geführt wird und bis im Sommer 2008 abgeschlossen sein wird.

### 2.3.6 Sicherheitsdepartement

Das Sicherheitsdepartement ist für die Aufgabenfelder Sicherheit / Ordnung / Verkehrsmanagement, Rettung sowie Bevölkerungsdienste und Migration zuständig.

Das Jahr 2007 war für das Sicherheitsdepartement ein Jahr der Konsolidierung und Verbesserung der Strukturen. Das „Projekt Stabilo“ zur Optimierung der Stabsleistungen konnte abgeschlossen werden; die anfangs des Jahres eingeführte Zweiteilung des Stabes in die Bereiche „Politik“ und „Services“ hat sich bewährt. Für die Zusammenarbeit von Stabsfunktionen und operativen Bereiche gelten nun klare Standards. Die durch die Strukturreform bedingten Anpassungen der Geschäftskontrolle und -dokumentation wurden im Berichtsjahr durch die Neuregelung der internen Post- und Informationsflüsse sowie des Registraturwesens ergänzt.

**Regierungs- und Verwaltungsreform 2009 (RV09)** Im Rahmen der RV09 werden bedeutende Aufgaben vom heutigen Justizdepartement (JD) in das neue Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) eingebracht werden. Im Jahre 2007 wurden zusammen mit dem JD die Detailkonzepte ausgearbeitet und die Voraussetzungen geschaffen, um auf den Start der Umsetzung auf den 1. Februar 2009 die Fachabteilungen in die operativen Bereiche des neuen Departementes zu integrieren sowie die Führungs- und Unterstützungsfunktionen den neuen Anforderungen anzupassen. Mit der Schaffung eines Migrationsamtes durch die Zusammenlegung der bisherigen Abteilungen Massnahmen sowie Aufenthalte sowie der Überführung des Bewilligungsbüros vom Sicherheits- zum Baudepartement wurden zwei im Rahmen von RV09 vorgesehene Massnahmen bereits umgesetzt.

**EURO 2008** Die Vorbereitungsarbeiten zur EURO 2008 beschäftigten Departements- und Bereichsleitungen in zunehmendem Masse. Die Bereiche Kantonspolizei und Rettung sind, gemeinsam mit den Partnerorganisationen in der Region und der ganzen Schweiz, für die reibungslose und kosteneffiziente Erfüllung des Sicherheitsauftrages verantwortlich. Die besondere Lage des Stadions St. Jakob-Park an der Kantonsgrenze sowie das Bekenntnis der ganzen Region zur Host City Basel bedingt eine reibungslose Zusammenarbeit der Sicherheits- und Rettungsdienste der beiden Basel in einer Planungsorganisation. Ende 2007 konnten die wesentlichsten Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen und die Planungs- in die Projektorganisation überführt werden.

**Zivilschutz** Als Resultat der Überprüfung der aktuellen Bedrohungsformen ist eine Ausrichtung des Zivilschutzes auf den Einsatz bei Grossereignissen und Katastrophen zwingend. Im Rahmen des 2007 initiierten Projektes „Zivilschutz 2010“ werden die Strukturen von der bisherigen Ausrichtung auf kriegerische Ereignisse ausschliesslich auf einen Einsatz im Rahmen der Rettungsorganisationen Basel-Stadt ausgerichtet. Eine markante Verringerung des Milizteils kann durch die Bildung von modular einsetzbarer Katastrophenkompanien und Betreuungsformationen erreicht werden. Für andere Bedrohungsszenarien soll die Möglichkeit des „Aufwuchses“ sichergestellt bleiben.

**Integrationsgesetz** Plangemäss konnten die Vorbereitung des Integrationsgesetzes sowie das dazugehörige politische Mitwirkungsverfahren termingerecht abgeschlossen werden, so dass dieses Gesetz auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt werden konnte. Das neue eidgenössische Ausländergesetz sowie die Asylgesetzrevision machte zudem eine Anpassung der entsprechenden kantonalen Strukturen und Instrumente notwendig, was Ende 2007 abgeschlossen werden konnte.

**Neugestaltung Bereich Services** Auf Basis des Entscheids, die Funktionen Finanzen, Personal, Einkauf, Informatik und Raumbewirtschaftung in einen eigenen Stabsbereich „Services“ zu bündeln, wurde im 2007 dessen konkrete Umsetzung an die Hand genommen. So wurden die zu Beginn des Jahres noch dezentralen Buchhaltungsprozesse in Services integriert. Im Weiteren wurden die dezentralen Informatikstellen per 1. November 2007 dem Leiter Services unterstellt. Dies mit der Zielsetzung, diese sukzessive in einer einzigen Abteilung zusammenzufassen. Bezüglich Einkauf wurden die bestehenden Logistikprozesse im Departement analysiert und die Eckwerte der künftigen Logistikorganisation skizziert. Deren Umsetzung ist für die Jahre 2008 und 2009 geplant.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1399.9	1424.0	1438.0	1386.0	

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	182'560.2	187'183.9	186'644.1	-4'623.7	-2.5 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	39'713.9	38'518.6	35'620.7	1'195.3	3.1 <sup>2</sup>
K	0.0	80.0	0.0	-80.0	-100.0
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.1	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	622.5	5'470.0	1'234.8	-4'847.5	-88.6 <sup>3</sup>
36 Eigene Beiträge	480.0	308.0	306.3	172.0	55.8 <sup>4</sup>
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	8.6	12.0	9.1	-3.4	-28.0
<b>Total Aufwand</b>	<b>223'385.3</b>	<b>231'492.5</b>	<b>223'815.0</b>	<b>-8'107.2</b>	<b>-3.5</b>
40 Steuern	-31'079.1	-31'000.0	-30'711.8	-79.1	-0.3
41 Regalien und Konzessionen	-25.7	-30.0	-25.2	4.3	14.2
42 Vermögenserträge	-581.8	-119.0	-128.8	-462.8	-388.9
43 Entgelte	-83'723.6	-83'269.5	-79'544.1	-454.0	-0.5 <sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3'200.8	-3'098.6	-2'744.4	-102.2	-3.3
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	0.0	-10.0	-9.8	10.0	100.0
<b>Total Ertrag</b>	<b>-118'611.1</b>	<b>-117'527.1</b>	<b>-113'164.1</b>	<b>-1'083.9</b>	<b>-0.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>104'774.2</b>	<b>113'965.4</b>	<b>110'650.9</b>	<b>-9'191.1</b>	<b>-8.1</b>
davon Aufgabenfelder:					
4.1 Kantonspolizei	63'173.0	72'038.8	64'943.0	-8'865.7	-12.3
4.2 Rettung	17'420.6	16'751.3	17'906.2	669.3	4.0
4.3 Bevölkerungsdienste	16'648.4	18'229.8	17'972.7	-1'581.4	-8.7
8.7 Führung und Führungsunterstützung	7'532.2	6'945.5	7'009.2	586.7	8.4
5 Ausgaben Investitionen	15'327.8	0.0	12'909.5	15'327.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>15'327.8</b>	<b>0.0</b>	<b>12'909.5</b>	<b>15'327.8</b>	<b>...</b>

### Kommentar

- 1 Der Abbau der Grenzpolizei (im Rahmen Reduktion Aufgaben und Leistungen) wurde sukzessiv umgesetzt. Abgänge im Korps wurden bewusst intern besetzt, um die geplante Stellenreduktion auf den 1.1.2008 einhalten zu können. Diese Unterschreitung ist nicht nachhaltig, sondern eine Begleiterscheinung der Umsetzung.
- 2 Mit RRB vom 27.11.07 wurde die Berechnung für die Überzeit- und Ferienguthaben im Kanton vereinheitlicht. Diese Anpassung betreffend die Vorjahre wurde als ausserordentlichen Aufwand (CHF 2.4 Mio.) verbucht.
- 3 Mit der Einführung des neuen Bussenbewirtschaftungsprogramms der Kantonspolizei wurde die Debitorensystematik von vereinnahmten zu vereinbarten Entgelt umgestellt. Aus Gründen der Transparenz wird in der laufenden Rechnung die Verbuchung für nicht eintreibbare Bussen in derselben Konto-Gruppe 437, auf einem separaten sechsstelligen Konto erfasst (d.h. in der Rechnung 2007 betragen die Busseneinnahmen brutto CHF 32.6 Mio. abzüglich Wertberichtigung von CHF 7.9 Mio. = netto CHF 24.7 Mio.). Diese Umstellung (CHF 4.5 Mio.) war im Budget 2007 noch nicht berücksichtigt.
- 4 Mit Beschluss vom 21. Oktober 2007 hat die Regierung eine Defizitgarantie aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrates zugunsten des FC Concordia gesprochen. Die Defizitgarantie für die Sicherheitskosten des Spiels FC Concordia - FC Zürich wurde seitens Kantonspolizei in Anspruch genommen (TCHF 180).

### 2.3.7 Wirtschafts- und Sozialdepartement

Das Wirtschafts- und Sozialdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Standortförderung, Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen, Land- und Waldwirtschaft, Öffentlicher Verkehr, Existenzsicherung, Soziale Sicherheit und Dokumentation. Gegliedert nach diesen Aufgabenfeldern standen im Berichtsjahr folgende Arbeiten im Vordergrund.

**Standortförderung** Das Projekt Messestandort Basel 2012 der Messe Schweiz ist von zentraler Bedeutung für den Erhalt der ertragsstarken Weltmesse für Uhren und Schmuck BASELWORLD. Auslöser ist der notwendige Ersatz einer heute provisorischen Halle in der Erlennmatt, welche nur noch bis 2011 zur Verfügung stehen wird. Das WSD bereitete gemeinsam mit dem Baudepartement die Vorlagen zuhanden des Grossen Rates vor. Zum Jahresende befand sich die Vorlage in der Kommissionsberatung. Nach dem Vorschlag des Regierungsrates soll sich der Kanton Basel-Stadt aufgrund des (öffentlichen) Standortinteresses am Projekt beteiligen. Dies zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft, wo der Landrat zu Beginn des Jahres 2008 seiner Vorlage zugestimmt hat, sowie dem Kanton und der Stadt Zürich, dem zweiten Standort der Messe Schweiz.

**Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen** Für Klientinnen und Klienten der Arbeitslosenversicherung, der IV-Stelle Basel-Stadt und der Sozialhilfe der Stadt Basel steht seit Mitte des Berichtsjahres ein Arbeitsintegrationszentrum (AIZ) zur Verfügung. Das dem Amt für Wirtschaft und Arbeit angegliederte AIZ soll die Personen, welche häufig mit ähnlich komplexen Problemen konfrontiert sind, aus einer Hand bei der Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen. Speziell Jugendliche können vom AIZ profitieren. Bis zu 2'000 Klientinnen und Klienten werden pro Jahr dem AIZ zugewiesen werden. Im Berichtsjahr wurden bereits über 500 Fallführungen übernommen.

**Land- und Waldwirtschaft** Im Rahmen der Verwaltungsreorganisation RV 09 konnten die Zuständigkeiten rund um den Wald geklärt werden: Das Forstamt beider Basel in Liestal nimmt die hoheitliche Funktion wahr, die Vertretung des öffentlichen Waldeigentums ('Staatswald') wird von Immobilien Basel (vormals Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr) sichergestellt. Für die Bewirtschaftung des Staatswaldes wird voraussichtlich die Bürgergemeinde der Stadt Basel zuständig sein, die allenfalls Bewirtschaftungsaufträge an Dritte weitergibt.

**Öffentlicher Verkehr** Der Bund hat aus dem Infrastrukturfonds einen Beitrag von CHF 39.5 Mio. an den Bau von grenzüberschreitenden Tramlinien zwischen Basel, Weil am Rhein und Saint-Louis gutgeheissen, unter der Voraussetzung, dass mit dem Bau vor Ende 2008 begonnen wird. Im Berichtsjahr standen die Arbeiten für die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein im Vordergrund. Der Grosse Rat hiess im Januar den Planungskredit gut. Anfang 2008 genehmigte er den Ratschlag für den Kredit zur Ausführungsplanung, zum Bau der Tramlinie und zur Umsetzung der flankierenden Massnahmen (Entlastung Kleinhüningens vom Schwerverkehr).

Nach den bis Juni erfolgten politischen Entscheiden in Basel-Landschaft und Basel-Stadt konnte der Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel auf 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt werden. Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH), einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt, ist besetzt. An der Spitze steht Benedikt Weibel, ehemaliger CEO der SBB. Der durch den Zusammenschluss und durch die Verselbständigung grössere Handlungsspielraum wird den SRH eine wirtschaftlichere und effizientere Nutzung der Hafenableitungen ermöglichen und die Rolle der Rheinhäfen als effiziente und nachhaltige Güterversorgungs- und Logistikkreuzung stärken.

**Existenzsicherung** Im Oktober überwies der Regierungsrat dem Grossen Rat den Ratschlag zum Erlass des neuen Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen, welche der Sozialhilfe vorgelagert sind (Alimentenbevorschussung, Ausbildungsbeiträge, Mietzinsbeiträge, Prämienverbilligung, Tagesbetreuung, Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien sowie Verbilligungen). Auf der Basis dieses Gesetzes wird der Regierungsrat im kommenden Jahr die notwendigen Ausführungsbestimmungen erlassen und die Spezialverordnungen der einzelnen Leistungen entsprechend anpassen, damit das neue System auf 1. Januar 2009 in Kraft treten kann.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	235.8	221.0	1156.0	1150.0	1

**Kommentar**

- 1 Die höhere Anzahl Vollzeitstellen ist ausschliesslich auf die Neugründung des Arbeitsintegrationszentrums AIZ im Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA zurückzuführen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	46'024.9	48'028.7	48'095.2	-2'003.8	-4.2
31 Sachaufwand	24'935.2	22'971.2	17'756.8	1'964.0	8.5
32 Passivzinsen	16.2	20.0	57.4	-3.8	-19.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	5'078.5	725.9	833.1	4'352.6	599.6
36 Eigene Beiträge	587'872.3	616'329.0	623'247.8	-28'456.7	-4.6
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	8'022.4	8'000.0	8'261.5	22.4	0.3
<b>Total Aufwand</b>	<b>671'949.4</b>	<b>696'074.8</b>	<b>698'251.9</b>	<b>-24'125.4</b>	<b>-3.5</b>
42 Vermögenserträge	-5'337.5	-5'294.1	-5'240.7	-43.4	-0.8
43 Entgelte	-31'132.0	-24'148.3	-28'293.2	-6'983.7	-28.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-97'601.5	-97'255.4	-94'746.6	-346.1	-0.4
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-10'514.1	-13'678.9	-10'474.6	3'164.8	23.1
<b>Total Ertrag</b>	<b>-144'585.2</b>	<b>-140'376.8</b>	<b>-138'755.1</b>	<b>-4'208.4</b>	<b>-3.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>527'364.2</b>	<b>555'698.0</b>	<b>559'496.8</b>	<b>-28'333.8</b>	<b>-5.1</b>
davon Aufgabenfelder:					
6.1 Standortförderung	5'362.7	5'266.5	4'641.3	96.2	1.8
6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	18'534.4	17'755.6	17'021.7	778.7	4.4
6.3 Land- und Waldwirtschaft	373.6	437.3	310.0	-63.7	-14.6
6.4 Öffentlicher Verkehr	63'873.4	63'948.8	63'094.5	-75.4	-0.1
6.5 Existenzsicherung	133'282.7	153'261.0	141'761.9	-19'978.3	-13.0
6.6 Soziale Sicherheit	293'313.1	301'419.2	320'030.9	-8'106.1	-2.7
6.7 Dokumentation	5'477.7	5'254.6	5'263.5	223.2	4.2
8.7 Führung und Führungsunterstützung	7'146.6	8'355.1	7'208.8	-1'208.5	-14.5
5 Ausgaben Investitionen	15'931.9	27'000.0	17'902.8	-11'068.1	-41.0
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-2'299.6	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>15'931.9</b>	<b>27'000.0</b>	<b>15'603.3</b>	<b>-11'068.1</b>	<b>-41.0</b>

**Kommentar**

- 1 Die Budgetunterschreitung ergab sich hauptsächlich im AWA durch die nicht mehr über Personalaufwand, sondern über Sachaufwand (Pos. 31) mit dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgerechneten Leistungen der Kantonalen Arbeitslosenhilfe.
- 2 Die Budgetüberschreitung ist vollständig auf die Abgrenzung der Zeitguthaben per Ende 2006 als periodenfremder Aufwand zurückzuführen.
- 3 Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen mussten aufgrund der neuen Bewertungsrichtlinien angepasst werden. Im Bereich der Rückforderungen (Debitoren) des Amts für Sozialbeiträge mussten insgesamt TCHF 4'300 an Wertberichtigungen vorgenommen werden.
- 4 Gegenüber den für die Budgetierung getroffenen Annahmen ergaben sich insbesondere im Sozialbereich wesentliche Verbesserungen. So reduzierten sich der Aufwand für die Sozialhilfe zu Lasten des Kantons (-TCHF 20'300), der letztmals ausgerichtete Beitrag an die eidg. AHV / IV (-TCHF 6'800) und die Prämienverbilligungen (-TCHF 3'900).
- 5 Die gegenüber dem Budget höheren Entgelte ergaben sich einerseits beim AWA durch die geänderte Buchungspraxis (siehe Pos. 30 Personalaufwand) bei der Abrechnung der Kantonalen Arbeitslosenhilfe (-TCHF 2'100) sowie durch die Verrechnung von Dienstleistungen des neuen AIZ, welches im Sommer 2007 eröffnet wurde (-TCHF 1'000). Beim ASB konnten andererseits aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids einmalige Rückforderungen im Heimbereich geltend gemacht werden (-TCHF 2'600).
- 6 Beim AWA führten die geringere Nachfrage bei der Kantonalen Arbeitslosenhilfe sowie kleinere Entnahmen beim Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu einer Budgetunterschreitung von rund TCHF 3'000.

Das zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gegen Ende des Jahres 2006 vorgestellte Massnah-

menkonzept bildete die Grundlage für die weiteren Arbeiten: Bestehende Angebote wurden besser koordiniert oder ein allfälliger Ausbau geprüft. Das im Jahr 2006 gestartete Teillohn-Pilotprojekt der Sozialen Stellenbörse mit Einsatzmöglichkeiten im ersten Arbeitsmarkt ermöglichte die Vermittlung von einigen Personen an Firmen. Die Bereitschaft von Unternehmen, Teillohnstellen zu schaffen, ist jedoch noch zurückhaltend. Das in der Sozialhilfe sukzessive eingeführte Gegenleistungsprinzip soll junge arbeitsfähige Erwachsene, die sämtliche Integrationsangebote ignorieren und/oder verweigern, mit dem nötigen Druck in den Integrationsprozess einbinden. Die Auswertung der bisherigen Erfahrungen zeigt, dass diese Zielgruppe meist mit erheblichen Zusatzproblemen im psychosozialen und medizinischen Bereich belastet ist.

Im Rahmen der Verwaltungsreorganisation RV 09 beschloss der Regierungsrat, die heute zur Bürgergemeinde Basel gehörende Sozialhilfe der Stadt Basel als ganze Einheit zum Kanton zu transferieren. Der Ratschlag wurde im Berichtsjahr dem Grossen Rat zugestellt. Dank dieser Integration wird es möglich sein, der Sozialhilfe weitere Aufgaben aus dem Bereich der Existenzsicherung zu übertragen und bisherige - durch die heutigen Zuständigkeiten bedingte - Doppelspurigkeiten in der Organisation zu beseitigen. Die Zusammenführung des Sozialbereichs im künftigen Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist ein wichtiger Bestandteil der Verwaltungsreorganisation RV 09.

**Soziale Sicherheit** Nachdem die vorberatende Kommission des Grossen Rates im Jahr 2006 eine vorgeschlagene Gesetzesrevision zurückgewiesen hatte, legte der Regierungsrat im Berichtsjahr den Ratschlag zur Liquidation der kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung (KAHV) vor. Der Grosse Rat stimmte diesem Schritt zu. Das Gesetz wurde am 10. Juni in Kraft gesetzt. Ende Juni erhielten alle Versicherten eine schriftliche Information zu den bevorstehenden Änderungen. Am 3. Dezember wurden letztmals die vierteljährlichen bzw. jährlichen Renten ausbezahlt.

Die ÖKK Basel hat sich von einer bisher regionalen Krankenkasse zur schweizweit tätigen Versicherungsgruppe entwickelt. Damit sie die für ihr Geschäft notwendigen Tochtergesellschaften halten kann, gründete sie Anfang 2006 die Stiftung Sympany. Die ÖKK und Sympany gehören unternehmerisch zusammen und benötigen eine gemeinsame Leitung. Als sinnvollste Lösung erwies sich die Integration der ÖKK Basel in die Sympany-Gruppe – als Tochter der Stiftung Sympany, am besten als nicht-gewinnorientierte AG. Der Ratschlag zur vollen Verselbständigung der ÖKK Basel wurde gegen Ende des Berichtsjahres dem Grossen Rat vorgelegt. Mit diesem Schritt wird die ÖKK Basel auch finanziell unabhängig vom Kanton.

**Dokumentation** Im Berichtsjahr wurde die dritte Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Die mehrheitlich positiven Ergebnisse bestärken den Regierungsrat in seinen Bemühungen um eine zukunftsgerichtete Kantons- und Stadtentwicklungspolitik. Im Vergleich zu den Befragungen 2005 und 2003 äusserten sich die Befragten deutlich optimistischer zum Arbeitsmarkt und zur persönlichen wirtschaftlichen Lage. Konstant hoch ist die Zufriedenheit mit dem Wohnort, und die Note für die Lebensqualität konnte erstmals leicht gesteigert werden. Konkret ist die Zufriedenheit beim öffentlichen Verkehr, der Gesundheitsversorgung und beim Einkaufs- und Kulturangebot am grössten.





## 3 Die Rechnung

## 3.1 Laufende Rechnung

### 3.1.1 Finanzielle Übersicht

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	Abweichung R07/R06	%
<b>Aufwand</b>							
Personalaufwand	2'623.2	1'647.9	1'626.7	975.3	59.2	996.5	61.3 <sup>1</sup>
Sachaufwand	628.8	592.9	566.1	35.9	6.1	62.7	11.1
Passivzinsen	89.1	98.0	114.0	-8.9	-9.1	-24.9	-21.9
Abschreibungen Finanzvermögen	291.9	235.7	285.5	56.2	23.8	6.4	2.2
Eigene Beiträge	1'183.7	1'208.7	1'166.3	-25.0	-2.1	17.4	1.5
Einlagen in Spez.Finanzierungen	64.8	29.1	34.0	35.7	122.6	30.9	90.9
<b>Aufwand ohne interne Verrechnung</b>	<b>4'881.5</b>	<b>3'812.3</b>	<b>3'792.6</b>	<b>1'069.2</b>	<b>28.0</b>	<b>1'088.9</b>	<b>28.7</b>
Interne Verrechnungen	46.9	106.1	44.7	-59.2	-55.8	2.2	4.9
Aufwand inklusive interne Verrechnungen	4'928.4	3'918.4	3'837.3	1'010.0	25.8	1'091.1	28.4
<b>Ertrag</b>							
Steuern	2'458.4	2'198.6	2'310.6	259.8	11.8	147.7	6.4
Regalien und Konzessionen	29.8	30.4	30.2	-0.6	-1.9	-0.4	-1.2
Vermögenserträge	271.9	250.5	237.8	21.4	8.5	34.1	14.3
Entgelte	1'050.0	971.0	998.7	79.0	8.1	51.3	5.1
Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	143.0	132.8	135.4	10.2	7.7	7.6	5.6
Beiträge für eigene Rechnung	269.9	267.8	251.2	2.1	0.8	18.7	7.5
Entnahmen aus Spez.Finanzierungen	1'037.0	15.2	15.9	1'021.8	...	1'021.2	... <sup>2</sup>
<b>Ertrag ohne interne Verrechnungen</b>	<b>5'260.1</b>	<b>3'866.3</b>	<b>3'979.8</b>	<b>1'393.8</b>	<b>36.0</b>	<b>1'280.3</b>	<b>32.2</b>
Interne Verrechnungen	46.9	106.1	44.7	-59.2	-55.8	2.2	4.9
Ertrag inklusive interne Verrechnungen	5'307.0	3'972.4	4'024.5	1'334.6	33.6	1'282.5	31.9
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>378.6</b>	<b>54.0</b>	<b>187.2</b>	<b>324.6</b>	<b>601.2</b>	<b>191.4</b>	<b>102.3</b>

#### Kommentar

1 Inklusive PK-Ausfinanzierungskosten von CHF 1'014.9 Mio. in der Rechnung 2007

2 Inklusive CHF 1'014.9 Mio. an Entnahmen für die in einer Spezialfinanzierung geführten PK-Sanierung in der Rechnung 2007

### 3.1.2 Aufwand

#### 30 Personalaufwand

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	Abweichung R07/R06	%
301 Löhne Personal Verw & Betr	1'299.6	1'298.4	1'284.5	1.2	0.1	15.1	1.2 <sup>1</sup>
303 Sozialversicherungsbeiträge	73.1	74.0	73.7	-0.9	-1.3	-0.6	-0.8
304 Personalvers.beiträge	228.5	226.9	224.8	1.6	0.7	3.7	1.6 <sup>2</sup>
305 Unfall & Krankenvers.beitr	19.9	20.0	19.7	-0.1	-0.4	0.2	1.1
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	6.2	6.3	6.0	-0.1	-1.0	0.3	4.5
307 Rentenleistungen	0.0	0.0	0.0	0.0	229.2	0.0	136.1
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	9.9	10.1	9.4	-0.2	-1.5	0.6	5.9
309 Übriger Personalaufwand	985.9	12.2	8.7	973.7	...	977.2	... <sup>3</sup>
<b>30 Personalaufwand</b>	<b>2'623.2</b>	<b>1'647.9</b>	<b>1'626.7</b>	<b>975.3</b>	<b>59.2</b>	<b>996.5</b>	<b>61.3</b>

**Kommentar**

- 1 In der Rechnung 2007 mussten erstmals gesamtkantonal Rückstellungen für alle Ferien- und Überzeitguthaben abgegrenzt werden. In der Folge erhöhten sich diese Rückstellungen von bisher CHF 53.7 Mio. auf CHF 88.0 Mio. Jene Veränderungen, welche auf das Jahr 2007 zurückzuführen waren, wurden unter den Löhnen verbucht. Stundenguthaben, welche vor 2006 entstanden sind und bisher in der Buchhaltung nicht erfasst wurden, sind unter den ausserordentlichen und periodenfremden Aufwendungen im Sachaufwand (Kontengruppe 31 Sachaufwand) enthalten. Die Rechnung beinhaltet insgesamt CHF 8.8 Mio. an Überstundenabgrenzungen, wovon CHF 5.4 Mio. auf die neuen Bestimmungen zurückzuführen sind. Das Budget wird damit um diese CHF 8.8 Mio. und der Vorjahreswert um noch CHF 4.5 Mio. übertroffen. Ohne die Stundenabgrenzungen lägen die Löhne aber um CHF 7.6 Mio. unter Budget.
- 2 Mit CHF 91.6 Mio. liegen die PK-Prämien um CHF 2.9 Mio. unter Budget. Bei den PK-Einkaufskosten dagegen wird das Budget mit CHF 13.3 Mio. um CHF 5.6 Mio. überschritten.
- 3 Für die Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke sind auf dieser Position CHF 973.2 Mio. an Aufwendungen enthalten. CHF 573.6 Mio. entfallen auf den Anteil der Versicherten, CHF 441.4 Mio. auf den Anteil Arbeitgeber (Kanton). Im Gegenzug konnten CHF 41.7 Mio. an nicht mehr benötigten Rückstellungen auf dieser Position aufgelöst werden. Da die Ausfinanzierung in einer Spezialfinanzierung geführt wird, stehen diesen Aufwendungen gleichlautende Erträge in der Kontengruppe 48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen gegenüber.

**31 Sachaufwand**

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %	Abweichung R07/R06	Abweichung %	
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	20.3	22.5	20.5	-2.3	-10.0	-0.2	-1.2	<sup>1</sup>
311 Mobilien, Maschinen, Fhz < 300'000	7.3	7.2	6.9	0.0	0.5	0.4	6.1	
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	35.8	37.4	38.2	-1.6	-4.2	-2.4	-6.3	<sup>2</sup>
313 Verbrauchsmaterialien	171.1	166.1	171.2	5.0	3.0	-0.1	0.0	<sup>3</sup>
314 Baulicher Unterhalt	59.3	62.4	62.5	-3.0	-4.9	-3.2	-5.1	<sup>4</sup>
315 Übriger Unterhalt	81.7	82.5	70.8	-0.8	-1.0	10.9	15.4	<sup>5</sup>
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	33.5	34.9	31.6	-1.4	-4.0	1.9	6.0	
317 Spesenentschädigungen	5.0	5.9	5.2	-0.8	-14.3	-0.2	-3.9	
318 Dienstleistungen und Honorare	165.0	168.6	150.3	-3.6	-2.1	14.8	9.8	<sup>6</sup>
319 Übriger Sachaufwand	49.8	5.4	9.0	44.4	818.9	40.8	455.0	<sup>7</sup>
<b>31 Sachaufwand</b>	<b>628.8</b>	<b>592.9</b>	<b>566.1</b>	<b>35.9</b>	<b>6.1</b>	<b>62.7</b>	<b>11.1</b>	

**Kommentar**

- 1 Mit Total CHF 5.7 Mio. werden bei den Lehrmittel und dem Schulmaterial Einsparungen zu Budget in der Höhe von CHF 1.3 Mio. erzielt.
- 2 Mit CHF 21.2 Mio. mussten für Strom, Gas und Wasser insgesamt CHF 1.2 Mio. weniger ausgegeben werden als budgetiert. Leicht tiefer liegen auch die Ausgaben für Heizkosten (CHF 14.6 Mio., CHF 0.3 Mio. unter Budget).
- 3 Bei den Materialeinkäufen wurde das Budget mit CHF 150.4 Mio. um CHF 5.0 Mio. überschritten. CHF 133.0 Mio. davon betreffen die Spitäler (USB, FPS und UPK), welche damit ihr Budget um insgesamt CHF 2.0 Mio. überschreiten. Der Materialverbrauch (medizinischer Bedarf) liegt aber unter dem Wert der Rechnung 2006, wo CHF 134.2 Mio. ausgewiesen wurden.
- 4 Für den ordentlichen und ausserordentlichen Gebäudeunterhalt wurden mit CHF 34.2 Mio. CHF 2.0 Mio. weniger ausgegeben als budgetiert.
- 5 Der Unterhalt für die Informatik (Hard- und Software) liegt mit CHF 26.6 Mio. um CHF 3.7 Mio. höher als im Vorjahr. Mit CHF 27.8 Mio. wird auch das Vorjahresergebnis beim Unterhalt für Mobiliar und Einrichtungen um CHF 4.9 Mio. überschritten.
- 6 Dank ausreichender Liquidität konnte auf die geplante Geldaufnahme im 2007 verzichtet werden. Dadurch entfielen CHF 5.6 Mio. an budgetierten Aufwendungen (Emissions- und Bankgebühren). In dieser Kontengruppe werden auch die Dienstleistungsbezüge verbucht. Diese liegen mit CHF 54.6 Mio. um CHF 8.5 Mio. über dem Wert der Rechnung 2006. Grosse Abweichungen ergeben sich beim Ressort Sport, der Dreispitzverwaltung, den Spitälern sowie beim AWA, um nur die wichtigsten zu erwähnen.

- 7 Wie bereits erwähnt, haben die Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben um CHF 34.3 Mio. zugenommen. CHF 8.8 Mio. davon entfallen auf die im Rechnungsjahr aufgelaufenen Stunden. Die Zeitguthaben vor 2006 wurden im übrigen Sachaufwand verbucht und machen bereinigt noch CHF 25.3 Mio. aus. Die Schliessung der PK-Deckungslücke der Universität kostete CHF 10.0 Mio. und die Bilanzbereinigungen im Bereich Centralbahnplatz/Euroville schliesslich weitere CHF 5.9 Mio. Die Belastung der Betriebsrechnung KVA mit dem ausserordentlichen Mietvorschuss führte dazu, dass anstelle des budgetierten Überschusses ein Defizit in der Höhe von CHF 4.2 Mio. entstand. In dieser Kontengruppe eingestellt, jedoch an anderen Stellen ausgegeben werden, auch wenigsten teilweise die CHF 3.0 Mio. aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrates.

### 32 Passivzinsen

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %	Abweichung R07/R06	%
320	Laufende Verpflichtungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	...
321	Kurzfr. Schulden	1.2	1.3	0.1	-0.1	-5.1	1.1	985.9
322	Mittel- & lfr Schuld	81.7	94.6	111.6	-13.0	-13.7	-29.9	-26.8 <sup>1</sup>
323	Sonderrechnungen	6.3	2.1	2.4	4.1	194.8	3.9	163.4 <sup>2</sup>
<b>32</b>	<b>Passivzinsen</b>	<b>89.1</b>	<b>98.0</b>	<b>114.0</b>	<b>-8.9</b>	<b>-9.1</b>	<b>-24.9</b>	<b>-21.9</b>

#### Kommentar

- 1 Die Zinsen für die Mittel- und Langfristschulden liegen nicht zuletzt auch deshalb unter Budget, weil auf die ursprünglich geplante Geldaufnahme verzichtet werden konnte.
- 2 Darunter fallen die Zinsen für Gelder, welche an die Finanzverwaltung transferiert wurden (Fonds, Legate, Spezialkontokorrente, Betriebe). Währenddem das Budget 2007 die Fortschreibung der Rechnung 2006 darstellt, bringt die Rechnung 2007 selber eine deutliche Budgetüberschreitung. Dem Budget liegt ein durchschnittlicher Zinssatz von 0.75% zu Grunde, währenddem ein tatsächlicher Zinssatz von 1.9% zur Anwendung gelangte.

### 33 Abschreibungen

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %	Abweichung R07/R06	%
330	Abschreibungen Finanzvermögen	67.0	14.1	35.2	52.9	375.6	31.8	90.2 <sup>1</sup>
331	Abschreibungen Verwaltungsverm.	224.8	221.6	250.2	3.2	1.5	-25.4	-10.1 <sup>2</sup>
<b>33</b>	<b>Abschreibungen Finanzvermögen</b>	<b>291.9</b>	<b>235.7</b>	<b>285.5</b>	<b>56.2</b>	<b>23.8</b>	<b>6.4</b>	<b>2.2</b>

#### Kommentar

- 1 Bei den Renditeliegenschaften, welche zu Marktwerten bilanziert werden, mussten Abschreibungen von insgesamt CHF 51.4 Mio. verbucht werden. Da diese im voraus schwer zu berechnen sind, wurden sie nicht budgetiert. Ebenfalls in dieser Kontengruppe verbucht werden die Debitorenverluste, die mit CHF 11.0 Mio. das Budget exakt erreichen. Berücksichtigt man dagegen die CHF 4.5 Mio. an Debitorenverluste bei der Kantonspolizei, welche seit der Rechnung 2006 ertragsmindernd unter den Bussen verbucht werden, so ergibt sich auch bei den Debitorenverlusten eine deutliche Budgetüberschreitung. Diese ist darauf zurückzuführen, dass die Bestimmungen über die anzuwendenden Abschreibungssätzen, nicht zuletzt auch auf Empfehlung der Finanzkontrolle hin, mit den Abschlussweisungen 2007 verschärft wurden.
- 2 Die verbuchten Abschreibungen im 2007 treffen das Budget recht genau. Mit CHF 92.5 Mio. liegen die Abschreibungen im Bereich der Hochbauten um CHF 18.4 Mio. und im Bereich der [gegebenen] Investitionsbeiträge mit CHF 11.1 Mio. um CHF 8.8 Mio. unter dem Wert der Vorjahresrechnung. Mit CHF 72.9 Mio. liegen die Abschreibungen nur im Bereich der Tiefbauten um CHF 5.0 Mio. über dem Wert der Rechnung 2006.

**36 Eigene Beiträge**

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	Abweichung R07/R06	%	
360 Bund	126.6	132.4	157.6	-5.8	-4.4	-31.0	-19.7	<sup>1</sup>
361 Kantone	20.0	20.3	19.7	-0.3	-1.4	0.3	1.4	
362 Gemeinden	140.7	160.3	149.1	-19.6	-12.2	-8.4	-5.6	<sup>2</sup>
363 Eigene Anstalten	308.9	316.5	266.2	-7.5	-2.4	42.7	16.0	<sup>3</sup>
365 Private Institutionen	283.5	282.7	280.1	0.9	0.3	3.4	1.2	
366 Beiträge an private HH	303.9	296.5	293.5	7.4	2.5	10.4	3.5	<sup>4</sup>
<b>36 Eigene Beiträge</b>	<b>1'183.7</b>	<b>1'208.7</b>	<b>1'166.3</b>	<b>-25.0</b>	<b>-2.1</b>	<b>17.4</b>	<b>1.5</b>	

**Kommentar**

- Die Abweichung zu Budget und Vorjahresrechnung liegt im tieferen Kantonsbeitrag an die Eidg. AHV/IV begründet.
- Mit CHF 111.9 Mio. fällt die Defizitgarantie des Kantons gegenüber der Sozialhilfe um CHF 18.3 Mio. unter Budget und um CHF 8.6 Mio. unter dem Vorjahreswert aus.
- Währenddem die Risikobeiträge an die Krankenversicherer mit CHF 18.4 Mio. genau die budgetierte Höhe erreicht, liegen die Prämienbeiträge an die OeKK (nach KVG 1.1.91) mit CHF 44.7 Mio. um CHF 6.8 Mio. unter Budget. Die nachträgliche Inkraftsetzung des Universitätsvertrages und die damit einhergehende Neuordnung der Finanzströme machen einen Vorjahresvergleich nur mehr sehr schwer möglich. Mit CHF 125.5 Mio. liegt der Globalbeitrag an die Uni (ohne verschiedene PK-Kosten) um CHF 48.1 Mio. über dem Vorjahreswert. Dieser Mehraufwand wird aber mit höheren Abgeltungen bei den Spitälern oder auch höheren Mieteinnahmen bei der IBS praktisch vollständig kompensiert.
- Währenddem bei den Beihilfen zur AHV/IV gegenüber Budget wie auch gegenüber dem Vorjahr leichte Einsparungen zu verzeichnen sind, liegen die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV höher und begründen so einen Teil der Abweichungen auf dieser Position.

**38 Einlagen in Spezialfinanzierungen**

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	Abweichung R07/R06	%	
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	64.8	29.1	34.0	35.7	122.5	30.8	90.8	<sup>1</sup>
382 Einlagen in Rücklagen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	...	
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>	<b>64.8</b>	<b>29.1</b>	<b>34.0</b>	<b>35.7</b>	<b>122.6</b>	<b>30.9</b>	<b>90.9</b>	

**Kommentar**

- Der von der KVA bezahlte Mietvorschuss von CHF 29.5 Mio. führt bei der Abfallbewirtschaftung zu einem Mehrertrag und somit zu einer entsprechend hohen Fondseinlage von CHF 33.3 Mio. Die Differenz zwischen diesen beiden Beträgen liegt in der Anlagenrechnung KVA. Dies begründet auch die wichtigste Abweichung zur Vorjahresrechnung. Die bereits erwähnten Mehrwertabgaben (CHF 9.1 Mio.) sowie Förderabgaben, die mit CHF 14.1 Mio. um CHF 1.9 Mio. über Budget liegen, machen die restliche Budgetabweichungen aus. Mehrwert- und Förderabgaben begründen auch die gegenüber Vorjahr gestiegenen Einlagen.

**39 Interne Verrechnungen**

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %	Abweichung R07/R06	Abweichung %
390	IVR Aufwand IT-Dienstleistungen	8.4	9.1	8.4	-0.7	-7.2	0.1	0.7
391	IVR Aufwand Kommunikation	7.3	6.5	7.3	0.8	12.6	0.0	0.5
392	IVR Aufwand Personalentwicklung	0.9	0.5	0.7	0.4	93.3	0.2	23.2
393	IVR Aufwand Güter	6.7	5.8	6.5	1.0	16.8	0.2	3.3
394	IVR Aufwand Kapital	5.7	6.7	6.9	-1.0	-15.0	-1.1	-16.4
398	IVR Übriger Aufwand	17.9	77.6	15.0	-59.8	-77.0	2.8	18.9 <sup>1</sup>
<b>39</b>	<b>Interne Verrechnungen</b>	<b>46.9</b>	<b>106.1</b>	<b>44.7</b>	<b>-59.2</b>	<b>-55.8</b>	<b>2.2</b>	<b>4.9</b>

**Kommentar**

- 1 Die rückwirkende Inkraftsetzung des Universitätsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft zog eine Neuordnung der Finanzströme nach sich. Als Folge fehlen in dieser Kontengruppe CHF 65.1 Mio. an Abgeltungen der Universität an die Spitäler für die klinische Lehre und Forschung. Diese werden neu in der Kontengruppe 36 Eigene Beiträge geführt.

### 3.1.3 Ertrag

#### 40 Steuern

Die Abweichungen bei den Steuererträgen zum Budget sind teilweise beträchtlich, sowohl bei den Natürlichen, als auch bei den Juristischen Personen.

Bei den Steuererträgen der Natürlichen Personen gilt es zu beachten, dass das Budget 2007 einen um CHF 50.0 Mio. reduzierten Steuerertrag als Korrektur aus den genaueren Vorauszahlungsabgrenzungen enthielt (CHF 42.5 Mio. bei den Einkommenssteuern und CHF 7.5 Mio. bei den Vermögenssteuern). In Absprache mit der Finanzkontrolle wurde diese Korrektur aber bereits in der Rechnung 2006 vollzogen. Damit enthielt die Rechnung 2006 die korrekt abgegrenzten Steuererträge. In der Folge waren aber die im Budget 2007 eingestellten Beträge zu tief. Ohne Berücksichtigung dieses Sonderfaktors beträgt die Überschreitung bei den Steuererträgen der Natürlichen Personen CHF 73.0 Mio. (CHF 30.2 Mio. bei den Einkommens- und CHF 40.9 Mio. bei den Vermögenssteuern). Bei der Einkommenssteuer wurden die budgetierten Lohnzuwächse und die berücksichtigten Sonderfaktoren per Steuerjahr 2006 leicht überschritten. Markant dabei ist die Überschreitung bei den Vermögenssteuern. Hier wurde offensichtlich der hohe Börsenstand per 31. Dezember 2006 im Budget nicht genügend berücksichtigt.

Bei den Juristischen Personen beträgt der Zuwachs zur Rechnung 2006 CHF 75.7 Mio. Da die Budgetierung der aktuellen Rechnung zwangsläufig hinterher hinkt, sind in Wachstumsphasen Budgetüberschreitungen die logische Folge.

Erfreulich entwickelt haben sich auch die Einnahmen aus den Grundstückgewinnsteuern. Der Liegenschaftsmarkt hat im Jahr 2007 markant zugenommen. Es wurden höhere Gewinne versteuert, denn die Anzahl der Fälle nahm weniger stark zu als die Steuererträge. Die Handänderungssteuer profitierte ebenfalls von diesem Tatbestand.

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	% Abweichung R07/R06	%
Einkommensteuern Nat. Personen	1'147.2	1'069.5	1'138.3	77.7	7.3	8.9
Quellensteuern (D) / Ents. Grenzgänger (F)	113.1	117.0	112.4	-3.9	-3.3	0.7
Vermögenssteuern Nat. Personen	245.9	197.5	199.7	48.4	24.5	46.2
Nach- u. Strafsteuern/Steuerabfindung BIZ	7.3	5.8	9.8	1.5	26.1	-2.6
<b>Einkommens- und Vermögenssteuern</b>	<b>1'513.4</b>	<b>1'389.8</b>	<b>1'460.1</b>	<b>123.7</b>	<b>8.9</b>	<b>53.4</b>
Gewinnsteuern Jur. Personen	615.7	500.0	548.4	115.7	23.1	67.3
Kapitalsteuern Jur. Personen	165.9	160.0	164.3	5.9	3.7	1.6
<b>Gewinn- und Kapitalsteuern</b>	<b>781.6</b>	<b>660.0</b>	<b>712.7</b>	<b>121.6</b>	<b>18.4</b>	<b>68.8</b>
Erbschafts- und Schenkungssteuern	28.5	30.0	21.8	-1.5	-5.0	6.7
Handänderungssteuern	36.8	33.0	32.2	3.8	11.5	4.6
Motorfahrzeugsteuern	31.1	31.0	30.7	0.1	0.3	0.4
Grundstückgewinnsteuern	37.6	28.0	30.8	9.6	34.4	6.8
Grundstücksteuern Jur. Personen	27.1	25.0	20.2	2.1	8.3	6.9
Stempelsteuern	1.6	1.2	1.4	0.4	32.2	0.2
Hundesteuern	0.7	0.6	0.6	0.0	6.6	0.0
<b>Übrige Steuern</b>	<b>163.3</b>	<b>148.8</b>	<b>137.8</b>	<b>14.5</b>	<b>9.8</b>	<b>25.6</b>
<b>Gesamtertrag Steuern</b>	<b>2'458.4</b>	<b>2'198.6</b>	<b>2'310.6</b>	<b>259.8</b>	<b>11.8</b>	<b>147.7</b>



### 41 Regalien und Konzessionen

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %	Abweichung R07/R06	%
410	Regalien	2.3	2.3	2.4	-0.1	-2.1	-0.1	-5.9
412	Patente und Abgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	-14.2	0.0	2.2
413	Nationalbankgewinn	27.5	28.0	27.7	-0.5	-1.9	-0.2	-0.8 <sup>1</sup>
<b>41</b>	<b>Regalien &amp; Konzessionen</b>	<b>29.8</b>	<b>30.4</b>	<b>30.2</b>	<b>-0.6</b>	<b>-1.9</b>	<b>-0.4</b>	<b>-1.2</b>

#### Kommentar

1 92.2% der Erträge in dieser Kontengruppe entfallen auf den Anteil am Nationalbankgewinn. Seit der Ausschüttung der nicht mehr benötigten Goldreserven im 2005 liegen diese jeweils etwas tiefer.

### 42 Vermögensertrag

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %	Abweichung R07/R06	%
420	Geldmittel	19.2	1.8	9.9	17.4	965.3	9.3	93.4 <sup>1</sup>
422	Anlagen Finanzvermögen	1.3	0.2	9.4	1.2	732.0	-8.1	-85.7 <sup>2</sup>
423	Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	115.5	109.6	81.0	5.9	5.4	34.6	42.7 <sup>3</sup>
424	Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	7.2	4.0	7.5	3.2	79.8	-0.3	-4.3 <sup>4</sup>
425	Darlehen des Verwaltungsvermögens	4.6	4.5	4.5	0.0	0.9	0.0	0.8
426	Beteiligung Verwaltungsvermögen	116.0	123.8	118.4	-7.8	-6.3	-2.4	-2.0 <sup>5</sup>
427	Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	7.4	6.6	6.9	0.8	11.9	0.5	7.8
429	Übrige Vermögenserträge	0.6	0.1	0.1	0.5	757.6	0.5	396.0
<b>42</b>	<b>Vermögenserträge</b>	<b>271.9</b>	<b>250.5</b>	<b>237.8</b>	<b>21.4</b>	<b>8.5</b>	<b>34.1</b>	<b>14.3</b>

#### Kommentar

- 1 Dank guter Liquidität konnten mehr Festgeldanlagen getätigt werden. Dadurch liegen auch die Zinseinnahmen bei den kurzfristigen Festgeldanlagen deutlich über Budget und über Vorjahr.
- 2 Die Neubewertung bei den Wertschriften des Finanzvermögens führten im Vorjahr zu entsprechend höheren Erträgen. Die Neubewertung (zu aktuellen Werten) drängte sich mit der Einführung der Schuldenbremse auf.
- 3 Mit CHF 68.6 Mio. liegen die Liegenschaftserträge um CHF 3.1 Mio. über Budget. Die massive Zunahme gegenüber Vorjahr erklärt sich mit den Mieterträgen der Universität. Bei den Baurechtszinsen werden mit CHF 27.2 Mio. Einnahmen erzielt, welche um CHF 2.4 Mio. über dem Budget liegen.
- 4 Korrekturen auf den Wertberichtigungen des Vorjahres bei den Renditeliegenschaften führen zu Erträgen in der Höhe von CHF 6.2 Mio. Dagegen bringen die Erträge aus dem Verkauf von Finanzvermögen CHF 3.0 Mio. weniger ein als budgetiert (CHF 4.0 Mio.).
- 5 Währenddem die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank mit CHF 71.1 Mio. das Budget um CHF 4.3 Mio. übertrifft, fallen die Erträge der IWB deutlich tiefer aus. Mit CHF 14.7 Mio. liegt der Kapitalzins um CHF 1.4 Mio. und mit CHF 20.1 Mio. die Gewinnablieferung um CHF 8.0 Mio. unter Budget.

**43 Entgelte**

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung		
					%	R07/R06	%
430 Ersatzabgaben	27.1	17.0	22.0	10.1	59.5	5.0	22.8 <sup>1</sup>
431 Gebühren für Amtshandlung	77.1	68.8	71.1	8.3	12.1	6.0	8.4 <sup>2</sup>
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	552.6	542.2	535.5	10.4	1.9	17.1	3.2 <sup>3</sup>
433 Schulgelder	4.5	4.2	4.3	0.3	7.0	0.3	6.0
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	194.5	201.1	195.1	-6.6	-3.3	-0.6	-0.3 <sup>4</sup>
435 Verkaufsertrag	37.9	35.8	38.9	2.1	5.9	-1.0	-2.6
436 Rückerstattungen	64.2	57.3	61.4	6.9	12.0	2.8	4.5 <sup>5</sup>
437 Bussen	30.3	30.1	25.9	0.1	0.5	4.4	16.9 <sup>6</sup>
439 Übrige Entgelte	61.8	14.5	44.4	47.3	325.4	17.5	39.4 <sup>7</sup>
<b>43 Entgelte</b>	<b>1'050.0</b>	<b>971.0</b>	<b>998.7</b>	<b>79.0</b>	<b>8.1</b>	<b>51.3</b>	<b>5.1</b>

**Kommentar**

- 1 Einnahmen bei den Mehrwertabgaben werden, da sie sehr unregelmässig anfallen, jeweils nicht budgetiert. Die Rechnung 2007 enthalten CHF 9.1 Mio. an bezahlten Mehrwertabgaben. Die Mehrwertabgaben liegen damit auch um CHF 4.7 Mio. über dem Wert der Vorjahresrechnung, was im wesentlichen diese Abweichung erklärt. Mit CHF 14.1 Mio. liegen auch die Förderabgaben um CHF 1.9 Mio. über Budget resp. CHF 2.0 Mio. über dem Wert der Rechnung 2006.
- 2 In dieser Kontengruppe sind es die Inkasso- und Bezugsgebühren, welche mit total CHF 8.6 Mio. für die grösste Abweichung zum Budget (+ CHF 3.8 Mio.) sorgen. Diese Mehreinnahmen werden zur Hauptsache bei der Steuerverwaltung erzielt.
- 3 Mit CHF 552.6 Mio. liegen die Spital- und Heimtaxen um CHF 10.4 Mio. über Budget resp. CHF 17.1 Mio. über dem Vorjahresergebnis. Diese Mehrerträge werden zur Hauptsache beim Universitätsspital generiert, welches mit CHF 440.0 Mio. das Budget in dieser Kontengruppe um CHF 9.7 Mio. und den Vorjahreswert um CHF 14.7 Mio. übertrifft. Von den CHF 9.7 Mio. Mehrerträgen sind allerdings CHF 6.0 Mio. in der Kontengruppe 439 Übrige Entgelte budgetiert, was die dortige negative Abweichung beim Universitätsspital erklärt.
- 4 Mit CHF 13.2 Mio. liegen die Einnahmen aus den verrechneten Dienstleistungen bei der Abfallbewirtschaftung um CHF 5.1 Mio. unter Budget. Die Nichteinführung der Abfallgrundgebühr ist der Grund hierfür. Mit CHF 43.1 Mio. liegen auch die Abwassergebühren um CHF 1.6 Mio. unter dem Budget.
- 5 Bei den Rückerstattungen wird gegenüber Budget mit CHF 64.2 Mio. ein Mehrertrag von insgesamt CHF 6.6 Mio. erzielt. Dieser wird vorwiegend mit Rückerstattungen Privater erzielt. Mit CHF 16.7 Mio. liegen diese beim ASB um CHF 3.3 Mio. und beim Ressort Dienste mit CHF 1.1 Mio. um genau diesen Betrag über Budget.
- 6 Von den gegenüber Vorjahr um CHF 4.4 Mio. gestiegenen Busseneinnahmen entfallen CHF 4.3 Mio. bei der Kapo an, die restlichen bei den Gerichten. Bei der Kapo muss dagegen die geänderte Verbuchungspraxis mitberücksichtigt werden. Die Debitorenverluste auf den Bussenforderungen von CHF 4.5 Mio. sind noch in der Kontengruppe 330 Abschreibungen Finanzvermögen budgetiert. Verbucht werden sie dagegen ertragsmindernd auf einem separaten Konto unter den Bussen, sodass auch hier ein deutlicher Mehrertrag zu Budget erzielt wird.
- 7 Die Betriebsrechnung der KVA wurde mit einem ausserordentlichen Mietvorschuss belastet, sodass die budgetierten CHF 5.5 Mio. an Betriebsüberschuss nun fehlen. Im Vorjahr wurde auf dieser Position noch ein Überschuss von CHF 5.2 Mio. verbucht. Diese Kontengruppe unterliegt fast immer grösseren Schwankungen, werden hier doch auch die ausserordentlichen und periodenfremden Erträge geführt. Der eingangs erwähnt Mietzinsvorschuss bringt Mehrerträge von CHF 29.5 Mio. welche aber durch entsprechend höhere Einlagen in Spezialfinanzierungen ergebnismässig neutralisiert wird. Die Aufwertungen bei den Kleininvestitionen, welche im Rahmen der Harmonisierung der finanziellen Steuerungsgrössen beschlossen wurde, brachte auf dieser Position Aufwertungsgewinne von insgesamt CHF 19.5 Mio. Gegenüber Vorjahr fehlen die Erträge aus der Senkung der PK-Deckungslücken von insgesamt CHF 29.2 Mio. CHF 24.0 Mio. betrafen im Vorjahr die Universität, CHF 5.2 Mio. die BVB.

#### 44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %		
						R07/R06	%	
440	Anteile an Bundeseinnahmen	141.0	130.8	133.4	10.2	7.8	7.6	5.7 <sup>1</sup>
445	Gemeindebeiträge	2.1	2.0	2.0	0.1	3.0	0.0	0.7
<b>44</b>	<b>Anteile &amp; Beiträge ohn.Zweckbest.</b>	<b>143.0</b>	<b>132.8</b>	<b>135.4</b>	<b>10.2</b>	<b>7.7</b>	<b>7.6</b>	<b>5.6</b>

#### Kommentar

- 1 Mit CHF 125.9 Mio. liegen die Anteile an der Direkten Bundessteuer um CHF 9.2 Mio. und die Anteile an der Eidg. Verrechnungssteuer mit CHF 5.5 Mio. um CHF 1.1 Mio. über Budget. Der Anstieg gegenüber der Rechnung 2006 ist ebenfalls auf die Anteile an den Direkten Bundessteuern zurückzuführen.

#### 46 Beiträge für eigene Rechnung

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %		
						R07/R06	%	
460	Bund	143.4	141.1	162.8	2.3	1.6	-19.3	-11.9 <sup>1</sup>
461	Kantone	115.2	50.8	76.4	64.3	126.5	38.8	50.8 <sup>2</sup>
462	Gemeinden	3.1	3.0	2.6	0.1	2.1	0.5	19.9
463	Beiträge von Eigenen Anstalten	2.1	67.0	0.9	-64.9	-96.8	1.2	129.1 <sup>2</sup>
469	Übrige Beitr. für eigene Rechnung	6.2	5.8	8.6	0.3	5.7	-2.4	-28.2
<b>46</b>	<b>Beiträge für eigene Rechnung</b>	<b>269.9</b>	<b>267.8</b>	<b>251.2</b>	<b>2.1</b>	<b>0.8</b>	<b>18.7</b>	<b>7.5</b>

#### Kommentar

- 1 Die Abweichung zu Vorjahr lässt sich mit dem Wegfall der Hochschulförderung des Bundes erklären. Dadurch fehlen dem Universitätsspital hier CHF 16.7 Mio., welche aber im Zuge der auch an anderer Stelle erwähnten Neuordnung der Finanzströme bei der nachträglichen Inkraftsetzung des Universitätsvertrages kompensiert oder anders abgegolten wird.
- 2 Die budgetierten Erträge in der Gruppe 461 und 463 ergeben faktisch das Ergebnis der Rechnung 2007 der Kontengruppe 461. Es handelt sich dabei um die erwähnten Universitätsabteilungen an die Spitäler (Neuordnung der Finanzströme).

#### 48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung %		
						R07/R06	%	
480	Entnahmen a.Spez.finanzeungen	1'036.3	15.2	15.6	1'021.1	...	1'020.7	... <sup>1</sup>
482	Entnahmen aus Rücklagen	0.8	0.0	0.3	0.8	...	0.5	148.8
<b>48</b>	<b>Entnahmen a.Spez.Finanzeungen</b>	<b>1'037.0</b>	<b>15.2</b>	<b>15.9</b>	<b>1'021.8</b>	<b>...</b>	<b>1'021.2</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- 1 Die Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke wird in einer Spezialfinanzierung geführt. Den CHF 573.6 Mio. für den Anteil der Versicherten sowie den CHF 441.4 Mio. für den Anteil Arbeitgeber (Kanton), stehen gleich hohe Beträge im Personalaufwand gegenüber. Bei der Abfallentsorgung erhöht sich das Defizit wegen der Nichteinführung der Abfallgrundgebühr weiter. Hierfür müssen weitere CHF 4.8 Mio. der Spezialfinanzierung entnommen werden. Ferner führen ausserordentliche Positionen bei der Kehrichtverbrennung zu einem Defizit von CHF 4.2 Mio., welches ebenfalls der Spezialfinanzierung belastet wird.

## 49 Interne Verrechnungen

Vergleiche dazu auch die Ausführungen zur Kontengruppe 39 Interne Verrechnungen [im Aufwand].

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	Abweichung R07/R06	%
490 IVR Ertrag IT-Dienstleistungen	8.4	9.1	8.4	-0.7	-7.2	0.1	0.7
491 IVR Ertrag Kommunikation	7.3	6.5	7.3	0.8	12.6	0.0	0.5
492 IVR Ertrag Personalentwicklung	0.9	0.5	0.7	0.4	93.3	0.2	23.2
493 IVR Ertrag Güter	6.7	5.8	6.5	1.0	16.8	0.2	3.3
494 IVR Ertrag Kapital	5.7	6.7	6.9	-1.0	-15.0	-1.1	-16.4
498 IVR Übriger Ertrag	17.9	77.6	15.0	-59.8	-77.0	2.8	18.9 <sup>1</sup>
<b>49 Interne Verrechnungen</b>	<b>46.9</b>	<b>106.1</b>	<b>44.7</b>	<b>-59.2</b>	<b>-55.8</b>	<b>2.2</b>	<b>4.9</b>

### Kommentar

- 1 Die rückwirkende Inkraftsetzung des Universitätsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft zog eine Neuordnung der Finanzströme nach sich. Als Folge fehlen in dieser Kontengruppe CHF 65.1 Mio. an Abgeltungen der Universität an die Spitäler für die klinische Lehre und Forschung. Diese werden neu in der Kontengruppe 46 Beiträge für eigene Rechnung geführt.

### 3.1.4 Beiträge an Eigene Anstalten

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
<b>Erziehungsdepartement</b>					
271811000001 Globalbeitrag an Universität	125'500'000	125'500'000	77'414'100	0	-
271821000020 Globalbeitrag an FHNW	27'300'000	27'300'000	27'300'000	0	-
271811000022 PK-Rückstellung Universität	5'600'000	5'600'000	0	0	-
271811000021 Leistungseinkauf Universitätsbibliothek	970'000	970'000	0	0	-
271821000010 Globalbeitrag HPSA-BB für ISP	693'350	693'350	693'350	0	-
271841000001 Zentrum f. Erw.-Bild. GRB 15.12.04 05-08	520'000	520'000	520'000	0	-
271811000018 Globalbeitrag für Studienberatung an UNI	455'000	455'000	455'000	0	-
<b>DST2710 Ressort Hochschulen (stat. Aufträge)</b>	<b>161'038'350</b>	<b>161'038'350</b>	<b>106'382'450</b>	<b>0</b>	<b>-</b>
<b>Total Erziehungsdepartement</b>	<b>161'038'350</b>	<b>161'038'350</b>	<b>106'382'450</b>	<b>0</b>	<b>-</b>
<b>Gesundheitsdepartement</b>					
730900806021 UKBB Stationäre Versorgung	6'619'690	7'400'000	8'320'000	-780'310	-10.5
730900806023 UKBB Sonstige Leistungen	2'700'000	3'500'000	2'000'000	-800'000	-22.9
730900806022 UKBB Lehre und Forschung	0	0	5'300'000	0	-
730900110010 Spitalbeitrag GD an Universität	0	0	3'500'000	0	-
<b>DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)</b>	<b>9'319'690</b>	<b>10'900'000</b>	<b>19'120'000</b>	<b>-1'580'310</b>	<b>-14.5</b>
733900100001 Kantonsbeiträge an Uni-Institute	47'989	60'000	46'845	-12'011	-20.0
<b>DST7330 Felix Platter-Spital (stat. Aufträge)</b>	<b>47'989</b>	<b>60'000</b>	<b>46'845</b>	<b>-12'011</b>	<b>-20.0</b>
<b>Total Gesundheitsdepartement</b>	<b>9'367'679</b>	<b>10'960'000</b>	<b>19'166'845</b>	<b>-1'592'321</b>	<b>-14.5</b>
<b>Wirtschafts- und Sozialdepartement</b>					
801821090104 Öffentlicher Verkehr	69'599'815	69'420'896	68'118'996	178'919	0.3
<b>PC 810040 Globalbudget öff. Verkehr</b>	<b>69'599'815</b>	<b>69'420'896</b>	<b>68'118'996</b>	<b>178'919</b>	<b>0.3</b>
801828090100 Defizit Basl. Personenschiff. BPG GRB	230'446	260'000	1'258'106	-29'554	-11.4
<b>DST8010 Sekr. Wirtschafts- und Sozialdepartement</b>	<b>230'446</b>	<b>260'000</b>	<b>1'258'106</b>	<b>-29'554</b>	<b>-11.4</b>
8075210S0042 Prämienverbilligungen und Abgeltungen öffentl. Krankenkassen	68'702'888	74'793'683	71'312'189	-6'090'795	-8.1
<b>DST8070 Amt für Sozialbeiträge</b>	<b>68'702'888</b>	<b>74'793'683</b>	<b>71'312'189</b>	<b>-6'090'795</b>	<b>-8.1</b>
<b>Total Wirtschafts- und Sozialdepartement</b>	<b>138'533'149</b>	<b>144'474'579</b>	<b>140'689'291</b>	<b>-5'941'430</b>	<b>-4.1</b>
<b>Total Beiträge an Eigene Anstalten</b>	<b>308'939'177</b>	<b>316'472'929</b>	<b>266'238'586</b>	<b>-7'533'752</b>	<b>-2.4</b>

## 3.1.5 Beiträge an Private Institutionen

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
<b>Erziehungsdepartement</b>					
201891000005 "Prix de la Ville de Bâle"	10'070	10'000	10'068	70	0.7
<b>DST2010 Departementssekretariat ED (stat. Aufträge)</b>	<b>10'070</b>	<b>10'000</b>	<b>10'068</b>	<b>70</b>	<b>0.7</b>
203900001002 Betriebsbeiträge an Sportvereine	115'274	145'000	109'642	-29'726	-20.5
203812000005 Stift. Ferienkol. BS RRB 4.12.2007 07-08	60'000	60'000	60'000	0	-
203900001003 Unterhaltsbeiträge an Sportvereine	41'760	20'000	41'760	21'760	108.8
<b>DST2030 Ressort Sport (stat. Aufträge)</b>	<b>217'034</b>	<b>225'000</b>	<b>211'402</b>	<b>-7'966</b>	<b>-3.5</b>
210811000001 KV-Defizitabdeckung GRB 18.2.04 2005-09	11'465'654	11'995'000	11'397'890	-529'346	-4.4
210811000002 KV-PK-Kost. GRB 18.2.2004 2005 - 2009	1'860'283	1'400'000	1'645'021	460'283	32.9
210910100019 Zoodidakt. Leistungen GRB 19.02.03 03-07	90'000	90'000	90'000	0	-
210831300001 Lukasclub RRB 6.9.2005 2006-2008	43'000	43'000	0	0	-
210910100018 Schw. Schule Sao Paulo RRB 5.8.03 03-07	25'000	25'000	25'000	0	-
210910100033 ILZ Rapperswil SG	14'848	14'000	13'165	848	6.1
210910100062 Beitrag an Zeitschrift Perspektiven	12'263	16'000	17'967	-3'737	-23.4
<b>DST2100 Ressort Schulen (stat. Aufträge)</b>	<b>13'511'048</b>	<b>13'583'000</b>	<b>13'189'043</b>	<b>-71'952</b>	<b>-0.5</b>
262902000060 Betrag Ausbildung Chemikantenlehrlinge	70'943	170'000	92'400	-99'057	-58.3
262901000012 Feste Betriebsbeiträge (Abo "Blätter")	3'570	3'200	2'417	370	11.6
<b>DST2620 Allg. Gewerbeschule Basel (stat. Aufträge)</b>	<b>74'513</b>	<b>173'200</b>	<b>94'817</b>	<b>-98'687</b>	<b>-57.0</b>
264901500005 BS-Schüler bei GKP-Schule St. Claraspital	2'026'358	1'176'000	1'542'095	850'358	72.3
264901500002 Spitalschulabk. BS-Schüler in AG-Schulen	1'882'800	64'400	78'100	1'818'400	2'823.6
264901500006 BS-Schüler bei GKP-Schule Bethesdaspital	1'846'100	1'148'000	1'539'510	698'100	60.8
264901500001 Spitalschulabk. BS-Schüler in BL-Schulen	1'395'050	3'044'700	0	-1'649'650	-54.2
264901500007 BS-Schüler bei Phyio-Schule Bethesdasp.	709'922	900'000	802'953	-190'079	-21.1
264901500003 Spitalschulabk. BS-Schüler in BE-Schulen	155'200	209'900	0	-54'700	-26.1
264901500015 Rettungssanitäter	66'495	70'000	63'579	-3'505	-5.0
264901500012 Orthoptikschule St. Gallen	46'302	60'000	63'981	-13'698	-22.8
264901500009 BS-Schüler bei Ergotherapieschule Zürich	27'800	60'000	17'672	-32'200	-53.7
264901500027 Schulabk. BS-Schüler in LU-Schulen	0	12'700	0	-12'700	-100.0
264901500013 Spitex-Bildungszentrum	0	50'600	0	-50'600	-100.0
264901500004 Spitalschulabk. BS-Schüler in SO-Schulen	0	61'500	123'000	-61'500	-100.0
264901500010 BS-Schüler bei übrigen Schulen	0	70'400	8'000	-70'400	-100.0
264901500022 Spitalschulabk. LU-Schüler in BS-Schulen	0	0	12'700	0	-
264901500020 Spitalschulabk. BE-Schüler in BS-Schulen	0	0	122'700	0	-
264901500016 Vollkostenabgeltung an BL	0	0	2'515'450	0	-
<b>DST2640 Bildungszentr. Gesundh. Basel-Stadt (st.A.)</b>	<b>8'156'027</b>	<b>6'928'200</b>	<b>6'889'740</b>	<b>1'227'827</b>	<b>17.7</b>
265813000003 LAP u. Erhöhung Exp.Enschäd.	1'711'799	1'661'000	1'459'467	50'799	3.1
265813000014 Lehrbetriebe Basel GRB 15.11.06 7.06-09	1'455'975	1'560'000	1'505'125	-104'025	-6.7
265813000006 Subv. Beiträge Überkantonale: EK	365'660	383'400	335'147	-17'741	-4.6
265813000004 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: EK	197'419	170'000	183'996	27'419	16.1
265813000007 Subv. Beiträge Überkantonale: WK	51'032	50'000	38'807	1'032	2.1
265813000005 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: WK	35'891	30'000	28'110	5'891	19.6
265813000008 Subv. Beiträge Ing. Schule Wädenswil	7'815	22'000	17'115	-14'185	-64.5
265813000009 Subventions-Beiträge Diverse	500	5'000	0	-4'500	-90.0
265813000001 Subv. Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	0	0	13'795	0	-
<b>DST2650 Amt f. Berufsbildung u. -Beratung (stat. Auftr.)</b>	<b>3'826'091</b>	<b>3'881'400</b>	<b>3'581'562</b>	<b>-55'309</b>	<b>-1.4</b>

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
271821000001 Musikakademie GRB 15.12.2004 2005-2007	21'183'737	21'250'000	21'118'841	-66'263	-0.3
271821000002 MAB Pers.-fürsorge GRB 15.12.2004 05-07	3'248'368	2'120'000	3'356'806	1'128'368	53.2
271811000003 CH Tropeninstitut GRB 12.12.2002 03-07	2'399'828	2'410'000	2'395'021	-10'172	-0.4
271821000007 Trinat. Bauing.-Ausb. GRB 11.9.02 03-07	100'000	100'000	100'000	0	-
271811000015 Stift. Wildt'sch.Haus GRB 7.2.2007 07-11	83'600	85'000	68'000	-1'400	-1.6
271811000011 Preis d.Stadt BS wiss.Forsch. RRB 2.4.85	20'030	20'000	20'030	30	0.2
271811000012 Histor./Antiquar.Ges.: Publikation	20'000	20'000	20'000	0	-
271811000014 Archäologie Schweiz (ex. Ur- u. Frühg.)	20'000	20'000	20'000	0	-
271811000013 Geogr.-ethnolog. Gesells. Basel	15'000	15'000	15'000	0	-
271811000017 Zschokkehaus Engelberg	8'000	8'000	8'000	0	-
271811000016 Stud.heim Herberg, 7 RRB 15.10.02 02-06	0	0	45'000	0	-
<b>DST2710 Ressort Hochschulen (stat. Aufträge)</b>	<b>27'098'563</b>	<b>26'048'000</b>	<b>27'166'698</b>	<b>1'050'563</b>	<b>4.0</b>
280821000001 Theater Basel GRB 17.5.06 06/07-10/11	28'632'000	28'632'000	30'024'661	0	-
280811000001 Stift. Basler Orch. GRB 7.6.06 06-10/11	7'514'660	7'607'000	11'722'904	-92'340	-1.2
280811000020 Orch.-leist. an Theater GRB 7.6.06 06-11	6'300'000	6'300'000	2'625'000	0	-
280841000001 Allg. Biblioth. GGG GRB 07.6.06 2006-07	4'126'750	4'126'750	4'126'750	0	-
280821000002 Theater PK GRB 17.5.06 2006/07-2010/11	2'700'000	2'700'000	3'524'329	0	-
280831000001 Beyeler Museum GRB 12.9.07 10.07-2011	1'865'013	1'722'000	1'856'720	143'013	8.3
280811000002 SBO Pers.fürsorge GRB 7.6.06 06-10/11	1'492'000	1'492'000	1'498'209	0	-
280821000005 Kulturwerkst.Kaserne GRB 12.09.07 08-11	1'060'000	1'060'000	1'060'000	0	-
280831000002 Basler Kunstverein GRB 15.09.2004 05-07	745'000	745'000	745'000	0	-
280832000001 Kunstkredit GRB 14.2.2007 2007-2010	520'000	520'000	520'000	0	-
280822000001 Theater u. Tanz BS/BL GRB 23.2.05 05-08	365'000	365'000	365'000	0	-
280811000012 Kammerorchester Basel GRB 15.3.06 06-09	300'000	300'000	300'000	0	-
280962000001 Kulturpauschale GRB 14.2.07 2007-2010	299'010	300'000	292'050	-990	-0.3
280851000001 STADT-/LANDKINO GRB 18.10.06 07-2010	270'000	270'000	250'000	0	-
280901000016 Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen Au.L	251'909	205'000	45'229	46'909	22.9
280821000004 Vorstadt-Theater GRB 18.10.2006 07-2010	200'000	200'000	192'500	0	-
280811000017 Basel Sinfonietta GRB 10.5.2006 2006-09	200'000	200'000	200'000	0	-
280852000001 Audiov.u. Multimedia GRB 14.2.2007 07-10	197'250	200'000	200'200	-2'750	-1.4
280811000010 Musikwerkstatt Basel GRB 15.3.06 2006-09	170'000	170'000	170'000	0	-
280962000003 Stift. BS Papiermühle GRB 15.3.06 06-07	160'000	160'000	160'000	0	-
280811000004 Musikverband BS GRB 15.3.06 2006 - 2009	150'000	150'000	150'000	0	-
280811000003 Knabenmusik Basel GRB 15.3.06 2006-2009	100'000	100'000	100'000	0	-
280821000003 Gen. BS Kleintheater GRB 18.10.06 07-10	100'000	100'000	100'000	0	-
280851000003 plug in RRB 26.9.2006 2006-2007	100'000	100'000	100'000	0	-
280901000001 Kulturbeitrag Reinach	100'000	100'000	100'000	0	-
280962000002 Augusta Raurica RRB 21/66 26.5.98 BS/BL	100'000	100'000	100'000	0	-
280812000001 Fachausschuss Musik BS/BL 15.3.06 06-09	90'000	90'000	90'000	0	-
280831000003 Ausstl.raum Klingent. RRB 21.09.04 05-07	87'000	87'000	87'000	0	-
280811000016 Ensemble Phoenix GRB 15.3.06 2006-2009	80'000	80'000	80'000	0	-
280842000001 Literaturkredit RRB 14.2.2006 2006-2007	75'675	80'000	77'850	-4'325	-5.4
280832000003 Atelierkredit RRB 5.12.2006 2007-2009	75'673	75'000	70'329	673	0.9
280811000005 Knabenkantorei Basel RRB 31.1.06 2006-09	60'000	60'000	60'000	0	-
280811000018 Verein Jazz-Live Basel RRB 14.2.06 06-09	50'000	50'000	50'000	0	-
280832000002 Cité Paris RRB 3.7.90	48'720	50'000	47'519	-1'280	-2.6
280811000013 Int.Ges.f.neue Musik RRB 21.2.06 2006-09	45'000	45'000	45'000	0	-
280811000015 Mädchenkantorei RRB 31.1.2006 2006-2009	40'000	40'000	40'000	0	-
280841000003 Leseförderung Kleinhüningen RRR pend.	28'712	35'000	0	-6'288	-18.0

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
280821000006 IG-Tanz/Tanzbüro Basel RRB 16.1.07 07-10	28'000	28'000	28'000	0	-
280811000011 Freunde alter Musik RRB 31.1.06 2006-09	25'000	25'000	25'000	0	-
280831000004 Kaskadenkondesator RRB 16.1.2007 07-10	25'000	25'000	25'000	0	-
280901000003 Kulturpreis der Stadt Basel RRB 15.10.02	20'030	20'000	20'030	30	0.2
<b>DST2800 Ressort Kultur (stat. Aufträge)</b>	<b>58'797'402</b>	<b>58'714'750</b>	<b>61'274'280</b>	<b>82'652</b>	<b>0.1</b>
295930023130 Psychosoz.Arbeitsg. RRB 13.12.05 06-08	72'988	73'000	72'988	-12	0.0
295930023116 Wegwarte Durchg. RRB 8.11.05 06-09	52'837	130'000	0	-77'163	-59.4
295930023119 LetPack Selbsthilfegr.RRB 23.05.06 06-07	51'285	61'000	52'980	-9'715	-15.9
295930023123 Bildungsclub Regio BS RRB 15.11.05 06-07	50'000	50'000	50'000	0	-
295930023113 Wohn.f. Körperbeh. RRB 13.02.07 07-10	42'785	50'000	0	-7'215	-14.4
295930023126 JUFA Beschäftigungsst. RRB 25.4.06 06-07	38'837	61'000	0	-22'163	-36.3
295930023103 insieme Lebenshilfe RRB 08.05.07 07	30'000	30'000	30'000	0	-
295930023127 Stiftung Mosaik RRB 13.12.05 06-08	21'500	21'500	0	0	-
295930023129 Vermeidung Härtefälle RRB 3.08.04 05-08	21'300	157'000	77'000	-135'700	-86.4
295930023122 Gehörlosen-Fürsorgev. RRB 15.11.05 06-07	8'600	8'600	8'600	0	-
295930023100 Ausgleichszahlungen WH RRB 26.3.2002	0	0	227'843	0	-
Zwischensumme Behindertenhilfe	390'132	642'100	519'411	-251'968	<b>-39.2</b>
295940041402 BFV Tagesheime RRB 23.01.07	12'248'823	11'119'000	11'855'500	1'129'823	10.2
295940041403 KK Bläsistift RRB 23.01.07	1'429'625	1'523'000	1'043'220	-93'375	-6.1
295940041405 Krippe Gundeldingen RRB 23.01.07	1'259'846	1'337'000	538'755	-77'154	-5.8
295940041420 V. f. Basler Tagesfamilien RRB 23.01.07	1'170'646	1'300'000	1'250'000	-129'354	-10.0
295940041410 TH Verena Hof RRB 23.01.07	814'724	852'000	804'787	-37'276	-4.4
295940041404 TH Kinderhaus Gellert RRB 23.01.07	614'740	642'000	621'024	-27'260	-4.2
295940041425 Generationenhaus Neubad RRB 23.01.07	599'574	497'000	474'428	102'574	20.6
295940041409 Krippe St. Peter RRB 23.01.07	534'699	441'000	421'238	93'699	21.2
295940041408 Krippe St. Leonhard RRB 23.01.07	379'521	517'000	404'892	-137'479	-26.6
295940041412 Spanische Krippe RRB 23.01.07	310'745	508'000	290'736	-197'255	-38.8
295940041406 Kindernest Gundeli RRB 23.01.07	264'365	261'000	247'510	3'365	1.3
295940041417 Schulgeld BFS	237'900	100'000	335'500	137'900	137.9
295940041430 TH Rhy-Spatze RRB 23.01.07	220'440	353'000	0	-132'560	-37.6
295940041427 JUFA GRB 14.01.04	218'144	170'000	177'617	48'144	28.3
295940041428 Nachmittagsbetreuung SonP	212'026	200'000	232'121	12'026	6.0
295940041415 Neue nicht subv. Tagesheimplätze	0	300'000	0	-300'000	-100.0
295940041431 TH Wirbelwind RRB 23.01.07	0	150'000	0	-150'000	-100.0
295940041413 TH Dornacherstrasse GRB 14.01.04	0	0	648'932	0	-
295940041426 TH Tabaluga GRB 14.01.04	0	0	199'679	0	-
Zwischensumme Tagesbetreuung	20'515'818	20'270'000	19'545'939	245'818	<b>1.2</b>
295940041506 V. Treffpunkt Breite GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041507 V. QT Davidseck GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041508 V. Fam.zentr. Gundeli GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041509 V. Kont. Elt.u.Kinder GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041510 V. QT Kasernenareal GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041511 V. Burg/Burgweg GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041512 Trägerverein QuBa GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041517 V. QTP Kleinhüningen GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295930023117 Werkatelier RRB 25.04.06 06-07	81'839	96'000	0	-14'161	-14.8
295940041522 Stadtteilsekr.Kl'basel RRB 15.5.07 05-07	80'000	80'000	80'000	0	0.0
295940041513 V. QT Hirzbrunnen GRB 7.2.07 07-09	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0



	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
295940041514 V. ElternC.Hirzbrunnen GRB 7.2.07 07-09	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0
295940041515 TS Eltern-Kind-Z.MaKly GRB 7.2.07 07-09	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0
295940041516 V. Beg.zentr.KB Union GRB 7.2.07 07-09	40'000	40'000	40'000	0	0.0
295940041523 Qu-Koord.St.Johann RRB 9.1.07 07-08	21'000	0	0	21'000	100.0
Zwischensumme Quartierarbeit	1'092'839	976'000	880'000	116'839	12.0
295960061111 Bürgerl. Waisenhaus RRB 29.08.06 06-07	3'142'559	2'750'000	3'138'716	392'559	14.3
295960061105 BFV KH Lindenberg RRB 10.02.04 04-07	1'833'428	1'850'000	1'756'386	-16'572	-0.9
295960061108 Kinderhaus Gellert RRB 14.02.06 06-09	1'695'600	1'650'000	1'663'421	45'600	2.8
295960061106 BFV Schifferkinderh. RRB 10.02.04 04-07	1'406'914	1'800'000	1'244'824	-393'086	-21.8
295960061109 Kinderheim Holee RRB 30.11.99 unbefr.	1'328'425	1'400'000	1'255'499	-71'575	-5.1
295960061121 Basler Aufnahmeheim RRB 10.07.07 07-08	888'542	550'000	562'948	338'542	61.6
295960061115 WG Karpfenweg RRB 10.02.04 04-07	817'520	680'000	778'432	137'520	20.2
295960061107 BFV KH Vogelsang RRB 7.12.04, 2005-2008	722'674	600'000	945'940	122'674	20.4
295960061116 WH Schlössli RRB 10.02.04 04-07	499'950	500'000	333'170	-50	0.0
295960061114 Foyer Ziegelhöfen RRB 13.12.05 06-07	498'364	390'000	172'183	108'364	27.8
295960061122 Erlenhof RRB 10.02.04 04-07	492'216	1'150'000	807'267	-657'784	-57.2
295960061113 Foyer Rütimeyerstr. RRB 22.02.05 05-08	446'446	500'000	363'346	-53'554	-10.7
295960061112 Foyer Neubad RRB 10.07.07 07-08	387'599	330'000	579'251	57'599	17.5
295960061104 Pflegefam.dienst BS/BL RRB19.12.06 07-08	194'600	200'000	194'300	-5'400	-2.7
Zwischensumme stationäre Betreuung	14'354'837	14'350'000	13'795'683	4'837	0.0
295940041518 Mütter-/Väterberatung GRB 23.2.05 05-07	255'000	340'000	340'000	-85'000	-25.0
295940041505 V. ATD Vierte Welt RRB 12.12.06 07-09	40'000	40'000	40'000	0	0.0
295960061136 Ausserkant.Heime mit int.Schulung (IHV)	11'994	0	0	11'994	100.0
295960061137 Ausserkant.Heime mit int.Ausbildung(IHV)	9'979	0	0	9'979	100.0
295970072701 Lukas-Stiftung RRB 06.09.05 2006-08	0	0	43'000	0	-
295970072001 Band-Jugendhilfe RRB 13.11.01 02-06	0	0	40'000	0	-
295960066006 Beiträge des Kantons Solothurn	0	0	2'553	0	-
Zwischensumme diverse Subventionen	316'973	380'000	465'553	-63'027	-16.6
<b>DST2950 Ressort Dienste (stat. Aufträge)</b>	<b>36'670'599</b>	<b>36'618'100</b>	<b>35'206'586</b>	<b>52'499</b>	<b>0.1</b>
<b>Total Erziehungsdepartement</b>	<b>148'361'345</b>	<b>146'181'650</b>	<b>147'624'195</b>	<b>2'179'695</b>	<b>1.5</b>
<b>Justizdepartement</b>					
307C02090720 BFA Basl.Freizeitakt. Perskst. 2005-2007	2'804'723	2'804'700	2'804'723	23	0.0
307C03090730 Familien- Erziehungsberatung FaBe 05-07	1'688'000	1'688'000	1'688'000	0	-
307C02590825 Verein Robi-Spiel-Aktion 2006 - 2007	964'586	964'600	964'586	-14	0.0
307C03390833 Ber.SLW "HELP! For Families" 2006 - 2008	800'000	800'000	800'000	0	-
307C03290732 Verein Mobile Jugendarbeit MJAB 05 - 07	250'000	250'000	250'000	0	-
307C04090740 Budgetpostulat D. Gysin Jugend 2006-2007	239'369	240'000	134'719	-631	-0.3
307C02990829 Spielwerkstatt Kleinhüningen 2006 - 2007	168'000	168'000	168'000	0	-
307C01090710 Ver. f. Gassenarb. Schwarzer Peter 05-07	150'000	150'000	150'000	0	-
307C03490734 Jugendzentrum Dalbeloch 2005 - 2007	140'728	140'700	140'728	28	0.0
307C02390723 Verein Eulerstross nüün 2006- 2007	87'000	92'000	83'000	-5'000	-5.4
307C03990839 Verein Fanprojekt 2006 - 2008	80'000	80'000	80'000	0	-
307C02490824 Ver. f.d. Basler Kindertheater 2005-2008	60'000	60'000	60'000	0	-
307C02790827 Spilruum Elsässerstrasse 2006 - 2007	55'000	55'000	55'000	0	-
307C03690836 Pro Juventute Begl. Besuchstage 06-08	53'700	53'700	53'700	0	-
307C03591135 Pro Juventute Elternbriefe 2007 - 2011	43'526	50'000	45'806	-6'474	-12.9
307C03891138 PEB Programm für Elternbildung 2007-2011	31'500	31'500	31'500	0	-

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
307C02690726 Verein zum Burzelbaum 2007	25'000	25'000	25'000	0	-
307C02890828 Verein Spielestrich Kaserne 2006 - 2007	9'400	9'400	9'400	0	0.0
Zwischensumme Jugendbetreuung	7'650'532	7'662'600	7'544'162	-12'068	<b>-0.2</b>
307E03390833 Stiftung Frauenhaus 2005 - 2008	413'000	413'000	413'000	0	-
307E03590935 Frauenberatungsstelle BFV 2006 - 2009	380'000	380'000	380'000	0	-
307E03490534 Frauenhaus-Beratungsstelle 2003 - 2006	0	0	66'000	0	-
Zwischensumme Frauenorganisationen	793'000	793'000	859'000	0	<b>0.0</b>
307F02290922 Neustart 2007-2009	50'000	50'000	50'000	0	-
Zwischensumme Gefragenenbetreuung	50'000	50'000	50'000	0	<b>0.0</b>
307I0109UB10 Verein Gem. Opferhilfe beider Basel unb.	589'500	0	0	589'500	100.0
307I0069UB06 Soforthilfe gemäss OHG unbefristet	293'837	0	367'616	293'837	100.0
307I0019UB01 Opferberatungsstellen gem. OHG unb.	0	862'500		-862'500	-100.0
307I0029UB02 Verein Notteléfono unbefristet	0	0	226'500	0	-
307I0059UB05 Ver. Ber.-Stelle Opferhilfe b.Basel unb.	0	0	200'000	0	-
307I0089UB08 V.Triangel Opferberst.f.Kind./Jug. unb.	0	0	105'000	0	-
Zwischensumme Opferhilfeorganisationen	883'337	862'500	899'116	20'837	2.4
307J00791107 Verein Gassenküche 2007-2011	147'500	147'500	147'500	0	-
307J00190901 Tele-Hilfe BS'Dargeb.Hand/Tel.143' 07-09	48'400	48'400	48'400	0	-
Zwischensumme Sozialhilfeorganisationen	195'900	195'900	195'900	0	0.0
307K00091000 Regio Basiliensis 2007-2010	323'000	323'000	330'000	0	-
307K00591005 Schweiz. Delegationssekr. ORK 2007-2010	58'000	58'000	55'398	0	-
307K0079UB07 Einmal.Kleinprojekte Regiobereich unbegr	40'345	50'000	9'550	-9'655	-19.3
307K00891008 Eurodistrict TEB 2007-2010	40'010	40'000	0	10	0.0
307K00491004 Gem. Sekretariat Oberrheinkonf.2007-2010	37'992	39'000	26'554	-1'008	-2.6
307K0039UB03 Neue Projekte im Regiobereich unbegrenzt	0	39'000	0	-39'000	-100.0
Zwischensumme Regionst. und Kongresse	499'347	549'000	421'503	-49'653	-9.0
307L00291002 Infobest Palmrain 2007-2010	65'488	57'000	57'000	8'488	14.9
307L00390210 BioValley Biotechnologie-Cluster 2002	51'656	0	0	51'656	100.0
307L00390103 Grenzüb. Beratungsnetz Handw. u. KMU 01	32'000	0	0	32'000	100.0
307L00390104 Modellierung Grundwasserbelast Nitrat 01	19'590	0	0	19'590	100.0
307L00390315 Exchanging know-how regions Europe 2003	4'000	0	0	4'000	100.0
307L00491301 NRP / ETZ (Interreg IV) 2007-2013 / 15	0	250'000	0	-250'000	-100.0
307L00390207 New Energy BASE 2002	0	0	24'209	0	-
307L00390206 TAB Ges.entw.konz u. Schlüsselproj. 2002	0	0	10'589	0	-
307L00390313 GISOR Geograph.Infosystem Oberrhein 03	0	0	9'076	0	-
307L00390622 Mythische Orte am Oberrhein 2006	0	0	7'040	0	-
307L00390314 regioartline.org 2003	0	0	6'000	0	-
307L00390519 Grenzlos leben und arbeiten 2005	0	0	3'547	0	-
Zwischensumme Regioproj. (INTERREG)	172'735	307'000	117'460	-134'265	-43.7
<b>Total Justizdepartement</b>	<b>10'244'851</b>	<b>10'420'000</b>	<b>10'087'140</b>	<b>-175'149</b>	<b>-1.7</b>

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
<b>Sicherheitsdepartement</b>					
506101095101 GGG Ausländerberatung	300'000	300'000	300'000	0	-
501106091000 Kompetenzkonto Regierungsrat	180'000	0	0	180'000	100.0
<b>Total Sicherheitsdepartement</b>	<b>480'000</b>	<b>300'000</b>	<b>300'000</b>	<b>180'000</b>	<b>60.0</b>
<b>Baudepartement</b>					
602901060005 Subvention Pro Infirmis 06-10 (Vertrag)	40'000	40'000	40'000	0	-
<b>DST 6020 Bauinspektorat (stat. Aufträge)</b>	<b>40'000</b>	<b>40'000</b>	<b>40'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
61298200ARBSBetriebskostenanteil BS an Pro Rheno AG	5'507'071	6'455'000	6'012'042	-947'929	-14.7
61290006TGASTreibhausgasbilanzierung	11'300	0	0	11'300	100.0
61290006WIESBetriebskostenanteil BS an Wieseverband	4'223	5'000	8'393	-777	-15.5
61290006PUSHStiftung Prakt. Umweltschutz Schweiz	1'800	0	0	1'800	100.0
61290006SUS Stiftung Umwelt-Einsatz Schweiz		2'000	1'063	-2'000	-100.0
61290006GEN Finanzierungsbeitrag Gentech-Dossier	1'500	1'500	1'500	0	-
<b>DST6120 Amt für Umwelt und Energie (stat. Aufträge)</b>	<b>5'525'894</b>	<b>6'463'500</b>	<b>6'022'998</b>	<b>-937'606</b>	<b>-14.5</b>
614120000240 Beitrag Erlenverein BS, GRB 27.6.02,02-06	300'000	300'000	304'740	0	-
<b>DST6140 Stadtgärtnerei (stat. Aufträge)</b>	<b>300'000</b>	<b>300'000</b>	<b>304'740</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
651005000003 Feste Betriebsbeiträge Zoolog. Garten	1'283'500	1'200'000	1'309'150	83'500	7.0
651005000001 Feste Betriebsbeiträge Münster	832'500	800'000	802'804	32'500	4.1
651005000002 Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen	40'000	40'000	40'000	0	-
651030006100 Wanderwege BS/BL RRB 14.11.06, 07-12	6'000	6'000	6'000	0	-
<b>DST6510 Hochbau- und Planungsamt (stat. Aufträge)</b>	<b>2'162'000</b>	<b>2'046'000</b>	<b>2'157'954</b>	<b>116'000</b>	<b>5.7</b>
<b>Total Baudepartement</b>	<b>8'027'894</b>	<b>8'849'500</b>	<b>8'525'692</b>	<b>-821'606</b>	<b>-9.3</b>
<b>Gesundheitsdepartement</b>					
702900806022 Subvention SRB	2'965'000	2'965'000	0	0	-
702900106018 Subvention Aids-Hilfe beider Basel	348'000	348'000	348'000	0	-
702900806018 Subvention Blaues Kreuz	265'000	265'000	265'000	0	-
702900806004 Subvention Tageshaus Wallstrasse	250'000	250'000	250'000	0	-
702900306009 Subvention Verein für Suchtprävention	240'000	240'000	240'000	0	-
702900806017 Subvention FrauSuchtGesundheit	156'000	156'000	156'000	0	-
702900306008 Subvention Gsünder Basel	115'000	115'000	115'000	0	-
702900306010 Subvention Band Jugendhilfe	40'000	40'000	0	0	-
702900106023 HIV-Test- und Beratungsangebot	30'000	0	0	30'000	100.0
702900806021 Subvention MUSUB	0	120'000	0	-120'000	-100.0
702900900003 Netzwerk gesundheitsfördernde Schulen	0	80'000	0	-80'000	-100.0
702900900005 Projekte Gesundheitsförderung	0	55'000	0	-55'000	-100.0
702900806003 Subvention SRB, K+A (bis 2006)	0	0	2'050'000	0	-
702900806005 Subvention SRB, Drop In (bis 2006)	0	0	750'000	0	-
702900806002 Subvention SRB, Step out (bis 2006)	0	0	153'088	0	-
702900106007 Mitgliederbeiträge	0	0	5'000	0	-
<b>DST7020 Gesundheitsdienste (stat. Aufträge)</b>	<b>4'409'000</b>	<b>4'634'000</b>	<b>4'332'088</b>	<b>-225'000</b>	<b>-4.9</b>
706900100004 Viehversicherung	4'150	0	3'900	4'150	100.0
706900100005 Jahresbeiträge VetAmt	1'235	5'000	1'218	-3'765	-75.3
<b>DST7060 Gesundheitsschutz (stat. Aufträge)</b>	<b>5'385</b>	<b>5'000</b>	<b>5'118</b>	<b>385</b>	<b>7.7</b>

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
709950106005 Jahresbeiträge	405	0	330	405	100.0
<b>DST7090 Schlachthof (stat. Aufträge)</b>	<b>405</b>	<b>0</b>	<b>330</b>	<b>405</b>	<b>100.0</b>
730900806001 Claraspital	14'525'000	0	14'499'924	14'525'000	100.0
730900806002 Merian Iselin Akut.	5'254'860	0	4'820'000	5'254'860	100.0
730900806008 Krankenhaus Adullam	4'950'000	0	4'747'085	4'950'000	100.0
730900806004 Bethesda-Spital	2'159'975	0	1'931'112	2'159'975	100.0
730900806005 Sonnenhalde	1'874'421	0	1'900'055	1'874'421	100.0
730900806050 Beiträge Privatspitäler Allg.Vers.	0	29'000'000	0	-29'000'000	-100.0
Zwischensumme Beiträge Privatspitäler	28'764'257	29'000'000	27'898'176	-235'743	-0.8
730907506103 Spitex Basel-Stadt	9'000'000	9'000'000	9'000'000	0	-
730907206099 Pflegeheime (Liegenchaftsbeiträge)	4'144'380	5'500'000	4'245'990	-1'355'621	-24.6
730907506111 Tagesheime	845'668	803'500	838'750	42'168	5.2
730900706011 Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	650'000	660'000	616'220	-10'000	-1.5
730907406106 Pro Senectute	495'000	495'000	495'000	0	-
730900706018 Stiftung Melchior	410'000	400'000	427'238	10'000	2.5
730900706019 Selbsthilfezentrum Hinterhuus	280'000	325'000	266'616	-45'000	-13.8
730900706028 MedGes. ärztlicher Notfalldienst	100'000	100'000	100'000	0	-
730900706017 Diabetesgesellschaft	80'000	80'000	80'000	0	-
730900706016 Patientenstelle Basel	55'000	55'000	55'000	0	-
730900706027 Toxikologisches Infozentrum	28'013	0	27'997	28'013	100.0
730907306002 Ombudsstelle für Altersfragen u. Spitex	7'500	7'500	7'500	0	-
730900706026 Regionale Fachstelle Heilmittel (Kst071)	0	60'000	0	-60'000	-100.0
730900706010 Samariterbeitrag	-143	4'000	3'376	-4'143	-103.6
Zwischensumme diverse Beiträge	16'095'418	17'490'000	16'163'687	-1'394'583	-8.0
<b>DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)</b>	<b>44'859'674</b>	<b>46'490'000</b>	<b>44'061'862</b>	<b>-1'630'326</b>	<b>-3.5</b>
731901006001 Krebsregister	125'000	125'000	125'000	0	-
<b>DST7310 Universitätsspital Basel (stat. Aufträge)</b>	<b>125'000</b>	<b>125'000</b>	<b>125'000</b>	<b>0</b>	<b>-</b>
<b>Total Gesundheitsdepartement</b>	<b>49'399'464</b>	<b>51'254'000</b>	<b>48'524'398</b>	<b>-1'854'536</b>	<b>-3.6</b>
<b>Wirtschafts- und Sozialdepartement</b>					
801823090100 KBB Behindertentransporte	775'000	1'050'000	1'074'376	-275'000	-26.2
801841090104 Land- und Waldwirtschaft	119'131	180'000	90'778	-60'869	-33.8
801892090104 Beitrag ASIM	100'000	0	0	100'000	100.0
801229090100 Hist.Lexikon der Schweiz	20'000	25'000	25'000	-5'000	-20.0
<b>DST8010 Sekr.Wirtschafts- und Sozialdepartement</b>	<b>1'014'131</b>	<b>1'255'000</b>	<b>1'190'154</b>	<b>-240'869</b>	<b>-19.2</b>
803821190002 Publikationsfond	5'000	5'000	5'000	0	0.0
<b>DST8030 Staatsarchiv</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
806832090102 Subvention Basel-Tourismus Betriebsmitt.	1'840'000	1'840'000	1'840'000	0	0.0
806831090105 Wirtschaftsförderung BS/BL	850'000	810'000	785'000	40'000	4.9
806210197004 Feste Beiträge an Zweckverbände	36'780	17'500	38'762	19'280	110.2
<b>DST8060 Amt für Wirtschaft und Arbeit</b>	<b>2'726'780</b>	<b>2'667'500</b>	<b>2'663'762</b>	<b>59'280</b>	<b>2.2</b>

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweich. R07/B07	Abw. %
807522090051 Prämienverbilligungen und Abgeltungen private Krankenkassen	54'972'271	54'066'083	52'077'048	906'188	1.7 <sup>1</sup>
807811090101 Asylwesen Fürsorgeamt der Stadt Basel	7'853'872	7'250'000	8'527'093	603'872	8.3 <sup>2</sup>
807813090105 Verein Budget- und Schuldenberatung	180'000	170'000	175'000	10'000	5.9
807813090110 Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	141'000	141'000	141'000	0	0.0
807813090100 Winterhilfe Basel-Stadt	20'000	20'000	20'000	0	0.0
807813090109 Kontaktstelle für Arbeitslose	18'000	18'000	18'000	0	0.0
807813090107 Konsumentenvereinigung Nordwestschweiz	6'000	6'000	6'000	0	0.0
807553090050 Mietzinsbeitr. an Personalstift. WEG/WFG	2'903		140'705	2'903	100.0
807813090104 Budgetberatung Frauenzentrale		10'000	5'000	-10'000	-100.0
<b>DST8070 Amt für Sozialbeiträge</b>	<b>63'194'046</b>	<b>61'681'083</b>	<b>61'109'846</b>	<b>1'512'963</b>	<b>2.5</b>
810823190003 Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2006	40'000	40'000	40'000	0	0.0
<b>DST8100 Statistisches Amt</b>	<b>40'000</b>	<b>40'000</b>	<b>40'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
813420297000 Anteil RSD allgemein	20'000	0	20'000	20'000	100.0
<b>DST8130 Rheinschifffahrtsdir. (stat. Aufträge)</b>	<b>20'000</b>	<b>0</b>	<b>20'000</b>	<b>20'000</b>	<b>100.0</b>
<b>Total Wirtschafts- und Sozialdepartement</b>	<b>66'999'957</b>	<b>65'648'583</b>	<b>65'028'762</b>	<b>1'351'374</b>	<b>2.1</b>
<b>Total Beiträge an Private Institutionen</b>	<b>283'513'512</b>	<b>282'653'733</b>	<b>280'090'187</b>	<b>859'779</b>	<b>0.3</b>

#### Kommentar

- Die Auszahlungen der Prämienverbilligungen erfolgen in der Regel an die Krankenkassen und werden dort mit den individuellen Prämien verrechnet. Die Gesamtsumme der Auszahlungen (FDK 363 und 365) ist ein Bruttowert, der um den Beitrag des Bundes (ca. 50%) entlastet wird.
- Die Sozialhilfe Basel ist vom Kanton mit der Umsetzung des Asylbereichs beauftragt. Die hier ausgewiesenen, an die SHB vergüteten Kosten werden dem Kanton über Pauschalen des Bundes abgegolten. Diese werden unter den Beiträgen des Bundes (FDK 460) ausgewiesen und waren für das Jahr 2007 kostendeckend.

## 3.2 Investitionsrechnung

### 3.2.1 Übersicht

Eine Übersicht über die Investitionsrechnung gibt folgende Tabelle:

in Mio. Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	Abweichung		
					%	R07/R06	%
Sachgüter	250.7	296.9	287.7	-46.2	-15.6	-37.0	-12.9
Eigene Beiträge	12.6	0.0	22.1	12.6		-9.5	-43.1
<b>Total Ausgaben</b>	<b>263.3</b>	<b>296.9</b>	<b>309.9</b>	<b>-33.6</b>	<b>-11.3</b>	<b>-46.6</b>	<b>-15.0</b>
Beiträge für eigene Rechnung	47.6	60.5	77.2	-12.9	-21.3	-29.6	-38.3
Beiträge Spezialfinanzierung	5.3	0.0	3.9	5.3		1.4	36.3
<b>Total Einnahmen</b>	<b>52.9</b>	<b>60.5</b>	<b>81.1</b>	<b>-7.6</b>	<b>-12.5</b>	<b>-28.2</b>	<b>-34.8</b>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>210.4</b>	<b>236.4</b>	<b>228.8</b>	<b>-26.0</b>	<b>-11.0</b>	<b>-18.4</b>	<b>-8.0</b>
Veränderungen Darl. / Bet. Verw. Verm. /Umw.	-42.3	0.0	-2.1	-42.3		-40.2	1917.4
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>168.1</b>	<b>236.4</b>	<b>-226.7</b>	<b>-68.3</b>	<b>-28.9</b>	<b>-58.6</b>	<b>-25.9</b>
Selbstfinanzierungsgrad in %	-195.5%	116.6%	487.4%				

Bei Ausgaben von CHF 263.3 Mio. und Einnahmen von CHF 52.9 Mio. betragen die Nettoinvestitionen CHF 210.4 Mio. Mit den Einnahmen von CHF 42.3 Mio. bei der Position Veränderungen von Darlehen und Beteiligungen erreicht der Saldo Investitionsrechnung CHF 168.1 Mio.

### 3.2.2 Ausgaben

Die gesamten Bruttoausgaben für Investitionen betragen für das Jahr 2007 CHF 250.7 Mio. und liegen damit um CHF 46.2 Mio. (- 15.6%) unter dem Budget 2007 resp. CHF 37.0 Mio. (- 12.9%) unter der Rechnung 2006. Die Unterschreitung des Budgets ist auf weniger hohe Ausgaben in sämtlichen Investitionsbereichen zurückzuführen. Ausnahme bildet hier der Investitionsbereich Bildung (siehe dazu auch die detaillierteren Kommentare in den nachfolgenden Kapiteln).

### 3.2.3 Einnahmen

Beim Vergleich zum Budget 2007 muss beachtet werden, dass die Beiträge aus Spezialfinanzierung im Gegensatz zur Rechnung nicht separat, sondern in der Position Beiträge für eigenen Rechnung budgetiert werden (Stichwort: Pauschalbudgetierung der Investitionsobjekte > CHF 300'000).

Die Position Beiträge für eigene Rechnung umfasst die Beiträge von Bund, anderen Kantonen und Privaten an Investitionen > CHF 300'000. Die Rechnung 2007 weist mit CHF 47.6 Mio. im Vergleich zum Budget einen um CHF 12.9 Mio. tieferen Betrag aus. Diese Abnahme ist u.a. auf weniger hohe als budgetiert anfallende Rückvergütungen des Bundes für den Erhaltungsabschnitt Basel-Augst und den Nationalstrassenbau zurückzuführen. Diesem Rückgang stehen dort entsprechend auch geringere Ausgaben gegenüber.

Bei den Spezialfinanzierungen, bei denen es sich um Beiträge aus dem Mehrwertabgabefonds handelt, wird in der Rechnung ein Wert von CHF 5.3 Mio. erreicht. Im Vorjahr wurden über diesen Fonds Vorhaben von insgesamt CHF 3.9 Mio. finanziert.

### **3.2.4 Darlehen und Beteiligungen**

Die Veränderungen bei den Darlehen und Beteiligungen sind auf die im Zusammenhang mit dem Staatsvertrages für eine gemeinsame Trägerschaft der Universität vom Kanton Basel-Landschaft geleisteten Zahlung von CHF 30 Mio. zurückzuführen. Damit beteiligt sich der Kanton Basel-Landschaft hälftig am Darlehen an die Universität in der Höhe von insgesamt CHF 60 Mio., welches der Kanton Basel-Stadt bis dato der Universität in Form eines Kontokorrentdarlehens zur Verfügung gestellt hatte. Des weiteren hat die BKB mit dem Rechnungsabschluss 2007 eine Rückzahlung von PS-Kapital und parallel dazu eine Rückzahlung von Dotationskapital in der Höhe von 12 Mio. beschlossen.

## 3.3 Bestandesrechnung

### 3.3.1 Überblick

Die Bilanzsumme des Kantons Basel-Stadt hat sich im Berichtsjahr von CHF 5'347.3 Mio. auf CHF 5'812.9 Mio. und damit um 8.7% erhöht. Dass sich die Bilanzsumme trotz Einbuchung der Rückstellung für die Ausfinanzierung der Deckungslücke von CHF 1'014.9 Mio. nicht deutlich mehr ausweitete liegt in der Tatsache begründet, dass die Gegenbuchung der als Spezialfinanzierung geführte Sanierung mit negativen Vorzeichen im Eigenkapital (Staatskapital) erfolgte. Die erwähnte Rückstellung beinhaltet für den Anteil der Versicherten CHF 573.6 Mio. und für den Anteil des Arbeitgebers (Kanton) total CHF 441.4 Mio.

Für die Ausweitung der Bilanzsumme gibt es im wesentlichen zwei Hauptfaktoren: Zwar nimmt die Liquidität bei Banken mit noch CHF 37.8 Mio. um fast CHF 193.0 Mio. ab, dagegen aber steigen die Festgeldanlagen mit CHF 768.5 Mio. um fast CHF 500.0 Mio. an. Der zweite grosse Faktor ist auf die Liegenschaften zurückzuführen. Nicht zuletzt auch wegen der nochmaligen Höherbewertung bei den Renditeliegenschaften liegen diese mit CHF 1'301.4 Mio. gegenüber Vorjahr um CHF 92.1 Mio. höher.

Die Bruttoschulden, die sich aus dem Total der Passiven abzüglich dem Staatskapital errechnen, erhöhen sich nicht zuletzt wegen der Ausfinanzierung der Deckungslücke um CHF 944.5 Mio. auf CHF 5'848.6 Mio. Die Nettoschulden, die sich aus den Bruttoschulden abzüglich den Vorschüssen für Spezialfinanzierungen ohne PK-Ausfinanzierung und dem Finanzvermögen errechnen, erhöhen sich von CHF 2'304.8 Mio. auf CHF 2'801.5 Mio., somit um CHF 496.7 Mio. Bei den Pro-Kopf-Schulden ergibt sich bei den Bruttoschulden eine Zunahme von CHF 26'095.- auf nun CHF 31'157.-, und bei den Nettoschulden eine Erhöhung von CHF 12'264.- auf nun CHF 14'925.- pro Kantonseinwohner.

### Bestandesrechnung (Bilanz)

in Mio. Franken	2007	Anteile in %	2006	Anteile in %	Abw.in Mio CHF	Abw. in %
Finanzvermögen	3'016.9	51.9	2'569.8	48.1	447.1	17.4
Verwaltungsvermögen	2'765.8	47.6	2'748.0	51.4	17.8	0.6
Vorschüsse für Spezialfinanzierungen	30.2	0.5	29.5	0.6	0.7	2.4
<b>Total Aktiven</b>	<b>5'812.9</b>	<b>100.0</b>	<b>5'347.3</b>	<b>100.0</b>	<b>465.6</b>	<b>8.7</b>
Kurzfristige Verpflichtungen	995.6	17.1	860.4	16.1	135.2	15.7
Mittel- und Langfristschulden	2'631.3	45.3	2'912.1	54.5	-280.8	-9.6
Übrige Verpflichtungen	2'120.0	36.5	1'054.0	19.7	1'066.0	101.1
Spezialfinanzierungen / Rücklagen	101.6	1.7	77.6	1.5	24.0	30.9
Eigenkapital Staat	-35.6	-0.6	443.2	8.3	-478.8	-108.8
<b>Total Passiven</b>	<b>5'812.9</b>	<b>100.0</b>	<b>5'347.3</b>	<b>100.0</b>	<b>465.6</b>	<b>8.7</b>

### 3.3.2 Aktiven

Neben der eingangs erwähnten PK-Ausfinanzierung gibt es aber wie in jedem Jahr eine Vielzahl von mehr oder weniger grossen Veränderungen, auch wenn diese nicht das selbe Ausmass annehmen, wie die Schliessung der PK-Deckungslücke.

Bereits erwähnt wurde der Rückgang bei der Liquidität gegenüber Banken, welche aber durch deutlich höhere Festgeldanlagen mehr als nur kompensiert werden. Netto verbleibt ein Plus auf diesen beiden Bilanzpositionen von CHF 305.8 Mio., was für einen erfreulichen Mittelzufluss spricht. Hauptgrund hierfür dürften wohl nicht zuletzt auch die reichlich fliessenden Steuererträge sein.

Bei den Kontokorrenten (Kontengruppe 111) ist eine Zunahme von CHF 57.8 Mio. (auf CHF 93.6 Mio.) zu verzeichnen. Grund für die Zunahme ist einerseits das Kontokorrent mit dem Bund, welches



mit CHF 31.6 Mio. um CHF 22.8 Mio. über dem Vorjahreswert liegt. Aber auch das Kontokorrent mit den IWB mit CHF 36.8 Mio. trägt zur Erhöhung bei. Im Vorjahr wurde noch ein Habensaldo (in der Kontengruppe 206) von CHF 25.5 Mio. bilanziert.

Die Steuerguthaben liegen mit CHF 213.0 Mio. um CHF 24.6 Mio. oder 10.4% unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist auf die Guthaben der veranlagten Steuern von Natürlichen Personen zurückzuführen. Während die Guthaben gegenüber den Juristischen Personen, aber auch jene gegenüber den Grundstückgewinn- und auch jenen der Schenkungssteuern nur leichte Veränderungen zu Vorjahr zeigen, liegen die Guthaben gegenüber den Natürlichen Personen mit CHF 174.8 Mio. um CHF 24.8 Mio. unter dem letzten Bilanzausweis.

Bei den Sachanlagen im Finanzvermögen ist bei den Liegenschaften der grösste Zuwachs zu verzeichnen. Das Total der Liegenschaften liegt mit CHF 1'301.4 Mio. um CHF 92.1 Mio. über dem Vorjahreswert. Da immer mehr Objekte über technische Zustandsberichte verfügen und so exakter bewertet werden können, liegen die aktuellen Werte um CHF 98.0 Mio. höher als im Vorjahr. Auch bei den Wertberichtigungen auf den Marktwerten ist eine Zunahme von CHF 25.2 Mio. zu verzeichnen. Bei diesen handelt es sich aber zum überwiegenden Teil um eine aufgelöste Korrektur aus der Erstbewertung im Vorjahr.

Die Zunahme bei den Anlagen in treuhändischer Verwaltung (Kontengruppe 126) von insgesamt CHF 49.1 Mio. auf neu CHF 61.0 Mio. dürfte weniger auf den Zufluss von Neugeldern zurückzuführen sein. Die Finanzverwaltung hat zu diesen Gelder ein Arbeitspapier erstellt, das gesamtkantonal eine einheitliche Verbuchungspraxis bei diesen Geschäften sichern soll. Beim erwähnten Zugang handelt es sich vorwiegend um Aktiven, die im Vorjahr auf anderen Bilanzpositionen eingestellt wurden.

Bei den Sachanlagen im Verwaltungsvermögen ist eine Abnahme zu verzeichnen, obwohl im Zuge der Harmonisierung der finanziellen Steuerungsgrössen erstmals auch die Anlagen aus den Kleininvestitionen im Bereich der Maschinen, Mobiliar und Einrichtungen in die Bilanz abgerechnet wurden (CHF 22.8 Mio.). Die Abnahme liegt darin begründet, dass die Abschreibungen höher ausfallen als die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen.

Schliesslich liegen auch die Darlehen und Beteiligungen mit CHF 953.0 Mio. um CHF 24.3 Mio. über Vorjahr. Dem mit GRB 06/50/07G vom 13.12.2006 gewährte zinslose Darlehen an die Universität (CHF 30.0 Mio. für den baselstädtischen Anteil) und dem mit CHF 260.6 Mio. um CHF 6.3 Mio. höheren Dotationskapital der BVB steht ein um CHF 12.0 Mio. vermindertes Dotationskapital der Basler Kantonalbank gegenüber (Total CHF 204.0 Mio.).

### 3.3.3 Passiven

Für die grössten Abweichungen sorgt natürlich auch auf der Passivseite die Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke respektive die Bildung der entsprechenden Rückstellung mit der Gegenbuchung im Eigenkapital.

Das Total der Kontokorrente (Kontengruppe 206) liegt mit CHF 163.9 Mio. um CHF 102.7 Mio. über Vorjahr. Das Kontokorrent mit der Kantonalen AHV (CHF 78.0 Mio., ein plus von CHF 76.2 Mio. zu Vorjahr) oder auch das Kontokorrent mit der BVB (CHF 13.1 Mio., Vorjahr CHF -.-) sind die wichtigsten Veränderungen hier.

Mit CHF 67.1 Mio. liegen auch die übrigen kurzfristigen Schulden (Kontengruppe 219) deutlich über Vorjahr (CHF 47.5 Mio.). Dabei haben die Institutionen mit CHF 60.0 Mio. an Festgeldanlagen, welche sie bei der Finanzverwaltung anlegen, gegenüber Vorjahr fast verdoppelt. Dieser Zuwachs stammt von den BVB, die damit über Anlagen in der Höhe von CHF 60.0 Mio. verfügen.

Das Total der Mittel- und Langfristschulden verringert sich um CHF 280.9 Mio. auf noch CHF 2'631.3 Mio. Von der Abnahme betreffen CHF 100.0 Mio. die ausstehenden Anleiheobligationen welche sich auf CHF 2'100.0 Mio. verringern. Um CHF 170.0 Mio. auf CHF 260.0 Mio. vermindern sich auch die Schulden gegenüber Versicherungsgesellschaften (u.a. SUVA, Rentenanstalt, SwissLife). Schliesslich werden auch die CHF 10.9 Mio. an Schulden gegenüber der Basellandschaftlichen Pensionskasse aus dem Centralbahnknoten vollständig zurückbezahlt.

Bei den Verpflichtungen für Sonderrechnungen, welche mit CHF 207.7 das Vorjahrestotal um CHF 86.1 Mio. übertreffen, stammt der überwiegende Anteil von der Pensionskasse Basel-Stadt. Diese stellte dem Kanton per 31.01.2008 den Beitrag für die finanzielle Sicherung der Garantieverpflichtung gemäss §53 Abs. 3 alt PKG für das Jahr 2007 nochmals in Rechnung. Die restliche Zunahme entspricht praktisch dem veränderten Saldo des PK-Betriebskontos (FV).

Wie schon erwähnt, spiegelt sich die Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke auf der Passivseite in den Rückstellungen. Neben den neu gebildeten CHF 1'014.9 Mio. konnte auch die bisher mittels Zusatzbeiträgen alimentierte bisherige Rückstellung auf das neue PK-Ausfinanzungskonto umgebucht werden. Um CHF 16.4 Mio. auf neu 104.3 Mio. erhöht werden musste auch die Rückstellung für die PK-Deckungslücken der Institutionen. Der Löwenanteil hierbei entfällt auf die Universität.

Die Finanzverwaltung hat auf Empfehlung der Finanzkontrolle und Finanzkommission ein Grundsatzpapier zu den Ferien- und Überzeitguthaben erarbeitet. Der Regierungsrat hat diese Bestimmungen mit RRB 07/38/22 vom 27.11.2007 in Kraft gesetzt. Damit hatten gesamtkantonal alle Dienststellen für jegliche Zeitguthaben Rückstellungen auf den diesjährigen Jahresabschluss hin zu bilden. Das Total der nun zurückgestellten Überzeitguthaben erhöhte sich im Berichtsjahr um CHF 34.3 Mio. von CHF 53.7 Mio. auf neu CHF 88.0 Mio. Von den CHF 34.3 Mio. gehen rund CHF 30.7 Mio. zu Lasten der neuen Bestimmungen.

Mit CHF 288.7 Mio. liegen die Transitorischen Rechnungsabgrenzungen um CHF 66.9 Mio. unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang wird praktisch ausschliesslich durch die Finanzverwaltung verursacht, welche nach bisheriger Praxis Aktivkonti mit Habensaldi auf dieser Bilanzposition passivierte. Meistens handelte es sich um Kontokorrentverbindlichkeiten mit Institutionen. Während für die ÖKK bereit ein separates Passivkonto bestand, wurden nun neue Konti für die Universität und für die BVB eröffnet, sodass die Passivpositionen nun an anderen Stellen bilanziert sind.

Die passivierten Spezialfinanzierungen erhöhen sich um CHF 24.0 Mio. auf neu CHF 101.6 Mio. Während dem die Anlagenrechnung der KVA mit CHF 28.8 Mio. erstmals einen Gewinnvortrag erzielte, reduzierte sich der Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von CHF 29.7 Mio. im Vorjahr auf noch CHF 21.9 Mio.

Nach Jahren der Fehldeckung und des negativen Gewinn- und Verlustvortragskontos konnte dank dem erfreulichen Ertragsüberschuss im 2007 der Negativsaldo von CHF 241.5 Mio. in einen Gewinnvortrag von CHF 137.1 Mio. verwandelt werden. Die Neubewertungsreserven, welche zur Hauptsache aus den Umbewertungen der Renditeliegenschaften gebildet wurden, und per Abschlussstichtag CHF 840.8 Mio. erreichen, enthalten auch die Einbuchung der CHF 60.0 Mio. an zinslosem Darlehen, welche die Partnerkantone der Universität gewährten. Während dem sich die Wertschwankungsreserven bei den Derivaten praktisch auflösen, reduzieren sich auch die Gewinnrücklagen bei den Museen durch die Einbuchung von Malussen im 2007. Zum Eigenkapital zugerechnet wird auch die als Spezialfinanzierungen geführte PK-Ausfinanzierung. Einem eigentlich positiven Eigenkapital von CHF 979.3 Mio. steht ein negatives Eigenkapital von CHF 1'014.9 gegenüber, was saldiert ein wiederum leicht negatives Eigenkapital von insgesamt CHF 35.7 Mio. ergibt.

### 3.3.4 Anhang zur Bilanz

#### 1 Aktiven

Bilanz in Franken	31.12.2007	31.12.2006	Abweichung	in %
100 Kasse	2'142'483	2'019'365	123'118	6.1
101 Postcheck	30'308'364	12'303'383	18'004'981	146.3
102 Banken	37'817'538	230'811'223	-192'993'685	-83.6
<b>Total Flüssige Mittel</b>	<b>70'268'385</b>	<b>245'133'970</b>	<b>-174'865'586</b>	<b>-71.3</b>
111 Kontokorrente	93'644'159	36'064'111	57'580'048	159.7
112 Steuerguthaben	212'986'741	237'607'482	-24'620'741	-10.4
115 Debitoren	274'791'412	253'194'401	21'597'010	8.5
116 Festgelder	768'535'000	269'710'000	498'825'000	184.9
119 Übrige Guthaben	11'741'192	26'953'373	-15'212'181	-56.4
<b>Total Guthaben</b>	<b>1'361'698'504</b>	<b>823'529'368</b>	<b>538'169'136</b>	<b>65.3</b>
121 Wertschriften	20'168'517	32'329'638	-12'161'121	-37.6 *
122 Darlehen und Hypotheken	107'239'763	107'552'978	-313'215	-0.3 *
123 Liegenschaften	1'301'414'449	1'209'308'550	92'105'899	7.6 *
124 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	2'616'021	2'795'246	-179'225	-6.4 *
125 Vorräte	18'471'192	16'023'292	2'447'900	15.3
126 Anlagen in treuhändischer Verwaltung	21'015'126	11'892'110	9'123'016	76.7
<b>Total Anlagen</b>	<b>1'470'925'068</b>	<b>1'379'901'815</b>	<b>91'023'254</b>	<b>6.6</b>
130 Zinsen	13'241'627	18'417'313	-5'175'685	-28.1
131 Mieten, Pacht- u. Baurechtszinsen	2'314'860	1'744'658	570'202	32.7
132 Versicherungen	6'759'766	762'309	5'997'457	786.7
133 Subventionen	28'023'136	29'862'993	-1'839'856	-6.2
139 Übrige	63'663'833	70'434'566	-6'770'732	-9.6
<b>Total Aktive Rechnungsabgrenzungen</b>	<b>114'003'223</b>	<b>121'221'839</b>	<b>-7'218'615</b>	<b>-6.0</b>
<b>TOTAL FINANZVERMÖGEN</b>	<b>3'016'895'180</b>	<b>2'569'786'992</b>	<b>447'108'188</b>	<b>17.4</b>
140 Grundstücke	122'945'299	129'850'477	-6'905'178	-5.3 *
141 Tiefbauten	252'328'782	268'548'093	-16'219'311	-6.0 *
143 Hochbauten	1'171'313'169	1'164'691'581	6'621'588	0.6 *
144 Diverse Altanlagen	49'254'835	84'776'941	-35'522'107	-41.9 *
145 Sachanlagen aus Kleininvestitionen	22'849'366	0	22'849'366	100.0 *
146 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	121'618'085	114'388'528	7'229'557	6.3 *
149 Übrige	26'180'000	10'351'986	15'828'014	152.9 *
<b>Total Sachgüter</b>	<b>1'766'489'536</b>	<b>1'772'607'607</b>	<b>-6'118'071</b>	<b>-0.3</b>
153 Anstalten	953'035'745	928'763'973	24'271'773	2.6 *
155 Private Institutionen	46'349'681	46'641'786	-292'105	-0.6 *
<b>Total Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>999'385'426</b>	<b>975'405'758</b>	<b>23'979'668</b>	<b>2.5</b>
<b>TOTAL VERWALTUNGSVERMÖGEN</b>	<b>2'765'874'963</b>	<b>2'748'013'366</b>	<b>17'861'597</b>	<b>0.6</b>
180 Vorschüsse für Spezialfinanzierungen	30'144'377	29'513'577	630'799	2.1 *
<b>TOTAL SPEZIALFINANZIERUNGEN</b>	<b>30'144'377</b>	<b>29'513'577</b>	<b>630'799</b>	<b>2.1 *</b>
<b>TOTAL AKTIVEN</b>	<b>5'812'914'519</b>	<b>5'347'313'934</b>	<b>465'600'585</b>	<b>8.7</b>

#### Kommentar

\* Details im Anhang zur Bilanz

**2 Passiven**

Bilanz in Franken	31.12.2007	31.12.2006	Abweichung	in %
200 Kreditoren	205'393'961	185'363'754	20'030'207	10.8
201 Depotgelder	58'380'705	58'000'022	380'683	0.7
205 Durchlaufende Beiträge	572'851	927'763	-354'912	-38.3
206 Kontokorrente	163'886'682	61'172'760	102'713'922	167.9
209 Übrige Verpflichtungen	500'256'493	507'426'188	-7'169'695	-1.4
<b>Total Laufende Verpflichtungen</b>	<b>928'490'693</b>	<b>812'890'487</b>	<b>115'600'205</b>	<b>14.2</b>
219 Übrige kurzfristige Schulden	67'142'838	47'501'984	19'640'854	41.3
<b>Total Kurzfristige Schulden</b>	<b>67'142'838</b>	<b>47'501'984</b>	<b>19'640'854</b>	<b>41.3</b>
223 Obligationsanleihen	2'100'000'000	2'200'000'000	-100'000'000	-4.5 *
229 Übrige	531'265'000	712'127'463	-180'862'463	-25.4 *
<b>Total Mittel- und langfristige Schulden</b>	<b>2'631'265'000</b>	<b>2'912'127'463</b>	<b>-280'862'463</b>	<b>-9.6</b>
231 Personalversicherungskassen (PK)	70'656'558	16'516	70'640'042	427705.2
233 Verwaltete Stiftungen	94'817'675	105'665'558	-10'847'883	-10.3 *
234 Eigenversicherungen für Schäden	12'242'986	15'898'665	-3'655'679	-23.0 *
<b>Total Verpflichtungen für Sonderrechnungen</b>	<b>177'717'219</b>	<b>121'580'740</b>	<b>56'136'480</b>	<b>46.2</b>
240 Laufende Rechnung	1'653'666'788	576'768'358	1'076'898'430	186.7 *
241 Investitionsrechnung	0	21'784	-21'784	-100.0 *
<b>Total Rückstellungen</b>	<b>1'653'666'788</b>	<b>576'790'142</b>	<b>1'076'876'646</b>	<b>186.7</b>
250 Zinsen	44'309'861	52'214'064	-7'904'203	-15.1
251 Mieten, Pacht- u. Baurechtzinsen	1'059'295	745'696	313'600	42.1
252 Versicherungen	28'655'408	31'306'765	-2'651'357	-8.5
253 Subventionen	4'500'969	482'000	4'018'969	833.8
254 Steuern	93'894'952	86'538'133	7'356'819	8.5
259 Übrige	116'286'328	184'339'489	-68'053'161	-36.9
<b>Total Passive Rechnungsabgrenzungen</b>	<b>288'706'814</b>	<b>355'626'146</b>	<b>-66'919'332</b>	<b>-18.8</b>
<b>TOTAL FREMDKAPITAL</b>	<b>5'746'989'352</b>	<b>4'826'516'962</b>	<b>920'472'390</b>	<b>19.1</b>
<b>Total Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen</b>	<b>101'582'936</b>	<b>77'604'308</b>	<b>23'978'628</b>	<b>30.9 *</b>
<b>TOTAL SPEZIALFINANZIERUNGEN</b>	<b>101'582'936</b>	<b>77'604'308</b>	<b>23'978'628</b>	<b>30.9</b>
290 Gewinn-/Verlustvortrag Laufende Rechnung	137'124'916	-241'458'239	378'583'155	-156.8 *
290 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-1'014'923'348	0	-1'014'923'348	100.0 *
290 Neubewertungsreserven Renditeliegenschaften	840'758'771	661'701'312	179'057'460	27.1 *
290 Wertschwankungen Derivate	684'416	21'729'855	-21'045'439	-96.9 *
290 Gewinnrücklagen Museen	697'476	1'219'737	-522'261	-42.8
<b>TOTAL KAPITAL/RÜCKLAGEN</b>	<b>-35'657'769</b>	<b>443'192'665</b>	<b>-478'850'434</b>	<b>-108.0</b>
<b>TOTAL PASSIVEN</b>	<b>5'812'914'519</b>	<b>5'347'313'934</b>	<b>465'600'585</b>	<b>8.7</b>

**Kommentar**

\* Details im Anhang zur Bilanz

**121 Wertschriften**

Positionen mit Kurswert > 1 Mio. Franken	Anzahl	aktueller Wert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006	<sup>1</sup>
Schuldner/Beteiligungsgesellschaft:					
AG zum Storchen, Namenaktien	80	12'000'000	12'000'000	12'000'000	
ZWB AG, Basel, Namenaktien	96'000	4'000'000	96'000	96'000	
Novartis AG, Basel, Namenaktien	49'480	3'072'708	330'776	330'776	
Basler Kantonalbank, PS	100'000	0	0	10'950'000	
Übrige	Diverse	1'095'809	1'001'372	901'372	
<b>Total Wertschriften vor Wertberichtigungen</b>		<b>20'168'517</b>	<b>13'428'148</b>	<b>24'278'148</b>	
Einzelwertberichtigungen		0	6'740'369	8'051'490	
<b>Total Wertschriften</b>		<b>20'168'517</b>	<b>20'168'517</b>	<b>32'329'638</b>	

**Kommentar**

<sup>1</sup> Aktueller Wert = Kurs- oder Steuerwert, falls nicht vorhanden, Nominalwert

**122 Darlehen und Hypotheken**

in Franken	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006
Bezeichnung Schuldner:		
Ausbildungsdarlehen	1'107'016	1'179'498
Übrige kurzfristige Darlehen	789'030	862'770
UKBB	175'186	250'000
Delkredere	-100'000	-150'000
<b>Total kurzfristige Darlehensguthaben</b>	<b>1'971'232</b>	<b>2'142'268</b>
MCH Messe Schweiz AG	100'000'000	100'000'000
<b>Total langfristige Darlehensguthaben</b>	<b>100'000'000</b>	<b>100'000'000</b>
Gesellschaft der Feuerschützen Basel	3'453'201	3'469'268
Übrige Hypothekarguthaben	1'815'330	1'941'442
<b>Total Hypothekarguthaben</b>	<b>5'268'531</b>	<b>5'410'710</b>
<b>Total Darlehens- und Hypothekarguthaben</b>	<b>107'239'763</b>	<b>107'552'978</b>

**123 Grundstücke und Bauten**

Finanzvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Immobilien	509'766'612	9'274'453	0	0	-121'547	518'919'517
Veränderung durch Neubewertung	572'299'862	92'941'105	0	0	-25'996'221	639'244'746
Parkhäuser	25'997'576	10'247'923	0	0	-166'270	36'079'228
Veränderung durch Neubewertung	68'375'129	6'116'355	0	0	815'722	75'307'206
Liegenschaften Dreispitz	924'320	265'000	3'590	0	-49'806	1'143'104
Strasseninfrastruktur Dreispitz	3'768'499	276'573	0	0	-194'748	3'850'323
Bahninfrastruktur Dreispitz	17'682'497	0	-285'639	0	-922'131	16'474'726
Kunst- und Hochbauten Dreispitz	5'301'564	78'251	0	0	-268'097	5'111'718
Rückhalteeinrichtungen Dreispitz	4'698'691	0	0	0	-234'935	4'463'757
Kanalisation Dreispitz	493'801	362'413	0	0	-36'091	820'124
<b>Total Grundstücke und Bauten</b>	<b>1'209'308'550</b>	<b>119'562'072</b>	<b>-282'049</b>	<b>0</b>	<b>-27'174'124</b>	<b>1'301'414'449</b>

**124 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge**

Finanzvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge 2007	Erh.Beiträge 2007	Abgänge 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Rollmaterial Dreispitzverwalt.	2'005'923	0	0	0	-100'296	1'905'627
Übrige	789'323	0	0	0	-78'929	710'394
<b>Total Mob., Masch., Fahrz.</b>	<b>2'795'246</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-179'225</b>	<b>2'616'021</b>

**140 Grundstücke (unbebaut)**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Grundstücke allgemein	129'850'477	0	0	-6'905'178	0	122'945'299
<b>Total Grundstücke</b>	<b>129'850'477</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-6'905'178</b>	<b>0</b>	<b>122'945'299</b>

**141 Tiefbauten**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Anlagen und Plätze	20'384'917	0	-4'844'275	-3'856'119	-3'156'650	8'527'872
Strassen / Stadtgestaltung	112'716'208	28'896'570	-528'842	-2'252'135	-18'065'588	120'766'215
Brücken / Viadukte	16'144'287	0	0	-3'711'765	-2'350'737	10'081'784
Parkhäuser	4'463'027	0	0	0	-669'454	3'793'573
Abwasseranlagen	5'279'744	4'941'543	0	0	-1'087'584	9'133'704
Kanalisation	42'094'082	8'549'975	0	0	-7'006'638	43'637'419
Kehrichtverbrennungsanlage	62'627'634	0	0	0	-9'394'145	53'233'489
Signalanlagen	3'052'865	1'713'452	0	-3'052'865	-175'004	1'538'447
Gewässerkorrektur	1'190'806	100'000	0	0	-179'871	1'110'935
Hafenanlagen	594'523	0	0	0	-89'178	505'344
<b>Total Tiefbauten</b>	<b>268'548'093</b>	<b>44'201'540</b>	<b>-5'373'117</b>	<b>-12'872'884</b>	<b>-42'174'850</b>	<b>252'328'782</b>

**143 Hochbauten**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Bauten f. d. Sicherheit (Strafanst.)	85'037'245	6'804'984	-867'709	0	-3'502'296	87'472'224
Verwaltungsgebäude	87'987'598	2'787'800	0	-11'273	-3'546'970	87'217'155
Bildung und Kultur	607'547'442	40'319'439	-7'222'215	0	-24'851'586	615'793'080
Bauten im Gesundheitswesen	301'091'737	15'704'925	-674'944	-3'161'025	-12'363'004	300'597'690
Übrige Bauten	83'027'559	6'546'948	-622'019	-4'489'320	-4'230'147	80'233'021
<b>Total Hochbauten</b>	<b>1'164'691'581</b>	<b>72'164'096</b>	<b>-9'386'887</b>	<b>-7'661'618</b>	<b>-48'494'003</b>	<b>1'171'313'169</b>

**144 Diverse Altanlagen**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Hochbauten	42'994'594	0	0	0	-1'353'200	41'641'394
Tiefbauten	5'619'492	0	0	0	-5'488'170	131'322
Kanalisationen	28'486'473	0	0	0	-28'486'473	0
Zivilschutzanlagen	7'676'382	0	0	0	-194'264	7'482'118
<b>Total Diverse Altanlagen</b>	<b>84'776'941</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-35'522'107</b>	<b>49'254'835</b>

**145 Sachanlagen aus Kleininvestitionen**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Maschinen / Anlagen	0	1'892'539	0	5'561'824	-1'018'040	6'436'323
Möbiliar / Einrichtungen	0	191'839	0	1'497'271	-268'700	1'420'411
IT, Hard- und Software	0	761'438	0	2'247'635	-574'423	2'434'650
Verkehrsmittel	0	2'529'110	0	6'296'620	-3'343'450	5'482'280
Anlagen Spitäler	0	0	0	12'833'331	-5'757'629	7'075'702
<b>Total Sachanlagen Kleininv.</b>	<b>0</b>	<b>5'374'926</b>	<b>0</b>	<b>28'436'683</b>	<b>-10'962'242</b>	<b>22'849'366</b>

**146 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
Anlagen	11'112'143	5'246'194	0	0	-4'170'154	12'188'182
Maschinen / Apparate	41'180'144	21'951'286	0	0	-14'908'616	48'222'814
Signalanlagen	0	0	0	3'052'865	-509'616	2'543'249
Möbilien + Einrichtungen	17'709'318	6'461'949	-477'975	0	-6'130'112	17'563'179
Hardw., Netzwerke, Grossrechner	23'221'552	8'054'321	0	0	-8'587'272	22'688'600
Software und Informatiklösungen	16'723'948	5'357'952	0	0	-7'792'724	14'289'176
Fahrzeuge	4'105'761	1'139'128	0	0	-1'356'969	3'887'919
Schiffe / Boote	335'663	0	0	0	-100'699	234'964
<b>Total Mob., Masch., Fahrz.</b>	<b>114'388'528</b>	<b>48'210'830</b>	<b>-477'975</b>	<b>3'052'865</b>	<b>-43'556'163</b>	<b>121'618'085</b>

**149 Übrige Sachgüter**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2007	Zugänge Umbewert. 2007	Erhalt. Beiträge 2007	Abgänge Umbuch. 2007	Abschreib. 2007	Buchwert 31.12.2007
A.O. Rechnungsabgrenzungen	10'351'986	26'180'000	0	-10'351'986	0	26'180'000
<b>Total Übrige Sachgüter</b>	<b>10'351'986</b>	<b>26'180'000</b>	<b>0</b>	<b>-10'351'986</b>	<b>0</b>	<b>26'180'000</b>

**153 Darlehen und Beteiligungen an Anstalten**

Buchwert > 1 Mio. Franken	Zinssatz	Laufzeit	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006
<b>Dotationskapital Basler Kantonalbank</b>				
Tranche	4.940%	08.03.96-08.03.07	0	10'000'000
Tranche	3.940%	25.09.97-25.09.07	0	10'000'000
Tranche	3.970%	01.02.00-01.02.08	10'000'000	10'000'000
Tranche	3.800%	30.09.99-30.09.08	10'000'000	10'000'000
Tranche	3.200%	12.12.98-12.12.08	10'000'000	10'000'000
Tranche	3.360%	02.03.99-02.03.09	20'000'000	20'000'000
Tranche	4.205%	31.03.00-31.03.09	20'000'000	20'000'000
Tranche	4.550%	29.09.00-29.09.10	10'000'000	10'000'000
Tranche	2.270%	30.11.05-29.09.10	25'000'000	25'000'000
Tranche	3.750%	20.07.01-20.07.11	15'000'000	15'000'000
Tranche	2.900%	18.08.06-18.08.12	30'000'000	30'000'000
Tranche	2.950%	30.09.04-30.09.14	46'000'000	46'000'000
Tranche	3.100%	25.09.07-20.07.11	8'000'000	0
<b>Total Dotationskapital Basler Kantonalbank</b>			<b>204'000'000</b>	<b>216'000'000</b>
Industrielle Werke Basel (IWB)			458'000'000	458'000'000
Basler Verkehrsbetriebe Basel (BVB)			260'555'745	254'258'973
Universität beider Basel			30'000'000	0
Basler Personen-Schiffahrtsgesellschaft (BPG)			480'000	505'000
<b>Total Übrige</b>			<b>749'035'745</b>	<b>712'763'973</b>
<b>Total Darlehen und Beteiligungen an Anstalten</b>			<b>953'035'745</b>	<b>928'763'973</b>



**155 Darlehen u. Beteiligungen an priv. Institutionen**

Buchwert > 1 Mio. Franken		Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006	
Schuldner:				
Verein für Jugendfürsorge, Basel		0	4'914'648	
E.E. Zunft zu Safran, Basel		2'399'008	2'424'008	
St. Claraspital AG, Basel		2'010'000	2'100'000	
Schweizerisches Tropeninstitut, Basel		2'000'000	2'000'000	
Gemeinnütziger Verein für Alterswohnungen, Basel		1'414'091	1'426'243	
Übrige Hypotheken / Darlehen		8'023'635	3'173'939	
<b>Total Hypotheken und Darlehen</b>		<b>15'846'734</b>	<b>16'038'838</b>	
Kurswert > 1 Mio. Franken oder Anteil > 50%	Beteil.Quote 31.12.2007	akt. Wert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2007	Buchwert <sup>1</sup> 31.12.2006
Beteiligungsgesellschaft:				
MCH Messe Schweiz AG, NA Nom Fr. 100.–	33.5%	124'040'840	25'905'170	25'905'170
Vereinigte Schweiz. Rheinsalinen, Pratteln	14%	13'774'512	520'500	520'500 <sup>2</sup>
Rheinhafengesellschaft Weil a. Rhein		1'430'000	1'430'000	1'430'000
Redag Regionale Entsorgung Dreiländereck AG, Basel	47%	920'000	920'000	920'000
RIMAS Insurance-Broker AG, Basel	100%	200'000	200'000	200'000
Basler Personen-Schiffahrts-Gesellschaft AG, Basel		0	0	100'000 <sup>3</sup>
Übrige Aktien, Partizipations- u. Anteilscheine	Diverse	1'527'277	1'527'277	1'527'277
<b>Total Wertschriften</b>		<b>141'892'629</b>	<b>30'502'947</b>	<b>30'602'947</b>
<b>Total Darlehen und Beteiligungen an privaten Institutionen</b>			<b>46'349'681</b>	<b>46'641'785</b>

**Kommentar**

- 1 Aktueller Wert = Kurs- oder Steuerwert.  
 2 Berechnung 'aktueller Wert' nach dem inneren Wert.  
 3 Ins Finanzvermögen umgewidmet gem. GRB 19/06/07G vom 10.05.2006.

**180 Vorschüsse für Spezialfinanzierungen**

in Franken	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006
Verlustvortrag Abfallentsorgung TBA	29'602'951	25'039'213 <sup>1</sup>
Verlustvortrag Betriebsrechnung KVA	541'426	0 <sup>1</sup>
Verlustvortrag Anlagerechnung KVA	0	4'474'365 <sup>1</sup>
<b>Total Vorschüsse für Spezialfinanzierung</b>	<b>30'144'377</b>	<b>29'513'577</b>

**Kommentar**

- 1 Vergleiche auch Ausführungen in Tabelle 280 Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen.  
 1 In der Spezialfinanzierung Betriebsrechnung KVA wird nur der baselstädtische Anteil am Gewinn- und Verlustvortrag geführt. Der Anteil der an der KVA beteiligten Partner wird unter den übrigen Forderungen oder Verpflichtungen bilanziert und beträgt per Ende 2006 CHF 0.7 Mio. zugunsten der Partner. Im Vorjahr resultierte noch eine Forderung in der Höhe von CHF 8.6 Mio. In Absprache mit der Eidg. Steuerverwaltung, Abt. Mehrwertsteuer, werden die Kosten für den Betrieb der KVA sowie die Kosten für die Abfallentsorgung in diesen Spezialfinanzierungen geführt. Diese weisen jeweils einen Überschuss oder Defizit aus, welche auf das nächste Jahr übertragen werden. Durch diese Vorgehensweise resultiert keine definitive Mehrwertsteuerbelastung, weil durch das Fehlen einer kantonalen Defizitdeckung (Subvention) auch keine Vorsteuerkürzung vorgenommen wird.

**223 Obligationenanleihen**

in Franken	Zinssatz	Laufzeit	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006 <sup>1</sup>
Anleihe	3.375%	25.06.01-25.06.08	300'000'000	300'000'000
Anleihe	2.750%	08.06.99-08.06.09	200'000'000	200'000'000
Anleihe	4.000%	08.03.00-08.03.10	150'000'000	150'000'000
Anleihe	2.500%	12.11.03-12.11.10	300'000'000	300'000'000
Anleihe	4.250%	08.09.00-08.09.11	250'000'000	250'000'000
Anleihe	3.625%	15.05.02-15.05.12	200'000'000	200'000'000
Anleihe	2.500%	28.01.05-28.01.15	500'000'000	500'000'000
<b>Total Öffentliche Staatsanleihen</b>			<b>1'900'000'000</b>	<b>1'900'000'000</b>
UBS AG, Zürich, Schuldscheindarlehen	4.530%	15.05.00-15.05.07	0	100'000'000
Merrill Lynch Capital Markets AG, Zürich, 10-Jahres CHF/DM linked Coupon, CHF-Privatplatzierung	DM-linked	18.02.98-18.02.08	200'000'000	200'000'000
<b>Total Privatplatzierungen</b>			<b>200'000'000</b>	<b>300'000'000</b>
<b>Total Obligationenanleihen</b>			<b>2'100'000'000</b>	<b>2'200'000'000</b>

**Kommentar**

1 Die Buchwerte entsprechen den Nominalwerten.

**229 Übrige mittel- und langfristige Schulden**

in Franken	Zinssatz	Laufzeit	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006	<sup>1</sup>
Basler Kantonalbank, Basel	4.500%	29.09.00-29.09.10	10'000'000	10'000'000	
Basler Kantonalbank, Basel	3.700%	20.07.01-20.07.11	15'000'000	15'000'000	
Basler Kantonalbank, Basel	2.900%	30.09.04-30.09.14	46'000'000	46'000'000	
<b>Total Darlehen von Banken</b>			<b>71'000'000</b>	<b>71'000'000</b>	
Die Schweizerische Post, PostFinance, Bern	3.130%	28.06.02-14.05.07	0	50'000'000	
Die Schweizerische Post, PostFinance, Bern	4.000%	06.03.97-06.03.09	50'000'000	0	<sup>2</sup>
Die Schweizerische Post, PostFinance, Bern	2.550%	25.09.03-25.09.09	100'000'000	100'000'000	
Die Schweizerische Post, PostFinance, Bern	2.380%	27.08.04-27.08.10	50'000'000	50'000'000	
Christoph Merian-Stiftung (Dreispietzverwaltung)	-	08.05.06-31.12.07	265'000	265'000	
<b>Total Darlehen von Privatbetrieben</b>			<b>200'265'000</b>	<b>200'265'000</b>	
Rentenanstalt Swiss Life, Zürich	4.270%	20.01.97-22.01.07	0	50'000'000	
Schweiz. Unfallversicherungsanstalt, Luzern	4.625%	22.03.96-08.03.07	0	10'000'000	
Rentenanstalt Swiss Life, Zürich	4.000%	14.05.97-14.05.07	0	60'000'000	
Winterthur Leben, Winterthur	3.900%	01.02.00-01.02.08	10'000'000	10'000'000	
Schweiz. Unfallversicherungsanstalt, Luzern	4.125%	31.03.00-31.03.09	20'000'000	20'000'000	
Schweiz. Unfallversicherungsanstalt, Luzern	3.750%	30.09.99-30.09.08	10'000'000	10'000'000	
Winterthur Leben, Winterthur	3.300%	01.03.99-02.03.09	20'000'000	20'000'000	
Rentenanstalt Swiss Life, Zürich	4.000%	06.03.97-06.03.09	0	50'000'000	<sup>2</sup>
Basler Lebensvers.Ges. Basel	1.960%	24.11.04-24.11.09	50'000'000	50'000'000	
Schweiz. Unfallversicherungsanstalt, Luzern	2.620%	30.01.04-30.01.12	50'000'000	50'000'000	
Winterthur Leben, Winterthur	3.030%	31.10.03-31.10.13	100'000'000	100'000'000	
<b>Tot. Darl. v. Versicherungsgesellschaften</b>			<b>260'000'000</b>	<b>430'000'000</b>	
Basellandschaftliche Pensionskasse, Darlehen Centralbahnparking (Baukosten und Knoten)			0	10'862'463	<sup>3</sup>
<b>Total Sonstige Darlehen</b>			<b>0</b>	<b>10'862'463</b>	
<b>Total Übrige mittel- und langfristige Schulden</b>			<b>531'265'000</b>	<b>712'127'463</b>	

**Kommentar**

- 1 Der Buchwert entspricht dem Nominalwert.
- 2 Zediert an die Schweizerische Post, PostFinance, Bern
- 3 Darlehen wurde mit Valuta 16.08.2007 vollständig zurückbezahlt.

**233 Verpflichtungen gegenüber verw. Stiftungen (Fonds, Legate etc.)**

in Franken	Verwaltung d. Dienststelle	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006
Stromsparfonds Betriebe	6120	49'268'881	56'011'878 <sup>1</sup>
Stromsparfonds Haushalte	6120	13'390'944	12'058'220 <sup>1</sup>
Sport-Toto-Fonds	2030	9'906'123	8'499'132
Lotteriefonds	5040	7'736'743	6'785'341
St. Jakobs- und Winkelriedfonds	5010	4'484'403	4'431'455
Diverse Fonds im Spitalbereich	7330 / 7350	3'813'422	3'647'957
Diverse Fonds im Schulbereich	ED	1'820'856	1'924'156
Stipendienfonds der Basler Schulen	2050	1'093'854	726'328
Alkoholzehntel	7010	686'068	743'185
Bildungs-Fonds des Amtes für Sozialbeiträge	8070	604'349	597'784
Feuerwehr-Fürsorgefonds	5090	558'842	552'244
Louis-Dietrich-Böhme Legat	2950	442'297	488'367
Schützen-Totofonds	5090	293'402	304'705
Mündelgelder von Kindern in Schulheimen	2950	222'945	225'940
Nachlass Meister	4030	117'811	115'614
Rückforderungen Fonds Mehrwertabgaben	6010	0	7'836'768
Übrige unter CHF 100'000	Div.	376'737	716'484
<b>Total Verpflichtungen gegenüber Stiftungen</b>		<b>94'817'675</b>	<b>105'665'558</b>

**Kommentar**

- 1 Die Verwendung der Mittel aus diesem Fonds müssen gemäss gesetzlicher Bestimmung in der Staatsrechnung offengelegt werden. Die Fondsentwicklung ist im Anhang dargestellt.

**234 Rücklagen für Eigenversicherungen**

in Franken	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006
Eigenversicherungen	12'242'986	15'898'665
<b>Total Rücklagen betr. Eigenversicherungen</b>	<b>12'242'986</b>	<b>15'898'665</b>

**240 Rückstellungen betr. die Laufende Rechnung**

in Franken	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006
Rückstellung für PK-Ausfinanzierung	1'379'281'068	0
Rückstellung PK-Deckungskapital Institutionen	104'328'869	87'974'043
Rückstellung Überzeit / Ferienguthaben	88'030'180	53'717'529
Rückst. Beitrag an die Eidg. AHV/IV, Umstellung der Verbuchungspraxis	30'758'999	26'520'000
Rückstellung für eingetretene Versicherungsschäden	12'800'000	11'580'000
Rückstellung für Sanierung verschiedener Altlasten	10'324'000	7'679'521
Rückstellung für Kosten im Zusammenh. mit Mängeln KVA	8'033'502	3'204'179
Rückstellung f. Personalverpflichtungen aus Red. von Aufg. u. Leistungen	4'159'834	5'319'665
Rückstellung für Repartitionsanteile an der direkten Bundessteuer	3'000'000	5'000'000
Rückstellung für Risiken beim Basler Spitalvertrag	2'856'000	0
Rückstellung für PK-Deckungskapital Affilierte	2'706'338	1'749'351
Rückstellung für Einnahmenausfälle im Spitalbereich	1'878'525	1'878'525
Rückstellung Archäologische Bodenforschung, diverse Grabungen	1'499'939	1'345'042
Rückstellung für Restrukturierungskosten Basler Personenschiffahrtsg.	890'000	700'000
Rückst. für AG-Beiträge und Honorare aus privatärztlicher Tätigkeit (USB)	750'000	729'892
Rückstellung für Kosten an ein EU-Forschungsprojekt (UPK)	535'893	0
Rückstellung zur Sicherung der PK-Garantieverpflichtung	0	364'357'720 <sup>1</sup>
Rückst. für Sanierung Baurechtspartellen Wiesendamm bzw. Uferstrasse	0	2'494'043 <sup>2</sup>
Rückstellung für Gasttaxen	0	513'485 <sup>3</sup>
Übrige unter Fr. 500'000	1'833'642	2'005'363
<b>Total Rückstellungen betr. die Laufende Rechnung</b>	<b>1'653'666'788</b>	<b>576'768'358</b>

**Kommentar**

- 1 Auf Rückstellung PK-Ausfinanzierung umgebucht.
- 2 Neu unter den Rückstellung für Altlasten.
- 3 Neu unter den Spezialfinanzierungen (Kontengruppe 280) bilanziert.

**241 Rückstellungen betr. Investitionsrechnung**

in Franken	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006
Übrige unter Fr. 500'000	0	21'784 <sup>1</sup>
<b>Total Rückstellungen betr. die Investitionsrechnung</b>	<b>0</b>	<b>21'784</b>

**Kommentar**

- 1 Auf Rückstellungen betr. die laufende Rechnung umgebucht.

**280 Spezialfinanzierungen**

in Franken	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006	
Gewinnvortrag Anlagerechnung KVA	28'820'429	0	1
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	21'855'147	29'676'153	2
Arbeitslosenfonds	8'591'585	8'587'525	
Standortförderungsfonds	6'494'204	993'544	3
Hilfsfonds für das Staatspersonal	293'970	309'077	
Gewinnvortrag KVA	0	3'658'363	1
<b>Total Fonds aus allgemeinen Mitteln</b>	<b>66'055'335</b>	<b>43'224'661</b>	
Fonds Mehrwertabgaben	30'935'229	28'040'564	4
Fonds Förderabgaben	2'287'206	4'555'389	4
Fonds Ersatzbeiträge für Schutzbauten	1'327'471	1'279'831	
Fonds Gasttaxen	442'858	0	5
Fonds Baumschutzabgaben	225'166	225'166	
Fonds Mehrwertabgaben Walderhaltung	161'497	161'497	
Fonds Rodungsersatz	100'000	100'000	
Fonds Ersatzabgaben Baumfällungen	24'400	0	6
Fonds Rheinbewirtschaftung	23'775	17'200	
<b>Total Fonds aus zweckgebundenen Mitteln</b>	<b>35'527'601</b>	<b>34'379'647</b>	
<b>Total Spezialfinanzierungen</b>	<b>101'582'936</b>	<b>77'604'308</b>	

**Kommentar**

- 1 Vergleiche auch Vorschüsse für Spezialfinanzierungen (Kontengruppe 180).
- 2 Die Fondsentwicklung wird im Anhang separat dargestellt.
- 3 Inklusive Zuweisungen aus dem Krisenfond gem. GRB 06/26/15G vom 29.06.2006.
- 4 Die Fondsentwicklung wird im Anhang separat dargestellt.
- 5 Bisher unter verwaltete Stiftungen (Kontengruppe 233) bilanziert.
- 6 Bisher nicht als Spezialfinanzierung geführt.

**290 Eigenkapital (Staatskapital)**

<b>Eigenkapitalveränderungsnachweis in Franken</b>	Bestand pro Kategorie 2007	Bewegungen 2007	Bestand pro Kategorie 2006	Bewegungen 2006
<b>Kapital per 01.01.</b>	<b>443'192'665</b>	<b>443'192'665</b>	<b>0</b>	<b>-411'605'482</b>
Verlustvortrag	-241'458'239		-428'642'263	
Ergebnis Laufende Rechnung	378'583'155	378'583'155	187'184'025	187'184'025
<b>Ergebnis Laufende Rechnung</b>	<b>137'124'916</b>		<b>-241'458'239</b>	
Ausfinanzierung Anteil Versicherte	-573'551'104	-573'551'104	0	0
Ausfinanzierung Anteil Arbeitgeber	-441'372'244	-441'372'244	0	0
<b>Spezialfinanzierungen im Eigenkapital</b>	<b>-1'014'923'348</b>			
Vortrag Wertschwankungsreserven	21'729'855		15'712'583	
Einfluss positive Schwankungsreserven	9'580'576	9'580'576	-20'788'397	-20'788'397
Einfluss negative Schwankungsreserven	-30'626'015	-30'626'015	26'805'669	26'805'669
<b>Wertschwankungsreserven Derivate</b>	<b>684'416</b>		<b>21'729'855</b>	
Neubewertungsreserven Vortrag	661'701'312		0	
Neubewertung Renditeliegenschaften	119'057'460	119'057'460	661'701'312	661'701'312
Veränderungen durch Zugänge	60'000'000	60'000'000	0	0 <sup>1</sup>
<b>Veränderung bei Bewertungen:</b>	<b>840'758'771</b>		<b>661'701'312</b>	
Vortrag Bonus/Malus-Vorträge	500'729		531'191	
Einfluss Bonus-Gutschriften	145'761	145'761	115'850	115'850
Einfluss Malus-Belastungen	-688'327	-688'327	-146'311	-146'311
<b>Bonus/Malus-Vorträge (v.a. Museen)</b>	<b>-41'837</b>		<b>500'729</b>	
Vortrag Rücklagen	719'007		793'007	
Einfluss durch Erhöhung von Rücklagen	392'500	392'500	475'000	475'000
Einfluss durch Entnahmen von Rücklagen	-372'195	-372'195	-549'000	-549'000
<b>Rücklagen Sonderausstellungen (Museen)</b>	<b>739'312</b>		<b>719'007</b>	
<b>Kapital per 31.12.</b>	<b>-35'657'769</b>	<b>-35'657'769</b>	<b>443'192'665</b>	<b>443'192'665</b>

**Kommentar**

1 Darlehen gegenüber der Uni gem. GRB 06/50/07G, Ziff 6, vom 13.12.2006.

**Anhang zu 233 Verwaltete Stiftungen / Fonds**

in Franken

2007

2006

**Fonds Stromsparfonds Haushalte**

<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>12'058'220</b>	<b>12'272'409</b>
Lenkungsabgabe	9'999'078	8'517'364
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	1'707'185	1'882'159
Zinsen	428'478	290'521
<b>Total Einnahmen</b>	<b>12'134'741</b>	<b>10'690'044</b>
Auszahlung Stromsparbonus	-10'422'310	-10'539'210
Übrige Dienstleistungen	-91'537	-74'618
Sachkosten	-28'601	-30'320
Spesen PC	-15'553	-16'243
Verwaltungsaufwand	-244'018	-243'842
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-10'802'017</b>	<b>-10'904'233</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>13'390'944</b>	<b>12'058'220</b>

**Fonds Stromsparfonds Betriebe**

<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>56'011'878</b>	<b>46'241'099</b>
Lenkungsabgabe	27'319'917	32'707'206
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	6'356'781	7'793'605
Zinsen	936'772	758'115
<b>Total Einnahmen</b>	<b>34'613'470</b>	<b>41'258'926</b>
Auszahlung Stromsparbonus	-38'941'057	-30'496'476
Rückzahlung an befreite Betriebe	0	0
Rückzahlung an energie-intensive Betriebe	-1'811'100	-538'399
Übrige Dienstleistungen	-28'182	-8'335
Sachkosten	-13'210	-8'887
Spesen PC	-77	-331
Verwaltungsaufwand	-562'840	-435'719
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-41'356'467</b>	<b>-31'488'147</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>49'268'881</b>	<b>56'011'878</b>

**Kommentar**

- 1 Der Verwaltungsaufwand wird nach Vollkosten berechnet. Weil die Kostenrechnung erst nach Buchungsschluss erstellt werden kann, wird dem Fonds Ende Jahr ein Akontobetrag entnommen. Die Schlussabrechnung wird im Folgejahr erstellt und die Differenz verrechnet



**Anhang zu 280 Spezialfinanzierungen / Fonds**

in Franken	2007	2006
<b>Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit</b>		
<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>29'676'153</b>	<b>33'081'904</b>
Einlage gemäss § 3 des Fondsgesetz	7'000'000	7'000'000
<b>Total Einlagen</b>	<b>7'000'000</b>	<b>7'000'000</b>
Projekte Jugendarbeitslosigkeit	-3'221'936	-1'861'989
Arbeitslosenhilfe ALH	-2'144'816	-3'350'258
Kostenbeteiligung an Bundesmassnahmen	45'992	-86'835
Integrationsmassnahmen Sozialhilfe Basel	-4'000'000	-4'000'000
Worklight	-517'949	-611'262
Career Service Centers	0	-50'000
Gemeinde Riehen	-200'000	-200'000
Deutsch Integration	-95'000	-95'000
Notfälle	-5'272	-13'200
Internationale Schule	0	-360'000
Mietzins erleichterung	0	-26'384
Businessparc Reinach	0	-25'824
Kontaktstelle für Arbeitslose	-36'000	0
Saga Taglohnarbeit	-125'000	0
Forschungsprojekt Teillohn	-25'000	0
Personalvermittlung Overall	-30'000	0
Total Programme	-10'354'980	-10'680'751
Verrechnungen Sozialhilfe WSD	258'974	0
Verrechn. Vormundschaftsbehörde	275'000	275'000
Total Rückvergütungen für Programme	533'974	275'000
Einlage in den Standortförderungsfonds gem. GRB 06/26/15G vom 29.06.06	-5'000'000	0
<b>Ergebnis Fonds (Entnahme)</b>	<b>-14'821'006</b>	<b>-10'405'751</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>21'855'147</b>	<b>29'676'153</b>
<b>Fonds Mehrwertabgaben BPG § 120</b>		
<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>28'040'563</b>	<b>27'532'825</b>
Bezahlte Mehrwertabgaben	8'810'032	4'463'958
<b>Total Einlagen</b>	<b>8'810'032</b>	<b>4'463'958</b>
Falkensteinerpark, GRB 06/03/23G, 18.01.06	-271'888	
Wettsteinplatz, GRB 05/50/16G, 15.12.05	-259'148	
Matthäuskirchplatz, GRB 05/36/13G, 07.09.05	-1'105'754	
DB-Areal (Erlenmatt), GRB 04/23/26G, 09.06.04	-38'241	
Claramatte, GRB 04/43/23G, 21.10.04	-91'384	
Dreirosenanlage, GRB 04/20/17G, 12.05.04	-526'125	
Elisabethenanlage, GRB 05/23/15G, 08.06.05	-1'906'475	
Cécile Ines Loos-Anlage, GRB 06/03/23G, 18.01.06	-6'252	
Theodorsgrabenanlage GRB 05/50/16G, 15.12.05	-1'167'479	
Riehenring 201 RRB 07/36/2, 13.11.07	-437'227	
St. Johannis-Park RRB 07/36/2, 13.11.07	-80'000	

in Franken	2007	2006
DB-Areal Bodenreinigung RRB 07/06/2, 13.02.07	-25'394	
<b>Total Entnahmen</b>	<b>-5'915'367</b>	<b>-3'956'220</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>30'935'229</b>	<b>28'040'563</b>

**Fonds Förderabgabe ENG § 16**

<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>4'555'389</b>	<b>13'169'331</b>
Einnahmen Förderabgabe	11'026'352	10'874'951
Globalbeitrag Bundesamt für Energie	3'036'300	1'221'700
Einlage aus Staatskasse	297'179	0 <sup>1</sup>
Externe Beiträge an Aktionen	4'000	0
<b>Total Einnahmen Förderabgabe</b>	<b>14'363'831</b>	<b>12'096'651</b>
Energieberatung	-370'144	-370'144
Infos / Drucksachen / Statistik EnG	-163'616	-74'852
Studien Veranstaltungen	-77'244	-165'187
Akonto Verwaltungsaufwand Vollzug EnG	-651'700	-630'000 <sup>2</sup>
Ausgleich Vollzug EnG Differenz Vorjahr	-12'677	-4'101
Akonto Verwaltungsaufwand Förderung	-555'300	-574'500 <sup>2</sup>
Ausgleich Förderung Differenz Vorjahr	132'133	23'818
Beiträge		
Isolationen	-3'103'581	-2'939'421
Solar thermisch	-1'339'000	-815'320
Photovoltaik	-1'259'573	-2'023'223
Wärmepumpen / Blockheizkraftwerke	-167'736	-1'071'704
Spezial-Projekte	-1'202'524	-1'062'836
Energiestudien	-17'091	-11'150
Wärmerückgewinnungsanlagen	-148'178	-7'619
Deep-Heat-Mining	0	-4'480'000
Holzskraftwerk	-7'050'000	-4'550'000
Biomassekraftwerk	0	-1'000'000
Aktionen		
Der bessere Keller	0	-95'988
Gesamtsanierungsprogramm	-21'520	0
Das bessere Flachdach	-624'263	-817'623
Wassersparset	0	-29
Basel fährt anders	0	-40'716
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-16'632'014</b>	<b>-20'710'593</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>2'287'206</b>	<b>4'555'389</b>

**Kommentar**

- 1 Vor der Bildung des Fonds floss die nicht verwendete Förderabgabe in die allgemeinen Staatseinnahmen. Beinahe der gesamte Betrag wurde dem Fonds bereits zurück erstattet. Der Restbetrag wurde inkl. Verzinsung im 2007 gutgeschrieben.
- 2 Der Verwaltungsaufwand wird nach Vollkosten berechnet. Weil die Kostenrechnung erst nach Buchungsschluss erstellt werden kann, wird dem Fonds per Ende Jahr ein Akontobetrag entnommen. Die Schlussrechnung wird im Folgejahr erstellt und die Differenz verrechnet.

**Eventualverbindlichkeiten**

in Franken	31.12.2007	31.12.2006
<b>Staatsgarantien</b>		
Garantie gegenüber der Basler Kantonalbank gemäss § 2 des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 30.06.1994.	unbeschränkt	unbeschränkt
Garantie gegenüber dem Euroairport Basel-Mühlhausen gemäss § 14 der Vereinbarung zwischen der Schweiz, Eidgenossenschaft sowie den Kantonen BS und BL.	unbeschränkt	unbeschränkt
<b>Garantieverpflichtungen</b>		
Verpflichtung gegenüber der Pensionskasse Basel-Stadt gemäss § 53 des Pensionskassengesetzes vom 20.03.1980.	0	1'800'101'593
Verpflichtung gegenüber der Kantonalen AHV Basel-Stadt gemäss § 28 Gesetz KAHV vom 19.12.1968. Gemäss Auflösungsgesetz KAHV vom 09.05.2007, welches seit 10.07.2007 in Kraft ist, wird mit § 30 der alte § 28 aufgehoben.	0	13'910'696
Zinsausfallrisiko beim Science Park Basel gegenüber der Tivona AG, nach RRB 07/09/8 vom 20.03.2007	750'000	1'400'000
<b>Bürgschaftsverpflichtungen</b>		
Verpflichtung gegenüber dem Darlehen des Bundesamtes für Verkehr an die Hafentbahn Basel-Stadt (HBS), das bei Insolvenz der HBS durch RSD übernommen werden müsste.	6'655'485	6'655'485
Verpflichtung nach § 592 ZGB für Schulden aus Erbschaften, die dem Gemeinwesen zufallen. Dies im Umfange der Vermögenswerte, die es aus Erbschaften erhält.	1'735'288	1'523'135
Verpflichtungen, die sich durch das Gesetz zur Förderung des Baus und der Erneuerung von Wohnungen (Wohnförderungsgesetz) vom 21.11.1990 ergeben könnten (Hypotheken der Pensionskasse an diverse Korporationen sowie den Geschäften des Amtes für Bausubventionen und Zivilschutzbau).	19'550	116'420
Generalbürgschaft gegenüber der Eidgenössischen Zollverwaltung für alle dem Kunst- und dem Historischen aus der Zollzahlungspflicht erwachsenden Verbindlichkeiten nach § 10 und § 67 bis 71 des Bundesgesetzes vom 01.10.1925 über das Zollwesen.	12'000	12'000
<b>Total Eventualverbindlichkeiten (exklusive unbeschränkte Staatsgarantien)</b>	<b>9'172'323</b>	<b>1'823'719'329</b>

### Derivate Finanzinstrumente

Derivate für Cash Flow Hedge in Franken	Kontraktvolumen 31.12.2007	fällig bis 12 Monate	Volumen fällig 1-5 Jahre	fällig > 5 Jahre	*
Zinsswaps	560'000'000		250'000'000	310'000'000	1
DEM-Link	200'000'000	200'000'000			2
FX-Optionen	200'000'000	200'000'000			3
<b>Bilanziert Wiederbeschaffungswerte</b>	<b>960'000'000</b>	<b>400'000'000</b>	<b>250'000'000</b>	<b>310'000'000</b>	

#### Kommentar

\* Für das Ausfallrisiko mussten keine Rückstellungen gebildet werden, da es sich bei den Gegenparteien ausschliesslich um Banken mit guter Bonität handelt.

1 Zinsswaps sind Vereinbarungen zwischen zwei Parteien zum Austausch von Zinszahlungsströmen über eine bestimmte Laufzeit zu festgelegten Daten in der Zukunft und zu vorgängig fixierten Bedingungen.

1 Zinsswaps: Positive Wiederbeschaffungswerte = CHF 9'581'000, negative Wiederbeschaffungswerte = CHF 8'896'000.

2 DEM-Link Anleihe über CHF 200 Mio., 1998 bis 18.02.2008, wobei der Coupon im Jahr t definiert ist als 2,5% + X(t). X(t) ist bis 2005 gleich Null, danach gilt  $X(t) = (1 - (DEM(t)/0.73)) * 100$ , sofern  $DEM(t) < 0.73$  und die DEM bis zu diesem Zeitpunkt nie über CHF 0.852 steigt. Sonst ist X(t) immer Null. Der angepasste Strike Level EUR/CHF beläuft sich auf 1.42776 und der Trigger Level für den Knock-Out auf 1.66637. Die FX-Optionen (3) über CHF 200 Mio. eliminieren das Währungsrisiko der DEM-Link-Anleihe auf Verfall netto auf Null.

3 Die FX-Optionen über CHF 200 Mio. eliminieren das Währungsrisiko der DEM-Link-Anleihe, so dass sich der Wiederbeschaffungswert und das Währungsrisiko auf Verfall netto auf Null belaufen.

### Leasingverpflichtungen, Versicherungs- und Marktwerte

in Franken	Jahr	Betrag	31.12.2007	31.12.2006	
<b>Leasingverpflichtungen</b>			<b>340'152</b>	<b>477'150</b>	<b>1</b>
Fällig werdende Leasingraten im Jahr	2008	222'573			
	2009	64'053			
	2010	41'729			
	2011	11'797			
<b>Sachversicherungs- und Marktwerte</b>					
<b>Gebäudeversicherungswerte</b>			<b>7'278'347'000</b>	<b>7'088'925'000</b>	<b>2</b>
<b>Marktwerte der Renditeliegenschaften</b>			<b>1'269'550'000</b>	<b>1'176'400'000</b>	<b>3</b>
<b>Sachanlagen, Versicherungswert</b>			<b>2'065'192'000</b>	<b>2'065'192'000</b>	<b>4</b>

#### Kommentar

1 Diese Leasingverpflichtungen betreffen Verpflichtungen, die der Kanton für die eigenen Dienststellen eingegangen ist, v.a. für die Fahrzeuge der Kantonspolizei etc.

2 Liegenschaften des Finanz- und des Verwaltungsvermögens.

3 Der Marktwert berechnet sich aus der Summe der neu ermittelten DCF-Werte der Wohn- und Geschäftsimmobilien (inkl. Parkhäuser) und Baurechte, sowie der Anlagenwerte (Buchwerte) der übrigen Immobilien.

4 Zu den Sachanlagen gehören alle Maschinen, maschinelle Anlagen, Mobiliar, Fahrzeuge sowie Gebrauchsgegenstände des Kantons Basel-Stadt. Die Kunstgegenstände im Kunstmuseum sind darin nicht enthalten. Der Sachversicherungswert bleibt nach Angaben der Rimas AG unverändert. Wesentliche Änderungen sind der Rimas AG nicht bekannt resp. nicht gemeldet worden.

### 3.4 Geldflussrechnung

Die abgebildete Geldflussrechnung zeigt, welche Bewegungen (Finanzströme) innerhalb des Jahres 2007 dazu geführt haben, dass der Stand an Flüssigen Mitteln (Kasse, Postcheck, Banken) um rund CHF 174.9 Mio. von CHF 245.1 Mio. auf CHF 70.3 Mio. abgenommen hat.

Bei den Finanzströmen wird unterschieden in einen Geldfluss aus Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit sowie Finanzierungstätigkeit. Als Vergleich sind die Werte des Jahres 2006 aufgeführt. Nachfolgend finden Sie zu ausgewählten Positionen (mit Textziffern markiert) ergänzende Erklärungen oder Hinweise.

in Mio. Franken	2007	2006
<b>Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten</b>		
Saldo Laufende Rechnung	378.6	187.2
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	224.8	250.2
Veränderungen zweckgeb. Eigenkapital	-931.9	667.6
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>-328.6</b>	<b>1'105.0</b>
Zunahme (+) Abnahme (-) Rückstellungen Laufende Rechnung	1'076.9	77.4
Sonstiger Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten	56.4	-611.8
<b>Total Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten</b>	<b>804.8</b>	<b>570.6</b> <sup>1</sup>
<b>Geldfluss aus Investitionstätigkeiten</b>		
<b>Verwaltungsvermögen</b>		
Saldo Investitionsrechnung	-168.1	-226.7
Zunahme (+) Abnahme (-) Rückstellungen Investitionsrechnung	0.0	-3.9
Liquiditätsunwirksame Buchungen Verwaltungsvermögen	0.2	0.0
<b>Geldfluss aus Investitionstätigkeiten Verwaltungsvermögen</b>	<b>-167.9</b>	<b>-230.6</b>
<b>Finanzvermögen</b>		
Zunahme (-) Abnahme (+) Wertschriften	12.2	-18.2
Zunahme (-) Abnahme (+) Liegenschaften	-20.5	-12.0
Zunahme (-) Abnahme (+) Mobilien, Maschinen, Fahrz.	0.0	-0.1
Zunahme (-) Abnahme (+) Festgelder	-498.8	366.9
Zunahme (-) Abnahme (+) Darlehen und Hypotheken	0.3	-0.2
<b>Geldfluss aus Investitionstätigkeiten Finanzvermögen</b>	<b>-506.8</b>	<b>336.3</b>
<b>Total Geldfluss aus Investitionstätigkeiten</b>	<b>-674.7</b>	<b>105.7</b> <sup>2</sup>
<b>Total Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten und Investitionstätigkeiten</b>		
<b>= Free Cash Flow</b>	<b>130.1</b>	<b>676.3</b> <sup>3</sup>
<b>Geldfluss aus Finanzierungstätigkeiten</b>		
Zunahme (+) Abnahme (-)	-100.0	-500.0
Zunahme (+) Abnahme (-)	-180.9	-29.8
Zunahme (-) Abnahme (+)	-24.0	0.6
<b>Total Geldfluss aus Finanzierungstätigkeiten</b>	<b>-304.8</b>	<b>-529.2</b> <sup>4</sup>
<b>Zunahme (+) / Abnahme (-) flüssige Mittel</b>	<b>-174.9</b>	<b>147.1</b> <sup>5</sup>
<b>Flüssige Mittel am Jahresende</b>	<b>70.3</b>	<b>245.1</b>
<b>Flüssige Mittel am Jahresanfang</b>	<b>245.1</b>	<b>98.0</b>

#### Kommentar

- 1 Im Berichtsjahr sind dem Kanton Basel-Stadt aus den Verwaltungstätigkeiten Flüssige Mittel in Höhe von CHF 804.8 Mio. zugeflossen.
- 2 Aus Investitionstätigkeiten in den Bereichen Verwaltungs- und Finanzvermögen resultierte ein Mittelabfluss von CHF 674.7 Mio.
- 3 Als Saldo resultiert der sogenannte Free Cash Flow. Dieser betrug für das Jahr 2007 CHF 130.1 Mio. Somit standen aus dem Geldfluss aus Verwaltungs- und Investitionstätigkeiten Mittel für die Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.

- 4 Der positive Free Cash Flow reichte nicht aus, um den durch die Finanzierungstätigkeiten entstandenen Mittelabfluss von CHF 304.8 Mio. zu finanzieren. Dazu wurden zusätzlich Flüssige Mittel benötigt.
  - 5 Als Folge davon resultiert eine entsprechende Abnahme bei den Flüssigen Mitteln in Höhe von CHF 174.9 Mio.
-

## 3.5 Konsolidierung mit Rechnung IWB

### 3.5.1 Laufende Rechnung konsolidiert

in Tsd. Franken	Rechnung 2007				B 2007	R 2006 <sup>1</sup>
	Kanton	IWB	Elimin.	konsolidiert	konsolidiert	konsolidiert
<b>Laufende Rechnung</b>						
30 Personalaufwand	2'623'200	93'510	0	2'716'710	1'751'441	1'722'669
31 Sachaufwand	628'803	423'260	0	1'052'063	999'932	1'009'806
32 Passivzinsen	89'116	14'666	-15'835	87'947	97'643	113'020
33 Abschreibungen	291'861	24'376	0	316'237	261'392	306'844
davon auf Finanzmittel	12'252	699	0	12'951	12'875	10'961
36 Eigene Beiträge	1'183'662		0	1'183'662	1'208'667	1'166'262
37 Durchlaufende Beiträge	0	107'578	-107'578	0	0	0
38 Einlagen in Spez.Finanz/Stiftung	64'830		0	64'830	29'121	33'954
39 Interne Verrechnung Ausgaben	46'928		0	46'928	106'149	44'733
3 Aufwand	4'928'401	663'389	-123'413	5'468'377	4'454'346	4'397'286
40 Steuern	2'458'367		0	2'458'367	2'198'570	2'310'622
41 Regalien u. Konzessionen	29'815		0	29'815	30'388	30'190
42 Vermögensertrag	271'877	7'143	-35'965	243'055	168'236	206'412
43 Entgelte	1'049'993	568'797	0	1'618'790	1'545'003	1'580'125
44 Ant. u. Beitr. ohne Zweckbest.	143'016		0	143'016	132'778	135'413
45 Rückerst. von Gemeinwesen	0		0	0	0	0
46 Beträge für eigene Rechnung	269'947		0	269'947	267'830	251'213
47 Durchlaufende Beiträge	0	87'449	-87'449	0	0	0
48 Entnahmen Spez.Finanz./Fonds	1'037'041		0	1'037'041	15'204	25'762
49 Interne Verrechnung Einnahmen	46'928		0	46'928	106'149	44'733
4 Ertrag	5'306'984	663'389	-123'413	5'846'960	4'464'159	4'584'470
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>378'583</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3'78'583</b>	<b>9'813</b>	<b>187'184</b> <sup>2</sup>
<b>Investitionsrechnung</b>						
5 Investitionsausgaben	263'340	83'411	0	346'751	415'930	369'181
6 Investitionseinnahmen	-52'949		0	-52'949	-60'486	-81'078
<b>Netto-Investitionen</b>	<b>210'390</b>	<b>83'411</b>	<b>0</b>	<b>293'801</b>	<b>355'444</b>	<b>288'104</b>
Veränd. Darlehen und Beteiligungen	-42'317		0	-42'317		-2'097
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>168'073</b>	<b>53'411</b>	<b>0</b>	<b>251'484</b>	<b>355'444</b>	<b>286'007</b>
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>-328'628</b>	<b>23'676</b>	<b>0</b>	<b>-290'342</b>	<b>272'248</b>	<b>491'258</b> <sup>2</sup>
Selbstfinanzierungsgrad	-195.5%	28.4%		-115.5%	76.5%	171.8%
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-496'701</b>	<b>-59'735</b>	<b>0</b>	<b>-541'826</b>	<b>-83'196</b>	<b>205'251</b> <sup>2</sup>

#### Kommentar

1 Rechnung Kanton gemäss Staatsrechnung

Rechnung IWB gemäss Bericht zur Rechnung 2007 an Grossen Rat

Elimin.: Eliminationen von finanziellen Transaktionen zwischen Kanton und IWB

2 Überschuss (+), Fehlbetrag (-)

### 3.5.2 Bestandesrechnung konsolidiert

#### Aktiven

Sachkonto / Bezeichnung	Kanton 31.12.2007	IWB 31.12.2007	Konsolidiert 31.12.2007	Konsolidiert 31.12.2006
100 Kasse	2'142'483	105'057	2'247'540	2'072'706
101 Postcheck	30'308'364	0	30'308'364	12'303'383
102 Banken	37'817'538	0	37'817'538	230'811'223
<b>Flüssige Mittel</b>	<b>70'268'385</b>	<b>105'057</b>	<b>70'373'442</b>	<b>245'187'312</b>
111 Kontokorrente	93'644'159	0	56'775'382	36'064'111 <sup>1</sup>
112 Steuerguthaben	212'986'741	0	212'986'741	237'607'482
115 Debitoren	274'791'412	76'111'098	350'902'510	335'539'400
116 Festgelder	768'535'000	0	768'535'000	269'710'000
119 übrige Guthaben	11'741'192	556'979	12'298'171	27'526'052
<b>Guthaben</b>	<b>1'361'698'504</b>	<b>76'668'007</b>	<b>1'401'497'804</b>	<b>906'447'045</b>
121 Wertschriften	20'168'517	0	20'168'517	32'329'638
122 Darlehen und Hypotheken	107'239'763	17'020'201	124'259'964	119'698'179
123 Liegenschaften	1'301'414'449	0	1'301'414'449	1'209'308'550
124 Mob/Masch./Fz	2'616'021	0	2'616'021	2'795'246
125 Vorräte	18'471'192	11'926'385	30'397'577	26'878'234
126 Anl. treuh. Verw.	21'015'126	0	21'015'126	11'892'110
<b>Anlagen</b>	<b>1'470'925'068</b>	<b>28'946'586</b>	<b>1'499'871'654</b>	<b>1'402'901'958</b>
130 Zinsen	13'241'627	0	13'241'627	18'417'313
131 Mieten / Pachten BR	2'314'860	0	2'314'860	1'744'685
132 Versicherungen	6'759'766	0	6'759'766	762'309
133 Subventionen	28'023'136	0	28'023'136	29'862'993
139 Übriges	63'663'833	76'024'461	139'688'294	142'725'594
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>114'003'222</b>	<b>76'024'461</b>	<b>190'027'683</b>	<b>193'512'867</b>
<b>Finanzvermögen</b>	<b>3'016'895'179</b>	<b>181'744'181</b>	<b>3'161'770'583</b>	<b>2'748'049'181</b>
140 Grundstücke	143'720'299	31'676'307	175'396'606	161'526'784
141 Tiefbauten	231'553'782	103'374'944	334'928'726	365'549'656
143 Hochbauten / Betr. Geb.	1'171'313'169	38'785'052	1'210'098'221	1'206'599'033
144 Diverse Altanlagen	49'254'835	0	49'254'835	84'776'941
145 Sachanl. / Kleininvestitionen	22'849'366	0	22'849'366	
146 Masch. / Mob. / Fz.	121'618'085	157'245'777	278'863'862	228'396'961
149 Übriges	26'180'000	0	26'180'000	10'351'986
<b>Sachgüter</b>	<b>1'766'489'536</b>	<b>331'082'079</b>	<b>2'097'571'615</b>	<b>2'057'201'361</b>
153 Anstalten	953'035'745	0	495'035'745	470'763'973 <sup>2</sup>
155 Private Inst.	46'349'681	118'087'329	164'437'010	156'900'114
<b>Darl. / Beteiligungen</b>	<b>999'385'426</b>	<b>118'087'329</b>	<b>659'472'755</b>	<b>627'664'086</b>
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>2'765'874'962</b>	<b>449'169'408</b>	<b>2'757'044'370</b>	<b>2'684'865'448</b>
<b>18 Spezialfinanzierungen</b>	<b>30'144'378</b>	<b>0</b>	<b>30'144'378</b>	<b>29'513'577</b>
<b>Aktiven</b>	<b>5'812'914'519</b>	<b>630'913'590</b>	<b>5'948'959'332</b>	<b>5'462'428'207</b> <sup>3</sup>



**Passiven**

Sachkonto / Bezeichnung	Kanton 31.12.2007	IWB 31.12.2007	Konsolidiert 31.12.2007	Konsolidiert 31.12.2006
200 Kreditoren	205'393'961	69'540'321	274'934'282	254'410'853
201/209 Übrige	723'096'732	36'868'777	723'096'732	601'999'146
<b>Laufende Verpflichtungen</b>	<b>928'490'693</b>	<b>106'409'098</b>	<b>998'031'014</b>	<b>856'410'000</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>	<b>67'142'838</b>	<b>0</b>	<b>67'142'838</b>	<b>47'501'984</b>
223 Obligationsanleihen	2'100'000'000	0	2'100'000'000	2'200'000'000
229 Übrige	531'265'000	458'000'000	531'265'000	712'127'463
<b>Mittel-/Langfrist. Sch.</b>	<b>2'631'265'000</b>	<b>458'000'000</b>	<b>2'631'265'000</b>	<b>2'912'127'463</b>
<b>Sonderrechnungen</b>	<b>177'717'219</b>	<b>0</b>	<b>177'717'219</b>	<b>131'580'740</b>
240 Rückstellungen Laufende Rechnung	1'653'666'788	55'204'385	1'708'871'173	637'169'860
241 Rückstellungen Investitionsrechnung	0	0	0	21'784
<b>Rückstellungen</b>	<b>1'653'666'788</b>	<b>55'204'385</b>	<b>1'708'871'173</b>	<b>637'191'644</b>
250/254 Div. Rechnungsabgrenzungen	172'420'486	0	172'420'486	171'286'658
259 Übrige	116'286'328	11'300'107	127'586'435	195'532'746
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>288'706'814</b>	<b>11'300'107</b>	<b>300'006'921</b>	<b>366'819'404</b>
<b>Spezialfinanzierung</b>	<b>101'582'936</b>	<b>0</b>	<b>101'582'936</b>	<b>77'604'308</b>
Schwankungsreserve	0	0	0	0
Kapital Staat	-35'657'769	0	-35'657'769	443'192'665
<b>Kapital</b>	<b>-35'657'769</b>	<b>0</b>	<b>-35'657'769</b>	<b>443'192'665</b>
<b>Passiven</b>	<b>5'812'914'519</b>	<b>630'913'590</b>	<b>5'948'959'332</b>	<b>5'462'428'207</b>

**Kommentar**

- 1 CHF 36'686'777 Kontokorrentschuld der IWB auf Aktiv- sowie Passivseite eliminiert
- 2 CHF 458'000'000 Dotationskapital des Kantons bei IWB auf Aktiv- sowie auf Passivseite eliminiert
- 3 Total CHF 494'868'777 auf Aktiv- sowie auf Passivseite eliminiert

Die vorstehende Konsolidierung ist ein erster Schritt zu Erfüllung der Forderung der Finanzkontrolle, dem Grossen Rat eine konsolidierte Rechnung zum Beschluss zu präsentieren.

Zu beachten ist, dass insbesondere die Bewertung von Anlagen noch auf unterschiedlichen Bewertungsgrundsätzen beruht, vor allem aufgrund einer unterschiedlichen Abschreibungspraxis.

## 3.6 Antrag des Regierungsrates zur Rechnung

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreiten wir dem Grossen Rat folgenden Antrag:

Die Rechnung 2007 ist wie folgt zu genehmigen:

### Laufende Rechnung

in Franken	Basel-Stadt	Basel-Stadt inkl. IWB konsoli
Ordentlicher Aufwand	4'928'401'015	5'468'376'817
Ordentlicher Ertrag	5'306'984'170	5'846'959'972
<b>Ordentliches Ergebnis (Ertragsüberschuss)</b>	<b>378'583'155</b>	<b>378'583'155</b>
Saldo ausserordentliche Positionen	0	0
<b>Ertragsüberschuss</b>	<b>378'583'155</b>	<b>378'583'155</b>

Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2007 von CHF 378'583'155 ist der Staatsbilanz gutzuschreiben.

### Investitionsrechnung

in Franken	Basel-Stadt	Basel-Stadt inkl. IWB konsolidiert
Ausgaben	263'339'559	346'750'559
Einnahmen	95'266'223	95'266'223
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>168'073'336</b>	<b>251'484'336</b>

### Bestandesrechnung

in Franken	Basel-Stadt	Basel-Stadt inkl. IWB konsoli
<b>Total Aktiven</b>	<b>5'812'914'519</b>	<b>5'948'959'332</b>
Total Passiven ohne Eigenkapital	5'848'572'288	5'984'617'101
Total Kapital / Rücklagen	-35'657'769	-35'657'769
<b>Total Passiven</b>	<b>5'812'914'519</b>	<b>5'948'959'332</b>

Basel, 18. März 2008

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Dr. Guy Morin

Der Staatsschreiber:

Dr. Robert Heuss



## Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

An den  
Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

### Bestätigungsbericht zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht haben wir **die Buchführung und die Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt**, bestehend aus Bilanz (Bestandesrechnung), Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) und dem Anhang geprüft.

Für die Staatsrechnung ist der Regierungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Gemäss Finanzkontrollgesetz vom 17.9.2003 ist die Finanzkontrolle organisatorisch dem Büro des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt zugeordnet; sie ist im Rahmen der Gesetzgebung fachlich selbständig und unabhängig.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Staatsrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Staatsrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Zur Buchführung ist Folgendes zu bemerken:

1. Per 31.12.2007 wurde der Jahresabschluss der Industriellen Werke Basel (IWB) erstmals mit der Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt konsolidiert. Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat die konsolidierte Rechnung zur Genehmigung. Somit wird die Einschränkung der letzten Jahre in diesem Bericht hinfällig.
2. Zur Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse Basel-Stadt auf 100% wurde in der Rechnung 2007 eine zusätzliche Rückstellung in der Höhe von CHF 1'015 Mio. verbucht. Da diese Schuld mittels Spezialfinanzierung durch die Versicherten und den Arbeitgeber über die nächsten 22 Jahre amortisiert und verzinst wird, wurde in gleicher Höhe ein Vorschuss in der Bilanz aktiviert, als negatives Eigenkapital verbucht und der Betrag somit in der laufenden Rechnung neutralisiert.

## Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Seite 2

Da die Ursache zu dieser Deckungslücke in der Vergangenheit liegt, der Verlust realisiert wurde und der zukünftige Nutzen fehlt, hätte dieser Betrag - oder zumindest die Arbeitgeberbeiträge an die Deckungslücke - gem. den kantonalen Rechnungslegungsvorschriften in der laufenden Rechnung erfolgswirksam dargestellt werden müssen. Aus den folgenden Gründen sehen wir jedoch von einer Einschränkung ab:

- Der Grosse Rat, der über das Finanzhaushaltsgesetz die Rechnungslegung im Kanton festlegt, wurde im Ratschlag Nr.05.1314.01 betreffend Totalrevision des Pensionskassengesetzes über die buchhalterische Abwicklung ins Bild gesetzt. Diese Totalrevision des Pensionskassengesetzes wurde am 28.06.2007 vom Grossen Rat beschlossen.
- Die Finanzkommission des Grossen Rates erklärt sich in ihrem Bericht vom 19.11.2007 zum Budget 2008 mit der Schaffung dieser Spezialfinanzierung einverstanden.
- Die Beiträge der Versicherten werden über teilweise nicht gewährte zukünftige Teuerungsausgleiche beim Lohn resp. bei den Renten über die nächsten 22 Jahre abgegolten und der Spezialfinanzierung gutgeschrieben.

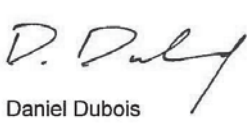
In Zukunft ist es wichtig, dass die kantonalen Rechnungslegungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätze nicht mit einem Spezialgesetz in wesentlichen Teilen ausser Kraft gesetzt werden.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Staatsrechnung unter den oben erwähnten Bemerkungen den Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes und den allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätzen.

Wir empfehlen, die vorliegende Staatsrechnung 2007 zu genehmigen.

Basel, 11. April 2008

## FINANZKONTROLLE DES KANTONS BASEL-STADT

  
Daniel Dubois

  
Dieter von Allmen



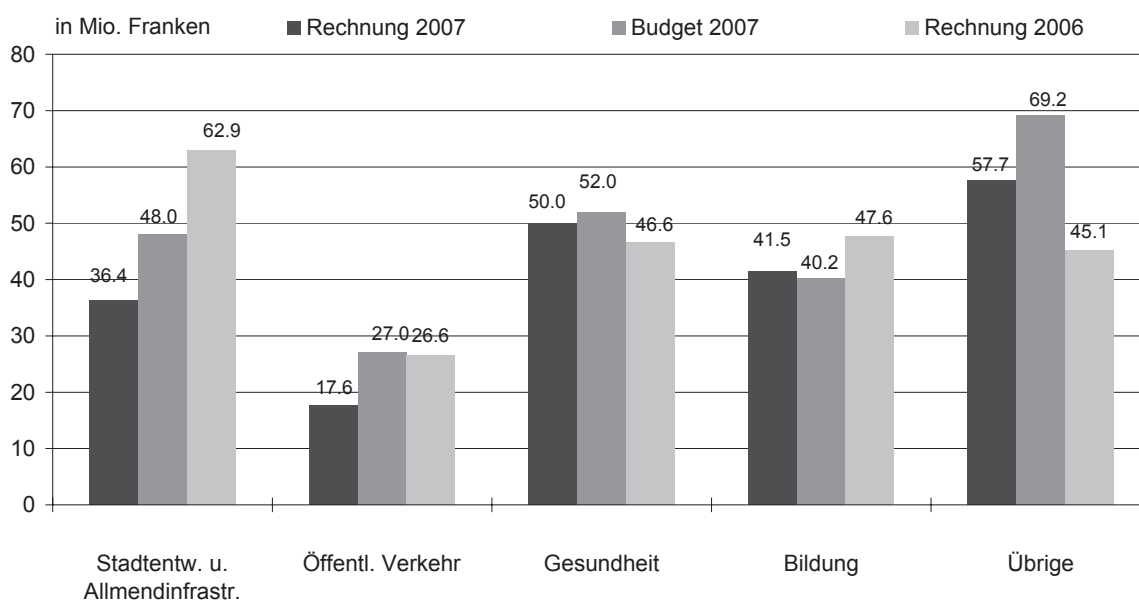
## 4 Die Investitionen

## 4.1 Investitionsbereiche und grösste darin enthaltene Investitionsvorhaben

Mit dem Projekt Zentrale Raumdienste Kanton Basel-Stadt (ZRD) wurde eine klare Rollenteilung zwischen Eigentümerversorger, Baudienste und Nutzer eingeführt. Die Führung und Planung der baulichen Infrastruktur erfolgt durch das Finanzdepartement (Eigentümerversorger). Hierzu besteht intern ein eigener Investitionsbereich „Hochbauten Verwaltungsvermögen“, der sämtliche bauliche Projekte im Liegenschaftsbereich enthält. Um gegenüber dem Grossen Rat jedoch eine inhaltlich korrekte Zuordnung zu zeigen, sind die Hochbauvorhaben weiterhin den bisherigen Investitionsbereichen zugeordnet.

### 4.1.1 Investitionsplafonds

Die nachfolgende Grafik zeigt die Höhe der Investitionsplafonds der einzelnen Investitionsbereiche für die Rechnung 2007 im Vergleich zum Budget 2007 und zur Rechnung 2006:



Der Investitionsbereich Übrige hat für das Jahr 2007 mit CHF 57.7 Mio. die höchsten Ausgaben sämtlicher Bereiche realisiert. Dies entspricht einem Anteil von 28.4% an der Gesamtausgabe von CHF 203.2 Mio. Der Investitionsbereich Gesundheit investierte im 2007 CHF 50.0 Mio. (24.6%), gefolgt von den Bereichen Bildung (CHF 41.5 Mio. bzw. 20.4%), Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur (CHF 36.4 Mio. bzw. 17.9%) und Öffentlicher Verkehr (CHF 17.6 Mio. bzw. 8.7%).

### 4.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben grösser CHF 300'000.-, für welche im 2007 am meisten Geld ausgegeben wurde:

Vorhaben	Investitionsbereich	Brutto	Beiträge für eigene Rechnung	
			Brutto	Netto
1 N2-Projekt (Nordtangente)	Stadtentw. u. Allmendinfr.	52.7	38.8	13.9
2 Rahmenkredit med. Apparate	Gesundheit	16.5	-	16.5
3 Erhaltungsabschnitt Basel-Augst	Stadtentw. u. Allmendinfr.	11.7	9.0	2.7
4 BVB-Infrastruktur	Öffentlicher Verkehr	10.2	-	10.2
5 Polycom	Übrige	10.0	-	10.0
6 Globalsumme Investitionen Kanalisation	Stadtentw. u. Allmendinfr.	6.9	-	6.9
7 St. Johann, Erschliessung	Stadtentw. u. Allmendinfr./Öff. Verkehr	6.3	-	6.3
8 USB Sanierung Personalrestaurant	Gesundheit	6.3	-	6.3
9 ETH Institut für Systembiologie	Übrige	5.0	-	5.0
10 ARA Rückhaltebecken	Übrige	4.9	-	4.9
11 UKBB, Neubau Schanzenstrasse	Gesundheit	4.9	-	4.9
12 Feuerwehr Lützelhof, Erdbebenmassnahmen	Übrige	4.7	-	4.7
<b>Total</b>		<b>140.1</b>	<b>47.8</b>	<b>92.3</b>

### 4.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur schliesst 2007 mit netto CHF 36.4 Mio. ab und liegt damit CHF 11.6 Mio. unter dem Budget (CHF 48.0 Mio.) bzw. CHF 26.5 Mio. unter dem Wert von 2006 (CHF 62.9 Mio.). Die Minderausgaben gegenüber dem Budget beruhen auf der Kostenbeteiligung Dritter, die dem Projekt Euroville gutgeschrieben wurden (CHF 15.4 Mio.). In Absprache mit dem WSD und dem FD wurden die zwei Euroville-Projekte, die bisher im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr geführt wurden, in den Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur transferiert. Der Rückgang gegenüber 2006 ist, ausser der erwähnten Kostenbeteiligung Dritter am Projekt Euroville, erklärbar durch den geringeren Nettoaufwand für die Nordtangente (- CHF 8.4 Mio.), sowie das Projekt Steinberg/Theaterstrasse (- CHF 5.3 Mio.), das im Jahr 2006 abgeschlossen werden konnte. Höhere Investitionen wurden im Bereich Kanalisationen getätigt (+ CHF 1.0 Mio.), im Rahmenkredit zur Erhaltung der Strasseninfrastruktur (+ CHF 1.5 Mio.) sowie den Projekten Güterstrasse Boulevard (+ CHF 2.0 Mio.) und Osttangente Anschluss Rheinhafen (+ CHF 1.8 Mio.).

Neu begonnen wurden u.a. die Projekte Erneuerungen Lichtsignalanlagen der Kantonspolizei (CHF 1.5 Mio.), Sicherheit auf Kinderspielplätzen (CHF 0.4 Mio.) und das Vorhaben Lôgis Bâle als Folgekredit aus dem gleichnamigen APS-Projekt (CHF 0.1 Mio.).

### 4.1.4 Öffentlicher Verkehr

**Projekte des Tiefbauamtes** Das Projekt zur Gleis- und Lärmsanierung am Steinberg ist baulich praktisch abgeschlossen. Die lärmschutztechnischen Ziele sind, gemäss akustischen Messungen, vollumfänglich erreicht worden. Die Objektabrechnung ist in Vorbereitung und wird im Jahre 2008 abgegeben. Aufgrund der positiven Lärmmessresultate sind die Restspenden in der Höhe von CHF 900'000 eingegangen, was den negativen Saldo in der entsprechenden Position der Investitionsrechnung erklärt.

Das Projekt „Pro Volta / Trammerschliessung Bahnhof St. Johann“ wurde plangemäss vorgebracht. Die Jahrest tranche 2007 wurde aufgrund des Baufortschritts überzogen. Die Überschreitung liegt in



der Grössenordnung der Unterschreitung im 2006. Der Gesamtkredit wird nach heutigem Wissensstand nicht überschritten.

**Regio-S-Bahn** Im Bereich der Regio-S-Bahn konnten die Gleisanpassungen im Badischen Bahnhof abgeschlossen werden. Die Nachverhandlungen mit der Deutschen Bahn zu den Kostenüberschreitungen haben bis in den Herbst des Jahres 2007 gedauert. Der entsprechende Bericht liegt dem Regierungsrat vor und wird nach Genehmigung der Finanzkommission zugestellt. Die S-Bahn-Haltestelle Riehen-Dorf konnte wie geplant modernisiert und in Betrieb genommen werden.

**Tram und Bus** Die BVB konnte ihr Programm zum Substanzerhalt der Tram-Infrastruktur weitgehend gemäss Programm durchführen. Verschoben werden mussten die für 2007 geplanten Projekte „Gleiserneuerung Zeughausstrasse“ und „Gleiserneuerung Burgfelderplatz / Luzerner Ring“. Dafür konnten die Projekte „Fahrleitung Innerer Ring“ und „Gleiserneuerung Rehgaststrasse/Bruderholzallee“ vorgezogen werden. Die Gleisanierung in der Kleinhünigerstrasse konnte aufgrund von Verzögerungen im Bewilligungsverfahren erst Ende 2007 in Angriff genommen werden. Dennoch konnten die für den Substanzerhalt eingestellten Mittel nicht vollständig ausgeschöpft werden.

Das Programm zur Ausrüstung weiterer Haltestellen mit gedeckten Unterständen (BVB-Normwartehalle) ist Ende 2007 angelaufen.

Im Rahmen des Pauschalkredites zum Abbau von öV-Behinderungen (Tram und Busverkehr der BVB) konnte für die Buslinie 33 ein Rechtsabbieger von der Schanzen- in die Spitalstrasse ermöglicht werden, was die bisherige zeitaufwändige Blockumfahrung einspart. Das Projekt konnte kostengünstig mittels einer Markierungsänderung, anstelle der geplanten Baumassnahmen, realisiert werden, was dem Kanton fast eine halbe Million Franken spart. Weiter wurde die neue Führung der Buslinie 37, die nicht mehr durch das Dreispitzareal führt, eingerichtet.

**Ausschöpfung des Investitionsplafonds 2007** Der Investitionsplafond Öffentlicher Verkehr betrug im Jahre 2007 netto CHF 27.0 Mio., ausgeschöpft wurden aber nur CHF 17.6 Mio. Diese Unterausschöpfung ist – neben den bereits angesprochenen Ursachen - in erster Linie auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Die Communauté des Communes des Trois Frontières und die Stadt Saint-Louis benötigten mehr Zeit als angenommen um sich zu entscheiden, ob die Linie 3 oder die Linie 11 nach Saint-Louis verlängert werden soll. Die Planungsarbeiten konnten deshalb nicht wie vorgesehen im Jahr 2007 aufgenommen werden. Unterdessen wurde der voraussichtliche Baubeginn des Projektes „Tramverlängerung Saint-Louis“ von 2008 auf den Zeitraum 2011 bis 2014 (Phase I des Agglomerationsprogramms) verschoben.
- Beim Bau der neuen Haltestelle Riehen Niederholz sind – wegen eines Nachtragkredites und der damit verbundenen Verschiebung des Baubeginns um ein Jahr – Verzögerungen aufgetreten.
- Auf das Projekt zur Sanierung der Rheinböschung wird vorläufig verzichtet, da vorgängig das Projekt zur allfälligen Öffnung des Klybeckquais vorliegen muss. Nach erneuter Prüfung wurde im Hafen auch auf die Erneuerung des Südquaikreisels verzichtet. Ab dem Jahr 2008 sind die Investitionen in die eigentliche Hafeninfrastruktur nicht mehr Sache des Kantons und gehen zu Lasten der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH).

#### 4.1.5 Gesundheit

Gesamthaft wurden 2007 Investitionen im Bereich Gesundheit in Höhe von CHF 50.0 Mio. getätigt. Davon entfielen CHF 34.5 Mio. auf den im Investitionsbereich (IB) Gesundheit abgebildeten betrieblichen Teil, CHF 15.5 auf den baulichen Teil im IB Hochbauten im Verwaltungsvermögen (Teil Gesundheit). Der Plafond von CHF 50.7 Mio. (entspricht 100 % des 130 %-Plafonds von CHF 66.0 Mio.) wurde somit beinahe vollständig ausgeschöpft. Der grösste Ausgabenposten im Investitionsbereich (IB) Gesundheit war auch im vergangenen Jahr die Tranche des Rahmenkredites für medizinische

Apparate im Universitätsspital (USB) in Höhe von CHF 16.5 Mio. Der gesamte Rahmenkredit, welcher im Zeitraum von 2006 - 2010 zur Ausgabe gelangt, beläuft sich auf CHF 72 Mio. Zudem wurden im Rechnungsjahr etwas mehr als CHF 6 Mio. für die Sanierung des Personalrestaurants im USB ausgegeben, davon rund CHF 4 Mio. im IB Gesundheit, weitere rund CHF 2.3 Mio. im IB Hochbauten im Verwaltungsvermögen (Teil Gesundheit). Für diverse Sanierungen auf dem Areal der Universitären Psychiatrischen Kliniken wurden rund CHF 7.5 Mio. aufgewendet, davon rund CHF 1 Mio. zu Lasten IB Gesundheit (betrieblicher Teil). Für den Neubau des Universitären Kinderspitals beider Basel (UKBB) wurden im Rechnungsjahr 2007 CHF 4.9 Mio. zu Lasten des IB Verwaltungsvermögen (Teil Gesundheit) ausgegeben. Für Brandschutz- und Sicherheitsmassnahmen im Felix Platter-Spital wurden 2007 CHF 1.5 Mio. investiert.

#### 4.1.6 Bildung

Im Dezember 2006 hat der Grosse Rat einen Investitionsplafonds für das Budgetjahr 2007 über ursprünglich netto CHF 47.2 Mio. verabschiedet. Mit der per 1.1.2007 rückwirkenden Inkraftsetzung des Universitätsvertrages nach der gutgeheissenen Volksabstimmung per 11. März 2007 im Kanton Basel-Landschaft wurde dieser nachträglich um CHF 7.0 Mio. (Integration des Immobilienfonds in das Globalbudget der Universität) auf neu CHF 40.2 Mio. reduziert.

CHF 33.2 Mio. entfallen davon auf den Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen (Teil Bildung) und CHF 7.0 Mio. auf den nichtbaulichen Investitionsbereich Bildung. Die Ausschöpfung des Plafonds betrug bei den Hochbauten CHF 36.2 Mio. und im nichtbaulichen Anteil CHF 5.3 Mio. resp. inklusive den Grabungskosten bei der Archäologischen Bodenforschung CHF 6.5 Mio.

Grössere Sanierungen (jeweils Ausgaben 2007) werden derzeit u. a. bei der Allgemeinen Gewerbeschule (CHF 3.7 Mio.), bei den Museen an der Augustinergasse (CHF 2.2 Mio.) und bei der St. Jakobshalle (CHF 4.4 Mio.) durchgeführt. Zudem fallen aufgrund des Alters der Gebäulichkeiten beim Theater Basel alljährlich Kosten in mehrfacher Millionenhöhe für die Instandhaltung und Instandsetzung an, welche den Plafonds zunehmend belasten (CHF 4.1 Mio.). Weiter sind für die Verlegung der Lagerräumlichkeiten Stapfelberg 7 und Picassoplatz 8 an die Bruderholzstrasse 60 des Museum der Kulturen im 2007 CHF 2.7 Mio. investiert worden.

Angesichts des sehr grossen Immobilienportefeuilles im Bereich Bildung belegen die gebundenen Ausgaben einen grossen Teil des alljährlichen Investitionsplafonds. An diesem Umstand wird sich auch in naher Zukunft nicht viel ändern, zumal etliche grössere Sanierungen und Anpassungen auch im Zusammenhang mit der Harmonisierung der Schulstrukturen bevorstehen. Im Jahre 2007 wurden für Sanierungen und Umbauten an Schulgebäuden CHF 7.8 Mio. ausgegeben. Für die Sportanlagen beliefen sich die Investitionen auf CHF 2.8 Mio.

#### 4.1.7 Übrige

Der Investitionsbereich Übrige investierte 2007 insgesamt CHF 57.7 Mio. und liegt damit CHF 11.5 Mio. unter dem Budget in Höhe von CHF 69.2 Mio. Die Minderausgaben gegenüber dem Budget ist insbesondere auf die Nichtrealisierung des Vorhabens Neubau Stadtcasino zurückzuführen. Für dieses Vorhaben war im Budget ein Betrag von insgesamt CHF 8.4 Mio. vorgesehen. Die übrige Unterschreitung beruht auf diverse Vorhaben (u.a. Erstellung eines Mischwasser- und Havarierrückhaltebeckens auf dem Areal der Abwasserreinigungsanlage Basel, Werkstätten Baudepartement Neubau auf dem Areal Leimgrubenweg), welche den ursprünglichen vorgesehenen Budgetbetrag nicht vollständig ausgeschöpft haben.

Die bedeutendsten Vorhaben im Hochbaubereich waren im 2007 die Erdbebenmassnahmen für die Berufsfeuerwehr Basel (CHF 4.7 Mio.), trotz Budgetunterschreitung der Werkstättenneubau des Baudepartementes (CHF 4.2 Mio.), die Brandschutzmassnahmen in öffentlichen Gebäuden (CHF 1.5 Mio.), die öffentlichen WC-Anlagen (CHF 1.4 Mio.) sowie der Neubau der Eingangszone zum Strafgericht (CHF 1.1 Mio.).

Das grösste Vorhaben innerhalb des Investitionsbereiches Übrige war im 2007 das Vorhaben Polycor. Für dieses Objekt wurden Ausgaben in Höhe von CHF 10 Mio. getätigt. Die operative Inbetriebnahme des Gesamtnetzes ist für den 31. März 2008 geplant.

Im Investitionsbereich Übrige sind alle Investitionen grösser als CHF 300'000.- enthalten, welche nicht den anderen Investitionsbereichen zugeordnet werden können. Dazu zählen u.a. die Investitionen der Gerichte, des Finanzdepartementes, die Mehrheit der Vorhaben des Sicherheitsdepartementes sowie die Investitionen der Dienststellen Stadtgärtnerei (Baudepartement), Staatskanzlei und Staatsarchiv (Wirtschafts- und Sozialdepartement). Des Weiteren werden seit 2006 sämtliche baulichen Investitionsbeiträge (u.a. Schweizerisches Tropeninstitut, Denkmalschutz) in diesem Bereich geführt.

## 4.2 Investitionsübersichtslisten

### 4.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der nachfolgenden Investitionsübersichtsliste werden die Ausgaben im 2007 für die einzelnen Vorhaben der jeweiligen Investitionsbereiche gezeigt.

Dabei ist zu beachten, dass die in der Investitionsübersichtsliste budgetierten Vorhaben zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten 100%-Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. Die Ausschöpfung selbst hingegen ist strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist denn auch als Pauschale im Sekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements bzw. bei der IBS als für den Investitionsbereich „Hochbauten Verwaltungsvermögen“ verantwortliche Dienststelle in der Investitionsrechnung budgetiert worden.

Investitionsbereiche	Rechnung 2007	Budget 2007 (100% Plafonds)	Budget 2007 (max. 130% Plafonds)
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	36'297'940	48'000'000	62'200'000
Öffentliche Verkehr	17'561'158	27'000'000	28'538'000
Gesundheit	49'991'520	52'000'000	65'955'000
Bildung	41'516'838	40'200'000	46'943'000
Übrige	57'701'903	69'200'000	80'761'000
<b>Total Investitionsübersicht</b>	<b>203'069'359</b>	<b>236'400'000</b>	<b>284'397'000</b>

### 4.2.2 Investitionsübersichtliste

Auf der Investitionsübersichtliste wird bei den Investitionsbereichen Gesundheit, Bildung und Übrige neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die betrieblich bedingten Vorhaben („Allgemeiner“ Teil) und für die Hochbauten gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben diesen zwei Teilsaldi zusätzlich den Saldo für die baulichen Investitionsbeiträge aus. Mit dieser Darstellung der Teilsaldi kann eine klare Verbindung zwischen der externen Darstellung (Investitionsübersichtliste), der ordentlichen Budgetierung (100%-Plafonds) und der internen Steuerungsgrößen hergestellt werden.

Bis anhin wurde der Finanzkommission/Finanzkontrolle im Rahmen der Abschlussarbeiten eine Liste mit den abgerechneten Vorhaben des Baudepartementes abgeliefert. Auf Wunsch der Finanzkommission ist in Zukunft bei sämtlichen Vorhaben auf der Investitionsübersichtliste ersichtlich, ob ein Vorhaben abgeschlossen ist und eine entsprechende Objektrechnung bereits vorliegt. Diese muss bis spätestens ein Jahr nach Abschluss des Vorhabens erstellt werden.

Damit ein Überblick besteht, bei welchen Vorhaben eine Objektrechnung vorliegt bzw. noch nicht vorliegt, werden auf der Investitionsübersichtliste spezielle Kennzeichen (Abrechnungsstati, Spalte AS) verwendet. Dabei handelt es sich um folgende vier Ausprägungen:

- Das Vorhaben ist noch am laufen; es liegt entsprechend keine Abrechnung vor.
- Das Vorhaben ist mit der letzten Rate auf der IÜL; es liegt eine Abrechnung vor.
- Das Vorhaben ist mit der letzten Rate auf der IÜL; es liegt aber noch keine Abrechnung vor.
- Das Vorhaben ist mit keiner Rate mehr auf der IÜL; es liegt eine Abrechnung vor.

Für Vorhaben, welche sich mit der letzten Rate auf der IÜL für das Jahr 2006 oder früher befunden haben, ist die nachträgliche Erstellung der Objektrechnung nicht notwendig.

## Legende

### Abrechnungstatus (Spalte AS):

- 1 Das Vorhaben ist noch am laufen; es liegt entsprechend keine Abrechnung vor
- 2 Das Vorhaben ist mit der letzten Rate auf der IÜL; es liegt eine Abrechnung vor.
- 3 Das Vorhaben ist mit der letzten Rate auf der IÜL; es liegt aber noch keine Abrechnung vor.
- 4 Das Vorhaben ist mit keiner Rate mehr auf der IÜL; es liegt eine Abrechnung vor.

### Finanzrechtlicher Status (Spalte ST):

**G** für Objektkredite grösser CHF 300'000.- (gebundene Ausgaben), die vom Grossen Rat anlässlich der Budgetdebatte bewilligt werden müssen (Jahresrate 2007).

**N** für Objektkredite grösser CHF 300'000.- (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat noch nicht - aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes - bewilligt worden sind.

**B** für Objektkredite grösser CHF 300'000.- (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt worden sind.

### K,N (Spalte KN):

**K** steht für Kreditübertragungen

**N** steht für Nachtragskredite

## Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
R 8944 APS Projektierungen Kasernenareal 420638026001	Liegenschaften VV	600'000 97'705		100'000	1	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
Tempo 30-Zonen, Übrige Gebiete 506522020098	Kantonspolizei	1'350'000 1'172'685	50'285	50'000	1	B		R 8774 / GRB 12.11.1997
Erneuerungen Lichtsignalanlagen 506522021070	Kantonspolizei	4'000'000 1'521'285	1'521'285	2'000'000	1	G		RRB 29.08.2006
Projekt.Neues Verkehrsregime Innerstadt 506522024004	Kantonspolizei	3'500'000 173'977		200'000	1	B		R .... / GRB .... / RRB 29.08.2006
MWA Elisabethenanlage, Umgestaltung 601001020201	Departementssekretariat	3'100'000 2'046'713	1'853'293	2'600'000	1	B		R 05.0359.01 / GRB 08.06.2005
Beiträge für Investitionen		-2'046'713	-1'853'293					
MWA Dreirosenanlage, Sanierung+Aufw. 601001020202	Departementssekretariat	900'000 913'511	449'747	100'000	1	B		B 0523 / GRB 12.05.2004
Beiträge für Investitionen		-913'511	-449'747					
MWA Claramatte, Erweiterung 601001020203	Departementssekretariat	410'000 359'510		75'500	1	B		R 9377 / GRB 21.10.2004
Beiträge für Investitionen		-359'510						
MWA DB-Areal, Natur + Grünräume 601001020204	Departementssekretariat	452'000 486'590	38'241		1	B		R 9339 / GRB 09.06.2004
Beiträge für Investitionen		-486'590	-38'241					
MWA Nachtigallenwäldeli, Parkanlage 601001020207	Departementssekretariat	7'200'000		2'800'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 31.08.2004
Beiträge für Investitionen								
MWA DB-Areal, Landerwerb Etappe 2 601001020208	Departementssekretariat	2'240'400		2'240'400	1	N		07/42/10G / GRB 17.10.2007
Beiträge Für Investitionen								
MWA Matthäuskichplatz, Neugestaltung 601001020209	Departementssekretariat	2'018'600 1'223'717	1'105'754	1'031'600	1	B		R 05.0412.01 / GRB 07.09.2005
Beiträge für Investitionen		-1'223'717	-1'105'754					

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
MWA Theodorsgrabenanlage, Umgestaltung 601001020210	Departementssekretariat	1'230'000 1'231'977	1'163'593	1'030'000	1	B		R 05.0897.01 / GRB 15.12.2005
Beiträge für Investitionen		-1'231'977	-1'163'593					
MWA Liestaleranlage, Umgestaltung 601001020211	Departementssekretariat	1'426'000		800'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 11.07.2006
Beiträge für Investitionen								
MWA Falkensteinerpark, Neuanlage 601001020212	Departementssekretariat	1'668'000 1'315'675	271'888	10'700	1	B		R 05.1580.01 / GRB 18.01.2006
Beiträge für Investitionen		-1'315'675	-271'888					
MWA DB-Areal, Reinigung / Gestaltung 1+2 601001020214	Departementssekretariat	14'960'000		4'000'000	1	B		07/42/10G / GRB 17.10.2007
Beiträge für Investitionen								
MWA Riehenring 201, Grünanlagen Überbauung 601001020215	Departementssekretariat	595'000 400'207	400'207		3	B		B 04.2119.01 / GRB 09.03.2005
Beiträge für Investitionen		-400'207	-400'207					
MWA DB-Areal, Reinigung 601001020216	Departementssekretariat	1'000'000 25'394	25'394	400'000	1	B		07/42/10G / GRB 17.10.2007
Beiträge für Investitionen		-25'394	-25'394					
R 9380 LSM:Weitere Strassenabschnitte 3A 612000040703	Amt für Umwelt / Energie	3'600'000 1'153'340	698'619	1'300'000	1	B		R 9380 / GRB 15.12.2004
Beiträge für Investitionen		-119'238	-119'238					
R 9380 LSM:Weit. Strassenabschnitte 3B/1 612000040704	Amt für Umwelt / Energie	5'000'000 892'562	381'536	500'000	1	B		R 9380 / GRB 15.12.2004
Beiträge für Investitionen		-120'753	-120'753					
R 8639 Kanal.-Informationssystem 612810020557	Amt für Umwelt / Energie	1'880'000 265'311	29'104	200'000	1	B		R 8639 / GRB 14.12.1995
R 7434 Allg.Sanierung Kanalisationen 612810050130	Amt für Umwelt / Energie		692'411		1	B		R 7434 / GRB 18.10.1978
Kanalisation Elsässerstrasse Nord 612810050463	Amt für Umwelt / Energie	4'000'000 250'104			4	G		RRB 26.08.1997
Kanalisation Colmarerstrasse 612810050500	Amt für Umwelt / Energie	800'000 1'006'611			4	G		RRB 06.08.2002
Kanalisation Wiesendamm/Wiesenstrasse 612810050511	Amt für Umwelt / Energie	2'000'000 780'030			4	G		RRB 22.09.1998
Anschlussleitungen auf Allmend 612810050600	Amt für Umwelt / Energie	4'000'000 4'717'846			4	G		RRB 29.05.2001
Kanalisation Bäumlhof/Paracelsusstrasse 612810050613	Amt für Umwelt / Energie	2'300'000 1'685'723			4	G		RRB 06.08.2002
Kanalisation Klybeckstrasse 612810050629	Amt für Umwelt / Energie	2'000'000 825'096			4	G		RRB 24.09.2002
Kanalisation Murbacherstrasse 612810050630	Amt für Umwelt / Energie	600'000 152'444			4	G		RRB 24.09.2002
Kanalisation Goldbrunnendole 612810050642	Amt für Umwelt / Energie	300'000 341'328			4	G		RRB 06.07.2004
Kanalisation Müllheimerstrasse 612810050644	Amt für Umwelt / Energie	1'000'000 370'356			4	G		RRB 06.07.2004
Kanalisation Dornacherstr. Ersatz 612810050645	Amt für Umwelt / Energie	300'000 163'416			4	G		RRB 12.04.2005
Kanalisation Dornacherstr. Sanierung 612810050646	Amt für Umwelt / Energie	450'000 292'194	39'427		2	G		RRB 12.04.2005 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Güterstr./Thiersteinallee 612810050647	Amt für Umwelt / Energie	900'000 805'530	140'210		1	G		RRB 12.04.2005 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Neubadstrasse 612810050648	Amt für Umwelt / Energie	300'000 14'168			4	G		RRB 12.04.2005
Kanalisation Steinenring 612810050651	Amt für Umwelt / Energie	350'000 178'773			4	G		RRB 12.04.2005
Kanalisation Inselstrasse 612810050652	Amt für Umwelt / Energie	700'000 819'371	2'770		2	G		RRB 12.07.2005 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Leuengasse 612810050653	Amt für Umwelt / Energie	300'000 81'080	47'310		1	G		RRB 12.07.2005 Teil der Globalsumme Kanalisationen

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Kanalisation Riehenstrasse 612810050654	Amt für Umwelt / Energie	1'500'000 469'032			4	G		RRB 12.07.2005
Projektierung Von Kanalisationen 612810050655	Amt für Umwelt / Energie	1'500'000 366'411	141'704		1	G		RRB 30.08.2005 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Birsigstrasse 612810050657	Amt für Umwelt / Energie	570'000 434'134			4	G		RRB 07.02.2006
Kanalisation Theaterstrasse 612810050658	Amt für Umwelt / Energie	300'000 627'057	57'984		2	G		RRB 07.02.2006 Teil der Globalsumme Kanalisationen. Vergrößerung Perimeter und Komplexität. Anstieg Baupreise während des Projekts (>25%)
Kanalisation Göschenenstrasse 612810050659	Amt für Umwelt / Energie	725'000 559'595	237'032		1	G		RRB 07.02.2006 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Hegenheimstrasse 612810050660	Amt für Umwelt / Energie	1'330'000 746'230	192'259		2	G		RRB 07.02.2006 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Im Langen Loh 612810050661	Amt für Umwelt / Energie	1'135'000 1'140'093	577'364		1	G		RRB 07.02.2006 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation In Den Ziegelhöfen 612810050662	Amt für Umwelt / Energie	890'000 662'504	3'733		2	G		RRB 07.02.2006 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Largitzenstrasse 612810050663	Amt für Umwelt / Energie	590'000 528'183	43'611		2	G		RRB 07.02.2006 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kanalisation Gellertstrasse 612810050664	Amt für Umwelt / Energie	410'000 223'216	50'904		2	G		RRB 25.04.2006 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Erschliessung Erlenmattstrasse 612810050665	Amt für Umwelt / Energie	1'000'000 348'927	348'927	700'000	1	G		RRB 29.08.2006
Anschlussleitungen Auf Allmend 612810050666	Amt für Umwelt / Energie	4'000'000 1'163'924	1'163'924	1'000'000	1	G		RRB 11.07.2006
Kan. Augustinergasse/Rheinsprung 612810050669	Amt für Umwelt / Energie	625'000 882'146	882'146		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen. Die Mehrkosten entstanden durch zusätzliche Leistungen eines externen Ingenieur-Büros, Behinderung durch archäologische Grabungen und Überwachung der Baustelle, zeitliche Verzögerungen durch öffentliche Events, Preissteigerungen im Bauhauptgewerbe.
Kan. Oberalp-/Realpstrasse 612810050672	Amt für Umwelt / Energie	500'000 309'967	309'967		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Karl Barth-Platz 612810050673	Amt für Umwelt / Energie	1'095'000 585'170	585'170		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Klingentalgraben 612810050674	Amt für Umwelt / Energie	500'000 413'282	413'282		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Hebelplatz 612810050675	Amt für Umwelt / Energie	1'250'000 736'849	736'849		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Riehenstrasse li 612810060678	Amt für Umwelt / Energie	1'130'000 57'093	57'093		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Elsässerstrasse 612810050679	Amt für Umwelt / Energie	1'680'000 84'902	84'902		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Birsigstrasse 612810050681	Amt für Umwelt / Energie	890'000 28'110	28'110		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Gasstrasse 612810050682	Amt für Umwelt / Energie	1'200'000 36'016	36'016		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Arnold Böcklin-Strasse 612810050683	Amt für Umwelt / Energie	400'000 15'758	15'758		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Kan. Breisacherstrasse Nord 612810050684	Amt für Umwelt / Energie	570'000 19'380	19'380		1	G		RRB 10.07.2007 Teil der Globalsumme Kanalisationen
Globalsumme Investitionen Kanalisationen 612810050998	Amt für Umwelt / Energie			5'700'000	1	G		RRB 13.07.1999 Gesamtausgaben 2007 für Kanalisationen CHF 6'879'135.-

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Kanalisation Nordtangente		7'000'000	1'482'103		1	G		RRB 14.03.1995
612A01600440	Amt für Umwelt / Energie	6'120'701						Teil der Globalsumme Kanalisierungen
Ablusssimulationsberechnung		1'500'000	1'820		1	G		RRB 26.08.1997
612A01600455	Amt für Umwelt / Energie	704'424						Teil der Globalsumme Kanalisierungen
Bsv Birsstasse Tiefbauarbeiten		430'000	408'684		3	B		R 04/23/25G / GRB 24.06.2004
614030020342	Stadtgärtnerei	479'681						
B 0000 Aeschengraben - Aufw Grünanlage		719'000	558'825	700'000	1	B		B 06.0836.01 / GRB 13.06.2007
614030020701	Stadtgärtnerei	558'825						
Sicherheit auf Kinderspielplätzen		5'300'000	379'706	500'000	1	B		05.0824.01 / GRB 17.01.2007
614030050501	Stadtgärtnerei	379'706						
R 9044 Messeplatz, Bau		12'540'000	82'369	10'000	1	B		R 9044 / GRB 12.12.2000
617011021006	Tiefbauamt	11'907'860						
Greifengasse/Clarastr: Fussgängerzone		5'000'000	45'286	10'000	1	B		R 9044 / GRB 12.12.2002
617011021007	Tiefbauamt	3'579'714						
Flughafenstr./Kannenfeldplatz -Lachenstr		2'000'000	386'632	1'000'000	1	B		R 05.0110.02 / GRB 15.03.2006
617011021013	Tiefbauamt	390'395						
Birsstasse/Zürcherstr. bis St. Jakobstr		1'740'000	1'362'334	1'150'000	1	B		R 9315 / GRB 24.06.2004
617011021022	Tiefbauamt	1'885'158						RRB Nr. 06/20/1 vom 06.06.2006
Rückw. Erschliessung Industriegeb. Bhf.		3'755'000	58'407		3	B		R 9182 / GRB 13.11.2002
617011021024	Tiefbauamt	2'355'955						
EP-Birmannsgasse/Eulerstrasse/Socinstr.		810'000	123'718	250'000	1	B		B 0501 / GRB 12.05.2004
617011021029	Tiefbauamt	662'914						
DB-Areal Infrastr.-Plan. Erlenmatt		1'000'000	-132'633	10'000	1	B		R 9299 / GRB 09.06.2004
617011021031	Tiefbauamt	690'036						
Güterstrasse Boulevard		7'900'000	4'049'955	3'300'000	1	B		R 9349 / GRB 21.10.2004
617011021036	Tiefbauamt	6'762'502						
Spiegelgasse/Blumenrain		750'000	968	5'000	3	B		B 0504 / GRB 12.05.2004
617011021038	Tiefbauamt	778'118						
Mattenstrasse Rosentalstrasse bis Bleich		800'000	1'443	5'000	3	B		B 0621 / GRB 08.06.2005
617011021044	Tiefbauamt	607'680						
Klybeckstrasse		4'000'000	85'480	10'000	1	B		R 9343 / GRB 15.09.2004
617011021045	Tiefbauamt	3'676'142						
Hauptstrasse Bettingen		800'000	519'113	100'000	1	B		B 06.0284.01 / GRB 05.04.2006
617011021046	Tiefbauamt	894'937						
Wettsteinplatz		4'000'000	2'275'417	2'200'000	1	B		R 05.0897.02 / GRB 15.12.2005
617011021047	Tiefbauamt	3'941'405						
Claramatte / Klingental- und Drahtzugstrasse		1'700'000	11'077	10'000	3	B		R 9314 / GRB 21.10.2004
617011021048	Tiefbauamt	1'656'891						
St. Johann, Verkehrsinfrastruktur		22'000'000	3'807'709	2'800'000	1	B		R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021051	Tiefbauamt	9'435'739						
Steingraben Bushaltestelle		785'000		200'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 11.07.2006
617011021053	Tiefbauamt							
Holeestrasse / Bus-/Velospur		390'000	2'104	10'000	3	B		B 0622 / GRB 30.06.2005
617011021058	Tiefbauamt	388'088						
Luzernerring / Wasgenring - Rückbau		600'000	205'732		1	B		B 06.0147.01/965235 / GRB 05.04.2006
617011021059	Tiefbauamt	385'859						
Velo/Mofa, Neuer Rahmenkredit		8'000'000	684'667	800'000	1	B		R 04.1614.02 / GRB 18.01.2006
617011021061	Tiefbauamt	1'619'563						
Rahmenkredit zur Förderung des Fussverkehrs		5'000'000	685'919	800'000	1	B		B 9209 / GRB 19.02.2003
617011021062	Tiefbauamt	2'094'239						
Grenzacher-, Landauerstrasse bis Hörnli		2'300'000		10'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 06.07.2004
617011021063	Tiefbauamt							
Baselstrasse Riehen, Schmiedgasse - Tram		800'000	16'811	10'000	3	B		B 05.1616.01 / GRB 08.02.2006
617011021064	Tiefbauamt	828'964						
Karl Barth Platz / Umgestaltung		1'100'000	25'464	100'000	1	B		05.0745.01 / GRB 17.01.2007
617011021071	Tiefbauamt	25'464						
Predigerhofstrasse		440'000	140'145	400'000	1	G		RRB 11.07.2006
617011021077	Tiefbauamt	140'145						



Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Erlenmatt Erschliessung Mitte		4'867'800	75'064	1'800'000	1	B		R 07.0163.02 / GRB 17.10.2007
617011021078	Tiefbauamt	75'064						
Kreuzung St. Jakobs-Strasse/Birsstrasse		340'000		10'000	1	B		B 06.0881.02 / GRB 05.12.2007
617011021080	Tiefbauamt							
Stadion St. Jakob, Veloabstellplätze		640'000		10'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 29.08.2006
617011021081	Tiefbauamt							
N2 Projekt und Bauleitung			8'764'817	7'006'620	1	G		
61701212001	Tiefbauamt							Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des Regierungsrates vom 28. Februar 1961 (vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 44. Rate (rechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen). Bundesanteil an Nationalstrassenbau. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
N2 Landerwerb			-9'898'424	1'209'000	1	G		siehe Text Auftrag 617012120001
61701222002	Tiefbauamt							
N2 Bauausführung			43'963'117	38'129'294	1	G		
61701232003	Tiefbauamt							
Beiträge für Investitionen			-28'876'447					Bundesanteil an National-strassenbauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
Landabtretungen			47'814	100'000		G		gemäss §70 Strassengesetz
617014220016	Tiefbauamt							
Claragraben		1'000'000	1'131		3	G		RRB 26.08.2003
617015021002	Tiefbauamt	896'778						
Birsigstrasse, Lohweg bis Pelikanweg		650'000		350'000	1	G		RRB 06.07.2004
617015055002	Tiefbauamt	18'836						
Strassenbau-Hammerstrasse		500'000	41'170	60'000	3	G		RRB 06.07.2004
617015055005	Tiefbauamt	497'440						
Holestrasse / Sanierung		420'000	9'610	10'000	3	G		RRB 06.07.2004
617015055007	Tiefbauamt	445'844						
St. Johans-Rheinweg / Totentanz		480'000	157'040	150'000	1	G		RRB 06.07.2004
617015055008	Tiefbauamt	483'358						
Wanderstrasse 2. Teil		500'000	25'824	10'000	3	G		RRB 06.07.2004
617015055009	Tiefbauamt	481'878						
Rahmenkredit z. Erh. Strasseninfrastruk.		20'000'000	4'593'250	4'500'000	1	G		RRB 12.07.2005
617015056001	Tiefbauamt	7'682'472						
Fuss-/Veloweg Businesscent. Bhf. Ost		2'500'000		10'000	1	G		RRB 05.08.2003
617020054001	Tiefbauamt	925'000						
Steinberg/Theaterstr. IB1		4'700'000	108'134	500'000	1	B		R 04.2011.02 / GRB 12.05.2005
617021026001	Tiefbauamt	6'208'918						Kreditüberschreitung Nominalkredit mit RRB 07/01/4 v. 09.01.07 bewilligt Kreditüberschreitung aufgrund der Teuerung sowie der Mehrkosten die durch die Einmaligkeit und Komplexität des Federsystems am Steinern
St. Johans-Rheinweg (Wasserbau)		550'000	4'141		3	G		RRB 22.02.2005
617022055001	Tiefbauamt	556'909						
Rheinuferböschung/Bermewesan. Kl. Bs,Aus		9'000'000	100'000	2'000'000	1	G		RRB 12.07.2005
617022056001	Tiefbauamt	100'000						
Trottoirtragkonstruktion Zürcherstrasse		720'000	-25'434		3	G		RRB 30.03.2004
617023053003	Tiefbauamt	709'513						
Redingbrücke:Instandsetzung		500'000		50'000	1	G		RRB 12.04.2005
617023053004	Tiefbauamt							
Erhaltungsabschnitt Basel-Augst		41'000'000	11'117'635	16'500'000	1	G		RRB 31.08.2004
617023055001	Tiefbauamt	33'759'285						
Beiträge für Investitionen		-27'362'761	-9'020'045					

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Markthallenbrücke: Instandsetzung 617023056001	Tiefbauamt	2'500'000 59'314	17'539	20'000	1	G		RRB 12.04.2005
Birsigüberdeckung, Bereich Marktgasse 617023056003	Tiefbauamt	340'000 280'146	-24'163		3	G		RRB 12.07.2005
Stützmauer Galgenhügel 617023056004	Tiefbauamt	710'000		105'000	1	G		RRB 25.04.2006
Beiträge für Investitionen								
Birskopfsteig 617023057001	Tiefbauamt	465'000 619'869	619'869	232'000	1	G		RRB 25.04.2006 Bewilligung zur Überschreitung der Rate 2007 mit RRB 08/01/8 vom 08.01.2008.
R 8576 Euroville Centralbahnplatz 617025120301	Tiefbauamt	36'745'000 29'664'066	-9'451'660		1	B		R 8576 / GRB 17.05.1995 Kostenbeteiligung Dritter wurde dem Projekt Euroville gutgeschrieben. In Absprach mit dem WSD, BD und FD wuren diese Position vom IBS2 in IB 1 transferiert.
R 8576 Euroville Bahnhofvorfahrt Süd 617025120302	Tiefbauamt	17'500'000 11'617'359	99'364	10'000	1	B		R 8576 / GRB 17.05.1995
R 8576 Euroville Tramstrecke BLT 617025120303	Tiefbauamt	28'900'000 19'042'724	-5'957'276		1	B		R 8576 / GRB 17.05.1995 Kostenbeteiligung Dritter wurde dem Projekt Euroville gutgeschrieben. In Absprache mit WSD, BD und FD wurde diese Position vom IB 2 in den IB 1 transferiert.
Velo/Mofa-Massnahmen, Euroville 617025120306	Tiefbauamt	13'000'000 11'544'755	-106		1	B		R 8019 / GRB 21.04.1988
Beiträge für Investitionen								
Tempo-30 Basel Ost/Süd/West 617025120567	Tiefbauamt	2'310'000 2'155'623	15'096	30'000	1	B		R 8774 / GRB 12.11.1997
R 8950 Messe: Riehenring, Neugestaltung 617025120736	Tiefbauamt	8'900'000 8'265'857	31'650		3	B		R 8950 / GRB 16.12.1999
Dorenbach West 617025120763	Tiefbauamt	1'803'000 1'879'349	6'697	10'000	1	B		R 8990 / GRB 10.05.2000
Tempo-30 Basel Nord 617025120767	Tiefbauamt	1'930'000 846'898	17'485	100'000	1	B		R 8470 / GRB 16.02.1994
Aeussere Baselstrasse, Riehen, Grundwasser 617025150756	Tiefbauamt	2'640'000 2'637'753	23'349	10'000	1	G		RRB 30.06.1992
Ot 5: Anschluss Rheinhafen 617030055001	Tiefbauamt	19'500'000 1'780'789	-5'244'949	1'900'000	3	G		RRB 06.07.2004
Beiträge für Investitionen								
Ot 7; Bhf. Sbb - Gellertdreieck (Neubau) 617030055002	Tiefbauamt	1'700'000 302'733	211'227	133'000	1	G		RRB 06.07.2004
Beiträge für Investitionen								
Ot 2; Ausbau Leistungsfähigkeit 617030055003	Tiefbauamt	3'200'000 2'142'965	1'454'169	1'600'000	1	G		RRB 06.07.2004
Beiträge für Investitionen								
Ot 2; Verkehrsleitsystem 2. Etappe 617030056002	Tiefbauamt	15'630'000 1'912'141	768'696	900'000	1	G		RRB 12.07.2005
Beiträge für Investitionen								
Ot 2: Lärmschutz Bethesdawal 617030056003	Tiefbauamt	775'000 397'124	298'573	423'000	1	G		RRB 01.11.2005
Beiträge für Investitionen								
Ot 5 Leistungserhöhung Wiesenkreisel 617030056004	Tiefbauamt	750,000 193'421	193,421	500,000	3	G		RRB 29.08.2006
Beiträge für Investitionen								
Pressmulden (Ersatz) 617050026001	Tiefbauamt	700'000 238'257	137'896	150'000	1	G		RRB 12.07.2005
Rahmenkredit Wuv 617099990001	Tiefbauamt	22'500'000 15'932'136	2'757'109	3'000'000	1	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
R 8944 APS Stadtentwicklung St. Johann 651030020005	HPA / DST Verwaltung	2'200'000 2'018'749	98'259	100'000	3	B		R 8944 / GRB 17.11.1999

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
R 8944 APS Wohnumfeld 3 Stellen		2'500'000	57'039		3	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
651030020007	HPA / DST Verwaltung	2'572'109						
R 8944 APS Logis Bäle (TF Wohnen)		1'000'000	47'252		3	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
651030020008	HPA / DST Verwaltung	998'450						
Beiträge für Investitionen		-5'000						
R 8944 APS Landreserven Bruderholz		300'000		70'000	3	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
651030020009	HPA / DST Verwaltung	41'468						
R 050477 Zonenplanrevision Basel-Stadt		2'500'000	390'161	500'000	1	B		R 05.0477.01 / GRB 09.11.2005
651030020014	HPA / DST Verwaltung	533'926						
Beiträge für Investitionen		-50'000	-50'000					
R 050278 Stadtteilentwicklung Basel-Nord		3'000'000	475'622	600'000	1	B		R 05.0278.02 / GRB 15.12.2005
651030020015	HPA / DST Verwaltung	746'512						
B 0000 Proj. Innenstadt-Qualität im Zentrum		800'000		250'000	1	N		B ... / GRB ... / RRB 06.09.2005
651030020016	HPA / DST Verwaltung							
B 060147 Projekt Luzernerring/Wasgenring		600'000		400'000	3	B		B 06.0147.01 / GRB 05.04.2006
651030020017	HPA / DST Verwaltung							
B 060239 Logis Bäle		800'000	82'751	200'000	1	B		B 06.0239.01 / GRB 17.01.2007
651030020019	HPA / DST Verwaltung	82'751						
Beiträge für Investitionen		-15'000	-15'000					
<b>Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur</b>			<b>36'373'004</b>	<b>62'200'000</b>				

## Öffentlicher Verkehr

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Buslinien, Ausrüstung mit Anmeldemitteln		990'000	141'882	200'000	1	B		B 0553 / GRB 15.12.2004
506522025003	Kantonspolizei	912'450						
Erschliessung St. Johann		18'200'000	2'521'552	1'400'000	1	B		R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021056	Tiefbauamt	5'766'941						
Steinenberg/Theaterstrasse IB2		7'100'000	-600'453	200'000	1	B		R 9416 / GRB 08.05.2005
617021026002	Tiefbauamt	7'105'603						
Regio S-Bahn Infrastrukturanpassungen		5'680'000	676'000		1	B		R 04.0335.02 / GRB 12.01.2005
801524040011	Departementssekretariat	6'456'838						
BVB Pauschale für ÖV-Behinderungen		1'500'000	42'646	500'000	1	B		R 95.8851.06 / GRB 11.01.2006
801821020000	Departementssekretariat	42'646						
BVB Gleichrichter Voltastrasse		1'938'000		300'000	1	G		RRB 11.07.1995
801821020480	Departementssekretariat	958'388						
BVB Marktgasse Stadthausgasse-Fischmarkt		1'578'550		50'000	3	G		RRB 01.11.2005
801821025302	Departementssekretariat	1'412'620						
BVB Wettsteinplatz (Kirche-Hammerstrasse15)		1'329'290	135'903	50'000	3	G		RRB 06.07.2004
801821025303	Departementssekretariat	1'336'687						
BVB Riehen Dorf Baselstrasse 48-88		1'731'714	27'102	50'000	3	G		RRB 12.07.2005
801821025305	Departementssekretariat	1'427'816						
BVB Elisabethenstrasse 62-31		1'254'616	11'922	50'000	1	G		RRB 12.07.2005
801821025306	Departementssekretariat	11'922						
BVB Theaterstrasse/Steinenberg		4'400'000	29'853	400'000	1	G		RRB 06.07.2004
801821025310	Departementssekretariat	4'278'090						
BVB Binselstrasse Kleinhüninger-Gärtnerstrasse		806'032	479'441	756'000	1	G		RRB 12.07.2005
801821026301	Departementssekretariat	479'441						
BVB KBarth-Platz Hardstrasse137-Adlerstrasse21		1'143'573		50'000	1	G		RRB 12.07.2005
801821026303	Departementssekretariat							
BVB Birsbrücke Brückenkopf-Brückenkopf		548'071	9'755	50'000	1	G		RRB 12.07.2005
801821026305	Departementssekretariat	9'755						
BVB Theaterstrasse Steinenberg-Stänzlergasse		1'224'243	17'057	50'000	1	G		RRB 12.07.2005
801821026306	Departementssekretariat	954'954						
BVB Fahrleitung Innerer Ring		500'000	275'721	50'000	1	G		RRB 12.07.2005
801821026311	Departementssekretariat	349'291						

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
BVB Zeughaus/Zeughausstrasse (Div. Abschnitte)		4'510'000		1'628'000	1	G		RRB 14.08.2007
801821027301	Departementssekretariat							
BVB Klybeckstrasse (Badenweiler Vor Hw BVB)		1'991'000	1'775'821	1'941'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027302	Departementssekretariat	1'775'821						
BVB Burgfelderstrasse/Luzernerr.(Nr.70-185)		474'946		425'000	3	G		RRB 11.07.2006
801821027303	Departementssekretariat							
BVB Thiersteinallee Nr. 60-91		1'254'000	1'007'158	1'204'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027304	Departementssekretariat	1'007'158						
BVB Barfüsserplatz-Schiffände(Fahrleitung)		485'000	447'777	435'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027306	Departementssekretariat	447'777						
BVB Riehenstrasse (Fahrleitung)		424'000	247'615	374'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027307	Departementssekretariat	247'615						
BVB Steinering (Fahrleitung)		1'075'000		50'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027308	Departementssekretariat							
BVB Austrasse (Fahrleitung)		980'000	379'468	930'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027309	Departementssekretariat	379'468						
BVB Kleinhüningerstrasse		996'000	96'927	946'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027310	Departementssekretariat	96'927						
BVB Bankverein (Abschn. Kreuzung)		531'000	527'193	481'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027311	Departementssekretariat	527'193						
BVB IWB Margarethenstrasse		813'000	980'993	763'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027312	Departementssekretariat	980'993						Die Kostenüberschreitung ist mit einer grösseren Projektänderung zu begründen. Der Projektumfang, auf welchen sich der Kostenvorschlag (Nominalkredit) bezieht, musste aufgrund zwischenzeitlich erlangter neuer Erkenntnisse aus dem aktuellen Gleiszustand, erweitert werden.
BVB Rehagstrasse/Bruderholzallee		885'000	746'100	50'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027313	Departementssekretariat	746'100						
BVB Spalenring		447'000	434'363	397'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027314	Departementssekretariat	434'363						
BVB Laupenring		449'000	390'550	399'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027315	Departementssekretariat	390'550						
BVB St. Alban Anlage		1'784'000		50'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027316	Departementssekretariat							
BVB St. Alban Graben		897'000		50'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027317	Departementssekretariat							
BVB Innere Margarethen		1'549'000	1'613'785	1'499'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027318	Departementssekretariat	1'613'785						Höhere Kosten durch die jährlichen Teuerungsraten von ca. 2%. Zudem deutlich höhere Rohstoffkosten für Kupfer. Dieser wurde für die Belagsheizung benötigt.
BVB Sammelkredit Normwarteallen BVB		3'000'000	280'972	500'000	1	N		R ... / GRB ... / RRB 29.08.2006
801821027319	Departementssekretariat	280'972						Bei den auf dieses Vorhaben gebuchten Kosten handelt es sich um den Planungskredit, welcher als Grundlage des betreffenden Ratschlags diene.
BVB Tramwarteallen Wettsteinplatz		300'000	296'172	250'000	1	B		R 05.0897.02 / GRB 15.12.2005
801821027320	Departementssekretariat	296'172						
BVB Tramwarteallen Claraplatz		600'000		300'000	1	G		RRB 11.07.2006
801821027321	Departementssekretariat							
BVB Baustelle St. Jakob-Strasse		969'108	526'809	150'000	1	G		RRB 12.09.2006
801821027324	Departementssekretariat	526'809						
Planungskredit Tramverlängerung Kleinhüningen-Weil		1'280'000	762'202	2'000'000	1	B		06.1769.03 / GRB 10.01.2007
801821040105	Departementssekretariat	762'202						

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Planungskredit Tramverlängerung nach St-Louis 801821040106	Departementssekretariat	4'000'000 14'069	14'069	2'500'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 30.05.2006 falsch bebucht, gehört auf Vorhaben 801821040105 Tramverläng. Kleinhüningen-Weil
Kantonaler Beitrag Gasbetankanlage Bus-Garage Rankhof 801821040107	Departementssekretariat	1'500'000 1'500'000	1'500'000	1'300'000	3	B		04.1871.103 / GRB 07.02.2007
Regio S-Bahn Infrastrukturanpassungen 801824040011	Departementssekretariat	5'700'000 5'780'838		800'000	1	B		R 04.0335.02 / GRB 12.01.2005
Regio S-Bahn; neue Haltestellen 801824040012	Departementssekretariat	5'620'000 5'100'240		100'000	1	B		R 04.0335.02 / GRB 12.01.2005
Perronerhöhung/Verlängerung Gleis 1/3 801824040013	Departementssekretariat	570'000 269'000	269'000	20'000	1	B		B 06.0848.01 / GRB 18.04.2007
Regio-S-Bahn Haltestelle Riehen Niederholz 801824040014	Departementssekretariat	3'800'000 1'025'000	725'000	1'900'000	1	B		R 04.0335.03 / GRB 17.10.2007
Planungskredit Herzstück Regio-S-Bahn 801824040015	Departementssekretariat	2'000'000		400'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 11.07.2006
Grundrenovation Westflügel RSD 813420130150	Rheinschiffahrtsdirektion	350'000 353'808	353'808		3	G		RRB 01.11.2005
Waschwasser und Schlammwasser Entsorgung 813501021012	Rheinschiffahrtsdirektion	1'500'000		20'000	3	G		RRB 29.03.1994
Trennkanalisation Südquaistrasse 813811230111	Rheinschiffahrtsdirektion	2'200'000 2'588'627	416'997		3	G		RRB 26.08.2003
San.Böschung Klybeckquai ex-Esso bis Wiesenmündung 813811230136	Rheinschiffahrtsdirektion	5'420'000		1'700'000	3	G		RRB 12.07.2005
Sanierung Südquaikreisel 813811230142	Rheinschiffahrtsdirektion	820'000		820'000	3	G		RRB 12.09.2006
<b>Öffentlicher Verkehr</b>			<b>17'561'158</b>	<b>28'538'000</b>			<b>K</b>	
				<b>378'370</b>			<b>K</b>	

## Gesundheit

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Projekt Dossiermanagement 702051600001	Gesundheitsdienste	650'000		650'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 29.08.2006
Flüss.Chromatograph/Mass.Spektrometer 706015000035	Gesundheitsschutz	450'000 403'500	403'500	450'000	2	G		RRB 11.07.2006
SAN und Langzeitarchivierung 731001000002	Universitätsspital Basel	2'000'000 1'565'692	502'709	200'000	1	G		RRB 12.07.2005
Umstellung Fallpauschalen DRG 731001000003	Universitätsspital Basel	975'000 118'245	118'245	200'000	1	B		B 06.1772.01 / GRB 07.02.2007
Sanierung Personalrestaurant und Cafeteria 731001000004	Universitätsspital Basel	6'800'000 4'002'111	4'002'111	6'200'000	1	G		RRB 12.07.2005
Kapazitätserweiterung der Kälteerzeugung 731001000005	Universitätsspital Basel	2'200'000 1'600'835	996'853	1'800'000	1	G		RRB 12.07.2005
Ersatz Telefonmanagementsystem 731001000006	Universitätsspital Basel	540'000 531'745	-10'803		3	G		RRB 12.07.2005 Ueberdeckung aus a.o. passiver RG-Abgrenzung 2006. Mit letzter Rate auf IÜL 2006
Geburtsdokumentation Frauenklinik 731001000008	Universitätsspital Basel	400'000		100'000	1	G		RRB 12.07.2005
Einführung einer Spracherkennung 731001000011	Universitätsspital Basel	800'000 758'047	258'266	300'000	2	B		B 05.1130.01 / GRB 14.12.2006
Ersatz analoge Peripherie Hardware TVA 731001000013	Universitätsspital Basel	2'000'000 1'378'006	362'859	900'000	2	G		RRB 30.08.2005
Schnittstellen 731001000014	Universitätsspital Basel	1'200'000 878'107	379'055	200'000	1	G		RRB 30.08.2005

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Umbau Laborschule zu Forschungslabor 731001000015	Universitätsspital Basel	1'200'000 803'928	210'511	100'000	2	G		RRB 30.08.2005
Trennung Druckluftversorgung 731001000017	Universitätsspital Basel	1'700'000 1'768'979	903'766	1'200'000	1	G		RRB 13.09.2005
STA Ersatz Trasse- und Aufzugsteuerung 731001000612	Universitätsspital Basel	6'750'000 6'828'145	17'144		3	G		RRB 27.08.2002 Mit letzter Rate auf IÜL 2006
Ersatz Gebäudeleitsystem/Unterst. EY1200 731001006002	Universitätsspital Basel	2'500'000 2'034'456	112'437	110'000	1	G		RRB 14.08.2007
Ersatz Wasserleitungen K2 731001010021	Universitätsspital Basel	400'000 398'026	152'296	130'000	2	G		RRB 04.07.2000
Ersatz Abluftabsaugung Küche 731001010022	Universitätsspital Basel	300'000		300'000	1	G		RRB 04.07.2000
VELF/ZLF Ersatz Wasserleitungen 731001010023	Universitätsspital Basel	310'000 87'714		210'000	1	G		RRB 04.07.2000
Laufender Ersatz Aufzüge 731001010026	Universitätsspital Basel	1'500'000 1'545'590	149'844	100'000	2	G		RRB 29.08.2000
Umbau Abteilung Operative Intensivbehandlung 731001010033	Universitätsspital Basel	3'500'000 3'624'876	-41'889		3	G		RRB 26.08.2003 Rückvergütung Investitionen Brandschutzmassnahmen. Mit letzter Rate auf IÜL 2006
Umbau Notfallstation 731001010035	Universitätsspital Basel	3'300'000 3'386'294	-31'906		3	G		RRB 04.11.2003 Rückvergütung Investitionen Brandschutzmassnahmen. Mit letzter Rate auf IÜL 2006
K2, Einbau Drallauslässe 731001020034	Universitätsspital Basel	800'000 571'133		250'000	1	G		RRB 29.08.2000
VELF/ZLF, Einbau Drallauslässe 731001020035	Universitätsspital Basel	600'000		300'000	1	G		RRB 29.08.2000
OP Ost, Ersatz Filter Klimaanlage 731001020036	Universitätsspital Basel	600'000		300'000	1	G		RRB 29.08.2000
MTA -Sanierung OP-Ost 731001020042	Universitätsspital Basel	700'000 527'309	331'261	700'000	1	G		RRB 15.07.2003
Ersatz Schliessanlage KESO 1000 731001020044	Universitätsspital Basel	1'700'000 1'448'607	275'617	80'000	1	G		RRB 26.08.2003
Ersatz Leistungsschalter Elektro-HV 731001020045	Universitätsspital Basel	3'600'000 2'224'425	1'055'222	2'400'000	1	G		RRB 06.07.2004
STA Ersatz Aufzüge 731001020046	Universitätsspital Basel	3'300'000 3'116'977	690'833	870'000	1	G		RRB 06.07.2004
Rahmenkredit Med. Apparate 2006-2010 731001032003	Universitätsspital Basel	72'000'000 31'258'335	16'522'938	14'400'000	1	B		R 05.1363.01 / GRB 08.02.2006
Elektronische Bildverarbeitung im USB 731001060013	Universitätsspital Basel	6'400'000 2'767'650	950'761	2'300'000	1	B		R 9327 / GRB 23.06.2004
USB-Qualitätssicherungsprojekte 731001060017	Universitätsspital Basel	1'100'000		200'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 31.08.1999
Einführung Datawarehouse 731001060018	Universitätsspital Basel	650'000 502'331	201'653	200'000	1	B		B 06.1713.01 / GRB 14.12.2006
SIS-MED Realisierungsschritt 2 731001060030	Universitätsspital Basel	3'700'000 3'330'486	156'099	300'000	1	B		R 9111 / GRB 28.02.2002
Anbindung Hausärzte/Dritte 731001060033	Universitätsspital Basel	1'400'000		700'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 29.08.2000
Apotheke Dokumentation Warenfluss 731001060036	Universitätsspital Basel	525'000 505'301	40'018	50'000	2	B		B 0527B / GRB 15.09.2004
El. Dokument archivier./Verw. KBS (ePaper) 731001060044	Universitätsspital Basel	2'300'000 415'212	415'212	500'000	1	B		R 06.1710.01 / GRB 17.01.2007
Migration Basler Online-Laborsystem 731001060048	Universitätsspital Basel	2'500'000 1'801'818	702'555	700'000	1	G		RRB 06.07.2004
Optim. Transportlogistik Lagerbetriebe 731001060053	Universitätsspital Basel	3'506'000		200'000	1	G		RRB 29.08.2006
IT Architektur Microsoft/Virtualisierung 731001060054	Universitätsspital Basel	900'000		700'000	1	B		R 07.1525.01 / GRB 13.12.2007

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Ablösung Termin disposition		975'000	248'462	400'000	1	G		RRB 29.08.2006
731001060055	Universitätsspital Basel	248'462						
Scanning Papierakten		1'600'000		500'000	1	B		R 07.1525.01 / GRB 13.12.2007
731001060056	Universitätsspital Basel							
Hausweites mobiles Computing		1'400'000		700'000	1	B		R 07.1525.01 / GRB 13.12.2007
731001060057	Universitätsspital Basel							
Elektronische Pflegedokumentation		1'350'000		700'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 29.08.2006
731001060058	Universitätsspital Basel							
Metadirectory mit Single Sign On		820'000		400'000	1	B		R 07.1525.01 / GRB 13.12.2007
731001060059	Universitätsspital Basel							
Datenarch.Management Hauptbereiche		930'000		350'000	1	B		R 07.1525.01 / GRB 13.12.2007
731001060061	Universitätsspital Basel							
Ablösung ISOP		1'500'000	269'439	250'000	1	G		RRB 29.08.2006
731001060062	Universitätsspital Basel	269'439						
Einführung elektronischer Signatur		870'000		400'000	1	B		06/42/02.45G / GRB 18.10.2006
731001060063	Universitätsspital Basel	469'802						
Einführung des E-Archivs		900'000	114'901	300'000	1	B		06/42/02.44G / GRB 18.10.2006
731001060064	Universitätsspital Basel	727'214						
Releasewechsel SAP		1'800'000	1'242'748	700'000	1	G		RRB 12.09.2006
731001060065	Universitätsspital Basel	1'242'748						
Rahmenkredit Informatik 2008 bis 2011		32'000'000	1'442'152		1	B		B 07/50/62G / GRB 13.12.2007
731001062008	Universitätsspital Basel	1'442'152						gemäss Beschluss Finanzkommission konnte der Kredit bereits im Jahr 2007 mit 5 Projekten belastet werden.
Ersatz apparative Einrichtungen Pflege		650'000	41'668	150'000	2	G		RRB 06.07.2004
733001000402	Felix-Platter-Spital	659'955						
Ersatz der Schliessanlage		400'000	299'090	50'000	2	G		RRB 06.07.2004
733001000405	Felix-Platter-Spital	499'923						Der mechanische Teil der Schliessanlage konnte budgetgerecht vergeben werden. Überraschungen ergaben sich im Zusammenhang mit dem elektronischen Teil.  Im Vorprojekt wurden die dafür notwendigen Elektroinstallationen, die für jede Türe individuell gemacht werden musstn, mit Fr. 20'000 anstatt effektiv Fr. 70'000 stark unterschätzt.  Umgekehrt wurden durch die elektronischen Türöffner möglichen Einsparungen bei den mechanischen Schlüssel überschätzt (um Fr. 30'000).
Leistungsorientierte Finanzierung		645'000	125'203	250'000	1	G		RRB 29.08.2006
735001003919	Felix-Platter-Spital	125'203						
Wohnheim 2 - Umbau VG und Gebäude D+L		2'900'000	167'542	100'000	2	B		R 9322 / GRB 17.03.2004
735001003919	UPK	3'010'661						
Ersatz Fenster		1'000'000	408'453	100'000	1	G		RRB 06.07.2004
735001005806	UPK	656'700						
Releasewechsel SAP		340'000	68'330	70'000	2	G		RRB 31.08.2004
735001005924	UPK	365'868						
Elektronische Patientenakte		1'040'000	198'486	440'000	1	G		RRB 01.11.2005
735001005925	UPK	545'907						
Leistungsorientierte Finanzen (Rekole)		650'000	90'882	275'000	1	G		RRB 29.08.2006
735001005927	UPK	90'882						
<b>Teil Allgemein</b>			<b>34'544'522</b>	<b>44'435'000</b>				
Kantonales Labor Sanierung haustechnischer Anlagen		1'500'000	26'381		3	G		RRB 27.08.2002
420715056003	Liegenschaften VV	1'457'049						

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
R 8418 Kantonsspital Klinikum 1-West 420750026002	Liegenschaften VV	206'481'000 202'640'764	144'109	250'000	1	B		R 8418 u. GRK B 8472 / GRB 16.02.1994
Beiträge für Investitionen		-2'560'774						
USB Sanierung Personalrestaurant 420750056000	Liegenschaften VV	3'900'000 2'764'635	2'299'413	2'400'000	1	G		RRB 12.07.2005
Beiträge für Investitionen		-20'955	-20'955					
USB ZLF Umbau Laborschule 4.OG West 420750056001	Liegenschaften VV	1'900'000 1'865'691	266'480	200'000	3	G		RRB 13.09.2005 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate 2007 mit RRB 07/34/5.
USB Projektierung Sanierung 3. BE 420750056002	Liegenschaften VV	500'000		250'000	1	G		RRB 12.09.2006
USB K2 Umbau Privatzimmer Medizin 420750056003	Liegenschaften VV	900'000		900'000	1	G		RRB 29.08.2006
USB K2 Umbau Hämatologielabor 420750056004	Liegenschaften VV	700'000		700'000	1	G		RRB 29.08.2006
R 0000 UAK Integration in USB 420760026001	Liegenschaften VV	540'000		540'000	1	B		B 06.0068.01 / GRB 07.06.2006
R 0000 Geriatriespital Projekt 420770026000	Liegenschaften VV	3'500'000		3'500'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB ...
Felix Platter-Spital Brandschutzmassnahmen 420770056000	Liegenschaften VV	7'000'000 6'250'001	1'490'462	700'000	1	G		RRB 31.08.2004 Bewilligung zur Überschreitung der
Beiträge für Investitionen		-207'189	-207'189					
UPK Gebäude S Forensik 420780026001	Liegenschaften VV	600'000		50'000	1	G		RRB 29.08.2006
UPK Gebäude Schulgebäude Umbau und Sanierung 420780026002	Liegenschaften VV	2'000'000		200'000	1	G		RRB 29.08.2006
UPK Heizzentrale Ersatz Steuerung 420780056001	Liegenschaften VV	360'000 346'186	60'910	60'000	3	G		RRB 12.07.2005
UPK Patientengebäude Blitzschutz 420700856002	Liegenschaften VV	460'000 473'482	234'320	200'000	1	G		RRB 12.07.2005
UPK Klinik Ersatz Hausleitsystem 420780056003	Liegenschaften VV	2'500'000 891'277	591'277	770'000	1	G		RRB 12.07.2005
UPK Sanierung Kanalisation 420780056004	Liegenschaften VV	1'600'000 771'916	576'476	250'000	1	G		RRB 12.07.2005 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate 2007 mit RRB 07/34/5.
UPK Gebäude A Sanierung Erdgeschoss 420780056005	Liegenschaften VV	900'000		100'000	1	G		RRB 12.07.2005
UPK Gebäude C + K Sanierung 420780056006	Liegenschaften VV	5'400'000 4'359'003	4'289'960	1'500'000	1	G		RRB 12.07.2005 Die Projekte UPK/Gebäude C und UPK Gebäude K werden gemeinsam auf der Position 420780056006 geführt, siehe RRB 07/33/3, 23.10.2007. Budgetrate 2007 total CHF 3'500'000. Aufgrund des schneller als geplanten Baufortschrittes konnte, unter Einhaltung des Nominalkredites, ein über den Budgetbetrag hinausgehender zusätzlicher Teil des Vorhabens realisiert werden.
UPK Ökonomie Gebäude Gesamtanierung 420780056007	Liegenschaften VV	11'825'000 350'347	329'741	1'500'000	1	G		RRB 18.09.2007
UPK Geb. D+L Fassaden Sanierung 420780056008	Liegenschaften VV	450'000 423'778	423'778	450'000	1	G		RRB 29.08.2006
UPK Geb. K Sanierung 420780056010	Liegenschaften VV			2'000'000	1	G		RRB 29.08.2006 Die Projekte UPK/Gebäude C und UPK Gebäude K werden gemeinsam auf der Position 420780056006 geführt, siehe RRB 07/33/3, 23.10.2007.
R 050724 UKBB SPITALSTRASSE NEUBAU 420790026000	Liegenschaften VV	74'650'000 7'399'026	4'941'833	5'000'000	1	B		R 05.0724.01/02 / GRB 19.10.2005



Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
<b>Teil Hochbauten VV</b>			<b>15'446'998</b>	<b>21'520'000</b>				
<b>Gesundheit</b>			<b>49'991'520</b>	<b>65'955'000</b>				

## Bildung

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Grossprojekt Mobiliarsersatz an Schulen 21001010028	Ressort Schulen	3'000'000 2'900'662	623'947	700'000	2	G		RRB 31.08.2004
Mobiliar für Schulhaus Hinter Gärten 210892200100	Ressort Schulen	1'200'000 1'202'015	50'389	100'000	2	B		R 9151 / GRB 12.06.2002
Archäologischer Grabungskredit Campus Novartis 278002000001	Archäolog. forschung	Bodenfor- schung 2'590'000		1'295'000	3	G		RRB 06.09.2005 Die Grabungskosten werden in der LR der Arch. Bodenforschung ausgewiesen (2006: 1.284 Mio. / 2007 1.196 Mio.).
Ankäufe KM 2006 - 2009 GRB 28.06.2006 284031000014	Kunstmuseum Basel	3'200'000 2'800'781	1'856'070	800'000	1	B		R 05.1076.01 / GRB 28.06.2006
Beiträge für Investitionen		-1'327'917	-1'080'863					
Erneuerung Dauerausst. Bereich Südschiff 286002000004	Historisches Museum	800'000 1'277'975	1'046'996	600'000	1	B		B 06/23/14G / GRB 07.06.2006
Beiträge für Investitionen		-477'975	-477'975					
Projekt Erneuerung Dauerausstellung UG 286002000005	Historisches Museum	350'000 180'970	180'970	350'000	1	B		06.0934.01 / GRB 14.02.2007
Compactus-Anlage; Ersatz Lagergestelle 28700100007	Naturhist. Museum Basel	500'000 387'684	387'684	500'000	1	G		RRB 29.08.2006
Verlegung Lagerräume Museum der Kulturen 288022000010	Museum d. Kulturen Basel	3'500'000 3'019'520	2'742'968	2'900'000	1	B		06/46/02.17G / GRB 15.11.2006
<b>Teil Allgemein</b>			<b>5'330'185</b>	<b>7'245'000</b>				
R 061537 4 Pilotprojekte Tagesschulen 420100126000	Liegenschaften VV	2'100'000 451'274	451'274	540'000	1	B		06.1537.02 / GRB 06.12.2006
R 0000 FHNW HGK Neubau Dreispitz 4201005262000	Liegenschaften VV	73'500'000 450'001	450'001		1	B		B 05.0480.01 / GRB 14.02.2007
R 060032 Kulturwerkstatt Kaserne, 2. E. 420119426078	Liegenschaften VV	2'000'000 2'113'368	2'113'368	1'500'000	1	B		R 06.0032.01 / GRB 13.09.2006 Ausgaben brutto CHF 2'113'368 / Beitrag Gewerberappen CHF 226'759 / Ausgaben netto CHF 1'886'609
Beiträge für Investitionen		-226'759	-226'759					
R 050604 Musikakademie Innensanierung 420122026104	Liegenschaften VV	3'000'000 3'140'577	358'063	200'000	3	B		R 05.0604.01 / GRB 30.06.2005 Die Mehrkosten sind teuerungsbedingt. Anteil Teuerung CHF 130'800.-. Zu erwähnen ist aber, dass die Reserven vollständig aufgebraucht werden mussten, weil frühere unsachgemässe Einbauten gravierende Schäden an der Holzkonstruktion verursacht hatten, die erst im Laufe der Sanierungsarbeiten zu Tage getreten sind und umgehend saniert werden mussten.
Beiträge für Investitionen		-33'328	-20'288					
Stadtheater Unterhalt Haus- und Bühnentechnik 420124056000	Liegenschaften VV	10'000'000 1'325'435	1'325'435	1'400'000	1	G		RRB 29.08.2006
Stadtheater Platzbelag Klosterberg 420124056001	Liegenschaften VV	350'000 345'150	345'150	350'000	3	G		RRB 29.08.2006

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Stadtheater Sanierung 420124056083	Bau, Technik, Mobilier Liegenschaften VV	10'000'000 9'769'381	740'527	626'000	3	G		RRB 28.08.2001 Aufgrund des schneller als geplanten Baufortschrittes konnte, unter Einhaltung des Nominalkredites, ein über den Budgetbetrag hinausgehender zusätzlicher Teil des Vorhabens realisiert werden.
Stadtheater, Sanierung 420124056099	Untermaschinerie Liegenschaften VV	8'850'000 1'881'009	1'688'662	250'000	1	G		RRB 02.11.2004 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate 2007 mit RRB 08/01/9.
AGS Sanierung Fassade und HLK 420126456000	Liegenschaften VV	31'470'000 3'891'827	3'742'826	4'000'000	1	G		RRB 11.09.2007
AGS Hausverwaltung BLOCK A - G Sanierung 420126456053	HLK Liegenschaften VV	2'450'000 1'424'833			4	G		RRB 31.08.1999
Beiträge für Investitionen		-90'038						
BFS Kohlenberggasse 10 Sanierung Dach u. 420128456091	Fach Liegenschaften VV	2'096'000 2'075'430	761'408	996'000	3	G		RRB 27.08.2002
Beiträge für Investitionen		-13'338						
BFS Kohlenberg 11, Projekt Hangbau 420128856000	BFS T Liegenschaften VV	320'000 179'742	179'742	150'000	1	G		RRB 29.08.2006 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate 2007 mit RRB 07/34/5.
B 042145 Gymnasium Münsterplatz Neubau 420130026000	Geb. Liegenschaften VV	980'000 562'711	562'711	980'000	1	B		B 04.2145.01 / GRB 18.04.2007
Gymnasium Münsterplatz, Renovation/Umbau 420130056082	Liegenschaften VV	500'000 522'948		50'000	3	G		RRB 26.08.2003
B 070087 Gymnasium Kirschgarten Einbau 420131026000	Mensa Liegenschaften VV	1'000'000 676'915	676'915	900'000	1	B		B 07.0087.01 / GRB 21.03.2007
De Wette-Schule Sanierung Treppenhäuser 420132056000	Liegenschaften VV	1'000'000		500'000	1	G		RRB 29.08.2006
B 070086 Gymnasium Leonhard Einbau 420133026001	Mensa Liegenschaften VV	1'210'000 1'124'031	1'124'031	600'000	1	B		B 07.0086.01 / GRB 21.03.2007
Gymnasium Bäumlhof Instandsetzung 420136056000	Lüftungsanlage Liegenschaften VV	8'000'000 49'915	49'915	200'000	1	G		RRB 29.08.2006
St. Alban-Schule Rasenplatzstrassen 420139056000	Turnplatz Liegenschaften VV	1'440'000		1'000'000	1	G		RRB 11.09.2007
St. Alban-Schule Dach u. Fach/Asbest 420139056080	Liegenschaften VV	26'000'000 25'061'513	377'273	570'000	3	G		RRB 27.05.2003
Beiträge für Investitionen		-53'076	-53'076					
R 0000 Bruderholzschule Umbau und 4201389826000	Erweiterung Liegenschaften VV	2'450'000 260'000	258'345	400'000	1	B		B 06.0270.01 / GRB 10.05.2006
Claraschule Turnhalle 420141056000	Liegenschaften VV	700'000 226'618	226'618	350'000	1	G		RRB 29.08.2006
Goththelf Schule Sanierung Toilettenanlagen 420142856000	Liegenschaften VV	1'050'000 1'049'058	510'056	500'000	1	G		RRB 30.08.2005
R 0000 Isaak Iselin Aufstockung 420144426000	Liegenschaften VV	2'000'000		200'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 29.08.2006
Kleinhünigerschule Gesamtsanierung 420145256090	Liegenschaften VV	3'500'000 2'620'371	1'251'957	1'400'000	3	G		RRB 27.08.2002
Neubadschule Innensanierung Nordlhaus 420145656082	Liegenschaften VV	680'000 674'967	674'967	450'000	3	G		RRB 31.08.2004 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate mit RRB 07/06/48.
Petersschulhaus Turnhalle Gesamtsanierung 420146456000	Liegenschaften VV	2'100'000 77'296	77'296	1'500'000	1	G		RRB 29.08.2006
B 0000 Primarschule Schoren Erweiterung 420148426000	Liegenschaften VV	1'000'000		200'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 13.09.2005
Theobald Bärwart-Schule, Sanierung 420149656107	Turnhallen Liegenschaften VV	820'000 820'111	265'793	370'000	3	G		RRB 31.08.2004

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Wasgenring-Schulhaus, Ersatz Variel Pavillon 420152056106	Liegenschaften VV	1'500'000		1'350'000	1	G		RRB 31.08.2004
Schule Erlensträsschen Sanierung 420154456000	Liegenschaften VV	4'720'000 1'100'288	1'100'288	1'500'000	1	G		RRB 11.09.2007
R 9151 Schulhaus Hinter-Gärten Riehen 20 420157026050	Liegenschaften VV	15'130'000 15'034'786	2'291'038	500'000	3	B		R 9151 / GRB 12.06.2002
Beiträge für Investitionen		-18'109	-18'109					
R 8796 Volta-Schulhaus Neubau 420157026062	Liegenschaften VV	18'988'000 19'144'452	1'014'985	400'000	3	B		R 8796 / GRB 11.02.1998
Beiträge für Investitionen		-232'299	-230'000					
R 8922 Heim zur Hoffnung 420176826001	Liegenschaften VV	21'000'000 21'587'465	7'942		3	B		R 8922 u. B 8971 GRK / GRB 20.03.2000 Die Mehrausgaben auf den Bruttokredit sind teuerungsbedngt. Eine genaue Aufstellung des Teuerungsanteils erfolgt mit der Baubrechnung.
Beiträge für Investitionen		-3'348'294						
R 9239 Sonderschulheim zur Hoffnung 420176826079	Liegenschaften VV	3'984'000 3'996'092	5'732	196'000	3	B		R 9239 / GRB 21.01.2004
Beiträge für Investitionen		-600'000						
Turnhalle St. Jakobs-Str. 115 420181056000	Liegenschaften VV	1'000'000 90	90	50'000	1	G		RRB 29.08.2006
Schwimmhalle St.Albanschule, Sanierung 420182056100	Liegenschaften VV	2'500'000 2'412'383	73'093	300'000	1	G		RRB 31.08.2004
B 0000 St. Jakobshalle Projekt Erweiterung Innenraum 420183026000	Liegenschaften VV	700'000		700'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 29.08.2006
R 9324 St.Jakobshalle Erweiterung 420183026074	Liegenschaften VV	10'000'000 10'746'096	1'245'699	1'300'000	1	B		R 9324 / GRB 21.10.2004 Gründe für die Kreditüberschreitung: Anteil Teuerung CHF 470'000.- / Unumgängliche Etappierung der Bauarbeiten. Die Bauarbeiten mussten sich dem Veranstaltungskalender der St. Jakobshalle unterordnen. Arbeitsunterbrüche sowie Kosten für Provisorien zur Sicherung der Baustellen während Anlässen führten zu Mehrkosten. Baulicher Brandschutz. Die gesetzlichen Anforderungen an den baulichen Brandschutz wurden während der Planung unterschätzt.
Beiträge für Investitionen		-33'814						
St.Jakobshalle Allgemeine Sanierungen II 420183056000	Liegenschaften VV	4'000'000 2'914'315	2'735'609	1'200'000	1	G		RRB 30.08.2005 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate mit RRB 07/34/5.
St.Jakobshalle Sanierung Dachbelag Foyer 420183056001	Liegenschaften VV	1'800'000 1'609'613	416'453	100'000	3	G		RRB 30.08.2005 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate mit RRB 07/34/5.
St. Jakobshalle Allgemeine Sanierungsarbeiten 420183056086	Liegenschaften VV	4'000'000 4'053'188	1'506		3	G		RRB 28.08.2001
B 060525 Sportanlage Bachgraben Kunstrasen 420184026000	Liegenschaften VV	1'000'000 948'410	92'385	200'000	3	B		B 06.0525.01 / GRB 07.06.2006
Sportplatz Pruntrutermatte Sanierung Garderobe 420184056000	Liegenschaften VV	350'000 365'754	343'974	50'000	3	G		RRB 30.08.2005 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate mit RRB 07/34/5.
Gymnasium Bäumlihof, Ersatz Laufbahnbelag 420184056001	Liegenschaften VV	1'000'000 675'960	675'960	900'000	1	G		RRB 29.08.2006
Sportanlage Schützenmatte Laufbahn 420184056002	Liegenschaften VV	654'734	654'734	600'000	2	G		RRB 29.08.2006 Mehrausgaben durch Nachrüstungen infolge Konezntration des Leichtathletikbetriebes auf der Schützenmatte.

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
GB Bachgraben Sanierung Restaurant 420185156000	Liegenschaften VV	1'500'000		200'000	1	G		RRB 29.08.2006
B 0000 GB St. Jakob Kästligebäude Ausbau 420185226000	Liegenschaften VV	600'000		200'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 30.08.2005
Gartenbad St. Jakob Sanierungsarbeiten 420185256000	Liegenschaften VV	3'200'000 815'284	798'094	800'000	1	G		RRB 30.08.2005
Kunsteisbahn Eglisee Sanierung Eisbahnplatte 420185856000	Liegenschaften VV	500'000 237'750	237'750	250'000	1	G		RRB 29.08.2006
St. Alban-Tor, Sanierung Fassaden und Toranlage 420189056105	Liegenschaften VV	365'000 77'635	12'528		1	G		RRB 31.08.2004
Klingentalkirche Sanierung Dach und Fach 420192056000	Liegenschaften VV	5'000'000		2'000'000	1	G		RRB 29.08.2006
R 9217 Öffentliche Kunstsammlung Laurenzbau 420216026012	Liegenschaften VV	11'250'000 20'502'105	3'200'225	300'000	3	B		R 9217 / GRB 26.06.2003 Kredit GRB 26.06.2003 CHF 11'000'000 Proj. Kredit 19.12.00 CHF 250'000 Schenkung Frau M. Oeri CHF 4'500'000 Gönnerbeitrag 1 CHF 1'500'000 Gönnerbeitrag 2 CHF 1'400'000 Gönnerbeitrag 3 CHF 100'000 Gönnerbeitrag 4 CHF 100'000 Gönnerbeitrag 5 CHF 200'000 Gönnerbeitrag 6 CHF 200'000 Beitrag Kunstmuseum ShopCHF 133'000 Total zur Verfügung CHF 19'383'000 Ausgaben Ende 2007 CHF 20'502'105 Kreditüberschreitung CHF 1'000'000 RRB 05/21/4 7.6.2005 Kreditüberschreitung CHF 185'000 RRB 07/12/7 17.4.2007
Beiträge für Investitionen		-5'633'000	-133'000					
Antikemuseum Sanierung Restaurationslabor 420217056000	Liegenschaften VV	900'000 700'820	700'820	750'000	1	G		RRB 29.08.2006
Antikemuseum Renovation Skulpturenhalle 420217056001	Liegenschaften VV	700'000 425'586	425'586	500'000	1	G		RRB 29.08.2006
R 9284 Museum der Kulturen Archäologische Bodenforschung 420224026035	Liegenschaften VV	370'000		270'000	1	B		R 9284 / GRB 11.12.2003
R 9340 Museum an der Augustinergasse 420226026075	Liegenschaften VV	11'000'000 4'280'812	2'221'587	3'600'000	1	B		R 9340 / GRB 20.01.2005
Rheinbad Breite Sanierung Stahlkonstruktion 420659056000	Liegenschaften VV	900'000 519'476	399'476	500'000	1	G		RRB 30.08.2005
R 0000 Biomedizinisches Zentrum BMZ Projekt Neubau 422170526000	Liegenschaften VV	1'800'000		800'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 31.08.2004
<b>Teil Hochbauten VV</b>			<b>36'186'652</b>	<b>39'698'000</b>				
<b>Bildung</b>			<b>41'516'838</b>	<b>46'943'000</b>				

### Übrige

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekte	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Weitere Modernisierung Betreuungswesen 05 113003020501	Zivilgericht	350'000 349'136	-743		3	G		RRB 21.06.2005
Infostar 310501020401	Zivilstandsamt	1'600'500 1'358'668	317'151	290'000	1	G		RRB 27.05.2003

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekte	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Risk Assessment 311821020700	VZK/Bewährungshilfe	1'200'000 55'435	55'435		1	N		B .... / GRB .... / RRB 14.08.2007
Renovation/Neubau Strafanstalt Bostadel 313502040102	Strafvollzug	15'000'000 14'214'647	131'538	164'500	1	B		R 9148 / GRB 10.04.2002
Beiträge für Investitionen Lohnmeldepflicht / IT Umsetzung 404001000052	Steuerverwaltung	-3'590'716 430'000 331'575	270'226		1	B		RRB 11.07.2006 Dringlicher Kredit mit RRB 06/25/35 vom 11. Juli 2006 bewilligt.
Automatisierte Steuerveranlagung RATIO 404001000058	Steuerverwaltung	5'400'000 5'314'966	966'607		3	B		R 9300 / GRB 21.04.2004
ZRD / Immobilienmanagement 405000000013	Immobilien Basel-Stadt	3'000'000 2'489'624	889'612	1'000'000	3	B		R 03.1659.09 / GRB 15.09.2005
Ersatz Informatik RZ Mobiliar 406000000720	ZID	4'000'000		500'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 05.07.2005
Erneuerung zentraler Anlagenkomponenten 406A10100718	ZID	12'000'000 2'973'457	2'973'457	3'000'000	1	G		RRB 12.09.2006
Erneuerung zentr. Kommunikationssysteme 406A10100719	ZID		1'199'248	1'500'000	1	G		RRB 16.07.1985 jährlich wiederkehrender Kredit
CEFIS (Center für Finanz-Support) 407004000003	RWC	400'000 308'484	73'678	180'000	1	G		RRB 30.08.2005
Vergütungsmanagement (Bewirts. Löhne) 409004000001	Zentraler Personaldienst	1'200'000 290'211	20'211	500'000	1	G		RRB 07.11.2006
Weiterentwicklung SAP-HR Phase II 409015000001	Zentraler Personaldienst	600'000		600'000	1	G		RRB 13.09.2005
RV09 / EDV Elekt.Bewiligung Plattform 410005000000	Behörden/Allg. Verwaltung	430'000 82'000	82'000		1	B		08/03/13G / GRB 16.01.2008
Ersatz Verkehrsrechner Clarahof 506522024003	Kantonspolizei	2'000'000 807'801	226'740	300'000	1	G		RRB 28.08.2001
Ersatz der Einzelparkuhren (ex. 25005) 506522025006	Kantonspolizei	2'330'000 743'517	705'385	830'000	1	G		RRB 25.10.2005
Umsetzung ISV, Techn. Massnahmen 506535025001	Kantonspolizei	600'000 46'295	11'104		1	G		Kreditübertragung auf das Jahr 2008 wurde beantragt.
				551'000			K	
Ersatz Telefonsysteme Notruf (Trading) 506535025003	Kantonspolizei	690'000 690'022	690'022	690'000	1	G		RRB 29.08.2006 Als ausserordentliche Passive Rechnungsabgrenzungsposition 2007 bewilligt (RRB 22.01.08).
Bombenbergungsroboter 506535027001	Kantonspolizei	390'000 383'973	383'973		3	N		B 0053 / GRB 18.04.2007 Dringlicher Kredit durch Finanzkommission bewilligt (15.02.07).
POLYCOM Kanton Basel-Stadt 506541025001	Kantonspolizei	19'700'000 18'999'540	9'999'540	10'000'000	1	B		R 1355 / GRB 20.09.2006
ZJ: 2007 Tanklöschfahrzeug 25, Ersatz 509020020002	Bereich Rettung	1'200'000 389'300	389'300	800'000	1	G		RRB 29.08.2006
ZJ: 2005 4 Rettungswagen Sanität, Ersatz 509030020001	Bereich Rettung	1'322'000 1'303'599	343'054	331'000	2	G		RRB 06.07.2004
ZJ: 2006 Patientenmonitoring 509030020003	Bereich Rettung	600'000 590'773	23'349		2	G		RRB 12.07.2005
ZJ: 2007 Beatmungsgeräte Sanität 509030020004	Bereich Rettung	310'000		310'000		G		RRB 29.08.2006 Kredit wird nicht benötigt.
Waaghof Sicherheit, Teil Betrieb 51005002000	Bevölk.dienste/ Migration	1'908'000 1'749'778	841'849	208'000	1	B		R 05.0601.02 / GRB 30.06.2005 betrieblicher Anteil. Baulicher Anteil. Baulicher Anteil unter Nr. 420512026017 im Inv.-Bereich Übrige, Teil Hochbauten VV mit CHF 1.0 Mio. eingestellt. Der Nominalkredit beträgt insgesamt CHF 3.833 Mio.
2000-Watt-Gesellschaft 612000042000	Amt für Umwelt / Energie	1'320'000 635'000	350'000	465'000	1	B		R 9367 / GRB 13.04.2005

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekte	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Kanalisation Birsstrasse 612810050145	Amt für Umwelt / Energie	7'700'000 3'867'856			4	G		RRB 26.10.1982
Kanalisation Egliseestrasse 612810050332	Amt für Umwelt / Energie	750'000 592'721			4	G		RRB 30.06.1992
Kanalisation Streitgasse / Barfli 612810050431	Amt für Umwelt / Energie	300'000 252'082			4	G		RRB 14.03.1995
Kanalisation Claragraben Süd 612810050441	Amt für Umwelt / Energie	2'200'000 320'913			4	G		RRB 20.06.1995
Kanalisation Brennerstrasse 612810050461	Amt für Umwelt / Energie	1'200'000 338'481			4	G		RRB 26.08.1997
Kanalisation Claragraben Nord 612810050462	Amt für Umwelt / Energie	1'100'000 540'896			4	G		RRB 26.08.1997
Kanalisation Meret Openheim-Strasse 612810050470	Amt für Umwelt / Energie	1'300'000 841'678			4	G		RRB 06.08.2002
Kanalisation Greifengasse 612810050471	Amt für Umwelt / Energie	400'000 422'804			4	G		RRB 05.05.1998
Kanalisation Bristenweg 612810050490	Amt für Umwelt / Energie	400'000 110'527			4	G		RRB 22.09.1998
Kanalisation Realpstrasse 612810050491	Amt für Umwelt / Energie	450'000 129'945			4	G		RRB 22.09.1998
Kanalisation Clarastrasse 612810050493	Amt für Umwelt / Energie	2'200'000 2'523'975			4	G		RRB 22.09.1998
Kanalisation St- Alban-Anlage 612810050497	Amt für Umwelt / Energie	2'200'000 1'286'884			4	G		RRB 22.09.1998
Kanalisation Elsässerstr. (Murbacherstr.) 612810050522	Amt für Umwelt / Energie	400'000 355'312			4	G		RRB 30.06.1998
Kanalisation Bernoullistrasse 612810050524	Amt für Umwelt / Energie	400'000 239'555			4	G		RRB 16.03.1999
Kanalisation Rütimeyerstrasse 612810050525	Amt für Umwelt / Energie	400'000 107'903			4	G		RRB 16.03.1999
Kanalisation untere Rheinuferleitung 612810050558	Amt für Umwelt / Energie	250'000 167'754			4	G		RRB 04.07.2000
Kanalisation Rittergasse 612810050560	Amt für Umwelt / Energie	250'000 50'623			4	G		RRB 04.07.2000
Kanalisation Wanderstrasse 612810050561	Amt für Umwelt / Energie	600'000 1'105'166			4	G		RRB 04.07.2000
Kanalisation Westquaistrasse 612810050562	Amt für Umwelt / Energie	250'000 370'582			4	G		RRB 04.07.2000
Kanalisation Kannenfeldstrasse 612810050587	Amt für Umwelt / Energie	600'000 291'376			4	G		RRB 29.05.2001
Kanalisation Schiffflände 612810050588	Amt für Umwelt / Energie	250'000 506'428			4	G		RRB 29.05.2001
Kanalisation Steinenvorstadt 612810050589	Amt für Umwelt / Energie	500'000 699'011			4	G		RRB 29.05.2001
Tiefwasserrohr 26T 612810050590	Amt für Umwelt / Energie	250'000 1'032'037			4	G		RRB 29.05.2001
Kanalisation St. Johannis-Hafen 612810050592	Amt für Umwelt / Energie	500'000 679'566			4	G		RRB 28.08.2001
Kanalisation Margarethenstrasse 612810050614	Amt für Umwelt / Energie	700'000 472'391			4	G		RRB 06.08.2002
Kanalisation Hafenstrasse 612810050628	Amt für Umwelt / Energie	1'000'000 316'504			4	G		RRB 24.09.2002
Kanalisation Steinengraben 612810050631	Amt für Umwelt / Energie	700'000 898'241			4	G		RRB 24.09.2002
Kanalisation St.Johannis/Elsässerrheinweg 612810050634	Amt für Umwelt / Energie	1'200'000 1'100'499			4	G		RRB 27.05.2003
Kanalisation Solitude-Promenade 612810050635	Amt für Umwelt / Energie	1'500'000 494'239			4	G		RRB 27.05.2003
Kanalisation Bäumlilhofstrasse / zu den 3 Linden 612810050639	Amt für Umwelt / Energie	750'000 788'023			4	G		RRB 26.08.2003

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekte	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Kanalisation Riehenstrasse 612810050641	Amt für Umwelt / Energie	450'000 71'154			4	G		RRB 30.03.2004
Kanalisation Matthäusstrasse 612810050643	Amt für Umwelt / Energie	350'000 160'690			4	G		RRB 06.07.2004
TV-Wagen (Ersatz) 612810150564	Amt für Umwelt / Energie	300'000 212'869			4	G		RRB 29.08.2000
Hochdruckspühlwagen, Ersatz SLW 18 612810250531	Amt für Umwelt / Energie	321'600 331'014			4	G		RRB 31.08.1999
Hochdruckspühlwagen, Ersatz SLW 20 612810250532	Amt für Umwelt / Energie	261'600 284'408			4	G		RRB 31.08.1999
Abwasserreinigungsanlage BS Baul. Teil 612820050820	Amt für Umwelt / Energie		87'904		1	B		R 7167 / GRB 25.06.1975
Abwasserreinigungsanlagen BS masch. Teil 612820050821	Amt für Umwelt / Energie		1'054'551	2'150'000	1	B		R 7167 / GRB 25.06.1975
MIHABE; Rückhaltebecken ARA BS baul. Teil 612820050822	Amt für Umwelt / Energie	9'904'250 7'757'203	4'853'639	6'590'000	1	B		R 05.1582.01 / GRB 15.12.2005
MIHABE; Rückhaltebecken ARA BS Masch. Teil 612820050823	Amt für Umwelt / Energie		790'127		1	B		R 05.1582.01 / GRB 15.12.2005
Kant. Inventar geschützter Naturobjekte 61401405601	Stadtgärtnerei	590'000 53'885	53'885	170'000	1	G		RRB 25.04.2006
Beiträge für Investitionen B 0000 Förderung Wohnlichkeit IV (04-08) 614030020338	Stadtgärtnerei	750'000 607'216	192'440	150'000	1	B		B 0487 / GRB 18.02.2004
Gemeinschaftsgrabanlage Abt. 9 Hörnli 614030020503	Stadtgärtnerei	3'000'000		1'240'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 13.09.2005
Urnennischenplätze Abt. 12 Hörnli 614030020504	Stadtgärtnerei	420'000		50'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 30.08.2005
B 0396 Baumpflanzungen laut Richtplan 614030020603	Stadtgärtnerei	2'500'000 1'707'265	522'170	500'000	1	B		B 0396 / GRB 23.06.1999
R 0000 BSV Birsstrasse 614030020613	Stadtgärtnerei	2'650'000 2'169'924	1'783'131	1'400'000	1	B		R 9345 / GRB 24.06.2004
Friedh. Hörnli - Erneu. Orientierungssystem 614050020505	Stadtgärtnerei	330'000 77'794	77'794	180'000	1	G		RRB 30.08.2005
Kehrlichfahrzeug, Ersatz 621052357001	Abfallbewirtschaftung	420'000 406'774	406'774	420'000	3	G		RRB 25.04.2006
R 9196 Projekt und Kostenkontrollsystem 65102002001	HPA / DST Verwaltung	2'807'400 2'582'234	12'852		3	B		R 9196 / GRB 13.11.2002
R 021802 Werkstätten HPA Teil Betrieb 65102502600	HPA / DST Verwaltung	697'000		400'000	1	B		R 02.1802.04 / GRB 07.06.2006
B 051445 Hafen St.Johann Campus-Novartis 651030020020	HPA / DST Verwaltung	900'000 195'227	192'693	370'000	1	B		B 05.1445.01 / GRB 18.01.2006
e-Government 802105020000	Staatskanzlei	2'690'000 420'062		985'000	3	B		B 0163 / GRB 27.06.2002 Projekt wurde im 2006 abgeschlossen.
Informatisierung Staatsarchiv 2. Etappe 803102020001	Staatsarchiv	1'050'000 1'040'268	433'771	350'000	3	B		B 9241 / GRB 14.05.2003
Hafen St.Johann Campus-Novartis 813501020099	Rheinschiffahrtsdirektion	400'000		130'000	1	B		B 05.1445.02 / GRB 18.01.2006
<b>Teil Allgemein</b>			<b>31'404'467</b>	<b>36'486'000</b>			<b>K</b>	
Rathaus Sanierung Haustechnikanlagen 420010056007	Liegenschaften VV	1'550'000 1'555'357	156'114	137'000	3	G		RRB 15.07.2003
Zentraler Personaldienst Rebgrasse 14 420012056000	Liegenschaften VV	500'000 269'644	269'644	350'000	1	G		RRB 29.08.2006
R 0000 Öff. Bauten Behindertengerecht 420013026001	Liegenschaften VV	7'000'000		2'990'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 30.08.2005

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekte	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	K T N	Beschlüsse / Begründungen
Öffentliche Bauten Brandschutzmassnahmen 420013056000	Liegenschaften VV	5'000'000 2'966'706	1'614'823	2'500'000	1	G	RRB 30.08.2005
Beiträge für Investitionen		-122'403	-122'403				
B 060327 Strafgericht Neubau Eingang 420018026000	Liegenschaften VV	1'160'000 1'118'091	1'105'747	1'000'000	1	B	B 06.0327.01 / GRB 07.06.2006 Ermächtigung zur Kreditüberschreitung von CHF 215'000 mit RRB 07/22/1 vom 02.07.2007.
B 051641 Betriebsamt Archivräume Lyon 420026026006	Liegenschaften VV	365'000 220'783		30'000	3	B	B 05.1641.01 / GRB 18.01.2006
Frauenspital Südflügel Haustechnik 420139156000	Liegenschaften VV	1'000'000 953'599	344'476	50'000	1	G	RRB 30.08.2005 Bewilligung zur Überschreitung der Jahresrate 2007 mit RRB 07/34/5.
B 050725 Jugendtreffpunkt Gundeli Neubau 4203500260006	Liegenschaften VV	675'000 834'265		50'000	2	B	B 05.0725.01 / GRB 29.06.2005 Rechnung brutto CHF 834'265 Beitrag BA für Strassen CHF 210'000 Beitrag Justizdepart. CHF 17'000 Rechnung netto CHF 607'265
Beiträge für Investitionen		-227'000					
R 0000 ZID, Ersatz Informatikrechenzentrum 420412026009	Liegenschaften VV	17'000'000		2'000'000	1	N	R .... / GRB .... / RRB 12.12.2006
R 9366 SID1 Spiegelhof ONE-Stop-Shop Umbau 420510026011	Liegenschaften VV	2'961'000 3'020'030	450'502	303'000	3	B	R 9366 / GRB 20.01.2005
Beiträge für Investitionen		-13'200	-13'200				
R 0000 SID Alarmzentralen Projekt 420510026018	Liegenschaften VV	3'000'000		400'000	1	N	R .... / GRB .... / RRB 10.05.2005
Bezirkswache Kleinbasel 420511026000	Liegenschaften VV	670'000 954'586	954'586	500'000	1	G	RRB 29.08.2006 Ermächtigung zur Kreditüberschreitung um CHF 240'000 mit RRB 07/13/10 vom 24.04.2007.
Beiträge für Investitionen		-12'660	-12'660				
SID II Clarastrasse MFK 6. OG 420511056000	Liegenschaften VV	350'000 341'999	341'999	200'000	1	G	RRB 29.08.2006 Aufgrund des schneller als geplanten Baufortschrittes konnte, unter Einhaltung des Nominalkredites, ein über den Budgetbetrag hinausgehender zusätzlicher Teil des Vorhabens realisiert werden.
R 050601 SID Waaghof, Verb. Sicherheit 420512026017	Liegenschaften VV	1'925'000 2'943'683	1'212'641	1'000'000	1	B	R 05.0601.02 / GRB 30.06.2005 Gesamtkredit CHF 3'833'000 Kredit Baulicher Teil CHF 1'925'000 Kredit Betriebl. Teil CHF 1'908'000 Nr. 510050020000 Gesamtrechnung CHF 2'943'683 Baulicher Teil CHF 1'186'977 Beitrag Versicherung CHF 6'928 Betrieblicher Teil CHF 1'749'778 Nr. 510050020000
Beiträge für Investitionen		-1'756'706	-841'849				
Polizeiausbildungszentrum Schiesskeller 420522056000	Liegenschaften VV	500'000 12'618	12'618	50'000	1	G	RRB 29.08.2006
R 8915 Polizeiwache Grossbasel West MA 4 420525026003	Liegenschaften VV	10'918'100 10'878'782	1'231		3	B	R 8915 / GRB 23.06.1999
R 9063 Schiessanlage Allschwilerweiher 420534026009	Liegenschaften VV	6'900'000 380'893		100'000	1	B	R 9063 / GRB 07.02.2001
Feuerwache Lützelhof San. Werkstätten 420540056000	Liegenschaften VV	3'000'000 136'106	136'106	400'000	1	G	RRB 29.08.2006
Feuerwehr Lützelhof Erdbebenmassnahmen 420540056002	Liegenschaften VV	5'400'000 5'130'746	4'662'851	4'700'000	1	G	RRB 09.09.1997
B 0000 Projekt Verlegung Baudepartement 420610026000	Liegenschaften VV	800'000		400'000	1	N	B .... / GRB .... / RRB 12.07.2005



Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekte	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
DK NR.05 Friedhof Hörnli Notrep. Wärmetauscher		600'000	-157		3	G		DK Nr. 5 vom 07.09.2005
420617056000	Liegenschaften VV	570'395						
Friedhof Hörnli Ren. Kapellengeb. 2.Et.		2'550'000	507'516	500'000	1	G		RRB 29.08.2006
420617056001	Liegenschaften VV	507'516						
Friedhof Hörnli, Sanierung Kanalisation		1'350'000	233'148	500'000	1	G		RRB 29.08.2006
420617056002	Liegenschaften VV	233'148						
Friedhof Hörnli Ren. Aufbahrungsgeb.		3'500'000	-89'346	50'000	3	G		RRB 12.08.2003
420617056021	Liegenschaften VV	3'744'505						Die Sanierung der Bodenbeläge, die Schreiner und Natursteinarbeiten waren aufwändiger als angenommen. Weiter musste die Erschliessung behindertengerecht angepasst werden. Eine detaillierte Begründung folgt mit der Bauabrechnung.
B 050738 Wolfgottesacker Pförtnergebäude		1'300'000	1'046'619	1'100'000	1	B		B 05.0738.01 / GRB 19.10.2005
420619026018	Liegenschaften VV	1'151'351						
R 021802 Werkstätten HPA/TBA Neubau		9'913'000	4'203'204	6'000'000	1	B		R 02.1802.04; B 0567 / GRB 07.06.2006
420625026001	Liegenschaften VV	5'628'105						
TBA Regiebetriebe Sanierung Fahrzeughalle		1'500'000	460'739	700'000	1	G		RRB 29.08.2006
420626056000	Liegenschaften VV	460'739						
TBA-Regiebetrieb Bauliche Sanierungsmassnahmen		420'000	7'350		3	G		RRB 31.08.2004
420626056022	Liegenschaften VV	382'059						
B 0000 TBA Stadtreinigung Magazink. Proj.		450'000		300'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 30.08.2005
420627026000	Liegenschaften VV							
R 050450 Brückenkopf Dreirosen Nutzräume		6'982'000	803'722	232'000	3	B		R 05.0450.01 / GRB 30.06.2005
420627026011	Liegenschaften VV	5'570'505						Ausgaben brutto CHF 5'570'505 Beiträge Nationalstr. CHF 2'963'100 Beiträge CMS CHF 672'000 Ausgaben netto CHF 1'935'405
Beiträge für Investitionen		-3'635'100	-597'000					
B 050738 SF-Magazin Wolfgottesacker		400'000	273'165	50'000	1	B		B 05.0738.01 / GRB 19.10.2005
420630026015	Liegenschaften VV	396'632						
Weidenhof Arlesheim, Sanierungsarbeiten		750'000	304'578	300'000	1	G		RRB 29.08.2006
420631056000	Liegenschaften VV	304'578						
R 9281 Oeffentliche WC-Anlagen Neue WC-Anlagen		6'900'000	1'442'260	1'000'000	1	B		R 9281 / GRB 09.06.2004
420634026003	Liegenschaften VV	2'580'048						
Arbeitsamt / Fenster und Glasdachfenster		700'000	329'576	300'000	1	G		RRB 29.08.2006
420820056000	Liegenschaften VV	329'576						
<b>Teil Hochbauten VV</b>			<b>19'198'598</b>	<b>26'935'000</b>				
Inv.Beitr.ETH-Inst. f.Systembiologie		10'000'000	5'000'000	5'000'000	3	B		R 9288 / GRB 21.01.2004
271811000019	Ressort Hochschulen	10'000'000						
Arch. Grabungskredit Stadtcasino		815'000		400'000		G		RRB 13.06.2006
278002000002	Archäolog. Bodenforschung							Grabungskredit wird nach dem ablehnenden Volksentscheid zum Stadtcasino nicht benötigt.
Denkmalschutz 1998-2002: Beiträge		10'500'000	534'921	150'000	2	B		R 8803 / GRB 11.03.1998
282815000001	Basler Denkmalpflege	11'192'593						Beitragsperiode ist abgeschlossen. Die Totalauszahlung entspricht inklusive der aufgelauf. Bauteuerung von 6.6% exakt der teuerungsber. Kreditbasis von TCH 11'193.
Denkmalschutz 2003-2007: Beiträge		11'000'000	1'563'917	1'900'000	1	B		R 9206 / GRB 12.02.2003
282815000002	Basler Denkmalpflege	6'706'057						
R 9265 Stiftung Förderung Museum Kulturen Hallen		4'420'000		1'490'000	1	B		R 9265 / GRB 11.12.2003
650006040008	HPA / Baukostenbeiträge	1'409'718						

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekte	DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2007	Budget 2007	A S	S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
B 041180 Stadtcasino Projekt Neubau 650006040011	HPA / Baukostenbeiträge	1'450'000 1'450'000		700'000		B		B 04.1180.01 / GRB 20.10.2005
R 0000 Stadtcasino Neubau Beitrag 650006040012	HPA / Baukostenbeiträge	38'500'000		7'700'000		B		R 06.0990.02 / GRB 10.01.2007
<b>Teil Investitionsbeiträge</b>			<b>7'098'838</b>	<b>17'340'000</b>				
<b>Übrige</b>			<b>57'701'903</b>	<b>80'761'000</b>				
				<b>551'000</b>			K	



## 5 Das Personal

## 5.1 Inhaltliche Akzente

**Pilotprojekt Come back** Die Wirksamkeit der Einführung eines Case Management bei Krankheit/Unfall von Mitarbeitenden wird gegenwärtig im Rahmen des Pilotprojekts Come back erprobt. Der Pilotbetrieb wurde am 1. Juli 2006 mit einer Gruppe von 1'900 Mitarbeitenden aufgenommen. Er endet am 31. Dezember 2008. Die Pilotgruppe verteilt sich auf fünf Departemente und einen Betrieb. Zusammen stellen die involvierten Mitarbeitenden einen repräsentativen Querschnitt aller Angestellten beim Arbeitgeber Basel-Stadt dar.

Mit der Einführung des Case Management – einer Reintegrationsunterstützung in schwierigen, sprich komplexen gesundheitlichen Situationen – wird die Senkung der Anzahl Invalidisierungen, die Reduktion der Absenzzahl und -dauer und die Erhöhung der Zufriedenheit der Mitarbeitenden angestrebt. Das Pilotprojekt wurde im Sommer 2007 einer ersten Evaluation unterzogen. Aus ihrer Durchführung gehen deutliche positive Trends hervor. Die Ziele können in der angestrebten Grössenordnung erreicht werden. Die Zufriedenheit der betroffenen Mitarbeitenden und der Führungsverantwortlichen, aber auch das Vertrauen in die angebotene Reintegrationsunterstützung ist hoch. Der Regierungsrat hat die Ergebnisse der ersten Evaluation in Form eines Zwischenberichts erhalten.

**Umsetzung PKG Revision** Das neue Pensionskassengesetz vom 28. Juni 2007 (PKG) bedingte einige Anpassungen im Personalbereich. Da die Personalorganisation erst nach der Genehmigung der regierungsrätlichen Vorlage durch den Grossen Rat und nach Ablauf der Referendumsfrist aktiv werden konnte, mussten die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen im Personalbereich unter grossem zeitlichen Druck angepasst werden.

Folgende personalrechtlichen Grundlagen waren betroffen:

- Verordnung zur Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Arbeitszeitverordnung) vom 6. Juli 2004.
- Aufhebung der §§26 Abs. 2 und 28 Abs. 2 (Streichung der Bestimmungen, die besagen, dass die Nacht-, Nachtbereitschafts-, Sonntags- und Feiertagszulage nicht pensionskassenversichert ist).
- Richtlinien betreffend unbezahlten Urlaub vom 18. Dezember 2007.
- Schaffung einer Übergangsregelung für bereits im Jahre 2007 angetretene und im Jahre 2008 noch andauernde unbezahlte Urlaube.
- Richtlinien für den Sozialstellenplan vom 23. März 2004 (Übernahme von Mitarbeitenden, die seit 16 Monaten voll oder teilweise arbeitsunfähig waren und bei denen noch kein Rentenentscheid vorliegt).

Darüber hinaus musste der Regierungsrat einzelne Beschlüsse zur Klärung der neuen Situation fassen:

- Angebot an alle Mitarbeiter, die bisher ein Rücktrittsalter von 64 oder 65 hatten, zur Weiterbeschäftigung nach vollendetem 63. Altersjahr für maximal die Hälfte der Zeit bis zu ihrem bisherigen Rücktrittsalter.
- Anpassung der Finanzierung der Überbrückungsrente bei vorzeitiger Pensionierung nach §35 Abs. 2 Personalgesetz.
- Festlegung der pensionskassenversicherten Zulagen und Definition des Begriffs der Regelmässigkeit / Festlegung der betroffenen Zulagen.
- Ausführungsbestimmungen zu den §§34 und 35 Personalgesetz vom 17. November 1999.

Sämtliche Anpassungen und Beschlüsse erfolgten per 1. Januar 2008.

**Verwaltungsreorganisation RV 09** Seit anfangs 2007 leitet der ZPD die im Auftrag der Projektleitung Verwaltungsreorganisation RV09 konstituierte Fachgruppe Personal, welche alle HR-relevanten

Vorbereitungen für die zeitgerechte, reibungslose Umsetzung der HR-Aspekte der Verwaltungsreorganisation erarbeitet. Es handelt sich um eine Reorganisation, von der mehr als 2000 Mitarbeitende betroffen werden. Geplante Ein- und Ausgliederungen betreffen nochmals etwa 400 Mitarbeitende.

Im Berichtsjahr hat der ZPD neben HR-Rahmenbedingungen und Standards ein HR-Umsetzungskonzept sowie die wichtigsten Umsetzungsprozesse (v.a. im Rahmen des Mitarbeitendentransfers) erarbeitet, notwendige Anpassungen bei Systemen ermittelt (z.B. SAP HR, Personenversicherungen, Arbeitszeiterfassung), Instrumente zur Umsetzung entworfen (z.B. Mitarbeitendeninformation, Verträge, Anpassungen beim Arbeitgeberauftritt), sowie die von der Umsetzung betroffenen Dezentralen Personaldienste und Kader geschult (Change Management Leitfaden, massgeschneiderte Change Management Anlässe für die Departemente, Personalfachtagung). Die Sozialpartner (AGSt) wurden regelmässig über die Ergebnisse der Fachgruppe Personal informiert und eingeladen, ihre Anliegen einzubringen.

Aufgrund der Dimensionen, Interdisziplinarität und der nur sukzessive fortschreitenden inhaltlichen Gestaltung von RV09 gestaltete sich sowohl die Arbeit als auch die Zusammenarbeit als sehr anspruchsvoll.

**Laufbahn** Der Regierungsrat hat am 9. Januar 2007 den Auftrag zur Umsetzung des Konzepts „Laufbahn bei Basel-Stadt“ gegeben. Ziel des Konzepts ist die gezielte Förderung von Leistungsträger/innen und Potenzialträger/innen, damit frei werdende Kaderstellen vermehrt mit eigenem Nachwuchs besetzt werden können.

„Laufbahn bei Basel-Stadt“ besteht aus vier Schritten. Gestartet wird mit der Auswahl geeigneter Mitarbeitenden in den Departementen. Zweiter Schritt ist die vertiefte Auslotung des Potenzials in einem Development Center. Anschliessend durchlaufen die Teilnehmenden einen Entwicklungsplan, der auf ihre individuellen Fähigkeiten und Ziele ausgerichtet ist. Letzter Schritt ist der Laufbahnschritt, d.h. die Übernahme einer neuen Funktion innerhalb der Verwaltung.

Die Erstdurchführung startete im 2007 mit 14 Teilnehmenden aus dem Mittleren Kader, die inzwischen ihre Entwicklungspläne gestartet haben. Im 2008 folgt die nächste Durchführung mit Teilnehmenden, die zurzeit noch keine Kaderfunktion haben.

Über den Erfolg des Programms wird im jährlichen Personalcontrolling berichtet.

**(Attest-)Lehrstellen-Offensive** Am 12. Juli 2005 beschloss der Regierungsrat auf Lehrbeginn 2006 und 2007 in der Verwaltung insgesamt 52 neue Lehrstellen in zweijährigen und ausgewählten dreijährigen Grundbildungen zu schaffen. Die Schaffung von 26 weiteren Lehrstellen ist auf Lehrbeginn 2008 anzustreben. Ziel ist, einen Beitrag zur Erhöhung des Lehrstellenangebots und zur Verbesserung der beruflichen Chancen junger Erwachsener zu leisten.

Im Sinne einer Anschubfinanzierung wurde eine Refinanzierung dieser zusätzlich zu schaffenden Lehrstellen durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds) beschlossen.

Seit dem Beginn der (Attest-)Lehrstellen-Offensive (ALO) wurden insgesamt 109 zusätzliche Lehrstellen geschaffen, davon 45 Attest-Lehrstellen, 56 Lehrstellen mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis und 8 Anlehren. 73 dieser Lehrstellen wurden aufgrund der Regelung über die Anschubfinanzierung durch den Krisenfonds finanziert. Die Ziele der ALO wurden damit um fast 50 % übertroffen. Die ALO wird deshalb per Ende 2008 abgeschlossen. Zur Sicherstellung der geschaffenen Lehrstellen werden die Ressourcen in die ordentlichen Budgets der Departemente eingestellt.

## 5.2 Personalkennzahlen

### 5.2.1 Personalbestand

#### Stellen- und Personalstatistik per 31.12.2007 (Headcount)

Departemente / Betriebe	FTE 2007 IST	FTE 2007 Plafonds (inkl. Vakanzen)	FTE 2006 IST	FTE Abwei- chungen zu Plafonds	FTE Abwei- chungen zu IST 2006	Personen 2007 IST
<b>Gerichte</b>	<b>219</b>	<b>223</b>	<b>216</b>	<b>-4</b>	<b>3</b>	<b>267</b>
<b>Erziehungsdepartement total</b>	<b>3'223</b>	<b>3'178</b>	<b>3'230</b>	<b>45</b>	<b>-7</b>	<b>4'976</b>
- ED Departement	754		750		4	1'024
- ED Schulen	2'470		2'480		-10	3'952
<b>Justizdepartement</b>	<b>368</b>	<b>371</b>	<b>363</b>	<b>-3</b>	<b>5</b>	<b>458</b>
<b>Finanzdepartement</b>	<b>449</b>	<b>471</b>	<b>449</b>	<b>-22</b>	<b>0</b>	<b>501</b>
<b>Sicherheitsdepartement</b>	<b>1'389</b>	<b>1'454</b>	<b>1'424</b>	<b>-65</b>	<b>-35</b>	<b>1'477</b>
- SiD Departement	477		479		-2	527
- SiD Kantonspolizei	912		946		-34	950
<b>Baudepartement</b>	<b>834</b>	<b>867</b>	<b>839</b>	<b>-33</b>	<b>-5</b>	<b>936</b>
<b>Gesundheitsdepartement total</b>	<b>4'909</b>	<b>4'925</b>	<b>4'949</b>	<b>-16</b>	<b>-40</b>	<b>6'078</b>
- GD: Departement	266		278		-12	353
- Universitätsspital	3'489		3'504		-15	4'318
- Felix-Platter-Spital	577		584		-7	716
- Universitäre Psych. Kliniken	576		583		-7	691
<b>Wirtschafts- und Sozialdepartement</b>	<b>230</b>	<b>232</b>	<b>221</b>	<b>-2</b>	<b>9</b>	<b>294</b>
<b>Zwischentotal</b>	<b>11'622</b>	<b>11'721</b>	<b>11'692</b>	<b>-99</b>	<b>-70</b>	<b>14'987</b>
Industrielle Werke Basel	710	735	714	-25	-4	744
Behörden / Allg. Verwaltung	31	35	32	-4	-1	41
Sozialstellenplan	4	30	5	-26	-1	8
<b>Total Staat</b>	<b>12'368</b>	<b>12'521</b>	<b>12'444</b>	<b>-153</b>	<b>-76</b>	<b>15'780</b>

Der Personalbestand wird in Vollzeitstellen (FTE) und Personen ausgewiesen.

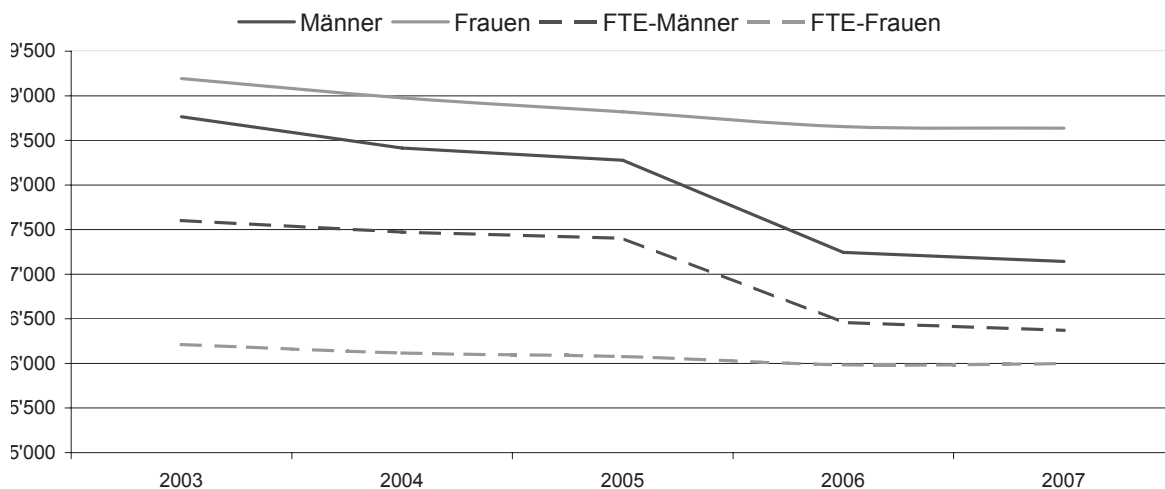
Im **Headcount** enthalten sind:

- alle unbefristet angestellten Mitarbeitenden im Stunden- und Monatslohn
- alle befristet angestellten Mitarbeitenden welche länger als ein Jahr angestellt sind
- alle Durchgangsstellen im Gesundheitsdepartement (Assistenz- und Oberärzte)

Im **Headcount nicht enthalten**, aber bei Bedarf separat ausgewiesen werden:

- alle befristet angestellten Mitarbeitenden welche bis maximal ein Jahr angestellt sind
- alle Ausbildungsstellen
- Kreditstellen
- weiterverrechnete Stellen
- Durchgangsstellen ausserhalb des Gesundheitsdepartements

**Stellen- und Personalstatistik per 31.12.2007 (nach Geschlecht)**

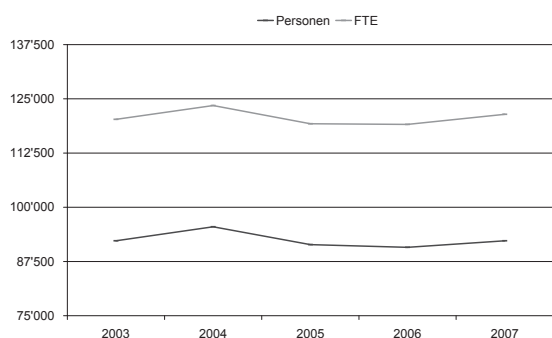


Jahr	FTE ( Full-Time Equivalent)			Personen		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
2003	7'602	6'211	13'813	8'765	9'193	17'958
2004	7'472	6'117	13'589	8'414	8'977	17'391
2005	7'403	6'076	13'479	8'278	8'820	17'098
2006	6'459	5'984	12'444	7'244	8'655	15'899
2007	6'371	5'996	12'368	7'142	8'638	15'780

Die starke Reduktion im Jahr 2006 der Stellen und Personen ist hauptsächlich auf den Wegfall der BVB (- 913,42 FTE) und auf die Stellenreduktion im Rahmen von A+L (- 128.59 FTE) zurückzuführen.

**5.2.2 Lohnaufwand**

**Lohnaufwand (Basis Stellenstatistik ohne IWB)**



Jahr	Personen	FTE
2003	92'275	120'269
2004	95'497	123'461
2005	91'384	119'258
2006	90'772	119'103
2007	92'268	121'428

Basis: Stellenstatistik ohne IWB

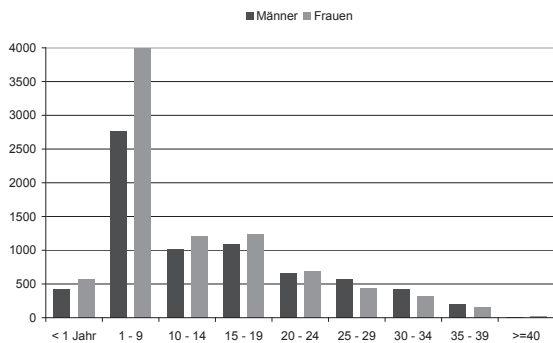
Der Lohnaufwand beinhaltet:

- Lohn / Gehalt
- Inkonvenienzen
- Sämtliche Sozialversicherungsleistungen des Arbeitgebers



## 5.2.3 Dauer der Betriebszugehörigkeit

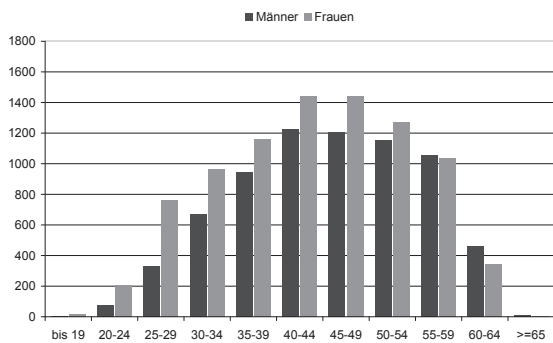
### Anzahl Personen nach Arbeitsjahren



Betriebszugehörigkeit	Männer	Frauen	Gesamt
grösser als 1 Jahr	416	573	989
1 - 9	2'770	3'998	6'768
10 - 14	1'008	1'209	2'217
15 - 19	1'091	1'237	2'328
20 - 24	653	687	1'340
25 - 29	570	433	1'003
30 - 34	416	316	732
35 - 39	205	161	366
kleiner / gleich 40	13	24	37
<b>Gesamt</b>	<b>7'142</b>	<b>8'683</b>	<b>15'780</b>

## 5.2.4 Altersstruktur

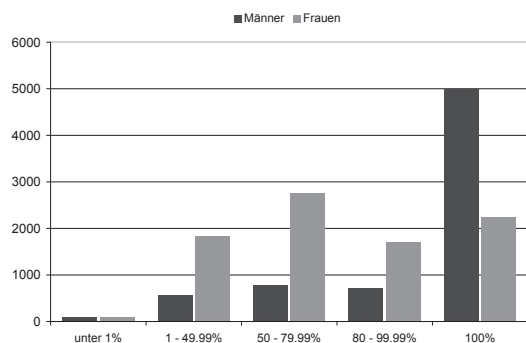
### Anzahl Personen nach Lebensalter



Alterskategorie	Männer	Frauen	Gesamt
bis 19	5	13	18
20-24	77	205	282
25-29	330	763	1093
30-34	671	963	1634
35-39	946	1'162	2108
40-44	1'225	1'438	2663
45-49	1'207	1'441	2648
50-54	1'153	1'272	2425
55-59	1'057	1'035	2092
60-64	463	342	805
grösser / gleich 65	8	4	12
<b>Total</b>	<b>7'142</b>	<b>8'638</b>	<b>15'780</b>

## 5.2.5 Beschäftigungsstruktur

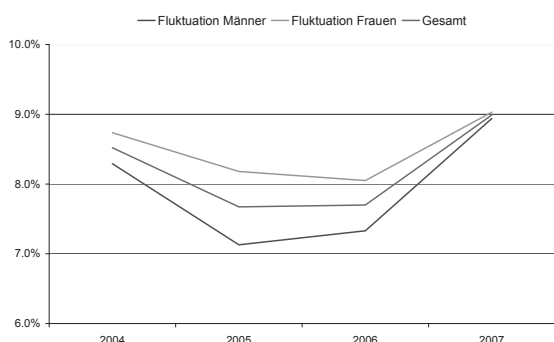
### Anzahl Personen nach Beschäftigungsgrad



Beschäftigungsgrad	Männer	Frauen	Gesamt
unter 1%	87	98	185
1 - 49.99%	561	1'831	2'392
50 - 79.99%	781	2'757	3'538
80 - 99.99%	710	1'717	2'427
100%	5'003	2'235	7'238
<b>Total</b>	<b>7'142</b>	<b>8'638</b>	<b>15'780</b>

### 5.2.6 Fluktuationsquote

Definition Fluktuationsquote (Headcount):  
 (Anzahl Austritte pro Jahr)/(durchschnittl. jährlicher Personalbestand)



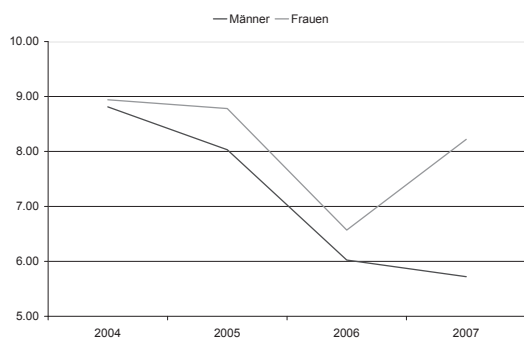
Jahr	Fluktuation Männer	Fluktuation Frauen	Gesamt
2004	8.29%	8.74%	8.52%
2005	7.13%	8.18%	7.67%
2006	7.33%	8.05%	7.70%
2007	8.94%	9.03%	8.99%

### 5.2.7 Absenzenquote

Durchschnittliche Absenz pro Mitarbeitende in Anzahl Tagen (Basis Headcount).

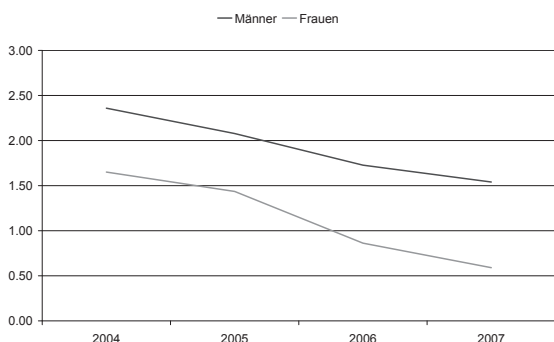
Die Absenzenquote Krankheit wird anhand der Ausfalltage bedingt durch Krankheit und Schwangerschafts-Mutterschaftsurlaubstage berechnet. Die Absenzgründe werden aber nicht differenziert erhoben.

#### Absenzenquote Krankheit



Jahr	Männer	Frauen	Gesamt
2004	8.81	8.94	8.86
2005	8.03	8.78	8.32
2006	6.02	6.57	6.33
2007	5.72	8.22	7.09

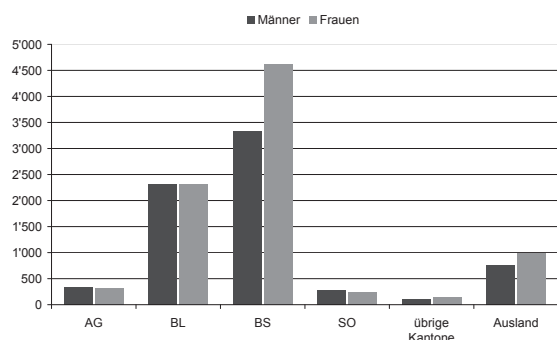
#### Absenzenquote Unfall



Jahr	Männer	Frauen	Gesamt
2004	2.36	1.65	2.09
2005	2.08	1.44	1.83
2006	1.73	0.86	1.24
2007	1.54	0.59	1.25

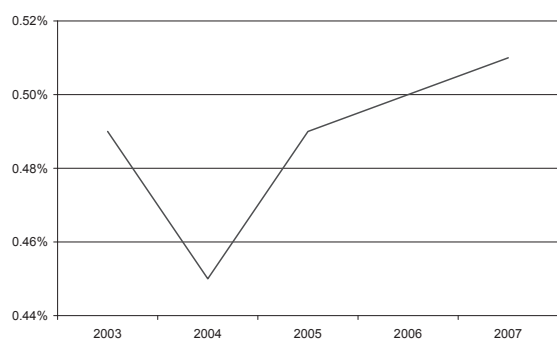
## 5.2.8 Verteilung nach Wohnsitzkantonen

### Anzahl Personen nach Wohnsitzkanton



Wohnsitz	Männer	Frauen	Gesamt
AG	336	319	655
BL	2'319	2'320	4'639
BS	3'325	4'623	7'948
SO	288	239	527
übrige Kantone	114	139	253
Ausland	760	998	1'758
<b>Total</b>	<b>7'142</b>	<b>8'638</b>	<b>15'780</b>

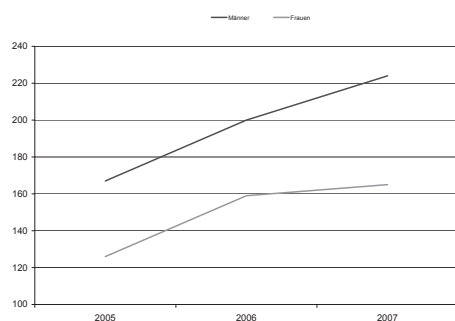
## 5.2.9 Weiterbildungsquote (ohne IWB)



Jahr	Lohnaufwand	Weiterbildungskosten in %
2003	1'583'166'097	0.49%
2004	1'587'641'932	0.45%
2005	1'585'961'427	0.49%
2006	1'486'355'478	0.50%
2007	1'584'570'801	0.51%

## 5.2.10 Koordination Berufsbildung

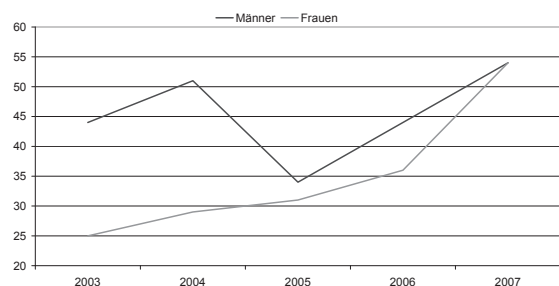
### Anzahl Lehrverhältnisse BBT-Berufe



BBT-Lehrstellen / Jahr	2005	2006	2007
Männer	167	200	224
Frauen	126	159	165
<b>Gesamt</b>	<b>293</b>	<b>359</b>	<b>389</b>

### Anzahl der Lehrgänger/innen jeweils per Ende Juli

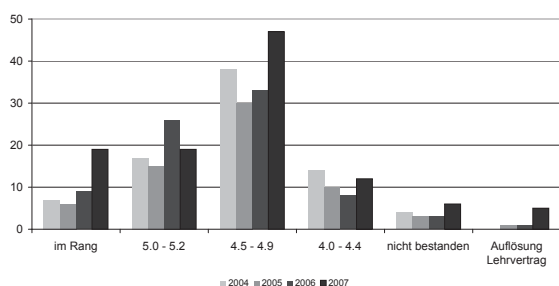
Lehrabschluss 2003-2007: Anzahl Frauen und Männer



Jahr	Männer	Frauen
2003	44	25
2004	51	29
2005	34	31
2006	44	36
2007	54	54

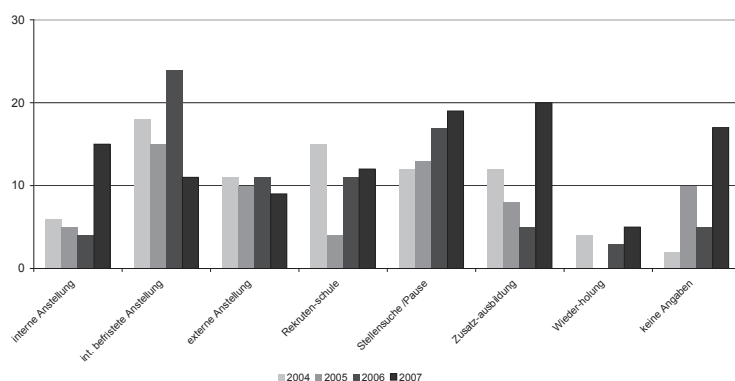
### Entwicklung Lehrabschlüsse 2004 - 2007: Qualität der Abschlüsse

Entwicklung Lehrabschlüsse 2004-2007: Qualität der Abschlüsse



Jahr	im Rang	5.0 - 5.2	4.5 - 4.9	4.0 - 4.4	nicht bestanden	Auflösung Lehrvertrag
2004	7	17	38	14	4	1
2005	6	15	30	10	3	1
2006	9	26	33	8	3	1
2007	19	19	47	12	6	5

### Weiterbeschäftigungsquote jeweils per Ende Juli



Jahr	interne Anstellung	interne befristete Anstellung	externe Anstellung	Rekrutenschule	Stellensuche / Pause	Zusatz-ausbildung	Wiederholung	keine Angaben
2004	6	18	11	15	12	12	4	2
2005	5	15	10	4	13	8		10
2006	4	24	11	11	17	5	3	5
2007	15	11	9	12	19	20	5	17

### 5.2.11 Stellen ausserhalb Headcount

Departemente / Betriebe Jahr	Ausbildungsstellen		unterjährige Stellen		weiterverrechn. Stellen		Kreditstellen	
	Stellen	Personen	Stellen	Personen	Stellen	Personen	Stellen	Personen
<b>Gerichte</b>	<b>20</b>	<b>20</b>					<b>2</b>	<b>122</b>
<b>Erziehungsdepartement total</b>	<b>422</b>	<b>444</b>	<b>20</b>	<b>49</b>	<b>5</b>	<b>99</b>	<b>20</b>	<b>73</b>
ED Departement	153	171	15	35	4	97	17	46
ED Schulen	270	273	4	14	1	2	2	27
<b>Justizdepartement</b>	<b>27</b>	<b>30</b>	<b>2</b>	<b>2</b>			<b>4</b>	<b>94</b>
<b>Finanzdepartement</b>	<b>16</b>	<b>16</b>	<b>10</b>	<b>12</b>			<b>1</b>	<b>13</b>
<b>Sicherheitsdepartement total</b>	<b>66</b>	<b>66</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>20</b>
SiD, Departement	32	32	1	1	2	2	1	17
SiD, Kantonspolizei	34	34	1	1			0	3
<b>Baudepartement</b>	<b>59</b>	<b>59</b>	<b>6</b>	<b>7</b>			<b>28</b>	<b>44</b>
<b>Gesundheitsdepartement total</b>	<b>295</b>	<b>305</b>	<b>83</b>	<b>113</b>	<b>15</b>	<b>17</b>	<b>34</b>	<b>79</b>
GD Departement	18	18	8	11	15	17	0	10
Universitätsspital Basel	182	185	42	61			0	2
Felix-Platter-Spital	44	44	18	21			0	0
Universitäre Psych. Kliniken	52	58	14	20			33	67
<b>Wirtschafts- und Sozial-departement</b>	<b>19</b>	<b>19</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>113</b>	<b>141</b>	<b>23</b>	<b>57</b>
<b>Zwischentotal</b>	<b>924</b>	<b>959</b>	<b>130</b>	<b>194</b>	<b>135</b>	<b>259</b>	<b>113</b>	<b>502</b>
<b>Industrielle Werke Basel</b>	<b>16</b>	<b>16</b>						
<b>Behörd./allg. Verwaltung</b>			<b>1</b>	<b>1</b>				
<b>Total Staat</b>	<b>940</b>	<b>975</b>	<b>130</b>	<b>195</b>	<b>135</b>	<b>259</b>	<b>113</b>	<b>502</b>

## 6 Die Regierung und die Verwaltung

## 6.1 Die Regierung

RR-410	Regierungsrat	139
RR-802	Staatskanzlei	141

## Regierungsrat

RR-410

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regieren	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

Die zentralen Vorhaben des Regierungsrates widmen sich der Umsetzungsstrategie von Basel 2020, der Reorganisation der Verwaltung, dem neuen Berichtswesen an den Grossen Rat, den Finanzen, dem Lobbying für Basel-Stadt in Bundesbern, dem Öffentlichkeitsprinzip sowie der Stadtentwicklung.

### Regieren

**Politikplan und Basel 2020** Das Jahr 2007 war durch die Konsolidierung der Arbeitsprozesse gekennzeichnet. Die Eingliederung von zwei Planungsanzügen in den Politikplan verlief nicht optimal und führte zu einem Korrigendum. Ursache war die unklare Regelung einer Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung. Auf die interne Kommunikation der Zuständigkeiten im Herstellungsprozess wird 2008 mehr Wert gelegt. Die 2000-Watt-Gesellschaft wurde neu in den Politikplan aufgenommen. Die mediale und öffentliche Beachtung der Publikation des Politikplans war nicht gross. Dies war auch auf Doppelspurigkeiten mit dem Budgetbericht zurückzuführen. Eine überdepartementale Arbeitsgruppe setzte sich zusammen, um das Verhältnis von Politikplan und Budget bzw. Jahresbericht konzeptionell zu klären. Ein Bericht hierzu ist für 2008 in Arbeit.

**Verwaltungsreorganisation** Die Konzeptphase zur Verwaltungsreorganisation konnte Ende Januar abgeschlossen werden. Auf der Grundlage des Schlussberichts wurde bis Ende Jahr die Detailplanung vorgenommen und abgeschlossen. Die Entscheide des Regierungsrates werden nun umgesetzt, damit die Verwaltung ihre Arbeit in neuer Organisation plangemäss per 1. Januar 2009 aufnehmen kann.

**Neues Berichtswesen** Der Budgetbericht wurde das zweite Mal nach neuem Konzept erstellt. Die Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung haben sich diesbezüglich eingespielt. 2008 erscheint für das Berichtsjahr 2007 erstmals der nun vorliegende neu konzipierte Jahresbericht, der den ehemaligen Verwaltungsbericht und die Rechnung zusammenfasst. 2007 hat die Staatskanzlei hierfür federführend einen Leitfaden erarbeitet, der vom Regierungsrat verabschiedet wurde, und zusammen mit den zuständigen Stellen im Finanzdepartement die ersten Umsetzungsarbeiten aufgleist.

**Finanzen** Mit der Beschränkung auf ein moderates Ausgabenwachstum einerseits und die weiterhin hohe Ausgabendisziplin andererseits trug der Regierungsrat dazu bei, dass der Kanton maximal von der guten Wirtschaftslage profitiert hat. Insgesamt konnten die Nettoschulden in den letzten drei Jahren deutlich reduziert werden. Der gewonnene finanzpolitische Spielraum wurde mit dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Steuerpaket für die Stärkung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Basel-Stadt genutzt.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	

Finanzen	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	2'665.9	2'598.7	3'313.2	67.2	2.6
31 Sachaufwand	2.4	105.0	107.2	-102.6	-97.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>2'668.2</b>	<b>2'703.7</b>	<b>3'420.4</b>	<b>-35.4</b>	<b>-1.3</b>
43 Entgelte	-3.7	0.0	-3.7	-3.7	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-3.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-3.7</b>	<b>-3.7</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'664.5</b>	<b>2'703.7</b>	<b>3'416.6</b>	<b>-39.1</b>	<b>-1.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Regieren	2'664.5	2'703.7		-39.1	-1.4

**Lobbying in Bern** Der Regierungsrat traf sich jeweils vor der Bundessession mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu den institutionalisierten Sessionsgesprächen. 2007 fanden zwei grosse Lobbying-Anlässe in Bern statt: Der erste beschäftigte sich mit Patentschutz und Parallelimporten, der zweite thematisierte die Finanzierung der zukünftigen Eisenbahninfrastruktur. Beide Anlässe stiessen bei den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern auf reges Interesse. Vor allem der zweite hatte in den Medien einen grossen Widerhall. Der Regierungsrat arbeitet bei der Interessenvertretung in Bern gezielt mit gleich gesinnten Kantonen zusammen, insbesondere mit solchen der Nordwestschweiz.

**Öffentlichkeitsprinzip** Der Entwurf eines neuen Informations- und Datenschutzgesetzes wurde zusammen mit der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Basel-Landschaft erarbeitet. Die gemeinsame Gesetzgebungsarbeit trägt dem Umstand Rechnung, dass der Umgang mit Informationen von Behörden auf kleinem Raum möglichst einheitlich gehandhabt werden sollte. Der Gesetzesentwurf wird in einem nächsten Schritt einer öffentlichen Vernehmlassung unterzogen.

**Stadtentwicklung** Für die Hochhauszone auf dem Areal des Campus Novartis konnte ein Bebauungsplan festgesetzt werden. Im Rahmen der Stadtteilentwicklung Erlenmatt wurde dem Grossen Rat ein erster Ratschlag zur Erschiessung des künftigen Quartiers und zum Bau der Parkanlage eingereicht. Ausserdem wurde die Entwicklung des Dreispitzareals vorangetrieben. Der Baugrund für das neue Universitäts-Kinderspital beider Basel wurde gesäubert und vorbereitet. Für die Finanzierung des „Messezentrums Basel 2012“ wurde dem Grossen Rat ein Ratschlag unterbreitet, der auch die nutzungsplanerischen Massnahmen enthielt.

## Staatskanzlei

RR-802

Als Stabsorgan unterstützt die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Eine umfassende Geschäftskontrolle und die Vorbereitung der Regierungssitzungen unterstützen den Regierungsrat und die Departemente in der Entscheidvorbereitung und -ausführung. Die interne und externe Information sorgt für Transparenz der Entscheide und Handlungen des Regierungsrates und der Verwaltung. Sie ermöglicht allen interessierten Kreisen die Teilhabe an der Politik des Regierungsrates und an der Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Auch die Organisation von Anlässen und die Unterstützung der Regierungsmitglieder bei Repräsentationsaufgaben zeichnen sich durch Professionalität und Qualität aus.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Hoheitliche Leistungen und Dienstleistungen	8.7 Führung und Führungsunterstützung
Unterstützung des Regierungsrates	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

### Hoheitliche Leistungen und Dienstleistungen

**Beglaubigungen** Die Zahl der Unterschriftsbeglaubigungen hat mit 20'732 (2006: 19'809) einen absoluten Höchstwert erreicht.

**Wahlen und Abstimmungen** Sowohl die National- und Ständeratswahlen vom 23. Oktober als auch die Volksabstimmungen vom 17. Juni (Projekt „Neues Stadtcasino“, Initiative „Ja zum Trolleybus“ mit Gegenvorschlag) und vom 23. September (Änderung des Schulgesetzes zur Kommunalisierung der Primarschulen von Riehen und Bettingen, Initiative „Für eine zügige Behandlung von Initiativen [Initiativen vors Volk!]“) konnten ohne Beschwerde zur Validierung beantragt werden.

**Initiativen und Referenden** Sechs Initiativbogen sind zur formellen Prüfung gemäss §4 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen eingereicht und im Kantonsblatt publiziert worden. Bei fünf Initiativen konnte verfügt werden, dass diese die nötigen 3'000 Unterschriften aufgewiesen haben und demnach zu Stande gekommen sind.

Gegen das Projekt „Neues Stadtcasino“, gegen die Änderung des Schulgesetzes zur Kommunalisierung der Primarschulen von Riehen und Bettingen sowie gegen das Integrationsgesetz ist das Referendum ergriffen worden, wobei das Referendum gegen das Integrationsgesetz mit 1'884 eingereichten Unterschriften knapp nicht zu Stande kam.

### Unterstützung des Regierungsrates

**E-Government** Die Angebote konnten planmässig ausgebaut und verbessert werden. Insbesondere wurde die Zugänglichkeit des Portals [www.bs.ch](http://www.bs.ch) auch für Sehbehinderte stark verbessert (Accessibility). Die angestrebten Verbesserungen schlugen sich wiederum in vorderen Platzierungen in diversen interkantonalen Vergleichen nieder.

**Interne Kommunikation** Bei der internen Kommunikation stand im Berichtsjahr die intensivierete Bewirtschaftung des Intranetportals im Vordergrund. So wurden auf der Einstiegsseite über 70 Meldungen veröffentlicht (2006: 45) und im Mai ein eigenes Portal zum Thema Regierungs- und Verwaltungsreorganisation eingerichtet.

**Externe Kommunikation** Der Regierungsrat ist einer transparenten und konstanten Öffentlichkeitsarbeit verpflichtet. Im Berichtsjahr wurden rund 300 Medienmitteilungen versandt. In Zusammenarbeit mit dem Parlamentsdienst wurden den Medien die Ratschläge, Berichte und Schreiben des Regierungsrates an den Grossen Rat besser und früher zugänglich gemacht. Ein Mitarbeiter der Staatskanzlei wurde zum Informationsbeauftragten der Projektleitung EURO 08 Basel ernannt. In

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.5	20.9	20.5	20.6	
Reklamationen von Medien	Anz	3	2	5		
Beanstandungen wegen unkorrekter Beglaubigungen	Anz	0	1	2	0	
Zufriedene bzw. sehr zufriedene Kunden von www.bs.ch	%	80	80	80		53 <sup>1</sup>
Nationale Rankings www.bs.ch	Rang	3	3	3	3	3 <sup>2</sup>

#### Kommentar

- 1 2004 wurde keine Umfrage durchgeführt.
- 2 Gemäss der Fachzeitschrift Anthrazit vom 5.2.2008 gehört www.bs.ch zu den 200 besten Websites der Schweiz. Dies schlägt sich auch in der Kundenzufriedenheit nieder, die mit 80 % wahrscheinlich zu tief angesetzt ist (siehe Pos.4).

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'713.7	2'934.1	2'915.7	-220.3	-7.5
31 Sachaufwand	3'053.5	3'075.8	2'829.6	-22.3	-0.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.1	0.0	0.1	0.1	...
36 Eigene Beiträge	2.0	2.5	3.0	-0.5	-21.6
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>5'769.2</b>	<b>6'012.4</b>	<b>5'748.4</b>	<b>-243.1</b>	<b>-4.0</b>
43 Entgelte	-1'634.2	-1'731.9	-1'655.6	97.7	5.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-50.0	0.0	0.0	-50.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'684.2</b>	<b>-1'731.9</b>	<b>-1'655.6</b>	<b>47.7</b>	<b>2.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'085.0</b>	<b>4'280.4</b>	<b>4'092.8</b>	<b>-195.4</b>	<b>-4.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Hoheitliche Leistungen und Dienstleistungen	512.1	457.7		54.4	11.9
Unterstützung des Regierungsrates	3'572.9	3'822.7		-249.8	-6.5
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	0.8	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.8</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

dieser Funktion erstellte er ein Kommunikationskonzept und informierte regelmässig die Öffentlichkeit. Beim Flugzeugabsturz auf eine Wohnsiedlung im Juli stellten Mitarbeitende der Staatskanzlei, darunter der Dienstchef Information des Krisenstabs, im Rahmen der kantonalen Krisenorganisation die Information der Betroffenen und der Bevölkerung sicher. Das Feedback der Medien zur Informationsarbeit der Krisenorganisation war sehr gut: sie wurde als professionell beurteilt.

**Beziehungen zum Ausland** Zur Eröffnung der Ausstellung „Die Alten Zivilisationen Bulgariens. Das Gold der Thraker“ gelang es dem Direktor des Antikenmuseums, den Präsidenten der Republik Bulgarien, Georgi Parvanov, nach Basel einzuladen, was der feierlichen Eröffnung im Festsaal des Stadtcasinos eine besondere Note verlieh. Es war dies auch seit Jahrzehnten der erste Staatspräsident, der in offizieller Mission in Basel übernachtete. Zu insgesamt drei Empfängen wurden die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, S.E. Andreas von Stechow, der Republik Ungarn, S.E. Jenő Boros, der Dominikanischen Republik, S.E. José Tomas Ares German, sowie die Botschafterinnen von Bosnien und Herzegowina, I.E. Jasmina Pasalic, der Republik Südafrika, I.E. Konji Sebati, sowie der Republik der Philippinen, Minerva Jean A. Falcon, empfangen. Zum traditionellen Diner Consulaire wurde der Regierungsrat in corpore in den Hirzen Pavillon auf dem Bäumlihof eingeladen. Wie im Vorjahr konnte Basel an der Langen Nacht der Hansestadt Hamburg als exklusiver Gast auftreten und auf sein Kulturangebot hinweisen. Eine stattliche Basler Delegation (u.a. die Trommelformation Top Secret, Vertretende der Bankenvereinigung, von Basel Tourismus, Basel Aerea, Standort-Marketing und der Medien), angeführt von Regierungspräsidentin Dr. Eva Herzog und zwei weiteren Regierungsmitgliedern, Dr. Ralph Lewin und Barbara Schneider, machte gemäss den Medienberichten in sympathischer Weise für Basel Werbung. In der Folge unternahm eine regierungsrätliche Dreierdelegation eine Studienreise nach Hamburg, um sich insbesondere mit der

Entwicklung des Hamburger Hafens sowie den Erfahrungen mit der Internationalen Bauausstellung zu befassen. Anlässlich der Art Basel konnte wiederum eine offizielle Delegation aus Miami Beach, die von Bürgermeister David Dermer geleitet wurde, empfangen werden. Der Gegenbesuch erfolgte anlässlich der 6. Art Basel Miami Beach durch Regierungsvizepräsident Dr. Guy Morin. Am 19. November unterzeichnete Regierungsrat Dr. Carlo Conti zusammen mit Vizepräsident Tengjie Tang den Städtepartnerschaftsvertrag zwischen Shanghai und Basel im Hotel Shangri La in der boomenden Metropole Shanghai. In den nächsten drei Jahren sollen die Beziehungen so vertieft werden, dass über eine Weiterführung des Abkommens entschieden werden kann. Eines der Hauptprojekte ist die Teilnahme Basels an der am 1. Mai 2010 beginnenden Weltausstellung in Shanghai. Die Beziehungen mit China gestalteten sich aber auch sonst sehr intensiv, machten doch drei grössere Wirtschaftsdelegationen ihre Aufwartung im Rathaus, davon je eine aus den Städten Shenzhen und Tanjin. Auch eine japanische Wirtschaftsdelegation aus der Präfektur Toyama fand sich zu einem Empfang ein. Im Rathaus wurden aber auch der Venezolanische Vizeausserminister für Europa, Dr. Rodrigo Oswaldo Chaves Samudio, der Südafrikanische Minister für Wissenschaft und Technologie, Mr. Mosibudi Mangena, der Bürgermeister der kolumbianischen Karnevalstadt Pasto, Dr. Raul Delgado Guerrero (mit dem ein Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Fasnachtsstädten unterzeichnet wurde), eine Gruppe libanesischer Journalisten sowie Teilnehmende einer Medienreise aus Hamburg empfangen. Zur Verleihung des Prix Bartholdi, dem trinationalen Preis zur Stärkung des Wissens- und Wirtschaftsstandortes Oberrhein, fanden sich über hundert Personen aus der Region TriRhena ein. Das Swiss Renegades 1st Junior fife and drum corps Basel überbrachte der Regierung eine Ehrenurkunde des Staates Connecticut/USA, ebenso eine Schulklasse des Holbeingymnasiums vom Gouverneur des Staates Massachusetts/USA.

**Anlässe des Regierungsrates und Repräsentation** Der Wissenschaftspreis der Stadt Basel wurde an PD Dr. Petra Gerlach für ihre wissenschaftlichen Verdienste auf dem Gebiet der Geldpolitik, der Kulturpreis an Urs Blindenbacher, künstlerischer Leiter Jazzfestival Basel, verliehen. Da alle Präsidien der Exekutiven und Legislativen von Kanton und Bürgergemeinde im Berichtsjahr von Frauen besetzt waren, wurde anlässlich einer würdigen Feier im Grossratssaal auf die politischen Anliegen der Frauen hingewiesen. An der traditionellen Morgestraich-Einladung nahmen u.a. der Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Michel Freytag, Astronaut Claude Nicollier, der Schauspieler Victor Giacobbo und der Galerist Eberhard Kornfeld teil. Auf Einladung des Büros des Grossen Rates wurden gemeinsame Themen besprochen; einer Fahrt mit dem Rhytaxi ins Hafenbecken 2 folgte ein Nachtessen im Schifferhaus. Das traditionelle Nachtessen mit den ehemaligen Mitgliedern des Regierungsrates im familiären Kreis fand im Restaurant Gareçons im Badischen Bahnhof statt, nachdem vorgängig das Hofgut Bäumlhof besichtigt worden war. Der Regierungsrat befasste sich an fünf Klausuren, von denen eine in Hagenthal/F und eine in Badenweiler/D stattfand, mit Themen wie Geothermie, Verwaltungsreorganisation, Steuerlandschaft, Universitätsspital, Erweiterung des Stausees Grimsel, Zukunft der IWB, Aussenbeziehungen, Richtplan, Raumstrategie der Universität und Stadtwohnen. Das obere Kader wurde zu zwei Informationen über den Stand der Verwaltungsreorganisation in den Grossratssaal zusammengerufen. Die Gemeinde Allschwil lud zu einem Nachbarschaftsgespräch ein. Zwei weitere solche Gespräche fanden mit den Gemeinderäten von Grenzach-Whylen sowie Riehen statt. Die beiderseitig sehr wertvollen Firmengespräche wurden mit den Geschäftsleitungen von Jet Aviation, BIZ, Basler Zeitung Medien, NZZ am Sonntag, Coop sowie Panalpina gepflegt. Novartis sowie die Privatbanquiers La Roche & Co, Baumann & Co sowie E. Gutzwiller luden in ihre Räumlichkeiten ein. Des 300. Geburtstages des bedeutendsten Mathematikers des 18. Jahrhunderts, Leonhard Eulers, wurde in einer eindrücklichen Feier in der Martinskirche gedacht. Die vielen Gäste – teilweise von Eulers Wirkungsstätten Berlin und St. Petersburg hergereist – wurden vom Regierungsrat zu einem Imbiss in den Keller des Blauen Hauses eingeladen. Die Übergabe der obligaten 500 Flaschen Staatswein aus der Bezirkskellerei Markgräflerland Efringen-Kirchen geschah in Anwesenheit der Zunft zu Rebleuten im Rathaushof und zog ein grosses Publikum an. Da die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates im Beisein von Bundesrat Pascal Couchepin ihre Sitzung in Basel abhielt, war Gelegenheit für ein gemeinsames Nachtessen geboten. An der Eröffnungsfeier des Lötschberg Basis-Tunnels sowie am offiziellen Festakt zur Aufnahme des Fahrbetriebes des „TGV Est Européen“ in Strassburg liess sich der Regierungsrat durch den Staatsschreiber vertreten. An der Jubiläumsfeier 175 Jahre Kanton Basel-Landschaft, die zugleich mit der Wiedereröffnung des Römischen Theaters in Augusta

Raurica bei strömendem Regen stattfand, nahm der Regierungsrat in corpore teil und hielt anschliessend seine ordentliche Sitzung in Augst ab. Funktionäre und Verantwortliche des Basel Tattoo wurden im Rathaus offiziell zur erfolgreichen Durchführung des 3. Basel Tattoo beglückwünscht. Dass die Schweizer Post einer lebenden Person eine Briefmarke widmet, ist völlig singulär: Roger Federer, dem weltberühmten Tennisprofi, ist dieses Glück im Grossratssaal durch eine grossangelegte Medienkonferenz in Anwesenheit von Postchef Dr. Ulrich Gygi widerfahren. Von der Allgemeinen Plakatgesellschaft wurde der Regierungspräsidentin eine Urkunde übergeben, wonach Basel in einer öffentlichen Aktion zur Hauptstadt der Schweiz gewählt wurde! Die Übergabe des 6. Bandes des Historischen Lexikons der Schweiz fand im Grossratssaal mit einem anschliessenden Apéro im Keller des Blauen Hauses statt. Aus Anlass der Inbetriebnahme des Lötschberg-Basistunnels überreichte die Walliser Regierung im Grossratssaal Basel den 14. Walliser Stern. Wiederum erfolgte die Auslosung der Davidoff-Swiss Indoors unter grosser Beachtung der Medien im Rathaus. Aus Anlass seines 75. Geburtstages wurde der bedeutende Jazzmusiker und -komponist George Gruntz im Rathaus gewürdigt und mit einem Mittagessen geehrt. Ein spezieller Empfang wurde auch dem Transatlantic21-Team unter Martin Vosseler zuteil, das mit einem Solarboot den Atlantik überquert hatte. Auf Einladung des Regierungsrates des Kantons Nidwalden verbrachte der Regierungsrat einen freundeidgenössischen Tag in Stans, auf dem Stanserhorn und auf dem Vierwaldstättersee. Der Stadtrat von Winterthur weilte zu einem Arbeitsbesuch in Basel; ein gemeinsames Mittagessen erlaubte einen wertvollen Meinungsaustausch. Mit Unterstützung von Novartis als Sponsor konnte zum Fussballmatch des FCB gegen den FC Sion eine Walliser Behördendelegation eingeladen werden. Im Rahmen der UEFA-Spiele des FCB wurden die Offiziellen der Mannschaften des SK Brann Bergen, des SV Mattersburg sowie des Stade Rennais FC zu einem Apéro empfangen. Die Teilnehmenden am Eidgenössischen Turnfest in Frauenfeld wurden nach einem Umzug vom Bahnhof in die Innerstadt in traditioneller Art und Weise auf dem Marktplatz zu ihren sehr erfreulichen Leistungen beglückwünscht. Am internationalen Aktionstag gegen die Todesstrafe ermöglichte der Regierungsrat eine Manifestation im Grossratssaal und gab seine Unterstützung durch ein Mediencommuniqué bekannt. Den besonderen Dank für ihren Einsatz für eine gute Sache sprach der Regierungsrat den Helferinnen und Helfern des Jubiläums-Stadtlafes aus. Die an sich privat organisierte Basler Weihnacht ist von grosser wirtschaftlicher und touristischer Bedeutung. Mit einem Empfang für alle, die zu deren Erfolg beigetragen haben, brachte der Regierungsrat seine Anerkennung zum Ausdruck.

418 Hochzeitsjubilarenpaare (2006: 390) wurden zu einer der sieben Jubiläumsfeiern in den Grossratssaal eingeladen. Letztmals wurde den 319 (296) Goldenen Paaren eine Goldmünze ausgehändigt. Die 85 (75) Diamantenen Paare erhielten einen Zinnbecher, die 14 (18) Eisernen Paare zusätzlich einen Blumenstrauss. Zwei (zwei) Steinernen Paaren konnten die Glückwünsche zu Hause überbracht werden. Am 19. November konnte der ältesten Baslerin, Adelheid Wehrle, zum 108. Geburtstag (Vorjahr 107) gratuliert werden. Den 105. Geburtstag erreichten eine (eine) Frau und ein (null) Mann, den 100. Geburtstag 25 ( 23) Frauen und sechs (vier) Männer.

## 6.2 Verwaltung - Dienststellen ohne Globalbudget

### 6.2.1 Baudepartement

BD-601	Departementssekretariat	146
BD-602	Bauinspektorat	150
BD-612	Amt für Umwelt und Energie	152
BD-614	Stadtgärtnerei	155
BD-617	Tiefbauamt	158
BD-621	Abfallbewirtschaftung	161
BD-651	Hochbau- und Planungsamt	163

## Departementssekretariat

BD-601

Das Departementssekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Baudepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Departementssekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Informatik sowie Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Dienstleistungen optimal erbringen können.

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen beinhaltet der Buchungskreis auch die Budgets des Lufthygieneamtes beider Basel, der Stadtbildkommission, des Submissionsbüros und der Baurekurskommission. Das Lufthygieneamt sorgt dafür, dass die Immissionsgrenzwerte der Luftreinhalteverordnung und der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung eingehalten werden. Das Submissionsbüro führt die administrativen Abläufe der Ausschreibungsverfahren des Kantons durch. Damit trägt es zu einer wirtschaftlichen Erbringung der Leistungen aller Dienststellen bei. Die Stadtbildkommission beurteilt Baubegehren in Bezug auf ihre Wirkung auf das Stadtbild. Das Sekretariat der Baurekurskommission ist dem Baudepartement administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung	1.5 Umwelt und Energie
Baurekurskommission	7.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Departementssekretariat	8.7 Führung und Führungsunterstützung
Personalabteilung	8.7 Führung und Führungsunterstützung
Rechtsabteilung	8.7 Führung und Führungsunterstützung
Regionalplanungsstelle	8.7 Führung und Führungsunterstützung
Stadtbildkommission	8.7 Führung und Führungsunterstützung
Submissionsbüro	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Rahmen der Verwaltungsreorganisation 2009 war das Departementssekretariat in zahlreichen Teilprojekten engagiert. Die Organisationsstruktur des neuen „Bau- und Verkehrsdepartement“ wurde verabschiedet, ebenso wurden die Aufgaben der Organisationseinheiten definiert. Diese Neuerungen werden nun in der Aufgabenfelder und Produktgruppen-Struktur abgebildet.

Die Gestaltung der Zukunft der IWB war 2007 ein wichtiges Projekt des Departementssekretariats. Angesichts der Öffnung des Strommarktes musste die Basler Energiepolitik und die Zukunft der IWB überdacht werden. Das Baudepartement erarbeitete im Auftrag des Regierungsrates eine entsprechende Strategie. Ziel ist, die hohen energiepolitischen Ansprüche des Kantons mit den IWB auch im neuen Marktumfeld umzusetzen.

Ausserdem engagiert sich das Baudepartement koordiniert durch das Departementssekretariat in einem Projekt der Hochschulen Zentralschweiz mit dem Thema „Nutzungsmanagement im öffentlichen Raum“. Man verspricht sich dabei Erkenntnisse, wie mit dem knappen Gut ‚öffentlicher Raum‘ umgegangen werden kann, bzw. Informationen darüber, wie andere Städte damit umgehen.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit war die Organisation und Durchführung des Stadtfestes im Juni anlässlich der Eröffnung der Stammlinie der Nordtangente ein Schwerpunkt. Zur Verbesserung der Information über wichtige Projekte des Departementes wurde im Berichtsjahr die Internet-Site ([www.bd.bs.ch](http://www.bd.bs.ch)) überarbeitet. Im Berichtsjahr wurden gegen 400 Medienanfragen beantwortet sowie 155 Communiqués versandt und 28 Medienorientierungen durchgeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	60.4	43.0	38.7	41.0	<sup>1</sup>
Lehrstellen (inklusive Vor- und Anlehen)	Anz	55	52	44	39	38
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'832	3'082	2'376	2'577	2'573
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	176	180	183	159	134
Von Stickstoffdioxid-Grenzwerteüberschreitungen Betroffene	%	38	52	39	41	43
Von Feinstaub-Grenzwerteüberschreitungen Betroffene Region BS	%	64	78	64	67	70

**Kommentar**

- 1 Im Rahmen des Projektes CEFIS wurden die Mitarbeiter des Rechnungswesens der Dienststellen in die Abteilung Finanzen und Controlling des Departementsekretariates integriert.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	8'199.3	6'702.7	6'829.0	1'496.5	22.3 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	5'659.3	4'231.4	4'235.9	1'427.9	33.7 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.1	0.0	...
36 Eigene Beiträge	1'305.8	1'360.0	1'289.5	-54.2	-4.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	9'126.5	0.0	4'464.0	9'126.5	... <sup>3</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>24'290.8</b>	<b>12'294.1</b>	<b>16'818.4</b>	<b>11'996.7</b>	<b>97.6</b>
42 Vermögenserträge	-1.9	0.0	-1.4	-1.9	...
43 Entgelte	-11'806.5	-821.6	-5'477.3	-10'984.9	... <sup>4</sup>
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-923.7	0.0	-66.9	-923.7	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-12'732.1</b>	<b>-821.6</b>	<b>-5'545.6</b>	<b>-11'910.5</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>11'558.7</b>	<b>11'472.5</b>	<b>11'272.8</b>	<b>86.2</b>	<b>0.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung	1'208.8	1'240.0		-31.2	-2.5
Baurekurskommission	234.0	256.6		-22.6	-8.8
Departementssekretariat	7'671.5	7'450.5		221.0	3.0
Personalabteilung	933.5	934.0		-0.4	0.0
Rechtsabteilung	1'078.9	1'063.2		15.7	1.5
Regionalplanungsstelle	97.0	120.0		-23.0	-19.2
Stadtbildkommission	-69.6	0.0		-69.6	-
					331'261.3
Submissionsbüro	404.7	408.3		-3.6	-0.9
5 Ausgaben Investitionen	5'308.1	94'686.0	3'889.3	-89'377.9	-94.4
6 Einnahmen Investitionen	-5'308.1	-46'686.0	-3'889.3	41'377.9	88.6
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>48'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-48'000.0</b>	<b>-100.0</b>

**Kommentar**

- 1 Im Zusammenhang mit dem Projekt CEFIS werden alle Personalkosten des Rechnungswesenpersonals neu in der DST 6010 verbucht. Der Mehraufwand gemäss den Dienstleistungsverträgen mit den Dienststellen von TCHF 1'731 wird durch Mehreinnahmen unter FDK 43 kompensiert.
- 2 Nicht budgetierte Finanzsupportleistungen (Mehraufwand) aus CEFIS Dienstleistungsvertrag, Anteil Departementssekretariat von TCHF 396. Durch die Harmonisierung der Steuerungsgrössen wurden die Kleininvestitionen des Mehrwertabgabefonds neu im ordentlichen Unterhalt gebucht, FDK 314 TCHF 924. Die Kompensation des gleichen Betrags erfolgt unter FDK 48 (Bruttoprinzip gemäss FHG). Höhere Ausgaben für Softwarelizenzen von TCHF 75.



- 3 Einlage in Spezialfinanzierung Mehrwertabgabefonds. Der Betrag entspricht der FDK-Position 43, Konto 430010 „Einnahmen aus Mehrwertabgaben“ und ist durch diese vorgeschriebene Verbuchungspraxis (Bruttoprinzip gem. FHG) in der Staatsrechnung erfolgsneutral. Der Fonds wird der Rechnung 2007 als Anhang 280 „Spezialfinanzierung zur Bilanz“ ausgewiesen.
  - 4 Einnahmen aus Mehrwertabgaben (Siehe FDK 38) von TCHF 9'126. Nicht budgetierte Einnahmen gemäss Dienstleistungsverträgen CEFIS mit den Dienststellen des BD von TCHF 1'731. Höhere Einnahmen aus Baurekursentscheiden von TCHF 23. Höhere Einnahmen aus verrechneten Dienstleistungen der Rechtsabteilung in der Höhe von TCHF 49. Entschädigungen für zusätzliche Lehrstellen durch Amt für Wirtschaft und Arbeit von TCHF 28. Höhere Rückerstattungen von Personalversicherungen z.B. SUVA TCHF 24.
- 

## Kommissionen

**Baurekurskommission** Der Bericht der Baurekurskommission befindet sich im Kapitel „Gesonderte Berichte“.

**Stadtbildkommission** Im Berichtsjahr wurden rund 1000 Bau- und Reklamebegehren sowie bauliche Massnahmen auf Allmend begleitet und beurteilt. Die meisten Gesuche wurden in wöchentlichen Sitzungen der Stufe 2 behandelt, 40 grössere Sachgeschäfte wurden auf Stufe 3 in zehn monatlichen Sitzungen behandelt.

Die Bebauungspläne für das Areal der F. Hoffmann-La Roche AG konnten zuhanden des Regierungsrats verabschiedet werden. Die Wohnüberbauungen Volta West wurden beurteilt. Durch das Mitwirken der Stadtbildkommission konnte für das Densa-Areal in Kleinhüningen ein Studienauftrag ausgelöst werden. Der Bibliothekneubau der Musikakademie an der Leonhardsstrasse und die Voranfrage einer Neubebauung an der Utengasse wurden als Neubauvorhaben in der Schonzone behandelt. Im Rahmen des Beleuchtungskonzeptes „B-leuchtet“ wurden Projekte begutachtet und neue Projektteile zur Ausführung freigegeben.

## Personalabteilung

Im Berichtsjahr wurde die Stelle des Leiters der Hauptabteilung Hochbau im Hochbau- und Planungsamt neu besetzt, ausserdem wurde in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialdepartement die Stelle des Leiters Industrielle Werke Basel besetzt. Im Baudepartement waren 55 Lehrlinge tätig. Seit 2007 werden auch Informatiker und Informatikerinnen sowie Büroassistenten und Büroassistentinnen ausgebildet.

## Rechtsabteilung

Im Berichtsjahr wurde in erster Linie die Ämter und Dienststellen bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt. Durch die Beratung der Ämter und Dienststellen beim Verfassen von Verfügungen, Abfassen von Verträgen und der Behandlung von Einsprachen wurde versucht, die Anzahl der Rekurse an die Departementsvorsteherin, den Regierungsrat und das Verwaltungsgericht zu reduzieren. Es wurden dazu auch interne Schulungen durchgeführt. Es ist jedoch zu beobachten, dass die allgemeine Bereitschaft, die vorhandenen Rechtsmittel auszuschöpfen, ebenso zugenommen hat wie die Fälle, in denen die Rekurrierenden anwaltlich vertreten sind.

## Finanzen und Controlling

Im Departementssekretariat wurden die Finanz- und Controlling-Aufgaben zu einem Shared Service Center zusammengefasst. Die neue Abteilung Finanzen & Controlling fungiert seit Mai 2007 als Treuhandbüro für alle Dienststellen im Baudepartement. Gleichzeitig wurden neue IT-Instrumente für die Barcode-Erfassung und den Kreditoren-Workflow eingeführt. Die Aufbauorganisation gliedert

sich in die Bereiche Front-Office mit Mandatsleitungen und Back-Office mit Buchhaltungssupport. Mit den Dienststellen wurden Dienstleistungverträge abgeschlossen.

### **Submissionsbüro**

Im Berichtsjahr wurden 2'832 Vergaben getätigt (2006: 3'082) was einer Vergabesumme von CHF 292'055'843 entspricht (2006: CHF 232'013'359)

Es sind sechs Rekurse eingegangen, zwei davon wurden erledigt bzw. zurückgezogen. Die Schwellenwerte für Beschaffungsverfahren im Staatsvertragsbereich sowie im allgemeinen Bereich erfuhr im Berichtsjahr keine Änderung. Die seit einigen Jahren geplante Ablösung der Internet-Beschaffungsplattform simap.ch durch eine vielseitigere, vom Bund gewünschte Plattform simap2.ch, ist aus technischen Gründen auf Bundesebene gescheitert.

### **Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung**

Die Luftbelastung mit Stickstoffdioxid, Feinstaub und Ozon war im Jahr 2007 deutlich geringer als in den Vorjahren. Zurückzuführen ist dies auf die regnerische Witterung. Trotz des witterungsbedingten Rückgangs liegt die Luftbelastung insbesondere entlang der Hauptverkehrsachsen über den Immissionsgrenzwerten. Die Ozonbelastung war 2007 flächendeckend zu hoch.

Die Erarbeitung des Luftreinhaltplans beider Basel konnte fristgerecht abgeschlossen werden. Der Plan wurde im Oktober von den Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft beschlossen. Im Februar hat der Regierungsrat die kantonale (Winter)Smog-Verordnung beschlossen. Die Verordnung enthält Massnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung der Luft während austauscharmen Wetterlagen.

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 57 „Nichtionisierende Strahlung, Gesundheit und Umwelt“ der Universitäten Bern und Basel erstellte das Lufthygieneamt einen Immissionskataster für Hochfrequenzstrahlung (Mobilfunk, Rundfunk), mit dem eine Aussage über die gesundheitsbezogene Lebensqualität möglich wird.

## Bauinspektorat

BD-602

Das Bauinspektorat koordiniert und leitet das Baubewilligungsverfahren sowie die Überwachung der Bauausführung bis zur Freigabe. Es berät die Bauherrschaft und die Baufachleute; es bestimmt für jedes Baubegehren die mitwirkenden Behörden, leitet diesen die Begehren zu und überwacht die Termine; es fällt den Bauentscheid und beantwortet die Einsprachen; es kontrolliert stichprobenweise die Ausführung auf Übereinstimmung mit den bewilligten Plänen und Einhaltung der Auflagen; es nimmt die Bauten und Anlagen zusammen mit den mitwirkenden Behörden ab, veranlasst die Behebung festgestellter und gemeldeter Mängel und entscheidet über die Freigabe.

Das Bauinspektorat überwacht die bestehenden Bauten und Anlagen mit Bezug auf deren Sicherheit und auf die Einhaltung der Baugesetzgebung. Es geht dabei Reklamationen Dritter im Zusammenhang mit dem baulichen Zustand von Bauten und Anlagen nach oder wird aufgrund eigener Kenntnisse und Feststellungen tätig.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Baubewilligungen und Bauaufsicht	1.2 Baubewilligung und Bauaufsicht

## Tätigkeiten und Projekte

### Integration Bewilligungsbüro

Im Rahmen der Verwaltungsreorganisation RV09 hat der Regierungsrat im Juni 2007 beschlossen, dass die Betriebs- und Baubewilligungen im Zusammenhang mit Gastgewerbebetriebe zentral durch das Baudepartement ausgestellt werden sollen. In der zweiten Jahreshälfte bereitete das Bauinspektorat diese Integration vor, die per 1. Januar 2008 operativ wurde. Mit der vollständigen Integration des Bewilligungsbüros des Sicherheitsdepartements in das Bauinspektorat kamen alle 4 Mitarbeiterinnen aus dem Sicherheitsdepartement in das Bauinspektorat. Da im Verlaufe des Jahres 2007 eine Stelle abgebaut wurde, vergrössert sich die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter per 1.1.2008 von 18 auf 21 Personen. Diese teilen sich 20 Vollstellen.

### Statistik

2007 wurden 1677 (2006: 1544) Baubegehren behandelt. Davon konnten 1586 (2006: 1447) Begehren bewilligt werden. 94% (2006: 92%) davon wurden innert einer Frist von drei Monaten entschieden. Im Jahr 2007 wurden 6 (2006: 14) Entscheide des Bauinspektorats im Rekursverfahren aufgehoben. In 44 (2006: 32) Fällen wurde der angefochtene Entscheid des Bauinspektorates vollumfänglich bestätigt. Wegen Widerhandlungen gegen baupolizeiliche Vorschriften musste das Bauinspektorat im Berichtsjahr 4 (2006: 4) Personen verzeigen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.1	17.1	17.2	17.7	
Eingegangene Begehren	Fälle	1'627	1'532	1'705	1'441	1'436
Abgewiesene Entscheide	Fälle	91	97	96	70	81
Bewilligte Begehren innert gesetzlicher Frist von 3 Monaten	%	94	92	90	82	87

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'386.8	2'447.0	2'387.1	-60.2	-2.5
31 Sachaufwand	2'657.3	2'457.6	2'568.8	199.7	8.1 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	15.3	25.0	1.1	-9.7	-38.9
36 Eigene Beiträge	40.0	40.0	40.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>5'099.3</b>	<b>4'969.6</b>	<b>4'997.0</b>	<b>129.8</b>	<b>2.6</b>
42 Vermögenserträge	-0.2	0.0	-0.1	-0.2	...
43 Entgelte	-5'205.4	-3'942.0	-4'657.8	-1'263.4	-32.1 <sup>2</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-5'205.6</b>	<b>-3'942.0</b>	<b>-4'657.9</b>	<b>-1'263.6</b>	<b>-32.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-106.3</b>	<b>1'027.6</b>	<b>339.1</b>	<b>-1'133.8</b>	<b>-110.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Baubewilligungen und Bauaufsicht	-106.3	1'027.6		-1'133.8	-110.3

#### Kommentar

- 1 In dieser Position sind die Rückerstattungen an andere Instanzen (eigene oder andere Dienststellen und Dritte) aus der Prüfung von Baugesuchen enthalten. Der Mehraufwand von TCHF 164 im Bereich „Übrige Dienstleistungen“ aus der Prüfung durch andere Prüfinstanzen von Baubegehren ergibt sich aus der Zunahme von Baubewilligungen. Siehe auch Mehrertrag gemäss FDK-Position 43.
- 2 Aufgrund der guten Wirtschaft- & Baukonjunktur konnten höhere Einnahmen bei den Baubewilligungsgebühren erzielt werden.

## Amt für Umwelt und Energie

BD-612

Das Amt für Umwelt und Energie trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das Amt wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Stadtentwässerung sorgt für die Ableitung der Abwässer in eine zentrale Abwasserreinigungsanlage. Dies sowie Massnahmen bei Industrie und Gewerbe verhindern Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer. Zudem fördert das Amt Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Abwasserentsorgung	1.4 Versorgung und Entsorgung
Energie	1.5 Umwelt und Energie
Umweltschutz	1.5 Umwelt und Energie

## Tätigkeiten und Projekte

### Abwasserentsorgung

Die Inbetriebnahme des Rückhaltebeckens vor der Abwasserreinigungsanlage der ProRheno AG Basel ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Gewässerschutzes. Damit wird sichergestellt, dass viel weniger unbehandeltes Schmutzwasser direkt in den Rhein eingeleitet werden muss. Bei Havarien kann zudem Abwasser, das gefährliche Stoffe enthält, aufgefangen und separat behandelt werden.

### Energie

Unter dem Stichwort „klimaneutrale Verwaltung“ ist eine interdepartementale Projektgruppe u.a. daran, Kantonsgebäude zu eruieren, für die im Rahmen der ohnehin anstehenden Sanierungsarbeiten gleichzeitig eine energetische Optimierung (Fassadenisolation, Haustechnik) entwickelt werden kann.

Im Projekt Geothermie wurden die Arbeiten für eine umfassende Risikoanalyse öffentlich ausgeschrieben. Es gilt die Frage zu klären, welches Risiko vom Geothermieprojekt ausgeht, bzw. wie das Risiko verringert werden kann. Die Untersuchung ist eine wichtige Grundlage, um über das weitere Vorgehen bei der Geothermie hier in Basel und bei anderen Projekten in der Schweiz entscheiden zu können.

### Umweltschutz

Ob das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft erreicht wird, hängt unter anderem davon ab, ob es gelingt, die Aktivitäten der Bauwirtschaft und den Betrieb von Gebäuden energiesparend zu gestalten. In der Schweiz gibt es derzeit über 100 Minergie-P-Neubauten, jedoch keine bestehenden Bauten, die nach dem Minergie-P-Standard saniert wurden. Darum hat das Baudepartement im Rahmen der „2000-Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel“ einen Sanierungswettbewerb ausgerufen. Anhand von 2 Projekten konnte aufgezeigt werden, dass der Minergie-P-Standard auch bei einer Sanierung erreichbar ist.

Das Amt für Umwelt und Energie hat zusammen mit der Fachhochschule Zentralschweiz ein neues Instrument zur Beurteilung des sog. Sekundärlärms von Restaurants und Veranstaltungsräumen entwickelt. Es geht um den Lärm, den die Gäste vor allem beim Verlassen des Lokals verursachen (angeregte Unterhaltung, Lachen, Schliessen von Autotüren). Das neue Instrument, GASBI genannt,

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	87.9	85.4	88.3	88.5	
Meldungen an die Unterlieger über Rheinverunreinigungen	Anz	1	2	4	4	2 <sup>1</sup>
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	468	433	399	394	387 <sup>2</sup>
Energie aus erneuerbaren Quellen (Wärme und Strom)	TJ/a	227	223	207	207	196
Länge der sanierten/neu gebauten Kanalisationsabschnitte	m/a	3'406	3'469	3'638	6'367	2'102

**Kommentar**

- 1 Meldungen über Verunreinigungen des Rheins an die rheinabwärts gelegenen Behörden.
- 2 Kumulierte Anzahl Gebäude mit eingebauten und abgerechneten Schallschutzfenstern.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	12'597.3	12'876.6	12'357.4	-279.3	-2.2
31 Sachaufwand	6'121.4	6'045.2	5'776.4	76.2	1.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	2.7	0.0	2.1	2.7	...
36 Eigene Beiträge	5'527.9	6'465.5	6'023.1	-937.6	-14.5 <sup>1</sup>
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	14'062.7	12'200.0	12'096.7	1'862.7	15.3 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>38'311.9</b>	<b>37'587.3</b>	<b>36'255.6</b>	<b>724.6</b>	<b>1.9</b>
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	-0.2	-0.1	...
43 Entgelte	-63'553.0	-62'716.1	-62'020.8	-836.8	-1.3 <sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-220.2	-240.0	-151.4	19.8	8.2
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-1'087.5	-1'442.0	-1'251.3	354.5	24.6 <sup>4</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-64'860.8</b>	<b>-64'398.1</b>	<b>-63'423.7</b>	<b>-462.7</b>	<b>-0.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-26'548.9</b>	<b>-26'810.9</b>	<b>-27'168.1</b>	<b>261.9</b>	<b>1.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Abwasserentsorgung	-28'823.1	-28'905.2		82.1	0.3
Energie	407.3	168.4		238.9	141.8
Umweltschutz	1'866.9	1'926.0		-59.1	-3.1
5 Ausgaben Investitionen	16'637.6	0.0	11'592.9	16'637.6	...
6 Einnahmen Investitionen	-240.0	0.0	0.0	-240.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>16'397.7</b>	<b>0.0</b>	<b>11'592.9</b>	<b>16'397.7</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Die Betriebskosten der Abwasserreinigungsanlage BS fielen tiefer aus als budgetiert.
- 2 Die Energie-Förderabgabe erzielte höhere Einnahmen. Dementsprechend flossen höhere Einlagen in den Förderfonds.
- 3 Die Einnahmen aus den Abwassergebühren sind weiterhin rückläufig - entsprechend dem sinkenden Wasserverbrauch. Sie liegen um TCHF 1'600 unter dem budgetierten Ertrag. Demgegenüber ist der Globalbeitrag des Bundesamtes für Energie für Fördermassnahmen um TCHF 1'800 höher ausgefallen. Zusätzliche Mehreinnahmen wurden durch diverse Dienstleistungen und Gebühren (namentlich Erschliessungsbeiträge) erzielt.
- 4 Dem Förderabgabe-Fonds mussten weniger Mittel für den Verwaltungsaufwand entnommen werden als budgetiert.

dient den verantwortlichen Stellen dazu, mit Hilfe von objektiven und transparenten Kriterien festzustellen, ob der zu erwartende Sekundärlärm eines Gastgewerbebetriebes an einem bestimmten Standort für die Anwohnenden akzeptabel ist. Rund 2000 Gebäude müssen im Kanton Basel-Stadt wegen übermässigem Strassenverkehrslärm mit Schallschutzfenstern ausgerüstet werden. Bis jetzt ist das an 468 Gebäuden geschehen. Dieses Jahr wurden an 35 Häusern insgesamt 546 Schallschutzfenster eingebaut. Um alle Gebäude bis ins Jahr 2018 (Sanierungsziel gemäss Lärmschutz-Verordnung) zu sanieren, ist die Zahl der jährlich eingebauten Schallschutzfenster deutlich zu erhöhen. Entsprechende Massnahmen sind eingeleitet.

Die zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt entwickelte CD-ROM „Entsorgung medizinischer Abfälle“ wurde allen Einrichtungen des Gesundheitswesens im Kanton kostenlos zugestellt und in speziellen Veranstaltungen erläutert. Der Bericht einer Arbeitsgruppe über die Erfassung und Entsorgung asbesthaltiger Fensterkittete konnte veröffentlicht werden. Gestützt darauf wird die SUVA Merkblätter zum Umgang mit diesen Bauabfällen erlassen.

Im Rahmen der Basler Littering-Gespräche gelang es, in enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat, ein 5-Punkteprogramm gegen das Littering zu entwickeln. Gemeinsam mit der Swiss Olympic Association und dem Bundesamt für Umwelt wurde die Homepage *www.saubereveranstaltung.ch* lanciert. Sie will Eventveranstaltenden und Sportverbänden aufzeigen, wie die Abfallmengen bei Veranstaltungen reduziert werden können. Für die Fussball-Euro 2008 wurde ein Abfallkonzept erstellt. Es gilt für das Stadion St. Jakob Park, die offiziellen Fan-Zonen und den Fan-Boulevard.

Bedeutenden Aufwand verursachte die Entwicklung von analytischen Methoden zur Bestimmung von Stoffen, die nach Meinung von Umweltorganisationen aus Chemiemülldeponien stammen. Diese Stoffe werden nun routinemässig untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass sie zum Teil ubiquitär in der Umwelt vorhanden sind, also aus zahlreichen, nicht näher bestimmbareren Quellen stammen. Diese Erkenntnisse schliessen allerdings noch nicht aus, dass die Stoffe nicht auch aus den Deponien stammen können. Die routinemässigen Untersuchungen des Grundwassers zeigen im Übrigen, dass die verschiedenen Altlasten in der Stadt in einem stabilen Zustand sind.

Im Rahmen der systematischen Altlastenerhebung wurden 300 Betriebe aus dem Autogewerbe bewertet. Rund 120 Standortinhaber wurden darüber informiert, dass auf ihrem Grundstück Belastungen zu erwarten sind. Sie erhielten Gelegenheit, zum beabsichtigten Eintrag in den offiziellen, öffentlich zugänglichen Kataster Stellung zu nehmen. Zudem gingen 108 Untersuchungsberichte und -konzepte zur Beurteilung ein. Bei der Erkundung der Deponie Maienbühl ist die technische Untersuchung weitgehend abgeschlossen. In der nächsten Etappe wird überprüft, ob ein Emissionspfad in Richtung der Grundwasserschutzzone Lange Erlen besteht.

## Stadtgärtnerei

BD-614

Die Stadtgärtnerei leistet als „grünes Amt“ einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt Basel. Natur- und Umweltschutz, Ökologie und die Verbesserung der klimatischen Verhältnisse sind für uns Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt.

Die Grün- und Freiflächen der Stadt Basel sowie der städtische Baumbestand werden einerseits gestalterisch aufgewertet und andererseits durch qualitativ hoch stehende Leistungen im Bereich Unterhalt gepflegt. Ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz wird in der Beratung zur Bewirtschaftung der rund 200 dezentralen Kompostierplätze in Basel geleistet.

Die Friedhöfe Basel garantieren unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften auf den Friedhofarealen für die Angehörigen von Verstorbenen eine Atmosphäre der Würde, der Stille und des Gedenkens. Im weiteren erbringen die Friedhöfe Basel mit dem Betrieb des Krematoriums für den Raum Nordwestschweiz wichtige Dienstleistungen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bestattungen	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum
Stadtgrün	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

## Tätigkeiten und Projekte

### Bestattungen

**Friedhof am Hörnli** Im Juni 2007 feierte der Friedhof am Hörnli sein 75-jähriges Bestehen. Neben der Funktion als Friedhof ist das „Hörnli“ mit rund 53 Prozent Grün- und Waldflächen ein wichtiger Naherholungsraum. Im Berichtsjahr wurde auf dem Friedhof die Besucherführung nach einem grafischen Konzept erneuert.

Bereits zum zwölften Mal hat die Friedhofkommission des Kantons Basel-Stadt eine Auszeichnung handwerklich und künstlerisch beispielhafter Grabzeichen vorgenommen. Mit der Grabmalauszeichnung beabsichtigt die Stadtgärtnerei zusammen mit der Friedhofkommission, die Qualität der Grabmalgestaltung und damit die Gestaltung des ganzen Friedhofs zu steigern.

### Stadtgrün

Die Bauarbeiten für die Umgestaltung der Theodorsgrabenanlage wurden 2007 begonnen und gleichzeitig wie der Wettsteinplatz im Dezember abgeschlossen. Die Anlage wurde zu einer attraktiven grünen Verbindung vom Wettsteinplatz zum Rhein. Im unteren Gebiet, in Richtung Schaffhauerserrheinweg, gibt es neben Ruhe- und Aufenthaltszonen auch einen Kinderspielbereich. Damit wurde das Konzept, entlang des Rheins mehr Spielplätze zu schaffen, weiter umgesetzt. Die stark verbesserte Übersichtlichkeit und auch eine durchgängige Beleuchtung tragen den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung. Auch eine neue, selbstreinigende WC-Anlage befindet sich am Rande der Anlage.

Im Sommer 2007 wurden die Arbeiten für die Neugestaltung Matthäuskirchplatz abgeschlossen und mit einem Eröffnungsfest der Platz und der Kinderspielbereich dem Quartier und der Öffentlichkeit übergeben. Ein langjähriger Partizipationsprozess wurde damit erfolgreich abgeschlossen.

Im Oktober 2007 bewilligte der Grosse Rat den Ratschlag zur Neugestaltung der Parkanlagen Erlennmatt. Vorgängig wurden die Interessen des Naturschutzes und des Quartiers in dem Gestaltungsprojekt umgesetzt. Die Stadtgärtnerei erarbeitete das Baubewilligungsprojekt und wird 2008 mit den Bauarbeiten für die erste Etappe beginnen.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	187.6	185.7	188.2	197.4	
Baumpflanzungen	Anz	570	588	371	301	312 <sup>1</sup>
Baumfällungen	Anz	247	387	430	292	357
Todesfälle	Anz	2'228	2'004	2'369	2'148	2'420 <sup>2</sup>
Kremationen	Anz	3'680	3'826	3'985	3'795	4'062 <sup>3</sup>

**Kommentar**

- 1 Aufgrund des durchschnittlichen Altersbestandes sind weniger Baumfällungen und -pflanzungen als in den Vorjahren angefallen.
- 2 Todesfälle aus dem Kanton Basel-Stadt. Ca. 80% davon werden kremiert.
- 3 Diese Kennzahl beinhaltet nicht nur die Kremationen von Bürgern aus dem Kanton Basel-Stadt, sondern auch solche aus anderen Kantonen (Basel-Land, Solothurn und Aargau).

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	21'724.4	21'039.1	20'902.5	685.3	3.3 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	11'987.3	10'219.7	11'097.8	1'767.6	17.3 <sup>2</sup>
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	20.8	9.0	17.2	11.8	130.6
36 Eigene Beiträge	434.1	390.0	429.3	44.1	11.3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	24.4	0.0	0.0	24.4	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>34'190.9</b>	<b>31'657.8</b>	<b>32'446.8</b>	<b>2'533.1</b>	<b>8.0</b>
42 Vermögenserträge	-1'788.0	-1'485.0	-292.7	-303.0	-20.4
43 Entgelte	-12'312.8	-10'397.5	-12'001.3	-1'915.3	-18.4 <sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-137.6	-77.0	-129.2	-60.6	-78.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-14'238.4</b>	<b>-11'959.5</b>	<b>-12'423.2</b>	<b>-2'278.9</b>	<b>-19.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>19'952.5</b>	<b>19'698.3</b>	<b>20'023.6</b>	<b>254.3</b>	<b>1.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Bestattungen	-2'830.0	-2'678.9		-151.1	-5.6
Stadtgrün	22'782.5	22'377.1		405.4	1.8
5 Ausgaben Investitionen	3'976.6	0.0	1'068.6	3'976.6	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>3'976.6</b>	<b>0.0</b>	<b>1'068.6</b>	<b>3'976.6</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Mehraufwand aufgrund der erstmaligen Abgrenzung von Ferien- und Überzeitguthaben von TCHF 1'000.  
Minderaufwand für Personal im Rechnungswesen infolge Übergabe von Finanzdienstleistungen in die Abteilung Finanzen & Controlling des Departementssekretariats von TCHF 200.
- 2 Durch die Abgabe von Finanzdienstleistungen an die Abteilung Finanzen & Controlling (CEFIS) des Departementssekretariats, fielen die Kosten von TCHF 200 im Sachaufwand an.  
Aufgrund der Harmonisierung der Steuergrössen fällt die Abschreibung von Kleininvestitionen (Fahrzeugen) unter FDK 31 an. Das Budget wurde um TCHF 350 zu tief angesetzt.  
Mehraufwand im Bereich Einkauf von Rohmaterial für Grossbaumpflanzungen von TCHF 200, ebenso beim Einkauf von Pflanzengefässen für die Dekoration von Strassen und Plätzen von TCHF 200.  
Für grosse Strassenbauprojekte sowie für nicht vorgesehene Auftragsarbeiten mussten deutlich mehr Bäume und Pflanzenmaterial eingekauft werden. Diesem Mehraufwand von TCHF 400 stehen entsprechende Mehreinnahmen unter FDK 43 gegenüber.  
Mehraufwand im Bereich des Unterhalts von Anlagen, Maschinen und Fahrzeugen, div. Ersatzbeschaffungen von Nutzfahrzeugen und Kleingeräten (z.B. Kleinmulden, Werkzeuge etc.) aller Art von TCHF 340.
- 3 Mehreinnahmen im Bereich der Grossraumpflanzungen bei grösseren Strassenbauvorhaben von TCHF 780.  
Mehreinnahmen beim Verkauf von Pflanzen und Pflanzengefässen aufgrund verschiedener nicht vorgesehener Auftragsarbeiten von TCHF 550.  
Ausserordentlicher Ertrag durch Einbuchung Eigenkapital Familiengärten TCHF 510, deren Rechnung bis Ende 2006 ausserhalb der Staatsrechnung (BS) geführt wurde.

Die Stadtgärtnerei entwickelte in enger Zusammenarbeit mit der Elterngruppe Margarethenpark ein Projekt, das den Kindern wieder den erwünschten wertvollen Spielraum bieten soll. Nach dem Mammutspielplatz wurde im Rahmen des Aktionsprogramms Stadtentwicklung auch der zweite Kinderspielplatz im Margarethenpark grundlegend neu gestaltet und den Sicherheitsvorschriften angepasst. Die Umbauarbeiten dauerten bis Ende November 2007.

Im Dezember 2007 konnten die Wege durch die neu gestaltete Elisabethenanlage freigegeben werden. Anlässlich dieser Freigabe pflanzte die Stadtgärtnerei zusammen mit der Bank Sarasin den letzten von 120 Bäumen. Ende März 2008 kann die Anlage eröffnet werden.

Hinsichtlich der Voltamatte wurde das Wettbewerbsprojekt des Siegerteams zur Kostenermittlung weiterbearbeitet. 2008 wird das Kreditbegehren dem Grossen Rat vorgelegt, 2009 soll die Neugestaltung der Voltamatte realisiert werden.

Im Winter 2007/2008 wurden 197 Bäume gefällt und rund 500 Bäume neu gepflanzt. In der Stadt Basel stehen auf öffentlichem Grund insgesamt rund 24'000 Bäume. Im Berichtsjahr wurden 301 Fällgesuche eingereicht, 275 Gesuche wurden positiv beurteilt, was zur Fällung von 397 Bäumen auf privatem Grund führte. Um diese Fällungen teilweise aufzufangen, wurde die Pflanzung von 318 Ersatzbäumen verfügt.

## Tiefbauamt

BD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons und trägt somit einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zur hohen Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität bei. Dazu werden im Amt Nationalstrassen, Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden. Im Rahmen der Allmendbewirtschaftung werden Baubewilligungen zur Errichtung oder Veränderung von Bauten oder Anlagen auf Allmend überprüft und erteilt, und es wird für eine faire und transparent gestaltete kommerzielle Bewirtschaftung gesorgt. Bei den Gewässern befasst sich das Amt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit. Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht im Einsammeln und umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums. In den Werkstätten des Tiefbauamts werden die kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons unterhalten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gewässer	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum
Stadtreinigung	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum
Strassen	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum
Werkstätten	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

## Tätigkeiten und Projekte

Das Jahr 2007 stand für das Tiefbauamt ganz im Zeichen der Eröffnung der Nordtangente und der Wiederherstellung der Strassen an der Oberfläche im St. Johann.

### Gewässer

Im August 2007 musste man aufgrund einer ausserordentlichen Hochwassersituation die Unterspülungen in der Nähe des Brückenpfeilers der Autobahnbrücke über die Birs und – in diesem Bereich – auch an der Birsstrasse mit Hilfe eines Blockwurfes stoppen und den ursprünglichen Zustand wiederherstellen sowie gegen erneute Hochwasser sichern.

### Stadtreinigung und Abfallsammlung

Die Stadtreinigung organisiert seit dem 1. April 2007 die Reinigung neu. Über das gesamte Stadtgebiet hinweg arbeiten die Strassenwischer und Strassenwischerinnen an sieben Tagen in der Woche in einem Zweischicht-Betrieb bis um 20.00 Uhr. Unterschieden wird zwischen einer Grundreinigung und einer Reinigung im Bedarfsfall (Interventionsreinigung). Auch im Bereich der Prävention werden mit unterschiedlichen Massnahmen weiterhin grosse Anstrengungen unternommen. Die Abfallmenge bewegte sich im jährlichen Durchschnitt.

Die eingesammelte Menge an Kehricht und Sperrgut blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant, ebenso die Menge an Recyclingmateriel. Die Grüngutsammlung konnte 2007 um rund acht Prozent mehr Grüngut zur Vergärung an die Biopower Anlage in Pratteln liefern. Ein deutlicher mengenmässiger Rückgang ist bei der Altmetallsammlung festzustellen. Eine Zunahme der durch das Tiefbauamt transportierten Sonderabfälle ist auf eine höhere Menge an infektiösen Abfällen aus den Spitälern zurückzuführen. Spitäler setzen die Richtlinien gemäss Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA-Richtlinien) konsequenter um.

Im Jahr 2007 wurden vier weitere Sammelstellen unterirdisch verlegt und zwar in der Mattenstrasse, beim Wettsteinplatz, beim Tellplatz und in der Birsstrasse. Bei Unterflurcontainern gibt es deutlich weniger illegale Deponien als bei herkömmlichen Sammelstellen, was vermutlich auf die bessere Übersicht bei diesen Anlagen zurückzuführen ist.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	297.1	315.3	337.1	361.8	
Nutzungseinschränkungen wegen Baustellen auf Allmend	Anz	30	68	80	70	87
Bewilligungspflichtige Grossanlässe	Anz	25	25	28	27	25 <sup>1</sup>
Grundberührungen von Schiffen	Anz	0	0	1	2	3
Wischgutmenge	t	5'662	6'000	5'042	6'030	5'306

**Kommentar**

- 1 Grossanlässe sind Veranstaltungen, welche sich durch eine grosse örtliche Beanspruchung, einen erheblichen Publikumsandrang und starke zu erwartende Immissionen (Lärm, Musik, Abfall) auszeichnen. Grossveranstaltungen konzentrieren sich in der Regel auf Lokalitäten der Innerstadt, welche mit einem Kontingent betreffend die maximale, jährlich zulässige Anzahl an Veranstaltungen versehen sind (z.B. Barfüsserplatz, Münsterplatz, Rheinufer, Kasernenareal etc.).

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	35'559.6	35'999.7	35'628.8	-440.1	-1.2 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	22'199.3	21'469.2	22'259.5	730.1	3.4 <sup>2</sup>
K	0.0	160.0	0.0	-160.0	-100.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	100.7	20.0	102.1	80.7	403.3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>57'859.6</b>	<b>57'489.0</b>	<b>57'990.4</b>	<b>370.6</b>	<b>0.6</b>
42 Vermögenserträge	-559.7	-392.6	-532.4	-167.1	-42.6
43 Entgelte	-19'468.6	-16'180.7	-17'515.3	-3'288.0	-20.3 <sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-9'720.3	-11'238.5	-10'858.3	1'518.2	13.5 <sup>4</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-29'748.6</b>	<b>-27'811.7</b>	<b>-28'906.0</b>	<b>-1'936.9</b>	<b>-7.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>28'111.0</b>	<b>29'677.2</b>	<b>29'084.3</b>	<b>-1'566.3</b>	<b>-5.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gewässer	2'465.7	1'999.9		465.8	23.3
Stadtreinigung	20'627.1	21'418.3		-791.2	-3.7
Strassen	66.5	1'325.5		-1'259.0	-95.0
Werkstätten	4'951.7	4'933.5		18.1	0.4
5 Ausgaben Investitionen	61'418.1	0.0	126'695.6	61'418.1	...
6 Einnahmen Investitionen	-36'390.3	0.0	-62'278.4	-36'390.3	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>25'027.8</b>	<b>0.0</b>	<b>64'417.1</b>	<b>25'027.8</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Die Verschiebung von Aufgaben im Bereich Nationalstrassen vom Kanton zum Bund führten zu Personalabbau, was zu einer Unterschreitung des Personalbudgets um TCHF 1'100 führte.  
Der Minderaufwand für Personal im Rechnungswesen infolge der Übergabe der Finanzdienstleistungen in die Abteilung Finanzen & Controlling (CEFIS) des Departementssekretariats sowie der zusätzliche Personalabgang entlasteten die Rechnung um TCHF 600.  
Die erstmalige Verbuchung der Ferien- und Überzeitguthaben in der Dienststelle führte zu einer zusätzlichen Belastung von TCHF 1'300.
- 2 Der Mehraufwand beim Material- und Treibstoffeinkauf in den Werkstätten belastete die Rechnung mit TCHF 600. Kompensation unter FDK 43.  
Durch den Minderaufwand beim baulichen Unterhalt und dem Verbrauchsmaterial der Stadtreinigung wurde das Budget um TCHF 500 entlastet.  
Durch die Abgabe der Finanzdienstleistungen an die Abteilung Finanzen & Controlling (CEFIS) des Departementssekretariats fielen die Kosten von TCHF 500 im Sachaufwand an.
- 3 Die Aktivierung des Inventars der Allmendverwaltung auf Empfehlung der FIKO führte zu einem ausserordentlichen Ertrag im Wert von TCHF 1'370.  
TCHF 1'300 Mehreinnahmen entstanden aus dem Verkauf von Material und Treibstoff der Werkstätten.  
Die Mehreinnahmen bei den verrechneten Arbeitsleistungen im Autobahnunterhalt der Stadtreinigung entlasteten das Budget um TCHF 630.
- 4 Der effektive Ertrag aus der Mineralölsteuer (Benzinzoll) fiel um TCHF 1'600 tiefer aus.

## Strassen

Die Stammlinie der Nordtangente konnte im Juni 2007 eingeweiht werden, in diesem Zusammenhang wurde die provisorische Ausfahrt – die Südröhre vor dem Bahnhof St. Johann – geschlossen. Die Hauptarbeiten am Erhaltungabschnitt Basel-Augst (EABA) der Autobahn A2 konnten Ende Oktober abgeschlossen werden, ab Ende Oktober begann die Demontage der Hilfsbrücke und der Rückbau der Hilfsrampe im Gellertdreieck. Im Januar hat das Tiefbauamt beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) die ausgearbeitete Projektstudie für eine Strukturverbesserung der Osttangente (STOT) eingereicht: Sie umfasst im Wesentlichen eine vom Bund verlangte Kapazitätserweiterung sowie zusätzliche Lärmschutzmassnahmen.

Ab Januar 2008 liegt die Verantwortung für die Nationalstrassen gemäss Beschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) beim Bund. In die Verantwortung des Bundes gehen ab Januar 2008 das Ausbauprojekt Strukturverbesserung Osttangente und das Ausbauprojekt für den Halbanschluss Rheinhafen – Verkehrsentlastung Kleinhüningen. Nach wie vor eine Verbundaufgabe mit herkömmlicher Finanzierungsregelung und Zuständigkeit bleiben die Arbeiten am Autobahnnetz. Dazu gehören die Fertigstellung der Nordtangente und ein allfälliger Bau des Autobahnzubringers vom Gellertdreieck via Bahnhof SBB in den Birsigraum (A2 Abschnitt 7).

Auf der Lokalstrassenebene konnten im Berichtsjahr die folgenden Arbeiten abgeschlossen werden: die Vorbereitungs- und Infrastrukturarbeiten für den neuen Vogesenplatz, koordiniert mit den geplanten Hochbauten in Basel-Nord, die Neugestaltung des Wettsteinplatzes, die Aufwertung des Gevierts Eulerstrasse/ Birmannsgasse und Umgebung, die Umgestaltung der Güterstrasse (inkl. Tellplatz), die Aufwertung des St. Johann-Rheinweges, die Aufwertung im Bereich der Haltestelle „Aeschenplatz“ und in der Grünanlage, die Erneuerung der Bettingerstrasse im Abschnitt Baslerstrasse bis Bahndamm und die Vermehrung der Veloparkplätze rund um den Bahnhof SBB. Nachdem ein Seil der Schrägseilbrücke an der Birskopfsteig-Brücke riss, musste die Brücke gesichert und dann abgebaut werden. Der Auftrag für den Bau einer provisorischen Hilfsbrücke konnte Ende 2007 erteilt werden.

## Abfallbewirtschaftung

BD-621

Im Rahmen der Abfallbewirtschaftung geht es um die Sammlung und umweltgerechte Entsorgung oder Verwertung von Abfällen und Wertstoffen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Abfallentsorgung	1.4 Versorgung und Entsorgung
Vermietung KVA	1.4 Versorgung und Entsorgung

## Tätigkeiten und Projekte

In Zusammenarbeit mit den Industriellen Werke Basel wurde für die Kehrichtverbrennungsanlage Basel ein Businessplan erstellt. Mit diesem Instrument lassen sich zukünftige Schwankungen der Abfallmengen besser ausgleichen und die Anlage sicherer auslasten. Im Rahmen einer Studie wurde die Basler Bevölkerung befragt, wie sie mit sog. Bioabfällen umgeht. Rund 38% kompostieren ihre Küchen- und Gartenabfälle, 62% entsorgen sie via Abfallsack. Jetzt soll eine Ökobilanz aufzeigen, ob es sinnvoll ist, auf eine Änderung dieser Verhaltensweisen hinzuwirken.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.5	72.7	70.9	70.3	
Recycling-Anteil an den Siedlungsabfällen	%	51.0	50.1	49.9	48.6	48.1
Haushaltsabfälle (inklusive Sperrgut) pro Einwohner und Jahr	Kg	183	178	179	184	184

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
30 Personalaufwand	7'872.7	7'194.8	7'380.5	677.9	9.4	1
31 Sachaufwand	16'100.7	12'293.4	11'319.7	3'807.3	31.0	2
32 Passivzinsen	3'079.1	2'991.0	3'567.7	88.1	2.9	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	8.7	5.0	9.1	3.7	73.1	
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	33'294.8	8'849.0	8'855.7	24'445.8	276.3	3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>60'355.9</b>	<b>31'333.2</b>	<b>31'132.8</b>	<b>29'022.8</b>	<b>92.6</b>	
42 Vermögenserträge	-22.8	-25.1	-76.2	2.3	9.1	
43 Entgelte	-62'236.2	-43'008.0	-39'608.2	-19'228.2	-44.7	4
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-8'763.5	0.0	-3'816.9	-8'763.5	...	5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-71'022.5</b>	<b>-43'033.1</b>	<b>-43'501.3</b>	<b>-27'989.4</b>	<b>-65.0</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-10'666.6</b>	<b>-11'700.0</b>	<b>-12'368.5</b>	<b>1'033.4</b>	<b>8.8</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Abfallentsorgung	-523.4	-740.0		216.6	29.3	
Vermietung KVA	-10'143.2	-10'960.0		816.8	7.5	
5 Ausgaben Investitionen	406.8	0.0	1'083.7	406.8	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>406.8</b>	<b>0.0</b>	<b>1'083.7</b>	<b>406.8</b>	<b>...</b>	

### Kommentar

- TBA Abfallentsorgung: Die Lohnkosten überschreiten das Budget um TCHF 160, da aufgrund von Langzeitkrankheitsausfällen im Abfallbewirtschaftungsbereich befristete Arbeitsverträge abgeschlossen wurden.

TBA Abfallentsorgung: Die erstmalige Verbuchung der Ferien- und Überzeitguthaben in der Dienststelle führte zu einer zusätzlichen Budgetüberschreitung von TCHF 500.
- KVA Kehrichtverwertung: Übernahme des Betriebsdefizit von TCHF 4'200 der Kehrichtverbrennungsanlage (Anteil Kanton Basel-Stadt), welches aufgrund des ausserordentlichen Mietaufwandes entstand und im Rahmen der Spezialfinanzierung unter dieser Position belastet wird.
- KVA Kehrichtverwertung: Zusätzliche Einlage in Spezialfinanzierung von TCHF 24'445 infolge ausserordentlicher Mieteinnahmen in der Höhe von TCHF 29'450, bedingt durch betriebswirtschaftlich begründete Rückstellungen in der Betriebsrechnung der KVA, abzüglich des nicht realisierten, budgetierten Betriebsüberschusses von TCHF 5'500.
- TBA Abfallentsorgung: Die budgetierten Einnahmen aus den Abfallgrundgebühren von TCHF 4'750 konnten nicht generiert werden (RRB 03/15/43 und 03/23/3).

KVA Kehrichtverwertung: Mehreinnahmen in der Höhe von TCHF 29'450 infolge ausserordentlicher Mieteinnahmen durch betriebswirtschaftlich begründete Rückstellungen in der Betriebsrechnung der KVA.

KVA Kehrichtverwertung: Wegfall des budgetierten Betriebsüberschusses von TCHF 5'500 der Kehrichtverwertungsanlage (Anteil Kanton Basel-Stadt) aufgrund des ausserordentlichen Mietaufwandes in der Betriebsrechnung der KVA.
- TBA Abfallentsorgung: Entnahme aus Spezialfinanzierung für fehlende Einnahmen aus nicht eingeführter Grundgebühr in der Höhe von TCHF 4'564.

KVA Kehrichtverwertung: Entnahme aus Spezialfinanzierung von TCHF 4'200 zur Deckung des Betriebsdefizit der Kehrichtverwertungsanlage. Das Defizit in der Betriebsrechnung der KVA ist auf den ausserordentlichen Mietaufwand zurück zu führen, der durch betriebswirtschaftlich begründete Rückstellungen bedingt ist.

## Hochbau- und Planungsamt

BD-651

Die Hauptabteilung Hochbau projiziert, realisiert und unterhält im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt, der Universität Basel und der Basler Verkehrsbetriebe Liegenschaften im Eigentum des Kantons und der Einwohnergemeinde und unterstützt die Dienststellen aller Departemente bei Ausstattungs- und Mobiliarfragen. Dabei werden Kriterien der architektonischen und baulichen Qualität, der Wirtschaftlichkeit, der Ökologie sowie der Energieeffizienz besondere Beachtung geschenkt.

Die Hauptabteilung Planung sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung und des Verkehrs innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und eine stadtgerechte Mobilität. Besonders gefördert wird der private Wohnungsbau. Erhalten und Schaffen eines hochwertigen Stadtbildes bilden weitere Ziele.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Agglomerationsplanung	1.1 Raumplanung
Raum- und Mobilitätsentwicklung	1.1 Raumplanung
Hochbau Werkstätten	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum
Hochbaudienste	8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste

## Tätigkeiten und Projekte

### Agglomerationsplanung

Nach einem weitgehenden Abstimmungsprozess zwischen den vier nordwestschweizer Kantonen konnte dem Bund Ende 2007 rechtzeitig das „Agglomerationsprogramm Basel“ eingereicht werden.

Nach zweijähriger Vorbereitungszeit im Rahmen des Projektes TAB (Trinationale Agglomeration Basel) und TEB (Trinationaler Eurodistrict Basel) wurde dem Regierungsrat ein Konzept zu einer Internationalen Bauausstellung (IBA) von 2009-2020 vorgestellt. Der Regierungsrat unterstützt die Idee IBA Basel 2020. Im Oktober 2007 fand dazu eine trinationale Tagung im Dreiländereck statt.

Der Regierungsrat bestätigte in der Vernehmlassung zum Entwurf des „Sachplanes Geologische Tiefenlager – Konzeptteil“ die grundsätzlich ablehnende Haltung des Kantons gegenüber der Nutzung der Kernenergie.

In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Basel-Stadt, Weil am Rhein und Riehen - künftig auch in erweiterter Zusammenarbeit mit der Stadt Lörrach - wurde der Landschaftspark Wiese geschützt und weiterentwickelt.

### Raum- und Mobilitätsentwicklung

Der Regierungsrat beschloss in einer Klausur im August 2007 die Strategie des kantonalen Richtplans. Der im Jahr 2007 zu Ende konzipierte und in vielen Einzelheiten ergänzte Richtplan wurde in verschiedenen Vernehmlassungen überprüft und optimiert. Im Dezember verabschiedete der Regierungsrat den Richtplan für die öffentliche Mitwirkung.

Im Rahmen der Zonenplanrevision wurden für Schlüsselgebiete an den Stadträndern mehrere Testplanungen mit Stadt- und Landschaftsplanungsbüros durchgeführt, um die Bandbreite der Entwicklungsoptionen auszuloten. Ergänzend wurden differenziertere Zonierungsinstrumente im Bereich Freiraum, Landschafts- und Naturschutz entworfen, die den veränderten Ansprüchen an diese Räume gerecht werden. Für den Ortsbildschutz erfolgte eine Untersuchung des gesamten Stadtgebietes aus den Perspektiven der Stadtentwicklung und des Denkmalschutzes.

Als grosser Erfolg darf die fünfte Auflage des „Basler Investorengespräches“ gewertet werden. Dabei wurden grosse Firmen aus der Schweiz und aus Deutschland über Möglichkeiten und Potenziale im aktuellen Wohnungsbau informiert. Im Rahmen einer gemeinsamen Aktion unterstützten der



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	115.0	120.0	129.0	132.7	
Umsatzvolumen pro Mitarbeiter	1000 Fr	190	180	150	141	1
Laufende Investitions-Aufträge	Anz	78	70	65		

**Kommentar**

1 Umsatz in Tausend Franken pro Mitarbeiter der Hochbauwerkstätten.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	19'900.9	19'461.1	18'897.3	439.8	2.3 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	5'077.8	4'231.8	3'621.0	846.0	20.0 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.6	0.0	0.5	0.6	...
36 Eigene Beiträge	2'162.0	2'046.0	2'158.0	116.0	5.7 <sup>3</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>27'141.3</b>	<b>25'738.9</b>	<b>24'676.8</b>	<b>1'402.4</b>	<b>5.4</b>
42 Vermögenserträge	-7.1	-7.0	-11.4	-0.1	-2.0
43 Entgelte	-8'014.5	-8'228.5	-7'272.8	214.0	2.6 <sup>4</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-8'021.7</b>	<b>-8'235.5</b>	<b>-7'284.2</b>	<b>213.8</b>	<b>2.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>19'119.6</b>	<b>17'503.4</b>	<b>17'392.6</b>	<b>1'616.2</b>	<b>9.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Agglomerationsplanung	2'528.8	2'384.9		143.8	6.0
Raum- und Mobilitätsentwicklung	3'654.4	3'425.0		229.3	6.7
Hochbau Werkstätten	10.0	-221.1		231.1	104.5
Hochbaudienste	12'926.5	11'914.6		1'011.9	8.5
5 Ausgaben Investitionen	1'356.6	0.0	1'279.2	1'356.6	...
6 Einnahmen Investitionen	-65.0	0.0	0.0	-65.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>1'291.6</b>	<b>0.0</b>	<b>1'279.2</b>	<b>1'291.6</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Mehraufwand für die erstmalige Abgrenzung der Überzeit- und Ferienguthaben in der Höhe von TCHF 934. Höhere PK-Zusatzbeiträge von TCHF 100. Minderausgaben von TCHF 593 infolge Transferierung des Personals Rechnungswesen in die Abteilung Finanzen und Controlling des Departementsekretariates.
- 2 Mehraufwand für Materialeinkäufe durch die HPA/Werkstätten von TCHF 379. Diese werden vollumfänglich durch Mehreinnahmen unter FDK 43 kompensiert. Durch die Abgabe der Finanzdienstleistungen an die Abteilung Finanzen und Controlling im Departementsekretariat fallen dem Hochbau- und Planungsamt neu die Dienstleistungskosten gemäss Dienstleistungsvertrag von TCHF 593 an.
- 3 Höhere Ausgaben für Energiekosten aufgrund gestiegener Bezugspreise für den Zoologischen Garten Basel in der Höhe von TCHF 83. Höhere Ausgaben für die Münsterbauhütte von TCHF 33.
- 4 Mindereinnahmen, infolge noch nicht beschlossenen Ratschlag Nr. 05.0865.01 „Qualität im Zentrum“ entgehen dem Planungsamt Projekthonorare in der Höhe von TCHF 150. Mindereinnahmen infolge Verzögerung bei diversen Projekten des Planungsamtes TCHF 64.

Hausbesitzer-Verein Basel und Logis Bâle die zeitgemässe Erhaltung von bestehendem Wohnraum und die Schaffung neuer Wohnungsangebote.

Das Projekt Messezentrum Basel 2012 wurde weiter entwickelt und die Vorlage an den Grossen Rat weitergeleitet. Parallel dazu konnten unter der Moderation des Stadtteilsekretariates Anwohnende und Betroffene Wünsche und Anregungen zum Projekt formulieren.

Die F. Hoffmann-La Roche AG plant an der Wettsteinallee einen Neubau (Bau 67). Langfristig ist der Ersatz der gesamten Bebauung entlang der Wettsteinallee geplant. Diese Bauabsichten waren Anlass für die Erarbeitung eines Bebauungsplanes, der u.a. als Ersatz für die entfallenden Grünflächen die Verlängerung der Baumallee in der Wettsteinallee regelt. Der Regierungsrat hat die entsprechende Vorlage an den Grossen Rat überwiesen.

Mit dem Entscheid des Wettbewerbes betreffend die Unterbringung der Hochschule für Gestaltung

und Kunst (HGK) auf dem Dreispitz wurde der erste Meilenstein auf dem Weg zum „Kunstfreilager“ erreicht. Auf Münchensteiner Boden gewinnt hiermit ein erstes Projekt im Rahmen der partnerschaftlichen Entwicklungsplanung Dreispitz Konturen.

Im Berichtsjahr konnte der Bebauungsplan für die Hochhauszone auf dem Areal des Campus Novartis festgesetzt werden. Ausserdem wurde zwischen Novartis, dem Kanton Basel-Stadt und den zuständigen französischen Partnern nach mehreren Verhandlungsrunden ein Rahmenvertrag unterzeichnet, der die Modalitäten des Ersatzes der Hünigerstrasse, die Trasseeführung der Ersatzstrasse auf französischem und schweizerischem Territorium und deren Finanzierung sowie flankierende Massnahmen regelt. Der von der Novartis Pharma AG und dem Baudepartement Basel-Stadt gemeinsam veranstaltete Wettbewerb für die Gestaltung entlang dem Rhein vom St. Johannspark in Richtung Huningue konnte im September 2007 durch das Preisgericht entschieden werden.

Bei der Stadtteilentwicklung Erlenmatt beantragte der Regierungsrat mit einem ersten von insgesamt drei Ratschlägen beim Grossen Rat die Finanzierung eines wesentlichen Teils der zentralen Parkanlage und eine erste Etappe der Erschliessung des zukünftigen Quartiers.

Als flankierende Massnahme zur Nordtangente wurden der Luzernerring und der Wasgenring neu konzipiert. Die Umgestaltung ermöglicht Massnahmen zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs, Velomassnahmen sowie Baumpflanzungen. Die entsprechende Vorlage wurde zuhänden des Grossen Rats verabschiedet.

Es wurden folgende Bebauungspläne und Zonenänderungen geplant und dem Grossen Rat unterbreitet: CMS und Stiftung Basler Dybli: Erweiterung Alterssiedlung Rheinfelderstrasse; GGG Breite AG: Wohnüberbauung Wildensteinerstrasse; Areal Sevogelpark: Wohnungen und Erhalt der grosszügigen, parkähnlichen Grünfläche.

Die Fachstelle Langsamverkehr des Kantons Basel-Stadt hat sich im 2007 im Besonderen der Planung von Fussgänger-Massnahmen in Koordination mit Sanierungsprojekten sowie der Angebotserweiterung von Veloabstellplätzen rund um den Bahnhof SBB gewidmet. Die Ausgaben 2007 aus den entsprechenden Rahmenkrediten betragen gesamthaft rund CHF 700'000 (detaillierte Angaben sind auf der beiliegenden CD-ROM zu finden).

### **Hochbaudienste**

Die Werkstätten des Hochbau- und Planungsamts und des Tiefbauamts sollen zusammengelegt werden. Im Dreispitz wird dafür ein neues Gebäude erstellt. Nach Abschluss der Ausführungsplanung und Ausschreibung wurde im Sommer 2007 mit dem Aushub und den Bauarbeiten für den Neubau gestartet. Die Inbetriebsetzung ist im 4. Quartal 2009 geplant.

Das Vorprojekt für den Neubau für die Zentrale Informatik-Dienststelle konnte im 2007 abgeschlossen werden. Auf der Basis dieses Projektstandes wird der Ratschlag fertig gestellt und dem Grossen Rat Anfang 2008 vorgelegt.

Für den Neubau des Universitäts-Kinderspitals Beider Basel (UKBB) wurde der Nordflügel des ehemaligen Frauenspitals abgebrochen und der Baugrund gesäubert und vorbereitet. Im Laufe der Planung wurden Arbeiten für 60% der Bausumme submissioniert, die Vergaben liegen im Rahmen des Kredits.

In zwei Schulen wurden neu Mensen eingebaut. Die Erdbebensicherheit des Magazingebäudes der Berufsfeuerwehr wurde erhöht. Zwei weitere Gebäude der Universitären Psychiatrischen Kliniken wurden umgebaut und saniert.

In diversen Liegenschaften des Verwaltungs- und des Finanzvermögens wurden ordentliche und ausserordentliche Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Für die Ermittlung einer nachhaltigen Werterhaltungsquote wurden unterschiedliche Liegenschaften bezüglich Instandsetzungsbedarf systematisch analysiert.

Die Sanierung der Allgemeinen Gewerbeschule mit ihren 8 Trakten wurde im 2007 vollumfänglich projektiert. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um mit den umfangreichen Arbeiten etappenweise anfangs 2008 beginnen zu können.

Unter dem Titel „USB Freeflow“ werden Personalrestaurant und Cafeteria des Universitätsspital Basel bei laufendem Betrieb rundum erneuert. Ende Januar 2008 wird die erste Etappe abgeschlossen sein.

Per 31.12.2007 ist Bruno Chiavi altershalber als Leiter der Hauptabteilung Hochbau zurückgetreten. Seit 1994 führte er die Geschäfte des Hochbaus. Sein überaus grosser Einsatz in seiner Funktion als Kantonsarchitekt dokumentiert sich in zahlreichen Bauten für den Kanton Basel-Stadt.

### **Hochbauwerkstätten**

Die Mitarbeiter der Hochbauwerkstätten warten und unterhalten die Turnhallen und die Kinderspielplätze und sie führen Reparaturaufträge für staatliche Liegenschaften und ihre Einrichtungen aus, welche besondere Anforderungen bezüglich Ortskenntnis, Qualität und/oder Termin stellen.

## 6.2.2 Erziehungsdepartement

ED-201	Departementsstab	168
ED-203	Ressort Sport	171
ED-204	Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ULEF	174
ED-205	Amt für Ausbildungsbeiträge	176
ED-210	Ressort Schulen	178
ED-211	Kindergärten Basel	184
ED-224	Rektorat Kleinklassen	186
ED-225	Schulen von Riehen und Bettingen	188
ED-226	Primarschule Basel	190
ED-231	Schule für Brückenangebote	192
ED-235	Orientierungsschule Basel	194
ED-236	Weiterbildungsschule	196
ED-249	Fachmaturitätsschule	198
ED-251	Gymnasium am Münsterplatz	200
ED-252	Gymnasium Kirschgarten	202
ED-254	Gymnasium Leonhard	204
ED-256	Gymnasium Bäumlhof	206
ED-258	Wirtschaftsgymnasium & Wirtschaftsmittelschule	208
ED-261	Berufsfachschule Basel	210
ED-262	Allgemeine Gewerbeschule Basel	212
ED-263	Schule für Gestaltung	214
ED-264	Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt	216
ED-265	Ressort Berufsbildung	218
ED-271	Ressort Hochschulen	221
ED-278	Archäologische Bodenforschung	224
ED-280	Ressort Kultur	226
ED-282	Denkmalpflege	228
ED-293	Materialzentrale	230
ED-295	Ressort Dienste	232

## Departementsstab

ED-201

Der Departementsstab berät und unterstützt den Vorsteher des Erziehungsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt der Departementsstab für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Dazu gehört auch das Leistungscontrolling im Rahmen von Politikplan und Jahreszielen. Die zentralen Stabsleistungen gliedern sich in die drei Teilbereiche Departementssekretariat (inkl. den Abteilungen Recht, Informatik sowie Information + Dokumentation), Finanzen & Controlling sowie Personal auf. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement und sorgen gleichzeitig für die Einhaltung der diesbezüglichen Qualitätsstandards. Weiter unterstützt der Departementsstab die sechs Ressorts und 34 Dienststellen des Erziehungsdepartements, so dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Zentrale Stabsleistungen ED

8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

Das grösste und zeitintensivste Projekt war im Berichtsjahr die Vorbereitung auf RV09. Das Projekt tritt im Jahr 2008 bereits in die Umsetzungsphase. Als weitere Grossprojekte laufen die NFA-Umstellung sowie die zahlreichen Anpassungen im Hinblick auf die neue Berichterstattung. Besonders erfolgreich unterwegs sind die Schaffung und Gewinnung neuer Ausbildungsplätze für Lehrleute und Praktika in den Verwaltungseinheiten des Erziehungsdepartements.

## Zentrale Stabsleistungen ED

**Verwaltungsreorganisation** Im Frühjahr 2007 ist das Erziehungsdepartement in ein Reorganisationsprojekt gestartet, mit dem Ziel, im Zusammenhang mit der kantonalen Neuorganisation und den Aufgabenverschiebungen zwischen den Departementen auch die seit der Reorganisation 1996/1997 vorhandenen Strukturen einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen. Als Anforderungen wurden definiert: systematische Gliederung nach Inhalten, Zentralisierung von gleichen oder gleichartigen administrativen Leistungen, ausgewogene Neugliederung resp. Eingliederung der neuen ins Erziehungsdepartement kommenden Aufgabenbereiche (zum Beispiel Prävention, Jugendschutz, Schulsozialarbeit), Trennung operative und strategische Führung, Anpassung an bildungspolitische Veränderungen. Es wurde inzwischen eine neue Sollstruktur definiert, die sich nunmehr auf drei Bereiche beschränkt und denen jeweils die anderen Aufgabengebiete untergeordnet werden. Es sind dies die Bereiche „Bildung“, „Jugend, Familie und Sport“ sowie „Zentrale Dienste“. Bildungsthemen werden dem Bereich „Bildung“, soziale und gesellschaftspolitische Themen dem Bereich „Jugend, Familie und Sport“, sämtliche Querschnittsfunktionen und Unterstützungsleistungen den „Zentralen Diensten“ zugeordnet. Im Berichtsjahr konnten bereits erste personelle Entscheide hinsichtlich der Besetzung von Kaderstellen getroffen werden, weitere folgen im 2008.

**Finanzen & Controlling** Neben der Bearbeitung des Tagesgeschäfts war das Berichtsjahr vor allem durch die Beteiligung an verschiedenen Projekten geprägt. Dazu gehören unter anderem: Reorganisation der Ausbildung in den Gesundheitsberufen, Umsetzungsarbeiten bezüglich Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), neue Jahresberichtserstattung an den Grossen Rat, Neuregelung der organisatorischen Abläufe und Prozesse in Anlehnung an das neue Berufsbildungsgesetz sowie die Einführung und Budgetierung der internen Raummieten.

Mit Abstand am meisten hat den Bereich Finanzen & Controlling aber die Mitarbeit im Grossprojekt „Verwaltungsreorganisation im Erziehungsdepartement im Rahmen der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung“ beschäftigt. Die Verhandlungen und Absprachen bezüglich der Aufgaben- und

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	27.8	28.3	28.7	26.2	
Durch das ED bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz	23	25	46	13	17
Bearbeitete Rekurse	Anz	94	162	159	179	159 <sup>1</sup>
Von der Fachorganisation Personal ED betreute Mitarbeitende	Anz	422	415	415	436	2
Berufsbildungsplätze im Erziehungsdepartement	Anz	68	58	38	21	15

#### Kommentar

- Die Mehrheit der Rekurse betrifft den Schulbereich (insb. Examenrekurse, Privatschulfinanzierungen, Sonderschulbewilligungen). Hinzu kommen Rekurse im Bereich Personal, Tagesbetreuung (insb. Berechnung von Elternbeiträgen) sowie Berufsbildung (insb. Ablehnung von Ausbildungsbewilligungen). Der Rückgang gegenüber 2006 ist auf die Ausgliederung der Universitätsrekurskommission sowie eine per 17.9.2006 wirksam gewordene Änderung der Schulordnung zurückzuführen, wonach Schulhauszuteilungen als organisatorische Anordnungen qualifiziert werden und somit nicht mehr anfechtbar sind.
- Der Wert für das Jahr 2003 ist nicht verfügbar.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	4'651.4	5'071.1	4'704.4	-419.7	-8.3
31 Sachaufwand	4'883.5	4'650.7	4'596.1	232.8	5.0 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	1.4	0.0	...
36 Eigene Beiträge	10.1	10.0	10.1	0.1	0.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9'544.9</b>	<b>9'731.8</b>	<b>9'311.9</b>	<b>-186.8</b>	<b>-1.9</b>
42 Vermögenserträge	0.0	-2.0	0.0	2.0	100.0
43 Entgelte	-425.8	-177.7	-395.0	-248.1	-139.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-425.8</b>	<b>-179.7</b>	<b>-395.0</b>	<b>-246.1</b>	<b>-137.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>9'119.2</b>	<b>9'552.1</b>	<b>8'916.9</b>	<b>-432.9</b>	<b>-4.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Zentrale Stabsleistungen ED	9'119.2	9'552.1		-432.9	-4.5
5 Ausgaben Investitionen	0.0	7'000.0	0.0	-7'000.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>7'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-7'000.0</b>	<b>-100.0</b>

#### Kommentar

- Im Zusammenhang mit der erstmaligen Bildung einer Rückstellung für die Zeitguthaben des Verwaltungspersonals sind im Sachaufwand einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 274 angefallen.

Budgetverschiebungen mit den anderen Departementen sind zwischenzeitlich grösstenteils abgeschlossen. Nachdem im November die neue Dienststellenstruktur vom Regierungsrat definitiv verabschiedet wurde, konnte mit der Detailausarbeitung der künftigen Kostenstellen- und Kostenträgerstruktur begonnen werden, damit im Hinblick auf die Budgetierung 2009 rechtzeitig die neuen Strukturen eingerichtet werden können. Dieser Prozess ist für alle Beteiligten sehr anspruchsvoll, zumal das ganze Rechnungswesen technisch faktisch neu aufgesetzt werden muss.

**Personal** Aus den im Jahr 2005 erarbeiteten Standardleistungen und Qualitätsstandards (QS) für das Human Resources Management (HRM) sowie aufgrund des Resultats der Umfrage bei den Linienerverantwortlichen im Jahre 2006 wurden für das Jahr 2007 unter anderem die Schwerpunkte Mitarbeitergespräche (MAG) und Stellenbeschreibungen (SteBe) gesetzt. Mit gezielten Massnahmen bei der Durchführung der MAG konnte die Durchführungsquote um 22% auf nun 80% gesteigert werden. Der Auftrag des Regierungsrats aus dem Jahr 2005, der bei jeder neu zu besetzenden Stelle einen aktuellen SteBe verlangt, konnte nun zu 90% erreicht werden.

Das Erziehungsdepartement beteiligte sich am Pilotprojekt „Laufbahn bei Basel-Stadt“ mit zwei Mitarbeitenden.

Im Personalgewinnungsprozess sind die Fachorganisationen Personal ED laufend bestrebt, Men-

schen mit einer Behinderung zu berücksichtigen. 2007 konnten in diesem Rahmen drei neue Mitarbeitende angestellt werden. Die Sensibilisierung der Führungsverantwortlichen ist ein laufender Prozess und wird durch das HRM gezielt gefördert.

Mit Lehrbeginn 1. August 2007 bietet das Erziehungsdepartement zusätzliche zehn Lehrstellen an. Insgesamt werden im Erziehungsdepartement zwölf verschiedene Berufsausbildungen angeboten und 68 Lernende betreut.

**Abteilung Recht** Die Zahl der neu eingegangenen und hängigen Rekurse ist tiefer als letztes Jahr (94 statt 162). Insgesamt konnten von 94 Rekursen 37 per Abschreiben erledigt werden, sei es, dass ein Vergleich oder eine Wiedererwägung stattfand, sei es, dass der Rekurs aus anderen Gründen zurückgezogen oder zuständigkeitshalber weitergeleitet wurde. 36 Rekurse wurden entschieden, wobei vier Gutheissungen, ein Nichteintreten und 31 Abweisungen erfolgten. Die übrigen 21 Rekurse sind am Jahresende noch hängig.

**Abteilung Informatik** Durch die Einführung des „Ticket-System Magic“ und den laufenden Anpassungen der verschiedenen Prozesse im Informatiksupport konnten bei den Reaktions- und Bearbeitungszeiten deutliche Fortschritte erzielt werden.

Die Zentralisierung der Standardinformatikaufgaben in den Bereichen Installation von Arbeitsplatzstationen, Nachführung aller Sicherheitsinstallationen und automatisierten Softwareupdates ist weitgehend abgeschlossen. Die Prozesse werden laufend der veränderten Anforderung angepasst.

Die Informatiksicherheit aus Sicht der Geschäftsprozesse wie auch die systematischen Sicherheitsprüfungen wurden in Zusammenarbeit mit der Fachkommission Informatiksicherheit (FKIS) geplant und durchgeführt. Die detaillierten Unterlagen liegen den Dienststellen vor.

**Abteilung Information und Dokumentation** Durch RV09 hat sich die geplante Migration vom Dokumentenverwaltungssystem Konsul auf eine Nachfolgegeneration verzögert. Die Priorität liegt bei der Sicherstellung der Prozesse innerhalb der Verwaltungsreorganisation. Die Verantwortung für das System soll im Jahr 2008 von der Staatskanzlei zur ZID wechseln.

Die Aufarbeitung der Altlasten (Vorbereitung Abgaben an Staatsarchiv) kam erwartungsgemäss voran, die zentrale Ablage und das Vorarchiv wurden revidiert.

Erfreulich hat sich das Interesse an Ausbildungsplätzen im Dokumentationsbereich entwickelt. Die neu geschaffene Ausbildungsstelle in der beruflichen Grundbildung konnte erstmals besetzt werden; aus anderen Betrieben konnten Lernende in Praktika bei der Abteilung Information und Dokumentation aufgenommen werden.

## Ressort Sport

ED-203

Das Ressort Sport setzt die Bewegungspolitik des Kantons Basel-Stadt um. Im Fokus steht dabei die Sportförderung mit der Strategie, die Basler Bevölkerung zu bewegen. Dazu wird die Zugänglichkeit der Sport- und Bewegungsangebote erleichtert und die Angebotspalette laufend den Bedürfnissen angepasst und soweit möglich erweitert. Das Bereitstellen von Sportinfrastruktur für den obligatorischen Schul- und Berufsschul-, den Hochschul-, Breiten- sowie Spitzensport in Form von Hallen, Aussensportanlagen, Bädern und Eisbahnen ist ein weiterer Auftrag der Dienststelle. Mit der St. Jakobshalle stellt der Kanton eine Mehrzweckeinrichtung zur Verfügung, in der private Anbieter sportliche aber auch nichtsportliche Angebote durchführen können.

Es stehen folgende politische Ziele im Vordergrund: Der Anteil der sich regelmässig aktiv bewegenden Bevölkerung soll steigen; die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports sollen gezielt genutzt werden; der Kanton will Rahmenbedingungen schaffen, die es Jugendlichen und jungen Erwachsenen erlauben, neben ihrer Ausbildung Leistungssport zu betreiben; in Basel-Stadt sollen regelmässig internationale Sportgrossanlässe durchgeführt werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bereitstellung der Sportinfrastruktur	2.5 Sport- und Bewegungsförderung
EURO 2008	2.5 Sport- und Bewegungsförderung
Sportförderung	2.5 Sport- und Bewegungsförderung

## Tätigkeiten und Projekte

Die EURO 2008 zog sich im Berichtsjahr wie ein roter Faden durch die einzelnen Aufgabengebiete des Ressorts. Zentral waren dabei die eigentlichen Vorbereitungsaufgaben zur Austragung der EURO 2008 der Union of European Football Associations (UEFA) in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft. Flankierend zum Grossevent Fussballeuropameisterschaft in Basel wurden auch Projekte vorangetrieben, um die Bevölkerung im Durchführungsjahr zu zusätzlicher Bewegung zu animieren. Darüber hinaus galt es, die Renovationen, Sanierungen und Instandstellungen der Sportinfrastruktur so zu planen und durchzuführen, dass sowohl die Bedürfnisse der EURO 2008 abgedeckt werden können, als auch der „normale“ Sportbetrieb der Vereine, Schulen und Bevölkerung während der Austragungszeit gewährleistet ist.

Parallel zu den organisatorischen Aufwendungen für diesen Grossanlass galt es, die bisherigen Aufgaben wahrzunehmen und voranzutreiben. Bedingt durch die Umstrukturierungen im Immobilienbereich im Kanton und personelle Engpässe im Ressort konnten die Planungen in der Brüglinger Ebene im Bereich der Sportanlagen St. Jakob nicht mit der gewünschten Schnelligkeit vorangetrieben werden. Der eigentliche Planungsauftritt ist erst im Spätherbst erfolgt.

## Bereitstellung der Sportinfrastruktur

Das Berichtsjahr stand im Zeichen von diversen Sanierungs- und Renovationsarbeiten. In der St. Jakobshalle konnte die Erweiterung des Foyers mit dem Ersatz der Foyerfassade fertiggestellt werden. Um auch inskünftig Veranstaltungen in der St. Jakobshalle mit mehr als 6'000 Zuschauern durchführen zu können, mussten aufgrund feuerpolizeilichen Auflagen zusätzliche Fluchtwege geschaffen werden.

Im Rahmen der Sanierung der Laufbahn im Sportstadion Schützenmatte (Retopping) wurden auch die übrigen Leichtathletik-Anlagen den heutigen reglementarischen Erfordernissen angepasst. So können auch in Zukunft weiterhin internationale Wettkämpfe durchgeführt werden. Ergänzt wurde die Infrastruktur des Stadions mit einer multifunktionellen Anzeigetafel. Die Leichtathletik- und die Fussballanlage präsentieren sich neu auf einem den Bedürfnissen entsprechenden aktuellen Standard.

Auf den Sportanlagen Bachgraben wurde der seit 1979 existierende und nicht mehr den Bedürfnissen entsprechende Tennenplatz durch einen Kunstrasenplatz ersetzt. Damit ist nun gewährleistet, dass ein nahezu uneingeschränkter Trainings- und Spielbetrieb möglich ist. Damit stehen auch in



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	77.5	77.7	80.8	80.5	
Eintritte Bäder	Anz	423'915	572'200	547'700	523'300	935'900 <sup>1</sup>
Eintritte Kunsteisbahn Margarethen	Anz	86'631	88'400	94'200	95'900	89'400
Jugendliche (10-20j.), die an einem J+S-Angebot teilnehmen	%	85	86	88	89	89
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	34'135	30'317	30'775	30'902	30'469 <sup>2</sup>

#### Kommentar

- 1 Der Rückgang 2007 ist Folge der schlechten Witterung.
- 2 Angaben der Vereine zur Berechnung der Kopfquotensubventionen (Auszahlung aus Sport-Toto-Fonds pro aktives Mitglied). Die Zunahme 2007 ist auf die Auflösung der Tennissektion des Firmensports zurückzuführen, was zu Übertritten in den Tennisverband geführt hat.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	10'941.1	10'973.2	11'122.3	-32.1	-0.3
31 Sachaufwand	11'155.7	10'353.7	9'051.7	802.0	7.7 <sup>1</sup>
32 Passivzinsen	2.9	6.0	2.9	-3.1	-51.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	9.9	0.0	5.3	9.9	...
36 Eigene Beiträge	217.0	225.0	211.4	-8.0	-3.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>22'326.6</b>	<b>21'557.9</b>	<b>20'393.5</b>	<b>768.8</b>	<b>3.6</b>
42 Vermögenserträge	-0.8	0.0	-0.1	-0.8	...
43 Entgelte	-9'330.9	-9'866.0	-7'918.5	535.0	5.4 <sup>2</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-893.9	-1'266.0	-463.3	372.1	29.4 <sup>3</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-10'225.6</b>	<b>-11'132.0</b>	<b>-8'381.9</b>	<b>906.4</b>	<b>8.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>12'101.0</b>	<b>10'425.9</b>	<b>12'011.6</b>	<b>1'675.1</b>	<b>16.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Bereitstellung der Sportinfrastruktur	9'454.8	7'390.0		2'064.8	27.9
EURO 2008	635.7	993.2		-357.5	-36.0
Sportförderung	2'010.6	2'042.7		-32.1	-1.6

#### Kommentar

- 1 Im Sachaufwand sind durch die Bildung von Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 475 angefallen. Die gestiegenen Energiepreise der IWB führten zu Mehrausgaben von TCHF 180. Im Zusammenhang mit der Zunahme der Veranstaltungen in der St. Jakobshalle sind die Aufwendungen für Verbrauchsmaterialien/Catering um TCHF 140 gestiegen. Diese werden durch Mehreinnahmen kompensiert. Durch die Verlängerung des Betriebes im Gartenbad St. Jakob bis anfangs November und die zusätzlichen Events in der St. Jakobshalle und der Sporthalle Rankhof haben sich die Gebäudereinigungskosten um TCHF 150 erhöht. Die Sachkosten für die EURO 08 sind um TCHF 205 tiefer ausgefallen. Der Rest entfällt auf diverse kleinere Abweichungen.
- 2 Die Abweichung ist in erster Linie auf die Mindereinnahmen in den Gartenbädern durch die schlechten Wetterverhältnisse während der Sommersaison 2007 zurückzuführen (- TCHF 720). Die übrigen Entgelte (u.a. EURO 08, siehe Kommentar unter 3) liegen insgesamt mit TCHF 185 über Budget.
- 3 Die EURO 08-spezifischen Einnahmen unter FDK 46 liegen im 2007 mit TCHF 253 unter, dafür jene unter FDK 43 mit TCHF 250 über Budget. Die restliche Abweichung entfällt auf diverse kleinere Positionen.

den Übergangszeiten mehr wetterunabhängige Trainingskapazitäten zur Verfügung und gleichzeitig hat sich die Auslastung der Gesamtanlage verbessert. Bedingt durch die Bauarbeiten in der St. Jakobshalle stand die Grosse Halle während den Sommermonaten für Veranstaltungen praktisch nicht zur Verfügung. Trotzdem gelang es, neben den alljährlich durchgeführten Veranstaltungen weitere Grossanlässe im kulturellen und im Spitzensportbereich durchzuführen. Stellvertretend seien dabei „Wetten, dass ...“ und Weltmeisterschaftskämpfe im Boxen erwähnt.

## EURO 2008

Folgende Meilensteine sind für 2007 zu vermelden: Bewilligung des Rahmenkredits durch Landrat und Grossen Rat (April/Juni), Submission und Vergabe des externen Event-Managements der Fanzonen (Mai bis Juli), Sponsoring-Workshop (August), Anwohnerinformationsabende (September), Verabschiedung der „Verordnung betreffend die Fussballeuropameisterschaft 2008“ (Dezember). Die Nutzung der Sportinfrastruktur im Raum St. Jakob durch die Veranstalter der EURO 2008 wurde vertraglich geregelt. Die Verhandlungen mit den offiziellen Sponsoren der UEFA wurden im August begonnen und sind noch im Gang; Kontakte zu möglichen lokalen Sponsoren wurden geknüpft. Die Zusammenarbeit zwischen den Host Cities und der nationalen Projektleitung (Projektorganisation Öffentliche Hand (POÖH)) hat sich weiter etabliert.

Das Verkehrskonzept wurde im August vom Lenkungsausschuss verabschiedet. Die Verhandlungen mit den Leistungserbringern des Öffentlichen Verkehrs sind abgeschlossen, das im November der Öffentlichkeit präsentierte Regime sieht einen 24-Stunden-Betrieb auf den wichtigsten Linien und eine generelle Takterhöhung vor. Im Sinne der Nachhaltigkeit wurde durch das externe Eventmanagement in Zusammenarbeit mit den Behörden ein Abfallkonzept entwickelt. Ein extensives Toilettenkonzept liegt ebenfalls vor. Verschiedene Massnahmen wurden im Bereich Gästebetreuung lanciert bzw. vorangetrieben: Fancamps (Bewilligungen liegen vor), Volunteer-Programm, Projekt „Gastfamilien“. Die im Dezember verabschiedete Verordnung beinhaltet u.a. verlängerte Öffnungszeiten für Gastronomie und Detailhandel während der EURO 2008.

## Sportförderung

Auch in diesem Sommer waren die Schwimmkurse ein voller Erfolg. Rund 800 Kinder besuchten während der Sommerferien die Kurse. Zeitgleich wurden die beliebten Aqua-Jogging-Kurse für Erwachsene angeboten, welche ebenfalls sehr gut besucht waren.

Von Juni bis Ende August bot sich der Bevölkerung die Möglichkeit, begleitet im Rhein zu schwimmen. Aufgrund der trotz Wetterpech regen Nachfrage wird dieses Angebot auch 2008 aufgenommen. Ein Höhepunkt des Jahres 2007 war das Plauschtraining mit der 1. Mannschaft des FC Basel. Wie im Jahr zuvor genossen 600 begeisterte Kinder diesen Event. Die Schneesportangebote wurden im vergangenen Winter 2006/2007 gut frequentiert. Die fünf Schneesportlager (Snowboard, Ski) während der Sport-, Oster- und Weihnachtsferien wurden von insgesamt 200 Teilnehmenden besucht und waren meist rasch ausgebucht. Auch die vielfältigen Angebote während der Sommerferien, die im Sportkalender kommuniziert werden, waren einmal mehr ein grosser Erfolg. Insgesamt nahmen an den verschiedenen Veranstaltungen rund 2'000 Kinder und Jugendliche teil. Die Sommerlager waren ebenfalls gut besucht. Das Reitlager war wie in den vergangenen Jahren ausgebucht und fand ebenso wie das Fussball-Lager oder die polysportiven Lager grossen Anklang bei den Jugendlichen. Schülerinnen und Schüler bezogen im Jahr 2007 Material im Umfang von 9'928 Artikeln (2006: 10'352). Die Abnahme ist durch den schlechten Winterstart begründet.

Im Rahmen der J+S-Kaderbildung fanden diverse Grund-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmodule in verschiedenen Sportarten statt. Insgesamt konnten rund 713 Leiterinnen und Leiter (2006: 712) erfolgreich aus- oder weitergebildet werden.

„Bewegung & Begegnung“ heisst der neue Stadtplan, welcher gemeinsam mit „Integration Basel“ entwickelt und in einer Auflage von 50'000 gedruckt wurde. Das Bewegungsförderungsprojekt „Bike to work“ wurde auch dieses Jahr in der Verwaltung erfolgreich durchgeführt.

## Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ULEF

ED-204

Das Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung (ULEF) ist ein Kompetenzzentrum für Weiterbildung und Beratung für Lehrpersonen und Schulen.

In der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (LLWB) verfolgt das ULEF folgende Ziele: Die LLWB trägt und fördert die Professionalisierung der Lehrpersonen und dient der Erhaltung und Förderung der Qualität von Unterricht und Schule; die LLWB unterstützt die Lehrpersonen während der ganzen Dauer ihrer Berufstätigkeit und im gesamten Berufsspektrum; die LLWB befähigt Lehrpersonen zur Erhaltung und Förderung ihrer Kompetenz, zur Zusammenarbeit im Kollegium/Team und letztlich zur Erhaltung ihrer Anstellungsvoraussetzungen. Das Angebot des ULEF an Weiterbildungs- und Beratungsdienstleistungen setzt sich wie folgt zusammen: (1) Das ULEF bietet berufsbegleitende Weiterbildung zu Unterricht und Berufssituation (Projekte, Kurse, Seminare usw.) und Dienstleistungen (Management Kurszentrum, administrative Dienstleistungen usw.) an. (2) Das ULEF unterstützt die schulinterne Weiterbildung der Schulen. (3) Das ULEF führt Angebote im Bereich Zusatzqualifikationen und Kaderausbildung (Schulleitungsausbildung, Intensivweiterbildung, Qualitätsmanagement). (4) Das ULEF führt eine Beratungsstelle für Lehrpersonen, die Einzel-, Team-, Gruppen- und Organisationsberatungen anbietet.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung ULEF

2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung

Im Rahmen des Leistungsauftrags hat das ULEF folgende Projekte und Tätigkeiten durchgeführt:

- Entwicklung und Planung des neuen Kursprogramms 2008 in Kooperation mit der Fachstelle Erwachsenenbildung BL (FEBL BL)
- Planung und Durchführung der Kurse 2007 für die individuelle Weiterbildung
- Planung und Durchführung der Intensivweiterbildungen APTn (Arbeitsplatzbezogen, Praxisbezogen, Teilnehmer/innenbezogen, nachhaltig)
- Planung und Durchführung der Schulleitungsausbildungen in Kooperation mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und der FEBL BL
- Planung und Durchführung des Basismoduls Schulqualität in Kooperation mit der FHNW
- Weiterentwicklung des Netzwerks Qualität
- Entwicklung und Start des Certificate of Advanced Studies (CAS) Interkulturelle Bildung und Deutsch als Zweitsprache in Kooperation mit der FHNW
- Planung und Durchführung der Weiterbildungsschwerpunktthemen wie Begabungsförderung, Gender, Integration, Gesundheitsförderung
- Start der Weiterbildungsplanung Vorverlegung Fremdsprachenunterricht
- Entwicklung und Konzeptionierung der Weiterbildung für Führungspersonen im Schulbereich
- Planung und Durchführung diverser Tagungen und Studienreisen
- Betreuung diverser Projekte und Dienstleistungen, u.a. „Mütter lernen Deutsch für ihr Kind“, „Sprachfenster“, „Bim Buur in d'Schuel“, Qualitätsentwicklung Berufsschulen Q2E, „Kunst begegnen“, Projekt BATI – Weiterbildung der Teams von Integrationsklassen (mit Ressort Dienste).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	5.8	5.8	5.4	5.8	
Teilnehmende an berufsbegleitender Weiterbildung/Projekten	Pers.	5'345	5'425	5'279	5'469	2'897 <sup>1</sup>
Teilnehmende an schulinterner Weiterbildung	Pers.	7'583	7'490	7'235	6'809	7'050
Teilnehmende im Bereich Zusatzqualifikation, Kaderausbildung	Pers.	728	680	649	529	482
Beratungen von Lehrpersonen	Pers.	196	187	160	130	125

**Kommentar**

1 Der Anstieg der Kursbelegungen ab 2004 ist Folge der Strategieveränderungen am ULEF im Zusammenhang mit der Umsetzung von Weiterbildungsprojekten in den Bereichen Begabungsförderung, Gender, Gesundheitsförderung sowie Integration und Qualität.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	3'159.1	3'222.5	3'213.0	-63.4	-2.0
31 Sachaufwand	410.5	347.6	365.6	62.9	18.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'569.6</b>	<b>3'570.1</b>	<b>3'578.6</b>	<b>-0.5</b>	<b>0.0</b>
42 Vermögenserträge	-0.2	-0.2	-0.1	-0.1	-36.9
43 Entgelte	-517.8	-378.8	-533.6	-138.9	-36.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-162.5	-150.0	-161.2	-12.5	-8.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-680.4</b>	<b>-529.0</b>	<b>-695.0</b>	<b>-151.4</b>	<b>-28.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'889.2</b>	<b>3'041.1</b>	<b>2'883.6</b>	<b>-152.0</b>	<b>-5.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung ULEF	2'889.2	3'041.1		-152.0	-5.0

**Positionierung/Strategie** Das ULEF ist seit dem 1. April 2007 ein assoziiertes Institut der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW). Die Kooperation wird vertieft. Die Vertragspartner beabsichtigen, in einem nächsten Schritt die Integration des ULEF in die PH FHNW vorzubereiten.

Intern hat das ULEF folgende Entwicklungsschritte und Massnahmen vollzogen:

- Konzept „Qualitätsgrundsätze Kurse ULEF“
- Konzept „Qualitätssicherung der ULEF-Administration“
- Konzept „Öffentlichkeitsarbeit“
- Laufende Evaluation und Qualitätssicherung der Angebote
- Externe Evaluation der Intensivweiterbildung APTn
- Neudefinition des Leistungsauftrags Beratung für Lehrpersonen.

**Beratungsangebot** 2005 und 2006 ist die Nachfrage nach Beratung kontinuierlich stark gestiegen. Dieser Trend hielt 2007 unvermindert an, sowohl in Bezug auf die Einzelberatungen als auch auf die Aufträge zu Teamcoachings und Konfliktberatungen.

## Amt für Ausbildungsbeiträge

ED-205

Der Kanton Basel-Stadt gewährt aufgrund und im Rahmen des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in der Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung, sofern sie sich dafür eignen und sofern sie oder ihre Eltern nicht oder nur zum Teil selbst dafür aufkommen können. Neben der Ausbildung auf der Tertiärstufe (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, Höhere Fachschulen) werden auch Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (weiterführende Schulen ab dem 10. Schuljahr, Berufsbildung) gefördert. Die Ausbildungsförderung ist primär ein bildungspolitisches Instrumentarium zur Verbesserung der Chancengleichheit und zur Verringerung der sozialen Ungleichheit im Bildungswesen. Sie dient der generellen Nachwuchsförderung sowie der optimalen Nutzung des Bildungspotenzials unserer Gesellschaft. Damit unterscheidet sich die Ausbildungsförderung von bedarfsabhängigen Sozialleistungen.

Die Zahl der bewilligten Stipendien erreichte im Jahr 2007 mit 2048 Personen (2006:1988) einen neuen Höchststand.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Ausbildungsbeiträge für die nachobligatorische Bildung und Weiterbildung	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Vierzig Jahre lang war das Basler Stipendienamt am Rümelinsplatz an der Münzgasse 16 domiziliert. Mit dem Umzug des Amtes auf Juli 2007 erfolgte seit Bestehen des modernen Stipendienwesens (Gesetz betr. Ausbildungsbeiträge vom 12. Oktober 1967) der erste Domizilwechsel. Für Personal und Publikum stehen an der Holbeinstrasse 50 nun zweckmässige und angenehme Räumlichkeiten zur Verfügung.

Auf nationaler Ebene konnte im Berichtsjahr ein stipendienpolitischer Durchbruch erzielt werden. Im Oktober 2007 hat der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und -direktoren (EDK) den Entwurf einer „Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen“ zur Vernehmlassung freigegeben. In dieser Vereinbarung sollen erstmals gesamtschweizerische Grundsätze und Mindestnormen für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe festgelegt werden. Damit wird dem langjährigen Desiderat entsprochen, den grossen interkantonalen Unterschieden bei der Ausbildungsförderung zu begegnen. Der Entwurf ist von einer Projektgruppe der interkantonalen Stipendienkonferenz (IKSK) unter dem Präsidium des Leiters des Basler Amtes für Ausbildungsbeiträge erarbeitet worden, der auch das politische Lobbying tatkräftig vorangetrieben hat. Für den Kanton Basel-Stadt impliziert der Beitritt zu einem solchen Konkordat keine Gesetzesanpassung, weil die dort vorgesehenen Grundsätze und Normen bereits weitgehend angewendet werden.

Ein ausführlicher Jahresbericht findet sich auf der Homepage des Amtes für Ausbildungsbeiträge unter [www.ed.bs.ch/hochschulen/afab.html](http://www.ed.bs.ch/hochschulen/afab.html).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.7	4.7	6.0	6.0	
Stipendienausgaben	MioFr	11.6	11.3	10.2	10.2	10.1
Bewilligte Stipendien	Anz	2'048	1'986	1'764	1'721	1'622

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	657.6	686.2	660.6	-28.6	-4.2
31 Sachaufwand	96.9	105.5	91.7	-8.6	-8.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	3.0	0.0	3.6	3.0	...
36 Eigene Beiträge	11'588.8	11'100.0	11'270.2	488.8	4.4 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>12'346.3</b>	<b>11'891.7</b>	<b>12'026.1</b>	<b>454.6</b>	<b>3.8</b>
42 Vermögenserträge	-29.8	-60.7	-34.6	30.9	50.9
43 Entgelte	-95.0	-109.6	-49.3	14.6	13.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'484.4	-1'300.0	-1'364.8	-184.4	-14.2 <sup>1</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'609.2</b>	<b>-1'470.3</b>	<b>-1'448.7</b>	<b>-138.9</b>	<b>-9.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>10'737.0</b>	<b>10'421.3</b>	<b>10'577.3</b>	<b>315.7</b>	<b>3.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Ausbildungsbeiträge nachobligatorische Bildung/Weiterbildung	10'737.0	10'421.3		315.7	3.0

### Kommentar

- <sup>1</sup> Die Zahl der bewilligten Stipendien erreichte mit 2'048 (2006: 1986) unterstützten Personen einen historischen Höchststand. Trotz kostendämpfenden Massnahmen und einer gegenüber dem Budget um TCHF 184 erhöhten Bundessubvention konnte die Budgetüberschreitung nicht verhindert werden. Das Budget des Jahres 2008 wurde in Antizipation der gestiegenen Nachfrage auf TCHF 12'000 angehoben.

## Ressort Schulen

ED-210

Die Dienststelle Ressort Schulen umfasst neben dem Stab Schulen die Schuldienste (Personalabteilung Schulen PAS, Schulpsychologischer Dienst SPD, Pädagogische Dokumentationsstelle PDS, Raumbewirtschaftung, Koordinationsstelle Informations- und Kommunikationstechnologien ICT, Dienst für technische Unterrichtsmittel DTU, Schuldienst Unterricht SDU, Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ULEF, im Budget als eigene Dienststelle geführt, die schulergänzenden Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesferien, Spiel- und Bastelhorte, Lukasclubs), die Maturitätskurse für Berufstätige MfB sowie die Passerelle von der Berufsmaturität zum allgemeinen Hochschulzugang. Die Berufsbildung an der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins HKV, welche vom Kanton Basel-Stadt subventioniert wird, ist organisatorisch ebenfalls dem Ressort Schulen zugeordnet.

Der Stab Schulen und die Schuldienste erbringen Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Schulpolitik, Sicherung der Unterrichtsqualität, Kommunikation, Personal- und Schuladministrationsprozesse für die Ressortleitung, die Departementsleitung, den Erziehungsrat und die Schulleitungen.

Die HKV bietet verschiedene berufliche Grundbildungen im kaufmännischen Bereich sowie Aus- und Weiterbildungen an.

Die MfB ermöglichen berufstätigen oder Kinder betreuenden Personen, welche über keine gymnasiale Matur verfügen, in einem dreieinhalbjährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen. Die Passerelle ermöglicht es Inhaberinnen und Inhabern eines Berufsmaturitätszeugnisses in einem einjährigen Kurs die Zulassung zu den universitären Hochschulen zu erlangen.

Der SPD unterstützt durch Beurteilung, Beratung, Behandlung und Begleitung die persönliche Entfaltung und seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie ihre Entwicklungs- und Leistungsfähigkeit, die pädagogische Arbeit in Bildung und Erziehung und alle Massnahmen zur Verbesserung der Erziehungsverhältnisse.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Psychologische Interventionen (SPD)	2.1 Volksschulbildung
Schuldienste	2.1 Volksschulbildung
Stabsleistungen Ressort Schulen	2.1 Volksschulbildung
Kaufmännische Berufsbildung HKV	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Nachholbildung Maturität	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Schulergänzende Tagesstrukturen	2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit

## Tätigkeiten und Projekte

Zu den wichtigsten Projekten des Ressorts Schulen gehörten im vergangenen Jahr die Neugestaltung der Bildungswege in der Volksschule (in Abstimmung mit regionalen und nationalen Projekten wie dem Bildungsraum Nordwestschweiz und HarmoS), die Leitungsreform an der Volksschule, die Sprachförderung (Einführung der Sprachprofile; Standardsprache ab der 1. Klasse der Primarschule), die Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts, die Integration der speziellen Förderung, die Kommunalisierung der Primarschule sowie die Frühförderung. Der geplante Pilotversuch zur Grundstufe wird nicht durchgeführt.

## Stabsleistungen Ressort Schulen

**Bildungsraum Nordwestschweiz** Ende Mai informierten die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über ihre Absicht, ihre Bildungssysteme gemeinsam weiterzuentwickeln. Alle Ziele des Bildungsraums Nordwestschweiz sind den Eckwerten des Konkordats -HarmoS- der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) angepasst und wurden zwischen den beteiligten Bildungsdirektoren im Detail ausgehandelt. Die strukturellen Eckpunkte des Bildungsraums Nordwestschweiz sind:

- Eine achtjährige Primarschule (inkl. Grund- oder Basisstufe).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	188.8	186.1	180.5	189.9	
Schüler/-innen an öffentl. Schulen (ohne Berufsfachschulen)	Anz	18'466	18'759	19'095	19'313	19'388 <sup>1</sup>
Kinder/Jugendl. mit Unters., Beratung und/od. Begleitung SPD	Anz	1'531	1'451	1'437	1'559	1'487
Lernende Grundbildung Handelsschule KV	Anz	1'497	1'465	1'470	1'580	1'785 <sup>2</sup>
Schüler/-innen in Schulen mit Tagesstruktur	Anz	364	293	303	300	300 <sup>3</sup>
Schüler/-innen an Mittagstischen	Anz	1'200	1'250	1'250	1'250	1'250 <sup>4</sup>

**Kommentar**

- Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes per Stichtag 1. Sept.
- Inkl. berufsbegleitende Ausbildungen
- Im Schuljahr 2007/08 sind Tagesstrukturangebote an vier Standorten neu geschaffen worden.
- Diese Schülerinnen und Schüler besuchen durchschnittlich 2.5 mal pro Woche einen Mittagstisch.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	24'899.2	24'741.1	23'920.6	158.1	0.6
31 Sachaufwand	24'602.2	25'219.1	24'162.2	-616.9	-2.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.5	0.0	29.2	0.5	...
36 Eigene Beiträge	18'171.2	18'276.0	17'345.3	-104.8	-0.6
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>67'673.1</b>	<b>68'236.2</b>	<b>65'457.3</b>	<b>-563.1</b>	<b>-0.8</b>
42 Vermögenserträge	-68.5	-29.3	-32.8	-39.2	-133.8
43 Entgelte	-3'164.1	-2'241.6	-2'693.9	-922.5	-41.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-14'849.7	-14'422.0	-14'435.8	-427.7	-3.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-18'082.3</b>	<b>-16'692.9</b>	<b>-17'162.5</b>	<b>-1'389.4</b>	<b>-8.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>49'590.8</b>	<b>51'543.3</b>	<b>48'294.8</b>	<b>-1'952.5</b>	<b>-3.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Psychologische Interventionen (SPD)	2'907.9	2'809.0		98.9	3.5
Schuldienste	32'721.9	32'885.5		-163.6	-0.5
Stabsleistungen Ressort Schulen	-1'104.1	-146.5		-957.6	-653.5
Kaufmännische Berufsbildung HKV	12'865.3	12'929.4		-64.0	-0.5
Nachholbildung Maturität	460.6	834.9		-374.3	-44.8
Schulergänzende Tagesstrukturen	1'739.1	2'231.0		-491.9	-22.0
5 Ausgaben Investitionen	674.3	0.0	2'429.1	674.3	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>674.3</b>	<b>0.0</b>	<b>2'429.1</b>	<b>674.3</b>	<b>...</b>

- Eine dreijährige, gegliederte Sekundarstufe; der Übertritt in die Berufsbildung und ins Gymnasium findet zum selben Zeitpunkt statt.
- Ein gemeinsamer Volksschulabschluss mit den Profilen G (Berechtigung fürs Gymnasium), E (Zugang zu den übrigen Mittelschulen und zu anspruchsvollen Berufslehren) und A (Zugang zu den übrigen Berufslehren).
- Ein vierjähriges Gymnasium; neu dauert die gesamte Schulzeit in Basel-Stadt 15 Jahre (bisher 14 Jahre).
- Das Begabungsförderungsprogramm --Bereichern und Beschleunigen--; es ermöglicht eine Begabungsförderung sowie ein rascheres Durchlaufen der Schulzeit.
- Blockzeiten; Auf- bzw. Ausbau eines nach pädagogischen Grundsätzen geführten Angebots an Tagesstrukturen.



- Gemeinsame Leistungstests und Grundsätze für die Schullaufbahn.

Differenzen bestehen zum einen in der Ausgestaltung der Sekundarstufe I: Da der Kanton Solothurn die Vorgaben des Konkordats -HarmoS- bereits heute weitgehend erfüllt, hält er weiterhin an der verkürzten Sekundarschuldauer für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten fest; der Übertritt ins Gymnasium erfolgt in Solothurn damit in der Regel bereits nach zwei Jahren, was in den drei anderen Kantonen lediglich als individuell möglicher Weg vorgesehen ist. In der Folge bleibt die unterschiedliche Ausgangslage der Kantone in Bezug auf die Anzahl Leistungszüge (zwei resp. drei) bestehen. Zum anderen konnte für die Reihenfolge des Fremdsprachenunterrichts weder national noch innerhalb des Bildungsraums Nordwestschweiz eine Einigung erzielt werden. Während sich Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn für Französisch als erste Fremdsprache entschieden haben, schliesst sich der Aargau mit Englisch als erster Fremdsprache dem Kanton Zürich an.

Im Sommer wurden die Vorschläge für einen Bildungsraum Nordwestschweiz in allen vier Kantonen in eine Konsultation gegeben. Die Ergebnisse in Basel-Stadt zeigen eine deutliche Befürwortung der Schaffung des Bildungsraums über einen Staatsvertrag. Insbesondere das Stufenmodell mit acht Jahren Primarstufe, drei Jahren Sekundarschule und vier Jahren Gymnasium sowie die Gleichbehandlung von Berufsbildung und gymnasialer Bildung werden gutgeheissen. Kontrovers beurteilt wird hingegen die pädagogische Strategie, insbesondere das Programm -Bereichern und Beschleunigen-. Die Differenzen in der Ausgestaltung der Sekundarstufe I und in der Fremdsprachenfolge werden bedauert.

Aufgrund der in allen vier Kantonen insgesamt positiven Konsultationsergebnisse wurden die Bildungsdirektionen von den Regierungen im Januar 2008 mit der Ausarbeitung eines Staatsvertrags beauftragt. Der Staatsvertrag und der interkantonal abgestimmte Gesetzesentwurf werden frühestens im Spätherbst 2008 in die Vernehmlassung gegeben. Die Umsetzung der Arbeiten würde frühestens im Schuljahr 2011/12 beginnen.

**Neues Leitungsmodell für die Volksschule** Im Sommer gab das Ressort Schulen den Vorschlag für ein neues Leitungsmodell an den Volksschulen in eine Vernehmlassung. Das Modell sieht vor, die lokalen Leitungen in den Schulhäusern auszubauen und sie mit mehr Kompetenzen und Ressourcen auszustatten. Die bisherigen Rektorate werden zu einer Volksschulleitung zusammengeschlossen, die sich auf die strategische Entwicklung der Volksschulen und stufenübergreifende operative Fragen konzentriert. Zu jedem Schulhaus gibt es einen Schulrat, in dem gewählte Vertretungen der Öffentlichkeit und der Eltern im Austausch mit den Lehrpersonen und ihrer Leitung stehen. Dank der Teilautonomie können die Bedürfnisse der Kinder und der Standorte individueller wahrgenommen werden: Schulhauskultur, Anbindung ans Quartier und Schulentwicklung werden von der Nähe der Leitung zum Kollegium positiv beeinflusst. Gleichzeitig kann eine stufenübergreifende Volksschulleitung besser für Kohärenz in der Schullaufbahn sorgen.

In der Vernehmlassung wurden das neue Leitungsmodell und die Teilautonomie grundsätzlich befürwortet, insbesondere auf den Stufen Kindergarten und Primarschule, die bisher noch nicht über ausgebaute Schulhausleitungen verfügen. In allen Stellungnahmen wurden jedoch Vorbehalte gegen Teilaspekte der Reform geäussert. Während die einen etwa die Rektorate beibehalten wollen, würden andere auf die Volksschulleitung verzichten und die Schulleitung mit umfassenden Kompetenzen ausstatten. Auch der Schulrat wird gegensätzlich beurteilt. Zudem wurden verbindliche Rahmenbedingungen gefordert, um ein Auseinanderdriften der Standorte zu vermeiden.

Die vorgebrachten Anliegen wurden aufgenommen, sofern sie die Kohärenz des gesamten Modells nicht gefährdeten. Ende September hat der Regierungsrat die Gesetzesvorlage verabschiedet und an den Grossen Rat weitergeleitet.

**Sprachförderung** Gute Kenntnisse in der Unterrichtssprache sind unabdingbar für eine erfolgreiche Schullaufbahn und den Einstieg ins Berufsleben. Deshalb werden seit Januar 2007 die „Sprachprofile für die Volksschule Basel-Stadt“ eingeführt. Die Sprachprofile sind ein Arbeitsinstrument für Lehrpersonen und dienen der Planung und Vorbereitung eines sprachfördernden Unterrichts in allen Fächern auf allen Stufen der Volksschule. Sie beschreiben die schulisch relevanten Sprachkompetenzen. Anhand von sogenannten Deskriptoren wird definiert, welche sprachlichen Handlungen Schülerinnen und Schüler im Laufe einer Schulstufe einüben sollen. Ergänzt werden die Sprachprofile durch didaktische Anregungen für den Einsatz im Unterricht. Die Sprachprofile sollen die Lehrpersonen darin unterstützen, ihr Bewusstsein für die Bedeutung der Sprache in jedem Unterrichtsfach

zu stärken.

Die konsequente Anwendung der Standardsprache im Unterricht war ein zweiter wichtiger Aspekt des Bereichs Sprachförderung. Seit Beginn des Schuljahrs 2006/2007 gilt Hochdeutsch ab der ersten Primarschulklasse in allen Fächern als Unterrichtssprache. Auch der Kindergarten ist in diese Entwicklung einbezogen: In ausgewählten Klassen erproben Kindergartenlehrpersonen seit anderthalb Jahren im Rahmen eines zweijährigen Pilotversuchs die Standardsprache im Unterricht. Schülerinnen und Schüler sollen so eine positive emotionale Beziehung zur Standardsprache aufbauen. Die Lehrpersonen sprechen deshalb auch im Turnen und in der Klassenstunde konsequent Hochdeutsch.

**Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts** Die Arbeiten am Projekt zur Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts der Kantone entlang der deutsch-französischen Sprachgrenze (Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Fribourg, Solothurn, Wallis) sind seit Anfang Jahr in Gang. Ziel ist es, den Fremdsprachenunterricht gemeinsam zu entwickeln und die Bereiche Didaktik, Stundentafeln, Lehrpläne, Lehrmittel, Anforderungen an die Lehrpersonen, Evaluation und Kommunikation zu koordinieren. Der Gesamtprojektleiter hat seine Arbeit in Basel aufgenommen und die Gremien konstituiert.

Eine Umfrage unter den beteiligten Lehrpersonen in den sechs Kantonen gibt Aufschluss über den Bedarf an Weiterbildung. Die Einführung des Französischunterrichts in der 3. Klasse der Primarschule wird um ein Jahr auf das Schuljahr 2011/2012 verschoben; der Englischunterricht in der 5. Klasse setzt im Schuljahr 2013/2014 ein.

**Kommunalisierung der Primarschule** Der Grosse Rat hat der Änderung des Schulgesetzes zugestimmt, mit der die Führung der Primarschule den Gemeinden Bettingen und Riehen übertragen wird. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Am 23. September haben die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt dem Grossratsbeschluss vom 6. Juni zugestimmt und das Referendum abgelehnt. Die Änderung des Schulgesetzes wird auf den 1. August 2009 wirksam.

## Schuldienste

**Schulpsychologischer Dienst (SPD)** Der Umfang der Dienstleistungen des SPD – dazu gehören Beurteilung, Beratung, Behandlung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen – ist im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben, die Fragestellungen allerdings sind komplexer geworden. Vor allem auf der Stufe der Orientierungsschule nehmen Schulheimplatzierungen zu, weil Kinder schulisch überfordert sind und die Erziehungsberechtigten der Situation oft nicht gewachsen sind. Diese Probleme können in solchen Fällen mit den ambulanten Angeboten nicht aufgefangen werden.

Der SPD befasste sich im vergangenen Jahr unter anderem mit Fragen des Kinderschutzes, der Früherkennung von Teilleistungsstörungen, diagnostischen Fragen sowie mit methodischen Ansätzen der systemischen Beratung und Therapie. Auch die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung, welche die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) mit sich bringt, beschäftigte den SPD intensiv. Der SPD befasste sich zudem mit der Harmonisierung im Bildungswesen, mit dem Bildungsraum Nordwestschweiz, mit der Reorganisation im Erziehungsdepartement sowie mit der Verwaltungsreform.

**Pädagogische Dokumentationsstelle (PDS)** Die Anzahl der Ausleihen aus der Bibliothek der PDS ist im Berichtsjahr stabil geblieben (29'800 gegenüber 30'100 im Jahr zuvor), es gab jedoch einen markanten Zuwachs an Verlängerungen.

2007 traten sowohl die Benutzungsordnung mit einem klar definierten Sammelauftrag als auch die Gebührenverordnung in Kraft. Ausserdem hat die PDS ein Leitbild verabschiedet. Im Bereich der Leseförderung konnten wiederum die beiden Veranstaltungen „Literatur aus erster Hand“ sowie das Basler Jugendbücherschiff – dieses Mal zum Sonderthema „Helden und Schurken“ – realisiert werden.

**Schuldienst Unterricht (SDU)** Der Aufbau des Schuldienstes Unterricht ist abgeschlossen. Die ehemaligen Fachstellen Textiles Gestalten, Sprachen und Schulsport sind 2007 aufgelöst und ihre

Funktionen als Fachexpertinnen und Fachexperten in den Schuldienst Unterricht integriert worden. Im Oktober wurde der gemeinsame Standort am Kohlenberg 27 bezogen.

Der SDU beschäftigt sich mit den didaktischen Aspekten des Unterrichts: Lehrmittel, Lehrpläne und Leistungsmessungen. Im Bereich Lehrmittel werden Prozesse begleitet und Produkte evaluiert. Zudem übernehmen die Fachexpertinnen und Fachexperten Aufträge im Bereich der allgemeinen Schulentwicklung (zum Beispiel Gesamtsprachenkonzept).

**Dienst für technische Unterrichtsmittel (DTU)** Die DTU-Verleihzahlen sind 2007 im Stadtkanton leicht gestiegen, während die Ausleihen an den Kanton Basel-Landschaft deutlich rückläufig waren. Video-/Datenprojektoren (Beamer) und -Anlagen sowie die damit verbundenen Installationen sind nach wie vor stark gefragt. Die für das Trickfilm- und Comic-Projektjahr angeschafften iBooks haben sich bewährt. Die Projektarbeiten wurden auf der kleinen Bühne des Theaters Basel öffentlich vorgestellt und prämiert. Die Gesamtzahl der Reparaturen ist in diesem Jahr erneut um etwa 4% gestiegen.

**Handelsschule KV (HKV)** Die hohen Vorgaben aus dem Vorjahr konnten gehalten werden. Die Erfolgsquoten von 90,7% (Berufsattest), 91,8% (EFZ, B-Profil), 92,5% (EFZ, E-Profil) und 96,3% (Berufsmaturität) sind erfreulich. Der 2006 verzeichnete leichte Anstieg der Zahl der Lernenden setzte sich dieses Jahr fort: Insgesamt 1'354 Jugendliche (exkl. berufsbegleitende Ausbildungen), 60 mehr als im Vorjahr, besuchten die Schule.

Nach einer externen Evaluation konnte die Implementierung von Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung) abgeschlossen werden.

**Nachholbildung** Die Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) ermöglichen Erwachsenen, im Rahmen eines dreieinhalbjährigen Lehrgangs die Maturität berufsbegleitend nachzuholen. Die kantonale Matur der MfB ermöglicht ein Studium an der Universität Basel (ausgenommen sind die Fächer Medizin und Pharmazie). Ursprünglich war dieser Bildungsgang Berufsleuten mit abgeschlossener Lehre vorbehalten. Die Kurse werden jedoch schon seit einiger Zeit mehrheitlich von jungen, begabten Erwachsenen besucht, denen es aus diversen Gründen nicht möglich war, eine Maturität oder Berufsausbildung im dafür vorgesehenen Alter abzuschliessen. Im Juni 2007 haben sich 23 Absolventinnen und 12 Absolventen den Prüfungen gestellt. 20 Frauen und 10 Männer haben die Prüfung bestanden. Zurzeit besuchen 31 Frauen und 16 Männer den auf die nächsten Prüfungen im Juni 2009 vorbereitenden Kurs.

Der einjährige Passerellen-Lehrgang ermöglicht Inhaberinnen und Inhabern einer Schweizerischen Berufsmaturität den Universitätszugang. Die Passerellen-Studierenden werden auf eine Prüfung in fünf Fächern vorbereitet, welche unter der Verantwortung der Schweizerischen Maturitätskommission von den MfB durchgeführt wird. Der Kurs wird von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam angeboten. Im August 2007 haben 15 Frauen und 25 Männer die Prüfung abgelegt; 32 Studierende waren erfolgreich, 4 Frauen und 4 Männer haben die Prüfung nicht bestanden.

**Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler** Für Schülerinnen und Schüler ab Stufe Kindergarten bestehen ausserhalb der Unterrichtszeit verschiedene Betreuungsangebote. Eltern erleichtern diese Angebote die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit. Für Schülerinnen und Schüler, die ergänzend zum Schulunterricht über Mittag eine Betreuung benötigen, stehen insgesamt 23 Mittagstische zur Verfügung. Für Kinder, die ergänzend zum Schulunterricht eine Tagesbetreuung für bestimmte Wochentage oder für die ganze Woche benötigen, gibt es Schulen mit Tagesstrukturen, Tagesheime und Tagesfamilien. In den Schulferien besteht mit den Tagesferien eine ganztägige Tagesbetreuung.

Das Pilotprojekt „Schulen mit Tagesstrukturen“ – es beinhaltet Unterricht und bedarfsgerechte Betreuung an bis zu fünf Tagen pro Woche während bis zu elf Stunden pro Tag – ist im August 2007 an den vier Standorten Wasgenring, Niederholz, Thierstein und Kleinhüningen gestartet. 16 Schülerinnen und Schüler des Kindergartens und 49 Primarschulkinder besuchten im Dezember eine der vier Pilotschulen. Die Projektentwicklung wird durch eine externe Evaluation begleitet und wissenschaftlich überprüft.

**Frühförderung** Der Regierungsrat beauftragte im Juni 2007 eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für den Frühbereich (Kinder im Vorschulalter) im Kanton Basel-Stadt. Das Ressort Schulen, das in dieser Arbeitsgruppe vertreten ist, hat im Mai im Rahmen eines Vorprojekts mit der Erstellung eines Konzepts zur frühen Förderung der Deutschkenntnisse drei- bis vierjähriger Kinder begonnen. Der Vorschlag wird dem Regierungsrat Anfang 2008 vorgestellt. Das Projekt „Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten“ wird mit dem kantonalen Gesamtkonzept „Frühbereich“ koordiniert.

## Kindergärten Basel

ED-211

Der Kindergarten ist der Beginn der obligatorischen Schulzeit und dauert zwei Jahre. Die Kindergärten Basel unterrichten vier- bis siebenjährige Kinder nach einem verbindlichen Lehrplan, in welchem die Bildungs- und Erziehungsziele detailliert festgelegt sind. Durch Unterricht in altersgemischten Klassen werden Elementarkenntnisse vermittelt sowie die Beobachtungs-, Denk- und Ausdrucksfähigkeit der Kinder gefördert. Die Erziehungsberechtigten werden in diesen Prozess regelmässig einbezogen.

Neben den Regelangeboten mit Blockzeiten bestehen noch Zusatzangebote (individuelle Förderung der Kinder in kleinen Gruppen, integrative Sprachförderung für fremdsprachige Kinder), heilpädagogische Angebote für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen sowie Angebote für Kinder mit Behinderungen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Bildung im Kindergarten	2.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Die Kindergärten Basel führten die Arbeit am Qualitätsmanagement weiter. Die Pilotschulen mit Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler des Kindergartens und der Primarschule nahmen im August 2007 ihren Betrieb auf. Der geplante Pilotversuch zur Grundstufe wird nicht durchgeführt. Standarddeutsch als Unterrichtssprache wird weiterhin erprobt und evaluiert. Das Bewegungsprojekt „Burzelbaum“ wurde ausgeweitet.

### Allgemeine Bildung im Kindergarten

**Qualitätsmanagement** Die kollegiale Beratung wurde eingeführt und umgesetzt.

**Schulen mit Tagesstrukturen** Die Schulleitungen der Kindergärten Basel und Riehen, der Primarschule Basel sowie der Schulen von Bettingen und Riehen haben in Zusammenarbeit mit dem Ressort Schulen ein kantonales Rahmenkonzept für Schulen mit Tagesstrukturen erarbeitet und per Schuljahr 2007/08 an vier Standorten umgesetzt. An den Standorten Wasgenring (Basel) und Niederholz (Riehen) richtet sich das Angebot auch an Kindergartenkinder.

**Standarddeutsch als Unterrichtssprache** Standarddeutsch als Unterrichtssprache wird in 31 Kindergärten (inkl. zwei in Riehen, einem in Bettingen und einem Sprachheilkindergarten) erprobt und evaluiert.

**Bewegung im Kindergarten** Das Projekt „Burzelbaum“ (mehr Bewegung im Kindergarten) wird auf weitere Kindergärten ausgeweitet. Das Konzept zur flächendeckenden Umsetzung wurde erarbeitet und soll bis ins Jahr 2012 umgesetzt werden.

**Sprachprofile** Das Instrument „Sprachprofile“ wurde eingeführt und wird erprobt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	212.4	212.5	221.2	228.1	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	2'162	2'221	2'267	2'356	2'348 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	54.1	53.2	54.1	59.6	55.3

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	25'662.3	25'153.9	25'756.9	508.4	2.0
31 Sachaufwand	760.3	613.3	555.3	147.0	24.0 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>26'422.6</b>	<b>25'767.2</b>	<b>26'312.2</b>	<b>655.4</b>	<b>2.5</b>
43 Entgelte	-456.7	-329.7	-463.7	-127.0	-38.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-456.7</b>	<b>-329.7</b>	<b>-463.7</b>	<b>-127.0</b>	<b>-38.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>25'965.9</b>	<b>25'437.5</b>	<b>25'848.4</b>	<b>528.3</b>	<b>2.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung im Kindergarten	25'965.9	25'437.5		528.3	2.1

**Kommentar**

1 Im Sachaufwand sind periodenfremde Rückstellungen für Zeitguthaben des Verwaltungspersonals von TCHF 125.5 enthalten. Die restlichen TCHF 21.4 ergeben sich hauptsächlich aus höheren Ausgaben für BVB-Billette und Telekommunikation.

## Rektorat Kleinklassen

ED-224

Zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten im schulischen und/oder sozialen Bereich werden Einführungsklassen und Kleinklassen resp. heilpädagogische Lerngruppen an der Primarschule (PS), an der Orientierungsschule (OS) und der Weiterbildungsschule (WBS) geführt. Auf Primar- und OS-Stufe werden auch je zwei Kleinklassen-Tagesschulen geführt. Als spezielle Angebote bestehen die lehrplanfreie Schule „Sunnegarte“ und eine Mädchenklasse (OS). Zwei Kriseninterventionsstellen und die Schule auf dem Bauernhof sind Time-Out-Angebote der Kleinklassen für alle Schülerinnen und Schüler der Volksschule.

Die Integrativen Schulungsformen (ISF) begleiten, betreuen und fördern Schülerinnen und Schüler der PS-, OS- und WBS-Regelklassen, die aufgrund von Teilleistungsstörungen vom Regelklassensystem allein nicht getragen werden können.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Heilpädagogische Angebote	2.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr standen die Optimierung des Integrationsprojektes an der Orientierungsschule Basel, die Umsetzung dieses Projekts an der Orientierungsschule der Schulen von Bettingen und Riehen sowie der Ausbau der Förderzentren an den Primarschulen im Vordergrund.

Das Profil der Schulischen Heilpädagogik wurde weiter entwickelt. Die Formulierung des Auftrags und der Aufgaben der integrativ und segregativ arbeitenden Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen (SHP) dient der Profilierung und Schärfung des „Berufsbildes SHP“. Die Abgrenzung zur Förderpädagogik in den Förderzentren wird dadurch geschärft resp. die Heilpädagogik eingegrenzt.

### Heilpädagogische Angebote

**Förderzentren Primarstufe** Vier Primarschulhäuser erarbeiteten ein Konzept für neue Förderzentren. Dank der Umverteilung von heilpädagogischen Ressourcen aus segregativen in integrative Gefässe konnten diese Förderzentren mit den nötigen heilpädagogischen Ressourcen ausgestattet werden. Lediglich zwei Primarschulhäuser verfügen zurzeit noch nicht über ein ISF-Angebot.

**Projekt „Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen an der OS Basel“** Das Integrationsprojekt „Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen an der OS Basel“ wurde bisher zweimal evaluiert. Die Auswertung der Evaluationen gibt der Schulleitung Hinweise auf die Optimierung des Projekts resp. auf den entsprechenden Weiterbildungsbedarf der Schulischen Heilpädagoginnen und Regellehrpersonen. An der OS der Schulen von Bettingen und Riehen (OS BR) wurde das oben genannte Projekt umgesetzt. Per Schuljahr 2007/08 gibt es an allen Standorten der OS BR ein integratives heilpädagogisches Angebot. Zudem wurde im Steingrubenschulhaus in Riehen eine Heilpädagogische Lerngruppe (segregatives heilpädagogisches Angebot) geschaffen.

**Kleinklassen der Weiterbildungsschule** Die Überarbeitung des Förderkonzepts für die WBS-Kleinklassen ist im Gange. Der erste Teil konnte bereits abgegeben und genutzt werden. Das Projekt „Spezialangebot WBS“ beginnt in Kürze.

**Spezialangebote** Der Sunnegarte konnte seinen Erweiterungsbau (Pavillon) beziehen. Der Kriseninterventionsstelle (KIS) gehört nun auch eine „Kleingruppe“ am Standort der WBS-KKL Holbein an. Die KIS erhält zudem in Kürze ein neues Betriebskonzept und eine Leitung. Im Weiteren wird an den Standorten der Spezialangebote (Tagesschulen der PS und OS, Sunnegarte, Mädchenklassen und KIS) weiterhin am Aufbau des Qualitätsmanagements gearbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	163.7	166.3	169.4	179.5	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	454	534	736	774	791 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	67.6	65.9	64.4	61.1	60.7
Anteil Schüler/-innen in separativem heilpädagog. Angebot	%	4.0	6.5			
Übertrittsquote von separativer OS-Klasse in WBS-Regelklasse	%	25.4	40.0			

#### Kommentar

- Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Der Rückgang der Schülerinnen und Schüler ist einerseits auf den allgemeinen Rückgang der Schülerzahl im Kanton und andererseits auf die Umsetzung des Integrationskonzepts der Orientierungsschule (Projekt Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen) zurückzuführen. Lektionen, die in den OS-Regelklassen eingesetzt werden, gehen weiterhin zu Lasten Rektorat Kleinklassen.
- Anteil an Gesamtschülerzahl (1.-9. Klasse, ohne Gymnasium). Grund für den Rückgang ist die Umsetzung des Integrationskonzepts an der Orientierungsschule. Die Werte für die Jahre 2003-2005 sind nicht verfügbar.
- Grund für den Rückgang ist die Umsetzung des Integrationskonzepts an der Orientierungsschule. Die Werte für die Jahre 2003-2005 sind nicht verfügbar.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	28'039.5	27'596.3	27'411.6	443.2	1.6
31 Sachaufwand	522.4	494.6	480.2	27.8	5.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	10.1	0.0	4.9	10.1	...
36 Eigene Beiträge	42.2	35.0	35.9	7.2	20.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>28'614.1</b>	<b>28'125.8</b>	<b>27'932.6</b>	<b>488.3</b>	<b>1.7</b>
42 Vermögenserträge	-0.6	0.0	-0.6	-0.6	...
43 Entgelte	-464.3	-505.5	-525.7	41.2	8.1
<b>4 Ertrag</b>	<b>-464.9</b>	<b>-505.5</b>	<b>-526.3</b>	<b>40.6</b>	<b>8.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>28'149.2</b>	<b>27'620.3</b>	<b>27'406.2</b>	<b>528.9</b>	<b>1.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Heilpädagogische Angebote	28'149.2	27'620.3		528.9	1.9

**Sozialpädagoginnen und -pädagogen** Die Sozialpädagoginnen und -pädagogen der KKL-Tagesschulen haben ein Pflichtenheft erarbeitet, das von der Schulleitung per 1. August 2007 in Kraft gesetzt wurde. Ebenso wurde mit Unterstützung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) eine Fachberatung eingerichtet.



## Schulen von Riehen und Bettingen

ED-225

Die Schulen von Bettingen und Riehen (BR) vermitteln den Schülern und Schülerinnen des 1. bis 7. Schuljahres allgemeine Volksschulbildung bis zum Abschluss der Orientierungsschule. Sie werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und in ihrer Fähigkeit, das Zusammenleben in der Gesellschaft positiv zu gestalten, gefördert. Die Schülerinnen und Schüler sollen nach Abschluss der Primar- und Orientierungsschule über die nötigen Kompetenzen für den erfolgreichen Beginn einer weiterführenden Schule verfügen.

Die Schulen von Bettingen und Riehen führen die Primarschule (PS) vom 1. bis 4. Schuljahr und die Orientierungsschule (OS) vom 5. bis 7. Schuljahr.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Bildung an den Schulen von Riehen und Bettingen	2.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Allgemeine Bildung an den Schulen von Bettingen und Riehen

**Schulen mit Tagesstrukturen** Die Schule mit Tagesstrukturen im Schulhaus Niederholz ist im August gut gestartet. Von den 24 Plätzen sind 22 vergeben; das ist die beste Auslastung aller Pilotstandorte. Bei der Planung und Umsetzung kamen die guten Beziehungen zur Gemeinde zum Tragen.

**Umzug OS Grendelmatte** Die OS Grendelmatte hat anfangs Jahr ihr neues Domizil im alten Primarschulhaus Steingrubenweg aufgrund der Verzögerung des Neubaus Hinter Gärten verspätet bezogen. Mittlerweile hat sich das Zusammenleben mit einer heilpädagogischen Lerngruppe und dem Mittagstisch gut eingespielt.

**Qualitätsmanagement** Als erster Q-Themenbereich wurde in den Q-Gruppen die Unterrichtsoptimierung vorgegeben. Die Arbeiten sollten im Frühjahr 2008 abgeschlossen sein. Auf Leitungsebene wird bereits die Einführung von Individual-Feedback geplant.

Je zwei Lehrpersonen pro Stufe werden das Weiterbildungsbasismodul „Schulinternes Qualitätsmanagement“ besuchen. Die Schule ist dem kantonalen Q-Netzwerk angeschlossen.

**Nutzung der heilpädagogischen Ressourcen** Die Planungsphase des Projekts „Nutzung der heilpädagogischen Ressourcen“ wurde an der OS im ersten Halbjahr 2007 mit dem Erstellen der Schulhauskonzepte, die von den Schulleitungen BR und Kleinklassen überprüft wurden, abgeschlossen. Seit Beginn des Schuljahres 2007/2008 läuft die Umsetzungsphase. Gleichzeitig mit der Nutzung der heilpädagogischen Ressourcen, die nun mit 100 Lektionen in vollem Umfang wieder an der OS installiert sind, wurden in allen Schulhäusern Förderzentren eingerichtet. Neu ist an jedem Standort eine Lehrperson für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zuständig, die auch Förderunterricht anbieten kann.

**Förderzentren** Die Förderzentren sind flächendeckend eingeführt. Probleme werden nun häufiger direkt im Schulhaus und ohne Einbezug des Rektorats gelöst. Die Arbeit der ISF-Lehrpersonen (Integrative Schulungsformen) wird in den Kollegien geschätzt. Sie ist eine Unterstützung für die Lehrpersonen. Im Schuljahr 2007/2008 ist DaZ ins Förderzentrum integriert worden.

**Sprachprofile** In der OS wurden am Dreitageblock nach Absprache und Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen die Sprachprofile eingeführt. Am Zweitageblock wurden in den Teams die Deskriptoren festgelegt, die nun erprobt werden. In der PS wurden die Sprachprofile an einer Informationsveranstaltung zusammen mit den Kindergartenlehrpersonen vorgestellt. Auch in der PS fand auf Wunsch der Verantwortlichen ein Treffen statt, an dem festgelegt wurde, welche Sprachkompetenzen und welche globalen Deskriptoren nach den Herbstferien erprobt werden sollen. Die detaillierten Deskriptoren bestimmten die Lehrpersonen im Kollegium.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	119.6	126.6	133.5	135.3	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	1'326	1'365	1'417	1'508	1'561 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	18.4	15.8	15.9	15.3	15.0
Übertrittsquote in den WBS A-Zug	%	17.2	14.4	18.0	17.3	<sup>2</sup>
Übertrittsquote in den WBS E-Zug	%	34.0	36.7	36.9	37.1	
Übertrittsquote ins Gymnasium	%	47.0	48.0	44.7	45.0	

**Kommentar**

- Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts.
- Die Übertrittszahlen für 2003 werden nicht angegeben, da sie wegen der Einführung von zwei Leistungszügen an der WBS und des neuen Zuteilungsverfahrens mit denen der Jahre 2004ff. nicht vergleichbar sind. Die Summe der Übertritte an die WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind Übertritte in eine Kleinklasse, Wegzug u.a.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	17'837.0	17'534.3	18'746.4	302.7	1.7
31 Sachaufwand	1'645.9	1'206.2	1'246.1	439.7	36.5 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>19'483.0</b>	<b>18'740.5</b>	<b>19'992.5</b>	<b>742.4</b>	<b>4.0</b>
43 Entgelte	-475.8	-423.9	-520.8	-51.9	-12.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-475.8</b>	<b>-423.9</b>	<b>-520.8</b>	<b>-51.9</b>	<b>-12.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>19'007.2</b>	<b>18'316.7</b>	<b>19'471.7</b>	<b>690.6</b>	<b>3.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung an den Schulen von Riehen und Bettingen	19'007.2	18'316.7		690.6	3.8

**Kommentar**

- Im Sachaufwand sind periodenfremde Rückstellungen für Zeitguthaben des Verwaltungspersonals (TCHF 68.5) und der Lehrpersonen (TCHF 509.1) enthalten.

## Primarschule Basel

ED-226

Die Primarschule Basel (PSB) vermittelt in den vier Jahren der Primarschulzeit den sechs- bis zehnjährigen Schülerinnen und Schülern Elementarkenntnisse und fördert ihre Beobachtungs-, Denk- und Ausdrucksfähigkeit. Die Schülerinnen und Schüler sollen durch Erhöhung der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz die Anschlussfähigkeit an die folgende Schulstufe (Orientierungsschule) erreichen. Die PSB erteilt Unterricht in Jahrgangsklassen unter Einhaltung von Blockzeiten (Montag - Freitag jeweils 8 bis 12 Uhr). Zusätzlich zum Regelangebot werden Kinder mit speziellen Massnahmen nach Bedarf individuell gefördert. Für Familien, die auf eine Tagesstruktur angewiesen sind, bietet die PSB an drei Standorten strukturierte Betreuung vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsende inklusive Mittagessen an.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Bildung in der Primarschule Basel	2.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Allgemeine Bildung in der Primarschule Basel

**Tagesstrukturen** Drei Standorte der Primarschule Basel haben zu Beginn des Schuljahrs 2007/2008 ihren Betrieb als Schule mit Tagesstrukturen aufgenommen: Kleinhüningen, Thierstein und Wasgenring. 37 Erstklass- und 6 Kindergartenkinder machen von diesem Angebot Gebrauch. Schulen mit Tagesstrukturen sind ein Angebot der Schule: Sie sind in den Schulbetrieb integriert, Lehrpersonen der jeweiligen Standorte sind miteinbezogen. So können Unterricht und Betreuung optimal miteinander verknüpft werden. Zwischen 7 und 18 Uhr werden Unterricht und Betreuung angeboten. Die Schulen werden so in stärkerer Masse zu Lernorten und zu gestalteten Lebensräumen, in denen die Kinder das Zusammenleben lernen können. Dies ermöglicht auch höhere Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler. Den Schulen mit Tagesstrukturen liegt ein ausgewogenes Konzept zugrunde: Es berücksichtigt die Interessen und Wünsche der Eltern, beschäftigt qualifiziertes Betreuungspersonal und garantiert mit möglichst konstanten Kindergruppen pädagogische Qualität. Das Angebot steht allen Erstklasskindern eines Schulgebiets offen und ist mit nach Einkommen und Vermögen abgestuften Beiträgen der Eltern kostenpflichtig. Das Projekt ist in seiner Startphase auf vier Jahre angelegt, in denen sich die zur Verfügung stehenden Plätze entsprechend vervierfachen sollen. Begleitet wird es von der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), welche die Erfahrungen zwischen 2007 und 2011 evaluieren wird.

**Qualitätsmanagement** Im Rahmen der koordinierten und mit der ganzen Primarschulstufe vereinbarten Projektorganisation sind alle Schulstandorte in die Umsetzung des Qualitätsmanagements (QM) eingestiegen. In jedem Kollegium leitete die verantwortliche Q-Projektgruppe den Aufbau und die Umsetzung eines der drei QM-Elemente Individual-Feedback, Qualitätsgruppen oder Schulleitbild. Der Rahmen für die Umsetzungsarbeit wurde im kantonalen Rahmenkonzept und in den im vorangegangenen Berichtsjahr ausgearbeiteten Grundlagenpapieren zu den drei QM-Elementen festgelegt. Die Grundlagenpapiere unterstützten die Q-Projektgruppen in ihrer Umsetzungsarbeit. Die auf der Ebene Schulleitungskonferenzen angesiedelten Projektsteuergruppen koordinierten die Aufbauarbeit im je eigenen Schulgebiet und gewährleisteten, dass die Aufbau- und Umsetzungsarbeiten den unterschiedlichen Voraussetzungen der Schulgebiete und der einzelnen Schulstandorte gerecht werden konnten.

Der Aufbau des QM an den einzelnen Standorten forderte von den verantwortlichen Q-Projektgruppen einen grossen Einsatz. Die Zwischenergebnisse ihrer Arbeiten lassen aber erkennen, dass alle Standorte auf Kurs sind und die ersten Teilschritte mehrheitlich mit Erfolg bewältigt wurden.

**Grundstufe** Nach Abschluss der Vorprojektphase und der Vernehmlassungen hat der Departementsvorsteher beschlossen, auf die Durchführung eines Pilotprojekts Grundstufe zu verzichten.

**Sprachförderung** Aufgrund des Erziehungsratsbeschlusses vom 22. Mai 2006 sind die Lehrpersonen der Primarschulen Basel-Stadt aufgefordert, vom ersten Schultag an in allen Fächern

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	356.0	363.0	365.8	367.5	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	4'309	4'433	4'442	4'457	4'535 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	54.1	53.3	52.9	53.2	52.4

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	49'974.7	49'239.7	50'102.1	735.0	1.5
31 Sachaufwand	4'675.9	4'763.1	4'762.8	-87.2	-1.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	3.1	0.0	6.0	3.1	...
36 Eigene Beiträge	5.1	11.5	7.6	-6.4	-55.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>54'658.8</b>	<b>54'014.3</b>	<b>54'878.5</b>	<b>644.5</b>	<b>1.2</b>
42 Vermögenserträge	-1.2	0.0	-1.9	-1.2	...
43 Entgelte	-1'127.2	-785.2	-1'111.9	-342.0	-43.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'128.4</b>	<b>-785.2</b>	<b>-1'113.7</b>	<b>-343.2</b>	<b>-43.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>53'530.4</b>	<b>53'229.1</b>	<b>53'764.8</b>	<b>301.3</b>	<b>0.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung in der Primarschule Basel	53'530.4	53'229.1		301.3	0.6

Standarddeutsch als Unterrichtssprache zu verwenden. Die Kollegien der Primarschule Basel haben festgehalten, in welchen Situationen ausserhalb der Unterrichtsstunden Standardsprache zusätzlich angewendet wird. Als weitere Massnahme der Sprachförderung dienen die Sprachprofile. Diese sind ein aus der Praxis entstandenes Instrument zur Planung, Durchführung und Reflexion eines sprachfördernden Unterrichts in allen Fächern. Die Kollegien legten den Start einer mindestens halbjährigen Erprobungsphase auf Mitte Oktober 2007 fest, der eine Evaluation der Einführung folgt. Die Verwendung des Instruments Sprachprofile ist ab Schuljahr 2008/2009 verbindlich.

## Schule für Brückenangebote

ED-231

Die Schule für Brückenangebote (SBA) bietet Jugendlichen, die neun Schuljahre absolviert haben und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die SBA führt verschiedene vollschulische, kombinierte und integrative Brückenangebote. Die SBA ist ebenfalls Anmeldestelle sämtlicher Brückenangebote. Sie weist die Jugendlichen den entsprechenden Brückenangeboten zu.

Die vollschulischen Brückenangebote werden im Grundniveau (Basis) und im anspruchsvolleren Erweiterungsniveau (Basis plus) geführt. Für Jugendliche mit kaufmännischem Interesse wird zudem die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) angeboten.

Die kombinierten Brückenangebote bestehen aus der Vorlehre A extern (zwei Tage pro Woche Unterricht, drei Tage pro Woche Praktikum in einem externen Unternehmen), dem heilpädagogischen Angebot Vorlehre A Job (Unterricht und Praktikumsplätze durch die Schule) sowie der Vorlehre A aprentas (Ausbildungsverband diverser Unternehmen der Privatindustrie).

Für fremdsprachige Jugendliche, die neu in die Schweiz eingereist sind, werden als integrative Brückenangebote ein- und zweijährige Berufswahlklassen (IBK), eine integrative Einführungsklasse (IEK) sowie Intensiv-Integrationskurse (IIK) geführt. Für junge Migrantinnen und Migranten, die nur einen Teil ihrer Schulzeit in der Schweiz absolviert haben, besteht das anspruchsvolle - dem Erweiterungsniveau entsprechende - Angebot „Log in“.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Berufliche Vorbildung SBA

2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Berufliche Vorbildung SBA

**Qualitätssicherung Q2E** Das Schuljahr 2006/07 wurde für den Auf- und Ausbau des Qualitätsmanagements nach Q2E an der ganzen Schule intensiv genutzt. Im Folgenden findet sich eine Auswahl der Tätigkeiten im Bereich der Qualitätssicherung: Einführung der kollegialen Unterrichtshospitalation, Einführung Feedback der Schülerinnen und Schüler, Einführung der Klassenteams (systematische Kooperation der Lehrpersonen, die eine Klasse führen), interne Evaluation der Laufbahnvorbereitung abgeschlossen, Führen im Betriebsalltag, vertiefte Zusammenarbeit mit Verantwortlichen des kantonalen Qualitätsmanagements.

**Sprachförderung** In der Sprachförderung lag der Schwerpunkt bei der Umsetzung der drei Pilotprojekte Lesen (Techniken des Leseverstehens, Standortbestimmung neuer Schülerinnen und Schüler, Didaktisieren von Texten), Schreiben (Schreibwerkstatt, Förderung von Schreibenlässen, Standortbestimmung neuer Schülerinnen und Schüler) sowie Sprachprofile (praktische Erfahrungen in den Fächern Gesellschaft–Wirtschaft–Recht [GWR] und Mathematik, Einführung in weiteren Klassen, Unterstützung der Lehrpersonen).

**Nachbetreuung und Lehrstellen-Coaching** In den intensiv genutzten Nachbetreuungsangeboten erhalten ehemalige Schülerinnen und Schüler an allen Schulstandorten regelmässig Unterstützung (Coaching, allgemeine Beratung, Nachhilfe, Vorbereitung auf Prüfungen).

Das Netzwerk der Fachstelle Schule–Beruf konnte im vergangenen Schuljahr erfolgreich gepflegt und erweitert werden. Unter anderem anlässlich der Sozialkonferenz Basel zum Thema „Lohnende Arbeitsintegration“, des Gewerbetags, des Neujahrsempfangs des Gewerbeverbandes sowie an Podiumsveranstaltungen konnte das Netzwerk vergrössert und die Aufgaben der Schule konnten bekannt gemacht werden. Erfolgreich verlief auch der Auftritt der Schule an der ersten Basler Berufsmesse. Diverse Gespräche und Kontakte konnten am rege besuchten Stand gepflegt und neu geknüpft werden. Zum weiteren Angebot für die Jugendlichen gehörte die Erfassung und Vermittlung von Praktika und Lehrstellen. Auf Anfrage wurden auch Jugendliche sowie ihre Lehrpersonen in Bezug auf mögliche Anschlusslösungen beraten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	89.7	90.5	99.1	94.9	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	907	906	1'025	971	864 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	67.1	69.6	66.1	65.2	67.9
Übertrittsquote in eine Berufslehre/ein Praktikum	%	54.4	57.5	54.3	49.8	52.5 <sup>2</sup>
Übertrittsquote in eine weiterführende Schule	%	12.1	11.2	12.1	13.2	11.7
Übertrittsquote in ein weiteres Brückenangebot	%	14.6	12.3	12.5	11.4	13.7
Anteil Abgänger/-innen ohne Anschlusslösung (per 30. Juni)	%	5.9	8.7	9.1	12.8	10.5

**Kommentar**

- Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- Die Summe der Übertrittsquoten sowie des Anteils Abgänger/-innen ohne Anschlusslösung ergibt weniger als 100%. Gründe dafür sind der Antritt einer Arbeitsstelle ohne Ausbildung, das Absolvieren eines weiteren Zwischenjahres oder der Besuch einer Privatschule.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	14'150.9	14'633.0	14'626.5	-482.0	-3.3
31 Sachaufwand	418.6	430.0	364.1	-11.4	-2.6
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>14'569.6</b>	<b>15'063.0</b>	<b>14'990.6</b>	<b>-493.4</b>	<b>-3.3</b>
42 Vermögenserträge	-4.4	0.0	-5.1	-4.4	...
43 Entgelte	-268.9	-209.6	-237.4	-59.2	-28.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-844.1	-640.0	-875.8	-204.1	-31.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'117.4</b>	<b>-849.6</b>	<b>-1'118.3</b>	<b>-267.8</b>	<b>-31.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>13'452.2</b>	<b>14'213.3</b>	<b>13'872.3</b>	<b>-761.1</b>	<b>-5.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Vorbildung SBA	13'452.2	14'213.3		-761.1	-5.4

**Begleitete Praktika gegen Jugendarbeitslosigkeit** Mit „BasicWorking“ (Trainingsjahr für Jugendliche) und „Förderband“ (dreimonatiges Intensivseminar für Jugendliche mit wenig Perspektiven auf dem Berufsmarkt) wurden in Zusammenarbeit mit der „JobFactory“ und der „Medienfalle“ erfolgreich zwei neue Projekte im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit angeboten.

## Orientierungsschule Basel

ED-235

Die Orientierungsschule (OS) vermittelt den Schülern und Schülerinnen des 5. bis 7. Schuljahres allgemeine Volksschulbildung im Anschluss an die Primarschule. Die Schule schafft die Voraussetzungen zur Mündigkeit durch Erhöhung der Sach-, Sozial- und Selbstkompetenz. Die Schülerinnen und Schüler werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und in ihrer Fähigkeit, das Zusammenleben in der Gesellschaft positiv zu gestalten, gefördert. Die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler werden auf einem hohen Leistungsniveau gefördert, unabhängig von Geschlecht, sozioökonomischer und soziokultureller Herkunft.

Die Orientierungsschule weist die Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit den Eltern in die weiterführenden Schulen des Kantons Basel-Stadt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Bildung in der Orientierungsschule	2.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Die Tätigkeiten und Projekte der Schulentwicklung an der Orientierungsschule Basel waren auch in diesem Jahr im Qualitätsmanagement (QM) eingebettet. Grundlagen dafür bilden u. a. das „Leitbild für die Schulen des Kantons Basel-Stadt“ und die Umsetzung des Integrationsprojekts.

### Allgemeine Bildung in der Orientierungsschule

**Qualitätsmanagement** Mit dem vorgegebenen QM-Thema der Schulleitung „Heterogener Unterricht in Schulklassen“ sind alle Lehrpersonen verpflichtet, entweder in Entwicklungsgruppen oder mit gegenseitiger Hospitation intensiv an der Unterrichtsqualität zu arbeiten (Element 2). Der Auftrag zur Einführung des Individualfeedbacks (Element 1) ist vorbereitet und wird im Frühjahr 2008 umgesetzt. Hauptthemen sind dabei die Binnendifferenzierung in den verschiedenen Fächern und die Zusammenarbeit in den pädagogischen Teams.

**Leistungsstrukturen** Im Hinblick auf die neuen Leistungsstrukturen werden die Kompetenzen der Schulhausleitungen erweitert. An den Strategietagen 07 wurden verschiedene Themen der Personalführung bearbeitet. Verbindliche Jahresgespräche mit allen Lehrpersonen sind vorbereitet und werden ab Januar 08 durchgeführt.

**Tagesbetreuung** Die Tagesbetreuung der OS an den drei Standorten Thomas Platter/Wettstein, Wasgenring und Gellert wird im vierten Projektjahr in Zusammenarbeit mit dem Ressort Schulen erfolgreich weitergeführt.

**Integrationsklassen (Integration von Schüler/innen mit einer geistigen Behinderung)** Im Schuljahr 2007/08 werden die Integrationsklassen in den Schulhäusern Gellert und Drei Linden weitergeführt. Diese entwickeln sich zunehmend zu Kompetenzzentren für die Integration von Kindern mit einer geistigen Behinderung in die Regelschule. Beide Standorte führen dazu neu eine erste Klasse.

**Projekt „Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen an den Standorten“** Im Vordergrund stehen die Umsetzung der Konzepte der heilpädagogischen Ressourcen und deren Evaluation. Zentral ist der weitere Ausbau der Förderzentren. In Abgrenzung zu den Aufgaben der Schulischen Heilpädagoginnen und -pädagogen soll das Berufsbild der Förderlehrpersonen klar definiert sein. An jedem Schulstandort sollen in den Förderzentren zudem Lehrpersonen mit einer Spezialausbildung unterrichten (Deutsch als Zweitsprache, Begabungsförderung u.a.).

**Sprachförderung** Die Projekte zur Verbesserung der Sprachkompetenz werden weitergeführt, insbesondere die Umsetzung der Sprachprofile, Leseförderung und die Verwendung von Hochdeutsch im Unterricht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	330.7	334.0	327.9	342.8	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	3'384	3'424	3'424	3'527	3'564 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	53.7	53.9	51.8	49.4	48.3
Übertrittsquote in den WBS A-Zug	%	27.1	28.2	28.0	32.3	<sup>2</sup>
Übertrittsquote in den WBS E-Zug	%	37.3	36.4	37.8	37.6	
Übertrittsquote ins Gymnasium	%	34.5	33.5	31.6	29.6	

#### Kommentar

- Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts.
- Die Übertrittszahlen für 2003 werden nicht angegeben, da sie wegen der Einführung von zwei Leistungszügen an der WBS und des neuen Zuteilungsverfahrens mit denen der Jahre 2004ff. nicht vergleichbar sind. Die Summe der Übertritte an die WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind Übertritte in eine Kleinklasse, Wegzug u.a.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	51'647.8	49'338.8	50'909.0	2'309.1	4.7 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	1'693.0	1'628.8	1'558.4	64.2	3.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4.5	0.0	0.8	4.5	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>53'345.4</b>	<b>50'967.6</b>	<b>52'468.2</b>	<b>2'377.8</b>	<b>4.7</b>
42 Vermögenserträge	-3.3	-3.5	-3.4	0.2	5.7
43 Entgelte	-772.6	-821.4	-750.4	48.8	5.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-27.0	-30.0	-36.7	3.0	10.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-802.9</b>	<b>-854.9</b>	<b>-790.6</b>	<b>52.0</b>	<b>6.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>52'542.5</b>	<b>50'112.7</b>	<b>51'677.6</b>	<b>2'429.9</b>	<b>4.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung in der Orientierungsschule	52'542.5	50'112.7		2'429.9	4.8

#### Kommentar

- Die Abweichung von TCHF 2309 ist einerseits auf folgende Gründe zurückzuführen: (1) TCHF 200: Im Schuljahr 2006/07 war die Schülerzahl höher als bei der Budgetierung angenommen. (2) TCHF 380: 2007 waren die Kosten pro Lektion um CHF 52/Lektion höher als budgetiert (inkl. Teuerung). (3) TCHF 350: Die PK-Einkäufe sind wesentlich höher ausgefallen als budgetiert. (4) TCHF 100: Die Erhöhung der Kinderzulagen ist nicht in der Dienststelle budgetiert worden. Andererseits musste festgestellt werden, dass der Personalaufwand für das Jahr 2007 um rund TCHF 1300 zu knapp budgetiert wurde. Anlässlich der Budgetierung 2008 wurden die Personalausgaben bereits entsprechend angepasst.

**Orientierungsarbeiten** 2006 wurden die Fächer Mathematik und Zeichnen ausgewählt. Mathematik wurde damit nach 2005 zum zweiten Mal berücksichtigt. In diesem Jahr sind nur die Grundanforderungen einbezogen worden.

**Choose it! – das Schulprojekt für die andere Wahl** Gemeinsam mit dem Gleichstellungsbüro wurde zum zweiten Mal das dreitägige Projekt „Choose it!“ durchgeführt. Es sensibilisiert Mädchen und Jungen für eine Erweiterung von Rollen- und Berufsbildern.



## Weiterbildungsschule

ED-236

Die Weiterbildungsschule (WBS) vermittelt den Schülern und Schülerinnen des 8. und 9. Schuljahres allgemeine Volksschulbildung zum Abschluss ihrer obligatorischen Schulzeit. Sie werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und in ihrer Fähigkeit, das Zusammenleben in der Gesellschaft positiv zu gestalten, gefördert. Die Schülerinnen und Schüler sollen nach Abschluss der WBS über die nötigen Kompetenzen für den erfolgreichen Beginn einer Ausbildung auf Sekundarstufe II (Berufsausbildung oder weiterführende Schule) verfügen.

Die WBS führt zwei Züge: Der A-Zug nimmt leistungsschwächere und mittlere Schülerinnen und Schüler auf und bereitet auf Berufslehre und Attestausbildung vor. Der E-Zug nimmt leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler auf und bereitet auf anspruchsvolle Lehrstellen und auf weiterführende Schulen vor. Über Berufs- und Fachmatur öffnet er den Weg zur Fachhochschule.

Produktegruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Allgemeine Ausbildung WBS

2.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Schuljahr 2006/2007 wurden an der WBS die letzten Veränderungen im Nachgang zur Strukturänderung konsolidiert, nämlich die Wahl der Pflichtwahlfächer für die gesamte Dauer der WBS und die Zulassung von Englisch als mündlichem Prüfungsfach im A-Zug. Weitere Veränderungen wurden vorbereitet, wie die geplante Überführung der Schulhausleitungen zu Schulleitungen an teilautonomen Standorten. Zudem wurde das neue mit der OS gemeinsame Pflichtenheft für Schulhausleitungen eingeführt, wodurch die Standortleitungen vor allem im Disziplinarwesen weitergehende Rechte erhielten. Weitere Themen waren die Fortsetzung der Bemühungen, bestmögliche Voraussetzungen für den Übertritt von Schülerinnen und Schülern in eine Berufsausbildung zu schaffen, sowie die Leistungsmessungen an der WBS weiterzuführen und mit dem Kanton Basel-Landschaft zu vernetzen.

Mit der Umsetzung des Rahmenkonzepts der Schulen von Basel-Stadt für ein Qualitätsmanagement wurde begonnen, ebenso mit der Planung für die Einrichtung von Integrationsklassen an der WBS (Integration von Schülerinnen und Schülern mit einer geistigen Behinderung in die Regelschule).

### Allgemeine Ausbildung WBS

**Anschluss ans Englischobligatorium der OS** Um die Kohärenz des Bildungsgangs in Englisch zu wahren, wurde die Einführung des in der OS benützten Lehrmittels auch für die WBS beim Erziehungsrat beantragt und von ihm bewilligt. Die Lehrpersonen erhielten eine Einführung in die Benützung des neuen Lehrmittels „New Snapshot“.

**Vorbereitung auf die Berufsausbildung** Das Projekt „Casting“, das in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband und dem Amt für Berufsbildung eingeführt worden war, wurde evaluiert und als äusserst hilfreich empfunden. Die Fortsetzung des Projekts wurde geplant. Um auch vermehrt E-Zug-Schüler- und -Schülerinnen für eine anspruchsvolle Berufslehre zu gewinnen, wurde es zur Ausweitung auf den E-Zug projektiert.

Erstmals wurde eine Koordinationsstelle für die Vermittlung von Lehrstellen eingerichtet und von einer beachtlichen Anzahl von Schülerinnen und Schülern benutzt. Da viele Betriebe die Triagestelle zur Erleichterung ihres Auswahlverfahrens in Anspruch nehmen wollten, entstand die Idee, eine Koordinationsstelle fest einzurichten. Diese Idee mündete in einen Antrag an den Krisenfonds.

**Leistungsmessung** Die Zusammenarbeit mit Dr. Urs Moser vom Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich konnte auch nach Beendigung der Evaluation der Strukturänderung fortgesetzt werden, so dass die Lehrpersonen weiterhin eine detaillierte Rückmeldung und die Schulleitung

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	211.3	218.2	221.9	214.9	1
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	1'861	1'915	1'914	1'869	1'756
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	56.6	54.7	53.8	54.6	52.0
Übertrittsquote in eine Berufslehre	%	17.8	16.2	12.9	15.6	15.5
Übertrittsquote in eine weiterführende Schule	%	25.2	28.0	19.0	19.3	20.4
Übertrittsquote in ein Brückenangebot	%	51.1	49.8	62.1	58.5	55.4
Anteil Abgänger/-innen ohne Anschlusslösung (per 30. Juni)	%	0.7	1.8	1.3	2.6	4.0

**Kommentar**

- 1 Bei allen Kennzahlen sind die Kleinklassen WBS nicht berücksichtigt (siehe Rektorat Kleinklassen).
- 2 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- 3 Die Summe der Übertrittsquoten sowie des Anteils Abgänger/-innen ohne Anschlusslösung ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind Wegzüge u.a.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	32'643.2	32'013.1	32'408.9	630.1	2.0
31 Sachaufwand	1'273.0	1'304.7	1'251.6	-31.7	-2.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.0	0.0	0.0	1.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>33'917.2</b>	<b>33'317.8</b>	<b>33'660.5</b>	<b>599.4</b>	<b>1.8</b>
43 Entgelte	-623.8	-404.9	-454.9	-218.8	-54.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-623.8</b>	<b>-404.9</b>	<b>-454.9</b>	<b>-218.8</b>	<b>-54.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>33'293.4</b>	<b>32'912.8</b>	<b>33'205.6</b>	<b>380.6</b>	<b>1.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Ausbildung WBS	33'293.4	32'912.8		380.6	1.2

Längsschnittdaten erhalten. Die Orientierungsarbeiten im Herbst lösten die bisherigen Standortbestimmungen ab. Sie wurden in Mathematik und Französisch gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft durchgeführt, wobei die Ergebnisse in Französisch keine kantonalen Unterschiede ergaben, während die Leistungen der WBS-Jugendlichen in Mathematik unter denjenigen der Schülerinnen und Schüler aus Basel-Landschaft lagen. Ausgewählte Klassen nahmen weiterhin am Angebot „Klassenscockpit“ zur vergleichenden Selbstevaluation teil, und an einem Standort wurde mit der Teilnahme an der webbasierten individuellen Standortbestimmung „Stellwerk“ als Pilotprojekt begonnen.

## Fachmaturitätsschule

ED-249

Die an die obligatorische Schulzeit anschliessende Fachmaturitätsschule (FMS) als Nachfolgerin der Diplommittelschule (DMS) stellt eine drei- bis vierjährige vollzeitliche Ausbildung dar, welche die Schülerinnen und Schüler auf anspruchsvolle Berufsausbildungen im Dienstleistungsbereich bzw. auf ein Studium an einer Höheren Fachschule oder einer Fachhochschule vorbereitet. Neben einer breit gefächerten, vertieften Allgemeinbildung hat die Vermittlung von berufsfeldbezogenen Kompetenzen eine grosse Bedeutung. Die Selbst- und Sozialkompetenz wird an der FMS so gestärkt, dass die Absolvierenden ihre Rolle und ihre Aufgabe in der Gesellschaft verantwortungsbewusst wahrnehmen können. Junge Frauen und Männer mit unterschiedlichem Sozialisationshintergrund werden an der FMS gleichermaßen und spezifisch gefördert.

Der nach drei Jahren und erfolgreich absolvierten Prüfungen erworbene Fachmittelschulabschluss berechtigt zur Aufnahme eines Studiums an einer Höheren Fachschule. Die aufgrund von Zusatzleistungen (z.B. Praktika, Fremdsprachenaufenthalte, zusätzlicher richtungsspezifischer Unterricht, Fachmaturitätsarbeit) erworbene Fachmaturität gibt die Berechtigung zum Studium an Fachhochschulen bzw. Pädagogischen Hochschulen in der an der FMS absolvierten Fachrichtung. Die FMS Basel führt sechs Fachrichtungen: Gesundheit/Naturwissenschaften, Pädagogik, Soziale Arbeit, Gestaltung/Kunst, Musik/Theater/Tanz und Kommunikation/Medien.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bildung in der Fachmaturitätsschule	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Das Kollegium hat ein Schulleitbild verabschiedet, nach dem sich die pädagogische Tätigkeit an der FMS ausrichtet. Aufgrund der neuen, restriktiveren Absenzenordnung – mit der Möglichkeit des definitiven Schulausschlusses als ultima ratio – ist es gelungen, die Unterrichtspräsenz und Pünktlichkeit zu steigern. Gleichzeitig werden sich hinter zahlreichen Absenzen verbergende Probleme früher erkannt, so dass den Schülerinnen und Schülern adäquate Hilfsangebote gemacht werden können.

Die Zugänge zu Fachhochschulen und Höheren Fachschulen konnten aufgrund bilateraler Verhandlungen der Schulleitung für Absolvierende der FMS Basel weitgehend sichergestellt werden. Da noch nicht in allen Kantonen die Fachmaturität angeboten wird, ist die reglementarisch als Zugangsvoraussetzung vorgesehene Fachmaturität von den Fachhochschulen bisher nicht a priori verlangt. Die Schulleitung setzt sich in Zusammenarbeit mit dem Ressort Schulen dafür ein, dass die Fachmaturandinnen und -maturanden aufgrund ihrer längeren Ausbildungsdauer gegenüber Inhabenden eines Fachmittelschulabschlusses in Aufnahmeverfahren priorisiert bzw. nicht benachteiligt werden.

## Bildung in der Fachmaturitätsschule

**Fachmaturität** 84 der 150 Schülerinnen und Schüler, die im Sommer 2007 den Fachmittelschulabschluss erworben haben, streben im Schuljahr 2007/08 die Fachmaturität an (Fachrichtung Gesundheit/Naturwissenschaften: 21; Pädagogik: 7; Soziale Arbeit: 34; Gestaltung/Kunst: 17; Musik/Theater/Tanz: 1; Kommunikation/Medien: 6). Für die Erarbeitung und Beurteilung der Fachmaturitätsarbeiten wurden spezifische Wegleitungen und Bewertungsraster erstellt. Für die Fachmaturität haben die Jugendlichen zusätzliche Kurse zu besuchen und/oder ein Praktikum zu absolvieren. Alle Absolvierenden der Fachrichtungen Gesundheit/Naturwissenschaften, Soziale Arbeit und Kommunikation/Medien, die rechtzeitig eine Praktikumsstelle suchten, haben eine solche gefunden. Das auf ein Praktikum im Gesundheitssektor vorbereitende vierwöchige Modul wird am Bildungszentrum Gesundheit Basel absolviert. Der allgemein bildende, einsemestrige Kurs zur Fachmaturität Pädagogik wird gemeinsam mit der FMS Basel-Landschaft am Gymnasium Münchenstein angeboten. Die meisten Absolvierenden der Fachrichtung Gestaltung/Kunst strebten die Fachmaturität über Kurse bzw. den Vorkurs an der Schule für Gestaltung Basel an; ein Absolvent bestreitet ein einjähriges berufsfeldbezogenes Praktikum.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.6	65.6	61.6	61.2	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	762	666	622	613	575 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	25.5	23.6	23.2	21.0	20.5

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	11'910.3	12'067.1	10'699.1	-156.8	-1.3
31 Sachaufwand	408.4	372.0	346.3	36.4	9.8
36 Eigene Beiträge	8.9	9.0	5.3	-0.1	-1.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>12'327.5</b>	<b>12'448.1</b>	<b>11'050.6</b>	<b>-120.6</b>	<b>-1.0</b>
43 Entgelte	-166.8	-144.4	-142.3	-22.4	-15.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-166.8</b>	<b>-144.4</b>	<b>-142.3</b>	<b>-22.4</b>	<b>-15.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>12'160.6</b>	<b>12'303.6</b>	<b>10'908.3</b>	<b>-143.0</b>	<b>-1.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Bildung in der Fachmaturitätsschule	12'160.6	12'303.6		-143.0	-1.2

**Sprachförderung** Die konsequente Verwendung der deutschen Standardsprache in allen Fächern ist umgesetzt, wie Schulleitung und Inspektion bei ihren Unterrichtsbesuchen feststellen können. Die Ausnahme bilden Spielphasen im Sportunterricht. Neben der an der FMS bereits etablierten Vorbereitung auf internationale Sprachzertifikate in Französisch (DELF) und Englisch (First) wird neu auch in Italienisch auf ein Sprachzertifikat (CELI) vorbereitet. Die international verbreiteten Zertifikatsprüfungen erfreuen sich bei der Schülerschaft grosser Beliebtheit. Die Einführung des Europäischen Sprachenportfolios in weiteren Klassen und Kursen ist hingegen ins Stocken geraten, weil entsprechende leicht zu gebrauchende Einstufungsmaterialien zu den Referenzniveaus des Europarates bisher weitgehend fehlen.

## Gymnasium am Münsterplatz

ED-251

Das Gymnasium am Münsterplatz (GM) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidgenössischen Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und als Wahlbereich die Schwerpunkt-, Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Am GM können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (Fortsetzung), Griechisch und Spanisch gewählt werden. In fünf Fächern besteht die Möglichkeit, den Unterricht im Immersionssystem auf Englisch zu besuchen. Ab Schuljahr 2008/2009 sollen zusätzlich die Schwerpunkte Kurzzeitletin und Philosophie/Psychologie/Pädagogik angeboten werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gymnasiale Bildung am GM	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Gymnasiale Bildung am GM

#### Einführung eines Qualitätsmanagementsystems

Die Verantwortlichen der Gruppe Qualitätsmanagement (QM) erarbeiteten einen Terminplan, der festlegt, wann welche Feedbacks eingeholt werden. Dieser Plan terminiert Feedbacks auf fünf Ebenen: 1) Feedback Klasse–Lehrpersonen; 2) Feedback der involvierten Schülerinnen und Schüler zur Maturarbeit; 3) Feedback auf den Klassenstufen 4 und 5 zu den Ergänzungsfächern (auf diesen Ebenen sind Fragebogen vorhanden; ausstehend ist derjenige zu den Ergänzungsfächern); 4) jährliches Feedback der Maturexpertinnen und -experten an den Rektor (ebenfalls aufgrund eines Fragebogens); 5) Feedback der Lehrpersonen an die Schulleitung (ebenfalls in Form eines Fragebogens). Die Organisation und Kontrolle der Feedbacks 1 bis 3 obliegt zwei Mitgliedern der QM-Gruppe. Ein weiteres Moment des schulintern organisierten QM sind die Intervisionen, die im letzten Schuljahr stattgefunden haben und am Dreitageblock nochmals reflektiert wurden. Dabei zeigte sich, dass seitens der Lehrpersonen das Bedürfnis besteht, sich gezielt mit der Frage nach der „Handhabung“ der Feedbackresultate auseinanderzusetzen. Zwei Mitglieder der QM-Themengruppe haben als Folge eine ein- bzw. eine zweitägige Weiterbildung absolviert.

#### Einführung der Fünftageweche

Seit dem neuen Schuljahr gilt für alle Klassenstufen die Fünftageweche. Um den Schülerinnen und Schülern trotz der verkürzten Mittagspause eine gesunde und wohlschmeckende Ernährung zu ermöglichen, hat das GM mit dem Personalrestaurant von Globus eine Vereinbarung ausgehandelt: Die GM-Schülerinnen und -Schüler können dort für CHF 8.50 ein ausgewogenes Mittagmenü einnehmen. Im Schulhaus wurde eine Mensa eingerichtet, die über hochwertige Kochinstallationen verfügt. So können die Jugendlichen Mitgebrachtes wärmen resp. selber etwas kochen. Im November wurden professionell geführte Kochkurse in der Mensa angeboten. Einhergehend mit der Umstellung auf die Fünftageweche wurde vom Klassenzimmer- auf das Fachzimmersystem umgestellt. In der Folge haben sich Ordnung und Sauberkeit in den Zimmern deutlich verbessert. Hinzu kommen lerntechnische Vorteile: Die fachspezifische Gestaltung/Dekoration der Zimmer führt die Schülerinnen und Schüler optisch in den jeweilig anstehenden Denkraum ein.

#### Einführung des Industrie- und Sozialpraktikums

Die Zielsetzung und Organisation des Industrie- und Sozialpraktikums wurde von den Lehrpersonen nochmals überdacht. Die zentrale Zielsetzung besteht darin, dass die Jugendlichen in Kontakt mit Menschen treten, mit denen sie aufgrund ihrer gegenwärtigen Lebenssituation eher wenig interagieren. So wurden die zu wählenden Praktikumsorte auf soziale Institutionen eingegrenzt. Deshalb trägt das Praktikum fortan den Titel „Sozialpraktikum“. Zudem wurde den Schülerinnen und Schülern klar kommuniziert, dass es sich dabei nicht um eine Schnupperlehre handelt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	40.0	39.6	39.7	45.4	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	370	402	405	406	418 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	15.9	17.2	15.8	13.3	15.6

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	7'456.5	6'971.7	6'878.6	484.8	7.0 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	206.9	245.6	219.9	-38.7	-15.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>7'663.4</b>	<b>7'217.3</b>	<b>7'098.5</b>	<b>446.1</b>	<b>6.2</b>
43 Entgelte	-65.6	-86.2	-64.7	20.6	23.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-65.6</b>	<b>-86.2</b>	<b>-64.7</b>	<b>20.6</b>	<b>23.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>7'597.7</b>	<b>7'131.1</b>	<b>7'033.8</b>	<b>466.7</b>	<b>6.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gymnasiale Bildung am GM	7'597.7	7'131.1		466.7	6.5

**Kommentar**

1 Die Budgetüberschreitung beim Personalaufwand ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der durchschnittlichen Kosten pro Unterrichtslektion zurückzuführen. Weiter dazu beigetragen hat, dass die Schülerzahl im Schuljahr 2006/07 nicht wie im Budget 2007 angenommen rückläufig war. Ein weiterer Anteil entfällt auf die beim Finanzdepartement zentral budgetierte Teuerung und die Erhöhung der Kinderzulagen.

**Intensivierung der Sprachförderung**

Am Dreitageblock beschäftigte sich das Kollegium u.a. mit der Einführung der Sprachprofile. Einerseits bewirkte die Thematisierung die Einsicht, dass viele Aspekte der Sprachförderung bereits abgedeckt werden, dies aber bislang nicht bewusst reflektiert wurde. Dieses bewusste Reflektieren soll fortan vermehrt geleistet werden. Im Weiteren einigte sich jede Fachschaft auf zwei bis drei Indikatoren aus dem Dossier Sprachprofile, die in den Unterricht einbezogen werden sollen. Eine Umfrage der Schulleitung hat gezeigt, dass die Umsetzung von den Fachschaften ideenreich befolgt wird.

Zum Nachfolger des zurückgetretenen Rektors Dr. Jules Grand wurde Dr. Eugen Krieger gewählt.

## Gymnasium Kirschgarten

ED-252

Das Gymnasium Kirschgarten (GKG) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidgenössischen Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und als Wahlbereich die Schwerpunktfächer, Ergänzungsfächer und Freiwahlfächer. Am Gymnasium Kirschgarten können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (für Einsteigerinnen und Einsteiger), Bildnerisches Gestalten, Biologie und Chemie und Physik und Anwendungen der Mathematik gewählt werden. Ausserdem werden am GKG Übergangsklassen Weiterbildungsschule-Gymnasium geführt und es besteht die Möglichkeit, den Unterricht in einzelnen Fächern im Immersionssystem auf Englisch zu besuchen. Durch erweiterte Angebote (Praktika im Bereich Life Sciences, Theateraufführungen, Klassenunternehmungen, Chor/Orchester) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gymnasiale Bildung am GKG	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Hauptziel der gymnasialen Bildung ist das Erreichen der Hochschulreife, welche durch das Maturitätsdiplom attestiert wird. Von den 107 Maturandinnen und Maturanden, die 2007 die Prüfungen absolviert haben, erreichten 98 die Maturität. Zwei Frauen und sieben Männer bestanden die Prüfungen nicht.

Das GKG mit seinem starken naturwissenschaftlichen Profil setzt sich weiterhin dafür ein, im Unterricht beiden Geschlechtern gleichermaßen gerecht zu werden.

Von den 102 Schülerinnen und Schülern, die nicht schon nach einem Semester an die WBS relegiert werden mussten, haben 48 die Maturität auf direktem Weg, das heisst ohne Repetition eines Schuljahres, erreicht. 23 weitere sind immer noch am Gymnasium, sodass wir diesem Jahrgang unter Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungsquoten für Remotionen einen Maturitätserfolg von 64% prognostizieren können.

Die durchschnittliche Maturzeugnisnote war 4.30. 17 Maturandinnen und Maturanden erreichten einen Schnitt von über 5.0. Der beste Notenschnitt von 5.39 wurde von zwei Kandidatinnen und einem Kandidaten erreicht.

## Gymnasiale Bildung am GKG

Von den 107 Maturandinnen und Maturanden, die 2007 die Prüfungen absolviert haben, erreichten 98 die Maturität. Zwei Frauen und sieben Männer bestanden die Prüfungen nicht.

Das GKG mit seinem starken naturwissenschaftlichen Profil setzt sich weiterhin dafür ein, im Unterricht beiden Geschlechtern gleichermaßen gerecht zu werden.

Von den 102 Schülerinnen und Schülern, die nicht schon nach einem Semester an die WBS relegiert werden mussten, haben 48 die Maturität auf direktem Weg, das heisst ohne Repetition eines Schuljahres, erreicht. 23 weitere sind immer noch am Gymnasium, sodass wir diesem Jahrgang unter Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungsquoten für Remotionen einen Maturitätserfolg von 64% prognostizieren können.

Die durchschnittliche Maturzeugnisnote war 4.30. 17 Maturandinnen und Maturanden erreichten einen Schnitt von über 5.0. Der beste Notenschnitt von 5.39 wurde von zwei Kandidatinnen und einem Kandidaten erreicht.

## Einführung der Fünftagewoche

Mit dem Bau eines Aufenthaltsraumes mit Verpflegungsmöglichkeit kann in Zukunft preiswerte und gesunde Verpflegung angeboten werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	65.6	64.9	65.4	63.9	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	548	561	542	553	560 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	24.5	21.0	18.6	19.2	19.6

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	12'240.2	10'893.3	11'427.1	1'346.9	12.4 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	343.7	274.9	269.0	68.8	25.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>12'583.8</b>	<b>11'168.2</b>	<b>11'696.1</b>	<b>1'415.7</b>	<b>12.7</b>
43 Entgelte	-148.6	-131.3	-149.7	-17.4	-13.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-148.6</b>	<b>-131.3</b>	<b>-149.7</b>	<b>-17.4</b>	<b>-13.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>12'435.2</b>	<b>11'036.9</b>	<b>11'546.3</b>	<b>1'398.3</b>	<b>12.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gymnasiale Bildung am GKG	12'435.2	11'036.9		1'398.3	12.7

**Kommentar**

1 Die Budgetüberschreitung beim Personalaufwand ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Schülerzahl im Schuljahr 2007/08 weniger stark als budgetiert zurückgegangen ist. Andererseits waren die durchschnittlichen Kosten pro Unterrichtslektion höher als budgetiert. Ein weiterer Anteil entfällt auf die beim Finanzdepartement zentral budgetierte Teuerung und die Erhöhung der Kinderzulagen. Ausserdem verursachten diverse Schwangerschaften, längere Krankheitsausfälle und unüblich viele bezogene Ferien (Dienstaltersgeschenke) erheblichen Mehraufwand.

**Qualitätsmanagement**

Im Berichtsjahr setzten wir konsequent unser Vorhaben fort, die Schulentwicklung in das Qualitätsmanagement (QM) einzubinden. Lehrpersonen sollen dabei auch erfahren, wie Qualitätsentwicklung ihnen und ihrem Unterricht zu Gute kommt und langfristig Sicherheit und Entlastung bedeutet. Zur Einführung von QM wurde eine schlanke, aber effiziente Projektorganisation installiert. Die Projektverantwortlichen nehmen insbesondere Themen auf, die einen direkten Bezug zum Kerngeschäft Unterricht haben und so von unmittelbarem Nutzen sind. QM soll auch das Gefühl vermitteln, dass Schulentwicklung transparent geplant wird.

**Überarbeitung des Schulleitbildes**

Das überarbeitete Schulleitbild ist werte- und leistungsorientiert.

**Sprachförderung**

Die für die obligatorische Schulzeit verbindlichen Sprachprofile werden für die nachobligatorische Schulzeit weiter entwickelt. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Sprachen und den anvisierten Schulen wird eine Projektleiterin eingesetzt.

**Kohärente Notengebung**

Die Kriterien für die Beurteilung von Maturaarbeiten wurden präzisiert und Standarts für die Zeugnisnotengebung erstellt. Ein interdisziplinärer Dialog sorgte für mehr gegenseitiges Verständnis zwischen den Fächern bezüglich der unterschiedlichen Selektivität bei der Notengebung. Wichtig ist die Sensibilisierung für das Thema, die durch die Gespräche bei den Lehrpersonen ausgelöst wurde und in einem permanenten Dialog erneuert werden soll.



## Gymnasium Leonhard

ED-254

Das Gymnasium Leonhard (GL) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidgenössischen Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und als Wahlbereich die Schwerpunkt-, Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Am Gymnasium Leonhard können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (für Einsteigerinnen und Einsteiger), Italienisch (Einstieg und Fortsetzung), Spanisch, Bildnerisches Gestalten und Musik gewählt werden. Es besteht die Möglichkeit, den Unterricht in einzelnen Fächern im Immersionssystem auf Englisch zu besuchen. Durch erweiterte Angebote (Praktika, Theateraufführungen, Klassenunternehmungen) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Gymnasiale Bildung am GL

2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Wichtige Themen für das GL waren im Berichtsjahr die Ausgestaltung der Fünftageweche, das Qualitätsmanagement (QM), die Schulentwicklung, der zusätzliche Erwerb der Lateinanerkennung, die Intensivierung der Sprachförderung und das grosse Musikprojekt „Die sieben Raben“.

### Gymnasiale Bildung am GL

**Fünftageweche** Nachdem im Sommer 2006 der Stundenplan auf die Fünftageweche umgestellt worden war, konnte am 29. Oktober 2007 nach 17-wöchiger Umbauzeit der Aufenthaltsraum mit Verpflegungsmöglichkeit in Betrieb genommen werden. Den Schülerinnen und Schülern steht damit für Zwischenstunden und die Mittagszeit ein mehrfach nutzbarer Raum zur Verfügung.

**Qualitätsmanagement** Die interne QM-Arbeitsgruppe war weiterhin damit beschäftigt, die internen Instrumente zu entwickeln. Das Hauptaugenmerk lag auf der Weiterentwicklung von Q-Zirkeln unter den Lehrpersonen.

**Schulentwicklung** Aufgrund einer breiten Diskussion an den Dreitageblöcken 2006 und 2007 haben sich drei Arbeitsgruppen folgender Themen zur Weiterbearbeitung angenommen: Überarbeitung der Lernberichte, inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichtsgefässes „Lernen am Projekt“ in den 3. Klassen und Integration/Chancengleichheit.

**Erwerb der Lateinanerkennung** Am Ende des Schuljahres 2007/08 kann die erste Gruppe von Schülerinnen und Schülern nach dem Besuch der Freiwahlfachkurse „Latein“ (1. bis 3. Klassen) und des Ergänzungsfaches „Geschichte und Latein“ (4. und 5. Klassen) durch eine Zusatzprüfung die Lateinanerkennung der Universität erlangen.

**Sprachförderung** Die Intensivierung der Sprachförderung erfolgt auf zwei Ebenen: Zum einen wird die Einführung der Sprachprofile flächendeckend in den Q-Zirkeln der Lehrpersonen vorangetrieben. Zum anderen erfolgt ein personeller Ausbau in der Durchführung der Kurse „Deutsch als Fremdsprache“, was eine gesteigerte individuelle Betreuung und Förderung der betreffenden Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Diese sollen in einem erhöhten Mass zur Teilnahme an diesem Angebot verpflichtet werden.

**Musiktheater „Die sieben Raben“** Der langen Reihe der klassenübergreifenden Musikprojekte schliesst sich ein weiteres an: Aufgrund einer innerhalb eines Ergänzungsfachkurses entwickelten Idee hat der Schriftsteller Hansjörg Schneider ein Libretto verfasst. Dieses ist von Jost Meier vertont worden. Weit über 200 Mitwirkende (Gesangssolisten, Schauspielerinnen, Tänzer, Orchestermusikerinnen, Bandmitglieder und Mitglieder verschiedener Chöre) sind an diesem Musikprojekt beteiligt. Unterstützt werden sie dabei von Musikerinnen und Musikern des Orchesters „Sinfonietta“. Die Ko-Produktion mit dem Theater Basel wird Ende April 2008 fünf Mal im Foyer des Theaters aufgeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	95.2	98.8	99.9	98.7	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	924	911	917	927	983 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	18.9	15.1	15.9	16.3	17.8

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	17'142.1	16'372.1	16'286.8	770.0	4.7 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	486.1	448.6	440.7	37.5	8.4
36 Eigene Beiträge	37.0	38.8	41.6	-1.9	-4.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>17'665.2</b>	<b>16'859.5</b>	<b>16'769.1</b>	<b>805.7</b>	<b>4.8</b>
43 Entgelte	-87.5	-210.2	-159.0	122.7	58.4 <sup>2</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-51.7	-53.6	-52.4	1.8	3.4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-139.2</b>	<b>-263.8</b>	<b>-211.4</b>	<b>124.5</b>	<b>47.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>17'525.9</b>	<b>16'595.7</b>	<b>16'557.7</b>	<b>930.2</b>	<b>5.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gymnasiale Bildung am GL	17'525.9	16'595.7		930.2	5.6

**Kommentar**

- Die Budgetüberschreitung beim Personalaufwand ist mehrheitlich darauf zurückzuführen, dass die Schülerzahl sowohl im Schuljahr 2006/07 als auch im Schuljahr 2007/08 höher lag als bei der Budgetierung angenommen. Ein weiterer Anteil entfällt auf die beim Finanzdepartement zentral budgetierte Teuerung und die Erhöhung der Kinderzulagen.
- Die Einnahmen im Bereich der Sozialversicherungen (EO, Unfall- und Krankentaggeld) werden aufgrund eines Erfahrungswertes über die ganze Verwaltung budgetiert. Die im Jahr 2007 im Gymnasium Leonhard angefallenen Absenzen und die damit verbundenen Rückerstattungen lagen wesentlich unter diesem Erfahrungswert.

## Gymnasium Bäumlhof

ED-256

Das Gymnasium Bäumlhof (GB) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidgenössischen Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und die Schwerpunkt-, Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Am Gymnasium Bäumlhof können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (Einstieg und Fortsetzung), Italienisch (für Einsteigerinnen und Einsteiger), Spanisch, Bildnerisches Gestalten, Physik und Anwendungen der Mathematik, Biologie und Chemie sowie Musik gewählt werden. Ausserdem werden am GB Übergangsklassen Weiterbildungsschule-Gymnasium sowie Sportklassen geführt. Durch erweiterte Angebote (Praktika, Theateraufführungen, Klassenunternehmungen) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Produktegruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Gymnasiale Bildung am GB

2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Gymnasiale Bildung am GB

**Qualitätsmanagement** Seit mehreren Jahren arbeitet das Gymnasium Bäumlhof am systematischen Aufbau eines Qualitätsmanagements. Im Schuljahr 2006/07 stand die flächendeckende Einführung von Qualitätszirkeln in der Lehrerschaft im Vordergrund. Alle Lehrpersonen mussten sich in einem Qualitätszirkel mit einem frei gewählten, unterrichtsbezogenen Thema während sechs Sitzungen in Gruppen auseinandersetzen. Zudem musste in jedem Qualitätszirkel im Verlauf des Schuljahres ein Feedbackinstrument getestet werden. Beide Themen waren jeweils am Dreitageblock eingeführt worden. Die Evaluation erfolgte gegen Ende des Schuljahres durch die Projektleitung Qualitätssicherung. Als weiterer Baustein im Qualitätsmanagement wurde das im Vorjahr als Projekt eingeführte System der Mitarbeitendengespräche evaluiert und in den Regelbetrieb überführt. Insgesamt wird der Aufbau des Qualitätsmanagements als sinnvoll, aber sehr arbeitsintensiv erfahren.

**Schulhauskultur** Der Pflege des Zusammenlebens von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen von drei verschiedenen Schulen auf dem Schulareal Bäumlhof wird starke Beachtung geschenkt, indem eine schulübergreifende Projektgruppe sich speziell um das Thema Ordnung und Schulhauskultur auf dem gesamten Areal kümmert. Gemeinsame Aufsicht und systematischer Einbezug aller Schulklassen in die Reinigung der Schulhausumgebung zeigen Wirkung.

**Sprachdiplom FCE (University of Cambridge: First Certificate in English)** Die Bedeutung international anerkannter Sprachdiplome nimmt stetig zu. Darum wurde am GB ein auf drei Jahre angelegtes Projekt gestartet, in welchem alle 3. Klassen im Rahmen des Englischunterrichts auf die Prüfung für das international anerkannte FCE vorbereitet werden. Die Teilnahme an der kostenpflichtigen Prüfung ist freiwillig. Im ersten Jahr des Projektes hat sich ein Drittel der Schülerinnen und Schüler zur Prüfung angemeldet. Alle zur Prüfung Angetretenen haben diese erfolgreich bestanden (Erfolgsquote 100%).

**Weiterentwicklung der Sportklassen** Auch nach der definitiven Einführung der Sportklassen muss deren Qualität stetig optimiert und neuen Entwicklungen im Leistungssport angepasst werden. Im Schuljahr 2006/07 wurde bei den Schülerinnen und Schülern sowie bei den Eltern eine Umfrage zur Zufriedenheit mit dem Angebot durchgeführt, die sehr positive Resultate ergab. Steigern können wir die Zufriedenheit noch im Bereich Individualisierung des Lernens. An diesem Thema wird im Schuljahr 2007/08 gearbeitet.

**Entwicklung des Schwerpunktfaches Biologie und Chemie** Das Schwerpunktfach Biologie und Chemie fällt leicht in zwei unabhängige Fachbereiche auseinander. Seine pädagogische Wirksamkeit kann es aber nur entfalten, wenn sich die beiden Bereiche aufeinander beziehen und ergänzen. Das GB ist darum dabei, Lösungswege für diese Problematik zu entwickeln. Die Schulleitung versucht, das fächerübergreifende Arbeiten in Biologie und Chemie zu stützen, indem sie bei der

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	74.7	77.0	74.6	74.7	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	683	701	690	662	644 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	14.2	14.6	13.2	13.1	15.8

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	12'893.1	13'157.7	13'466.9	-264.7	-2.0
31 Sachaufwand	396.5	414.4	430.5	-17.9	-4.3
36 Eigene Beiträge	15.5	15.6	13.7	-0.1	-0.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>13'305.0</b>	<b>13'587.7</b>	<b>13'911.1</b>	<b>-282.7</b>	<b>-2.1</b>
43 Entgelte	-100.0	-158.1	-143.5	58.1	36.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-47.3	-34.0	-29.1	-13.3	-39.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-147.3</b>	<b>-192.1</b>	<b>-172.6</b>	<b>44.9</b>	<b>23.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>13'157.8</b>	<b>13'395.6</b>	<b>13'738.5</b>	<b>-237.8</b>	<b>-1.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gymnasiale Bildung am GB	13'157.8	13'395.6		-237.8	-1.8

Stundenzuteilung entweder beide Teile des Schwerpunktfaches durch eine einzige Lehrperson unterrichten lässt oder zumindest eine enge Zusammenarbeit verlangt. Als sichtbares Resultat kann darauf hingewiesen werden, dass die Maturprüfung ab 2008 fächerübergreifend in Biologie/Chemie konzipiert wird.

## Wirtschaftsgymnasium & Wirtschaftsmittelschule

ED-258

Das Wirtschaftsgymnasium (WG) führt in einer fünfjährigen Ausbildung nach den Vorgaben der eidgenössischen Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Angeboten werden im Pflichtbereich das Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht sowie die Grundlagenfächer und im Wahlbereich die Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Durch erweiterte Angebote (Young Enterprise Switzerland-Projekte, Themenwochen, Kolonien, Theater usw.) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Die Handelsmittelschule (HMS) bietet eine dreijährige Ausbildung zum eidg. anerkannten Handelsdiplom und eine vierjährige Ausbildung zur kaufmännischen Berufsmatur an. Für die Erlangung der Berufsmatur braucht es nach dem Handelsdiplom ein einjähriges berufsspezifisches Praktikum und die erfolgreiche Abfassung einer Facharbeit.

Die Informatikmittelschule (IMS) führt nach einer vierjährigen Ausbildung zu einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis Informatiker/Informatikerin und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

Die Verkehrsschule (VS) führt nach einer zweijährigen Ausbildung zum eidgenössisch anerkannten Verkehrsschuldiplom. Die Ausbildung ermöglicht eine kaufmännische Lehre in Dienstleistungsbetrieben wie SBB, Zoll, Post u.ä., aber auch in Wirtschaft und Verwaltung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gymnasiale Bildung am WG	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Kaufmännische und allgemeine Bildung an der WMS	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Schuljahr 2006/2007 war die Dauer des Gymnasiums ein Thema. Der Vorschlag eines Bildungsraums Nordwestschweiz mit einem vierjährigen Gymnasium stiess auf ein wohlwollendes Echo.

Die Handelsmittelschule beteiligt sich weiterhin am gesamtschweizerischen Pilotprojekt „HMS+“ des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT), das den Ausbau des Praxisteils in der Vollzeit-Handelsschule anstrebt.

### Gymnasiale Bildung am WG

**Austausch mit der Natick High School in Boston** Dank der grosszügigen Unterstützung der Friends of Massachusetts konnte im Herbst 2006 eine erste Gruppe mit einer Gymnasiastin und acht Gymnasiasten sowie einem Begleiter die Natick High School besuchen. Während 14 Tagen waren unsere jungen Gäste in amerikanischen Familien, lernten Land und Leute sowie insbesondere auch das amerikanische Schulwesen kennen. Während des Gegenbesuchs im Frühjahr 2007 konnten wir unseren Gästen ein reichhaltiges Schweizer Programm offerieren. Es erwies sich als richtig, die gastgebenden Schülerinnen und Schüler für diese Woche zu beurlauben. Es entstand ein intensiver Dialog, der unserer Gruppe bezüglich Englischkonversation zugute kam.

**Die Maturarbeiten** Die Maturarbeiten sind eine Bereicherung der Gymnasialausbildung. Die meisten Schülerinnen und Schüler machen sich mit Engagement und Geschick an diese erste grössere wissenschaftliche Arbeit. Beim Thema Jugendgewalt eines jungen Autors interessierte sich die Kantonspolizei Basel-Stadt für die Resultate.

### Kaufmännische und allgemeine Bildung an der WMS

**Handelsmittelschule+** Als eine von 16 Pilotschulen können wir erste Resultate unserer erweiterten Praxisausbildung an der Handelsmittelschule vorweisen. Den Feedback-Berichten unserer 80 Partnerbetriebe und Partnerverwaltungen zufolge wird die seriöse Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler sehr geschätzt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	80.7	79.7	80.9	85.7	
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	776	720	694	690	789 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	33.8	31.9	30.1	27.5	30.4

**Kommentar**

1 Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	14'555.4	13'268.5	13'513.8	1'286.9	9.7 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	426.5	379.5	444.8	47.0	12.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>14'981.9</b>	<b>13'648.0</b>	<b>13'958.6</b>	<b>1'333.8</b>	<b>9.8</b>
43 Entgelte	-108.4	-182.6	-106.2	74.2	40.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-677.2	-677.0	-700.7	-0.2	0.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-785.6</b>	<b>-859.6</b>	<b>-806.9</b>	<b>74.0</b>	<b>8.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>14'196.3</b>	<b>12'788.4</b>	<b>13'151.7</b>	<b>1'407.8</b>	<b>11.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gymnasiale Bildung am WG	6'860.9	6'401.8		459.1	7.2
Kaufmännische und allgemeine Bildung an der WMS	7'335.4	6'386.6		948.7	14.9

**Kommentar**

1 Die Budgetüberschreitung beim Personalaufwand ist vor allem auf die gestiegene Schülerzahl, welche im Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht voraussehbar war, zurückzuführen. Weiter dazu beigetragen haben die im Vergleich zum Budget höheren durchschnittlichen Kosten pro Unterrichtslektion sowie die beim Finanzdepartement zentral budgetierte Teuerung und die Erhöhung der Kinderzulagen.

**Informatikmittelschule** Die IMS konnte im Juni 2007 den zweiten Jahrgang in die Praxis entlassen. Die anfängliche Skepsis der Berufswelt ist einem engagierten Mitmachen gewichen. So fanden die Absolventen (es befanden sich leider keine Frauen darunter) leicht eine Stelle.

## Berufsfachschule Basel

ED-261

Die Berufsfachschule Basel (BFS Basel) ist das Zentrum der Region Basel für die berufliche Bildung in den Bereichen Detailhandel, Hauswirtschaft, Mode und Gestaltung sowie Soziales. Sie leistet einen Beitrag zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt und zur Förderung des beruflichen Nachwuchses.

In der beruflichen Vor-, Grund- und Nachholbildung werden die Lernenden im Hinblick auf den Erwerb eines eidgenössischen Berufsattests (EBA), eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) und der Berufsmaturität (BM) nachhaltig unterstützt.

Die Bildungsangebote der berufsorientierten Weiterbildung und der höheren Berufsbildung fördern die berufliche Weiterentwicklung und Flexibilität sowie die soziale Integration.

In den Couture-Ateliers der Lehrwerkstatt werden Bekleidungsgestalter und Bekleidungsgestalterinnen (drei-jährige Lehre) ausgebildet.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufliche Vor- und Grundbildung BFS	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Berufliche Weiterbildung BFS	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

**Qualitätsmanagement** Gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung müssen die Anbieter von Berufsbildung die Qualitätsentwicklung sicherstellen. Gemeinsam mit den anderen Berufsfachschulen des Kantons ist die BFS Basel dabei, ein Qualitätsmanagement (QM) aufzubauen und einzuführen. Grundlagen sind das Modell Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung) und das kantonale Rahmenkonzept Qualitätsmanagement an den Schulen des Kantons Basel-Stadt. Im November wurde das QM der BFS Basel von der interkantonalen Fachstelle für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II evaluiert.

### Berufliche Vor- und Grundbildung

**Berufliche Vorbildung** Erstmals wurde an der BFS Basel das neue Bildungsangebot „Sozialpraktikum plus“ ausgeschrieben. Diese einjährige berufliche Vorbildung richtet sich an Jugendliche, die im Bereich Betreuung vor Lehrbeginn ein Sozialpraktikum absolvieren müssen. Sie können nun neben der Arbeit im Praktikumsbetrieb an einem Tag pro Woche den berufsfeldorientierten Unterricht an der BFS Basel besuchen.

**Berufliche Grundbildung** Seit Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2004 können Lehrbetriebe aller Berufe eine zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) sowie eine drei- oder vierjährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) anbieten. Deshalb werden an der BFS Basel in allen Berufen schrittweise neue eidgenössische Bildungsverordnungen eingeführt. Im Weiteren müssen die neue Verordnung und der Rahmenlehrplan für den allgemein bildenden Unterricht in den gewerblich-industriellen Berufen umgesetzt werden. EBA-Lernende mit Lernschwierigkeiten werden gemäss Berufsbildungsgesetz neu mit einer fachkundigen individuellen Begleitung (FiB) gezielt unterstützt. Dieses Förderangebot konnte an der BFS Basel erfolgreich flächendeckend eingeführt werden. Dies hat sicher zu den erfreulichen Ergebnissen der ersten Abschlussprüfungen nach neuem Modus bei den zweijährigen beruflichen Grundbildungen beigetragen.

**Berufsmaturität** Die Berufsmaturität gesundheitliche und soziale Richtung wird neu, wie bisher schon für soziale Berufe, nach dem additiven Modell angeboten. Im Weiteren wurde das eidg. Anerkennungsverfahren für die Berufsmaturität gesundheitliche und soziale Richtung eingeleitet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	74.5	69.3	65.5	62.0	
Lernende (per Stichtag Okt.)	Anz	1'425	1'305	1'409	1'349	1'418 <sup>1</sup>
Anteil Lernende in berufl. Vorbildung mit Anschlusslösung	%	90.9	82.8	90.5	56.5	80.8

**Kommentar**

- 1 Die Zahlen umfassen die Lernenden Vorkurse und Lehren (Anlehre, Berufliche Grundbildung mit und ohne Attest), nicht aber die Lernenden Tertiärausbildung und Weiterbildung. Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Erziehungsdepartements. Die Zahlen für die Jahre 2003-2005 sind wegen Neudefinition der Schülerstatistik nur bedingt vergleichbar mit den Zahlen für die Jahre ab 2006.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	11'651.2	11'466.9	10'991.0	184.3	1.6
31 Sachaufwand	902.4	804.5	843.8	97.8	12.2 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	2.0	0.0	0.0	2.0	...
36 Eigene Beiträge	106.5	195.0	132.0	-88.5	-45.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>12'662.0</b>	<b>12'466.4</b>	<b>11'966.9</b>	<b>195.6</b>	<b>1.6</b>
43 Entgelte	-1'444.3	-1'287.5	-1'393.6	-156.8	-12.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3'210.4	-2'780.0	-3'182.5	-430.4	-15.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'654.7</b>	<b>-4'067.5</b>	<b>-4'576.1</b>	<b>-587.2</b>	<b>-14.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>8'007.4</b>	<b>8'398.9</b>	<b>7'390.8</b>	<b>-391.6</b>	<b>-4.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Vor- und Grundbildung BFS	7'491.2	6'787.1		704.1	10.4
Berufliche Weiterbildung BFS	516.2	1'611.8		-1'095.7	-68.0

**Kommentar**

- 1 Im Sachaufwand sind periodenfremde Rückstellungen für Zeitguthaben des Verwaltungspersonals von TCHF 79.6 enthalten. Der Mehraufwand bei den Verbrauchsmaterialien (TCHF 47.4) konnte mit Mehrertrag aus Warenhandel (TCHF 67.0) kompensiert werden.

**Berufliche Weiterbildung**

**Höhere Berufsbildung** Im Bereich der Höheren Berufsbildung für den Coiffeurberuf (Vorbereitung auf die Berufsprüfung) konnten an der BFS Basel die Module 1 und 2 nach dem neuen Ausbildungsmodus von einer ersten Gruppe von Studierenden erfolgreich abgeschlossen werden.



## Allgemeine Gewerbeschule Basel

ED-262

Die Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS) ist als grösste Berufsfachschule der Nordwestschweiz ein Zentrum für die gewerblich-industrielle Berufsbildung. Sie vermittelt sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit eidgenössischem Berufsattest EBA, eidgenössischem Fähigkeitszeugnis EFZ, Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität) den Lernenden die für den Berufsabschluss notwendigen Kompetenzen. Ebenso werden durch diese Bildungsangebote die Lernenden unterstützt, ihre Selbstlernfähigkeit zu verbessern und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen zu erreichen.

Die AGS vermittelt in den von ihr angebotenen Ausbildungsgängen den Unterricht zur Erreichung der vorgeschriebenen Fach-, Methoden- und Selbstkompetenzen. Sie leistet einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

In der Lehrwerkstätte für Mechaniker werden Polymechaniker und Polymechanikerinnen ausgebildet. Dabei bestehen auch Ausbildungs Kooperationen mit verschiedenen Firmen, namentlich mit Swiss International Airlines für die Ausbildung angehender Flugzeugmechaniker und Flugzeugmechanikerinnen.

Mit einem breiten Angebot in den Bereichen berufsorientierte Weiterbildung und qualifizierende Höhere Berufsbildung (Berufsprüfungen, Höhere Fachprüfungen, Höhere Fachschulen, Nachdiplomstudien) unterstützt die AGS Studierende in ihrer beruflichen Weiterentwicklung. Daneben bietet die AGS das Nachholbildungsangebot „Link zum Beruf“ (Nachholen des Sekundarstufe I-Abschlusses für Erwachsene) an. Dieser Lehrgang leistet einen Beitrag zur Integration. Kurse für Erwachsene (Deutsch für Fremdsprachige und Mathematik) sowie berufsorientierte allgemeine Weiterbildungskurse runden das Angebot der AGS ab.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufliche Vor- und Grundbildung AGS	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Berufliche Weiterbildung AGS	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr führte die AGS die Schul- und Qualitätsentwicklung fort und setzte weitere neue Verordnungen für die berufliche Grundbildung sowie neue Rahmen- bzw. Schullehrpläne um.

**Qualitätsentwicklung** Die AGS ist nach Q2E extern evaluiert worden. Aufgrund der erfreulichen Rückmeldungen des Instituts für Externe Schulevaluation der Universität Zürich kann das Zertifizierungsverfahren durch die Firma SGS eingeleitet werden.

### Berufliche Vor- und Grundbildung

#### Umsetzung von neuen Bildungsverordnungen (BIVO's) für die berufliche Grundbildung

Unter Mitarbeit in den entsprechenden Umsetzungsgruppen werden auch Anpassungen des schulischen Angebots in folgenden Berufen vorgenommen: Automobil-Mechatroniker/-in (EFZ), Automobil-Fachmann/Fachfrau (EFZ), Automobil-Assistent/-in (EBA), Elektro-Installateur/-in (EFZ), Elektroplaner/-in (EFZ), Montageelektriker/-in (EFZ) und Telematiker/-in (EFZ).

**Eidgenössische Anerkennung Berufsmaturität** Die eidgenössische Anerkennung der Berufsmaturitätslehrgänge der gestalterischen und der gewerblichen Richtung wurde durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) verfügt.

**Umsetzung neue Rahmenlehrpläne** Die AGS hat die Arbeit mit den vom BBT erlassenen Rahmenlehrplänen für den allgemeinbildenden Unterricht sowie für die Berufsmaturität weiterentwickelt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	161.6	158.0	157.9	156.0	
Lernende (per Stichtag Okt.)	Anz	2'643	2'584	2'831	2'801	2'856 <sup>1</sup>
Anteil erfolgreicher Berufsmaturand/-innen	%	75.5	75.0	65.1	71.1	75.8 <sup>2</sup>
Anteil Lernende in berufl. Vorbildung mit Anschlusslösung	%	91.5	92.9	88.8	95.9	90.5 <sup>3</sup>

**Kommentar**

- Die Zahlen umfassen die Lernenden Vorkurse, Lehren (Anlehre, Berufliche Grundbildung mit und ohne Attest), Berufsmaturitätsschule (Vollzeit) und Link zum Beruf, nicht aber die Lernenden Tertiärausbildung und Weiterbildung. Sie stammen aus der Schülerstatistik des Erziehungsdepartements. Die Zahlen für die Jahre 2003-2005 sind wegen Neudefinition der Schülerstatistik nur bedingt vergleichbar mit den Zahlen für die Jahre ab 2006.
- Die Erfolgsquote bezieht sich auf die Bestandeszahlen zu Beginn der Ausbildung.
- Ab 2005 ist auch die Abgangsstatistik des Lehrgangs „Link zum Beruf“ integriert.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	27'512.7	28'738.4	27'416.0	-1'225.6	-4.3
31 Sachaufwand	3'418.0	3'459.7	3'355.2	-41.7	-1.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	21.9	0.0	0.8	21.9	...
36 Eigene Beiträge	4'422.0	3'873.2	3'849.0	548.8	14.2 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>35'374.7</b>	<b>36'071.3</b>	<b>34'621.0</b>	<b>-696.6</b>	<b>-1.9</b>
42 Vermögenserträge	-43.3	-39.0	-44.4	-4.3	-11.0
43 Entgelte	-2'520.4	-2'399.8	-2'550.9	-120.6	-5.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-7'951.2	-8'016.0	-7'545.6	64.8	0.8
<b>4 Ertrag</b>	<b>-10'514.9</b>	<b>-10'454.8</b>	<b>-10'140.9</b>	<b>-60.2</b>	<b>-0.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>24'859.8</b>	<b>25'616.5</b>	<b>24'480.0</b>	<b>-756.7</b>	<b>-3.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Vor- und Grundbildung AGS	21'529.6	22'169.8		-640.1	-2.9
Berufliche Weiterbildung AGS	3'330.2	3'446.8		-116.6	-3.4

**Kommentar**

- Die neue Berufsfachschulvereinbarung (BFSV) ist per 1.8.2007 in Kraft getreten. Die Tarife sind gegenüber dem Vorjahr erhöht worden, was zu einem Mehraufwand führte, der bei der Budgetierung noch nicht bekannt war.

**Berufliche Weiterbildung AGS**

**HF Betriebliches Management** Das BBT hat den Bildungsgang HF Betriebliches Management unter der Fachrichtung Betriebstechnik übergangsrechtlich anerkannt (eidgenössisch anerkannter Titel „dipl. Techniker HF Betriebstechnik“ resp. „dipl. Technikerin HF Betriebstechnik“).

## Schule für Gestaltung

ED-263

Die Schule für Gestaltung Basel (SfG) ist für gestalterisch-künstlerische Grundbildungen die traditionsreichste und wichtigste Bildungsstätte der Nordwestschweiz. Als Basis dient der gestalterische Vollzeit- oder Teilzeitvor- kurs, der auch als Propädeutikum für die Fachhochschule gilt. Die SfG bietet Grundbildungen an, die sowohl in der dualen Form als auch im Vollzeitpensum absolviert werden können. Diese Ausbildungen schliessen mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis ab. Als Zusatzqualifikation kann die Berufsmaturität erworben werden.

Darüber hinaus bietet die SfG berufsorientierte gestalterische Weiterbildungen und höhere gestalterische Berufsbildungen an, welche die berufliche Weiterentwicklung und Flexibilität fördern. Ausserdem führt die SfG die öffentlich zugänglichen Angebote Fachbibliothek für Gestaltung, Plakatsammlung sowie Textilsammlung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufliche Grundbildung SfG	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Berufliche Weiterbildung SfG	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Die Einführung des Qualitätssicherungssystems Q2E konnte 2007 in das Qualitätsmanagement überführt werden und ist weitgehend implementiert. Es wurde eine Prozessbilanz in den Bereichen Schulführung, Schuladministration und Schulkultur erstellt. Die Lehrpersonen haben ihre Arbeit im Qualitäts-Zirkel aufgenommen, dem wichtigsten Teil und dem Kernstück der Q-Arbeit mit engstem Bezug zur Unterrichtstätigkeit.

Diverse Reformen aufgrund des neuen Berufsbildungsgesetzes in der Grundbildung und Anpassungen im Tertiärbereich sind erfolgt oder wurden eingeleitet.

### Berufliche Grundbildung

Schwerpunkte bildeten 2007 die Anpassung der Bildungsverordnungen nach neuem Berufsbildungsgesetz sowie die Umstrukturierung einer Ausbildung aus Qualitätsgründen und im Interesse einer optimalen Berufsbefähigung im sich schnell verändernden Umfeld.

**Grundbildung Gestalter/-in** Die Grundbildung Gestalter/-in mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) und integrierter Berufsmaturität wurde von drei auf vier Jahre verlängert, und es wird jeweils nur noch eine Klasse geführt (bisher zwei Klassen parallel). Der Entscheid für diese Massnahmen basiert auf qualitativen Argumenten. Zudem sieht auch die schweizerische Reformkommission für die neue Bildungsverordnung eine Verlängerung der Ausbildungsdauer vor.

**Grundbildung Polygrafen/Polygrafinnen** In der Druckvorstufe wurde die neue Bildungsverordnung eingeführt. Neu sieht dieser Beruf zwei Fachrichtungen vor: Mediengestaltung und Medienproduktion. Die neue Richtung mit Schwerpunkt Gestaltung entspricht präzise der Fachkompetenz der SfG.

### Berufliche Weiterbildung

Auch in den Bildungsangeboten im Tertiärbereich, welche bis anhin kantonal geregelt wurden und neu beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) angesiedelt sind, mussten Reformen in Angriff genommen werden.

**Textildesign (HF)** Für die Höheren Fachschulen im Bereich Gestaltung & Design entwickelt eine gesamtschweizerische Kommission einen gemeinsamen Rahmenlehrplan mit Fachrichtungen (Textildesign, Keramik, Uhrendesign usw.). Ziel ist eine eidgenössische Anerkennung der bisher kantonal geregelten Weiterbildung Textildesign.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	60.0	59.2	59.6	60.9	
Lernende (per Stichtag Okt.)	Anz	454	441	473	444	455 <sup>1</sup>

**Kommentar**

- 1 Die Zahlen umfassen die Lernenden Lehren (Berufliche Grundbildung), Berufsmaturitätsschule (Vollzeit), die Vollzeit-ausbildungen (Textildesign, Typografischer Gestalter/Graphic Design, Fachklasse für Gestaltung), Vorkurs (Vollzeit und Teilzeit), nicht aber die Lernenden der öffentlichen Kurse. Die Zahlen für die Jahre 2003-2005 sind wegen Neudefinition der Schülerstatistik nur bedingt vergleichbar mit den Zahlen für die Jahre ab 2006.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	9'921.7	10'073.9	10'007.1	-152.3	-1.5
31 Sachaufwand	1'627.0	1'654.9	1'630.6	-27.9	-1.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.5	0.0	0.0	0.5	...
36 Eigene Beiträge	239.1	227.0	196.8	12.1	5.3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>11'788.3</b>	<b>11'955.8</b>	<b>11'834.5</b>	<b>-167.5</b>	<b>-1.4</b>
42 Vermögenserträge	-10.8	-12.0	-11.4	1.2	10.3
43 Entgelte	-1'555.5	-1'644.7	-1'586.3	89.2	5.4 <sup>1</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3'942.4	-3'600.0	-4'051.8	-342.4	-9.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-5'508.7</b>	<b>-5'256.7</b>	<b>-5'649.5</b>	<b>-251.9</b>	<b>-4.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>6'279.6</b>	<b>6'699.1</b>	<b>6'185.1</b>	<b>-419.5</b>	<b>-6.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Grundbildung SfG	4'685.5	5'050.9		-365.4	-7.2
Berufliche Weiterbildung SfG	1'594.1	1'648.2		-54.1	-3.3

**Kommentar**

- 1 Die Rückerstattungen (insbes. Kranken- und Unfalltaggelder) sind um TCHF 80.4 tiefer als budgetiert ausgefallen. Wegen der Mehrwertsteuer werden ab 2007 die internen Umsätze im Schulshop nicht mehr als Einnahmen, sondern als Ausgabenminderung verbucht (TCHF 26.9).

**Typografie & Grafik** Der bisherige zweijährige Vollzeitlehrgang Typografischer Gestalter/Typografische Gestalterin wurde umstrukturiert. Neu ist er berufsbegleitend und in zwei Schwerpunkte eingeteilt, welche zu den eidgenössischen Berufsprüfungen bzw. höheren Fachprüfungen führen.

## Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt

ED-264

Im Sinne einer Realteilung der Ausbildungsaufgaben im Gesundheitsbereich bietet der Kanton Basel-Landschaft die Ausbildungen auf Sekundarstufe II auch für Lernende aus dem Kanton Basel-Stadt an, während Basel-Stadt Studierende aus beiden Kantonen auf Tertiärstufe (Höhere Fachschule HF und Fachhochschule FH) ausbildet. Das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG) bildet Studierende in nicht akademischen Gesundheitsberufen auf Tertiärstufe für die Region aus. Neben der Ausbildungsinformation gehören auch die Selektion und Rekrutierung junger Erwachsener zum Aufgabengebiet. Folgende Ausbildungen gehören zum Leistungsauftrag des BZG: Bildungsgang Pflege HF; Bildungsgang Biomedizinische Analytik HF; Bildungsgang Medizinisch-technische Radiologie HF; Bildungsgang Physiotherapie HF und FH.

Die Ausbildungen sollen den Zugang zu weiterführenden Ausbildungen auf Nachdiplomstufe und Stufe Fachhochschule ermöglichen.

Das BZG ist für die Sicherstellung von ausreichenden Ausbildungsangeboten zur Deckung des aktuellen und künftigen Personalbedarfs bei den nicht akademischen Gesundheitsberufen verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufliche Bildung nicht akadem. Berufe im Gesundheitswesen Tertiärstufe	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2007 standen die Implementierung der neuen Organisationsstruktur des Bildungszentrums Gesundheit, das Einrichten und Einleben in den neuen Räumlichkeiten in Münchenstein und die Entwicklung der Bildungs- und Studiengänge auf den Ebenen HF und FH im Zentrum.

### Berufliche Bildung nicht akademischer Berufe im Gesundheitswesen

**Bildungsgang Medizinisch-Technische Radiologie HF** Die Entwicklung eines Curriculums für den Bildungsgang Medizinisch-Technische Radiologie (MTRA) auf Stufe Höhere Fachschule schritt planmässig voran. Der erste Bildungsgang startete im September 2007 mit 24 Studierenden.

**Bildungsgang Biomedizinische Analytik HF** Auch für den ersten Bildungsgang Biomedizinische Analytik (BMA) auf Stufe HF wurde das Curriculum entwickelt. Der Start im September 2007 erfolgte mit 15 Studierenden.

**Studiengang Physiotherapie FH** Der Studiengang Physiotherapie auf Stufe FH konnte dank einer Verbundlösung mit der Berner Fachhochschule (BFH) mit 50 Studierenden ebenfalls im September 2007 gestartet werden. Da der Entscheid über die Zusammenarbeit des BZG bzw. des Kantons Basel-Stadt mit der BFH erst relativ spät erfolgte und aufwendige Vertragsverhandlungen erforderte, wurde die Zeit für die Entwicklung eines Curriculums sehr knapp. Nur dank des grossen Einsatzes der Lehrpersonen Physiotherapie und der Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der BFH konnte der Studiengang rechtzeitig konzeptionell fertig gestellt werden.

Die Physiotherapieschule des Diakonats Bethesda wurde vom Kanton per 1. Mai 2007 übernommen.

**Bildungsgang Pflege HF** Für den Bildungsgang Pflege HF wurde ein zeitlich verkürzter Ausbildungsgang für Absolvierende der Ausbildung „Fachangestellte Gesundheit“ der Berufsfachschule Gesundheit Basel-Landschaft erarbeitet. Die Validierung bereits erbrachter Bildungsleistungen stand bei der Konzeption im Vordergrund. Der um zehn Monate verkürzte Bildungsgang Pflege HF war 2007 mit 19 Studierenden besetzt.

**Unterstützung der Fachmaturitätsschulen** Im Weiteren konnte das BZG den Fachmaturitätsschulen (FMS) der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in der Organisation und erstmaligen

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	70.1	65.1	64.8	65.8	
Anzahl Studierende (per 31. Dez.)	Anz	613	534	545	564	599
Anzahl Klassen	Anz	31	29	27	31	31
Anzahl Abschlüsse	Anz	210	236	208		1

**Kommentar**

1 Die Daten für die Jahre 2003 und 2004 sind nicht verfügbar.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	21'812.7	21'759.9	23'575.4	52.8	0.2
31 Sachaufwand	5'117.9	4'595.8	3'466.5	522.1	11.4 <sup>1</sup>
36 Eigene Beiträge	8'156.0	6'928.2	6'889.7	1'227.8	17.7 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>35'086.6</b>	<b>33'283.9</b>	<b>33'931.7</b>	<b>1'802.7</b>	<b>5.4</b>
43 Entgelte	-6'610.8	-5'620.7	-6'555.1	-990.1	-17.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-12'569.6	-12'118.4	-13'286.4	-451.2	-3.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-19'180.4</b>	<b>-17'739.1</b>	<b>-19'841.5</b>	<b>-1'441.3</b>	<b>-8.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>15'906.2</b>	<b>15'544.8</b>	<b>14'090.2</b>	<b>361.4</b>	<b>2.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Berufsbild. nicht akadem. Berufe Gesundheitsw. Tertiärstufe	15'906.2	15'544.8		361.4	2.3
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	409.0	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>409.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Im Sachaufwand sind durch die Bildung von Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 486 angefallen.
- 2 Die Budgetabweichung bei den eigenen Beiträgen resultiert aus den Nachzahlungen für das Rechnungsjahr 2006 der privaten Schulen Clara und Bethesda im Umfang von TCHF 783 (höhere Pauschalbeiträge pro Studierenden; wurden ursprünglich in den Privatschulen budgetiert), aus der Zunahme der Lernenden an der Berufsfachschule Gesundheit BL von TCHF 52 sowie den Mehrausgaben für die Privatschulen infolge der zu niedrig budgetierten Schülerzahl von TCHF 576. Im Zusammenhang mit der Integration des Bereichs Physiotherapie von der Privatschule Bethesda mussten zudem TCHF 190 weniger Subventionszahlungen entrichtet werden. Die insgesamten Mehrausgaben von ca. CHF 1.2 Mio. sind durch Mehreinnahmen aus der Vollkostenabteilung BL von TCHF 452 (FDK 46) teilweise wieder abgedeckt.

Durchführung der Fachmaturitäten Unterstützung anbieten. Die rund 60 Maturanden und Maturandinnen profitierten von individuellen Beratungen, einer vierwöchigen Vorbereitung auf das sechsmo-natige Praktikum und von der Vermittlung von Praktikumsplätzen in Institutionen des Gesundheitswesens der beiden Kantone. Ausserdem waren Lehrpersonen des BZG an den Fachmaturitätsprüfungen als Expertinnen und Experten beteiligt.

## Ressort Berufsbildung

ED-265

Sowohl in der Berufs- und Laufbahnberatung als auch bei den Lehrvertragsabschlüssen war die gute wirtschaftliche Entwicklung spürbar: Die Zahl der Beratungen ging leicht zurück, und bei den Lehrvertragsabschlüssen konnte wiederum eine Höchstzahl registriert werden. Mehr Junge, namentlich auch mehr baselstädtische Schulabgängerinnen und Schulabgänger fanden eine Lehrstelle. Dazu haben nicht zuletzt die mehrjährige intensive gemeinsame Lehrstellenförderung des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) und des Gewerbeverbands Basel-Stadt (Kampagne „Lehrstellen - Basels Zukunft“) sowie das Projekt „casting“ beigetragen. Hinzu kam die unterstützende Tätigkeit der Spitzen des Erziehungsdepartements und des Gewerbeverbands im Rahmen der Task Force „400 Attestlehrstellen“, deren erfolgreiche Mission im September beendet wurde.

Ständiges Bestreben ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die betriebliche Ausbildung. Hohe Priorität kommt dabei der regional koordinierten Umsetzung der neuen BBT-Bildungsverordnungen zu (Berufsreformen). Unterstützende Angebote für Lernende und Lehrbetriebe wurden weiter ausgebaut (Mentoring, fachkundige individuelle Begleitung). Das vom Grossen Rat am 12. September 2007 verabschiedete total revidierte Berufsbildungsgesetz entlastet die Lehrbetriebe bei den Kosten für die obligatorischen Lehrmittel und bei der gesundheitlichen Abklärung der Lernenden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufsberatung und Berufsbildung	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Berufs- und Laufbahnberatung

Das Projekt „casting“ - eine erfolgreiche Kooperation zwischen Gewerbeverband, Weiterbildungsschule (WBS) und AfBB zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsbildung - wurde im dritten Durchführungsjahr auch für Schülerinnen und Schüler des WBS E-Zugs geöffnet. Insgesamt sind 335 Jugendliche beraten worden. Die weitere Finanzierung ist dank der Unterstützung des Krisenfonds gesichert.

Die Schulhaussprechstunden am WBS-Standort Holbein wurden weitergeführt. Das Pilotprojekt wurde im Rahmen einer Diplomarbeit evaluiert und als sinnvoll beurteilt. Der Bericht dient als Grundlage für die Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung von Schulhaussprechstunden an allen WBS-Standorten.

Bei der schriftlichen Ersterhebung des Lehrstellenangebots meldeten die Lehrbetriebe dank verschiedener Massnahmen wieder mehr offene Lehrstellen, nämlich 1'116 (1'007). „Last minute“ - eine kurzfristige individuelle Unterstützung für Jugendliche, die kurz vor Lehrbeginn noch keine Lehrstelle haben - wurde mit 61 (100) Ratsuchenden durchgeführt. Sie wiesen schwierigere Problemlagen auf als in früheren Jahren. 58% (77%) fanden eine Lehrstelle oder eine andere Anschlusslösung. „Mentoring“ - eine längerfristige individuelle Unterstützung für Jugendliche ohne Lehrstelle durch freiwillige Mentorinnen und Mentoren - wurde wiederum mehr nachgefragt, auch hier nahm infolge vielschichtiger Probleme der Betreuungsaufwand zu. In beiden Basel stellen sich rund 100 freiwillige Frauen und Männer zur Verfügung. Sie unterstützten 96 (107) junge Erwachsene (65 Frauen, 31 Männer), 84% (62%) fanden eine Lehrstelle oder eine andere Anschlusslösung.

Persönliche Berufs- und Laufbahnberatungen wurden 2'208 (2'305) durchgeführt, davon 1'262 (1'320) für Frauen und 946 (985) für Männer. Damit bewegt sich diese Dienstleistung nach mehreren Jahren hoher Beanspruchung wieder auf dem Niveau des Jahres 2001.

### Berufsinformation und -dokumentation

Die Berufsinformation registrierte 10'619 (12'039) Besucherinnen und Besucher. Eine Kurzberatung beanspruchten 176 (202) Personen. Neu erhalten Ratsuchende Tipps und Unterstützung beim Erstellen ihrer persönlichen Bewerbungsschreiben und ihres Lebenslaufs.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.3	24.3	24.1	24.9	
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'208	2'305	2'463	2'438	2'436
Maximale Wartefrist Berufsberatung	Tg	18.0	15.0	19.5	19.0	19.0
Lehrabbruchquote aus mangelnder Ausbildung durch den Betrieb	%	0.5	1.0	1.0	1.5	1.5 <sup>1</sup>
Lehrstellen	Anz	5'191	4'957	4'698	4'606	4'671

**Kommentar**

1 Die Zahlen sind gerundet.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	3'868.2	3'904.3	3'910.4	-36.1	-0.9
31 Sachaufwand	713.7	607.2	575.6	106.5	17.5 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.0	0.3	...
36 Eigene Beiträge	3'826.1	3'881.4	3'581.6	-55.3	-1.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8'408.3</b>	<b>8'392.9</b>	<b>8'067.6</b>	<b>15.4</b>	<b>0.2</b>
43 Entgelte	-250.6	-273.7	-255.4	23.1	8.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-194.9	-177.7	-240.2	-17.2	-9.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-445.5</b>	<b>-451.4</b>	<b>-495.6</b>	<b>5.9</b>	<b>1.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>7'962.8</b>	<b>7'941.5</b>	<b>7'572.0</b>	<b>21.3</b>	<b>0.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Berufsberatung und Berufsbildung	7'962.8	7'941.5		21.3	0.3

**Kommentar**

1 Im Sachaufwand sind durch die Bildung von Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 152 angefallen.

**Lehraufsicht**

Die starke Zusatzbelastung infolge der Einführung neuer BBT-Bildungsverordnungen konnte dank einer befristeten Teilzeitstelle abgedeckt werden. Seit Sommer laufen 30 (21) bikantonale Arbeitsgruppen, welche 38 (28) neue oder erneuerte Berufsausbildungen umsetzen. In jeder Gruppe sind der betreffende Berufsverband, die Leitung der überbetrieblichen Kurse (ÜK), die Berufsfachschule, die Chefexpertin/der Chefexperte für die Lehrabschlussprüfung sowie die Berufsberatung vertreten. Die Leitung dieser Arbeitsgruppen obliegt Sachverständigen der Lehraufsicht der Berufsbildungsämter Basel oder Liestal. Die wichtigsten Ziele sind: 1. Etablierung koordinierter Ausbildungs- und Lehrpläne in Lehrbetrieb, ÜK und Berufsfachschule; 2. Etablierung der neuen zweijährigen beruflichen Grundbildungen mit eidg. Berufsattest; 3. trotz Berufsreform kein Lehrstellenverlust. Informationsveranstaltungen und nach Bedarf Schulungskurse gehören zum Unterstützungsangebot an Lehrbetriebe.

Es wurden 169 (172) neue Bildungsbewilligungen an Unternehmen erteilt. Insgesamt wurden 1'913 (1'901) neu abgeschlossene Lehrverträge registriert, davon 190 (191) zweijährige mit eidg. Berufsattest. Der Gesamtbestand stieg auf 5'191 (4'957) Lehrverträge, davon 2'316 (2'144) von Frauen und 2'875 (2'813) von Männern (alle Zahlen ohne Anlehren). Von den 353 (290) Lernenden mit zweijährigen Lehrverträgen wohnten 59% (57%) im Kanton Basel-Stadt, 33% (33%) kamen aus dem Kanton Basel-Landschaft. Von den 4'838 (4'667) Lernenden mit drei- und vierjährigen Lehrverträgen wohnten 38% (38%) im Kanton Basel-Stadt, 41% (41%) hatten Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft. Im Rahmen von „Rent-a-Stift“ traten 28 (26) Lernende (13 Frauen, 15 Männer) in 50 (52) WBS-Klassen auf und berichteten über ihre Erfahrungen in der Lehre. 14 (26) Lernende (7 Frauen, 7



Männer), die während der Lehrzeit ein Praktikum im benachbarten Ausland absolviert hatten, wurde zum erfolgreichen Lehrabschluss zusätzlich das „Euregio-Zertifikat“ verliehen.

### **Ausbildungskurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner**

In den obligatorischen Ausbildungskursen für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner wurden in 16 (18) internen und 14 (13) externen Kursen 537 (564) Personen ausgebildet. Die Zufriedenheit der Kursteilnehmenden wird per Fragebogen erhoben. Die Rückmeldungen sind mehrheitlich sehr positiv.

### **Weitere Projekte**

**Aufbau der fachkundigen individuellen Begleitung (fiB)** Nach Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) kann Personen mit Lernschwierigkeiten in zweijährigen beruflichen Grundbildungen eine fachkundige individuelle Begleitung beigelegt werden. Ziel ist die Gewährleistung des erfolgreichen Lehrabschlusses. Der Aufbau dieses Angebots, von dem auch die Lehrbetriebe profitieren, wurde 2005 mit Unterstützung des Bundes von den Ämtern für Berufsbildung und Berufsberatung in Basel und Liestal gemeinsam an die Hand genommen. Die Funktion wird von Lehrpersonen an den Berufsfachschulen wahrgenommen, die speziell in Förderpädagogik geschult und in einer Fachgruppe organisiert sind. Eine bikantonale Schirmgruppe sichert die Qualität der Prozesse und Ergebnisse. Im vergangenen Jahr wurden für insgesamt 27 (12) Klassen 18 (10) fiB-Fachpersonen eingesetzt. Die Bestehensquoten anlässlich der in diesen Berufen erstmals durchgeführten Lehrabschlussprüfungen 2007 waren in Basel-Stadt gut: Detailhandelsassistentinnen/Detailhandelsassistenten 91%, Küchenangestellte 92%.

**Aufbau des „Elterntreffs Berufswahl“** Das Ziel dieses Projekts des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung Basel-Stadt besteht darin, aus dem Ausland zugewanderte Eltern zu befähigen, ihre Kinder im Berufswahlprozess zu unterstützen. Zielgruppen sind die Eltern aus acht Sprach- respektive Kulturkreisen. Elterngespräche unter der Leitung von ausgebildeten Moderatorinnen und Moderatoren, Erfahrungsaustausch mit Eltern bereits erwachsener Kinder, Elterninformation in der Schule und in der Berufsinformation werden sich über das 7. und 8. Schuljahr erstrecken. Die Steuergruppe vereint Fachleute aus den Volksschulämtern, der Berufsberatung und der Integrationsfachstellen. Neben dem Aufbau der Projektorganisation wurde durch das Institut Hyperwerk (FHNW) ein Videofilm als thematische Einstiegshilfe für die Elterngespräche produziert. Gleichzeitig wurden Moderatorinnen und Moderatoren für die Pilotphase geschult. Das Projekt ist Teil der Strategie zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit und wird vom Bund mitfinanziert.

## Ressort Hochschulen

ED-271

Das Ressort Hochschulen leitet und koordiniert den Hochschulbereich des Kantons. Es ist zudem vorgesetzte Stelle des Amtes für Ausbildungsbeiträge.

Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz) und für weitere subventionierte Institutionen wie die Musik-Akademie, das Schweizerische Tropeninstitut und die Volkshochschule beider Basel nimmt das Ressort Koordinationsaufgaben wahr und ist für die Verbindung zu den politischen Instanzen (Bundesbehörden, interkantonale Gremien, Grosser Rat, Regierungsrat) zuständig.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Erwachsenenbildung	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Musikalische Bildung im nicht berufsbildenden Bereich	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Das Berichtsjahr war geprägt von der Konsolidierung von Reformen und Lösungen, die in den Vorjahren ausgearbeitet wurden. Im Vordergrund stand dabei die Umsetzung des Staatsvertrags der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die gemeinsame Trägerschaft der Universität, der auf 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist.

### Allgemeine Erwachsenenbildung

Das Angebot der Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel wurde im Berichtsjahr wiederum erfreulich genutzt. Nicht nur führte sie mehr Veranstaltungen durch als im Geschäftsjahr zuvor; sie konnte sich auch finanziell konsolidieren, nachdem sie Verluste zurückliegender Jahre zu kompensieren hatte. Der Erfolg ihrer Tätigkeit wurde im Herbst 2007 mit der eduqua-Zertifizierung bestätigt.

Die Volkshochschule publiziert als selbstständige Institution ihren eigenen Jahresbericht ([www.vhs-basel.ch](http://www.vhs-basel.ch)).

### Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen

#### Hochschulbereich der Musik-Akademie der Stadt Basel

Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) hat erfolgreich ihr zweites Jahr seit der Gründung absolviert. Das Jahr 2007 war insbesondere von der Einrichtung der Masterstufe geprägt. Von 16 Masterstudiengängen, die dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie zur Prüfung vorgelegt wurden, wurden zehn auf Anhieb bewilligt. Für die weiteren sechs Masterstudiengänge wurden Auflagen formuliert. Es ist davon auszugehen, dass auch diese Masterstudiengänge die Bewilligungshürde nehmen werden. Im Jahr 2007 wurde sodann die Integration der Musikhochschulen der Musik-Akademie Basel in die FHNW vorbereitet und von den Beteiligten unterzeichnet. Die FHNW wird somit am 1. Januar 2008 um den Musikhochschulbereich als neunten Hochschulbereich erweitert, wie dies der Fachhochschulvertrag der Trägerkantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn vorsieht.

Die FHNW publiziert als autonome Institution ihren eigenen Jahresbericht ([www.fhnw.ch](http://www.fhnw.ch)).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	2.6	2.6	7.9	7.9	
Studierende an der Universität Basel	Anz	10'769	10'100	9'748	9'228	8'720 <sup>1</sup>
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'203	4'060	3'983	3'930	3'874
Studierende an der FHNW	Anz	6'520	6'162			

**Kommentar**

- 1 Der Anstieg ist überwiegend auf eine Zunahme der ausserkantonalen Studierenden zurückzuführen. Er entspricht den in Basel 2020 formulierten Wachstumszielen.
- 2 Zahlenangaben können erst ab dem Gründungsjahr 2006 gemacht werden.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	474.0	452.0	456.6	22.0	4.9
31 Sachaufwand	680.0	575.1	595.3	104.9	18.2 <sup>1</sup>
36 Eigene Beiträge	197'954.4	196'465.4	142'807.5	1'489.0	0.8 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>199'108.3</b>	<b>197'492.5</b>	<b>143'859.4</b>	<b>1'615.9</b>	<b>0.8</b>
43 Entgelte	-1.3	-5.8	-1'197.0	4.5	77.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-5'835.8	-5'815.0	-4'450.5	-20.8	-0.4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-5'837.1</b>	<b>-5'820.8</b>	<b>-5'647.5</b>	<b>-16.3</b>	<b>-0.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>193'271.2</b>	<b>191'671.6</b>	<b>138'211.9</b>	<b>1'599.6</b>	<b>0.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Erwachsenenbildung	545.1	544.1		1.0	0.2
Ausbildung, Forschung, Dienstleistungen an Fachhochschulen	43'286.5	42'586.4		700.0	1.6
Musikalische Bildung im nicht berufsbildenden Bereich	10'969.6	10'493.4		476.2	4.5
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	138'470.0	138'047.7		422.3	0.3
5 Ausgaben Investitionen	5'000.0	0.0	10'000.0	5'000.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>5'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>10'000.0</b>	<b>5'000.0</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Im Zusammenhang mit der erstmaligen Bildung einer Rückstellung für die Zeitguthaben des Verwaltungspersonals sind im Sachaufwand einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 265 angefallen.
- 2 Die Budgetüberschreitung bei den eigenen Beiträgen ist zu einem grossen Teil auf eine versicherungstechnische Nachfinanzierung bei der Pensionskasse der Musikakademie zurückzuführen (TCHF 1'125). Ab 2007 wurden im Zusammenhang mit der neuen Trägerschaft der Universität zudem die Studierenden des Klinikbereichs zu Lasten des Ressorts Hochschulen abgerechnet (bis 2006 erfolgte die Abrechnung zu Lasten des Gesundheitsdepartements), was Mehrausgaben von TCHF 504 verursachte.

**Musikalische Bildung im nicht berufsbildenden Bereich**

Mit der Integration der Musik-Hochschulen in die FHNW auf 1. Januar 2008 war die Subvention des Kantons Basel-Stadt an die Musik-Akademie neu zu regeln. Gleichzeitig hat der Regierungsrat beschlossen, den Nichthochschulbereich der Jazzschule Basel in die Musik-Akademie zu integrieren und im Rahmen des gleichen Subventionsvertrags zu fördern. Auch wenn die Musik-Akademie nun auf zwei Finanzierungssäulen ruht – einerseits auf dem Leistungsvertrag mit der FHNW und andererseits auf dem Subventionsvertrag mit dem Kanton Basel-Stadt – bleibt die Einheit der Musik-Akademie als Ganzes gewahrt. Damit ist sichergestellt, dass auch in Zukunft die Musikausbildung aller Stufen auf hohem Niveau und in gegenseitiger Befruchtung der einzelnen Institute gewährleistet ist. Der betreffende Ratschlag wurde vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom November 2007 genehmigt.

Die Musik-Akademie publiziert als autonome Institution ihren eigenen Jahresbericht ([www.musik-akademie.ch](http://www.musik-akademie.ch)).

## Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen

### Gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel

Die Umsetzung des Staatsvertrages über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel beinhaltet in erster Linie die Einrichtung von Koordinationsgremien und Arbeitsgefässen, welche die neu bikantonalen Abläufe sicherstellen sollen.

Im April 2007 konstituierte sich der Universitätsrat in seiner neuen Zusammensetzung (fünf Delegierte BS, fünf Delegierte BL, eine von der Regenz zur Wahl vorgeschlagene Vertretung). Als Präsident des Universitätsrats wurde der bisherige Amtsinhaber, Dr. Ueli Vischer, gewählt. Bereits im Juni 2007 führte die Universität ein breit angelegtes Hearing mit den für die Universität zuständigen Kommissionen beider Parlamente durch. Diese gut besuchte Veranstaltung hat über die Parteigrenzen hinweg in der politischen Öffentlichkeit positives Echo ausgelöst. Die beiden Kantonsparlamente haben die für die Universität vorgesehene Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission eingerichtet (IGPK), welche mit ihrer konstituierenden Sitzung am 15. Oktober 2007 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Der bikantonale Lenkungsausschuss für die Partnerschaftlichen Verhandlungen - der bei der Ausarbeitung des Staatsvertrags federführend war - hat sich im Hinblick auf die sich aus der gemeinsamen Trägerschaft ergebenden Aufgaben neu formiert. Die für die Universität zuständige Teilprojektgruppe ist um die Sachverständigen für Investitions- und Bauplanungsfragen erweitert worden. Es ist nun die neue Rolle des Lenkungsausschusses, die anstehenden Grossinvestitionen für die Universität im Auftrag der Regierungen vorzubereiten und die betreffenden Parlamentsvorlagen für die Ausführungskredite auszuarbeiten. Im Sommer 2008 soll der Projektierungsratschlag für die erste Ausbaustappe des Life Sciences Campus auf dem Schällemätteliareal vorgelegt werden.

Die Universität Basel legt als autonome Institution einen eigenen Jahresbericht vor, der unter der Website [www.unibas.ch](http://www.unibas.ch) abgerufen werden kann.

### Zusammenarbeit Schweizerisches Tropeninstitut (STI) mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH)

Im Jahr 2007 wurde auch der Ratschlag für die Subvention des Schweizerischen Tropeninstituts 2008 - 2011 verabschiedet. Ein Teil der bisher mit der Subvention finanzierten Dienstleistungen des STI an die Universität Basel in der Grössenordnung von CHF 1,7 Mio. wird neu von der Universität im Rahmen eines Leistungsvertrags abgegolten. Die direkte Subvention des Kantons Basel-Stadt beträgt deshalb neu statt CHF 2,4 Mio. CHF 0,7 Mio. jährlich. Mit der Zustimmung zum Ratschlag bewilligte der Grosse Rat auch eine Investition für das STI in der Höhe von CHF 3,6 Mio., mit dem die Laborinfrastruktur des STI erneuert wird. Im Berichtsjahr ist neben der bereits bestehenden Allianz mit der Universität Basel auch die strategische Allianz des STI mit der ETH Lausanne in Kraft getreten. Mit dieser Kooperation wird die Verbindung des Forschungs- und Hochschulplatzes Basel mit dem ETH-Bereich weiter gestärkt.

Das STI veröffentlicht als autonome Institution ihren eigenen Jahresbericht ([www.sti.ch](http://www.sti.ch)).

## Archäologische Bodenforschung

ED-278

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Im Rechnungsjahr standen bei der Archäologischen Bodenforschung Aufgaben über das ganze Spektrum ihres Grundauftrags an. Die Rettungsgrabungen auf dem Areal Campus Novartis konnten fachgerecht unter der Einhaltung der Termine und des Budgets durchgeführt werden. Wegen dem ablehnenden Volksentscheid betreffend Neubau Stadtcasino entfiel die geplante Ausgrabung. Im Sommer stellte der Regierungsrat auf Antrag der Kommission für Bodenfunde den Ostteil der Voltamatte, welche 7 % der international bedeutenden keltischen Siedlung Basel-Gasfabrik umfasst, unter Denkmalschutz.

### Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

**Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen** In der spätkeltischen Siedlungsstelle Basel Gasfabrik auf dem Campus Novartis wurden die umfangreichen Rettungsgrabungen fortgesetzt. Gleichzeitig begann die Planungsphase für die Grabungen Campus Plus (Rheinhafen St. Johann). Mit der Unterschutzstellung der Osthälfte der Voltamatte konnte wenigstens ein kleiner Teil der spätkeltischen Siedlungsstelle Basel Gasfabrik für die Nachwelt erhalten werden. Der Umbau des Drachencenters in der Aeschenvorstadt brachte spät-römisch/frühmittelalterliche Gräber ans Tageslicht. Auf dem Münsterhügel begannen die umfangreichen archäologischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Kanalisationssanierung. Daneben wurden bei insgesamt 71 archäologischen Untersuchungen eine Vielzahl von Einsätzen durchgeführt.

**Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen** Im Archiv konnten die Sicherungsmassnahmen durch Digitalisierung bzw. Mikroverfilmung vorangetrieben werden. Bezüglich der grossen Depotproblematik wurden der Ist- und der Soll-Zustand erhoben und zusammen mit dem Ressort Kultur Lösungsszenarien erarbeitet. Die Fundinventarisierung konnte durch die Einstellung von Regiepersonal im Ressort Gasfabrik gestärkt werden, um die grossen, durch die Grabungen auf dem Campus und der Nordtangente verursachten Rückstände abbauen zu können.

**Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse** Die Publikationen „Jahresbericht 2005 der Archäologischen Bodenforschung“ und „Archäologische Denkmäler in Basel 5“ mit dem Thema Münsterhügel wurden herausgegeben. Dazu erschienen u. a. Beiträge im Basler Stadtbuch und in den Zeitschriften NIKE und TEC21. Grosses Echo fanden die Medienorientierungen zu den Ausgrabungen auf dem Campus der Novartis (u.a. Beitrag in der Tagesschau SF) und dem Drachencenter. Das Angebot von mehreren öffentlichen Führungen fand bei der Bevölkerung grossen Anklang. Die Archäologische Bodenforschung nahm erfolgreich an der Museumsnacht 2007 mit der Präsentation der neu gestalteten Infostelle „Murus Gallicus“ an der Rittergasse teil. Im Kollegiengebäude der Universität wurde zusammen mit dem Regierungspräsidium Freiburg i.Br. die Ausstellung

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.5	21.9	24.0	24.3	1
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	89	90	88	90	93
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	35	33	32	31	31
Publikationen pro Jahr	Anz	2	3	3	3	2

**Kommentar**

- 1 Zwei Vakanzen per 31.12.2007
- 2 Die aussergewöhnlich grossen Grabungen der letzten Jahre haben zu einem Leistungsabbau in der Betreuung der Ausserquartiere sowie der Landgemeinden Riehen und Bettingen geführt. Somit können nicht mehr alle Fundstellen ausreichend erfasst und dokumentiert werden. Zudem entstehen dadurch Rückstände bei der Fundinventarisierung, die in den nächsten Jahren aufgearbeitet werden müssen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'741.3	3'001.1	2'893.2	-259.8	-8.7
31 Sachaufwand	2'240.1	607.9	2'051.5	1'632.2	268.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'981.4</b>	<b>3'609.0</b>	<b>4'944.6</b>	<b>1'372.4</b>	<b>38.0</b>
42 Vermögenserträge	-21.8	-21.8	-4.6	0.1	0.3
43 Entgelte	-90.3	-83.1	-139.0	-7.3	-8.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-137.8	-143.5	-169.0	5.7	4.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-249.9</b>	<b>-248.4</b>	<b>-312.6</b>	<b>-1.5</b>	<b>-0.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'731.4</b>	<b>3'360.6</b>	<b>4'632.0</b>	<b>1'370.8</b>	<b>40.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Sicherung/Erforschung/Vermittlung des archäologischen Erbes	4'731.4	3'360.6		1'370.8	40.8

**Kommentar**

- 1 Mit RRB vom 14.2.2006 hat der Regierungsrat einer weiteren Ausgrabungsetappe auf dem Novartis Campus-Areal im Rahmen von TCHF 2'590 zugestimmt, wovon je TCHF 1'295 auf die Jahre 2006 und 2007 entfallen. Die Kompensation dieser Ausgaben erfolgt über die Investitionsrechnung. Im Berichtsjahr sind für die 4. Etappe in der laufenden Rechnung effektive Kosten von TCHF 1'196 angefallen. Weiter sind im Sachaufwand im Zusammenhang mit der erstmaligen Bildung einer Rückstellung für die Zeitguthaben des Personals einmalige, periodenfremde Aufwendungen von TCHF 274 enthalten. Die restlichen Mehrausgaben von TCHF 162 hängen mit den Auswertungs- und Archivierungsarbeiten der beiden Grabungen an der Martinsgasse sowie beim Museum der Kulturen zusammen; sie konnten im Personalaufwand kompensiert werden.

„Kelten an Hoch- und Oberrhein“ gezeigt. Dank der Zusammenarbeit mit dem Institut für Design und Kunst der Fachhochschule Nordwestschweiz beim Projekt „Life Clipper2“ (augmented reality) konnte ein Teil der keltischen Siedlung Basel-Gasfabrik anlässlich der Eröffnung der Nordtangente virtuell besucht werden. Die Vorbereitungsarbeiten für die Begleitpublikation zur Sonderausstellung „Unter uns. Archäologie in Basel“ im Historischen Museum wurden erfolgreich vorangetrieben.

## Ressort Kultur

ED-280

Das Ressort Kultur fördert und unterstützt über Beiträge an Institutionen, Festivals, frei schaffende Künstlerinnen und Künstler das aktuelle Kulturschaffen und die Kulturvermittlung in den Sparten bildende Kunst, Theater und Tanz, Musik, Literatur und Audiovision und setzt sich in verschiedenen Gremien für kulturpolitische Belange und Anliegen ein. Mit seinen Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Denkmalpflege bewahrt und pflegt es das kulturelle Erbe, die fünf staatlichen Museen pflegen ihre Sammlungen, vermitteln diese an das Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Das Ressort Kultur pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Die Museumsdienste gewinnen mit geeigneten Massnahmen neues Publikum, über Education Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen und Jugendlichen gefördert. In verschiedenen Gremien (Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten, Konferenz der Schweizer Kulturstädte, Oberrheinkonferenz u.a.m.) setzt sich das Ressort Kultur für den regionalen und nationalen Austausch, für Synergien und gemeinsame kulturpolitische Anliegen ein.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Förderung des Kunstschaffens	2.4 Kulturförderung und -pflege
Stabsleistungen Kultur	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

### Förderung des Kunstschaffens

Im Bereich der Subventionen konnten im Berichtsjahr drei grosse und mehrere kleinere Subventionen erneuert, bzw. neu geschaffen werden. Unter den grossen ist insbesondere die Weiterführung der Subvention an die Beyeler Museum AG in bisheriger Höhe zu nennen, da die entsprechende Diskussion und der Entscheid des Regierungsrates sowie des Grossen Rates auf Grund der ursprünglich im Rahmen von A&L geplanten Subventionskürzung von hohem öffentlichen kulturpolitischen Interesse war.

Bei den Museen konnten die Umbau- und Sanierungsarbeiten im Kunstmuseum erfolgreich abgeschlossen werden. Intensiv wird zusammen mit Immobilien BS und anderen involvierten Stellen an der Zukunft des Naturhistorischen Museums (Standort) sowie dem Projekt eines gemeinsamen Museumslagers gearbeitet.

Eine Niederlage für die Kultur war das Nein zum Neuen Stadt-Casino in der Referendumsabstimmung vom 17. Juni 2007. Jetzt geht es darum, neue Perspektiven für die Verbesserung des Angebots Stadt-Casino zu entwickeln.

Beim Internationalen Literaturfestival Basel kam es zum Jahresbeginn zum überraschenden Rücktritt des Gründers und Präsidenten Matthyas Jenny. Als Nachfolger konnte der bekannte Verleger Egon A. Ammann gewonnen werden. Leider gab die MesseCH im Dezember bekannt, dass sie die Buch-Basel 2008 nicht durchführen werde. Das Literaturfestival arbeitet an einer alternativen Durchführung im November 2008.

Im Bereich Musik ist die Schaffung einer neuen Subvention für den Rockförderverein der Region Basel (Budgetpostulat Beat Jans u. Kons.) ab 2008 zu nennen. Ein Durchbruch ist der Schulterchluss zwischen der Stiftung Basler Orchester und der AMG. Damit hat der grösste Veranstalter in Basel die Verantwortung für die künstlerischen Belange des Synchronorchesters Basel übernommen.

### Stabsleistungen Kultur

Im Berichtsjahr hat sich das Ressort Kultur intensiv mit der Ausarbeitung des Kulturgesetzes (Motion Verena Herzog) befasst. Im Dezember 2007 ist der Entwurf des Gesetzes und Ratschlags in die

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.5	9.1	9.6	9.8	
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	158'000	178'000	177'781	188'239	196'159 <sup>1</sup>
Sinfonieorchester Basel: Anzahl Auftritte	Anz	153	141	143	177	159
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	942	920	922	918	905
Zahlende Besucher/-innen Museumsnacht	Anz	27'949	21'205	21'016	21'863	26'170

**Kommentar**

1 Zahlen Theater Basel und SOB gelten für die Saison, nicht das Kalenderjahr (Beispiel: 2004 = Saison 03/04).

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	1'536.8	1'493.0	1'505.9	43.8	2.9
31 Sachaufwand	1'083.7	950.6	987.1	133.1	14.0 <sup>1</sup>
36 Eigene Beiträge	58'797.4	58'714.8	61'374.3	82.7	0.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>61'417.9</b>	<b>61'158.3</b>	<b>63'867.3</b>	<b>259.6</b>	<b>0.4</b>
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	0.0	-0.1	...
43 Entgelte	-161.2	-105.1	-87.0	-56.2	-53.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-477.0	-420.0	-451.9	-57.0	-13.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-638.3</b>	<b>-525.1</b>	<b>-539.0</b>	<b>-113.2</b>	<b>-21.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>60'779.6</b>	<b>60'633.3</b>	<b>63'328.3</b>	<b>146.3</b>	<b>0.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Förderung des Kunstschaffens	59'488.3	59'340.0		148.4	0.3
Stabsleistungen Kultur	1'291.3	1'293.3		-2.0	-0.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	475.0	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>475.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

1 Im Zusammenhang mit der erstmaligen Bildung einer Rückstellung für die Zeitguthaben des Verwaltungspersonals sind im Sachaufwand einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 73 angefallen. Die restliche Abweichung ist auf Mehrkosten bei den Inseraten und extern bezogenen Dienstleistungen zurückzuführen. Dagegen stehen höhere Erträge aus verrechneten Dienstleistungen (vgl. FDK 43).

interne Vernehmlassung gegangen, der vorgesehene Termin für die Behandlung im Grossen Rat ist Oktober 2008.

Eine weitere wichtige Tätigkeit im 2007 war die Mitwirkung im Teilprojekt Präsidialdepartement der RV09. Die Vorbereitungsarbeiten für den Transfer der Kultur vom Erziehungsdepartement ins Präsidialdepartement per 1. Januar 2009 sind weitgehend abgeschlossen.

Am 9. November 2007 hat das Ressort Kultur den Schlussbericht der Arbeitsgruppe Entwicklung Kasernenareal – Teilauftrag Kultur an die Regierung abgegeben und damit den Auftrag aus dem Beschluss des Regierungsrates vom 17. April 2007 erfüllt. Die Arbeitsgruppe hat sich aus leitenden Vertreterinnen und Vertretern der auf dem Areal tätigen Kulturinstitutionen, aus Interessensvertretern der freien Tanz-, Theater- und Populärmusikszene sowie kulturpolitisch engagierten Mitglieder des Grossen Rates zusammengesetzt.

Auf nationaler Ebene hat sich das Ressort Kultur auch im Berichtsjahr für ein Kulturfördergesetz des Bundes engagiert, welches eine finanzielle Unterstützung für herausragende Kulturinstitutionen (Leuchttürme) in Basel möglich macht.



## Denkmalpflege

ED-282

Die Aufgaben der Basler Denkmalpflege sind in §6 der Verordnung zum Gesetz über den Denkmalschutz aufgeführt. Im Wesentlichen gehören dazu: Inventarisierung und Erforschung; Durchführung baugeschichtlicher Untersuchungen; Beratung der Bauherren und Architekten in denkmalpflegerischen Fragen; Mitwirkung in Baubewilligungsfragen; fachliche Bearbeitung im Verfahren auf Eintragung im Denkmalverzeichnis und Beitragswesen; Führung des Denkmalverzeichnisses; Erstellen und Revidieren eines Denkmälerinventars; Grundlagenbeschaffung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Beratung von Privaten und Behörden.

Im Zusammenhang mit diesen Aufgaben unterhält die Basler Denkmalpflege eine umfangreiche Dokumentation und ein Bauteillager. Ausserdem ist ihr das Museum „Kleines Klingental“ mit dem dazugehörigen Vermietungsbetrieb angeschlossen.

Das Ziel der Tätigkeit ist die Erhaltung des baulichen Erbes als Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Als Denkmäler gelten dabei Bauten, Baugruppen und Anlagen, die wegen ihres kulturellen, geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Wertes erhaltenswürdig sind. Diese Werte sind zu erforschen und in ihrem gewachsenen Zusammenhang zu sichern.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Erhaltung des baulichen Erbes	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Der Denkmalrat hielt im Plenum sieben Sitzungen ab, sein Ausschuss vier. Dazu kamen drei Ortstermine und drei halbtägige Besichtigungsrundgänge. Für 20 Objekte wurde die Aufnahme ins Denkmalverzeichnis befürwortet. Der Regierungsrat hat die Eintragung ins Denkmalverzeichnis für die Messe-Rundhofhalle (Messeplatz 7/9), das Hotel „Les Trois Rois“ (Blumenrain 2-10), die Riehener Bauten Dinkelbergstrasse 20, Mooshaldenweg 5, Schnitterweg 40, Waltersgrabenweg 21 und Wenkenstrasse 81 sowie Rheinsprung 20 beschlossen, für das Ensemble Riehering 63-71 wurde sie abgelehnt.

Die Öffentlichkeitsarbeit umfasste ein Jahresprogramm, den „Europäischen Tag des Denkmals“, Vorträge und Medienbeiträge; bei 46 Führungen wurden rund 2700 Besucher verzeichnet. Das Museum Kleines Klingental zeigte zwei Sonderausstellungen („20 Jahre Basler Münsterbauhütte“, „Mauern Schanzen Tore. Basels Befestigungen im Wandel der Zeit“). Zu diesen und zur Dauerausstellung fanden 38 öffentliche Veranstaltungen statt. Besucherzahlen und Auslastung des Vermietungsbetriebs bewegen sich im Rahmen des Vorjahres (total rd. 20200, davon die Hälfte im Rahmen des Vermietungsbetriebs).

### Erhaltung des baulichen Erbes

**Baubegleitung und Restaurierungen** Die Summe der insgesamt denkmalpflegerisch betreuten Objekte erfuhr eine leichte Zunahme (567), die Zahl neu zu beurteilender Meldungen, Bau- und Reklamebegehren stieg um 18% auf rund 400. Die Subventionsgesuche hielten sich mit 96 Neuzugängen im gewohnten Rahmen. Die Kommission für Denkmalsubventionen tagte achtmal; ungefähr die Hälfte der Eingaben fiel in die abschliessende Entscheidungskompetenz des Präsidenten. Um die Zuschussmittel noch gezielter nach denkmalpflegerischen Kriterien zu bemessen, wurde ein neuer Berechnungskatalog erarbeitet. Zu den bedeutenderen Gegenständen denkmalpflegerischer Bau- und Restaurierungsbegleitung zählten das Münster (Helm des Georgsturms, Epitaphien, Kreuzgang), die Theodorskirche, die Schlüsselzunft, die Atelierhäuser Alemannengasse 44 und Dinkelbergstrasse 20, die Barockhäuser Hebelstrasse 7 und Spitalstrasse 22 sowie das grosse Wandgemälde im Vorzimmer des Regierungsratssaals im Rathaus.

**Bauforschung** Baugeschichtliche Untersuchungen galten 25 Objekten, 15 davon erforderten intensive Einsätze vor Ort. Hervorzuheben sind: Spalenvorstadt 10 und Ochsenegasse 16, wo unter modernen Verputzen farbig gefasste Sichtfachwerkfassaden aus dem 17. Jahrhundert zum Vorschein kamen (am letztgenannten Haus Grundlage zur Wiederherstellung). Im Altstadthaus Spalenberg 30

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	18.9	16.8	14.8	15.8	
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	675	638	663		1
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	96	92	98	104	95
Publikums-Führungen	Anz	60	65	40	26	22
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	19'085	21'105	17'300	14'687	17'385

**Kommentar**

1 Zahlen für die Jahre 2003 und 2004 liegen nicht vor, da mit der Erhebung erst ab 2005 begonnen wurde.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'955.7	2'872.2	2'602.8	83.5	2.9
31 Sachaufwand	817.3	555.8	927.5	261.5	47.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'772.9</b>	<b>3'428.0</b>	<b>3'530.3</b>	<b>344.9</b>	<b>10.1</b>
42 Vermögenserträge	-134.6	-90.0	-117.5	-44.6	-49.5
43 Entgelte	-154.9	-154.0	-158.1	-0.9	-0.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-11.0	0.0	11.0	100.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-289.5</b>	<b>-255.0</b>	<b>-275.6</b>	<b>-34.5</b>	<b>-13.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'483.5</b>	<b>3'173.0</b>	<b>3'254.7</b>	<b>310.5</b>	<b>9.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Erhaltung des baulichen Erbes	3'483.5	3'173.0		310.5	9.8
5 Ausgaben Investitionen	2'098.8	0.0	1'672.7	2'098.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>2'098.8</b>	<b>0.0</b>	<b>1'672.7</b>	<b>2'098.8</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

1 Im Zusammenhang mit der erstmaligen Bildung einer Rückstellung für die Zeitguthaben des Verwaltungspersonals sind im Sachaufwand einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 223 angefallen. Die restliche Abweichung ist auf Mehrkosten im Zusammenhang mit der Fotoarchivierung zurückzuführen.

konnte das Baujahr 1357 ermittelt und damit ein weiterer Beleg für die im Quartier besonders dicht nachweisbare Wiederaufbautätigkeit nach dem Erdbeben von 1356 erbracht werden. An der Hebelstrasse 7 gelang es, die Entstehung des barocken „Gyregartens“ zu entschlüsseln: ausgehend von einem schmalen Haus von 1576, das um 1603 eine Verlängerung nach Westen erfuhr, entstand durch stadtseitige Erweiterung 1758 ein stattlicher Barockbau mit beidseitigem Krüppelwalm und reicher, weitgehend erhaltener Innenausstattung. 1838 erhielt das Haus durch eine zweiachsige Überbauung der Hofeinfahrt seine gegenwärtige Ausdehnung.

**Inventarisierung** Hauptgegenstand war die Beschaffung von Grundlagen betreffend Schutz- und Schonzone für die künftige Zonenplanrevision. Es erfolgten dazu die Begehung des gesamten Stadtgebiets, die Bestandesdokumentation mittels 8000 Fotos, die Bewertung von Ensembles, die Erarbeitung von Änderungsvorschlägen und deren Abgleich mit jenen des Hochbau- und Planungsamtes, Abteilung Planung (HPA-P). Das Denkmalinventar gemäss §14 der VO zum Gesetz über den Denkmalschutz wurde weitergeführt und mit dem HPA-P sowie dem Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) das thematische Kartenwerk „Ortsbild- und Denkmalschutz“ zur Publikationsreife gebracht (ab 2008 im Internet zugänglich). Erweiterte Inventare sind für die Bauten Vierjuchartenweg 24 und Metzgerstrasse 52 erstellt worden. Die Kunstdenkmäler-Inventarisierung setzte die konzeptionelle Arbeit und Texterstellung für die beiden weiteren Bände zum linksrheinischen Altstadtgebiet fort.

## Materialzentrale

ED-293

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung, die Schulen und für subventionierte Institutionen (ca. 1'800 Artikel). Sie ist die zentrale Stelle für die Vergabe von Druckaufträgen der kantonalen Verwaltung, produziert Drucksachen und überwacht das Erscheinungsbild (Corporate Design). Sie beschafft und produziert die Lehrmittel für die Schulen und ist verantwortlich für die termingerechten Auslieferungen (ca. 750 unterschiedliche Lehrmittel).

Mit der zentralen Beschaffung können die gesetzlichen Anforderungen des Submissionsgesetzes besser eingehalten werden. Durch die Bündelung und die Zusammenfassung des Bedarfs können die Einkaufskonditionen erheblich verbessert werden. Zudem können die ökologischen Vorgaben bei der Beschaffung berücksichtigt werden. Mit dem Ressourcenpooling wird sichergestellt, dass die Schulen mit dem vorgegebenen Schulmaterial rechtzeitig ausgerüstet werden. Mit der zentralen Vergabe von Drucksachen wird sichergestellt, dass die Vorgaben für ein einheitliches Erscheinungsbild eingehalten und die Offerten der Druckereien von Fachleuten kontrolliert und in der Folge die Aufträge kostengünstig vergeben werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zentrale Materialdienste	8.6 Zentrale Materialdienste

## Tätigkeiten und Projekte

Mit der Systemerweiterung B2B (Business to Business) konnte neu Toner für Arbeitsplatzdrucker in das Sortiment der Materialzentrale aufgenommen werden. Mit dieser Systemanpassung wurde das Sortiment sinnvoll erweitert, ohne dass zusätzliches Personal benötigt wurde.

Von der Zentralen Informatik-Dienststelle ZID wurde die Verpackungsmaschine übernommen. Damit konnte die Materialzentrale das Druck- und Copycenter zu einem Lettershop erweitern. Mit dieser Übernahme wurden Synergieeffekte erzielt. Von der Produktion bis zum Versand wird nun der gesamte Ablauf von einer Stelle betreut. Dies betrifft beispielsweise Lohnabrechnungen, Rechnungen für Motorfahrzeugsteuern usw.

Im Lehrmittelverlag wurde die 160-Seiten umfassende Broschüre „Sprachprofile für die Volksschulen Basel-Stadt“ in das Sortiment aufgenommen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.5	14.0	15.0	15.0	
Bestellungen/Aufträge (ohne Drucksachen)	Anz	6'228	6'667	6'069	6'606	6'697
Bestellungen im Online-Store (ohne Drucksachen)	Anz	2'797	2'732	2'391	2'094	1'918
Beschaffte Kopiersysteme	Anz	530	438	100	97	90
Lieferanten	Anz	128	138	137	143	153

**Kommentar**

- 1 Im Jahr 2005 ist erstmals eine Submission für die Lieferung von Fotokopiergeräten durchgeführt worden, weshalb die Anzahl der über die Materialzentrale beschafften Systeme seither deutlich ansteigt. Nach Auslaufen bestehender Verträge ist mit rund 800 Kopiersystemen zu rechnen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	1'615.4	1'716.6	1'631.4	-101.3	-5.9
31 Sachaufwand	6'941.1	6'000.4	6'677.9	940.7	15.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8'556.5</b>	<b>7'717.1</b>	<b>8'309.3</b>	<b>839.5</b>	<b>10.9</b>
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-7'954.8	-6'492.3	-7'477.1	-1'462.5	-22.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-7'954.8</b>	<b>-6'492.3</b>	<b>-7'477.1</b>	<b>-1'462.5</b>	<b>-22.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>601.7</b>	<b>1'224.7</b>	<b>832.2</b>	<b>-623.0</b>	<b>-50.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Zentrale Materialdienste	601.7	1'224.7		-623.0	-50.9

**Kommentar**

- 1 Im Zusammenhang mit der erstmaligen Bildung einer Rückstellung für die Zeitguthaben des Verwaltungspersonals sind im Sachaufwand einmalige periodenfremde Aufwendungen von TCHF 68 angefallen. Die restliche Abweichung entfällt auf die Einführung der zentralen Beschaffung der Fotokopiergeräte durch die Materialzentrale. Dem gegenüber stehen entsprechend höhere Erträge aus der Weiterverrechnung dieser Kosten an die Dienststellen der kantonalen Verwaltung (vgl. Entgelte).

## Ressort Dienste

ED-295

Das Ressort Dienste umfasst die Abteilungen Sonderpädagogik, Sozialpädagogik, Erwachsene Behinderte und Tagesbetreuung sowie den Heilpädagogischen und den Logopädischen Dienst (zusätzlich auch die Materialzentrale, welche aber im Budget als eigene Dienststelle geführt wird).

Die Abteilung Sonderpädagogik plant und steuert das Sonderschulangebot für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung. Sie finanziert auch die integrative Schulung in Regelklassen und fördert und unterstützt dieses Angebot. Die Heilpädagogische Schule ist Teil der Abteilung Sonderpädagogik.

Die Abteilung Sozialpädagogik plant und steuert die Angebote der stationären Jugendhilfe. Sie bewilligt und beaufsichtigt die Heime und die Pflegefamilien im Kanton Basel-Stadt. Weiter finanziert sie die Fremdunterbringung von Kindern mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt. Die vier staatlichen Schulheime und die kantonale Zentralbehörde Adoption sind Teil der Abteilung Sozialpädagogik.

Die Abteilung Erwachsene Behinderte ist für die Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Wohn- und Arbeitsangebotes für erwachsene Menschen mit einer Behinderung zuständig. Zwei Wohnverbände und ein Verbund von Förderstätten sind Teil der Abteilung Erwachsene Behinderte.

Die Abteilung Tagesbetreuung stellt ein ausreichendes Angebot an Plätzen in Tagesheimen und Tagesfamilien sicher. Zudem ist sie für die Mitfinanzierung der Quartiertreffpunkte und des Stadtteilsekretariats verantwortlich. Die Vermittlungsstelle Tagesheime ist Teil der Abteilung Tagesbetreuung.

Der Heilpädagogische Dienst berät und unterstützt Eltern mit entwicklungsauffälligen oder behinderten Kindern im Vorschulalter bzw. behinderten Kindern im Schulalter. Daneben bietet er pädagogisch-therapeutische Massnahmen für Kinder im Vorschulalter an. Der Logopädische Dienst ist für die Abklärung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Sprachauffälligkeiten zuständig.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen für behinderte/entwicklungsauff. Kinder (HPD)	2.1 Volksschulbildung
Logopädische Interventionen (LPD)	2.1 Volksschulbildung
Sonderschulung	2.1 Volksschulbildung
Behindertenhilfe	2.6 Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe
Stationäre Jugendhilfe	2.6 Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe
Quartierarbeit und Beratungsstellen	2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit
Tagesbetreuung von Kindern	2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit

## Tätigkeiten und Projekte

Die grösste Herausforderung stellte die Vorbereitung der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) dar. In enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und unter Einbezug der Betroffenen wurden die Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten in den Teilprojekten Behindertenhilfe und Sonderschulung geleistet. Die notwendigen Konzepte und Grundlagenpapiere werden von beiden Kantonen gemeinsam erarbeitet. Über diese Arbeiten informiert laufend eine spezielle Seite im Internet ([www.nfa-bs-bl.ch](http://www.nfa-bs-bl.ch)). Für den Kanton Basel-Stadt galt es, teilweise neue gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Bereits in Kraft gesetzt werden konnte die Änderung des Schulgesetzes für die Schulung von Kindern mit Behinderungen und zwei Verordnungen für die Behindertenhilfe (Kostenübernahmeverordnung und Anerkennungsverordnung). Für die Sonderschulverordnung ist ein Entwurf erarbeitet worden. Weiter musste der ganze Finanzbereich auf das neue, bedeutend grössere Finanzvolumen vorbereitet werden.

Das Ressort Dienste wird im Rahmen der Verwaltungsreorganisation RV09 aufgehoben. Die Vorbereitungsarbeiten, die verschiedenen Aufgabengebiete teilweise anderen Departementen oder anderen Trägerschaften zu übergeben, wurden mit grosser Sorgfalt an die Hand genommen. Diese Arbeiten werden durch die bereits heute sehr enge departementsübergreifende Zusammenarbeit erleichtert, arbeitet die Ressortleitung beispielsweise seit längerem im Verwaltungsrat der Sozialhilfe

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	334.9	331.2	330.1	345.1	
Behinderte Minderjährige in separativen/integrativen Schulen	Anz	523	527	513	509	480
Klienten/-innen des Heilpädagogischen Dienstes	Anz	853	816	873		
Klienten/-innen des Logopädischen Dienstes	Anz	2'560	2'083	2'281		
Platzierungen in stationären Inst. und Pflegefamilien	Anz	894	891	882	897	881
Stationär betreute Behinderte mit Ergänzungsleistungen	Anz	764	743			
Kinder in subventionierten Tagesheimen/-familien (per 31.10)	Anz	1'976	1'813	1'754	1'793	1'667

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
30 Personalaufwand	49'725.5	47'506.0	49'468.1	2'219.6	4.7	1
31 Sachaufwand	6'971.6	5'988.0	6'449.3	983.6	16.4	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	12.6	0.0	11.0	12.6	...	
36 Eigene Beiträge	97'180.2	91'441.6	93'522.4	5'738.6	6.3	3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>153'889.8</b>	<b>144'935.5</b>	<b>149'450.8</b>	<b>8'954.3</b>	<b>6.2</b>	
42 Vermögenserträge	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	...	
43 Entgelte	-10'414.5	-7'764.5	-9'986.1	-2'650.0	-34.1	4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-26'551.2	-24'794.0	-27'734.7	-1'757.2	-7.1	5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-36'965.9</b>	<b>-32'558.5</b>	<b>-37'721.0</b>	<b>-4'407.4</b>	<b>-13.5</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>116'924.0</b>	<b>112'377.0</b>	<b>111'729.8</b>	<b>4'547.0</b>	<b>4.0</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Dienstleistungen für behinderte/entwicklungsauff. Kinder	2'446.5	2'578.1		-131.6	-5.1	
Logopädische Interventionen (LPD)	2'986.8	2'978.8		8.0	0.3	
Sonderschulung	12'398.3	12'554.4		-156.1	-1.2	
Behindertenhilfe	31'058.3	26'165.5		4'892.8	18.7	
Stationäre Jugendhilfe	43'531.6	44'015.9		-484.3	-1.1	
Quartierarbeit und Beratungsstellen	1'352.4	1'514.5		-162.1	-10.7	
Tagesbetreuung von Kindern	23'150.1	22'569.8		580.3	2.6	

### Kommentar

- Die Personalausgaben in den Heilpädagogischen Schulen und Kindergärten sind um CHF 1.2 Mio. höher. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in gleicher Grössenordnung gegenüber. Mit Budget 2008 wurden die Personalausgaben an die gestiegene Schülerzahl angepasst. Die Personalausgaben der Wohnheime und Förderstätten für Menschen mit einer geistigen Behinderung sind um CHF 1 Mio. höher, da der Betreuungsbedarf gestiegen ist. Mit Budget 2008 wurden die Personalausgaben entsprechend angepasst. Die Teuerung, die erhöhten Kinderzulagen und die erstmals abgegrenzten Überstunden betragen CHF 0.3 Mio.
- Die Überschreitung wird hauptsächlich durch die erstmals abgegrenzten Zeitguthaben des Personals von CHF 0.7 Mio. verursacht. Hinzu kommen höhere Transportkosten für Schülerinnen und Schüler und für erwachsene Menschen mit einer Behinderung vom Wohn- zum Arbeitsort. Die Erhöhung resultiert einerseits aus mehr Fahrten und andererseits aus höheren Treibstoffkosten.
- Die im Einzelpostenbereich zugeteilten Belastungen des Amtes für Sozialbeiträge für Ergänzungsleistungen und Beihilfen im Bereich des Wohnens und Arbeitens behinderter Menschen ist CHF 4.0 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Diese Zunahme in der gleichen Grössenordnung war bereits im Vorjahr zu verzeichnen. Die Zunahme ist auf eine erhöhte Bedürftigkeit der Behinderten zurückzuführen, was auf einen erschöpften Vermögensverzehr schliessen lässt. Die Anpassung des Budgets 2008 ist aufgrund der Zahlen 2006 bereits erfolgt. Der Einzelpostenbereich der Tagesbetreuung wurde um CHF 0.7 Mio. überzogen. Es wurden mehr Kinder in Tagesheimen und Tagesfamilien platziert. Der Einzelpostenbereich der stationären Jugendhilfe wurde um CHF 0.8 Mio. überschritten. Die Überschreitung ist bei praktisch gleicher Anzahl platzierter Jugendlicher auf mehr Betreuungstage zurückzuführen.

- 4 Im Bereich Tagesbetreuung und Sozialpädagogik kam es zu ausserordentlichen Rückzahlungen von Investitionsbeiträgen und Rückzahlungen aus erhöhten Rücklagen in Höhe von rund CHF 1.2 Mio. Im Bereich der Sozialpädagogik wurden Rückerstattungen aus Restdefizitabrechnungen der Jahre 2005/2006 in Höhe von rund CHF 1 Mio. vereinnahmt.
- 5 In den Schulheimen sind mehr ausserkantonale Betreute aufgenommen worden, so dass die Verrechnung an die einweisenden Kantone zu Mehreinnahmen von rund CH 0.4 Mio. führt. Vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) konnten aufgrund von Betriebsfaktorenerhöhungen bei den Heilpädagogischen Schulen und einer erhöhten Auslastung Mehreinnahmen durch das BSV bzw. die Invalidenversicherung von rund CHF 1.4 Mio. erzielt werden (siehe auch Fussnote 1).

mit. Auch beim Projekt „Harmonisierung der Sozialleistungen“, von dem Aufgabengebiete des Ressorts Dienste betroffen sein werden, war auf verschiedenen Ebenen eine enge Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen zu verzeichnen.

Das Ressort zählte im Berichtsjahr 712 Mitarbeitende. Der Frauenanteil betrug 70% (2006: 71%); 69.6% (68,9%) der Mitarbeitenden arbeiteten mit einem Teilzeitpensum. Der Anteil Frauen im oberen Kader betrug 59% (57%), im mittleren Kader (einschliesslich mittleres Fachkader) 58% (2006 60%). Aufgrund der Evaluationsergebnisse des Projekts Absenzenmanagement wurde Absenzenmanagement für die kantonalen Wohnheime und Förderstätten per 1. Januar 2007 definitiv eingeführt.

Die Bedeutung des Internets verdeutlicht die Tatsache, dass 54 kleinere und grössere Updates erfolgt sind. Das Internet ermöglicht es, Interessierten aktuelle Informationen und Unterlagen übersichtlich bereitzustellen. Mit acht Medienmitteilungen ist zudem die Bevölkerung über Wichtiges aus der Arbeit des Ressorts informiert worden. Ferner haben zwei Bilderausstellungen in den Räumen an der Leimenstrasse stattgefunden.

**Logopädischer Dienst** Den Eltern bzw. ihren Kindern mit Sprachauffälligkeiten stehen 43 Angebote in den Quartieren zur Verfügung (einschliesslich Logopädinnen und Logopäden im Stundenlohn). Damit ist eine möglichst quartiernahe Versorgung gewährleistet. Qualitätssicherung und Teamentwicklung wurden durch Lektionenbesuche, Interventionsgruppen, Fachgruppen und interne und externe Weiterbildung gewährleistet. Die Zahl der Neuanmeldungen stieg deutlich auf 917 (2006: 872). Dennoch konnte die maximale Wartezeit von drei Monaten eingehalten werden.

**Heilpädagogischer Dienst** Der HPD wird im Rahmen der Verwaltungsreorganisation RV09 das gesamte Aufgabengebiet ab Kindergartenentritt per Sommer 2008 dem Schulpsychologischen Dienst SPD übertragen. Somit werden Kinder mit oder ohne Behinderung sowie deren Eltern und andere involvierte Fachpersonen von derselben Fachstelle begleitet und beraten. Dies ist ein wichtiger Schritt zur weiteren Integration von Kindern mit Entwicklungsauffälligkeiten oder mit einer Behinderung in die Volksschule. Die weiteren Angebote – die Beratung, Abklärung und Förderung für Säuglinge, Klein- und Vorschulkinder sowie für deren Eltern – werden wie bisher weitergeführt.

Als Mitglied des Netzwerkes Kinderschutz ist der HPD weiterhin eine Anlaufstelle.

### Abteilung Erwachsene Behinderte

Mit der NFA übernimmt der Kanton Basel-Stadt ab 2008 vom Bund die Verantwortung für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten. Dazu hat der Regierungsrat zwei neue Verordnungen beschlossen, um die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen. Mit den Werkstätten hat der Kanton Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. In einem gemeinsamen Projekt mit dem Kanton Basel-Landschaft wurden die Grundlagen für ein zukünftiges Behindertenkonzept erarbeitet, wie es der Bund von den Kantonen verlangt. So bestehen nun die Voraussetzungen, um die Kontinuität der Betreuung von Menschen mit einer Behinderung zu sichern.

Zur Förderung der Integration und Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung beschloss die Regierung auf das Lehrjahr 2008/2009 zehn Ausbildungsplätze für BBT-Lehrberufe für Lernende mit einer Behinderung zu schaffen. Mit der Abteilung Tagesbetreuung des Erziehungsdepartements wurden Grundlagen geschaffen, damit in den vom Kanton subventionierten Tagesheimen auch Kinder mit einer Behinderung betreut werden können. Ein Leitfaden, verschiedene Schulungen von Führungskräften und ein Hinweis in den kantonalen Stellenausschreibungen dienen dazu, qualifizierten Personen mit einer Behinderung gleiche Chancen in einem Anstellungsverfahren zu eröffnen.

Die kantonalen Wohnheime und Förderstätten für Menschen mit einer geistigen Behinderung waren voll belegt. Aufgrund des zunehmenden Alters sind häufiger Spitalaufenthalte nötig. Die Notwendigkeit, die Personen während der oft langwierigen Rekonvaleszenz Tag und Nacht zu überwachen, ist äusserst kostenintensiv. Aber auch eine wachsende Gruppe von jungen autistischen Erwachsenen, die anderenorts keinen Wohnheimplatz gefunden haben, verursachte ausserordentliche Betreuungskosten.

### **Abteilung Sonderpädagogik**

Neben dem Alltag - der Gewährleistung der sonderschulischen Angebote und der Weiterentwicklung der integrativen Sonderschulung - war das Berichtsjahr weitgehend von den Arbeiten rund um die Umsetzung der NFA geprägt. Mit dem Rückzug der Invalidenversicherung (IV) aus der Finanzierung und Regelung der Sonderschulung mussten einerseits die notwendigen Arbeiten zur Sicherstellung der bisherigen Leistungen im Bereich der Sonderschulung vorgenommen werden sowie ein Entwurf einer Sonderschulverordnung für die in der Bundesverfassung definierte Übergangszeit ausgearbeitet und zur Anhörung vorgelegt werden. Andererseits wurde der Bericht über die zukünftige Ausrichtung und Gestaltung des sonderpädagogischen Konzepts der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt den beiden zuständigen Departementsvorstehern vorgelegt, welche den Empfehlungen zustimmten und die Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung des sonderpädagogischen Konzepts - unter Berücksichtigung der Entwicklung im Bildungsraum Nordwestschweiz - beauftragten.

Das gute Einvernehmen mit den privaten und staatlichen Sonderschulen ermöglichte es, die anstehenden Veränderungen rechtzeitig anzugehen. Die Zusammenarbeit sowie die Controllingtätigkeit stützen sich dabei auf die Rahmenbedingungen in den bestehenden Leistungsvereinbarungen.

### **Abteilung Sozialpädagogik**

Die Vorarbeiten im Zusammenhang mit der neuen Bedarfsplanung in der stationären Jugendhilfe - ein gemeinsames Projekt der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft - konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Instrumente der bisherigen statistischen Erfassung der Fremdunterbringungen von Kindern und Jugendlichen der beiden Kantone wurden erweitert und angepasst. Ab dem Jahr 2008 wird somit eine fundiertere Planung im Heimbereich und im Pflegekinderwesen möglich sein.

Das Projekt „Notbetten“ konnte im Auftrag der „Kommission Gemeinsame Planung Jugend- und Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft“ im Juni 2007 gestartet werden. Bei diesem Projekt handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr nach Hause getrauen. Für solche Fälle bieten die beiden Kantone nun in diversen stationären Jugendhilfeeinrichtungen kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten an. Unter der Homepage [www.notbetten.ch](http://www.notbetten.ch) können sich Direktbetroffene sowie Fachstellen über das Angebot informieren

Im Bereich Adoption wurden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, dass ab 1. Januar 2008 für die vorgeschriebenen Abklärungen und Bewilligungen zur Aufnahme eines Kindes zwecks Adoption Gebühren erhoben werden können. Bei der Höhe der Gebühren lehnt sich der Kanton Basel-Stadt an die in der übrigen Schweiz übliche Praxis an.

Die kantonalen Schulheime waren dank grosser Nachfrage nach Plätzen sehr gut ausgelastet.

### **Abteilung Tagesbetreuung**

Zur Umsetzung des neuen verfassungsmässigen Grundrechts auf familienergänzende Tagesbetreuung wurde das Angebot an mitfinanzierten Plätzen in Partnerschaft mit den privaten Trägerschaften



weiter ausgebaut. Die Anzahl Vermittlungen nahm stark zu, die Abläufe wurden optimiert, um frühzeitig Anpassungen beim Angebot vornehmen zu können. Die wachsende Anzahl von Institutionen führt zu einem zunehmenden Aufwand bei der Aufsicht.

Mit der neuen Kantonsverfassung wird der Auftrag verdeutlicht, Kinder zu fördern und zu integrieren. Im Rahmen der Qualitätssicherung wurde ein verstärktes Augenmerk auf das Bildungspotenzial in der Tagesbetreuung gerichtet. Zusammen mit dem Beauftragten für Integration und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurden Grundlagen erarbeitet, damit auch Kinder mit einer Behinderung in den Tagesheimen betreut werden können.

	2007	2006	2005
Anzahl Plätze in subventionierten Tagesheimen	1'143	1'080	1'051
Anzahl Kinder in subventionierten Tagesheimen (Stichtag)	1'625	1'514	1'484
Anzahl Kinder mit Elternbeitragsergänzungen in nicht-subventionierten Tagesheimen	173	126	107
Anzahl Kinder in Tagesfamilien	178	173	163
<b>Total Kinder in vom Kanton mitfinanzierten Tagesheimen oder Tagesfamilien</b>	<b>1'976</b>	<b>1'813</b>	<b>1'754</b>
Vermittelte Kinder	575	420	... <sup>1</sup>
Kinder mit Betreuungsbeiträgen	126	77	57

#### Kommentar

1 Die Vermittlungsstelle ist erst seit 2006 beim Kanton Basel-Stadt.

Die neue Kantonsverfassung sieht vor, dass die Behörden die Quartierbevölkerung in die Meinungs- und Willensbildung einbeziehen muss, wenn Quartierbewohnerinnen und -bewohner von Vorhaben besonders betroffen sind. Gemäss Leitfaden zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung (vgl. [www.quartierarbeit.bs.ch](http://www.quartierarbeit.bs.ch)) wirkt die staatliche Kontaktstelle für Quartierarbeit dabei als Triagestelle innerhalb der Verwaltung.

**6.2.3 Finanzdepartement**

FD-401	Departementssekretariat	238
FD-403	Finanzverwaltung	240
FD-404	Steuerverwaltung	242
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	244
FD-406	Zentrale Informatik-Dienststelle	246
FD-407	Rechnungswesen / Controlling	249
FD-409	Zentraler Personaldienst	251

## Departementssekretariat

FD-401

Das Departementssekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Departementssekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzrechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltsführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes (u.a. Prüfung nach §55 Finanzhaushaltsgesetz FHG). Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Informatik, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Departementssekretariat administrativ angegliedert ist die Steuerrekurskommission.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Rekurskommissionen	7.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Stabsleistungen FD	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2007 befasste sich das Departementssekretariat mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählten die Verwaltungsreorganisation aufgrund der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung, die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), die neue Berichterstattung an den Grossen Rat sowie im Personalbereich das Pilotprojekt „Come back“. Hinzu kam die Mitwirkung bei den beiden Grossprojekten „Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“ sowie „Neuordnung Kanton/Einwohnergemeinden (NOKE)“.

### Stabsleistungen FD

**Verwaltungsreorganisation** Das Departementssekretariat nimmt die Koordinationsfunktion bei den Arbeiten im Zusammenhang mit der Verwaltungsreorganisation innerhalb des Finanzdepartements wahr. Das Finanzdepartement selbst ist von der Reorganisation nur am Rande betroffen, denn es übernimmt lediglich die Telefonzentrale, die bisher im Justizdepartement angesiedelt war.

**Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)** Im 2007 standen intensive Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf das Inkrafttreten der NFA an, die termingerecht abgeschlossen werden konnten.

**„Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“** Der Projektfortschritt verläuft nach Plan; die im Projekt bisher angelaufenen Kosten entsprechen der ursprünglichen Planung.

**„Neuordnung Kanton/Einwohnergemeinden (NOKE)“** Nachdem das Stimmvolk im September 2007 der Kommunalisierung der Primarschulen zugestimmt hat, konnte die ab 2008 geltende Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden abschliessend vereinbart werden. Das neue Finanz- und Lastenausgleichs-Gesetz trat per 1.1.2008 in Kraft.

**Neues Berichtswesen an den Grossen Rat** Die Koordinations-, Unterstützungs- und Überwachungsarbeiten bei der Umsetzung des neuen Berichtswesens an den Grossen Rat (Budget und Jahresbericht) wurden fortgeführt.

**Pilotprojekt „Come back“** Das Pilotprojekt „Come back“ wurde im Jahr 2006 im gesamten FD erfolgreich eingeführt. Mit der steigenden Akzeptanz der Reintegrationsunterstützung hat die Beanspruchung des freiwilligen Angebotes durch Mitarbeitende und Führungskräfte, die sich in einer schwierigen gesundheitlichen Situation befinden, stetig zugenommen. Dank der Unterstützung durch

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	17.7	17.8	18.8	18.9	
Auszubildende Lehrlinge	Anz	12	10	8	7	5 <sup>1</sup>
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse (Behandlung im GR)	Anz	17	29	15	24	26 <sup>2</sup>
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	135	148	182	137	145

**Kommentar**

- 1 KV-Lernende, Informatiker sowie ab 2006 inklusive Attest-Lehrstellen.
- 2 Motionen, Anzüge, Kleine Anfragen, Interpellationen, Planungsaufträge, Planungsanzüge, Budgetpostulate.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'476.2	2'545.4	2'648.8	-69.3	-2.7
31 Sachaufwand	2'942.1	3'524.7	3'338.4	-582.6	-16.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>5'418.3</b>	<b>6'070.2</b>	<b>5'987.2</b>	<b>-651.9</b>	<b>-10.7</b>
43 Entgelte	-249.4	-100.0	-337.8	-149.4	-149.4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-249.4</b>	<b>-100.0</b>	<b>-337.8</b>	<b>-149.4</b>	<b>-149.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'168.9</b>	<b>5'970.2</b>	<b>5'649.4</b>	<b>-801.3</b>	<b>-13.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Rekurskommissionen	169.4	284.5		-115.1	-40.4
Stabsleistungen FD	4'999.4	5'685.7		-686.2	-12.1
5 Ausgaben Investitionen	0.0	43'500.0	0.0	-43'500.0	-100.0
6 Einnahmen Investitionen	0.0	-300.0	0.0	300.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>43'200.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-43'200.0</b>	<b>-100.0</b>

spezialisierte Fachpersonen konnten im Hinblick auf die Reintegration an den Arbeitsplatz sowie die Vermeidung von Invalidität im FD bereits einige massgebende Erfolge erzielt werden.

## Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Zinskompetenzzentrum des Kantons. In dieser Funktion ist sie für die Verwaltung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Gewährung und Bewirtschaftung von Krediten in verschiedenen Formen (hauptsächlich Hypotheken). Diese Dienstleistungen bietet sie auch kantonsnahen öffentlich-rechtlichen Institutionen und Stiftungen an.

Ein weiterer Schwerpunkt bilden die Finanzdienstleistungen für die gesamte kantonale Verwaltung und für das Finanzdepartement (Zahlungsverkehr und Rechnungswesen), sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Ökonomie und im Bereich Informatik und Organisation.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Interne Finanz- und Beratungsdienstleistungen	8.2 Zentrale Finanzdienste

## Tätigkeiten und Projekte

Das Geschäftsjahr 2007 war für die Finanzverwaltung durch grössere organisatorische Veränderungen geprägt. Zuerst ist dabei die Fusion der Dienststellen *Finanzverwaltung* und *Rechnungswesen und Controlling* per 1. Februar 2007 zu nennen. Mit der Zusammenlegung konnten die gesamt-kantonalen Finanzdienstleistungen einfacher strukturiert werden und sind nun für Aussenstehende klarer verständlich. Durch die nähere Zusammenarbeit der einzelnen Teilbereiche und den besseren Informationsfluss konnten Effizienzsteigerungen erreicht werden. Um die Vergleichbarkeit mit dem Budgetbericht zu gewährleisten, werden die Informationen zu Tätigkeiten und Projekten sowie die Indikatoren und Finanzzahlen aber noch in der alten Struktur dargestellt.

Im Bereich Kredite wurde das Mandat Hypotheken der PKBS per 1. Oktober 2007 an diese zurückgegeben, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bereichs wurden von der PKBS übernommen.

### Interne Finanz- und Beratungsdienstleistungen

**Vorbereitung PK-Ausfinanzierung** Im Bereich der Schuldenbewirtschaftung wurde die Ausfinanzierung der Pensionskasse vorbereitet. Dazu sind Mittel von knapp CHF 1.4 Mrd. notwendig, die über eine gute Liquiditätsplanung, die Vorbereitung einer Kapitalmarktanleihe und kurzfristige Darlehensvereinbarungen mit der PK bereitgestellt werden mussten.

**Neupositionierung Vermögensverwaltung für Dritte** Der Bereich Vermögensverwaltung für Dritte wurde noch stärker auf Zinsprodukte konzentriert. Neben der bereits erwähnten Rückgabe des Mandats Hypotheken an die PKBS wurden per Ende Jahr zwei gemischte Mandate abgegeben. In den verbleibenden Mandaten werden nun nur noch Liquidität und Obligationen verwaltet. Durch die Konzentration auf Zinsprodukte können die Synergie-Effekte zur Schuldenbewirtschaftung weiterhin realisiert werden.

**Aufbau CEFIS (Center für Finanz-Support) im Finanzdepartement** Der Aufbau des CEFIS für das Finanzdepartement konnte weitgehend umgesetzt werden.

**Fachstelle für Informatik und Organisation** Die Fachstelle konnte die Informatik-Konferenz bei der Erarbeitung einer Informatik-Strategie unterstützen, die in der Folge vom Regierungsrat beschlossen wurde. Die neue Informatik-Strategie soll dazu beitragen, dass die Leistungen des Kantons im e-Government-Bereich verbessert werden, die Informatik vermehrt die Prozesssicht in den Vordergrund stellt und Geschäftsprozesse effizient und wirtschaftlich unterstützt.

**Berichtswesen GR** Für den neuen Jahresbericht sowie den künftigen Budgetbericht wurde ein neues, web-basiertes Redaktionssystem bereitgestellt, das es den Departementen und Dienststellen erlaubt, Budget und Jahresbericht ihres Bereichs samt Abweichungsbegründungen dezentral zu erfassen. Mit demselben System können aber auch alle übrigen Kapitel des Jahresberichtes erstellt und in einer einheitlichen Druckvorlage zusammengefasst werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.3	18.3	15.6	19.2	20.1
Finanzierungskosten	%	3.2	3.7	4.02	4.11	4.09 <sup>1</sup>
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	3'150	4'319	4'280	6'396	6'401 <sup>2</sup>
Dienststellen, die Dienstleistungen vom CEFIS beziehen	Anz	8	6			<sup>3</sup>

**Kommentar**

- 1 Durchschnittlicher Zinssatz der konsolidierten Schulden des Kantons.
- 2 Jahresendwerte, ab Juli 2005 ohne Aktienmandat der Pensionskasse Basel-Stadt.
- 3 Beginn CEFIS 1.7.2006.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'948.6	3'097.0	2'553.6	-148.5	-4.8
31 Sachaufwand	1'287.6	641.1	470.2	646.5	100.8 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.2	0.0	0.0	0.2	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'236.4</b>	<b>3'738.2</b>	<b>3'023.8</b>	<b>498.2</b>	<b>13.3</b>
43 Entgelte	-2'134.5	-1'893.7	-2'509.7	-240.8	-12.7 <sup>3</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'134.5</b>	<b>-1'893.7</b>	<b>-2'509.7</b>	<b>-240.8</b>	<b>-12.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'101.9</b>	<b>1'844.5</b>	<b>514.1</b>	<b>257.5</b>	<b>14.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Interne Finanz- und Beratungsdienstleistungen	2'102.0	1'844.5		257.5	14.0

**Kommentar**

- 1 Rückstellung Zeitguthaben TCHF 175, zusätzliche ZID-DL TCHF 75, mehr Bankspesen TCHF 45, Umzugskosten TCHF 40, externe DL Fachstelle Informatik und Organisation TCHF 128 an Dritte weiterverrechnet (siehe unten).
- 2 Bereitstellung Redaktionssystem TCHF 190. Aufgrund personeller Engpässe musste ein grösserer Teil durch externe Dienstleister erstellt werden. Der Mehraufwand wird durch weniger Personalaufwand in den Dienststellen Finanzverwaltung und Rechnungswesen und Controlling kompensiert.
- 3 Weiterverrechnung externe DL TCHF 128, neue DL-Verträge im CEFIS für IBS und ZPD TCHF 100.

**Ökonomische Beratung** Bei der Totalrevision des Pensionskassengesetzes und bei der Steuergesetzrevision (Steuerpaket) leistete die Finanzverwaltung einen substantiellen Beitrag im Bereich ökonomische Beratung. Neben Systemfragen waren in beiden Fällen auch die finanziellen Auswirkungen der Revision abzuschätzen.

## Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	8.1 Steuererhebung
Erhebung der periodischen direkten Steuern	8.1 Steuererhebung

## Tätigkeiten und Projekte

In den Jahren 2001 bis 2006 wurden alle Informatiksysteme der Steuerverwaltung erneuert und mit dem Projekt RATIO wurde die Arbeit bei der Bearbeitung einfacher Steuerfälle so weit als möglich automatisiert. Die Umstellung auf die mehrheitlich elektronische Bearbeitung der Steuerfälle hat sich bewährt. Im Jahr 2007 wurden noch Restarbeiten durchgeführt und das Projekt RATIO konnte erfolgreich innerhalb des Budgets abgeschlossen werden. Das neue Projekt Lohnmeldepflicht, in dem die Verarbeitung aller Lohnmeldungen der Arbeitgeber konzipiert und umgesetzt wurde, konnte von den neuen Systemen stark profitieren. Bisher wurden mehr als 235'000 Lohnmeldungen baselstädtischer Arbeitgeber verarbeitet; ein Teil davon wurde an andere Kantone weitergeleitet, rund 86'000 Meldungen konnten den Steuerpflichtigen zugeordnet werden. Die Vorarbeiten zur Integration der Quellensteuer in die bestehenden Informatik-Systeme waren erfolgreich und die Produktivsetzung Anfang 2008 und damit die Ablösung der bisherigen Insellösung, wird möglich sein. Auch an der neu integrierten Verlustscheinbewirtschaftung wurde intensiv gearbeitet, so dass die produktive Einführung auf Mitte 2008 geplant wird.

Im Bereich Rechtsetzung war das Jahr 2007 geprägt durch die Ausarbeitung der Gesetzesvorlage zum Steuerpaket und zu weiteren Gesetzesrevisionen (Ablösung kantonale AHV, Neuregelung der Steuerhoheiten zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden, diverse Anpassungen des Steuergesetzes an das Bundesharmonisierungsgesetz).

### Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern

Verschiedene Erhebungen und Vergleiche zwischen den Liegenschafts-Steuerwerten und den Verkehrswerten wurden durchgeführt.

Eine neue wertvolle Unterstützung stellt die in die Systeme integrierten Funktionen zur administrativen Bearbeitung von Erlassgesuchen dar.

### Erhebung der periodischen direkten Steuern

Die interne Reorganisation der Abteilung Natürliche Personen konnte mehrheitlich umgesetzt werden. Aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen wird sich die angestrebte Qualitätssicherung und eine Verbesserung bei der Revisionstätigkeit erst in Zukunft auswirken. Das mit dem Projekt RATIO eingeführte Regelwerk zur Bearbeitung einfacher Steuerfälle wurde weiter verfeinert. Ab dem Steuerjahr 2007 wird es möglich sein, gezielte Schwerpunktprüfungen vorzunehmen.

Im Bereich der Juristischen Personen wurde an der Konzeption der neuen, besser integrierten Informatiklösung mitgearbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	204.1	206.1	215.1	213.0	221.1 <sup>1</sup>
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	9'839	9'681	10'487	10'318	10'201
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	126'350	126'452	129'307	129'861	129'901
Einsprache-Entscheide	Anz	1'540	1'415	1'578	1'400	1'438
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'325	1'230	1'319	1'632	1'350

**Kommentar**

1 Ist-Headcount 2005 effektiv 210.7: Abweichung aufgrund Stichtag 1.1. des Folgejahres.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	29'304.9	28'396.1	28'722.5	908.8	3.2 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	8'777.6	5'701.3	5'867.8	3'076.2	54.0 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>38'082.4</b>	<b>34'097.4</b>	<b>34'590.2</b>	<b>3'985.0</b>	<b>11.7</b>
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-8'779.0	-5'081.9	-6'498.4	-3'697.1	-72.8
<b>4 Ertrag</b>	<b>-8'779.0</b>	<b>-5'081.9</b>	<b>-6'498.4</b>	<b>-3'697.1</b>	<b>-72.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>29'303.4</b>	<b>29'015.5</b>	<b>28'091.8</b>	<b>287.9</b>	<b>1.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	3'572.6	3'169.5		403.1	12.7
Erhebung der periodischen direkten Steuern	25'730.8	25'846.0		-115.2	-0.4
5 Ausgaben Investitionen	1'236.8	0.0	800.7	1'236.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>1'236.8</b>	<b>0.0</b>	<b>800.7</b>	<b>1'236.8</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- Der Ausgleich der Lohnteuering von 0,9% sowie die Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen wurden zentral budgetiert. Die budgetierte Einsparungsvorgabe aus ordentlichen Fluktuationen konnte im 2007 nicht eingehalten werden.
- Die Überschreitung entstand hauptsächlich durch die erstmalige Bildung von Rückstellungen für Zeitguthaben der Mitarbeitenden. Im Bereich IT und Telefonie (Callcenter) sowie bei den Unterhaltskosten entstanden nicht budgetierte Zusatzaufwendungen, die aber durch höhere Entgelte vollständig kompensiert wurden.



## Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Liegenschaftsbewirtschaftung	8.2 Zentrale Finanzdienste
Wahrung der Eigentümerinteressen	8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste

## Tätigkeiten und Projekte

Die interne Aufbauphase mit Neustrukturierung der Dienststelle und interner Prozessentwicklung konnte abgeschlossen und konsolidiert werden. Die standardisierten Prozesse und das interne Kontrollsystem (IKS) wurden weiterentwickelt und erweitert. Auf Mitte 2007 wurde eine Namensänderung von Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr (ZLV) zu Immobilien Basel-Stadt vollzogen. Dieses komplexe Projekt mit gleichzeitiger Anpassung von diversen Drucksachen, Beschriftungen, Beschilderungen und Internettextran konnte erfolgreich umgesetzt werden. Für die neuen Aufgaben des Portfoliomanagements im Finanzvermögen (Unterstützung Stadtwohnen, Projektentwicklungen), der Raumbewirtschaftung (interne Mieten ab Anfang 2008) und der Vermietung der Universitätsliegenschaften wurden Know-how und Ressourcen aufgebaut.

Zusätzlich zu den geplanten Aktivitäten mussten zwei weitere Grossprojekte bewältigt werden. Im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Liegenschaft kam es zu Vorwürfen betreffend der bestehenden Mietzinse. In einer Untersuchung durch das Finanzdepartement und externe Fachexperten wurde im März 2007 festgestellt, dass die ZLV die Mietzinspolitik ihrer Mandatsgeber korrekt umgesetzt hat und professionell arbeitet. Beim Absturz eines Kleinflugzeugs auf eine Liegenschaft im Juli 2007 wurde das Krisenmanagement von Immobilien Basel-Stadt stark gefordert. Die Evakuierung und Unterbringung von vierzig Haushalten mit vorwiegend älteren Bewohnern, deren Unterstützung bei Umzug, Ersatzwohnung und Versicherungsfragen, die dringliche Sanierung des Gebäudes und die Kommunikation mit den Medien verursachten in allen Geschäftsbereichen einen enormen Zusatzaufwand. Dieser Unglücksfall konnte erfolgreich bewältigt werden.

### Liegenschaftsbewirtschaftung

**Immobilienstrategie** Für das Finanzvermögen wurde eine Immobilienstrategie erarbeitet und vom Regierungsrat verabschiedet. Ein zentrales Element ist die Unterstützung des Politikschwerpunkts Stadtwohnen durch die Immobilien des Finanzvermögens. Dafür wurde ein Konzept erarbeitet, dessen Umsetzungsplanung in Erarbeitung ist. Die Bewertungen der Immobilien des Finanzvermögens wurden weiter verfeinert, die Portfolioanalysen vertieft und ein Reporting eingeführt. Die Sanierung der Wohnsiedlung Bäumlihof, die ein wichtiges Projekt des Stadtwohnens darstellt, wurde gestartet und ist auf Kurs.

### Wahrung der Eigentümerinteressen

**Zentrale Raumdienste ZRD** Mit dem Projekt Zentrale Raumdienste (ZRD) wird ein modernes Immobilienmanagement in unserem Kanton aufgebaut. Die Projektarbeiten sind weit fortgeschritten und die Vorbereitungen zur Einführung von internen Mieten für die Dienststellen der Verwaltung per Anfang 2008 konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die internen Raumdaten liegen in guter

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	66.5	61.5	59.7	60.6	56.0	1
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	26.8	24.7	24.3	23.9	23.6	2
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.8	5.8	5.9	6.0	6.6	3
Investitionsquote Finanzvermögen	%	2.5	2.2	2.5	3.2	3.2	4

**Kommentar**

- 1 Gesamte Immobilien Basel-Stadt inklusive Parkhäuser Basel-Stadt.
- 2 Der Anstieg rührt von neu abgeschlossenen sowie angepassten Baurechtsverträgen
- 3 Die Bruttorendite bezieht sich auf die Brutto-Soll-Erträge im Verhältnis zum Marktwert
- 4 Die Investitionsquote bezieht sich auf die Investitionen im Verhältnis zum Marktwert

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
30 Personalaufwand	5'747.1	5'810.5	4'993.5	-63.4	-1.1	
31 Sachaufwand	3'493.4	1'738.4	1'910.8	1'755.0	101.0	1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9'240.5</b>	<b>7'548.9</b>	<b>6'904.3</b>	<b>1'691.6</b>	<b>22.4</b>	
43 Entgelte	-9'531.2	-7'573.0	-7'381.3	-1'958.2	-25.9	2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-9'531.2</b>	<b>-7'573.0</b>	<b>-7'381.3</b>	<b>-1'958.2</b>	<b>-25.9</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-290.7</b>	<b>-24.1</b>	<b>-477.1</b>	<b>-266.6</b>	<b>...</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Liegenschaftsbewirtschaftung	-1'733.1	-1'380.5		-352.7	-25.5	
Wahrung der Eigentümerinteressen	1'442.5	1'356.4		86.1	6.3	
5 Ausgaben Investitionen	889.6	0.0	1'561.6	889.6	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>889.6</b>	<b>0.0</b>	<b>1'561.6</b>	<b>889.6</b>	<b>...</b>	

**Kommentar**

- 1 Die höheren Sachkosten sind einerseits auf einmalige Aufwendungen im Bereich des Portfoliomanagements (Immobilientransaktionen) und andererseits auf die Aufgabenausweitungen bei den Mandaten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) und des Finanzvermögens (FV) sowie auf die generell gewachsenen Portfoliobestände zurück zu führen. Sämtliche Mehrkosten können durch gesteigerte Erträge vollumfänglich gedeckt werden.
- 2 Die gesteigerten Erträge sind auf die Aufgabenausweitungen beim Finanzvermögen und der PKBS sowie auf generell gewachsene Portfolios zurück zu führen. Ein Teil der Einnahmen sowie auch der Kosten hat einmaligen Charakter und stammt von Immobilientransaktionen.

Qualität vor und die internen Mietverträge sind unterzeichnet. Diese Daten bilden für die Raumbewirtschaftung eine unverzichtbare Grundlage zur Vorbereitung von RV09. Die strategische Raumplanung und die Standortverschiebungen aufgrund der neuen Departementsstrukturen stellen angesichts des knappen Zeitplans eine grosse Herausforderung dar, sind aber auch eine grosse Chance zur Optimierung der Raumbelastung.

## Zentrale Informatik-Dienststelle

FD-406

Die Zentrale Informatik-Dienststelle (ZID) ist zuständig für die Bereitstellung geeigneter und genügender Rechnerleistungen, die Sicherstellung einer ausfallsicheren und hochverfügbaren zentralen Infrastruktur, die Pflege des kantonalen Datennetzes, für den Aufbau und Betrieb des kantonalen Datenmarktes sowie Pflege einzelner Datenbestände, für die Erstellung und Pflege zentraler Applikationen, für den Betrieb der Telefonzentrale und des Mailsystems.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Informatik-Betrieb	8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Informatik-Datendienste	8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Informatik-Infrastruktur	8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr 2007 befasste sich die ZID schwergewichtig mit Infrastruktur-Vorhaben, die Voraussetzung für den Informatik-Betrieb und die Datendienste sind.

### Informatik-Betrieb

**Optimierung der Betriebsabläufe und Effizienzsteigerung** Schwerpunkte der Tätigkeiten im 2007 waren die Optimierung der Betriebsabläufe und die Effizienzsteigerung. Mittels diverser Massnahmen konnten bei den Kosten und Betriebsabläufen wiederum ein paar wichtige Meilensteine erreicht werden. Mit einem neuen zentralen Datenspeichersystem konnte eine markante Optimierung des Kosten/Nutzen-Verhältnisses bei massiv besserer Leistung erreicht werden. Zukunftsorientierte Wege geht die ZID auch bei der Virtualisierung von Server- und Systemhardware im Windowsbereich. Alle geeigneten Server werden sukzessive in die neue Serverinfrastruktur überführt, was zu schnelleren und effizienteren Betriebsabläufen, besserer Auslastung der Systeme sowie Einsparungen bei künftigen Hardwarebeschaffungen führt. Ende des Jahres wurde der erste Taperoboter nach zehnjährigem Einsatz durch einen neuen Hochleistungsroboter ersetzt. Dies erlaubt der ZID die sichere und effiziente Datensicherung trotz permanentem Datenzuwachs von durchschnittlich 38% pro Jahr. In Sachen Optimierung von Betriebsabläufen konnte das Service-Desk Tool der ZID der IT des Erziehungsdepartement zur Verfügung gestellt werden. Seither erfolgt die betriebliche Zusammenarbeit (Störungen, Aufträge, Anfragen) zwischen ZID und ED rascher und ohne Verzögerung durch Medienbrüche.

### Informatik-Datendienste

**Ausbau Kantonalen Datenmarkt** Im 2007 war vorgesehen, mindestens zwei weitere Dienststellen an den Datenmarkt anzuschliessen. Mit den Immobilien Basel-Stadt, den Bevölkerungsdiensten und der Stadtgärtnerei konnten drei Dienststellen an den kantonalen Datenmarkt angeschlossen werden: Die Immobilien Basel-Stadt beziehen neu sämtliche Liegenschaften im Staatseigentum via Services aus dem kantonalen Datenmarkt. Die Bevölkerungsdienste und Migration beziehen für ihr Infodesk-System Personen-, Adress-, Fahrzeug-, Halter-, und Betreibungsdaten aus dem kantonalen Datenmarkt. Auch die Stadtgärtnerei bezieht die von ihr benötigten Personen- und Adressdaten aus dem kantonalen Datenmarkt.

**Ausbau PRINS (Produkt Informationssystem Basel-Stadt)** Es erfolgte kein weiterer Ausbau von PRINS, da diese Anwendung per Ende 2007 durch das neue Redaktionssystem „Skriptorium“ abgelöst wurde.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	82.78	82.2	82.8	85.0	1
Netzanschlüsse am Kantonsnetz (DANEBS)	Anz	8'082	7'953	7'153	6'363	5'984
Verfügbarkeit Kantonsnetz (DANEBS)	%	99.94	99.95	99.8	99.8	99.8
Anzahl Benutzer/-innen kantonaler Datenmarkt	Anz	4'500	3'500	3'500	2'500	1'500
Verfügbarkeit kantonaler Datenmarkt	%	99.99	99.89			2

**Kommentar**

- 1 Headcount 2007 gegenüber 2006 + 1 Stelle für e-Government Anforderungen.
- 2 Neue Kennzahl, daher noch keine Ist-Werte für 03/04/05.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	12'672.9	12'954.7	12'559.5	-281.8	-2.2
31 Sachaufwand	9'093.9	9'095.5	7'532.2	-1.6	0.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>21'766.8</b>	<b>22'050.2</b>	<b>20'091.7</b>	<b>-283.4</b>	<b>-1.3</b>
42 Vermögenserträge	-26.6	-22.0	-25.4	-4.6	-20.8
43 Entgelte	-10'744.9	-11'249.0	-10'723.0	504.1	4.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-10'771.4</b>	<b>-11'271.0</b>	<b>-10'748.5</b>	<b>499.5</b>	<b>4.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>10'995.3</b>	<b>10'779.2</b>	<b>9'343.2</b>	<b>216.1</b>	<b>2.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Informatik-Betrieb	2'517.3	2'268.4		248.9	11.0
Informatik-Datendienste	3'848.5	3'814.4		34.2	0.9
Informatik-Infrastruktur	4'629.5	4'696.5		-66.9	-1.4
5 Ausgaben Investitionen	4'172.7	0.0	3'492.1	4'172.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>4'172.7</b>	<b>0.0</b>	<b>3'492.1</b>	<b>4'172.7</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Zwei grössere, geplante Entwicklungsprojekte konnten leider nicht realisiert werden. Daraus resultiert der vorliegende Minderertrag. Dieser wurde mit tieferen Sachkosten kompensiert.

**Informatik-Infrastruktur**

**Neues, erdbebensicheres Rechenzentrum** Das Vorprojekt mit dem Ziel, den politischen Instanzen den erforderlichen Ratschlag zu unterbreiten, konnte Ende 2007 abgeschlossen werden. Der Ratschlag wird voraussichtlich im ersten Quartal 2008 an die Regierung weitergeleitet.

**OCS (Oracle Collaboration Suite)** Die Vorbereitungen für die geplante technische Migration auf OCS Version 3.0 konnte im 2007 abgeschlossen werden. Die eigentliche Migration aller OCS-Benutzer erfolgte Mitte Januar 2008.

**Ausbau Daten-Netzwerk Basel-Stadt (DANEBS)** Trotz des Projektes „Ablösung DANEBS Backbone“ konnten diverse Umbauten von lokalen Netzwerken realisiert werden. Die Leistungsfähigkeit des DANEBS wurde den gestiegenen Bedürfnissen angepasst.

**Ablösung DANEBS Backbone** Die in die Jahre gekommenen Core-Switches im DANEBS wurden termingerecht und erfolgreich ersetzt. Der neue Backbone erlaubt bei Bedarf eine Erhöhung der Bandbreite um einen Faktor 10 (bis 10 Gigabit/Sekunde).

**Aufbau einer zentralen Authentisierungsinfrastruktur** Bedürfnisanalysen haben gezeigt, dass die heutigen Anforderungen noch mit einfachen, kostengünstigen Mitteln abgedeckt werden können. Im 2007 konnten die Teilprojekte „Intranet for Extranet“, „Remote Access“, „Remote Access für Supportfirmen“ erfolgreich eingeführt werden.

**Ausbau PKI Infrastruktur (Public Key Infrastructure)** Die 2006 erstellte Infrastruktur wurde zusammen mit dem Bund zu einer gesamtkantonalen PKI-Infrastruktur ausgebaut. Mit mehr als 1'000 Zertifikaten konnte der Rollout der PKI-Zertifikate für die Bundesapplikationen erfolgreich abgeschlossen werden. Damit verfügen bereits verschlüsselte Anwendungen nun auch über die geforderte Vertraulichkeit bezüglich der Benutzer.

**Basis05 (Basler Mitarbeiter/innen Informations-System)** Im 2007 wurde die Datenbasis mit Raumdaten, sofern verfügbar, ergänzt. Weiter wurden die Telefonvermittlung (Auskunft) integriert und die PKI-Verbindung zum Bund ergänzt.

## Rechnungswesen / Controlling

FD-407

Die Dienststelle ist zuständig für die Koordination und die Weiterentwicklung des Rechnungswesens und Controllings (RWC) sowie des Risikomanagements. Die gesamtstaatlichen periodischen Rechnungsabschlüsse, die Budgetierung, die Finanz- und Investitionsplanung, das Risikomanagement, die Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen, das finanzielle Berichtswesen, die betriebswirtschaftliche und finanzpolitische Beratung sowie die Durchführung von Projekten im Finanzbereich werden effizient und in hoher Qualität abgewickelt.

Im Bereich SAP/MIS (Management Informationssystem): Technischer Betrieb und Weiterentwicklung des gesamtkantonalen SAP ERP (Enterprise Resource Planning) Systems mit sämtlichen eingesetzten Modulen sowie des Management Information Systems. Den Nutzern steht ein zweckmässiges System mit hoher Verfügbarkeit und einem hohen Integrationsgrad bezüglich den betriebswirtschaftlichen Prozessen zur Verfügung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Rechnungswesen- und Controlling Dienstleistungen	8.2 Zentrale Finanzdienste
SAP/MIS Betrieb und Entwicklung	8.2 Zentrale Finanzdienste

## Tätigkeiten und Projekte

Die Dienststelle Rechnungswesen und Controlling wurde per 1. Februar 2007 mit der Dienststelle Finanzverwaltung zusammengelegt (siehe Finanzverwaltung für weitere Ausführungen). Um die Vergleichbarkeit mit dem Budgetbericht zu gewährleisten, werden die Informationen zu Tätigkeiten und Projekten sowie die Indikatoren und Finanzzahlen aber noch in der alten Sturkur dargestellt.

Neben den Standardprozessen sind im 2007 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten in beiden Produktgruppen bearbeitet worden:

### Rechnungswesen- und Controlling Dienstleistungen

**Center für Finanz-Support (CEFIS) - Begleitung Departemente** Im Jahr 2007 hatte die Einführung und Weiterentwicklung der CEFIS in den Departementen einen grossen Stellenwert. Nachdem das Sicherheitsdepartement und das Finanzdepartement im 2006 ihre CEFIS eingeführt haben, sind im Jahr 2007 weitere Departemente und die Gerichte technisch und organisatorisch durch das RWC begleitet worden.

**Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)** Die Umsetzung der NFA im Kanton Basel-Stadt wurde durch eine zentrale Projektkoordination unter der Leitung des RWC und später der Finanzverwaltung begleitet. Dazu gehört insbesondere die Koordination der Erarbeitung des Ratschlages mit den notwendigen Gesetzesänderungen auf kantonaler Ebene sowie die Umsetzung der umfangreichen Änderungen im Budget 2008.

**Wirtschaftlichkeitsprüfungen** Im Jahr 2007 wurden die §55-Prüfungen für Investitionen und Subventionen neu durch das RWC bzw. die Finanzverwaltung durchgeführt (Transfer vom Departementssekretariat). Aufgrund der Fusion von RWC und Finanzverwaltung konnte diese Überführung allerdings nicht wie geplant per Jahresanfang, sondern erst ab April 2007 vorgenommen werden.

**Risikomanagement** Ressourcenbedingt konnte die Weiterentwicklung des Risikomanagements im Jahr 2007 noch nicht entsprechend angegangen werden. Durch eine umfassende und systematische Risikobetrachtung für die gesamte Kantonsverwaltung soll die Grundlage für ein effizientes und wirksames Versicherungsmanagement optimiert werden. Dabei gilt es auch die Wirksamkeit und Effizienz des Interenen Kontrollsystems zu analysieren und - falls nötig - zu verbessern.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.9	13.7	14.5	13.9	14.5 <sup>1</sup>
Anträge zur Aufnahme im Investitionsprogramm	Anz	109	107	112	105	125
SAP / MIS Nutzer/-innen	Anz	1'135	1'160	1'147	1'135	764
SAP / MIS Vollkosten pro Benutzer/-in	Fr	3'223	3'305	3'142	3'321	5'110

**Kommentar**

1 Reduktion aufgrund Transfer von Buchhaltungsressourcen an die Finanzverwaltung im Rahmen CEFIS.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	1'965.6	2'257.0	2'259.8	-291.4	-12.9
31 Sachaufwand	2'573.0	2'441.7	2'557.1	131.3	5.4 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'538.6</b>	<b>4'698.7</b>	<b>4'817.0</b>	<b>-160.1</b>	<b>-3.4</b>
43 Entgelte	-2'176.5	-2'047.4	-2'380.6	-129.1	-6.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'176.5</b>	<b>-2'047.4</b>	<b>-2'380.6</b>	<b>-129.1</b>	<b>-6.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'362.1</b>	<b>2'651.3</b>	<b>2'436.4</b>	<b>-289.2</b>	<b>-10.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Rechnungswesen- und Controlling Dienstleistungen	1'075.3	1'283.7		-208.4	-16.2
SAP/MIS Betrieb und Entwicklung	1'286.8	1'367.6		-80.8	-5.9
5 Ausgaben Investitionen	73.7	0.0	234.8	73.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>73.7</b>	<b>0.0</b>	<b>234.8</b>	<b>73.7</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

1 Davon Rückstellung Ferien- und Überzeitguthaben TCH 122.

**SAP/MIS Betrieb und Entwicklung**

**Kostenrechnungsstrukturen für RV09** Ein Schwerpunkt der Unterstützungsleistungen im Jahr 2007 waren die ersten Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit RV09. Für die anstehende Budgetierung mussten in SAP die entsprechenden Kostenrechnungsstrukturen eingerichtet werden.

**Optimierung des Management-Information-Systems** Mit der erfolgreichen Einführung von SAP-Businesswarehouse konnte eine Verbesserung und Optimierung des Management-Information-Systems erreicht werden. Dieses System kann nun auch für die Aufbereitung der finanziellen Kennzahlen für den neuen Jahresbericht zuhanden des Grossen Rates verwendet werden.

## Zentraler Personaldienst

FD-409

Für die Gesamtorganisation Basel-Stadt soll mit Hilfe entsprechender Konzepte und geeigneter Instrumente ein professionelles Personalmanagement gezielt gefördert und weiterentwickelt werden.

Durch eine kompetente Beratung der Personal- und Führungsverantwortlichen wird einerseits die korrekte Anwendung der gesetzlichen Grundlagen im Bereich Personalmanagement unterstützt, und andererseits für eine optimale Umsetzung der Vorgaben des Regierungsrates gesorgt.

Das Personalcontrolling auf gesamtstaatlicher Ebene, welches aus einheitlichen und damit vergleichbaren Kennzahlen besteht, dient der Steuerung der Ressourcen im Personalbereich. Damit wird ein Benchmarking zwischen anderen öffentlichen und privaten Organisationen ermöglicht.

Durch einen regelmässigen Austausch wird eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft angestrebt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zentrales Personalmanagement	8.3 Zentrale Personaldienste

## Tätigkeiten und Projekte

Beim Zentralen Personaldienst sind Projekte, die sich mit der Systempflege der Funktionsbewertung, Laufbahnförderung, Lehrstellenerhöhung, Case Management sowie der Einführung eines „Business Warehouse Human Resources“ befassen.

### Zentrales Personalmanagement

**Systempflege der Funktionsbewertung** Im Rahmen des Projektes „Systempflege der Funktionsbewertung“ wurde Ende Mai 2007 die 1. Phase wie geplant abgeschlossen. Sie beinhaltete die Überprüfung 50 bestehender Funktionen, nach dem Gehalt, Führung und Organisations-Kriterienkatalog. Im Juni wurde der Bericht der Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände (AGSt) zur Stellungnahme zugestellt. Im November erteilte der Regierungsrat, aufgrund des Berichtes und der Stellungnahme der AGSt, die Freigabe für die 2. Phase. Diese Phase dauert ca. zwölf Monate und umfasst die Überprüfung weiterer 130 Funktionen.

**Laufbahn** Der Regierungsrat hat am 9. Januar 2007 den Auftrag zur Umsetzung des Konzepts „Laufbahn bei BASEL-STADT“ gegeben. Ziel des Konzepts ist die gezielte Förderung von Leistungsträger/innen und Potenzialträger/innen, damit frei werdende Kaderstellen vermehrt mit eigenem Nachwuchs besetzt werden können.

Die Erstdurchführung startete im 2007 mit 14 Teilnehmenden aus dem Mittleren Kader. Im 2008 folgt die nächste Durchführung mit Teilnehmenden, die zurzeit noch keine Kaderfunktion haben.

Über den Erfolg des Programms wird im jährlichen Personalcontrolling berichtet.

**(Attest-) Lehrstellen-Offensive** Am 12. Juli 2005 beschloss der Regierungsrat auf Lehrbeginn 2006 und 2007 in der Verwaltung insgesamt 52 neue Lehrstellen in zweijährigen und ausgewählten dreijährigen Grundbildungen zu schaffen sowie weitere 26 auf Lehrbeginn 2008 anzustreben.

Seit dem Beginn der (Attest-)Lehrstellen-Offensive (ALO) wurden insgesamt 109 zusätzliche Lehrstellen geschaffen, 73 dieser Lehrstellen wurden aufgrund der Regelung über die Anschubfinanzierung durch den Krisenfonds finanziert. Die Ziele der ALO wurden damit um fast 50 % übertroffen. Die ALO wird deshalb per Ende 2008 abgeschlossen. Zur Sicherstellung der geschaffenen Lehrstellen werden die Ressourcen in die ordentlichen Budgets der Departemente eingestellt.

**Pilotprojekt Come back** Die Wirksamkeit der Einführung eines Case Management bei Krankheit/Unfall von Mitarbeitenden wird gegenwärtig im Rahmen des Pilotprojekts Come back erprobt. Der Pilotbetrieb wurde am 1.7.2006 mit einer Gruppe von 1'900 Mitarbeitenden aufgenommen. Er



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	30.1	26.0	22.6	24.8	1
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	83	100	75	75	
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	100	77	75	71	
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	80	87			

**Kommentar**

1 Die Budgetvorgabe von 29.1 HC wurde durch eine befristete Stelle für das Projekt Systempflege des Vergütungsmanagements nicht eingehalten

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	5'785.8	5'657.0	5'094.3	128.8	2.3
31 Sachaufwand	1'635.2	2'099.7	1'702.8	-464.5	-22.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>7'421.1</b>	<b>7'756.7</b>	<b>6'797.2</b>	<b>-335.6</b>	<b>-4.3</b>
43 Entgelte	-1'850.0	-1'839.0	-1'865.8	-11.0	-0.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'850.0</b>	<b>-1'839.0</b>	<b>-1'865.8</b>	<b>-11.0</b>	<b>-0.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'571.1</b>	<b>5'917.7</b>	<b>4'931.4</b>	<b>-346.6</b>	<b>-5.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Zentrales Personalmanagement	5'571.1	5'917.7		-346.6	-5.9
5 Ausgaben Investitionen	20.2	0.0	270.0	20.2	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>20.2</b>	<b>0.0</b>	<b>270.0</b>	<b>20.2</b>	<b>...</b>

endet am 31.12.2008. Die Pilotgruppe verteilt sich auf fünf Departemente und einen Betrieb. Zusammen stellen die involvierten Mitarbeitenden einen repräsentativen Querschnitt aller Angestellten beim Arbeitgeber BASEL-STADT dar.

Das Pilotprojekt wurde im Sommer 2007 einer ersten Evaluation unterzogen. Aus ihrer Durchführung gehen deutliche positive Trends hervor. Die Ziele können in der angestrebten Grössenordnung erreicht werden. Die Zufriedenheit der betroffenen Mitarbeitenden und der Führungsverantwortlichen, aber auch das Vertrauen in die angebotene Reintegrationsunterstützung ist hoch.

Der Regierungsrat hat die Ergebnisse der ersten Evaluation in Form eines Zwischenberichts erhalten.

**Einführung Business Warehouse Resources (BW HR)**

Da die Einführung des Business Warehouse im HRM-Bereich durch die strategische Planung SAP HR in das Jahr 2012 verschoben wurde, wurde als Übergangslösung ein Cockpitreport für Führungskräfte mit den wichtigsten Kennzahlen (Beschäftigungsstruktur Personen/Stellen, Fluktuation, Altersstruktur, Betriebszugehörigkeit, Kaderstruktur, Vollzeit/Teilzeit-Quote, Absenzen und Personalkosten) erstellt.

**6.2.4 Gesundheitsdepartement**

GD-701	Departementssekretariat	254
GD-702	Gesundheitsdienste	256
GD-706	Gesundheitsschutz	259
GD-709	Schlachthof	263
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	265
GD-730	Gesundheitsversorgung	267
GD-731	Universitätsspital Basel	270
GD-733	Felix Platter-Spital	273
GD-735	Universitäre Psychiatrische Kliniken	275

## Departementssekretariat

GD-701

Das Departementssekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Gesundheitsdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen sowie den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Departementssekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsdienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements. Das Departementssekretariat führt ausserdem die Administrationsarbeiten der Psychiatrie-Rekurskommission.

Internet: [www.gd.bs.ch](http://www.gd.bs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	7.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

### Nationale Gesundheitspolitik - Einführung SwissDRG

In der Wintersession 2007 haben die eidgenössischen Räte die Vorlage zur Spitalfinanzierung nach mehrjähriger Beratung verabschiedet. Die neuen Bestimmungen im Krankenversicherungsgesetz bringen folgende Neuerungen im Gesundheitswesen mit sich: die Einführung von sogenannten Fallpauschalen (SwissDRG), die Einführung des Vollkostenprinzips und der freien Spitalwahl sowie die Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Spitälern. Das Gesundheitsdepartement wird sich in den nächsten Jahren schwerpunktmässig mit der konkreten Umsetzung dieser Neuerung befassen.

Der Verein SwissDRG – der vom Departementsvorsteher präsiert wird – konnte im Berichtsjahr einige Teilprojekte erfolgreich abschliessen. Die Gründung der SwissDRG AG, welche den Auftrag hat, die Einführung und Weiterentwicklung der künftig schweizweit einheitlichen Tarifstruktur bis spätestens Ende 2011 sicherzustellen, stand am Ende des Berichtsjahres unmittelbar bevor.

### Hochspezialisierte Medizin (HSM)

Nach dem Scheitern der IVKKM (Interkantonale Vereinbarung zur Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin) hat der Vorstand der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) im Berichtsjahr 2007 in Zusammenarbeit mit einer GDK-internen Arbeitsgruppe einen neuen Entwurf zu einem Konkordat der Kantone über die Koordination der Konzentration der hochspezialisierten Medizin (HSM) gutgeheissen. Dieser soll am 14. März 2008 an einer ausserordentlichen Plenarversammlung der GDK verabschiedet und anschliessend durch die 26 Kantonsparlamente ratifiziert werden. Ziel ist das Inkrafttreten der interkantonalen Vereinbarung per 1. Januar 2009. Der Regierungsrat hat in seiner Vernehmlassungsantwort den GDK-Vorschlag ausdrücklich begrüsst.

### Rechtsetzung

Am 1. Februar 2007 wurde das vom Grossen Rat am 14. Dezember 2006 erlassene neue Gesetz betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) wirksam. Gestützt darauf erliess der Regierungsrat am 10. Juli 2007 eine neue (totalrevidierte) Hundeverordnung sowie am 7. August 2007 eine neue (totalrevidierte) Verordnung betreffend die Gebühren und Vergütungen des Kantonalen Veterinärarnamtes und des Schlachthofs Basel. Weitere im Berichtsjahr geänderte Verordnungen aus dem Gesundheitsdepartement sind die Verordnung über die Ausübung nicht-ärztlicher Medizinalberufe (13. März 2007), die Verordnung betreffend Gebühren für Berufsausübende im Gesundheitsbereich und für Bewilligungen für medizinische Institute und Spitäler sowie Alters- und Pflegeheime (20. März 2007) sowie die Verordnung zum Viehversicherungsgesetz (27. November 2007).

In der Berichtsperiode wurden 187 (2006: 228) Entbindungen von der ärztlichen Geheimhaltungspflicht an Medizinalpersonen im Betreibungsverfahren erteilt. In ca. 50 Fällen mussten andere Entbindungen von der ärztlichen Geheimhaltungspflicht erteilt werden, um Ärztinnen und Ärzten die

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.25	28.5	22.2	29.3	
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	176	222	260	245	198
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	13	16	19	23	17

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	3'858.0	4'311.0	3'767.6	-453.0	-10.5
31 Sachaufwand	1'694.5	2'031.5	1'508.8	-337.0	-16.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>5'552.5</b>	<b>6'342.5</b>	<b>5'276.4</b>	<b>-790.0</b>	<b>-12.5</b>
43 Entgelte	-142.1	-133.2	-167.0	-8.9	-6.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-142.1</b>	<b>-133.2</b>	<b>-167.0</b>	<b>-8.9</b>	<b>-6.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'410.4</b>	<b>6'209.3</b>	<b>5'109.3</b>	<b>-798.9</b>	<b>-12.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	475.6	524.2		-48.6	-9.3
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	4'934.8	5'685.1		-750.3	-13.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	35'000.0	0.0	-35'000.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>35'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-35'000.0</b>	<b>-100.0</b>

Möglichkeit zu geben, Forderungen vor Gericht oder andere Rechtsansprüche geltend machen zu können.

Involviert war der Rechtsdienst in mehrere Vernehmlassungsverfahren zu Handen des Bundes und des Kantons u.a. in die Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Obligationenrechts (Haftung für gefährliche Hunde), zur Parlamentarischen Initiative „Verbot von Pitbulls in der Schweiz“, Nationales Programm Ernährung und Bewegung und anderen.

Zu beschäftigen hatte sich das Departement mit 13 Rekursverfahren (Nichtbestehen der schriftlichen Prüfung in Komplementärmedizin, Hundeverfügungen (Maulkorb- und/oder Leinenzwang, Verbot der Haltung eines potentiell gefährlichen Hundes usw.), aufsichtsrechtliches Verfahren im Spitexbereich usw.). An das Strafgericht mussten sechs Verzeigungen wegen Zuwiderhandlungen gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften erstattet werden.

#### Kommissionen

Die *Prüfungskommission Komplementärmedizin* hat sich im Berichtsjahr in drei Sitzungen mit Fragen der Komplementärmedizin, insbesondere mit der Qualitätssicherung, und der Durchführung der Prüfungen in Komplementärmedizin befasst. Bereits zum siebten Mal wurde die schriftliche Prüfung gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft durchgeführt, wobei wiederum eine schweizerische Berufsorganisation aus dem komplementärmedizinischen Bereich Absolventinnen und Absolventen der entsprechenden Ausbildung die Prüfung ablegen liess.

Die *Zahnpflegekommission* konnte im Berichtsjahr 2007 auf die Durchführung einer Sitzung verzichten.

Der Bericht der *Psychiatrie-Rekurskommission* befindet sich im Kapitel „Gesonderte Berichte“.

## Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in vier Abteilungen (Kantonsärztlicher Dienst, Gesundheitsförderung und Prävention, Heilmittelwesen und Sucht) Dienstleistungen im Interesse einer gesunden Basler Bevölkerung.

Die Aufgaben des Kantonsärztlichen Dienstes beinhalten hoheitliche Funktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlage sowie konzeptionelle und operationelle Aufgaben und Beratungstätigkeiten im Rahmen des Themenbereichs öffentliche Gesundheit.

Die Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention erhält und fördert mit gezielten Aktivitäten die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ein. Er fördert die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und berät Eltern und Lehrkräfte in Fragen der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Abteilung Heilmittelwesen ist als Fachinstanz insbesondere zuständig für Heilmittelsicherheit und Qualitätssicherung. Dies sind im besonderen die pharmazeutischen Belange der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung, der Vollzug der Gesetzgebung über den Verkehr mit Heilmitteln und über die Betäubungsmittel, die Aufsicht über die pharmazeutischen Berufe und Heilmittelabgabestellen (Apotheken und Drogerien) sowie Bewilligungen im Fachbereich.

Die Abteilung Sucht sorgt dafür, dass ein adäquates Suchthilfeangebot zur Verfügung steht und effizient genutzt wird. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern, die den Ausstieg schaffen, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Internet: [www.gesundheitsdienste.bs.ch](http://www.gesundheitsdienste.bs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gesundheitsdienste	5.2 Gesundheitsdienste

## Tätigkeiten und Projekte

### Kantonsärztlicher Dienst

Unter Einhaltung des Zulassungsstopps für Ärztinnen/Ärzte wurden im Berichtsjahr 28 (2006: 28) Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Ärztin/Arzt erteilt. 2007 wurden 1'079 (1'005) Gesuche für Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisationen bearbeitet. Ende 2007 standen 914 (905) Personen in einem opioidgestützten Substitutionsprogramm. Wie die übrige Schweiz verzeichnete auch Basel-Stadt im Berichtsjahr eine Zunahme der Masernfälle auf 22 (0). Die Häufigkeit anderer Infektionskrankheiten blieb konstant. Mit Blick auf eine mögliche Grippepandemie wurden weitere Detailkonzepte erstellt und für den Fachbereich Gesundheit des Kantonalen Krisenstabs wurde ein neues Einsatzkonzept erarbeitet. In einer bikantonalen Krisen- und Katastrophenorganisation wurden Vorbereitungen auf die UEFA EURO 08 getroffen. Im Berichtsjahr wurden 851 (980) vertrauensärztliche Untersuchungen durchgeführt. Anfragen und Kontrollen wegen unsauberen Wohnungen, Ungeziefer und Ratten im öffentlichen Raum erfolgten im vergangenen Jahr in 569 Fällen (584). Auch 2007 stellte der Kantonsärztliche Dienst die medizinische Versorgung in den drei Gefängnissen sowie in den Kontakt- und Anlaufstellen sicher. In diesen wurden 239 (230) Konsultationen und in den Gefängnissen 789 (472) durchgeführt. Bei insgesamt 557 (683) Einsätzen musste der FFE-Pikettdienst im Berichtsjahr 346 (430) fürsorgliche Freiheitsentziehungen aussprechen.

### Gesundheitsförderung und Prävention

Im Schuljahr 2006/07 wurden vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst 4'233 (2006: 4'306) Kinder und Jugendliche untersucht. Es wurden 1'942 (1'963) Spezialuntersuchungen, Abklärungen und Beratungen durchgeführt. Bei 2'934 (3'068) Schülerinnen/Schülern wurden die vorhandenen Impfungen überprüft und bei Bedarf ein individuelles Impfangebot gemacht. 1'948 (1'938) Lehrlingsgesundheitsbeurteilungen wurden vorgenommen.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Gesundheitsförderungs- und Präventionskampagnen (z.B. zur Förderung gesunder Ernährung und Bewegung, zur Suchtprävention, zur Sexualerziehung und

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	52.9	50.9	46.6	45.8	
Auf dem Kantonsgebiet tätige Apotheken	Anz	69	69	73	73	72
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	28	28	34	18	21 <sup>1</sup>
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	148	174	135	138	125

**Kommentar**

1 Davon Praxisübernahmen mit Zahlstellenregistrierungsnummer (ZSR) 2005: 22, 2004: 8, 2003: 15.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	7'583.7	7'748.6	7'688.9	-164.9	-2.1
31 Sachaufwand	2'882.9	3'067.7	2'313.7	-184.7	-6.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	8.8	0.0	0.0	8.8	...
36 Eigene Beiträge	11'517.9	13'950.0	13'707.2	-2'432.1	-17.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>21'993.4</b>	<b>24'766.3</b>	<b>23'709.7</b>	<b>-2'772.9</b>	<b>-11.2</b>
42 Vermögenserträge	-11.4	-11.4	-11.4	0.0	0.0
43 Entgelte	-903.1	-662.9	-829.3	-240.2	-36.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'262.8	-1'535.0	-1'450.6	272.2	17.7 <sup>1</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'177.3</b>	<b>-2'209.3</b>	<b>-2'291.3</b>	<b>32.0</b>	<b>1.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>19'816.1</b>	<b>22'557.0</b>	<b>21'418.5</b>	<b>-2'740.9</b>	<b>-12.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gesundheitsdienste	19'816.1	22'557.0		-2'740.9	-12.2

**Kommentar**

1 Die Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an den Kontakt- und Anlaufstellen sind mit TCHF 150 unter dem Budget geblieben. Die Unterstützung der Multikulturelle Suchtberatungsstelle beider Basel (MUSUB) wird nicht über die Abteilung Sucht realisiert. Daher ist der Beitrag in Höhe von TCHF 120 aus dem Alkoholzehntel entfallen. Im Gegenzug fehlt der gleiche Betrag aber auch auf der Ausgabenseite auf Konto 36. Für das im September beendete Projekt „realize it“ sind höhere Beiträge des Bundes budgetiert worden. Demgegenüber hat sich das Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit TCHF 20.3 an dem Unterhalt der Geschützten Operationsstellen (GOPS) beteiligt und TCHF 25 aus dem Alkoholzehntel unterstützen das Projekt der Angebotsüberprüfung im Suchtbereich.

AIDS-Prävention) durchgeführt. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung fanden im letzten Jahr 150 (108) Informationsveranstaltungen statt.

**Heilmittelwesen**

Im Berichtsjahr wurde der Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen eine grosse Priorität eingeräumt. Die Inkraftsetzung neuer Verordnungen auf Bundesebene zog hohen Informationsbedarf der Rechtsbetroffenen (Firmen, Apotheken, Drogerien) nach sich. 2007 betrug die Zahl der Apotheken 69 (2006: 69). Die Anzahl der Drogerien belief sich auf 21 (21).

**Abteilung Sucht**

Unter Einbezug diverser Institutionen führte die Abteilung Sucht 2007 eine Angebotsüberprüfung und Bedarfsabklärung im Suchtbereich durch. Eine Umsetzung von Massnahmen ist ab 2008 geplant. Insgesamt betreute die Abteilung Sucht im Berichtsjahr 921 (2006: 880) Personen. Davon waren 524 (454) Neumeldungen. Von diesen meldeten sich 230 (167) Personen freiwillig, davon 39 (26) Bezugspersonen (Angehörige, Arbeitgeber, Fachpersonen). Die übrigen 294 (287) Personen wurden schriftlich zur Abklärung gemeldet, v.a. von der Kantonspolizei Basel-Stadt. Bei der Mehrzahl aller betreuten Personen bestand ein Alkoholproblem (z.T. in Kombination mit anderen Substanzen). 2007 wurde erstmals die konsequente Fallführung mittels Case Management bei 89 Personen vorgenommen. Davon bezogen sich 53 Fälle auf legale, 36 auf illegale Substanzen. Im Jahr 2007 befanden sich

147 (173) Personen mit insgesamt 21'326 (27'171) Belegtagen in einer stationären Suchteinrichtung. Im Vergleich zu 2006 reduzierte sich bei den Indikationen für stationäre Suchttherapien sowohl die Klientenzahl wie auch die Belegtage je Klient. Das unter der Trägerschaft des Gesundheitsdepartements stehende Arbeitsintegrationsprogramm für Teilnehmende einer opioidgestützten Behandlung wurde 2007 neu konzipiert. Im Vorjahr nahmen daran 51 (39) Personen teil. Das binationale Cannabisinterventionsprogramm „Realize it“ wurde 2007 erfolgreich abgeschlossen und die Ergebnisse einer breiten Fachöffentlichkeit vorgestellt. Am 15. November 2007 fand das Forum für Suchtfragen mit dem Themenschwerpunkt „Jugendliche und Sucht – konkrete Wege in der Prävention“ statt.

### **Allgemeines**

Neben seinen Kernaufgaben hat der Bereich Gesundheitsdienste im Berichtsjahr drei Projekte des Departements federführend betreut:

#### **Pilotprojekt grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen**

Per 1. Januar 2007 konnte das Pilotprojekt planmässig gestartet werden. Mittlerweile nehmen daran 22 Schweizer Versicherer (Marktanteil BL ca. 45%, BS ca. 65%), 5 deutsche Versicherer (Marktanteil ca. 85%), 8 Schweizer und 13 deutsche Spitäler teil. Damit können mehr als 400'000 Einwohnerinnen/Einwohner der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und des Landkreises Lörrach Auslandsleistungen in Anspruch nehmen. Das erste der drei Projektjahre wird durch das schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) ausgewertet. Die Resultate des Jahres 2007 sollen im 2. Quartal 2008 präsentiert werden.

#### **Projekt Telemedizin**

Im Berichtsjahr hat die Projektleitung an der Fertigstellung und Verabschiedung der Nationalen eHealth-Strategie durch den Bundesrat mitgewirkt, ebenso an der Ausarbeitung von Grundlagen für die Einführung einer einheitlichen, eidgenössischen Versichertenkarte. Zur Finanzierung von Pilotprojekten konnten erste Grundlagen für „Public Private Partnerships“ geschaffen werden. Die Teilprojekte „Continuous Education“ (Ausbildung) und „Virtual Care Team“ (Beratung von Ärztinnen/Ärzten durch Expertinnen/Experten auf bestimmten Fachgebieten) sind mittels einer webbasierten Lösung in Betrieb, „Telecoaching“ (Online-Begleitung von Ärztinnen/Ärzten bzw. Chirurgen/Chirurginnen bei Behandlungen und Operationen) ist komplett vorbereitet und kann nach Sicherstellung der Finanzierung gestartet werden. Gegen Ende 2007 konnten erste Grundlagen für die Teilnahme der Region Basel am EU-Projekt „Netcard“ (europäische Versichertenkarte) geschaffen werden.

#### **Projekt Seniorenpolitik**

Die Gesundheitsdienste konnten anlässlich der MUBA-Sonderpräsentation „älter werden macht Spass“ die neu geschaffene Informationsplattform für Seniorinnen/Senioren ([www.seniorenbasel.ch](http://www.seniorenbasel.ch)) erstmals der Öffentlichkeit präsentieren. Die 2006 erarbeiteten Leitlinien für eine Seniorenpolitik sind im Sommer 2007 vom Regierungsrat als Teil einer umfassenden Alterspolitik verabschiedet worden. Im Zuge der laufenden Umsetzung dieser Leitlinien wurde das Seniorenforum (vormals Altersforum) sowie die Seniorenkonferenz (vormals Alterskonferenz) neu strukturiert und gestärkt. Zudem wurde bei den Gesundheitsdiensten die Fachstelle für Seniorenfragen (FFS) als behördliche Ansprechstelle neu geschaffen.

## Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird gebildet durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt/Schlachthof und Institut für Rechtsmedizin.

Die Lebensmittelkontrolle sorgt dafür, dass die in Basel angebotenen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände die gesetzlichen Vorschriften erfüllen, damit die Bevölkerung nur Konsumartikel beziehen kann, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung bzw. Aufmachung nicht täuschend sind. Dazu werden repräsentative Proben erhoben und auf deren Rechtskonformität untersucht. Die Lebensmittelbetriebe werden entsprechend ihrer Risikoklasse regelmässig inspiziert. Verstösse werden rechtlich korrekt und verhältnismässig geahndet.

Um Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen aus Anlagen und Verkehrswegen bestmöglich zu schützen, werden Betriebseinheiten der Höchststrisikoklasse mit potenziell gefährlichen Chemikalien oder biologischem Material mindestens alle zwei Jahre inspiziert. Der ABC-Schutz berät Einsatzkräfte und Bevölkerung bei allfälligen Ereignissen mit gefährlichen Stoffen.

Das Institut für Rechtsmedizin bietet seinen Auftraggebern aus verschiedenen Bereichen der Rechtspflege ein umfassendes forensisch-medizinisches und naturwissenschaftlich-kriminalistisches Leistungsangebot. Im Vordergrund stehen Abklärungen im Zusammenhang mit aussergewöhnlichen Todesfällen, Untersuchungen und Befunddokumentationen bei Verbrechenopfern sowie forensisch-toxikologische Analysen auf Drogen, Alkohol und Medikamente bei verstorbenen Personen und Strassenverkehrsteilnehmenden. Die forensischen DNA-Analysen ermöglichen mit hoher Sicherheit die Zuordnung von Spuren zu Tatverdächtigen und leisten gemeinsam mit den anderen Untersuchungsverfahren einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Straftaten.

Bevölkerung und Tiere sind auf dem Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt. Potenziell gefährliche Hunde werden besonders überwacht. Allfällige Hundebisse werden gemäss neuem Recht gemeldet, deren Ursache abgeklärt und die nötigen Massnahmen getroffen.

Internet: [www.gesundheitsschutz-bs.ch](http://www.gesundheitsschutz-bs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	5.1 Gesundheitsschutz
Bewältigung von Katastrophen, ABC-Ereignissen und ausserordentlichen Lagen	5.1 Gesundheitsschutz
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	5.1 Gesundheitsschutz
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	5.1 Gesundheitsschutz

## Tätigkeiten und Projekte

### Kantonales Laboratorium

#### Projekt „Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Laboratorien Basel-Stadt und Basel-Landschaft“

Im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen BS/BL wurde vereinbart, dass das obgenannte Projekt als Modellfall für inskünftige Verhandlungen betreffend Schaffung von gemeinsamen bikantonalen Dienststellen dienen soll. Im Berichtsjahr wurden in den Projektteams die Grundlagen zu den beiden Handlungsalternativen erarbeitet: Organisatorische Zusammenführung der beiden Laboratorien im Futuro-Gebäude in Liestal oder intensivere, optimierte Zusammenarbeit der beiden Partnerlaboratorien.

#### Laboruntersuchungen und Inspektionen

Bei der Laboruntersuchung von Lebensmitteln fielen mit Beanstandungsquoten getrüffelte Lebensmittel auf, welche oft mit naturidentischem Aroma versetzt sind, ohne entsprechende Deklaration. Wiederum aufgefallen ist zudem Salat in der Wintersaison, jede sechste Probe musste beanstandet werden. Dies im Gegensatz zu Gemüseproben aus biologischem Anbau, bei welchen keinerlei Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln nachweisbar waren.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	78.5	92.85	90.8	86.9	1
Anteil geprüfter Lebensmittelbetriebe der Höchstisrikoklasse	%	100	100	80	70	50
Störfälle mit gefährlichen Stoffen und Organismen	Anz	0	0	0	0	0
Analysen auf Alkohol, Drogen, Medikamente im Strassenverkehr	Anz	1088	944	979	1040	980
Vorfälle mit Hunden	Anz	176	170	162	173	151

#### Kommentar

1 Die Dienststelle beinhaltet die Werte des Kantonalen Labors, des Veterinärarnes, des Instituts für Rechtsmedizin und des Schlachthofes, welche seit dem 1. Januar 2006 eine organisatorische Einheit bilden. Der Stellenplafond ist seit 2004 mit 93.5 Stellen stabil geblieben. Jeweils frei gewordenen Stellen konnten nicht umgehend wieder besetzt werden. Der Headcount der Fleischkontrolleure wurde aufgelöst, da diese Kosten vollumfänglich weiterverrechnet werden.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	13'370.3	13'115.1	10'875.1	255.2	1.9
31 Sachaufwand	3'941.5	3'271.4	3'205.0	670.2	20.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	19.0	15.5	15.7	3.5	22.7
36 Eigene Beiträge	5.4	5.0	5.1	0.4	7.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>17'336.2</b>	<b>16'407.0</b>	<b>14'100.9</b>	<b>929.3</b>	<b>5.7</b>
40 Steuern	-661.0	-620.0	-643.3	-41.0	-6.6
42 Vermögenserträge	-382.3	-382.9	-381.4	0.6	0.2
43 Entgelte	-6'194.0	-5'501.4	-3'424.3	-692.6	-12.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-310.8	-311.0	-18.0	0.2	0.1
<b>4 Ertrag</b>	<b>-7'548.0</b>	<b>-6'815.3</b>	<b>-4'467.0</b>	<b>-732.7</b>	<b>-10.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>9'788.3</b>	<b>9'591.7</b>	<b>9'633.8</b>	<b>196.6</b>	<b>2.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	5'230.0	5'160.3		69.6	1.3
Katastrophenbewältigung/ABC-Ereignissen/ausserordentl. Lagen	2'066.3	2'091.7		-25.3	-1.2
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	428.3	226.4		201.9	89.2
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	2'063.7	2'113.3		-49.6	-2.3
5 Ausgaben Investitionen	403.5	0.0	0.0	403.5	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>403.5</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>403.5</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

1 Der Mehraufwand wurde durch eine Rückstellung auf Grund eines Prozessrisikos, dem Ersatz von EDV-Geräten sowie der vom Bund beauftragte Führung einer Quarantänestation verursacht.

Die Marktkontrolle von Kosmetika und Spielzeugen ergab Beanstandungsquoten wegen verbotenen Inhaltstoffen, fehlenden Warnhinweisen, fehlender Anmeldung beim Bundesamt für Gesundheit, fehlender Deklaration von allergenen oder sensibilisierenden Stoffen oder mangelhaften Deklarationen. In einigen Fällen musste der Verkauf von Produkten mit gesundheitsgefährdenden Inhaltsstoffen per sofort untersagt werden.

Im Berichtsjahr wurde das Mikrobiologieteam durch Zusammenlegung der Tätigkeiten des Kantonslabors und des Veterinärarnes an einen Standort verstärkt und es wurde ein zusätzlicher Laborraum am Kantonslabor eingerichtet. Dadurch können in Zukunft mehr Proben bezüglich hygiene-relevanter Parameter untersucht werden. Bei vorgekochten Speisen mussten wiederum mehr als ein Drittel beanstandet werden, wobei zu erwähnen ist, dass die Probenahme gemäss dem Schweizerischen

Lebensmittelrecht risikobasiert \*) vorgenommen wurde und diese Zahl somit nicht repräsentativ für alle Betriebe des Kantons ist.

Das Lebensmittelinspektorat kontrollierte risikobasiert über 800 Betriebe im Berichtsjahr, wobei drei Vierteln der kontrollierten Lebensmittelbetriebe ein genügender bis guter Zustand attestiert werden konnte, während ein Viertel der überprüften Betriebe in der Risikobewertung als mangelhaft oder schlecht taxiert wurde. Diese Lebensmittelbetriebe müssen die Situation verbessern und werden in kurzen Zeitintervallen so oft kontrolliert, bis das Inspektionsergebnis befriedigend ausfällt.

Im Bereich Marktüberwachung und Umgang mit Chemikalien gab das Ergebnis der Kennzeichnungsüberprüfung bei Herstellern und Importeuren von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen zu Interventionen Anlass. Alle von unserer Kontrolle erfassten Hersteller mussten eine Beanstandung entgegennehmen.

Die Kontrollen der Kontrollstelle für Chemie- und Biosicherheit (KCB) ergaben ein positives Bild, die Sicherheitsvorkehrungen bei Betrieben und auf den Verkehrswegen sind auf dem Platz Basel im Allgemeinen auf einem guten Stand. Im Berichtsjahr haben sich in Betrieben und auf einem Containerumschlagplatz Unfälle mit Chemikalien ereignet, die alle glimpflich abliefen. Diesbezüglich bildet die Einsatzplanung der Betriebe eine wichtige Grundlage, welche auch in diesem Jahr von der KCB bei Inspektionen kontrolliert wurde.

\*) Die risikobasierte Auswahl der zu überprüfenden Betriebe berücksichtigt insbesondere das bisherige Verhalten der verantwortlichen Personen hinsichtlich der Einhaltung des Lebensmittelrechts, die Verlässlichkeit der bereits durchgeführten Selbstkontrollen, die Grösse des Betriebs, Informationen, die auf einen Verstoß gegen das Lebensmittelrecht hinweisen könnten, allfällige Garantien, welche die zuständige Behörde des Ursprungslandes gegeben hat und das Täuschungspotenzial der Anpreisungen (vgl. Art. 56 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung vom 23.11.2005 (LGV / SR 817.02)).

## **Institut für Rechtsmedizin**

### **Forensische Medizin**

Im Auftrag der Ermittlungsbehörden wurden im Jahr 2007 insgesamt 310 (312) Todesfälle am Auf findeort untersucht (Legalinspektionen), wobei in 172 Fällen (55%) eine gerichtliche Obduktion zur Klärung von Todesursache und Todesart angeordnet und durchgeführt wurde. Weitere 5 Leichenöffnungen erfolgten in gerichtsärztlicher Funktion gemäss Bestattungsgesetz und in einem Fall im Privatauftrag. Damit war nach einem Rückgang in den letzten Jahren wieder ein leichter Anstieg der Sektionszahlen zu verzeichnen. Knapp die Hälfte der untersuchten Sterbefälle erwies sich als natürlicher Tod. Bei den nichtnatürlichen Todesfällen handelte es sich um Suizide (68), Unfälle (30), Intoxikationen (9) bzw. um Tötungsdelikte (4). In 6 Fällen blieb die Todesursache unklar.

Zusätzlich zu den postmortalen Untersuchungen wurden 363 (434) lebende Opfer von Straftaten und Tatverdächtige begutachtet, wobei in 266 (292) Fällen ein Körperverletzungsdelikt und in 62 (62) Fällen ein Sexualdelikt angezeigt wurde. Untersuchungen mit verkehrsmedizinischen Fragestellungen erfolgten bei 29 (20) Probanden und zur Bestimmung des Lebensalters wurden 6 (13) Personen begutachtet. Eine deutliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahr war mit 838 (697) Fällen bei den Alkoholrückrechnungen und Nachtrunküberprüfungen zu verzeichnen.

### **Forensische Chemie und Toxikologie**

Die forensisch-toxikologischen Untersuchungen bei Todesfällen haben mit 122 (98) Fällen im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Auch die Anzahl der forensisch-toxikologischen Untersuchungen von lebenden Personen ist mit 385 (219) Fällen deutlich angestiegen, wobei bei einigen Probanden einzig Drogentests durchgeführt werden mussten.

Deutlich zugenommen haben die Blutalkoholbestimmungen im Strassenverkehr für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit 810 (707) Proben und die Untersuchungen bei Verdacht auf Fahren unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss (FuD und FuM) mit 278 (237) Aufträgen. Dabei

verblieben die Fälle, bei denen Art. 2 Abs. 2 der Verkehrsregeln-Verordnung (Fahruntfähigkeit durch den Nachweis einer Droge erwiesen) zur Anwendung kam, mit 109 (108) in der Grössenordnung des Vorjahrs. In 170 (158) Fällen wurde den Administrativbehörden eine Abklärung der Fahreignung empfohlen.

Die chromatographischen Analysen (Einzelstoff-Untersuchungen) in Körperflüssigkeiten (Urin, Blut) und Organproben sind mit 759 (615) Untersuchungen wieder angestiegen. Auch bei den immunochemischen Vortests ist mit 766 (661) Fällen eine Zunahme zu verzeichnen.

Alle Ringversuche im Bereich der forensischen Toxikologie wurden erfolgreich abgeschlossen. Eine Methode zum Nachweis der Alkoholabstinenz in Haarproben ist in Arbeit.

Generell haben die im Bereich der forensischen Chemie mit chromatographischen Methoden durchgeführten Untersuchungen mit 625 (588) wieder zugenommen. Dabei blieb die Zahl der forensisch-chemischen Bestimmungen der Gehalte von Betäubungsmitteln in Betäubungsmittel-Proben mit 125 (120) Fällen und mit 330 (340) Analysen konstant. Identifikationen von verdächtigen Substanzproben wurden bei 36 (49) mit insgesamt 295 (248) Analysen vorgenommen.

Die Einsätze des mobilen Drogen-Detektionsgeräts IMS blieben mit 108 (114) Fällen in der Grössenordnung des Vorjahrs. Die Zahl der Einzelmessungen ist aber mit 1'250 (1'050) stark angestiegen. Als weitere forensisch-chemische Untersuchungen können 8 (4) Brandfälle und 13 (7) weitere Fälle genannt werden.

### **Forensische Genetik**

In der Forensischen Genetik wurden im Berichtsjahr 1105 (1024) Spurenfälle bearbeitet. Daraus wurden 1824 (1641) DNA-Analysen aus Spuren durchgeführt. Bei 59 (61) Proben wurde die Spurenart bestimmt (Blut: 19 (15) Proben, Samenflüssigkeit: 40 (46) Proben). Aus Proben von Personen wurden 1589 (1346) DNA-Profile erstellt. 564 (483) DNA-Profile aus Spuren und 1412 (1110) DNA-Profile von Personen wurden an die Eidgenössische DNA-Datenbank (EDNA-Informationssystem) weitergeleitet. Bei ca. 50 % der im EDNA-IS erfassten Spuren fand sich Übereinstimmung mit einem Personen-Profil (sog. Spur-Person-Hit), d.h. der Spurenverursacher konnte ermittelt werden. Es wurden 43 (38) Abstammungsuntersuchungen mit 126 Personen durchgeführt. In 22 (23) Fällen wurde der Auftrag von Gerichten, in 21 (15) Fällen von Privaten erteilt. In 7 Fällen wurden Probennahmen für andere Institute durchgeführt.

### **Kantonales Veterinäramt**

Im Hinblick auf das flächendeckende Ausbildungsprogramm „Kind & Hund“ wurde 2007 eine Pilotphase mit 21 Kursen vorgeschaltet. Das Ausbildungsprogramm hat zum Ziel, sämtlichen Kindergartenkinder stufengerecht Verhaltensregeln beizubringen, damit das Risiko, durch Hunde gebissen zu werden, vermindert werden kann. Dafür steht dem Veterinäramt ein Ausbildungsteam von zehn fachlich und pädagogisch ausgebildeten Instruktorinnen zur Verfügung.

2007 wurde die revidierte kantonale Hundegesetzgebung umgesetzt. Neu gefordert werden unter anderem eine obligatorische Haftpflichtversicherung, die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde und die generelle Kotaufnahmepflicht. Zudem liegt es in der Kompetenz des Regierungsrates, ein Rasseverbot zu erlassen. 176 Meldungen über auffällige Hunde sind eingegangen, davon wurden in 61 Fällen eine oder mehrere Massnahmen angeordnet.

Ausserhalb des Schlachthofbereiches erfolgten im Jahr 2007 beim Veterinäramt 50 (Vorjahr: 35) Meldungen über mutmassliche Verstösse gegen das Tierschutzrecht. Das Veterinäramt hat jeweils entsprechende Abklärungen vorgenommen und in drei Fällen die Verantwortlichen verzeigt.

## Schlachthof

GD-709

Der Kanton Basel-Stadt ist Besitzer der Bau- und Arealsubstanz des Schlachthofes. Als privatrechtliche Aktiengesellschaft betreibt die Schlachtbetrieb Basel AG (SBA) den Schlachtbetrieb und ist Besitzerin der schlachttechnischen Anlagen. Die Schlachthofverwaltung ist zuständig für den Unterhalt der Gebäude und der technischen Einrichtungen für die Energie- und Medienbewirtschaftung und deren Bereitstellung für alle Mieter auf dem Schlachthofareal.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Betrieb des Schlachthofes	5.1 Gesundheitsschutz

## Tätigkeiten und Projekte

### Betrieb des Schlachthofes

Neben dem Bereitstellen der Gebäudehülle und des Areals ist die Schlachthofverwaltung auch für die uneingeschränkte Betriebsfähigkeit des Schlachthofs verantwortlich. Deshalb wurden im Berichtsjahr weitere betriebliche Investitionen zur Aufrechterhaltung der Personen-, Lebensmittel- und Betriebssicherheit getätigt. Es wurden ebenfalls Massnahmen vorbereitet, um im Rechnungsjahr 2008 bauliche Investitionen umzusetzen. Insbesondere soll die Reinigungs- und Desinfektionsanlage für die Schlachtiertransporter erneuert werden. Ein Sicherheitskonzept für die Schlachthofmitarbeiter wurde bereits im Jahr 2007 implementiert, das bei Ammoniak- und Co2-Störfällen alarmiert.

Ab dem Rechnungsjahr 2007 wurden die hoheitlichen Aufgaben im Rahmen der Fleisch- und Hygienekontrolle organisatorisch dem Veterinäramt unterstellt. Seit 2007 werden sämtliche Schweineschlachtierkörper gemäss EU-Vorgabe im Labor des Schlachthofes auf das Vorhandensein von Trichinellen untersucht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	6.0	23.0	21.6	17.6	<sup>1</sup>
Schlachtmenge	t	50'174	51'346	44'140	37'530	36'890
Kontrollierte Tiere	Anz	576'401	585'694	485'654	377'298	369'307 <sup>2</sup>

**Kommentar**

- Die Werte sind im Total der Dienststelle 706, Gesundheitsschutz, enthalten. Da der Schlachthof buchhalterisch eine eigene Dienststelle darstellt, werden die Zahlen hier separat ausgewiesen.
- Die Steigerung der Anzahl kontrollierter Tiere beruht auf der Konzentration der Schweineschlachtung der SBA am Standort Basel.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	755.0	946.6	2'827.4	-191.6	-20.2
31 Sachaufwand	2'784.5	5'043.7	3'047.8	-2'259.2	-44.8 <sup>1</sup>
32 Passivzinsen	797.2	853.3	839.0	-56.1	-6.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	0.4	0.0	0.3	0.4	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'337.1</b>	<b>6'843.6</b>	<b>6'714.5</b>	<b>-2'506.5</b>	<b>-36.6</b>
42 Vermögenserträge	-58.7	-60.0	-60.0	1.3	2.1
43 Entgelte	-4'917.1	-7'541.9	-6'965.1	2'624.8	34.8 <sup>1</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'975.8</b>	<b>-7'601.9</b>	<b>-7'025.2</b>	<b>2'626.1</b>	<b>34.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-638.7</b>	<b>-758.3</b>	<b>-310.7</b>	<b>119.6</b>	<b>15.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Betrieb des Schlachthofes	-638.7	-758.3		119.6	15.8

**Kommentar**

- Die Entschädigung für die Fleischkontrolleure wird ab dem Rechnungsjahr 2007 nicht mehr über den Schlachthof abgewickelt, sondern direkt vom Veterinäramt erhoben. Deshalb fallen die Entgelte im Schlachthof entsprechend tiefer aus. Kompensiert werden diese Mindereinnahmen durch Minderausgaben im Sachaufwand in gleicher Höhe, da die entsprechende Abgeltung ans Veterinäramt entfällt.

## Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Kanton Basel-Stadt hat die Öffentlichen Zahnkliniken im Interesse der allgemeinen Gesundheit geschaffen und mit der sozialen Zahnpflege beauftragt.

Klinikintern hat in der Volkszahnklinik per Ende Jahr ein Wechsel in der Leitung der Abteilung für Zahnerhaltung stattgefunden. Da die Klinik neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe hat, als Weiterbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken, ist die Betreuung der meist direkt vom Staatsexamen kommenden jungen Zahnärztinnen und Zahnärzte eine sehr dankbare, aber auch zeitintensive Arbeit.

Der seit dem 1. April 1994 geltende Tarif mit dem „SUVA-Taxpunktewert“ von CHF 3.10 bildet die Grundlage für die Berechnung der Leistungen in den Öffentlichen Zahnkliniken. Dieser Taxpunktewert ist an die Teuerung gebunden, welche seit 1996 von einem Wert von 134 auf 158.3 Punkte im Jahr 2007 gestiegen ist. Neuverhandlungen über die Anpassung hätten gesamtschweizerisch bei einer Erhöhung von mindestens 10 Punkten vorgenommen werden sollen. Angemessen wäre eine Erhöhung des SUVA-Taxpunktewertes auf CHF 3.60. In der Privatpraxis wurde der Taxpunktewert für Privatpatienten in der Zwischenzeit immer wieder erhöht.

Internet: [www.zahnkliniken.bs.ch](http://www.zahnkliniken.bs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zahnmedizinische Betreuung	5.3 Gesundheitsversorgung

## Tätigkeiten und Projekte

### Zahnmedizinische Prophylaxe

Die Zahngesundheit der 12-jährigen Basler Kinder bleibt konstant oder wird tendenziell eher besser (weniger Flächen betroffen).

Der Anteil der kariesfreien Kinder im Kindergarten bleibt bei den 6-jährigen seit Jahren konstant bei ca. 54%. Hingegen ist bei den 5-jährigen erstmalig eine Reduktion von 64% auf 60% zu verzeichnen.

### Resultate aus dem Schuluntersuch

Die Anzahl der Schulkinder ist rückläufig. Entsprechend wurden im Berichtsjahr nur noch 14'587 Kinder (Vorjahr: 14'882) untersucht. Der Anteil der Kinder, welche zu einer Konsultation wegen Kariesbehandlung oder für eine Versiegelung (prophylaktisches Verschliessen des Zahngrübchens zur Verhinderung von Karies) eingeladen worden sind, reduzierte sich auf 24.6% (Vorjahr: 26.5%). Hingegen ist der Anteil Kinder mit Zahnstein oder starken Belägen seit 2005 kontinuierlich von ca. 6% auf 9% gestiegen. Diese Kinder erhielten eine Einladung für die individuelle Prophylaxe.

Der Anteil der Abklärungen wegen Zahnfehlstellungen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 6% auf knapp 8%.

Insgesamt haben 42.67% aller untersuchten Kinder eine Einladung zu einer Kontrolle erhalten, weil weitere Abklärungen, eine Prophylaxe-Sitzung oder eine Behandlung notwendig waren. Dies bedeutet eine Erhöhung um knapp 1.5% im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den Klassen, bei welchen mehr als 50% der Schüler neue oder unbehandelte Karies hatten, wurde auch im Berichtsjahr die Lehrerschaft informiert, dass zusätzliche Prophylaxe-Angebote angezeigt wären. Es mussten 18% mehr Briefe als im Vorjahr verschickt werden. Obschon die Rücklaufquote von 47% auf 40% zurückgegangen ist, wünschten nur noch 17% keine weiteren Massnahmen. Im Vorjahr waren es noch 58.6%.

Diese Entwicklung der Mitverantwortung der Lehrerinnen und Lehrer ist sehr erfreulich. Die Schulzahnklinik muss sich überlegen, wie die Personalressourcen vermehrt in diesem wichtigen Segment eingesetzt werden können. Projekte im interdepartementalen Netzwerk für Gesundheitsfördernde Schulen wären ein neuer Ansatz zur Verbesserung der Zahngesundheit.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	93.3	99.0	97.5	94.7	
Prozentuale Zunahme Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	0	-2	-5	0	0 <sup>1</sup>
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.93	0.8	0.9	0.89	0.89

**Kommentar**

1 12-Jährige (internationaler Vergleich).

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	12'196.4	12'207.1	12'024.1	-10.7	-0.1
31 Sachaufwand	1'922.2	2'022.5	2'108.2	-100.3	-5.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	63.7	103.5	138.2	-39.8	-38.4
36 Eigene Beiträge	2'990.9	2'880.0	2'871.6	110.9	3.9 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>17'173.2</b>	<b>17'213.1</b>	<b>17'142.2</b>	<b>-39.8</b>	<b>-0.2</b>
42 Vermögenserträge	-2.1	-1.9	-1.4	-0.2	-9.7
43 Entgelte	-11'933.0	-12'284.3	-11'858.0	351.3	2.9 <sup>2</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-11'935.0</b>	<b>-12'286.2</b>	<b>-11'859.4</b>	<b>351.2</b>	<b>2.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'238.2</b>	<b>4'926.9</b>	<b>5'282.8</b>	<b>311.3</b>	<b>6.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Zahnmedizinische Betreuung	5'238.2	4'926.9		311.3	6.3

**Kommentar**

- 1 Es handelt sich um gesetzlich vorgeschriebene Gratisleistungen und Reduktionen, die von der Dienststelle nicht beeinflusst werden können.
- 2 Die Erhöhung der Ausfälle beim produktiv tätigen Personal für Krankheit, SMU und Unfall um 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr sowie die Verdoppelung der Militärdienstabwesenheiten sind als schwerwiegendste Faktoren für die Nichteinhaltung der Vorgabe zu betrachten. Gleichzeitig wurden die Überstunden dieses Personenkreises um 2/3 abgebaut, was zu weiteren Einnahmenverlusten führte.

**Zahnärztliche Behandlungen in Narkose im UKBB**

Insgesamt wurden im UKBB 467 Behandlungen in Vollnarkose durchgeführt. Dies bedeutet eine Erhöhung um 4%. Im Vergleich zum Vorjahr ist dabei der Anteil der Kinder aus dem Kanton Basel-Stadt von 264 auf 249 (um 6%) gesunken.

Erstmalig ist der Anteil der Schweizer Kinder aus dem Kanton Basel-Stadt mit 53.41% für Zahnbehandlungen in Narkose im UKBB absolut grösser als der Anteil der ausländischen Kinder. Gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung sind die ausländischen Kinder aber nach wie vor stärker vertreten. 67% dieser Narkosebehandlungen finden bis zum 6. Altersjahr statt.

Die bereits intensiven Anstrengungen der Schulzahnklinik zur Kariesreduktion im Kleinkind- und Vorschulalter werden auch im kommenden Jahr weitergeführt.

**Kooperation in der Zahnmedizin zwischen Universität und Öffentlichen Zahnklinik**

Der Aufbau eines zahnmedizinischen Dienstleistungszentrums mit Fokus auf eine mögliche Zusammenführung des Departementes Zahnmedizin der Universität mit den Öffentlichen Zahnkliniken des Kantons Basel-Stadt an einem Standort wird geprüft. Detailabklärungen wurden vor allem in den Bereichen der Kostentransparenz nach dem Verursacherprinzip – in Kooperation mit Projekten auf nationaler Ebene – durchgeführt. Die Formulierungen des universitären Auftrags und die Bezeichnung von Forschungsschwerpunkten sind in Arbeit. Ein Anforderungsprofil an die klinischen Arbeitsplätze wurde erstellt und erste Kostenschätzungen für die Neueinrichtung eingeholt.

## Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung betreut die Leistungserbringer der kantonalen Gesundheitsversorgung. Er ist zuständig für sämtliche Geschäfte im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung und aller für die Gesundheitsversorgung im Kanton Basel-Stadt relevanten privaten und öffentlichen Leistungserbringer. Der Bereich umfasst das Universitätsspital Basel, das Felix Platter-Spital, die Universitären Psychiatrischen Kliniken sowie die Öffentlichen Zahnkliniken. Integriert in den Bereich Gesundheitsversorgung ist zudem die Abteilung Langzeitpflege, welche die privaten Anbieter von Pflege- und Hilfsangeboten für Betagte koordiniert und beaufsichtigt und für die Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig ist.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	5.3 Gesundheitsversorgung
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung Leistungseinkauf	5.4 Klinische Lehre und Forschung

## Tätigkeiten und Projekte

### Abteilung Langzeitpflege

Aufgrund der turnusgemässen Überprüfung der Planungsgrundlagen für die Langzeitpflege hat der Regierungsrat den Planungswert für Pflegeplätze von 23% auf 22% der über 80-jährigen Bevölkerung reduziert. In Einrichtungen der stationären Langzeitpflege standen am Ende des Berichtsjahres Pflegeplätze für 21.1% (2006: 21.7%) der über 80-jährigen Bevölkerung zur Verfügung. Dieser Rückgang ist auf einen unerwartet starken Anstieg der hochbetagten Einwohnerinnen und Einwohner bei praktisch gleich bleibendem Angebot zurück zu führen. Für die weitere Kapazitätsplanung wurde das Statistische Amt mit der Erarbeitung einer altersspezifischen Bevölkerungsprognose beauftragt.

Am Ende des Berichtsjahres waren 292 (2005: 198) Personen für einen Pflegeheimplatz angemeldet. Davon waren 125 (86) Personen zu Hause, 167 (104) Personen im Spital, wovon 47 (37) in einer Passerelle. Im Berichtsjahr konnte 731 (890) Personen ein Pflegeplatz vermittelt werden. Um zusätzliche, spezialisierte Pflegeplätze für demente und verhaltensauffällige Betagte zu schaffen, wurde dem Bürgerspital für das Pflegewohnheim am Bruderholz ein veränderter Leistungsauftrag erteilt. Um die Wartefristen wieder zu verkürzen, sollen 100 zusätzliche Pflegeplätze geschaffen werden.

Die subventionierten Tagespflegeheime waren im Berichtsjahr äusserst gut ausgelastet (100%). Insbesondere im Bereich der Angebote für demente Betagte besteht ein Nachfrageüberhang. Verschiedene Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Angebote wurden evaluiert und dem Grossen Rat ein Antrag auf Erhöhung des entsprechenden Kredites gestellt. In Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften wurden verschiedene Möglichkeiten zur kurz- und mittelfristigen Kapazitätssteigerung evaluiert.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten der Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurden mit den betroffenen Institutionen der Langzeitpflege Verhandlungen geführt. Von den Veränderungen betroffen waren insbesondere die Tagespflegeheime, Spitex Basel, die Stiftung für Krankenpflege zu Hause des Schweizer Berufsverbandes der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) und Pro Senectute Basel. Bestehende Subventionsverträge mit diesen Institutionen konnten angepasst oder neue Verträge abgeschlossen werden.

Im Laufe des Jahres 2007 wurde Spitex Basel erstmals einer systematischen Kontrolle der Pflegequalität unterzogen. Drei Spitex-Organisationen wurden durch die Abteilung Langzeitpflege Auflagen erteilt.

Im Berichtsjahr wurden acht (zehn) ordentliche Heimüberprüfungen vorgenommen. Nachkontrollen vor Ort waren 2007 keine erforderlich.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.5	15.5	12.9		
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	77	52	101	89	97
Grundversicherte: Anteil Pflgetage in öffentl. Spitälern	%	70	71	70	68	69
Zusatzversicherte: Anteil Pflgetage in öffentl. Spitälern	%	45	44	45	46	45
Kostenentwicklung zu Lasten der oblig. Grundversicherung	%	3.6	2.2	8.1	3.2	2.2

**Kommentar**

1 Die Dienststelle existiert seit Januar 2006 und setzt sich aus ehemaligen Personalbeständen des Departementssekretariates sowie der Abteilung Langzeitpflege zusammen.

2 Ist 07 = Prognose (IST-Werte stehen noch nicht zur Verfügung)

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'365.3	2'599.8	2'358.3	-234.6	-9.0
31 Sachaufwand	435.0	913.2	663.9	-478.2	-52.4
36 Eigene Beiträge	159'976.5	227'094.4	163'396.3	-67'117.9	-29.6
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>162'776.7</b>	<b>230'607.4</b>	<b>166'418.5</b>	<b>-67'830.7</b>	<b>-29.4</b>
43 Entgelte	-44.5	-16.0	-38.9	-28.5	-177.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-65'106.0	-10'542.1	65'106.0	100.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-44.5</b>	<b>-65'122.0</b>	<b>-10'580.9</b>	<b>65'077.5</b>	<b>99.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>162'732.3</b>	<b>165'485.4</b>	<b>155'837.6</b>	<b>-2'753.2</b>	<b>-1.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	84'841.2	85'979.4		-1'138.2	-1.3
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	77'891.0	79'506.0		-1'615.0	-2.0
Lehre und Forschung Leistungseinkauf					

**Kommentar**

1 Die Abgeltung der Universität für Lehre und Forschung an die Spitäler in Höhe von rund TCHF 65'100 erfolgte direkt und nicht wie budgetiert via die Dienststelle, daher fehlt der entsprechende Betrag sowohl im Aufwand (Kto. 36) wie auch im Ertrag (Kto. 46) der Dienststelle.

**Abteilung Leistungseinkauf und Planung**

Das Projekt „Überprüfung der Notfallversorgung im Kanton Basel-Stadt“ konnte 2007 mit Vertretern der Basler Spitäler und der Medizinischen Gesellschaft Basel lanciert werden. Die Analyse der Notfall-Versorgungsstrukturen soll helfen, das Angebot den sich verändernden Patientenbedürfnissen optimal anzupassen.

Die Rehabilitationsplanung konnte ebenfalls weiter voran gebracht werden, so dass voraussichtlich im 2008 die entsprechenden Erkenntnisse in die Spitalversorgungsplanung einfließen werden.

Um auf die kommenden Anforderungen der neuen Spitalfinanzierung (Stichwort: SwissDRG, Spitalplanung, gleiche Behandlung von öffentlichen und privaten Spitälern etc.) zeit- und sachgerecht reagieren zu können, wurden weitere Anpassungsschritte mit den Spitälern und innerhalb des Bereichs Gesundheitsversorgung vorangetrieben (Reporting, Stand der Kodierung etc.).

Ebenfalls im abgelaufenen Jahr wurde die Gesamtrevision der Tarifordnung für die staatlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt aufgenommen. Die Tarifordnung regelt die Tarife der staatlichen Spitäler bei nicht zu Stande kommen eines Tarifvertrages mit den Krankenversicherern und die Tarifierung für ausländische Patientinnen und Patienten in den staatlichen Spitälern.

2007 wurde der Aufgabenbereich der Tarifgenehmigungen und der Tariffestsetzungen vom Wirtschafts- und Sozialdepartement ins Gesundheitsdepartement, Bereich Gesundheitsversorgung, transferiert. Im Zuge dieser neuen Aufgaben wurden verschiedene Tarifgenehmigungen (Sanitätsvertrag, Pflegeheimtarifvertrag, Tarifvertrag Hildegard Hospiz etc.) durchgeführt.

2006 hat das Gesundheitsdepartement ein Projekt zur Überprüfung der Strukturen und Angebote im staatlichen und staatlich subventionierten Psychiatriebereich begonnen. Das Ziel ist es, aufgrund einer umfassenden Analyse der IST-Situation und des gegenwärtigen Leistungsangebots die Versorgungslandschaft dem aktuellen Bedarf anzupassen. Teilprojekt 1 (IST-Analyse des psychiatrischen Versorgungsangebots BS) wurde per Ende 2007 abgeschlossen. Der Bericht hält fest, dass der Kanton Basel-Stadt über ein ausreichendes und qualitativ hochstehendes Psychiatrieangebot zu Gunsten der Basler Bevölkerung verfügt. Schwerpunkte für die Zukunft sind die Evaluation von partnerschaftlichen Synergiepotentialen mit dem Kanton Basel-Landschaft, die Ausrichtung der Psychiatrie auf ein integriertes Versorgungskonzept, sowie die Positionierung der Psychiatrie im Rahmen der hochspezialisierten Medizin. Das Teilprojekt 2 wird im Jahr 2008 in Angriff genommen.

### **Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie**

Mitte Februar 2007 beschlossen die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, das Projekt eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie auf dem Areal des Diakonats Bethesda zu realisieren. Mitte Oktober 2007 wurde seitens des Kantons Basel-Landschaft auf Veranlassung der landrätlichen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission die Variante eines gemeinsamen Geriatriezentrums auf dem Areal des Bruderholzspitals eingebracht. In Absprache mit dem Kanton Basel-Stadt sollen beide Varianten nach einheitlichen Kriterien entwickelt und auf einen vergleichbaren Stand gebracht werden (siehe auch unter Felix Platter-Spital (FPS)).

### **Medizinische Versorgung Leistungseinkauf**

Das Projekt zum geplanten Neubau des Universitäts-Kinderspitals (UKBB) trat 2007 in die Umsetzungsphase. Im April 2007 genehmigte die Regierungsrätliche Delegation den definitiven Kostenvoranschlag von CHF 161.7 Mio. (teuerungsbereinigt) und stellte damit sicher, dass auch der geplante Baubeginn im November 2007 eingehalten werden konnte.

### **Lehre und Forschung Leistungseinkauf**

2007 wurden die im Rahmen einer Plausibilisierung ermittelten Kosten für die klinische Lehre und Forschung aus dem Budget der Spitäler ins Budget der Universität überführt. Hieraus folgt, dass inskünftig die Medizinische Fakultät die Budgetmittel betreffend Vorklinik und Klinik verwaltet. Ingesamt wurden CHF 79 Mio. für die klinische Medizin aus den Spitälern ausgeschieden und in die Universität Basel (med. Fakultät) integriert. Das Universitätsspital alleine erbrachte im Jahre 2007 Leistungen zu Gunsten der klinischen Lehre und Forschung in der Höhe von rund CHF 56 Mio. (gemäss Leistungsvereinbarung). Die übrige Summe verteilte sich auf das UKBB, die UPK, das FPS sowie die Spitäler im Kanton Basel-Landschaft.

### **Steuerungsausschuss Medizin (SAM)**

Der Staatsvertrag zur Universität Basel führte zur Ablösung des Gremiums Koordination klinische Medizin (KKM) durch den neu geschaffenen Steuerungsausschuss Medizin (SAM). Der SAM steuert, entwickelt und koordiniert die Aktivitäten in Lehre, Forschung und Dienstleistung zwischen der Medizinischen Fakultät der Universität Basel und den Universitätsspitalern bzw. den universitären Kliniken an anderen Spitälern. Im Berichtsjahr fanden sieben Sitzungen des SAM statt, an denen unter anderem insgesamt 16 Strukturberichte und zehn Berufungsberichte behandelt wurden.

## Universitätsspital Basel

GD-731

Das Universitätsspital Basel (USB) ist Stadt-, Zentrums- und Universitätsklinik und eines der fünf grössten Gesundheitszentren der Schweiz. Es ist ein medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung. Ausserdem ist das USB ein Ort der Begegnung für Wissenschaft und Forschung. Die Bedeutung als Wirtschaftsfaktor für die Region mit hoher Wertschöpfung ist unbestritten. Das Universitätsspital bietet hochspezialisierte Leistungen mit ausgeprägter Interdisziplinarität und hoher zwischenmenschlicher Betreuungsqualität an. Es will dabei Garant sein für qualitativ hoch stehende Leistungen in Medizin, Lehre und Forschung. Als lernende Organisation überprüft das USB permanent seine strategischen unternehmenspolitischen Positionen und Grundsätze, gerade auch im Hinblick auf die sich verändernden gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen.

Der Auftrag des Universitätsspitals ist dreigeteilt und umfasst medizinische Dienstleistung, Lehre und Forschung: Die medizinische Dienstleistung beinhaltet die Untersuchung, medizinische Behandlung, Pflege und Nachsorge von Patientinnen und Patienten. Die Lehre dient der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Zudem erfolgt die Aus- und Weiterbildung in pflegerischen, technischen und therapeutischen Berufen. Die medizinische Forschung nimmt sich der wissenschaftlichen Lösung patientinnen- und patientenorientierter Probleme an.

Internet: [www.unispital-basel.ch](http://www.unispital-basel.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung USB	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung USB	5.4 Klinische Lehre und Forschung

## Tätigkeiten und Projekte

### Kooperation Medizin Basel-Bern

Die im Vorjahr begonnene intensive Zusammenarbeit im Bereich der Herzchirurgie zwischen dem USB und dem Inselspital Bern wurde 2007 fortgesetzt. Wichtige Grundlagen wie die zukünftige Zusammenarbeit in diesem Kooperationsfeld und für künftige, weitere Kooperationen konnten erarbeitet werden. So entstand ein Modell für die Führung der Allianz und von standortübergreifenden gemeinsamen Kliniken.

### Strategische Raumplanung Universitätsspital

Parallel zur Raumstrategie der Universität Basel wurde im Berichtsjahr eine strategische Raumplanung des Universitätsspitals erarbeitet. Aus dem ermittelten Bedarf wird ein Masterplan für das Areal rund um das USB erstellt, der die Basis für die Projektierung der anstehenden Sanierungs- und Neubauprojekte des USB bildet. Für die Ausführung der anstehenden Sanierungsarbeiten müssen Ausweichflächen von rund 25'000 m<sup>2</sup> bereitgestellt werden. Separat behandelt und vorangetrieben werden die räumliche Integration der Augenklinik in das Areal des USB und das Projekt OP-Ost.

### Positionierung des universitärmedizinischen Zentrums

#### Schweizer Nationalfonds fördert Kompetenzzentrum des Universitätsspitals Basel

Die Clinical Trial Unit (CTU) ist ein neu gegründetes interdisziplinäres Kompetenzzentrum für klinische Forschung des Universitätsspitals Basel. Es hat die Aufgabe, alle klinischen Bereiche des USB bei der Umsetzung patientenorientierter klinischer Forschungsprojekte wirksam zu unterstützen und die klinische Forschungsqualität im akademischen Umfeld weiterzuentwickeln. Das Leistungsspektrum der CTU umfasst Beratungen und Dienstleistungen bei allen Studientypen, wie beispielsweise Arzneimittelstudien der Phase I-IV, Studien mit nicht-medikamentösen (z.B. chirurgischen oder psychologischen) Therapieformen und Medizinprodukten oder epidemiologische und gesundheitsökonomische Studien. Zudem stellen die CTU sicher, dass die international anerkannten Qualitätsmassstäbe eingehalten werden, bieten Ausbildungskurse für das Fachpersonal an, arbeiten mit den

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3'415.2	3'435.0	3'463.0	3'478.8	3'506.0
Anteil ausserkantonale/ausländische Patienten	%	43.4	42.3	42.0	42.3	43.6
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Akutkliniken)	Tg	8.4	8.3	8.4	8.5	8.2
Personen in Ausbildung (inkl. Praktikanten/-innen)	Anz	546	532	519	496	484
Ambulante Taxpunkte errechnet	Anz	147.1	136.7	127.4	128.2	113.5

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	456'299.5	451'567.0	452'940.5	4'732.5	1.0 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	210'925.3	201'640.0	204'397.3	9'285.3	4.6 <sup>2</sup>
32 Passivzinsen	86.5	76.0	85.3	10.5	13.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	885.6	689.0	2'012.9	196.6	28.5 <sup>3</sup>
36 Eigene Beiträge	125.0	125.0	125.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>668'321.9</b>	<b>654'097.0</b>	<b>659'561.1</b>	<b>14'224.9</b>	<b>2.2</b>
42 Vermögenserträge	-1'600.0	-1'035.0	-1'429.7	-565.0	-54.6
43 Entgelte	-472'953.5	-469'550.0	-461'316.7	-3'403.5	-0.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-56'474.1	-56'148.0	-33'999.8	-326.1	-0.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-531'027.7</b>	<b>-526'733.0</b>	<b>-496'746.2</b>	<b>-4'294.7</b>	<b>-0.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>137'294.2</b>	<b>127'364.0</b>	<b>162'814.9</b>	<b>9'930.2</b>	<b>7.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Medizinische Versorgung USB	95'479.9	87'296.0		8'183.9	9.4
Lehre und Forschung USB	41'814.3	40'068.0		1'746.3	4.4
5 Ausgaben Investitionen	32'741.4	0.0	31'708.4	32'741.4	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>32'741.4</b>	<b>0.0</b>	<b>31'708.4</b>	<b>32'741.4</b>	<b>...</b>

### Kommentar

- Der Mehraufwand gegenüber dem Budget 2007 wie auch der Rechnung 2006 ist begründet durch die angefallene Teuerung von TCHF 1'600, dem nicht vollständig kompensierbaren Stufenanstieg, letzteres insbesondere auf Grund der tiefen Fluktuation und der ungünstigen Entwicklung der Altersstruktur sowie der Erhöhung der Abzüge für Kinder- und Unterhaltszulage (TCHF 600). Der Zuwachs beim Honoraraufwand von TCHF 1'100 gegenüber dem Budget 2007, der auf Grund gestiegener Fallzahlen im Zusatzversicherungsbereich und in der privatärztlichen Sprechstunde entsteht, wird durch Zusatzerträge weitgehend gedeckt.
- Hauptursache für die Budgetüberschreitung ist der ausserordentliche und aperiodische Aufwand für die nach neuer Berechnungsvorgabe der Regierung gebildete Rückstellung für Ferien-, Über- und Gleitzeitguthaben der Mitarbeitenden, der TCHF 8'100 beträgt und - da periodenfremd - unter dem übrigen Sachaufwand ausgewiesen wird. Der restliche Mehraufwand stammt überwiegend aus dem Mehrverbrauch beim medizinischen Bedarf (u.a. Medikamente, medizinische Fremdleistungen).
- Die Debitorenverluste überschreiten das zu tief angesetzte Budget, das nicht der Entwicklung der letzten Jahre entspricht. Sie waren im Durchschnitt immer wesentlich höher. Die Änderungen bei der Sistierung der Leistungspflicht in der aktualisierten Bundesverordnung, wirksam bei ausserkantonalen Patienten/innen, schlägt ebenfalls zu Buche.

Behörden sowie den zuständigen Ethikkommissionen zusammen und vernetzen sich auf nationaler Ebene untereinander.

Acht Standorte haben beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) um finanzielle Unterstützung für den Aufbau einer CTU nachgesucht. Unter Beizug eines internationalen Expertenpanels hat der SNF im Berichtsjahr 2007 drei von acht Gesuchen für förderungswürdig befunden. Sie stammen aus Basel, Bern und Genf. Die CTU des USB konnte vom SNF über CHF 1,1 Mio. für die nächsten drei Jahre mobilisieren. Diese Berücksichtigung darf als grosser Erfolg verbucht werden. Die Förderung durch den SNF bietet den CTU eine Anschubfinanzierung, die vor allem dem Auf- und Ausbau ihrer Infrastruktur dient.

### **Das Universitätsspital Basel ist Pionier in Sachen Transparenz**

Als erstes Spital der Schweiz veröffentlichte 2007 das USB im Internet zwei standardisierte ergebnisorientierte Qualitätsberichte. Darin enthalten sind Angaben zum Verhältnis zwischen spezifischen Eingriffen und der Sterblichkeitsrate sowie Infektions- und Hygienedaten. Das USB übernahm bei der Offenlegung von Qualitätsdaten eine Vorreiterrolle und leistet dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion über objektive Qualitätsdaten.

Das USB veröffentlichte Zahlen der Jahre 2005 und 2006 und stellte sie in Relation zu den Daten der Helios-Gruppe, einer grossen deutschen Klinikgruppe. Diese Referenz wurde gewählt, weil Vergleichsdaten in der Schweiz nach wie vor fehlen. Dass die Zahlen des USB diesbezüglich nicht gross von jenen der Helios-Kliniken abweichen, zeigt, dass insgesamt beim USB von einer zufriedenstellenden Qualität (bezogen auf die Sterblichkeitsrate) gesprochen werden kann.

Auch die Ergebnisse in Bezug auf Hygiene und Infektiologie weisen im internationalen Vergleich sehr gute Werte auf.

### **Neues PET/CT-Zentrum am Universitätsspital Basel**

Das USB hat durch die Installation einer PET/CT-Anlage der neusten Gerätegeneration seinen onkologischen Schwerpunkt gestärkt und sein Angebot im Bereich der hochspezialisierten Medizin aufgewertet. Hauptanwendungsbereiche des PET/CT sind die Diagnostik von Krebserkrankungen und die interdisziplinäre spitzenmedizinische Forschung.

Die PET (Positronen-Emissions-Tomographie) bildet wie kein anderes bildgebendes Verfahren die Stoffwechselaktivität und somit die Aggressivität vieler bösartiger Tumore ab. Die Computertomographie gibt eine hervorragende Auskunft über die Morphologie (Aufbau) des menschlichen Körpers. Die Integration von PET und CT in ein Gerät und die Bildfusion beider Modalitäten ermöglichen eine exakte Zuordnung der krankhaften Veränderung zum entsprechenden Organ.

Daraus ergeben sich für die Patientinnen/Patienten und behandelnde Ärztinnen/Ärzte folgende Vorteile: kürzere Untersuchungszeiten, präzisere Diagnostik, bessere Lokalisation von kleinen Tumoren und exaktere Planung der Therapie sowie zuverlässige Aussage über den Therapieerfolg.

## Felix Platter-Spital

GD-733

Das Felix Platter-Spital (FPS) besteht aus drei Bereichen. Das Geriatrie-Kompetenzzentrum, die Rheumatologische Universitätsklinik und die Orthopädische Frührehabilitation ergänzen sich und stützen sich auf umfassende Diagnostikeinrichtungen und breitgefächerte Therapieangebote ab. Alle drei Bereiche unterhalten enge Beziehungen zum Universitätsspital Basel. Kernstück ist die durchgehende Behandlungskette – von der Akutklinik über die Rehabilitation in den spezialisierten Abteilungen bis nach Hause. Das Geriatrie-Kompetenzzentrum des Felix Platter-Spitals bildet das Zentrum der geriatrischen Behandlungskette und ist spezialisiert auf sämtliche altersmedizinischen Fragen. Verschiedene teilstationäre und ambulante Angebote ergänzen die stationären Angebote. In der Rheumatologischen Universitätsklinik und Poliklinik sowie in der Orthopädischen Frührehabilitation erbringt das Felix Platter-Spital Dienstleistungen im Bereich Akutmedizin und Rehabilitation zum Erhalten und Wiederherstellen der Bewegungsfähigkeit. In der orthopädischen Frührehabilitation werden die Patientinnen und Patienten von der Akutphase bis zur Rehabilitation, also vom Eintritt ins Universitätsspital Basel bis zur Entlassung aus dem Felix Platter-Spital von einem gemeinsamen Ärzteteam betreut. Die Rheumatologische Universitätsklinik ist das universitäre Zentrum für Diagnostik und Behandlung aller rheumatologischen Erkrankungen.

Internet: [www.felixplatterspital.ch](http://www.felixplatterspital.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung FPS	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung FPS	5.4 Klinische Lehre und Forschung

## Tätigkeiten und Projekte

**Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie** Mitte Februar 2007 beschlossen die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, das Projekt eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie auf dem Areal des Diakonats Bethesda zu realisieren. Darin sollen das Geriatrie-Kompetenzzentrum des Felix Platter-Spitals sowie die Akutgeriatrie des Bruderholzspitals zusammengeführt werden. Die Konkretisierung wurde einer gemeinsamen Projektorganisation übertragen, in der Fachleute aller beteiligten Betriebe sowie externe Spezialisten mitwirken. Im August wurde ein wichtiger Meilenstein erreicht: Die bauliche Machbarkeit auf dem Bethesda-Areal konnte mit einer umfangreichen Planungsstudie nachgewiesen werden. Mitte Oktober 2007 wurde seitens des Kantons Basel-Landschaft auf Veranlassung der landrätlichen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission die Variante eines gemeinsamen Geriatriezentrums auf dem Areal des Bruderholzspitals eingebracht. In Absprache mit dem Kanton Basel-Stadt sollen beide Varianten nach einheitlichen Kriterien entwickelt und auf einen vergleichbaren Stand gebracht werden.

**Aufrechterhaltung der Gebrauchstauglichkeit der Gebäulichkeiten** Im Hinblick auf einen Neubau des Geriatriekompetenzzentrums werden am FPS nur noch die dringendsten Investitions-, Unterhalts- und Reparaturarbeiten vorgenommen. Vor einer endgültigen Entscheidung über den Neubaustandort wurde mit einer planerischen Analyse ermittelt, welche Instandhaltungsmassnahmen für die Aufrechterhaltung der Gebrauchstauglichkeit in den nächsten 10 Jahren, d.h. bis zur Eröffnung eines Neubaus, notwendig sind. Die ermittelten Massnahmen ergaben die Summe von CHF 24 Mio. Für die Detailprojektierung hat der Regierungsrat ein Kostendach von CHF 18 Mio. festgelegt, das durch Priorisierungen eingehalten werden soll. Die Projektierungsarbeiten wurden bereits begonnen und werden rund ein Jahr dauern.

**Die ersten Fachangestellten Gesundheit (FAGE) werden in den Spitalalltag eingegliedert** Vor drei Jahren wurde in Basel-Stadt und Basel-Landschaft die neue berufliche Grundbildung Fachangestellte Gesundheit (FAGE) eingeführt, in die das FPS anfänglich mit sechs Lehrstellen pro Jahr eingestiegen ist. Im Berichtsjahr haben die sechs Lernenden ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und sind inzwischen in den beruflichen Alltag oder in eine weiterführende Ausbildung eingetreten. Als Haupteinsatzgebiet für die FAGEs ist der Pflegebereich vorgesehen. Deshalb hat das FPS bereits im Vorjahr eine Projektgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, das Kompetenzprofil der neuen Berufsgruppe zu definieren.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	577.1	583.2	573.7	612.4	661.0
Eintritt stationäre Patienten/-innen	Anz	2'976	3'266	3'271	3'137	2'863
Durschnittliche Aufenthaltsdauer	Tg	41.0	36.0	37.1	45.3	57.2
Personen in Ausbildung	Anz	94	94	88	78	76

**Kommentar**

1 Inkl. Erweiterung Wohnheim Burgfelderstrasse + 14 Stellen per 14.9.2006.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	68'886.6	68'665.0	68'486.4	221.5	0.3
31 Sachaufwand	17'593.1	15'790.8	16'606.7	1'802.4	11.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	44.6	32.0	68.3	12.6	39.5
36 Eigene Beiträge	48.0	60.0	46.8	-12.0	-20.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>86'572.3</b>	<b>84'547.8</b>	<b>85'208.3</b>	<b>2'024.6</b>	<b>2.4</b>
42 Vermögenserträge	-322.8	-295.5	-218.8	-27.3	-9.2
43 Entgelte	-49'423.5	-48'231.2	-47'527.7	-1'192.3	-2.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2'421.0	-2'647.1	-2'055.4	226.1	8.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-52'167.2</b>	<b>-51'173.8</b>	<b>-49'801.8</b>	<b>-993.5</b>	<b>-1.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>34'405.1</b>	<b>33'374.0</b>	<b>35'406.5</b>	<b>1'031.1</b>	<b>3.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Medizinische Versorgung FPS	33'989.5	32'971.1		1'018.4	3.1
Lehre und Forschung FPS	415.6	402.9		12.7	3.2
5 Ausgaben Investitionen	466.0	0.0	1'008.4	466.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>466.0</b>	<b>0.0</b>	<b>1'008.4</b>	<b>466.0</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Auf Grund der neuen Regelungen für die Berechnung der Rückstellungen für Ferien-, Gleit- und Überzeitguthaben der Mitarbeitenden musste eine Erhöhung der per Ende 2006 bestehenden Rückstellung vorgenommen werden (TCHF 620). Als periodenfremde Anpassung erfolgte diese im Sachaufwand. Preisbedingt entstanden zudem Mehraufwendungen für Energie und Lebensmittel (TCHF 350). Der Mehraufwand beim medizinischen Bedarf (TCHF 580) ist hauptsächlich durch die Zunahme medikamentöser Therapien entstanden. Die Medikamentenkosten dieser ambulanten Behandlungen wurden weiterverrechnet.
- 2 Der Betriebsbeitrag vom BSV (Bundesamt für Sozialversicherungen) an das Wohnheim Burgfelderstrasse ist aufgrund der effektiv belegten Plätze (-2) niedriger als budgetiert.

**Geriatrische Behandlungskette** Die Patienteneintritte im Geriatrischen Kompetenzzentrum gingen im Jahr 2007 erstmals zurück. Dies ist nicht auf eine mangelnde Nachfrage zurückzuführen, sondern darauf, dass die Zahl der Patientinnen und Patienten, welche im FPS auf einen Pflegeplatz warteten, im Laufe des Jahres 2007 auf über 70 anstieg, was die Aufnahmekapazität des FPS eingeschränkt hat. Als temporäre Gegenmassnahme hat das FPS die Kapazität um 14 Betten vergrössert.

## Universitäre Psychiatrische Kliniken

GD-735

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) übernehmen Aufgaben in der psychiatrischen Versorgung, in der universitären Lehre und Forschung sowie in der Aus-, Weiter- und Fortbildung sowohl intern als auch extern. Sie gewährleisten ihren Patientinnen und Patienten ein modernes Angebot an Diagnostik, Behandlung und Pflege. Die UPK sind zuständig für die stationäre, teilstationäre und ambulante psychiatrische Versorgung von Erwachsenen (Psychiatrische Klinik, PK) sowie von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik, KJPK) in der Region Basel.

Die UPK bieten allen Patientinnen und Patienten, die sich in ihren Kliniken aufhalten, eine für sie angemessene medizinisch-pflegerische Behandlung sowie eine angenehme Umgebung. Ausser der Grundversorgung bieten die UPK umfassende und hoch spezialisierte Dienstleistungen an: Spitzenmedizin im Sinne der Behandlung von komplexen Krankheitsbildern sowie im Angebot von Methoden, die noch in Entwicklung begriffen sind. Aktuelle Erkenntnisse aus der klinischen psychiatrisch-psychotherapeutischen Forschung werden in die Behandlung der Patientinnen und Patienten einbezogen. Erkrankte Erwachsene und Kinder sollen, wenn immer möglich, wieder nach Hause in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren. Denn der Einbezug des sozialen Umfelds ist für die Rehabilitation entscheidend. Eine zeitgemässe psychiatrische Versorgung umfasst auch moderne und nach anerkannten Standards eingerichtete Pflegeabteilungen.

Die KJPK widmet sich der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 0 und 18 Jahren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, steht ein Behandlungsteam, bestehend aus zahlreichen Fachleuten aus den Gebieten der Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychologie, der Kinderkranken- und Psychiatriepflege, der Sozial- und Heilpädagogik sowie der Sozialarbeit und der Psychomotorik, zur Verfügung.

Die UPK sind auch Ausbildungsstätten für Berufe im medizinischen, paramedizinischen und pflegerischen Bereich. Ärztinnen und Ärzte, dipl. Pflegefachpersonal, Fachangestellte Gesundheit, klinische Psychologen und Ergotherapeuten absolvieren ihre Ausbildung im Rahmen ihrer Tätigkeit an den UPK. In der Ausbildung der künftigen Ärztinnen und Ärzte arbeiten die Kliniken eng mit der Medizinischen Fakultät der Universität Basel zusammen. In den UPK können Ärztinnen und Ärzte ihre FMH-Fachausbildung in Psychiatrie und Psychotherapie absolvieren.

Internet: [www.upkbs.ch](http://www.upkbs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung UPK	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung UPK	5.4 Klinische Lehre und Forschung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Rahmen des Qualitätsmanagement wurden die UPK als erste Universitätsklinik der Schweiz und zugleich als eine der ersten universitären Einrichtungen Europas im Februar 2007 nach den europäischen Qualitätsstandards der European Foundation for Quality Management (EFQM) zertifiziert. Das Gütesiegel „Committed to Excellence“ (C2E) besagt, dass die UPK in den Jahren 2004 bis 2006 messbare Qualitätsverbesserungen erzielt und in einer detaillierten Prüfung vor Ort erfolgreich nachgewiesen haben.

Zur Förderung der Patientensicherheit haben die UPK Basel ein elektronisches Fehlermeldesystem (CIRS) erfolgreich eingeführt.

## Medizinische Versorgung UPK

**Positionierung der Forensischen Abteilung als schweizweites Kompetenzzentrum** Die Forensische Abteilung der UPK hat sich als überregionales Kompetenzzentrum für die forensisch-psychiatrische Begutachtung von psychisch schwerstkranken Straftätern etabliert. Das aktuelle Angebot kann die Nachfrage aus der ganzen Schweiz für diese hochspezialisierte Dienstleistung nicht mehr auffangen, weshalb längere Wartelisten bestehen. Mit einem Ausbau der Infrastruktur und des



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	575.9	582.7	583.9	583.2	590.0
Anteil ausserkantonaler/ausländischer Pflergetage	%	16	13	13	11	12
Anteil forensische Pflergetage	%	7	6	6	5	5
Personen in Ausbildung (inkl. Praktikanten/-innen)	Anz	161	148	143	141	128

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	75'498.1	74'753.5	74'330.9	744.6	1.0
31 Sachaufwand	17'756.4	18'290.2	17'651.8	-533.9	-2.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	273.0	100.0	228.9	173.0	173.0 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>93'527.5</b>	<b>93'143.8</b>	<b>92'211.5</b>	<b>383.7</b>	<b>0.4</b>
42 Vermögenserträge	-28.7	-28.0	-22.6	-0.7	-2.6
43 Entgelte	-50'206.7	-50'387.8	-49'577.0	181.1	0.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-10'259.6	-10'553.0	-6'435.1	293.4	2.8
<b>4 Ertrag</b>	<b>-60'495.0</b>	<b>-60'968.8</b>	<b>-56'034.7</b>	<b>473.7</b>	<b>0.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>33'032.5</b>	<b>32'175.0</b>	<b>36'176.8</b>	<b>857.5</b>	<b>2.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Medizinische Versorgung UPK	33'214.6	32'590.5		624.1	1.9
Lehre und Forschung UPK	-182.1	-415.5		233.4	56.2
5 Ausgaben Investitionen	933.7	0.0	2'877.8	933.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>933.7</b>	<b>0.0</b>	<b>2'877.8</b>	<b>933.7</b>	<b>...</b>

### Kommentar

1 Auf Grund zunehmendem Inkassorisiko bei den Krankenversicherern musste die Delkredere-Rückstellung erhöht werden.

stationären Angebots (inkl. zugehöriges Personal) der forensischen Abteilung soll das bereits überregionale Kompetenzzentrum schweizweit positioniert und dem Ruf nach Schaffung zusätzlicher Therapieangebote von Seiten der Behörden und Gerichte Rechnung getragen werden. Hierfür werden 2008 das Ambulatorium für verkehrsmedizinische Begutachtungen ausgebaut und eine zweite stationäre forensische Abteilung eröffnet werden.

### Parallele Überprüfung von Strukturen und Angeboten der Psychiatrie im Kanton Basel-Stadt

2006 hat das Gesundheitsdepartement ein Projekt zur Überprüfung der Strukturen und Angebote im staatlichen und staatlich subventionierten Psychiatriebereich begonnen. Das Ziel ist es, aufgrund einer umfassenden Analyse der IST-Situation und des gegenwärtigen Leistungsangebots die Versorgungslandschaft dem aktuellen Bedarf anzupassen. Teilprojekt 1 (IST-Analyse des psychiatrischen Versorgungsangebots BS) wurde per Ende 2007 abgeschlossen. Der Bericht hält fest, dass der Kanton Basel-Stadt über ein ausreichendes und qualitativ hochstehendes Psychiatrieangebot zu Gunsten der Basler Bevölkerung verfügt. Schwerpunkte für die Zukunft sind die Evaluation von partnerschaftlichen Synergiepotentialen mit dem Kanton Basel-Landschaft, die Ausrichtung der Psychiatrie auf ein integriertes Versorgungskonzept, sowie die Positionierung der Psychiatrie im Rahmen der hochspezialisierten Medizin. Das Teilprojekt 2 wird im Jahr 2008 in Angriff genommen.

**6.2.5 Justizdepartement**

JD-301	Departementssekretariat	278
JD-302	Staatsanwaltschaft	282
JD-303	Vormundschaftsbehörde	284
JD-304	Abteilung Jugend, Familie und Prävention	288
JD-305	Gleichstellungsbüro	291
JD-307	Subventionen	294
JD-309	Grundbuch- und Vermessungsamt	296
JD-310	Zivilstandsamt	299
JD-311	Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste	301
JD-312	Handelsregisteramt	304
JD-313	Strafvollzug	306

## Departementssekretariat

JD-301

Das Departementsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justizdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik sowie Information unterstützt es die Dienststellen des Departements (und im Bereich der Personalarbeit auch die Gerichte) und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher.

Neben diesen Unterstützungsleistungen umfasst der Buchungskreis Departementsekretariat die Rechtsabteilung des Departements. Diese übernimmt die Instruktion von Rekursen an den Regierungsrat und bereitet Entscheide des Justizdepartements als erstinstanzliche Rekursinstanz vor. Sie erstellt Rechtsgutachten, erarbeitet Gesetzesentwürfe, führt die Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden und ist für das Bewilligungsverfahren für Namensänderungen und Adoptionen zuständig.

Die Aufsicht über die Stiftungen und Einrichtungen der beruflichen Vorsorge bildet ein weiteres Ressort des Departementsekretariats.

Das Departementsekretariat betreut zudem das Dossier der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen. Darin enthalten sind die Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben sowie die Pflege der Aussenbeziehungen und der grenzüberschreitenden Kontakte innerhalb der Region Oberrhein, der Schweiz sowie mit den Regionen Europas.

Schliesslich führt das Departementsekretariat auch die Telefonzentrale der kantonalen Verwaltung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Juristische Dienstleistungen und Stiftungsaufsicht	3.1 Rechts- und Registerwesen
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen	3.6 Aussenbeziehungen
Betrieb Telefonzentrale	8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Stabsleistungen	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

### Rechtsabteilung

**Allgemeines** Die Umsetzung der Kantonsverfassung konnte mit weiteren wichtigen Gesetzgebungsvorhaben abgeschlossen werden. Daneben kam die Rechtsabteilung auch in diesem Jahr in mehreren Fällen ihrer Funktion als Stabstelle des Regierungsrates in juristischen Fragen und juristischer Unterstützung der anderen Departemente nach, und es wurden verschiedene Anzugs- und Interpellationsbeantwortungen und Vernehmlassungen ausgearbeitet, Initiativen und Motionen auf ihre rechtliche Zulässigkeit geprüft und Rekurse bearbeitet.

**Rechtssetzung** Im Berichtsjahr hat die Rechtsabteilung eine Reihe von Rechtsetzungsvorhaben ausgearbeitet oder daran mitgewirkt :

- Zur Umsetzung von §116 KV, der eine Verfassungsgerichtsbarkeit i.e.S. vorsieht, wurde das bisherige Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 14. Juni 1928 um ein Kapitel zur Verfassungsgerichtsbarkeit angereichert; das Gesetz heisst neu: Gesetz über die Verfassungs- und Verwaltungsrechtspflege.
- Zur Umsetzung von §75 KV sowie Totalrevision des Datenschutzgesetzes wurde der Entwurf eines neuen Informations- und Datenschutzgesetzes erarbeitet.
- Erste gesetzgeberische Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der Verwaltungsreorganisation RV09 als Anpassung der Departementsstruktur an die neue Verfassung wurden eingeleitet.
- Die Umsetzung der neuen gesamtschweizerischen Strafprozessordnung und der Zivilprozessordnung war Gegenstand von konkreten Vorbereitungsarbeiten.
- Das Advokaturgesetz vom 15. Mai 2002 wurde an die Änderung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte und damit an die Bologna-Reform angepasst (Beschluss des Grossen Rates vom 6. Juni 2007).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	41.2	43.1	41.2	41.7	
Grenzüberschreitende Projekte	Anz	15	16	15	14	
Behandelte Rekurse	Anz	142	135	140	135	1
Beaufsichtigte Stiftungen	Anz	1'078	1'119	1'131	1'163	1'194
Beanstandete Stiftungsjahresrechnungen	%	55	59	58	48	52

**Kommentar**

1 Als Aufsichtsbehörde sowie als Instruktionsbehörde des Regierungsrates.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	5'669.3	5'407.6	5'667.2	261.8	4.8 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	1'902.9	1'727.2	1'867.2	175.7	10.2 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	3.9	1.5	1.8	2.4	156.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>7'576.1</b>	<b>7'136.3</b>	<b>7'536.2</b>	<b>439.8</b>	<b>6.2</b>
42 Vermögenserträge	-1.6	-1.6	-1.6	0.0	...
43 Entgelte	-1'412.7	-1'125.5	-1'093.3	-287.2	-25.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'414.3</b>	<b>-1'127.1</b>	<b>-1'094.9</b>	<b>-287.2</b>	<b>-25.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>6'161.8</b>	<b>6'009.1</b>	<b>6'441.3</b>	<b>152.7</b>	<b>2.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Juristische Dienstleistungen und Stiftungsaufsicht	2'224.3	2'401.2		-176.9	-7.4
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen	985.4	1'109.9		-124.5	-11.2
Betrieb Telefonzentrale	799.9	974.6		-174.7	-17.9
Stabsleistungen	4'139.3	3'703.3		436.0	11.8

**Kommentar**

- Die Differenz ergibt sich einerseits aus der Überstundenabgrenzung (Kto. 301700) und andererseits aus der im Departementssekretariat zentral eingestellten Fluktuationseinsparung, die es über das gesamte Departement zu erreichen gilt.
- Das Justizdepartement übernimmt die Federführung bei der Vorbereitung der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009. Für diese Vorbereitungsarbeiten sowie das Projekt „Bewilligungswesen“ hat der Regierungsrat dem Justizdepartement Mittel aus dem Kompetenzkonto zugesprochen (RRB 06/01/39, 06/14/23, 06/29/74.2).

- An der Verordnung über die Mitwirkung der Quartierbevölkerung (Beschluss des Regierungsrates vom 22. Mai 2007).
- An der Verordnung zum Notariatsgesetz des Kantons Basel-Stadt (Notariatsverordnung) (Beschluss des Regierungsrates vom 18. Dezember 2007).

**Beziehungen zu den Landgemeinden** Das im letzten Jahr an den Grossen Rat weitergeleitete Ratschlagspaket zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kanton und Einwohnergemeinden (NOKE), das die Schaffung eines neuen Finanz- und Lastenausgleichs, die Anpassung des Gemeindegesetzes sowie die Kommunalisierung der Primarschule, inklusive Förderangebote, Tagesschulen und Tagesbetreuung beinhaltet, wurde vom Grossen Rat am 6. Juni 2007 verabschiedet und in der Referendumsabstimmung vom 23. September 2007 angenommen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurden im vergangenen Jahr nun die konkreten Schritte zur Umsetzung der Gesetzesanpassungen eingeleitet und verabschiedet.

Weiter wurden die gesetzlichen Grundlagen für das von der Gemeinde Riehen für das kommende Jahr geplante neue Abfallkonzept vom Regierungsrat genehmigt.

**Opferhilfekommission** Der Verein „Gemeinsame Opferhilfe beider Basel“ hat anfangs 2007 einen neuen Subventionsvertrag erhalten. Er hat sich weiterhin dazu verpflichtet, eine Beratungsstelle im Sinne des Opferhilfegesetzes für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zu betreiben. Neben

diesem Opferhilfe-Auftrag hat der Verein eine weitere Aufgabe erhalten: Die Beratung von gewaltbetroffenen Personen, wenn eine Wegweisung bei häuslicher Gewalt nach §37c des Polizeigesetzes stattgefunden hat. Der Subventionsvertrag trat am 1. Juli 2007 in Kraft.

**Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht** Im Berichtsjahr zeigte sich erstmals die volle Wirkung der 1. BVG-Revision. Bis spätestens am 31. Dezember 2007 mussten alle Vorsorgeeinrichtungen ihre Dokumente (Vorsorgereglemente, Anlage-, Reserve-, Organisations- und Teilliquidationsreglemente) an die neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst haben. Gegen Ende des Berichterstattungsjahres beschlossen zahlreiche kleinere Vorsorgeeinrichtungen ihre Liquidation mit der Begründung, dass sich der durch die erste BVG-Revision verursachte administrative Aufwand im Verhältnis zum relativ bescheidenen Vermögen nicht mehr lohne. Je nach Entwicklung der Gesetzgebungsarbeiten im BVG (insbesondere bezüglich der Strukturreformvorlage bzw. der neuen Corporate Governance-Bestimmungen) ist mit einer Fortsetzung des Trends zu weiteren Aufhebungen zu rechnen. Gleichzeitig findet auch bei den klassischen Stiftungen eine Bereinigung statt, da mit verschiedenen Gesetzesänderungen auch hier Anpassungsbedarf besteht. Die Anpassungen werden jedoch zu einer Professionalisierung der klassischen Stiftungen führen, insbesondere im Bereich der Rechnungslegung, was aus Transparenzgründen zu begrüßen ist. Insgesamt war die Aufsichtsbehörde im Berichtsjahr durch die zahlreichen Fragen im Zusammenhang mit den erforderlichen Anpassungen an die Gesetzesänderungen erneut stark gefordert. Die stetigen Gesetzesänderungen im BVG-Bereich und bei den klassischen Stiftungen bringen einen erhöhten Informationsbedarf mit sich, welche die Aufsichtsbehörde mit zusätzlichen Informationsschreiben sowie mit auf dem Internet abrufbaren Merkblättern und den mit den Nachbarkantonen Basel-Landschaft und Solothurn gemeinsam durchgeführten Informationsveranstaltungen zu bewältigen sucht.

Im Berichtsjahr mussten nur wenige Zwangsmassnahmen angeordnet werden und die bereits im Vorjahr stark reduzierten Unterdeckungen von Vorsorgeeinrichtungen haben sich weiter reduziert. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser positive Trend angesichts der seit Herbst 2007 negativen Börsenentwicklung fortsetzen wird.

## **Aussenbeziehungen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

### **Interkantonale Zusammenarbeit**

Der Vorsteher des Justizdepartements vertritt den Regierungsrat im Arbeitsausschuss der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) und in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Seit Sommer 2007 nimmt er im Leitenden Ausschuss der KdK Einsitz und leitet er die Arbeitsgruppe „Grenzkantone Deutschland“ der KdK. Am 8. Juni 2007 hielt die NWRK in Solothurn ihre 62. Plenarversammlung ab. Sie behandelte Verkehrsanliegen der Nordwestschweizer Kantone durch den Bund, die Programmvereinbarung BS/BL im Rahmen der Neuen Regionalpolitik sowie die Themen Bildungsraum und Gesundheitsregion. Die NWRK beschloss die Abschaffung des „2-Kreise-Modells“ in der ihr zugrunde liegenden Vereinbarung und die Stärkung des Konferenzsekretariats; die Präsidentschaft wechselte an den Vorsteher des Justizdepartements.

**Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB)** Am 26. Januar 2007 konstituierte sich in Saint-Louis (F) der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) als Nachfolgeorganisation des Vereins für die nachhaltige Entwicklung der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB). Auf der Basis der geänderten Statuten befasst sich der Verein mit einem wesentlich erweiterten Themenbereich und integriert unter der Bezeichnung „Districtsrat“ die bisherige Nachbarschaftskonferenz als Vereinsorgan. Die Vorstandssitzungen und die Mitgliederversammlung am 29. Juni 2007 befassten sich überwiegend mit dem Abschluss des INTERREG III-Projekts, der Schwerpunktsetzung für die Förderperiode INTERREG IV und der Sicherstellung einer Grundfinanzierung für die Jahre 2008-2010. Der Districtsrat konstituierte sich am 23. März 2007 und hielt am 21. September 2007 seine zweite Plenarversammlung ab.

**INFOBEST PALMRAIN** Das trinationale Team der grenzüberschreitenden Informations- und Beratungsstelle INFOBEST PALMRAIN in Village-Neuf bearbeitete im Berichtsjahr zirka 4'000 Anfragen in den Bereichen des grenzüberschreitenden Berufs- und Lebensalltags (Arbeit, Aufenthalt, Sozialversicherung, Steuersysteme, Zollfragen, bilaterale Abkommen). Im Berichtsjahr konnte die 50'000.

Anfrage seit Gründung der Einrichtung im Jahr 1993 registriert werden. Eine Kooperationsvereinbarung mit dem Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist die Basis für eine vertiefte Zusammenarbeit der beiden Institutionen bis zur Integration der INFOBEST PALMRAIN in den TEB.

**RegioTriRhena-Rat** Am 17. September 2007 wurde eine Fachveranstaltung zum Thema Berufsbildung in Mulhouse durchgeführt und am 27. November fand das jährliche RegioTriRhena-Kindertreffen in Mulhouse statt. Darüber hinaus befasste sich der Rat mit Fragen der Messekooperation und des Tourismus. Angesichts der sich neu formierenden kommunalen Zusammenarbeit im Eurodistrict sprach sich der Vorstand des RegioTriRhena-Rats für eine Zurückstufung dieses Gremiums aus und leitete eine Schliessung des Sekretariats per Ende 2007 in die Wege.

**Mulhouse und Freiburg i. Br.** Eine Intensivierung erfuhren im Berichtsjahr die bilateralen und trilateralen Kontakte mit den Nachbarstädten durch die halbjährlichen trilateralen Treffen zwischen dem Vorsteher des Justizdepartements mit dem Oberbürgermeister von Freiburg i. Br. und dem Maire von Mulhouse. Erfreulich entwickelt sich der Mitarbeiteraustausch zwischen der Stadtverwaltung Freiburg i. Br. und der kantonalen Verwaltung. Erstmals fand am 12. September 2007 auf Einladung von Basel ein trinationales Treffen der Parlamente von Basel, Mulhouse und Freiburg i.Br. statt

**Regierungskommission und Oberrheinkonferenz** Die D-F-CH Regierungskommission kam am 30. November 2007 in Basel zu ihrer 19. Sitzung zusammen. In Anwesenheit nationaler Behördenvertreter wurden insbesondere Fragen zu Gesundheit, Verkehr, dem Entsendegesetz und gemeinsamen Funkfrequenzen behandelt. Schwerpunkte der D-F-CH Oberrheinkonferenz bildeten im Jahr 2007 die Konstituierung der Kommission Klimaschutz und die Durchführung zweier Fachtagungen zu diesem Thema. Behandelt wurden der Bereich Gesundheit mit dem Inkrafttreten bzw. der Vorbereitung entsprechender binationaler Abkommen sowie die Grenzgänger-Problematik im Fall einer Pandemie. Im Berichtsjahr wurden überdies Arbeitsgruppen zu den Themen Metropolregion, Sport und Landwirtschaft eingesetzt.

**Dreiländer-Kongresse** Die Région Alsace ist Organisatorin des 11. Dreiländerkongresses am 11. Januar 2008 in Strasbourg zum Thema „Der Oberrhein – Modell für Entwicklung und Zusammenarbeit“. Ziel des Kongresses ist es, über die „Schaffung einer trinationalen europäischen Metropolregion am Oberrhein“ eine vertiefte Zusammenarbeit aller Akteure der Zusammenarbeit aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in die Wege zu leiten.

**EU-Programm INTERREG Oberrhein (Mitte-Süd)** Am 5. Dezember 2007 startete das neue Förderprogramms INTERREG IVA Oberrhein mit der Bewilligung erster Projekte anlässlich der konstituierenden Sitzung des Begleitausschusses. Geprägt wurde 2007 zudem durch die Erarbeitung des gemeinsamen Umsetzungsprogramms der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Neue Regionalpolitik, im Rahmen dessen der Bund den beiden Kantonen Fördergelder für INTERREG IV zur Verfügung stellt, sowie der entsprechenden Vorlage für einen Rahmenkredit an den Grossen Rat.

**EURES-T Oberrhein** EURES-T Oberrhein, das Teil des EURES-Netzwerkes (EUROpean Employment Services) ist, hat sich die Etablierung eines zusammengehörigen Arbeitsmarkts im grenzüberschreitenden Raum zum Ziel gesetzt. Beteiligt sind die fünf Nordwestschweizer Kantone, ihre Arbeitsverwaltungen, der Arbeitgeberverband Basel und der Interregionale Gewerkschaftsrat Dreiländereck. Wichtige Projekte waren regelmässige Sprechtag und Bewerbungstrainings des EURES-Beraters des Amts für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt in Deutschland und Frankreich sowie die Herausgabe zweier Informationsbroschüren für Grenzgänger in der Schweiz.

**Arbeitsgruppe Europäischer Grenzregionen (AGEG)** Über die Vereine REGIO BASILIENSIS und RegioTriRhena e.V. partizipiert der Kanton an der Lobbyingarbeit bei den Europäischen Institutionen sowie am Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Grenzregionen im Rahmen der AGEG. 2007 standen die Vorbereitung von INTERREG IV, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen sowie universitäre Kooperationen im Mittelpunkt.

## Staatsanwaltschaft

JD-302

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung oder eines Einstellungsbeschlusses. Im Bereich der Jugendkriminalität werden von der Jugendanwaltschaft auch erstinstanzliche Urteile gefällt.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen der Aufsicht des Regierungsrates entzogen. Der Verkehr zwischen dem Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das Justizdepartement vermittelt (§50 GOG).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Strafrechtliche Verfahren	3.3 Strafverfolgung und -vollzug

## Tätigkeiten und Projekte

Die Produktgruppe besteht aus den Produkten Ermittlungen und Entscheide. Die vier Abteilungen der Staatsanwaltschaft (Kriminalkommissariat, Allgemeine Abteilung, Abteilung Wirtschaftsdelikte und Jugendanwaltschaft) betreiben in ihren Fachbereichen Ermittlungsführung und Entscheidfällung, wobei das Kriminalkommissariat mit Schwerpunkt Ermittlungsführung, die Allgemeine Abteilung mit Schwerpunkt Entscheidfällung (Anklageerhebung oder Verfahrenseinstellung) tätig ist. Die Jugendanwaltschaft fällt zusätzlich erstinstanzliche Urteile.

Die Staatsanwaltschaft legt ihre Schwerpunkte und Ziele jährlich in Absprache mit dem Vorsteher des Justizdepartements als Vertreter des Regierungsrates, der Aufsichtsbehörde der Staatsanwaltschaft, fest.

## Strafrechtliche Massnahmen

**Abbau der Rückstände** Aufgrund eines erhöhten Einganges von Fällen bei der Allgemeinen Abteilung sowie aufgrund der allgemein gestiegenen Komplexität der Fälle war ein Abbau der hohen Rückständerzahlen trotz strikter Prioritätensetzung und Straffung sowie Vereinfachung der Arbeitsabläufe nicht möglich.

**Umsetzung Projekt NISSTA** Die Realisierung des Projektes NISSTA, des neuen Informatiksystems der Staatsanwaltschaft, wurde 2007 erfolgreich abgeschlossen. Damit steht der Staatsanwaltschaft sowohl für die kriminalpolizeiliche wie für die justizielle Arbeit ein System zur Verfügung, das ein effizientes und vollumfänglich informatikgestütztes Arbeiten erlaubt. Bei der Wahl des Systems wurde im Übrigen darauf Rücksicht genommen, dass die Grundversion bereits bei der Mehrzahl der Kantone als Polizeisystem verwendet wird.

**Einführung Allgemeiner Teil Strafgesetzbuch** Dank guter Vorbereitung bereits im Jahre 2006 konnte die Einführung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches per 1. Januar 2007 reibungslos vollzogen werden.

**Neuorganisation Informatikermittlung** Mit dem nebenamtlichen Einsatz von Angehörigen des Informatikcenters und von Kriminalisten verschiedener Abteilungen im Bereiche der Informatikermittlung konnte eine taugliche Übergangslösung eingeführt werden. Aufgrund der massiven Zunahme

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	106.3	106.1	104.8	105.3	1
Gesamtzahl der Strafanzeigen	Anz	23'149	23'865	26'413	30'394	29'530
Hiervon Gewaltdelikte	Anz	1'193	1'276	1'323	1'556	1'379
Ausländeranteil Kriminalität	%	54	55	57	54	60
Rückstände	Anz	692	663	648	698	675

**Kommentar**

- 1 Zusätzlich 97 detachierte Korpsangehörige der Kantonspolizei.
- 2 Keine verlässlichen Indikatoren für Prognose.
- 3 Tötungselikte, Körperverletzung, Raub und Entreissdiebstähle
- 4 Rückstände (Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt).

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	17'533.9	17'461.5	17'018.4	72.4	0.4
31 Sachaufwand	3'891.9	3'814.0	3'214.5	77.9	2.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	138.8	90.0	147.0	48.8	54.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>21'564.6</b>	<b>21'365.5</b>	<b>20'380.0</b>	<b>199.1</b>	<b>0.9</b>
43 Entgelte	-4'021.5	-3'314.4	-3'193.1	-707.1	-21.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'021.5</b>	<b>-3'314.4</b>	<b>-3'193.1</b>	<b>-707.1</b>	<b>-21.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>17'543.1</b>	<b>18'051.1</b>	<b>17'186.8</b>	<b>-508.0</b>	<b>-2.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Strafrechtliche Verfahren	17'543.1	18'051.1		-508.0	-2.8

von Straftaten, die mit den Mitteln der Informatik begangen werden, vor allem aber auch aufgrund des Umstandes, dass heute in allen Lebensbereichen und damit auch bei der Deliktsbegehung Informatikmittel von grundlegender Bedeutung sind, wird die Staatsanwaltschaft in Zukunft die Informatikermittlung organisatorisch, personell und materiell ausbauen und weiter professionalisieren müssen.



## Vormundschaftsbehörde

JD-303

Die Vormundschaftsbehörde unterstützt Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre persönlichen und/oder finanziellen Angelegenheiten selbstständig zu besorgen, und deren Umfeld sie nicht ausreichend dabei unterstützen kann. Ziel der Vormundschaftsbehörde ist, dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln und dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben.

Die Vormundschaftliche Abteilung bearbeitet Anträge betreffend vormundschaftlicher Massnahmen für erwachsene Personen und setzt bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Beistand, Beirat oder Vormund als gesetzlichen Vertreter oder Vertreterin ein. Neben privaten Mandatsträgern führt die Amtsvormundschaft den grössten Teil der vormundschaftlichen Massnahmen. Als Dienstleistung für die Klienten der Amtsvormundschaft führt die Finanzabteilung deren Buchhaltungen, verwaltet ihr Vermögen und ihre Wertschriften und zahlt an der Kasse Bargeld aus. Die Finanzabteilung führt zudem die Inkassostelle für Alimente.

Die Abteilung Kindes- und Jugendschutz unterstützt Kinder und Jugendliche, berät Eltern und untersucht Gefährdungssituationen von Minderjährigen von Amtes wegen. Im Bedarfsfalle ordnet sie zivilrechtliche Massnahmen (z.B. Erziehungsbeistandschaft, vorsorglicher Obhutsentzug) an und führt diese sowie auch jugendstrafrechtliche Mandate.

Die Schulsozialarbeit an der Weiterbildungsschule berät Jugendliche bei der Lösung von persönlichen sozialen Problemen. Ihr Bestreben ist, die Integration der Jugendlichen zu sichern und persönliche oder familiäre Notlagen rechtzeitig anzugehen.

Der Vormundschaft- und Fürsorgerat ist bei Erwachsenen zuständig für Fürsorgerische Freiheitsentzüge (FFE), die Jugendschutzkammer für Obhutsentzüge bei Kindern und Jugendlichen. Diese Räte gehören als richterliche Behörden aus Gründen der Unabhängigkeit nur administrativ, nicht aber organisatorisch zur Vormundschaftsbehörde. Dies trifft ebenfalls auf das eigenständige Jugendstrafgericht zu.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Entscheide und Massnahmen der Vormundschaftsbehörde

3.2 Vormundschaftswesen

## Tätigkeiten und Projekte

### Allgemeines

Das für die Vormundschaftsbehörde (VB) im Berichtsjahr wichtigste Ereignis war die Möglichkeit, in den Abteilungen mit überhohem Fallvolumen (Amtsvormundschaft, Abteilung Kindes- und Jugendschutz, vormundschaftliche Abteilung und EDV-Bereich) neues Personal einzustellen, um eine verantwortbare Qualität in der Bearbeitung der Fälle erzielen zu können. Nachdem die notwendige Infrastruktur bereitgestellt war, konnte zwischen Juni und September Personal im Umfang von insgesamt sieben Vollzeitstellen rekrutiert werden. Einige der neu eingestellten Personen waren bis Ende des Berichtsjahres bereits soweit eingeführt, dass eine erste Entlastung spürbar wurde.

Im Mittelpunkt des Berichtsjahrs stand auch der Prozess der Verwaltungsreorganisation (RV09). Für die Vormundschaftsbehörde von besonderer Bedeutung war der Entscheid des Regierungsrates, dass die Behörde künftig im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) angesiedelt ist, dies aber ohne die Abteilung Kindes- und Jugendschutz und ohne die Schulsozialarbeit, welche in verschiedene Geschäftsbereiche des Erziehungsdepartementes transferiert werden. Zudem wird die Inkassostelle für Alimente zwar mit ins WSU wechseln, dort aber nicht mehr der Vormundschaftsbehörde zugeteilt sein. Aufgrund dieser Entscheide mussten die Positionen der sich trennenden VB-Abteilungen im je neuen Departement geklärt und erste Vorkehren für die Herauslösung der einzelnen Abteilungen aus den Abläufen (insbesondere aus der elektronischen Falldatenverwaltung) getroffen werden.

Da die Akten der Vormundschaftsbehörde inzwischen alle auch elektronisch geführt werden und Auskünfte über Fälle direkt über das elektronische Falldatensystem von den Mitarbeitenden selbst

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	109.0	102.0	100.3	101.2	1
Meldungen an die Vormundschaftliche Abteilung	Anz	1'345	1'259	1'374	1'161	1'074
Vormundschaftliche Mandate der Amtsvormundschaft	Anz	2'066	2'061	2'027	1'963	1'917
Meldungen an die Abteilung Kindes- und Jugendschutz	Anz	1'183	1'261	1'114	1'098	
Fälle der Abteilung Kindes- und Jugendschutz	Anz	1'667	1'639	1'717	1'759	1'664
Entscheide VJFR (inkl. Präsidialentscheide)	Anz	98	142	134	150	

#### Kommentar

- Der Headcount der Vormundschaftsbehörde wurde erhöht, um die Qualität der Leistungen sicherzustellen und um notwendige Zusatzleistungen erbringen zu können.
- Nachdem im Jahre 2006 aufgrund intensiver Gespräche mit meldenden Stellen die Zahl eingehender Meldungen gesenkt werden konnte, hat sie im Berichtsjahr wieder zugenommen. Eine Interpretation dieser Schwankung ist zurzeit nicht möglich.
- Dank dem Projekt Heimbeistände (siehe Bericht Vormundschaftliche Abteilung) konnte die Fallzahl der Amtsvormundschaft erstmals fast konstant gehalten werden.
- Die Zahlen schwanken über die Jahre um einen konstanten Durchschnitt.
- Nachdem das Fallvolumen durch konsequenten Abschluss von Fällen im 2006 reduziert werden konnte, musste im Berichtsjahr bereits wieder ein leichter Anstieg verzeichnet werden.
- Nicht enthalten sind die Entscheide des Jugendstrafgerichtes. Die Differenz zwischen den Fallzahlen 2007 und denjenigen der Vorjahre liegt an einer strikteren Trennung zwischen der richterlichen Behörde und dem Jugendstrafgericht.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	15'814.5	15'400.8	14'779.9	413.6	2.7
31 Sachaufwand	1'615.9	1'396.2	944.2	219.7	15.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	13.1	0.0	4.0	13.1	...
36 Eigene Beiträge	2'766.5	2'950.0	2'935.0	-183.5	-6.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>20'210.0</b>	<b>19'747.0</b>	<b>18'663.1</b>	<b>463.0</b>	<b>2.3</b>
43 Entgelte	-5'647.1	-5'228.0	-5'406.5	-419.1	-8.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-5'647.1</b>	<b>-5'228.0</b>	<b>-5'406.5</b>	<b>-419.1</b>	<b>-8.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>14'562.9</b>	<b>14'519.0</b>	<b>13'256.6</b>	<b>43.9</b>	<b>0.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Entscheide und Massnahmen der Vormundschaftsbehörde	17'104.6	17'060.7		43.9	0.3

#### Kommentar

- Erhöhter Sachaufwand wegen nicht budgetierten Rückstellungen für Ferien- und Gleitzeitguthaben infolge Praxisänderung (RRB Nr. 07/38/22 vom 27. November 2007).

abgerufen werden können, bedarf die VB keiner zentralen Registratur mehr. Im Rahmen eines Projekts wurde die Zentralregistratur aufgehoben und als Bereich „Archivierung und Empfang“ der vormundschaftlichen Abteilung unterstellt.

Mit dem Schuljahresbeginn im August 2007 stellte die Vormundschaftsbehörde erstmals drei Assistenzlehrfrauen ein. Mit dieser neuen Ausbildungsmöglichkeit kann zusätzlichen jungen Menschen eine berufliche Perspektive angeboten werden.

Im Berichtsjahr wurden mit der Familien- und Erziehungsberatung erfolgreich Verhandlungen zur Erneuerung des Subventionsvertrages geführt. Der Betrag konnte leicht erhöht werden, damit die

Institution künftig bei Beratungen von Klienten mit Migrationshintergrund im Bedarfsfalle Dolmetscher einsetzen kann.

Neu konnte im Berichtsjahr eine Subventionsvereinbarung mit der pro juventute zur Führung der Telefonhilfe für Kinder und Jugendliche 147 abgeschlossen werden. Für einen geringen Subventionsbetrag nimmt die Telefonhilfe 147 Anrufe von Kindern und Jugendlichen in Not entgegen und vermittelt sie im Bedarfsfalle an die Anlaufstellen des Netzwerks Kindes- und Jugendschutz.

**Vormundschaftliche Abteilung (VA)** Nachdem im Jahre 2006 gegenüber den Vorjahren erstmals ein leichter Rückgang bei den Meldungen an die VA zu verzeichnen war, haben diese im Jahre 2007 wieder zugenommen. Mit 1'345 liegen die Meldungen knapp über den Prognosen. Obschon durchschnittlich nur ca. ein Drittel der Meldungen zu vormundschaftlichen Massnahmen führen, nimmt die Zahl der laufenden Fälle, welche in der Regel ein jahrelanges Engagement nach sich ziehen, tendenziell zu. Dies führt zu einer Potenzierung des Aufwands. So sind für die VA nicht nur immer mehr neue Anträge zu bearbeiten, sondern auch immer mehr bestehende Fälle zu bewirtschaften (Revisionen, Beratungen, Genehmigungen, Beschwerden, allgemeine Administration). Noch stärkere Auswirkungen hat diese Entwicklung auf die Amtsvormundschaft (AV), welche immer mehr Betreuungsmandate zu führen hat.

Um bei der AV die Zunahme der Mandate zu verlangsamen bzw. eine Trendumkehr zu bewirken, wurde im Berichtsjahr das Projekt „Heimbeistand“ umgesetzt. Auf diese Weise ist es gelungen, die AV von knapp 100 Mandaten zu entlasten. Im Rahmen dieses Projekts wurden für 26 Alters- und Pflegeheime im Kanton Basel-Stadt Privatpersonen zu sog. Heimbeiständinnen und Heimbeiständen ernannt, welche für mehrere Menschen in diesen Institutionen eine Beistandschaft übernehmen. Neben der Entlastung für die AV bringt das Projekt mannigfaltige Vorteile: 1. für die betreuten Personen, weil sich private Mandatsträger stärker um persönliche Belange der Klienten kümmern können als Amtsvormunde, 2. für die Institutionen, weil sich die Zahl der für die Heimbewohnerinnen und -Bewohner zuständigen Beistände verringert und 3. für die Heimbeistände selbst, weil sie durch die Führung mehrerer Mandate rasch ein breiteres Know How und einen grösseren Erfahrungsschatz aufbauen können als andere Private, die nur ein einzelnes Mandat führen.

**Finanzabteilung (FA)** Im 2007 wurden durch die Inkassostelle für Alimente insgesamt 912 Fälle bearbeitet und geführt. Somit fallen auf jede 100%-Stelle im Durchschnitt rund 183 Mandate pro Jahr.

Im Bereiche der Vermögensverwaltung hat die Finanzabteilung zusammen mit den Mandatsträgern rund 450 Wertschriftendepots verwaltet, davon etwa 60 als so genannte „offene Depots“. Der gesamte Marktwert der von uns betreuten Finanzmarktanlagen betrug per 31. Dezember 2007 zirka CHF 325 Mio.

Über den Kassenschalter wurden in über 18'700 Auszahlungen rund CHF 6,5 Mio. an die Klientinnen und Klienten der Amtsvormundschaften ausbezahlt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Klientenbuchhaltung verarbeiteten wie im Vorjahr insgesamt rund 200'000 Belege/Buchungen.

**Abteilung Kindes- und Jugendschutz (AKJS)** Die AKJS hat im Berichtsjahr den per Januar 2008 eingeführten Telefon-Pikettdienst vorbereitet. Kindern, Jugendlichen und Eltern soll bei dringenden Gefährdungslagen und akuten Erziehungskrisen eine Ansprechbarkeit rund um die Uhr gewährleistet werden. Die Pikettleistenden helfen den Anrufenden, bestehende Krisen bis zur nächsten Öffnungszeit der AKJS zu überbrücken. Im Rahmen des Pikett-Einsatzes ist, wenn erforderlich, auch die sofortige vorübergehende Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ausserhalb ihrer Familie möglich.

Das Netzwerk Kinderschutz Basel-Stadt organisierte mit Unterstützung der Primarschulleitungen im August und September 2007 die interaktive Ausstellung „Mein Körper gehört mir“. 60 Schulklassen besuchten zusammen mit ihren Lehrpersonen das auf die Prävention sexueller Ausbeutung gerichtete Angebot. Beraterinnen und Berater der Kinderschutz-Anlaufstellen führten die Kinder durch die Ausstellung.

**Amtsvormundschaft (AV)** Erneut hatte die AV etwas mehr Klientinnen und Klienten zu betreuen als im Vorjahr (siehe Kennzahlen), obwohl neu gegen hundert Mandate an Private Mandatsträger

(siehe Projekt Heimbeistand der VA) übergeben wurden. Zudem hat die Komplexität der Mandate bei der AV weiter zugenommen. So ist festzustellen, dass es inzwischen bei jedem Mandat Probleme aus allen Bereichen (Gesundheit, Finanzen, rechtliche Interessenwahrung, fehlendes soziales Netz) zu lösen gilt. Dies erfordert zunehmend vernetztes Arbeiten, was ebenfalls zusätzliche Ressourcen bindet. Die Mitte Jahr eröffnete Amtsvormundschaft 9 soll nach der erforderlichen Einarbeitungsphase für die bestehenden AV-Teams ein Stück Entlastung bringen.

**Schulsozialarbeit (SSA)** In der SSA wurde das im Herbst 2006 eingeführte Projekt „Schulsozialarbeit an der Primarschule St. Johann“ mit Erfolg weitergeführt. Nach einer sehr kurzen Einführungsphase begannen Lehrpersonen, Eltern und sogar Schülerinnen und Schüler selbst das Projekt aktiv zu nutzen. Es zeichnete sich bis Ende Jahr bereits ein Erfolg dahingehend ab, dass Lehrpersonen einen positiven Einfluss der verschiedenen Kontakte der Schulsozialarbeiterin auf das Lernverhalten von schwierigen Schülerinnen und Schülern feststellen.

**Richterliche Behörde: Jugendschutzkammer, Vormundschafts- und Fürsorgerat** Der Vormundschafts-, Jugend- und Fürsorgerat (VJFR) ist der Vormundschaftsbehörde administrativ angegliedert. Die schwierigsten Fälle, welche der VJFR zu beurteilen hat, sind die Obhutsentzüge von Kindern und Jugendlichen und die Entscheide über fürsorgerische Freiheitsentzüge (FFE) gegenüber Erwachsenen. 2007 mussten bei insgesamt 30 Personen Obhutsentzüge (15 Kinder und Jugendliche) bzw. eine FFE (15 Erwachsene) ausgesprochen werden. Die Zahlen entsprechen den Durchschnittszahlen der Jahre 2002 – 2006. Obwohl in den meisten Fällen grosser Widerstand der Betroffenen gegen eine Einweisung besteht, wurde der Entscheid nur in sieben Fällen weitergezogen. Ein Fall wurde vom Verwaltungsgericht gutgeheissen, vier Fälle sind noch hängig.

## Abteilung Jugend, Familie und Prävention

JD-304

Kernauftrag der Abteilung Jugend, Familie und Prävention (AJFP) ist die Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Dazu gehören die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich, die Unterstützung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen, von denen sie betroffen sind, die Stärkung der familiären Strukturen und Unterstützung in Erziehungsaufgaben.

Wichtiges Ziel ist die Durchsetzung eines wirksamen präventiven Kinder- und Jugendschutzes mit Massnahmen und Projekten, die insbesondere die Freizeit von Kindern und Jugendlichen sowie Familien fokussieren.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist die Erarbeitung eines kohärenten Vorgehens aller Akteurinnen und Akteure im Kampf gegen häusliche Gewalt zur Optimierung des Opferschutzes und der strafrechtlichen Sanktionen gegen Gewalt ausübende Personen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien	3.4 Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung
Präventiver Kinder- und Jugendschutz und Intervention gegen häusliche Gewalt	3.4 Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung

## Tätigkeiten und Projekte

**Allgemeines** Das Jahr 2007 war für die AJFP von intensiven Vorbereitungsarbeiten hinsichtlich des Übertritts ins Erziehungsdepartement im Rahmen der RV09 geprägt. Gemeinsam mit den Verantwortlichen aus dem Erziehungsdepartement und den anderen betroffenen Abteilungen wurden die Strukturen sowie die strategische Ausrichtung des neuen Bereichs Jugend, Familie und Sport erarbeitet. Das Förder- und Präventionsprojekt „schappo“ zeichnete im vierten Jahr drei weitere anerkennenswerte Projekte aus, die sich für Kinder-, Jugend- und Familienförderung im Kanton eingesetzt hatten. Im November fand eine gut besuchte „schappo-Konferenz“ statt, an der sich die Teilnehmenden über das Gelingen von Freiwilligenprojekten austauschten.

**Förderung der Kinder und Jugendlichen** Der Schwerpunkt galt im Jahr 2007 dem Subventionsgeschäft der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es gelang weitgehend, Konsens über die fachlichen Inhalte und den finanziellen Rahmen zu finden. Erstmals konnten die Gesuche der Regierung und dem Parlament als Gesamtpaket vorgelegt werden. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Planung und Steuerung der Angebote erreicht. Für Kinder- und Jugendarbeiter/innen wurde eine zweitägige Weiterbildung zur sozialräumlichen Arbeit organisiert. Am Tag des Kindes beteiligte sich die AJFP gemeinsam mit dem Kinderbüro am Mitwirkungstag, der in den Räumlichkeiten des Grossen Rates stattfand. Die von den Kindern formulierten Anliegen werden geprüft und sollen möglichst umgesetzt werden. Der Junge Rat war auch in seinem dritten Jahr sehr aktiv. Zur Diskussion standen das Stimm- und Wahlrechtsalter 16, das Rayonverbot, Nutzungsmöglichkeiten für Jugendliche in der Innenstadt und die Bildungsreformen. Mit manchen daraus resultierenden Anliegen gelangten die Jugendlichen auch an den Regierungsrat. Die regierungsrätliche Jugendkommission unter dem Vorsitz des Departementvorstehers traf sich im vergangenen Jahr zu drei Sitzungen. Dabei standen das Konzept und das Monitoring im Kinder- und Jugendbereich zur Diskussion. Zusätzlich fanden zwei gemeinsame Sitzungen mit der Familienkommission zum Thema Kinderarmut statt.

**Förderung der Familien** Die Kampagne „Stark durch Erziehung“ hat zur Förderung und Unterstützung von Erziehenden mit einer Vielfalt an Angeboten und einer breiten Öffentlichkeitsarbeit auf das Thema Erziehung aufmerksam gemacht. Für Fachpersonen wurden eine Weiterbildung durchgeführt sowie eine Fachtagung und zwei Treffen, um den Austausch unter Fachleuten zu fördern. Wiederum wurden die Elternbriefe der pro juventute den Eltern eines erstgeborenen Kindes angeboten, und auch im 2007 war das Justizdepartement gemeinsam mit der Fachstelle für Familienfragen des Kantons Basel-Landschaft Träger des Familienpasses Region Basel. Die AJFP verfasste im Auftrag des Vorstehers des Justizdepartements einen Bericht zur Frühförderung zuhanden des Regierungsrates und engagierte sich für das präventive Förderprogramm Opstapie. Dieses in den Niederlanden entwickelte Spiel- und Lernprogramm für Kleinkinder ab 18 Monaten und deren Eltern richtet sich an

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	9.2	9.3	9.5	8.2	
Förder- und Projekte zu präv. Jugendschutz, von Halt-Gewalt	Anz	22	22	22	26	28 <sup>1</sup>
Massnahmen zur Planung und Steuerung der Abteilungsaufgaben	Anz	25	24	24	25	26 <sup>2</sup>

#### Kommentar

- 1 Zum Beispiel: Partizipation, Eltern- und Familienbildung, Stärkung der Erziehungs- und Alltagskompetenzen respektive Projekte zur Verhinderung von Gewalt und Sucht und zur Stärkung der Konsumkompetenzen.
- 2 Dies beinhaltet: Subventionierungen privater Institutionen, Konferenzen, Weiterbildungen, Stellungnahmen und Berichte, Konzeptarbeit, Vernetzungstätigkeit, Unterstützung der Interventionsarbeit bei häuslicher Gewalt sowie die Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	1'441.0	1'472.4	1'371.8	-31.4	-2.1
31 Sachaufwand	373.8	378.0	361.0	-4.2	-1.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>1'814.8</b>	<b>1'850.4</b>	<b>1'732.8</b>	<b>-35.6</b>	<b>-1.9</b>
43 Entgelte	-5.5	-22.8	-5.0	17.3	75.8
<b>4 Ertrag</b>	<b>-5.5</b>	<b>-22.8</b>	<b>-5.0</b>	<b>17.3</b>	<b>75.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'809.2</b>	<b>1'827.6</b>	<b>1'727.8</b>	<b>-18.4</b>	<b>-1.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien	6'129.6	6'113.4		16.2	0.3
Kinder-/Jugendprävention, Intervention gegen häusliche Gewalt	936.0	982.6		-46.7	-4.7

sozial benachteiligte Familien und soll im 2008 starten. Die Familienkommission befasste sich mit dem obgenannten Bericht, informierte sich über Möglichkeiten der Scheidungsprävention und führte erstmals gemeinsam mit der Jugendkommission zwei Fachsitzungen zu Kinderarmut durch.

**Massnahmen zum präventiven Kinder- und Jugendschutz** Am 10. August 2007 trat das Tabaksverkaufsverbot an Jugendliche unter 18 Jahre in Kraft. Unterstützend wurden dazu die Verkaufsstellen informiert und mit Material beliefert. Für die EURO 2008 wurden in Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Stellen unter der Leitung der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) ein Kriterienkatalog und Schulungsunterlagen zur Alkoholprävention für Personal erstellt. In Zusammenarbeit mit der Budget- und Schuldenberatung Plusminus Basel wurde die Broschüre „Junge Familien und Finanzen“ zur Unterstützung im Bereich Budgetplanung produziert und verteilt. Gemeinsam mit dem ED und dem SiD realisierte die AJFP ein Aufklärungsprojekt für Schulen über Gefahren und Nutzen von Handy und Internet. Safer Clubbing, das Präventionsprojekt in der Clubszene, wurde gestartet und ist im Aufbau begriffen. SiD, BD und JD arbeiteten zusammen am Aktionspaket Oberes Kleinbasel, um dort die Nutzungskonflikte zwischen Anwohnern/innen und Nutzern/innen des öffentlichen Raums zu entschärfen. Ausserdem lag ein Schwerpunkt in der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen beim Alkoholverkauf. Mit dem Präventionstool Talk about Event des Blauen Kreuzes wurden über zehn Grossveranstaltungen im Stadtgebiet im Hinblick auf die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen beim Alkoholverkauf vorbereitet. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft zum Thema Rechtsextremismus wurde fortgesetzt. Die Beratungs- und Anlaufstelle wurde mehrfach in Anspruch genommen. Es fand eine Tagung zum Thema statt und ein Massnahmenbericht wurde verfasst.

**Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, Halt-Gewalt** Anlässlich seines 10-jährigen Bestehens führte Halt-Gewalt am 20. April eine Fachtagung mit renommierten Referenten/innen aus dem In- und Ausland durch und publizierte das Glossar „Von Angst bis Zuflucht“. Bei zwei Gesetzesnovellen, die per 1. Juli 2007 in Kraft traten, setzte sich Halt-Gewalt für koordinierte und effiziente Abläufe

mit den Kooperationspartnern ein: „Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen“ und „Polizeiliche Wegweisung bei häuslicher Gewalt“. Weiterbildungen führte Halt-Gewalt mehrheitlich in den Bereichen Migration und Gesundheitswesen durch. Das Lenrprogramm gegen häusliche Gewalt BS/BL führte im siebten Jahr seines Bestehens erstmals drei Parallelgruppen.

## Gleichstellungsbüro

JD-305

Ziel und Auftrag des Gleichstellungsbüros (GSB) ist es, die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und zu unterstützen.

Die Gleichstellungspraxis in der kantonalen Verwaltung wird angeregt, unterstützt, gefördert und begleitet. Gleichstellungsbestrebungen werden in allen Lebensbereichen initiiert und weiterentwickelt zwecks Verbesserung der ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Insbesondere geschieht dies durch das Erarbeiten von Konzepten, Massnahmen und zielgruppenspezifischen Projekten, das Beraten und Unterstützen von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie das Überprüfen von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundes- und Kantonsverfassung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung	3.5 Gleichstellung von Frauen und Männern

## Tätigkeiten und Projekte

**Die Schwerpunkte des Gleichstellungsbüros** Der seit Ende 2006 bestehende „Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“, der vom GSB geleitet wird, konnte bereits einige Projekte entwickeln und umsetzen: Die vom Gleichstellungsbüro konzipierte und vom Round Table getragene Fachtagung „Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor für kleine und grosse Betriebe“ u.a. mit Bundesrätin D. Leuthard vom Februar stiess auf positives Echo und war auch von Wirtschaftsseite her sehr gut besucht. Ein Faltblatt mit Informationen zu Round Table & Promotor/innen Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel wurde über die Wirtschaftsverbände breit versandt und stiess auf Resonanz: Es konnten weitere neue Firmen gewonnen werden. Ende September haben die am Round Table vertretenen Wirtschaftsverbände zwei Veranstaltungen zu „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ für KMUs durchgeführt und so das Thema weiter bei einer wichtigen Zielgruppe verankern können.

Im Bereich Gender Mainstreaming konzentriert sich das GSB auf eine Verfeinerung der in Basel erarbeiteten Gender Budgeting-Methode. Es wurden zusammen mit einer Begleitgruppe ein Feinkonzept zu gleichstellungs- und finanzrelevanten Indikatoren im Bildungsbereich erarbeitet. Die vom Statistischen Amt erhobenen Resultate werden per Ende Februar 2008 erwartet.

Das Aktionsprogramm zur Öffnung der Berufswahl von jungen Frauen und Männern wurde ausgearbeitet. Es richtet sich an Schüler/innen, Lehrpersonen, Betriebe, Berufsberatung und Eltern. So konnte das GSB mit einer Schwerpunktveranstaltung des Gewerbeverbandes über 100 Betriebe, die Lernende ausbilden, über die stereotype Berufswahl informieren und sich über die Folgen für die Betriebe austauschen. Beim Projekt Elterntreff des AfBB konnte das GSB sein Fachwissen einbringen und für das Projektdesign zur Verfügung stellen. Damit sollen Eltern von Migrantinnen und Migranten angesprochen und für die Berufswahlprozess ihrer Kinder sensibilisiert werden. Erfolgreich waren die im September für über 100 Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule durchgeführten Projektstage zur Öffnung der Berufswahl „choose it“. Die umfassende Evaluation des vom GSB konzipierten und in Zusammenarbeit mit dem Erziehungsdepartement und der Orientierungsschule durchgeführten Projektes fiel auch 2007 sehr positiv aus. Hervorgehoben wurden von allen Beteiligten Qualität und Nachhaltigkeit des Projektes im Vergleich zum Tochtertag. Das starke Interesse von Lehrpersonen und Klassen am Projekt hat die Organisator/innen veranlasst, das Projekt ab 2008 zweimal im Jahr durchzuführen.

Weitere thematische Treffen mit jungen Frauen aus der zweiten Generation wurden vom GSB im Rahmen von „Café Secondas“ organisiert. Die Interessentinnen an diesen Treffen erreichten eine immer grössere Breite. Ausserdem wurden im März zwei Matinées mit Podiumsdiskussionen zum Thema Secondas und Secondos in den Kultkinos durchgeführt, wodurch das Projekt eine breitere geschlechtergemischte Öffentlichkeit erreichte. Das Projekt Café Secondas wurde im Sommer abgeschlossen. Die Auswertung der Treffen führte zum Folgeprojekt „Kompetenzzentrum Secondas“.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.1	3.1	2.8	3.6	
Projekte zur Förderung der Gleichstellung	Anz	11	11	10	10	11
Befragtenanteil, dem das Thema Chancengleichheit wichtig ist	%	84.1		83.3		82.6 <sup>1</sup>
Befragtenanteil, der das Teilzeitstellenangebot gut findet	%	24.5		22.2		26.1
Lohndifferenz zwischen Frau und Mann in der Privatwirtschaft	%		19		20	2 <sup>2</sup>

#### Kommentar

- 1 Resultat der Bevölkerungsbefragung (Zahlen werden alle zwei Jahre erhoben). Prognosen über Zustimmungssanteile zu bestimmten Themen sind nicht sinnvoll.
- 2 Seit dem Jahr 2000 stetig rückläufig von über 20% bis auf knapp 20% (2004). (Zahlen werden alle zwei Jahre mittels Lohnstrukturerhebung erhoben).

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	536.4	484.9	460.0	51.6	10.6
31 Sachaufwand	259.7	235.4	252.0	24.4	10.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>796.2</b>	<b>720.2</b>	<b>712.0</b>	<b>75.9</b>	<b>10.5</b>
43 Entgelte	-50.4	-41.6	-21.9	-8.8	-21.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-11.1	-4.0	-21.8	-7.1	-176.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-61.5</b>	<b>-45.6</b>	<b>-43.7</b>	<b>-15.9</b>	<b>-34.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>734.7</b>	<b>674.6</b>	<b>668.3</b>	<b>60.0</b>	<b>8.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gleichstellungsförderung inner-/ausserhalb der Verwaltung	1'114.7	1'054.6		60.0	5.7

Für den Aufbau dieses Vorhabens arbeitet das GSB eng mit der Integrationsstelle und den Basler Secondas zusammen.

**Weitere wichtige Geschäfte** Der vom Gleichstellungsbüro erarbeitete Antwortentwurf zum Anzug gegen sexistische Werbung wurde im Frühling vom Regierungsrat an den Grossen Rat überwiesen. Die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen hat begonnen. Die involvierten Behörden sowie die Allgemeine Plakatgesellschaft holen bereits vermehrt die Stellungnahme des Gleichstellungsbüros zu heiklen Plakaten ein.

Die Arbeit am Basler Runden Tisch Prostitution und in der Arbeitsgruppe Menschenhandel hat sich intensiviert. Die von der Arbeitsgruppe Menschenhandel entwickelte Kooperationsvereinbarung für Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen zum Umgang mit möglichen Opfern von Menschenhandel wurde im Mai abgeschlossen und vom Regierungsrat begrüsst. Die Umsetzung der Vereinbarung wird von der Arbeitsgruppe begleitet.

**Veranstaltungen, Schulungen und Vernetzungsarbeit** Der für die Kantone Basel-Stadt und Baselland konzipierte Kurs „Das Gleichstellungsgesetz kompetent anwenden“ ist nach wie vor gefragt. Er richtet sich an nicht-juristische Mitarbeitende aus Privatwirtschaft und Beratungsstellen.

Das GSB beteiligte sich massgeblich am öffentlichen Podium zum Thema „Kulturalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt“ im Union, das zusammen mit Migrantinnen und Menschenrechtsaktivistinnen organisiert wurde.

Der Chancengleichheitspreis beider Basel „das heisse Eisen“ wurde an eifam – Verein Alleinerziehender verliehen.

Der Austausch mit den Schlichtungsstellen für Diskriminierungsfragen Basel-Stadt und Baselland zeitigt positive Auswirkungen auf die regelmässige Aktualisierung der Datenbank [www.gleichstellungsgesetz.ch](http://www.gleichstellungsgesetz.ch) mit Basler Schlichtungsstellen- sowie Gerichts-Entscheiden.

Die Alliance Egalité, die Vernetzung mit den Gleichstellungsbeauftragten aus Privatwirtschaft und weiteren Institutionen, befasste sich in ihrem Jahresschwerpunkt mit dem Thema „Kadernänner arbeiten Teilzeit“.

**Publikationen und Weiteres** Der Newsletter des GSB – die „Brise“ – wurde breit gestreut und erschien zu den Schwerpunktthemen „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und „Berufswahl/Lebensplanung“.

Komplexe Anfragen zu Fällen nach Gleichstellungsgesetz, zunehmend betreffend Lohnungleichheit, aber auch betreffend Schwangerschaft und sexueller Belästigung beschäftigten das GSB.

**Frauenrat** Neben dem Engagement der Fachgruppen im jeweiligen Fachbereich verfolgte der Frauenrat im vergangenen Jahr verschiedene Projekte: Weitergeführt wurde das Thema „Gender-Budget“ in Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro und weiteren Verwaltungsstellen. Die Ergebnisse werden in der ersten Hälfte 2008 vorgestellt. Ein neues Projekt wurde zum Thema „Gender in der Früherziehung“ lanciert. Studierende an der FHNW erarbeiteten im Auftrag des Frauenrats eine Studie zum Stand der Forschung und der Umsetzung der Genderperspektive im Frühbereich im Kanton Basel-Stadt. Die Ergebnisse weisen auf einen grossen Handlungsbedarf hin. Das Thema wird vom Frauenrat weiter verfolgt. Eine weitere Projektgruppe befasste sich im Hinblick auf die EURO 2008 mit „Frauen im Sport“. Verwaltungsmässig setzte sich der Frauenrat erfolgreich für die Verbesserung der Mutterschaftsversicherung bei höheren Lohnklassen ein.

Wie jedes Jahr organisierte der Frauenrat einen Migrantinnen-Apéro, diesmal anlässlich einer Veranstaltung zum Thema „Kulturalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt“, und engagierte sich in der Jury zum Chancengleichheitspreis „das heisse Eisen“. Im Zusammenhang mit den Nationalrats- und Ständeratswahlen befragte der Frauenrat die Kandidierenden im Kanton Basel-Stadt zu ihrem Engagement in Gleichstellungsfragen. Die Umfrage wurde auf der Webseite [www.frauenrat.bs.ch](http://www.frauenrat.bs.ch) veröffentlicht und hatte auch Echo in der Presse.

**Subventionen**

JD-307

Diese technische Dienststelle, welche weder Personalkosten noch andere Kennzahlen beinhaltet, verwaltet Subventionsbereiche mit einem Volumen von insgesamt TCHF 10'244. Die Details zu den einzelnen Subventionsbereichen sind der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.

**Tätigkeiten und Projekte**

Zu den Tätigkeiten und Projekten vgl. auch die Ausführungen in den einzelnen Dienststellen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
36 Eigene Beiträge	10'244.9	10'420.0	10'087.1	-175.1	-1.7
K	0.0	522.9	0.0	-522.9	-100.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>10'244.9</b>	<b>10'420.0</b>	<b>10'087.1</b>	<b>-175.1</b>	<b>-1.7</b>
43 Entgelte	-29.8	0.0	-31.3	-29.8	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-29.8</b>	<b>0.0</b>	<b>-31.3</b>	<b>-29.8</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>10'215.0</b>	<b>10'420.0</b>	<b>10'055.8</b>	<b>-205.0</b>	<b>-2.0</b>

davon Produktgruppe(n):

Keine Daten

## Grundbuch- und Vermessungsamt

JD-309

Mit dem Grundbuch und der Amtlichen Vermessung wird das Eigentum an Grundstücken gewährleistet. Das Register enthält rund 40'000 Grundstücke; der mit der Grundbucheinrichtung gesicherte Wert der Grundpfandrechte beträgt ca. 22 Milliarden CHF. Das Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) führt auch das kantonale Schiffsregister und das schweizerische Seeschiffsregister.

Die Amtliche Vermessung stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in Plänen und Geografischen Informationssystemen (GIS) sicher. Im Gegensatz zur Grundbuchführung handelt es sich bei der Amtlichen Vermessung um eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kanton.

Nebst Grundbuch und Amtlicher Vermessung führt das GVA den kantonalen Leitungskataster und dokumentiert die umfangreichen unterirdischen Infrastrukturbauten (6'000 Trassekilometer). Es bewirtschaftet die Basisdaten des offiziellen Stadtplans. Mit der Bodenbewertungsstelle und der von ihr geführte Bodenpreisstatistik leistet das GVA einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Die Grundstücks- und Bodeninformationen sind die Basis für alle raumbezogenen Informationssysteme. Das GVA betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, welche sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards erfasst, koordiniert, zusammengeführt und über das Geoportal ausgetauscht werden können. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche unabhängig vom Standort Wirtschaft, Verwaltung und Privaten einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht.

Das GVA arbeitet mit den benachbarten Grundbuch- und Vermessungsämtern sowie den zuständigen Bundesbehörden zusammen und unterstützt die grenzüberschreitenden Bemühungen für einheitliche Geodatenstandards.

Mit geeigneten Ausbildungsplätzen (über 10% der Arbeitsplätze) stellt es die Ausbildung in den Fachbereichen sicher.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Aus-u. Weitergabe der Grundstücks-u. Vermessungsgrundlagen	3.1 Rechts- und Registerwesen
Bereitstellen u. Nachführen der Grundstücks-u. Vermessungsgrundl.	3.1 Rechts- und Registerwesen

## Tätigkeiten und Projekte

**Allgemeines** Die Pensionierung des Leiters der Abteilung Grundlagen war Anlass für eine Optimierung der Organisationsstruktur des GVA. Im Hinblick auf RV09 wurde die Abteilung Grundlagen aufgelöst und deren Ressorts auf die Abteilungen Amtliche Vermessung und Geoinformation aufgeteilt. Damit können mittel- und längerfristig Synergien in der Katastervermessung und in der Präsentation (Visualisierung und Distribution) von Geoinformationen gewonnen werden.

**Grundbuch** Die Zahl der Anmeldungen betrug 3'312 (3'312). Im laufenden Jahr wurden 3'539 (3'065) Grundbuchauszüge ausgestellt. Inzwischen wird zunehmend von der elektronischen Abfragemöglichkeit Gebrauch gemacht. Insgesamt 39'249 (41'066) Grundbuchauszüge und 6'468 (6'255) Eigentümerabfragen wurden via Internet/Intranet getätigt.

**Kantonales Schiffsregister** Im laufenden Jahr wurden 19 (14) Schiffe aufgenommen und 39 (8) gestrichen. Es fanden 14 (8) Handänderungen statt. Am Jahresende waren somit 220 (240) Schiffe eingetragen. Ihre Tragfähigkeit betrug 144'029 t (132'277 t).

**Schweizerisches Seeschiffsregister** In das im Auftrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements geführte Register wurden 7 (6) Schiffe aufgenommen, 3 (2) Schiffe wurden gelöscht. Am Jahresende waren 33 (29) Schiffe eingetragen mit einer Nettotonnage von 329'121 t (284'201 t).

**Amtliche Vermessung (AV)** Im Berichtsjahr wurde der Datenbestand der amtlichen Vermessung laufend nachgeführt. Es wurden 381 (626) Nachführungsaufträge erledigt. Die Erneuerungsarbeiten

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.1	46.2	46.2	47.7	
Nachführungsgeschäfte Grundbuch und Amtliche Vermessung	Anz	3'693	3'935	3'895	4'062	4'179
Nachführungsgeschäfte Leitungskataster	Anz	2'614	2'648	2'513	2'046	2'023
Anteil Katastererneuerungen am Aufwand der Produktgruppe 1	%	20	14	13	9	5 <sup>1</sup>
Zugriffe auf Geoportal im Internet / Intranet in Mio.	Anz	3.9	4.0	3.4	2.6	1.9

#### Kommentar

- 1 Unter Katastererneuerung wird die gesamtschweizerische Harmonisierung der Datenmodelle und Schnittstellen, sowie die gesetzlich vorgeschriebene periodische Nachführung der Amtlichen Vermessung verstanden. Wegen Einführung des neuen Datenmodells des Bundes für die amtliche Vermessung vergrösserte sich der Anteil im Jahre 2007 markant.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	6'924.3	6'767.7	6'976.8	156.6	2.3
31 Sachaufwand	1'517.2	1'223.5	1'235.3	293.8	24.0 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	10.4	3.0	6.8	7.4	245.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8'451.9</b>	<b>7'994.1</b>	<b>8'218.9</b>	<b>457.7</b>	<b>5.7</b>
43 Entgelte	-7'844.6	-7'640.9	-7'849.9	-203.7	-2.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-110.6	-107.0	-199.1	-3.6	-3.4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-7'955.2</b>	<b>-7'747.9</b>	<b>-8'049.0</b>	<b>-207.3</b>	<b>-2.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>496.7</b>	<b>246.3</b>	<b>169.9</b>	<b>250.4</b>	<b>101.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Aus-u. Weitergabe der Grundstücks-u. Vermessungsgrundlagen	915.2	720.9		194.3	27.0
Bereitstellen/Nachführen Grundstücks- u. Vermessungsgrundl.	-418.6	-474.7		56.1	11.8

#### Kommentar

- 1 Erhöhter Sachaufwand wegen nicht budgetierten Rückstellungen für Ferien- und Gleitzeitguthaben aus dem Jahre 2006 (Kto. 319700) infolge Praxisänderung (RRB Nr. 07/38/22 vom 27. November 2007) und höheren Abgaben infolge grösserer Aktivitäten beim Schiffsregister (Kto. 318210).

in der amtlichen Vermessung erfolgten gemäss Leistungsvereinbarung 2007 mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion (V+D). Im Berichtsjahr konnten die Erneuerungsarbeiten der amtlichen Vermessung in der Sektion B der Gemeinde Riehen abgeschlossen werden.

Die Umstellung der amtlichen Vermessung des ganzen Kantons in das neue Datenmodell DM.01 AV-CH des Bundes und der damit verbundenen Vereinigung der 790 Datenfiles in einer einzigen Datenbank, sowie der gleichzeitige Ersatz vom AV-Nachführungssystem ‚ADALIN‘ durch die neue GIS-Software ‚Geonis expert‘ war technisch sehr komplex. Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden, dauerte aber 5 Monate länger als vorgesehen. Damit konnte der für die Jahre 2004-2007 erteilte Leistungsauftrag der V+D nur bedingt termingerecht abgeschlossen werden. Die Verifikation der Daten sowie die Anerkennung der erneuerten Vermessungswerke der Gemeinden Basel und Riehen wird erst im Jahre 2008 erfolgen.

**Leitungskataster** Im Jahre 2007 sind 2'614 (2'648) Nachführungsaufträge (Einmessung und Nachführung der Daten) erledigt worden. Im Bereich der Nordtangente sind die Neuerstellungen der Abschnitte ‚Rhein‘ und ‚St. Johann‘ abgeschlossen worden.

**Hoheitsgrenzen** Die alle 6 Jahre stattfindende Begehung der rechtsrheinischen Landesgrenze wurde vom 26. bis 28.9.2007 durchgeführt. Während drei Tagen wurden 225 meist historische Landesgrenzsteine von den zuständigen Behörden kontrolliert und Pflegemassnahmen festgelegt.

**Nomenklaturkommission** Die Nomenklaturkommission hat in zwei Sitzungen folgende neuen Strassennamen festgelegt: Ampereplatz, Forum, Saint-Louis-Strasse, Salmgässli, Vogesenplatz.

**Bewertungskommission** Die Bewertungskommission hat in 22 Sitzungen 14 Grundstücke bewertet, darunter Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser, gewerblich genutzte Bauten, Stockwerkeigentum und Baurechtspartellen. In verschiedenen Bewertungsfragen stand die Bewertungskommission der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung.

**Fachstelle für Geoinformation** 3,85 Million Zugriffe auf die Geodatendienste des GeoPortals ([www.geo.bs.ch](http://www.geo.bs.ch)) wurden im Jahr 2007 registriert. Die Anzahl der Zugriffe ging leicht zurück (-5%), jedoch haben die angebotenen Informationsebenen stark zugenommen. Im Intranet Kartensystem MapServer stehen nun 121 versch. Geodathemengruppen (+73%) und im öffentlichen Kartensystem GeoViewer stehen 21 verschiedenen Kartenthemen (+17%) zur Verfügung. Der öffentliche GeoViewer wurde im 2007 nach acht Jahren Betrieb vollständig neu entwickelt und ist jetzt in einer Betaversion abrufbar.

Die Geodatenverteilung über den GeoShop wurde auf das neue Datenmodell der amtlichen Vermessung angepasst. Betroffen waren 11 Datenebenen, 25 verschiedene Produkte und die wichtige Schnittstelle zum Datenmarkt.

Die wichtigsten neu integrierten Geodatenebenen sind die Objekte des Denkmalschutz, die Ebenen des Urbanen Informationssystems (Richtplan, Gesamtverkehrsmodell, Alleenplan, etc.), die Gebietseinteilungen für die Baukontrolleure und -inspektoren und die Gebäude des kantonalen Raum- und Flächenmanagements.

**Stadtplangrundlagen** Neben den intensiven Vorarbeiten für den neuen Stadtplan (grundlegende kartografische Überarbeitung, Anpassung an Strassenachsen), der Anfangs 2008 erscheinen wird, sind der Integrationsstadtplan „Begegnung & Bewegung“ (50'000 Exemplare), der Polizeiplan „Basler Stadtplan“ (20'000 Exemplare) und die CityMap.Basel für die Basler Kantonalbank (10'000 Exemplare) produziert worden.

**Systeme und Betrieb, JD-Serverfarm** Der zentrale Servicedesk JD wurde Anfangs 2007 erfolgreich eingeführt und wird rege genutzt. Alle Server des JD sind in der JD-Serverfarm beim GVA zusammengezogen, werden kostengünstig mit virtualisierten Servern und einheitlichem Backup betrieben.

## Zivilstandsamt

JD-310

Das Zivilstandsamt übernimmt die durch Bundesrecht den Kantonen übertragenen Aufgaben im Bereich der Eheschliessung und deren Vorbereitung, Prüfung der Ehefähigkeit, Beratung der Brautleute und Durchführung der Ziviltrauung (Gewährleistung des Grundrechts auf Ehe). Es ist zuständig für den Vollzug der bundesrechtlichen Vorschriften über die Beurkundung des Personenstandes und Bekanntgabe der Personendaten in Form von Registerauszügen (Gewährleistung des korrekten Nachweises des Personenstandes). Es bereitet die ordentlichen und erleichterten Einbürgerungen (Erwerb des Schweizer und des kantonalen Bürgerrechts) vor und es nimmt die Bestattungsanordnungen entgegen und leitet diese an die Friedhöfe weiter.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Eheschliessung und Zivilstandsregister	3.1 Rechts- und Registerwesen
Einbürgerungen und Bestattungsanordnungen (Besondere Dienstleistungen)	3.1 Rechts- und Registerwesen

## Tätigkeiten und Projekte

Das Zivilstandsamt hat sich, nach den normalen Geschäftsgängen, insbesondere mit der Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare sowie der Vorbereitung eines Gesetzesentwurfs zur Revision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes befasst.

**Website** Der Relaunch der Website ist wie vorgesehen in der ersten Jahreshälfte vorgenommen worden. Die neue Site entspricht den kantonalen Vorgaben bezüglich Darstellung. Neu ist eine Version für Sehbehinderte geschaffen worden und auch die Druckmöglichkeiten sind nun verbessert.

**Eidgenössisches Partnerschaftsgesetz** Bereits am ersten Arbeitstag des Jahres, am 2. Januar, haben die ersten Paare ihre Partnerschaft auf dem Zivilstandsamt eintragen lassen. Das Verfahren hat sich bestens eingespield. Die meisten Paare wünschen eine Eintragung ohne Zeremonie direkt nach Abschluss des Vorverfahrens in einem der schönen Büros. Nur selten wird eine Zeremonie analog zur Ziviltrauung im Trausaal gewünscht. Etwa 3/4 der eingetragenen Paare sind männlichen Geschlechts. Bis Ende Jahr haben 92 Paare ihre Partnerschaft beurkunden lassen, was ungefähr den Erwartungen entspricht. In den kommenden Jahren wird sich diese Zahl vermutlich mindestens halbieren.

**Personenstandsregister (Infostar)** Die Zivilstandsbehörden der ganzen Schweiz sind mit dem Programm Infostar sehr zufrieden. Die Bearbeitung der Geschäftsfälle funktioniert in der Regel reibungslos. Das System ist tendenziell stabiler geworden und Ausfälle sind äusserst selten. Ende Jahr sind vier der fünf Jahre des Investitionsvorhabens Infostar (2004-2008) abgelaufen. Alle Familienregisterkarten bis zum Jahr 1994 sind systematisch rückerfasst worden. Es ist davon auszugehen, dass im verbleibenden Jahr die Arbeiten bedeutend rascher vorwärts kommen, da bereits viele Karten anlässlich eines Ereignisses oder durch einen anderen Heimatort erfasst worden sind. Überdies werden sämtlichen Mitarbeitenden neben dem Tagesgeschäft Vorgaben hinsichtlich der systematischen Rückerfassung erteilt. Es wird jedoch nicht einfach sein, das Ziel, Rückerfassung aller Karten bis 1988, zu erreichen. Einerseits verlangen die Bundesbehörden diverse zusätzliche Abklärungen im Zusammenhang mit der Rückerfassung und andererseits müssen wir davon ausgehen, dass die Anzahl der Bürger von Basel-Stadt im Verhältnis zu den Einwohnern unseres Kantons bedeutend grösser ist als in anderen Kantonen. Im gesamtschweizerischen Durchschnitt wird von einem Verhältnis von 1:1  $\frac{1}{2}$  ausgegangen, im Kanton BS könnte das Verhältnis Einwohner zu Bürgern 1:3 betragen. Auch nach Rückerfassung bis 1988 (ca. 130'000 Personen) verbleiben aufgrund einer Schätzung weitere bis zu 400'000 Personen, welche in Infostar zu übertragen sind. Im Hinblick auf den Ausstellungsprozess für den Schweizer Pass 2009 hat das Generalsekretariat des EJPD die Kantone aufgefordert möglichst bis zu diesem Zeitpunkt alle Bürgerinnen und Bürger rückzuerfassen.

**Kantonales Bürgerrechtsgesetz** Das kantonale Bürgerrechtsgesetz soll revidiert werden, insbesondere hinsichtlich der Wohnsitzfristen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde vorbereitet. Es



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	21.1	21.0	21.1	22.0	
Ziviltrauungen	Anz	845	824	896	943	966
Gesamttotal der beurkundeten Geschäftsfälle	Anz	51'227	51'551	49'825		1
Bearbeitete Gesuche um ordentliche Einbürgerung	Anz	593	633	798	907	668
Bearbeitete Gesuche um erleichterte Einbürgerung	Anz	317	280	297	260	266

#### Kommentar

1 Die Ist-Werte konnten dank Infostar erstmals im Jahre 2005 ermittelt werden. Vorher wurden die Register auf eine nicht vergleichbare Art geführt.

2 Der Rückgang der bearbeiteten Gesuche ist auf den nunmehr erfolgten Abbau der Pendenzen und eine Stellenreduktion zurückzuführen.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'713.1	2'612.2	2'601.7	101.0	3.9
31 Sachaufwand	293.2	248.1	209.8	45.1	18.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.8	1.0	1.6	0.8	77.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'008.1</b>	<b>2'861.3</b>	<b>2'813.2</b>	<b>146.9</b>	<b>5.1</b>
43 Entgelte	-1'392.0	-1'383.2	-1'389.9	-8.8	-0.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'392.0</b>	<b>-1'383.2</b>	<b>-1'389.9</b>	<b>-8.8</b>	<b>-0.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'616.1</b>	<b>1'478.1</b>	<b>1'423.3</b>	<b>138.1</b>	<b>9.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Eheschliessung und Zivilstandsregister	1'199.9	1'083.7		116.2	10.7
Einbürgerungen/ Bestattungsanordnungen (Besondere Dienstl.)	416.2	394.3		21.9	5.5
5 Ausgaben Investitionen	317.2	0.0	443.2	317.2	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>317.2</b>	<b>0.0</b>	<b>443.2</b>	<b>317.2</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

1 Erhöhter Personalaufwand wegen nicht budgetierten Rückstellungen für Ferien- und Gleitzeitguthaben infolge Praxisänderung (RRB Nr. 07/38/22 vom 27. November 2007).

wird insbesondere in Umsetzung der Motion Engelberger vorgeschlagen, die kantonale Wohnsitzfrist von bisher 5 auf 2 Jahre zu reduzieren. Damit würde der Kanton Basel-Stadt, zusammen mit ein paar anderen Kantonen, über die kürzesten Fristen verfügen. Bereits nach einem Wohnsitz von 5 Jahren könnte überdies ein negativer Entscheid mit Beschwerde angefochten werden.

## Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste

JD-311

Der Vollzug von gerichtlich angeordneten Strafen und Massnahmen wird administrativ geplant und schliesslich in verschiedenen Formen der Vollstreckung, wie geschlossenem oder halboffenem Strafvollzug, Halfreiheit und Halbgefängenschaft oder auch Electronic Monitoring, durchgeführt. Das Abverdienen von Bussen wird organisiert und durchgeführt. Mit bedingt verurteilten und bedingt entlassenen Personen wird die gesetzlich angeordnete Sozialarbeit geleistet. Diese kann in einer Schutzaufsicht, in ambulanten Massnahmen oder in Form von Weisungen bestehen. Gerichtlich angeordnete oder freiwillige Sozialarbeit wird zudem im Rahmen der durchgehenden Beratung und Betreuung in allen Verfahrensstadien erbracht.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Straf- und Massnahmenvollzug (VZK/BWH)	3.3 Strafverfolgung und -vollzug

### Tätigkeiten und Projekte

**Ressort Strafvollzug** Der revidierte Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) ist seit 1. Januar 2007 in Kraft. Die nach neuem Recht gefällten Urteile beschäftigten und forderten die Vollzugsbehörde. In der Praxis bleiben Fragen offen und warten auf Klarheit in Lehre und Gerichtspraxis. Lösungen wurden anlässlich der Leiterkonferenz im Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal Mitte Juni 2007 sowie der jährlichen Konferenz der Strafvollzugsbehörden des Nordwest- und Innerschweizer Konkordats im Herbst 2007 erarbeitet.

Ende 2007 befanden sich 132 Personen (141) im Strafvollzug bzw. im vorzeitigen Strafvollzug. Die Zahl der Vollzugstage sank von 58'890 auf 51'977. Ende 2007 befanden sich 66 (51) Personen im Massnahmenvollzug bzw. im vorzeitigen Massnahmenvollzug. Die Zahl der Vollzugstage stieg von 19'381 auf 22'046.

Die Strafvollzugskommission erliess im Berichtsjahr 184 (251) Verfügungen betreffend die Entlassung von verurteilten Personen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug. Den Hauptteil bildeten die 130 (174) Entscheide betreffend die bedingte Entlassung aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe. Im Berichtsjahr fällte die Strafvollzugskommission 12 (22) Entscheide in Bezug auf eine Aufhebung der Massnahme bzw. eine bedingte Entlassung aus dem Vollzug einer Massnahme.

**Ressort Bewährungshilfe** Am 31. Dezember 2007 standen 101 (101) Personen in einem Beratungsverhältnis mit der Bewährungshilfe, welche von den Gerichten und der Strafvollzugskommission die Auflage von Schutzaufsicht oder Weisungen erhalten haben. Von insgesamt 124 (147) in der Bewährungshilfe registrierten Personen wurden 101 (93) von den Mitarbeitenden der Bewährungshilfe selbst begleitet. 23 (54) Personen wurden von externen Organisationen der Gefangenenhilfe, Institutionen, Ärzten oder freiwilligen MitarbeiterInnen begleitet. 11 (13) Personen wurden an die Behörden anderer Kantone übertragen. In den Gefängnissen Waaghof und im Bezirksgefängnis Sissach und in den Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzuges wurden 338 (370) Personen beraten. Insgesamt wurden 1'594 Beratungsgespräche mit betreuten Personen geführt. Zusammen mit dem Ressort Strafvollzug wurden durch die Mitarbeitenden der Bewährungshilfe 6 (12) Personen in Institutionen des Massnahmenvollzuges platziert. 9 (10) Personen traten freiwillig oder gesetzlich angeordnet in Therapieangebote oder Therapieinstitutionen ein. In einer freiwilligen Beratung wurden 7 (8) Personen von der Bewährungshilfe betreut. Vier Personen nahmen neu im Rahmen von §37c des Polizeigesetzes Basel-Stadt (Wegweisung und Rückkehrverbot) die Beratung in Anspruch.

**Ressort Vollzugszentrum Klosterfiechten** Im Berichtsjahr traten 11 (19) Personen in die Vollzugsstufe des Arbeitsexternats ein. Insgesamt wurden 1'767 (1'906) Hafttage vollzogen.

In die Vollzugsstufe der Halbgefängenschaft traten im Berichtsjahr 18 (25) Personen mit insgesamt 980 (1'498) Hafttagen ein.

Die Anzahl der Bussenumwandlungen in Arbeit betrafen im Berichtsjahr 734 (1'068) Personen mit insgesamt 2'220 (3'716) Arbeitstagen. Per Ende 2007 waren noch 452.5 (1'507) Arbeitstage offen. Von den zum Abverdienen aufgegebenen Personen haben 81.7% (73.5) die Busse abverdient.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.5	20.8	18.8	18.3	
Beratungsgespräche Bewährungshilfe	Anz	1'594	1'172	1'174	1'005	1'585
Vollzugstage Halbfreiheit Vollzugszentrum Klosterfiechten	Anz	1'767	1'906	1'638	2'113	737 <sup>1</sup>
Vollzugstage Halbgefängenschaft	Anz	980	1498	1021	567	554

**Kommentar**

1 Es bestehen keine zuverlässigen Indikatoren für eine Prognose.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'668.9	2'592.0	2'473.5	76.9	3.0
31 Sachaufwand	601.8	497.4	631.2	104.4	21.0 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4.0	6.0	0.3	-2.0	-32.6
36 Eigene Beiträge	8.1	13.0	5.0	-4.9	-37.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'282.9</b>	<b>3'108.4</b>	<b>3'109.9</b>	<b>174.6</b>	<b>5.6</b>
43 Entgelte	-216.1	-201.9	-203.6	-14.1	-7.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-479.7	-800.0	-797.7	320.3	40.0 <sup>2</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-695.8</b>	<b>-1'001.9</b>	<b>-1'001.3</b>	<b>306.1</b>	<b>30.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'587.1</b>	<b>2'106.5</b>	<b>2'108.7</b>	<b>480.7</b>	<b>22.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Straf- und Massnahmenvollzug (VZK/BWH)	2'637.1	2'156.5		480.7	22.3
5 Ausgaben Investitionen	55.4	0.0	0.0	55.4	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>55.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>55.4</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Erhöhter Sachaufwand wegen nicht budgetierten Rückstellungen für Ferien- und Gleitzeitguthaben infolge Praxisänderung (RRB Nr. 07/38/22 vom 27. November 2007).
- 2 Da sich im 2007 ein Insassenrückgang durch die per 01.01.2007 in Kraft getretene StGB-Revision, welche Kurzstrafen unter 6 Monaten weitgehend ausschliesst, verzeichnet hat, wurde der (notfallmässige) für vier Jahre provisorisch eingerichtete Normalvollzug von Kurzstrafen im Vollzugszentrum Klosterfiechten bereits nach knapp 3 Jahren per 22.11.2007 geschlossen. Der daraus resultierende Einnahmeverlust (dem eine entsprechende Ausgabenreduktion im EP-Bereich bei der einweisenden Behörde gegenübersteht) stellt die Abweichung zum Budget dar.

Im Electronic Monitoring sind im Berichtsjahr 42 (50) Personen eingetreten, davon waren 29 (39) Front Door, d.h. Ersatz für Kurzstrafen bis zu 12 Monaten, und 13 (11) Back Door, d.h. am Ende oder anstelle eines Arbeitsexternats, frühestens nach der Hälfte der Strafverbüsung. In der Vollzugsform Electronic Monitoring wurden insgesamt 3'862 (3'206) Hafttage vollzogen.

Im Berichtsjahr wurden bei 150 (169) Personen 2'548 (4'686) Hafttage im Normalvollzug vollzogen. Dies ergibt eine Auslastung von 51.8% (80.3). Drei Personen sind geflüchtet. Per 30. Juni 2007 wurde eine Wohngruppe mit acht Plätzen geschlossen und per 31. Dezember 2007 wurde auch die zweite Wohngruppe mit acht Plätzen geschlossen.

Im Berichtsjahr wurden 92 (107) Personen mit 2'694 (3'066) Tagen Haft zu 10'776 (12'434) Stunden Gemeinnütziger Arbeit aufgeboten. Von den aufgebotenen Stunden sind 69.6% (71) abgearbeitet worden.

Im Bereich Bussenumwandlungen wurden im Berichtsjahr 7'306 (6'121) Bussenumwandlungsbeschlüsse vom Strafgericht gemeldet.

Am 1. Januar 2007 trat das revidierte Strafgesetz in Kraft, nach dem direkt keine Haftstrafen bis 6 Monate ausgesprochen werden. Dafür kann das Gericht Tagessätze in Geldstrafen oder mit dem Einverständnis des Verurteilten Gemeinnützige Arbeit aussprechen. Der Rückgang der Hafttage in den Bereichen Halbgefängenschaft und Electronic Monitoring Frontdoor sind auf diese Neuerung

zurückzuführen. Der Rückgang der Gemeinnützigen Arbeit ist darauf zurückzuführen, dass die Gerichte in erster Linie Geldstrafen aussprechen und erst auf Antrag diese in Gemeinnützige Arbeit umwandeln.

Bemerkenswert ist der erstmals seit Jahren starke Rückgang der Bussenumwandlungen in Arbeit und die kontinuierliche Zunahme der Bussenumwandlungsbeschlüsse in Haft.

**Interkantonale Fachkommission zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern der Kantone Solothurn, Basel-Landschaft und Basel-Stadt (IFKGS)** Im Berichtsjahr wurden 11 (9) Sitzungen abgehalten, an denen 25 (11) Fälle beurteilt wurden. Davon wurden 10 (6) aus dem Kanton Basel-Stadt, 1 (2) aus Basel-Landschaft und 14 (3) Fälle aus Solothurn zugewiesen.

Es handelte sich um 12 (4) Erstbeurteilungen, 4 (1) Zweit-, 2 (3) Dritt-, 1 (1) Viert-, 3 (1) Fünft-, 1 (0) Sechst-, 0 (1) Siebt-, 2 (0) Achtbeurteilungen. Von den zwölf Erstbeurteilungen wurde in acht Fällen die Gemeingefährlichkeit bejaht, in zwei Fällen verneint. In zwei weiteren Fällen musste der Entscheid ausgestellt werden, da in einem Fall das psychiatrische Gutachten fehlte und in einem anderen Fall das Urteil des Obergerichtes noch ausstand.

In einem Fall wurde nach der dritten Beurteilung, in einem Fall nach der fünften und in einem Fall nach der achten Beurteilung der Entscheid „nicht mehr gemeingefährlich“ gefällt. Die Gemeingefährlichkeit wurde in 18 (8) Fällen bejaht.

Zusätzlich zu den Beurteilungen nahmen die Präsidentin und weitere Mitglieder der IFKGS an forensischen Fachtagungen teil.

## Handelsregisteramt

JD-312

Das Handelsregister führt das kantonale Register über die durch Bundesrecht bestimmten und mit Rechtswirkungen verbundenen Datennatürlicher Personen oder Körperschaften, welche am Geschäftsverkehr teilnehmen sowie die Weitergabe dieser Informationen an interessierte Dritte. Die Registerführung umfasst die Erstellung und Prüfung eingereicher Eintragungsgesuche und Belege, die Vornahme der sich daraus ergebenden Eintragungen vorbehaltlich der Genehmigung durch das Eidg. Amt für das Handelsregister sowie den Verkehr mit ausserkantonalen Handelsregistern in Bezug auf Zweigniederlassungen und Sitzverlegungen. Sodann werden Eintragungen und Löschungen im Rahmen von Zwangsverfahren vorgenommen. Weiter werden die Belege geplanter Geschäfte auf ihre Eintragungsfähigkeit geprüft und Anfragen staatlicher Instanzen beantwortet bzw. entsprechende Berichte verfasst. Schliesslich bietet das Amt den angehenden Urkundspersonen Volontariate und Übungen zur fachlichen Ausbildung im Handelsregisterbereich an.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Führung des kantonalen Handelsregisters	3.1 Rechts- und Registerwesen

## Tätigkeiten und Projekte

Gegenüber dem Vorjahr ist die - für den Arbeitsaufwand allerdings nicht sehr aussagekräftige - Anzahl der Tagesregistereinträge um knapp 7 Prozent auf 7'410 zurückgegangen. Der Rückgang dürfte zumindest teilweise auf eine abwartende Haltung des Publikums im Hinblick auf das Inkrafttreten der vom Bund beschlossenen Revisionen des Obligationenrechts (GmbH-Recht sowie Anpassungen im Aktien-, Genossenschafts-, Handelsregister- und Firmenrecht) und der Handelsregisterverordnung am 1. Januar 2008 zurückzuführen sein. Auch beim Handelsregisteramt stand das Berichtsjahr im Zeichen dieser für die Amtstätigkeit wesentlichen Gesetzes- und Verordnungsrevisionen. Da die endgültige Fassung der totalrevidierten Handelsregisterverordnung erst Mitte November 2007 vorlag, blieb für die erforderlichen Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten bis Ende Jahr nur wenig Zeit.

Dominiert wurde das Jahr 2007 weiter durch die Vorbereitung der Ablösung der heutigen Registersoftware HR-Win durch die neue Lösung HR-Net. Nach Aufnahme eines parallelen Testbetriebes im Frühjahr, der Installation der neuen Hostinglösung sowie der Einführung und Ausbildung der Mitarbeiter/Innen im Herbst hätte Ende 2007 die Betriebsbereitschaft erreicht werden sollen. Herstellerbedingt musste die Produktivsetzung jedoch auf das Frühjahr 2008 verschoben werden.

Im Rahmen der Verwaltungsreform RV09 ist vom Regierungsrat die Zuordnung des Handelsregisteramtes zum künftigen Justiz- und Sicherheitsdepartement beschlossen worden. Das Detailkonzept zur Umsetzung ist vom Handelsregisteramt im März 2007 abgeschlossen worden.

Wie im Vorjahr wurden auch in der Berichtsperiode diejenigen 1'500 Rechtseinheiten um Überprüfung ihrer Eintragungen gebeten, welche am längsten keine Änderungen mehr zu verzeichnen hatten und nicht bereits im Jahr 2006 angeschrieben worden waren. Auch im Berichtsjahr sind sodann neben den Belegdokumenten der laufenden Tagesregistereintragungen und den Sitzverlegungsakten bereits archivierte Belege gescannt worden. Mit Ausnahme der Aktiengesellschaften konnte bereits im Jahr 2006 das Scannen aller anderen Rechtsformen abgeschlossen werden.

Der bisherige Amtsvorsteher Gerhard Kuhn ist per Ende 2006 ausgeschieden. Seine Funktion ist anfangs Februar 2007 durch den neu eingetretenen Thomas Vogt übernommen worden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.5	11.5	11.5	11.5	
Vorgenommene Eintragungen	Anz	7410	7960	7620	7200	7500
Zugriffe via Internet auf Teilauszüge des Handelsregisters	Anz	361'189	314'662	311'034	239'271	190'328
Ausgestellte beglaubigte Handesregistrauszüge	Anz	6500	6500	6300		<sup>1</sup>

**Kommentar**

1 Die Ist-Werte sind geschätzt und werden erst seit 2005 erhoben.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	1'470.3	1'486.2	1'430.1	-15.9	-1.1
31 Sachaufwand	230.2	209.2	214.0	21.1	10.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	22.5	15.0	18.1	7.5	50.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>1'723.0</b>	<b>1'710.3</b>	<b>1'662.2</b>	<b>12.7</b>	<b>0.7</b>
43 Entgelte	-1'879.9	-2'451.6	-2'108.9	571.7	23.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'879.9</b>	<b>-2'451.6</b>	<b>-2'108.9</b>	<b>571.7</b>	<b>23.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-156.8</b>	<b>-741.3</b>	<b>-446.8</b>	<b>584.4</b>	<b>78.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Führung des kantonalen Handelsregisters	-156.8	-741.3		584.4	78.8

## Strafvollzug

JD-313

Der Vollzug rechtskräftiger Urteile der Strafgerichte wird angeordnet und abgerechnet.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Straf- und Massnahmenvollzug (Strafvollzug)	3.3 Strafverfolgung und -vollzug

## Tätigkeiten und Projekte

### Strafvollzug allgemein

Die Zahl der Vollzugstage steigt noch immer an, wenngleich geamtschweizerisch eine gewisse Beruhigung der seit 2004 äussert angespannten Verhältnisse erkennbar wird.

Rechtskräftige Strafurteile sind zu vollziehen. Hier besteht kein Handlungsspielraum der Strafvollzugsbehörde. Die eingeleiteten Massnahmen zur Entlastung des Strafvollzugs (Förderung alternativer Vollzugsformen, verstärkte Betreuung zur Vermeidung von Bussenumwandlungen usw.) werden jedoch fortgeführt und es werden soweit möglich neue Massnahmen initiiert.

Der Rückgang der kurzen Freiheitsstrafen, insbesondere als Folge des neuen Strafgesetzbuches, welches seit 1. Januar 2007 in Kraft ist, fiel nicht ganz so hoch aus, wie erwartet. Mit der Rechnung 2007 wurde das Budget um rund CHF 800'000 überschritten; hingegen beträgt der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr rund CHF 400'000.

### Interkantonale Strafanstalt Bostadel

**Bauprojekt** Das Bauprojekt wurde 2007 auch rechnerisch weitgehend beendet. Die Baukosten beliefen sich auf 18'954'410.-. Der bewilligte Kreditrahmen betrug CHF 19'960'000.-. Anstelle der Verlegung der Ablaugerei innerhalb der Anstaltsmauern wurden die Forst- und die Baugruppe aufgelöst und durch diverse Umliegungen innerhalb der Anstalt genügend interne Arbeitsplätze geschaffen. Dadurch konnten CHF 924'284.- eingespart werden. Der Baukredit reduzierte sich auf CHF 19'035'716.-, die Kreditunterschreitung betrug CHF 81'305.-

**Strafvollzug** Die Auslastung gesamt betrug 92,4% (2006: 93%), im Normalvollzug 95,6 % (97%) und in der Sicherheitsabteilung 58,2% (28%). Ab der zweiten Jahreshälfte stieg die Auslastung in der Sicherheitsabteilung von anfänglich 35% auf 80% an. Keine wesentlichen Veränderungen ergaben sich im Normalvollzug. Der Anteil ausländischer Gefangener nahm leicht zu und betrug 76% (70%). Erneut sank die Zahl von gewährten Urlauben und Ausgängen auf noch 53 (78); 17 Ausgänge erfolgten zudem begleitet. Im Januar verstarb ein Gefangener an einem Herzinfarkt.

Die Auslastung der Produktionsbetriebe war aufgrund der Wirtschaftslage ausserordentlich gut. In allen sechs Betrieben konnten die Verkaufsergebnisse verbessert werden. Der Termindruck war ausserordentlich hoch und verlangte sehr viel von den Mitarbeitenden und den Gefangenen.

**Finanzen** Die Rechnung 2007 schliesst mit einem Defizit von CHF 685'855.44 (2006: CHF 1'811'917.60). Das budgetierte Defizit von CHF 1'378'100.- wurde somit um CHF 692'244.56 unterschritten (siehe auch Tab. Eigene Beiträge, 4/5 Anteil am Betriebsdefizit: CHF 548'700). Dieses sensationelle Ergebnis mit dem kleinsten Defizitanteil seit Bestehen des Bostadels – seit 1977 – ist einerseits auf die sehr guten Leistungen und Verkäufe aus den Produktionsbetrieben mit einem Ertrag von CHF 3'621'530.- (2006: CHF 3'153'687.-) sowie auf die gute Zellenbelegung im Normalvollzug und in der Sicherheitsabteilung und dem daraus resultierenden Kostgeldertrag von CHF 9'393'759.- (2006: CHF 9'139'885.-) zurückzuführen.

**Paritätische Aufsichtskommission** Die Paritätische Aufsichtskommission genehmigte an ihrer Sitzung vom 22. März Rechnung und Jahresbericht und nahm Kenntnis von der positiven Abrechnung des Bauprojekts. Am 23. August verabschiedete sie das Budget und genehmigte die dem neuen Strafgesetzbuch angepasste Hausordnung. Anlässlich des dreissigjährigen Bestehens der Strafanstalt Bostadel fand am 21. November ein entsprechend feierlicher Personalabend in Zug statt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1
Vollzugstage Strafvollzug	Anz	51'977	48'199	53'368	49'405	47'750	2
Vollzugstage Massnahmenvollzug	Anz	22'046	19'381	17'485			3

**Kommentar**

- 1 Keine Personalkosten auf dieser Dienststelle (Strafvollzugskosten).
- 2 Neu im 2007 inkl. Kurzstrafen >3 Mt./im 2006 exkl. Kurzstrafen von 10691
- 3 Seitens AFS wurden die Ist-Werte erst ab 2005 erhoben, da dieser Bereich erst ab September 2004 in dessen Zuständigkeit fiel.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
31 Sachaufwand	18'148.0	17'300.1	18'548.3	848.0	4.9	1
36 Eigene Beiträge	548.7	1'000.0	1'449.5	-451.3	-45.1	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>18'696.7</b>	<b>18'300.1</b>	<b>19'997.8</b>	<b>396.7</b>	<b>2.2</b>	
43 Entgelte	-22.7	-10.0	-27.7	-12.7	-126.7	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-196.3	-250.0	-680.5	53.7	21.5	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-219.0</b>	<b>-260.0</b>	<b>-708.2</b>	<b>41.0</b>	<b>15.8</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>18'477.8</b>	<b>18'040.1</b>	<b>19'289.6</b>	<b>437.7</b>	<b>2.4</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Straf- und Massnahmenvollzug (Strafvollzug)	18'477.8	18'040.1		437.7	2.4	
5 Ausgaben Investitionen	131.5	0.0	1'167.5	131.5	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>131.5</b>	<b>0.0</b>	<b>1'167.5</b>	<b>131.5</b>	<b>...</b>	

**Kommentar**

- 1 Die Kosten für den Vollzug berechnen sich aus sogenannten Verpflegungstagen infolge der Urteilsprechung durch die Strafgerichte.





**6.2.6 Sicherheitsdepartement**

SiD-501	Departementssekretariat / Recht	310
SiD-506	Kantonspolizei	316
SiD-509	Rettung	319
SiD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	322

## Departementssekretariat / Recht

SiD-501

Der Stab (Departementssekretariat und Services) berät und unterstützt den Vorsteher des Sicherheitsdepartements in strategischen und operativen Fragestellungen.

Der Stab stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern stellt er koordinierte und zielgerichtete Abläufe sicher.

Mit dem Verantwortlichen für Medienarbeit, dem Beauftragten für parlamentarische Geschäfte und das Beschwerdewesen sowie mit der Kanzlei unterstützt das Departementssekretariat in erster Linie den Vorsteher, aber auch die Bereiche. Mit Geldern aus dem Lotteriefonds (Swisslos) werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport unterstützt. Die „Integration Basel“, in diesem Bericht noch unter dem Bereich Bevölkerungsdienste und Migration ausgewiesen, wurde per 1. Januar 2007 in das Departementssekretariat integriert.

Der Bereich Services bildet das Dienstleistungszentrum des Departements mit Finanzen, Controlling, Human Resources Management, Informatik, zentralem Einkauf, Raummanagement und Hausverwaltung.

Die Rechtsabteilung berät Vorsteher und Bereichsleiter, entscheidet bei Rekursen gegen erstinstanzliche Verfügungen der operativen Bereiche, erarbeitet Stellungnahmen in höherinstanzlichen Verfahren und vertritt das Sicherheitsdepartement vor Gericht.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Integrationsmassnahmen	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Zentrale Stabsleistungen	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

Das im letzten Quartal 2006 in Angriff genommene Projekt „Stabilo“ wurde 2007 umgesetzt. Bei dem Projekt ging es darum, die Stabsleistungen zu Gunsten der Operationen und des Vorstehers festzulegen und für die Zusammenarbeit von Stabsfunktionen und operativen Bereichen klare und einheitliche Standards zu setzen (weitere Details unter „Querschnittleistungen“).

Im Hinblick auf die Verwaltungsreform wurden die internen Post- und Informationsflüsse sowie das Registraturwesen neu geregelt.

## Querschnittleistungen

Im Jahr 2006 hat der Vorsteher auf den Grundlagen des Projektes Stabilo entschieden, das Departementssekretariat in einen Bereich „Politik“ und einen Bereich „Services“ aufzuteilen. Dem Bereich Politik wurde die gesamte politische Arbeit (v.a. Beratung in politischen Geschäften, Integrationsstelle, Medienarbeit, Geschäftskontrolle und –ablage, Lotteriefonds) zugeordnet. Sämtliche Unterstützungsleistungen im Departement in den Gebieten Finanzen, Personal, Raum, Informatik und Einkauf werden im Bereich Services gebündelt.

Der neue Bereichsleiter Services trat seine Stelle am 1. Februar 2007 an. In den einzelnen Abteilungen wurden folgende organisatorische Massnahmen umgesetzt beziehungsweise eingeleitet:

- **Finanzdienste:** Die Zusammenfassung der Buchhaltungsaufgaben in der zentralen Finanzabteilung wurde bereits in den Jahren 2005 und 2006 vollzogen (Projekt CEFIS). Bis Mitte 2007 wurden zusätzlich das Controlling und die bis dahin noch dezentralen Inkasso-Prozesse der Bereiche Bevölkerungsdienste und Migration (BdM) sowie Rettung in die Finanzdienste integriert. Einzig das Controlling der Kantonspolizei sowie das Inkasso in der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei (u.a. Bussen) bleiben dezentral.
- **Personaldienste:** Fälle von Mitarbeitenden mit längeren Absenzen wurden systematisch aufgearbeitet und einer für alle Beteiligten guten Lösung zugeführt. Im gesamten Departement wurden

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	56.8	48.2	43.8	48.5	
Eingegangene Rekurse	Anz	153	183	176	122	96 <sup>1</sup>
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	328	287	258	283	285
Lotteriefonds: Anzahl Gesuche	Anz	495	487	475	512	494 <sup>2</sup>

**Kommentar**

- 1 Angemeldete Rekurse gegen Verfügungen einer Vorinstanz SiD.
- 2 davon positive Entscheide: 2007=196 (entspricht 45%), 2006=213, 2005=228, 2004=202 und 2003=241.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	1
30 Personalaufwand	7'844.1	6'430.2	6'543.8	1'414.0	22.0	2
31 Sachaufwand	2'933.5	1'437.6	1'461.7	1'495.8	104.0	3
36 Eigene Beiträge	300.0	0.0	0.0	300.0	...	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>11'077.6</b>	<b>7'867.8</b>	<b>8'005.5</b>	<b>3'209.8</b>	<b>40.8</b>	
42 Vermögenserträge	-132.9	-119.0	-88.3	-13.9	-11.7	
43 Entgelte	-1'034.9	-803.3	-908.0	-231.6	-28.8	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-593.7	0.0	0.0	-593.7	...	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'761.5</b>	<b>-922.3</b>	<b>-996.3</b>	<b>-839.2</b>	<b>-91.0</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>9'316.1</b>	<b>6'945.5</b>	<b>7'009.2</b>	<b>2'370.6</b>	<b>34.1</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Integrationsmassnahmen	1'783.9			1'783.9		
Zentrale Stabsleistungen	7'532.2	6'945.5		586.7	8.4	

**Kommentar**

- 1 Aufgrund der neuen Zuordnung der „Integration Basel“ zu diesem Bereich in der Rechnung 2007 (Budget im Bereich Bevölkerungsdienste und Migration) erfolgt folgende negative Abweichung: Personalaufwand: TCHF 760,1; Sachaufwand: TCHF 1'356,5; Eigene Beiträge: TCHF 300; Entgelte: TCHF 39,0; Beiträge für eigene Rechnung: TCHF 593,7. Bereinigt um diesen Transfer liegt die Rechnung 2007 um TCHF 586 über Budget 2007 (vgl. FN 2 und 3).
- 2 Primär aufgrund interner Verschiebungen von Aufgaben aus den operativen Bereichen in den neuen Stabsbereich Services sind die Lohnkosten und die Saldi von Ferien- und Überzeitguthaben gestiegen. Diese Mehraufwendungen wurden zum Teil den Bereichen wieder in Rechnung gestellt (TCHF 269). Mit dem Bruttoprinzip erfolgen diese Einnahmen in der Gruppe 43.
- 3 Infolge konsequenter Umsetzung der Verbuchungsrichtlinien (Bruttoprinzip) liegen sowohl Sachaufwand als auch die Einnahmen (Gruppe 46) um TCHF 323 über Budget. Mit RRB vom 27.11.07 wurde die Berechnung für Überzeit- und Ferien-Guthaben im Kanton vereinheitlicht. Diese Anpassung betreffend die Vorjahre wurde als ausserordentlichen Aufwand (TCHF 76) verbucht.

weitere Attestlehrplätze geschaffen. Diese Lehrstellen wurden mehrheitlich von Basler Jugendlichen mit Migrationshintergrund besetzt.

- **Raumdienste:** In dieser Abteilung wurde der gesamte Unterhalt, die Reinigung und die Disposition der SiD-Räumlichkeiten sowie die Sicherheitskoordination Waaghof zusammengefasst. Mit Ausnahme der Rettung, die für 2008 vorgesehen ist, sind alle Bereiche abgedeckt.
- **Logistikdienste:** Diese Abteilung umfasst zur Zeit lediglich die SiD-interne Büromaterialzentrale. Im Projekt LOGOS (Logistikorganisation SiD) wurde analysiert, welche Logistik-Leistungen der Bereiche in ein zentrales Service-Center zusammengefasst werden sollten. Durch eine Bündelung – primär des Einkaufs – sollen Beschaffungs- und Prozesskosten eingespart und das Submissionswesen professionalisiert werden. Die Umsetzung ist im Jahr 2008 vorgesehen.
- **Informatik:** Bis Ende Oktober 2007 wurden die spezifischen Informatikleistungen von den Bereichen selbst abgedeckt. Die Grundversorgung des Departements wurde von der Informatikabteilung der Kantonspolizei sichergestellt. Auf Basis einer Auslegeordnung wurde entschieden, die

Informatikfunktionen des Departements per 1. November 2007 dem Bereich Services zu unterstellen. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, die Informatik in einer einzigen Abteilung im SiD zusammenzuführen, um dadurch Synergien zu gewinnen und eine bessere, bereichsübergreifende Steuerung zu erreichen.

Im weiteren obliegt dem Bereich Services die Projektleitung zur Umsetzung der Verwaltungsreorganisation (RV09) im Sicherheitsdepartement. In zahlreichen Projektsitzungen und Workshops wurde zusammen mit den betroffenen Abteilungen die Integration der vom Justizdepartement zu übernehmenden Aufgaben geplant. Auch wurde ein Projekt zur Verbesserung des internen Kontrollsystems angestossen. Dabei wurden 2007 die Ist-Situation dokumentiert und ein Soll-Konzept in Pilotversuchen ausgetestet.

### **Beschwerdewesen**

2007 gingen beim Beschwerdewesen 53 (2006:91) Beschwerden ein; in 39 (65) Fällen waren Männer beschwerdeführend, in 14 (27) Fällen Frauen. Bis zur Drucklegung dieses Berichtes konnten alle (91) Fälle abschliessend erledigt werden, davon 41 (83) schriftlich und 12 (8) mündlich.

Die Zahl der im SiD eingegangenen Beschwerden sank gegenüber dem Vorjahr. Dies ist damit zu begründen, dass die Ombudsstelle des Kantons mehr Fälle, die das Sicherheitsdepartement betreffen, bearbeitet hat. Zählt man die Fälle zusammen, wird in etwa der Stand des Vorjahres erreicht. Diese Zahl ist angesichts der unzähligen, täglichen - und für die Betroffenen oft unerfreulichen - Kontakte zwischen Polizei und Bevölkerung als sehr gering zu betrachten.

Zwei (eine) Beschwerden richteten sich gegen das Kundenzentrum des Bereichs BdM. Eine Beschwerde konnte mit einem klärenden Gespräch gelöst werden. Die andere musste als unbegründet abgewiesen werden.

Die übrigen 51 (90) Beschwerden richteten sich gegen Angehörige des Polizeikorps. In 4 (10) Fällen wurde die Beschwerde als berechtigt beurteilt, in 6 (6) als teilweise berechtigt und in 41 (74) als unbegründet.

Vier der gutgeheissenen Beschwerden können unter dem gemeinsamen Titel „zur falschen Zeit am falschen Ort“ zusammengefasst werden:

- Nach einem schweren Einbruch fiel einer Polizeipatrouille ein Mann auf, der auf das ausgeschriebene Signalement passen könnte. Bei der Kontrolle gab er an, unbewaffnet zu sein, führte jedoch einen Revolver mit sich. Darauf wurde er einer Personenkontrolle unterzogen, bei der jedoch sein Portemonnaie verloren ging. Dieses wurde glücklicherweise von einem Finder zurückgebracht. Den Finderlohn übernahm die Polizei und entschuldigte sich für das Missgeschick.
- Eine Frau, die eine Kreuzung bei „dunkelorange“ überquerte, wurde von einem Polizeidienstangestellten gebüsst. Die Beschwerdeführerin monierte das ruppige Anhalten durch den Polizeidienstangestellten, der sein ziviles Polizeifahrzeug schräg vor den Personenwagen der Lenkerin stellte. Da die Beweislage fraglich war, wurde auf die Busse verzichtet und die Polizei entschuldigte sich.
- Im dritten Fall stellte ein Polizist zu unrecht eine Busse aus. Die Eltern des gebüsstes Radfahrers reklamierten zu Recht. Der Polizist entschuldigte sich und veranlasste die Rückzahlung des Bussgeldes.
- Auch im vierten Fall ging es um eine Busse. Ein Polizist büsste im September eine Frau, weil sie die Abgaskontrolle noch nicht ausführen liess. Sie hätte allerdings das Recht gehabt, diese erst Ende September ausführen zu lassen. Die Busse wurde zurückgenommen und das Bussgeld zurückbezahlt.

Bei den teilweise berechtigten Beschwerden handelt es sich meist um Fälle von einer an sich korrekten Amtshandlung, verbunden aber mit ungenügender Kommunikation.

- Nach einem Leichenfund beklagte sich eine Frau über den Umgang mit dem Toten. Obwohl sie versuchte, Verständnis für die Arbeit der beteiligten Polizisten, Sanitäter oder den Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft aufzubringen, wunderte sie sich über den Umgang mit ihrem toten Ex-Mann. So konnte sie sich u.a. nicht erklären, warum die Wohnung lange versiegelt blieb, warum sie weiterhin beheizt wurde, etc. Der Dienstoffizier telefonierte mit der Frau und konnte ein klärendes Gespräch führen.
- Eine Frau beklagte sich über einen unfreundlichen Polizisten, der beim Absturz des Kleinflugzeuges, an der Roggenburgstrasse im Einsatz war. Ohne grosse Aktivität seitens der Beschwerde-stelle konnte der Fall in einem persönlichen direkten Gespräch zwischen den Beteiligten bereinigt werden.
- Ein Mann wollte eine Anzeige erstatten, worauf ihm der Polizist auf dem Bahnhofsposten mitteil-te, dass der Posten in den nächsten Minuten vorübergehend geschlossen werde. Dies ist normal, wenn die Belegschaft des Postens ausrücken muss. Nicht angemessen war hingegen die un-freundliche Reaktion des Polizisten. Er entschuldigte sich beim Beschwerdeführer.
- Zwei Polizisten besprachen sich nach der Festnahme eines Täters auf dem Trottoir. Eine Frau, der die beiden Polizisten im Wege zu stehen schienen, drängte sich mit ihren beiden Hunden zwischen den beiden Polizisten durch und deckte die beiden mit Sprüchen ein. Ein Polizist liess sich deshalb zu einer verbalen Entgleisung hinreissen, worauf sich die Frau beschwerte. Diese Beschwerde wurde nur teilweise gutgeheissen, weil die Frau das verbale Niveau vorgab.
- Eine Frau beklagte sich über parkierte Polizeifahrzeuge unter ihrem Fenster. Die Bemerkung eines Polizisten, sie könne sich doch beschweren, nahm sie ernst. Im Gespräch konnten die Parteien das Problem entschärfen und beide kamen zur Einsicht, dass sie „etwas überreagiert“ hätten.

Nahezu die Hälfte der als unbegründet beurteilten Beschwerden hatten eine ausgestellte Ordnungs-busse oder eine Verzeigung als Auslöser. Wie in den Vorjahren wurde des öfteren versucht, eine Rücknahme der Busse durch Behauptungen anzustreben wie „der Polizist war aber sehr unhöflich“ oder „wir wurden behandelt wie Schwerverbrecher“. Wenn diesen Personen mitgeteilt wurde, die Busse sei unabhängig vom Beschwerdeverfahren zu bezahlen, sank das Interesse an der Abklärung der Umstände jeweils beträchtlich.

Oftmals beschwerte man sich bei der Polizei über Dinge, die diese lediglich zu kontrollieren oder gar nichts damit zu tun hat. So über die Parkplatzmisere, übermässigen Lärm oder das Littering-problem.

Verstärkt hat sich die Zusammenarbeit zwischen departementsinternem Beschwerdewesen und der Ombudsstelle. In gut einem Dutzend Fälle gingen die Beschwerden gegen Korpsangehörige bei der Ombudsstelle ein. Diese beurteilte den jeweiligen Sachverhalt anhand der vom departements-internem Beschwerdewesen beschafften Unterlagen und gegebenenfalls über persönliche Kontakte (siehe Jahresbericht der Ombudsstelle).

Anzumerken bleibt zum Schluss, dass das departementsinterne Beschwerdewesen keine Fälle be-handelte, in denen ein strafrechtlich relevantes Verhalten von Korpsangehörigen behauptet wurde. In solchen Fällen wurden die Beschwerdeführenden entweder (Antragsdelikte) aufgefordert, Anzei-ge zu erstatten oder (Offizialdelikte) die Unterlagen direkt der Staatsanwaltschaft weitergeleitet. In all diesen Fällen prüfte die Staatsanwaltschaft, ob ein Verfahren eröffnet werden musste. Die Informati-on über Anzahl der Fälle und deren Erledigung kann nur durch die Staatsanwaltschaft erfolgen.

### Verwaltungsrechtspflege

Im Berichtsjahr 2007 wurden gegen Verfügungen der Bereiche des Sicherheitsdepartements 153 Rekurse (2006: 183) eingereicht. Davon entfielen auf:

- Bereich Bevölkerungsdienste und Migration 96 (114)
- Bereich Kantonspolizei (insbesondere Verkehrsabteilung) 56 (68)

- Diverse (Personalrekurs) 1 ( 1)

Wegen Fristversäumnis oder mangelnder Legitimation ergingen 13 (13) Nichteintretensentscheide und 64 (69) Abschreibungen. Es wurden 75 (95) Fristerstreckungs- und 6 (4) Sistierungsgesuche verfügt. Zudem wurden 24 (41) Zwischenentscheide (einschliesslich 8 Zwischenentscheide betreffend Kostenvorschuss) erlassen. Materielle Rekursentscheide wurden im Berichtsjahr 65 (68) getroffen. Von den insgesamt 23 (25) Stellungnahmen (Rekursbeantwortungen) gingen 2 (0) an das Justizdepartement, 18 (17) an das Appellationsgericht als Verwaltungsgericht und 3 (8) an das Bundesgericht. Schliesslich mussten 5 (5) selbständig anfechtbare Kostenentscheide ausgearbeitet werden.

### **Politisches**

Der Regierungsrat hat die Gesetzesvorlagen betreffend Wegweisungs- und Rückkehrverbotsnorm bei Häuslicher Gewalt, die Änderungen des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen betreffend die Wahl eines Regierungspräsidiums, sowie betreffend Unvereinbarkeit ausgearbeitet. Diese wurden vom Regierungsrat beschlossen. Der Bereich Recht war zudem massgeblich an der Erarbeitung der Verordnung zum Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung beteiligt. Das Gesetz und die Verordnung hat der Regierungsrat auf den 1. Januar 2008 für wirksam erklärt. Das Sicherheitsdepartement konnte 2007 dem Regierungsrat beziehungsweise dem Grossen Rat ferner einen überarbeiteten Ratschlag und Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Feuerwehr vorlegen. Das Geschäft befindet sich gegenwärtig in der vorberatenden Kommission des Grossen Rates. Zentrale Punkte der Vorlage sind die Feuerwehrpflicht (Milizfeuerwehr), die Ersatzabgabe, sowie die Möglichkeit, Betriebe zum Unterhalt einer Feuerwehr zu verpflichten.

### **Übriges**

Neben der Beratung der Bereiche im Departement arbeitete der Bereich Recht Berichte an die Regierung aus und verfasste Vernehmlassungen sowie Mitberichte zu Gesetzesvorlagen des Kantons oder des Bundes. Dazu kam die Erledigung von vom Vorsteher direkt übertragenen Geschäften. Als spezielle Aufgabe ist die Bearbeitung von 11 (15) Gesuchen um Erteilung einer Durchführungsbeurteilung im Kanton Basel-Stadt durch die gemäss Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten zuständige Lotterie- und Wettkommission. Das Bundesgericht hat weiter sowohl im Fall Good News (Konzert von Simon & Garfunkel im St. Jakobs-Park) als auch im Fall Riesenrad (Standplatz an der Basler Herbstmesse) die angefochtenen Verfügungen des Sicherheitsdepartements letztinstanzlich geschützt. Die Angehörigen der Sanität Basel sind mit ihrer Petition betreffend unbezahlter Verpflegungspause sowohl an den Vorsteher des Sicherheitsdepartements als auch an den Grossen Rat gelangt. Gestützt auf ein Gutachten sowie einen gemeinsamen Bericht von Sicherheitsdepartement und ZPD hat der Regierungsrat am 14. August 2007 beschlossen, dem Anliegen der Petition zu entsprechen und die halbstündige Verpflegungspause, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnissen, als Arbeitszeit anzurechnen. Im Zusammenhang mit den Assoziierungsabkommen Schengen/Dublin hat das Sicherheitsdepartement zur laufenden gegenseitigen Orientierung und Vorbereitung im Hinblick auf die Wirksamkeit dieser Abkommen eine interdepartementale Arbeitsgruppe einberufen. Im Rahmen der Verwaltungsreform 2009 war beziehungsweise ist der Leiter Bereich Recht für das Teilprojekt „Justiz“ verantwortlich.

### **Integration**

Seit Anfang 2007 liegt das Umsetzungskonzept zum neuen Gesetz vor. Sämtliche staatlich unterstützten Projekte im Integrationsbereich werden auf ihre Wirksamkeit überprüft und – wenn nötig – modifiziert. Die überregionale Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen wurden im Jahr 2007 intensiviert, gemeinsame Standards werden angestrebt.

Die politischen Diskussionen zum neuen kantonalen Integrationsgesetz haben das erste Semester 2007 geprägt. Der Grosse Rat hat dem Integrationsgesetz nach langer Debatte am 18. April 2007 mit grossem Mehr zugestimmt; das angekündigte Referendum ist nicht zustande gekommen. Folglich tritt am 1. Januar 2008 mit dem „Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung“ das modernste Integrationsgesetz Europas in Kraft. Am 18. Dezember 2007 hat der Regierungsrat mit der

Verordnung die zum Vollzug erforderlichen Ausführungsbestimmungen gemäss §12 des Gesetzes erlassen. Bereits im Herbst wurden die Vorbereitungen für das nationale Pilotprojekt zur Einführung von Integrationsvereinbarungen gestartet. Die Vereinbarungen bezwecken, benachteiligte Migrantinnen und Migranten mit grossen Integrationsdefiziten durch Beratung und Kursbesuche aus Isolation und Not herauszuführen und Zugang zu Bildung, Spracherwerb, Sozialkontakten und zu fundierter Erziehungs- und Erwerbsarbeit zu schaffen.

Die umfassende Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit wurde in allen Bereichen (Begrüssung, Information, Motivierung, Beratung, Begegnung, interreligiöser Dialog, Bildung, Anti-Diskriminierung, Frühförderung, Sport, Jugendarbeit, Gewaltprävention und Mediation) plangemäss weitergeführt und spezifisch mit den Partner-Kantonen Aargau, Basellandschaft, Bern und Solothurn umgesetzt. Gemeinsam wurde die „Nordwestschweizer Beratungsstelle gegen Diskriminierung und Rassismus“ in Pratteln eingerichtet. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat im Frühjahr 2007 entschieden, das so genannte „Basler Modell“ für die kantonale Integrationspolitik zu übernehmen und dazu eine strategische Partnerschaft mit Basel-Stadt einzugehen. Die Nachfrage aus dem In- und Ausland nach Beratung und Arbeitsbesuchen ist anhaltend hoch, verschiedene Informationsschriften mussten dazu neu aufgelegt werden. Die Website [www.welcome-to-basel.bs.ch](http://www.welcome-to-basel.bs.ch) wird fortlaufend aktualisiert und den steigenden Nachfrage-Bedürfnissen angepasst. Der Jahresbericht der kantonalen Integrationsstelle wurde 2007 erstmals im Sinne des neuen Integrationsgesetzes, das zu einer offensiven Information und Berichterstattung verpflichtet, gestaltet. Auch wurde die Koordination der vielen Integrationsprojekte im „Interdepartementalen Netzwerk Integration“ (INI) weiter optimiert und mit einer Kerngruppe „Kantonale Integrationsförderung“ (KIF) die Voraussetzung für die Übernahme der neuen Unterstützungs-Richtlinien des Bundes geschaffen.

Unter dem Eindruck stossender politischer Propaganda im öffentlichen Raum hat die kantonale Integrationsstelle zusammen mit der kantonalen Kommission für Migrations- und Integrationsfragen die Kampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ für einen sachlichen Umgang mit Integrationsthemen und gegen Vorurteile intensiviert und ergänzt mit der gemeinsamen Aktion BASEL ZEIGT HALTUNG von Sozialpartnern, Landgemeinden und Religionsgemeinschaften. „Basel ist weltoffen, gastfreundlich und in Migrationsfragen kompetent“ lautete die Botschaft. Viele Einheimische und internationale Gäste sowie Medien aus dem In- und Ausland haben positiv auf diese klare und breit abgestützte Haltung Basels reagiert.

Die Migration tendiert weiter zur Einwanderung von Fachkräften aus Deutschland und dem anglophonen Raum sowie zur Rückwanderung von Südeuropäern. Der durchschnittliche Steuerertrag ist bei Jahres-Aufenthaltern (Bevilligung B) markant steigend.



## Kantonspolizei

SiD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung der Gesetze; sie steht im Dienste der Bevölkerung und der Behörden und berücksichtigt dabei stets das öffentliche Interesse: Präsent sein, im Sinne der Prävention, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten; Regeln der Verkehrszulassung von Personen und Fahrzeugen; Informieren der Bevölkerung; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthalts und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (KKO).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Katastrophenvorsorge und -einsätze	4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement
Prävention	4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement
Querschnittsdienstleistungen	4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement
Sicherheitspolizei	4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement
Spezialformationen	4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement
Verkehrsmanagement	4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement

## Tätigkeiten und Projekte

**POLYCOM** Im Kanton Basel-Stadt werden zur Zeit sechs unabhängige Funknetze im Alter zwischen 12 und 25 Jahren betrieben. Ersatzteile sind kaum mehr verfügbar und die Unterhaltskosten steigen. Bei POLYCOM handelt es sich im Endausbau um ein schweizweites, zukunftsorientiertes und organisationsübergreifendes Funknetz mit hohen Anforderungen an die Verfügbarkeit und Sicherheit, welches ausschliesslich für die nationalen Behördenorganisationen gedacht ist. Nach der Bewilligung des Projektes des Grossen Rates am 20. September 2006 standen in den ersten beiden Quartalen 2007 konzeptionelle und vertragliche Arbeiten im Vordergrund. Im 2. Halbjahr konnten die Voraussetzungen für einen reibungslosen Aufbau der Infrastruktur und die Inbetriebnahme bewerkstelligt werden. Das System wird im ersten Quartal 2008 planmässig in Betrieb genommen werden, so dass POLYCOM rechtzeitig zur Euro 08 den Organisationen zur Verfügung steht.

**EURO 2008** Zur Vorbereitung und Durchführung der EURO 2008 in der Host City Basel wurde im Fachbereich Sicherheit eine bikantonale (BS und BL) Planungsorganisation unter Miteinbezug von relevanten Partnerorganisationen ins Leben gerufen. Per 01. Februar 2008 wird diese Planungsorganisation in die Einsatzorganisation mit den Teilbereichen Krisen und Katastrophen, Ermittlung und Massnahmen, Führungsunterstützung, Rettung, Verkehr, Polizei und Logistik überführt. Anlässlich des Länderspieles Schweiz - USA wurden das Sicherheitskonzept und das Zusammenwirken aller Partnerorganisationen bei Fussballspielen im St. Jakob-Park durch ein internationales Team überprüft. Die Einsatzorganisation wurde bereits drei Mal anhand von Übungen überprüft. Zweimal wurden diese Übungen durch die Projektleitung des Fachbereiches Sicherheit initiiert. Eine Übung wurde durch den Bund (FEDPOL) organisiert.

**REOPEZ** Mit der geplanten Zusammenführung der Einsatzzentralen der Kantonspolizei, der Feuerwehr und der Sanität sollen die Dienstleistungen für die Bevölkerung bei Ereignissen, Notfällen und in Katastrophenlagen verbessert werden. Dabei ist, aufgrund externer Einflüsse (Interesse GWK, negativer Entscheid Regierungsrat BL), noch offen, ob es sich um eine Zusammenführung auf rein technischer Basis handeln wird (gemeinsame IT-Systeme) oder ob eventuell auch eine räumliche Zusammenlegung Sinn macht.

**Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)** Im Auftrag der Polizei- und Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren der beiden Polizeikonkordate Nordwest- und Zentralschweiz sowie der beiden Städte Bern und Luzern hat ein Projektteam unter der Leitung der Regierungsrätinnen Dora Andres und Margrit Fischer von Mai 2002 bis April 2003 die Grundlagen für eine IPH erarbeitet. Am 25.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	929.1	940.6	955.6	956.1	
Subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung	Wert	3.0	3.2			1
Mobilitätszufriedenheit der Bevölkerung	Wert	3.0	3.1			2
Erwartete Hilfsbereitschaft	Wert	3.0	3.3			3

**Kommentar**

- 1 Gemessen in der KONSO-Umfrage mit der Frage: „Ich fühle mich sicher und vertraue der Polizei“: Note 1 - 4 (4 = sehr einverstanden, 1 = gar nicht einverstanden). Die Umfrage wurde in den Jahren 2004 und 2005 nicht durchgeführt.
- 2 Gemessen in der KONSO-Umfrage mit der Frage: „Wie sicher fühlen Sie sich als Verkehrsteilnehmer oder -teilnehmerin im Kanton?“: Note 1 - 4 (4 = sehr sicher, 1 = gar nicht sicher). Die Umfrage wurde in den Jahren 2004 und 2005 nicht durchgeführt.
- 3 Gemessen in der KONSO-Umfrage mit der Frage: „Und würden Sie sagen der Basler Polizist ist sehr hilfsbereit, ziemlich hilfsbereit, eher abweisend oder sehr abweisend?“ (Note 1-4). Die Umfrage wurde in den Jahren 2004 und 2005 nicht durchgeführt.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	120'112.3	124'377.6	120'364.2	-4'265.3	-3.4
31 Sachaufwand	21'401.5	20'335.8	18'868.7	1'065.8	5.2
K	0.0	80.0	0.0	-80.0	-100.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	92.5	5'040.0	616.6	-4'947.5	-98.2
36 Eigene Beiträge	180.0	0.0	0.0	180.0	...
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	8.6	12.0	9.1	-3.4	-28.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>141'795.0</b>	<b>149'765.4</b>	<b>139'858.6</b>	<b>-7'970.4</b>	<b>-5.3</b>
40 Steuern	-31'079.1	-31'000.0	-30'711.8	-79.1	-0.3
41 Regalien und Konzessionen	-17.8	-20.0	-18.3	2.2	11.0
42 Vermögenserträge	-448.5	0.0	-39.8	-448.5	...
43 Entgelte	-46'376.9	-45'745.0	-41'367.5	-631.9	-1.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-699.6	-951.6	-686.1	252.0	26.5
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	0.0	-10.0	-9.8	10.0	100.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-78'622.0</b>	<b>-77'726.6</b>	<b>-72'833.3</b>	<b>-895.4</b>	<b>-1.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>63'173.0</b>	<b>72'038.8</b>	<b>67'025.3</b>	<b>-8'865.7</b>	<b>-12.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Katastrophenvorsorge und -einsätze	739.3	796.1		-56.8	-7.1
Prävention	-1'442.9	-736.1		-706.8	-96.0
Querschnittsdienstleistungen	23'006.0	23'480.6		-474.7	-2.0
Sicherheitspolizei	41'325.7	42'756.6		-1'430.8	-3.3
Spezialformationen	4'261.9	4'869.6		-607.7	-12.5
Verkehrsmanagement	-4'717.0	871.9		-5'588.9	-641.0
5 Ausgaben Investitionen	13'730.2	0.0	10'652.8	13'730.2	...
K	0.0	551.0	0.0	-551.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>13'730.2</b>	<b>0.0</b>	<b>10'652.8</b>	<b>13'730.2</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Der Abbau der Grenzpolizei (im Rahmen Reduktion Aufgaben und Leistungen) wurde sukzessiv umgesetzt. Abgänge im Korps wurden bewusst intern besetzt, um die geplante Stellenreduktion auf den 1.1.2008 einhalten zu können. Diese Unterschreitung ist nicht nachhaltig, sondern eine Begleiterscheinung der Umsetzung.
- 2 Der Regierungsrat hat im Herbst 2007 eine Aenderung der bisherigen Behandlungspraxis von Ueberzeit- und Ferienguthaben genehmigt. Die einmalige Zusatzbelastung aus dieser Praxisänderung, welche auf die Vorjahre zurückgeht, wurde über den außerordentlichen Aufwand verbucht (TCHF 1'326).

- 3 Mit der Einführung des neuen Bussenbewirtschaftungsprogrammes wurde die Debitorensystematik von vereinnahmten zu vereinbarten Entgelt umgestellt. Aus Gründen der Transparenz wird in der laufenden Rechnung die Verbuchung für nicht eintreibbaren Bussen in derselben Konto-Gruppe 437, auf einem separaten sechsstelligen Konto erfasst (d.h. in der Rechnung 2007 betragen die Busseneinnahmen brutto CHF 32.6 Mio. abzüglich Wertberichtigung von CHF 7.9 Mio. = netto CHF 24.7 Mio.). Diese Umstellung führt zu einer Unterschreitung in der Kontengruppe 330.
  - 4 Mit Beschluß vom 21. Oktober 2007 hat die Regierung eine Defizitgarantie aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrates zugunsten des FC Concordia gesprochen. Die Defizitgarantie für die Sicherheitskosten des Spiels FC Concordia - FC Zürich wurde in Anspruch genommen (TCHF 180).
  - 5 Per 1. Januar 2006 wurde zwischen dem Sicherheitsdepartement und dem Bund eine neue Leistungsvereinbarung zur Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen abgeschlossen. Die neue Vereinbarung führt zu reduzierten Einnahmen.
- 

Juni 2003 haben die zuständigen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren, zusammen mit ihren Polizeikommandanten, anlässlich einer Sitzung das Konzept und das Konkordat bereinigt und gutgeheissen. Am 8. Dezember 2004 hat der Kanton Basel-Stadt als letzter der Konkordatspartner seine Beitrittserklärung abgegeben. Die erste Polizeischule im neuen Ausbildungskonzept in Hitzkirch hat im Herbst 2007 begonnen.

**Digitale Fotografie** Aufgrund des Technologiewandels wird innerhalb der Kantonspolizei vermehrt mit digitaler Fotografie gearbeitet. Heute geschieht dies punktuell und sehr individuell. In einzelnen Bereichen wie Verkehrsaufnahme und Arrestantenfotografie wurde die digitale Fotografie mit klaren Betriebskonzepten für Ablage und Archivierung unter Berücksichtigung der Datenschutzrichtlinie eingeführt. In anderen Bereichen sind solche klaren Richtlinien noch nicht vorhanden. Das oberste Ziel des Projektes beinhaltet eine klar geregelte Einführung der Digitalen Fotografien, in Bezug auf Technologie, Zentrale Bildverwaltung und Weisungen.

**OPTIMA** Die Mittel und Strukturen der Kantonspolizei wurden im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben auf die künftigen Herausforderungen ausgerichtet. Insbesondere wurden im Rahmen von OPTIMA die Resultate der jüngsten Bevölkerungsbefragung und die neuesten Erkenntnisse der urbanen Sicherheit berücksichtigt. Das Projekt wurde per 1. Oktober 2007 umgesetzt. Die Kantonspolizei gewährleistet nun in neuen Strukturen - im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen - die optimale Sicherheit für die Bevölkerung. Die neuen Strukturen umfassen die Abteilungen Sicherheitspolizei, Verkehr und Spezialformationen. Die Aufgaben der aufgelösten Abteilung Grenzpolizei übernahm das GWK.

**Umsetzung Informatikstrategie** Das SiD verfügt über eine Informatikstrategie, welche die Geschäftsleitung des SiD letztes Jahr zur Umsetzung bewilligte. Diese soll die Informatikbedürfnisse des SiD für die nächsten fünf Jahre abdecken und die Informatikorganisation des SiD im kantonalen Umfeld einbinden.

## Rettung

SiD-509

Gewährleisten von Schutz und Sicherheit, Vermindern von erkennbaren Risiken durch präventiv wirkende Aktionen/Massnahmen und entsprechende Einsatzvorbereitung und -planungen; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brand-, Chemie-, Öl- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen; Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Erfassen der Wehrpflichtigen und Verwalten der Militärdienstpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Sicherheitsdepartements und Dritter.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Einsatzunterstützung	4.2 Rettung
Feuerwehr	4.2 Rettung
Führungsunterstützung	4.2 Rettung
Katastrophenvorsorge und -einsatz	4.2 Rettung
Sanität	4.2 Rettung

## Tätigkeiten und Projekte

Die Rettung Basel-Stadt hat ein bewegtes Jahr hinter sich. Mitte Jahr übernahm Dominik Walliser die Bereichsleitung. Ebenfalls seit Mitte Jahr gewährleistet der Bereich Services des Sicherheitsdepartements auch für die Rettung verschiedenste Querschnittsdienstleistungen. Im Weiteren erfolgten wesentliche Vorbereitungsschritte und -arbeiten in Bezug auf die EURO 2008 und die Einführung des Sicherheitsfunknetzes POLYCOM. Bei den beiden Grossereignissen Flugzeugabsturz Roggenburgstrasse und August-Hochwasser konnte die Rettung Basel-Stadt ihre Strukturen und Ausbildungsbemühungen auch im Verbundeseinsatz mit den anderen Fachbereichen und Diensten der Kantonalen Krisenorganisation positiv unter Beweis stellen.

### Führungsunterstützung

Im Stabsressort Führungsunterstützung sind zwischenzeitlich noch die Bereiche Administration und Assistenz Kommandant Rettung vertreten. Die Fachgebiete Finanzen/Controlling und Informatik wurden im Verlauf des Jahres analog dem FG Personelles zum Bereich Services transferiert, welcher die Querschnittsdienstleistungen departemental gewährleistet. Zwischen der Administration und Assistenz wurden in der Folge die Zuständigkeiten neu geregelt. Die Führungsunterstützung versteht sich schwergewichtig als Querschnittsdienstleister und Koordinationsstelle innerhalb der Rettung.

### Einsatzunterstützung

Beim Zivilschutz wurden zu Gunsten des Projektes Zivilschutzorganisation 2010 und der Vorbereitungen EURO 2008 im Verlauf des Jahres die Wiederholungskurse eingestellt. In der Folge sind die WK für Unterstützungspioniere (Ausseneinsätze in Berggebieten) und Betreuungsdienste (Dienstleistungen in Alters- und Pflegeheimen im Kanton) weggefallen. Mit dem Projekt ZSO 2010 zur Überprüfung der Zivilschutzorganisation Basel-Stadt geht es darum, den Zivilschutz unseres Kantons hinsichtlich Organisationsstruktur, Einsatzdoktrin und Ausrüstung auf Einsätze in Grossereignissen sowie Katastrophen und Notlagen auszurichten. Die neue Struktur soll ab Januar 2009 Gültigkeit haben.

Die durch verschiedene Armeeformen ausgelösten Bestandesabnahmen haben sich konsolidiert und die Aufgaben und Arbeiten im Bereich Armee sind konstant. Die durch die Abteilung Einsatzunterstützung für beide Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft betriebene Retablierungsstelle für persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee hat sich etabliert und bewährt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	245.3	245.6	251.5	192.6	1
Zur Einsatzbewältigung beigezogene Dritte	Anz	98	40	35		2
Funktionstüchtige Schutzräume als Notunterkunft	%	80	80	80		3
Interventionszeit der Sanität <= 10 Min.	%	91	92	90		
Interventionszeit der Feuerwehr <= 13 Min.	%	92	93	90		

#### Kommentar

- 1 Am 1.1.2005 wurde die Sanität mit 70 Mitarbeitenden vom GD in das SiD integriert.
- 2 Alle von ausserhalb der Rettung benötigten Unterstützungskräfte und -mittel für die Bewältigung aller Einsätze auf dem Kantonsgebiet.
- 3 Die Rettung besteht seit 01.01.2005.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	32'523.1	32'733.8	35'159.3	-210.7	-0.6
31 Sachaufwand	6'731.0	6'596.1	6'114.9	134.9	2.0
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.1	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	455.5	370.0	562.2	85.5	23.1
36 Eigene Beiträge	0.0	8.0	6.3	-8.0	-100.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>39'709.6</b>	<b>39'707.9</b>	<b>41'842.7</b>	<b>1.7</b>	<b>0.0</b>
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	-0.2	-0.1	...
43 Entgelte	-20'833.1	-21'439.6	-21'647.8	606.5	2.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'455.8	-1'517.0	-1'651.0	61.2	4.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-22'289.0</b>	<b>-22'956.6</b>	<b>-23'299.0</b>	<b>667.6</b>	<b>2.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>17'420.6</b>	<b>16'751.3</b>	<b>18'543.7</b>	<b>669.3</b>	<b>4.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Einsatzunterstützung	8'597.5	8'903.5		-306.0	-3.4
Feuerwehr	3'888.1	3'356.3		531.8	15.8
Führungsunterstützung	95.1	79.4		15.7	19.7
Katastrophenvorsorge und -einsatz	892.6	743.1		149.4	20.1
Sanität	3'947.3	3'668.9		278.4	7.6
5 Ausgaben Investitionen	755.7	0.0	1'348.8	755.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>755.7</b>	<b>0.0</b>	<b>1'348.8</b>	<b>755.7</b>	<b>...</b>

#### Feuerwehr

Bei den Grosseinsätzen anlässlich des Flugzeugabsturzes an der Roggenburgstrasse und dem Hochwasser im August konnte eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Berufs-, Bezirks-, Werk- und Ortsfeuerwehren festgestellt werden.

Die Einführung des neuen Funksystems POLYCOM verläuft planmässig.

Im vergangenen Jahr durfte die Abteilung Feuerwehr zwei Jubiläen feiern. 125 Jahre Berufsfeuerwehr Basel und 50 Jahre Schweizerisches Feuerwehrmuseum haben aufgezeigt, wie stark sich die Berufsbilder der Feuerwehr verändert haben. Die grossen Besucherzahlen an den verschiedenen Anlässen haben zudem gezeigt, dass die von der Feuerwehr geleistete Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit überaus geschätzt wird.

Die im Januar 2007 begonnenen Sanierungsarbeiten für die Erdbebenmassnahmen im Altbau des Lützelhofes können im Verlauf des Januars 2008 ohne nennenswerte Zwischenfälle abgeschlossen werden.

Die Vorbereitungen für die von der Berufsfeuerwehr durchzuführende Feuerweherschule 2008 mit Beginn am 2. Januar verliefen planmässig.

Im Weiteren konnten die internen Arbeiten zur Revision des Feuerwehrgesetzes abgeschlossen werden. Das Gesetz befindet sich nun bei der JSSK in der parlamentarischen Beratung.

### **Sanität**

Die Sanität Basel erfüllte innerhalb ihres Einsatzgebietes (Kanton Basel-Stadt und die Gemeinden Allschwil, Binningen, Birsfelden, Bottmingen, Muttenz und Schönenbuch) schwergewichtig die folgenden Aufträge: Organisation und Durchführung von zeitgerechten Notfalleinsätzen inkl. Notarzt zur Sicherung und Wiederherstellung der Vitalfunktionen, Fachgerechte Durchführung von Transporten bei Verletzten und Kranken, Überführung von Leichen in das Institut für Rechtsmedizin und zu den Basler Friedhöfen und die Gewährleistung der technischen und personellen Einsatzbereitschaft auf der Sanitätsnotrufzentrale sowie bei der Katastrophenstaffel.

Die Sanität leistete zu Gunsten der Grossprojekte POLYCOM und EURO 2008 ihren Vorbereitungsbeitrag.

Die Vertragsverhandlungen mit santésuisse und die davon abhängige Anpassung der kantonalen Gebührenverordnung konnten abgeschlossen und vom Regierungsrat genehmigt werden.

### **Katastrophenvorsorge und -einsatz**

Die Planung für die EURO 2008 im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr wurde im Rahmen von nationalen und interkantonalen Arbeitsgruppen weiter verfeinert. Die Einsatzkonzeption Rettung liegt weitestgehend vor.

Im Rahmen der Schulung „Führen von Grossereignissen“ wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft die Kader der Rettung in den Funktionen Schadenplatzkommandant, Chef Feuerwehr, Chef Sanität und Chef Zivilschutz aus- und weitergebildet. Das Schwergewicht lag auf der Problemerkennung und dem Erstellen von Konzepten.

Beim Flugzeugabsturz Roggenburgstrasse hat sich die Einsatzführung bewährt. Eine sofortige und unmissverständliche Abschnittsbildung ermöglichte eine konzentrierte Schadensbekämpfung. Die Zusammenarbeit im Schadenplatzkommando funktionierte hervorragend. Die gemeinsamen Übungen und Detailausbildungen zahlen sich aus.

## Bevölkerungsdienste und Migration

SiD-510

### Auftrag und Ziel

Regelung der Aufenthaltsverhältnisse von in- und ausländischen Personen sowie deren Einreiseformalitäten (Einwohnerkontrolle); Ausstellen von Ausweisen und Dokumenten für die Kundschaft des Kantons im In- und Ausland; Kontakt- sowie Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung; Beitrag zur Kantonsentwicklung durch Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen zur Unterstützung von Einheimischen und Zugezogenen sowie der Stadtentwicklung; Bekämpfen des Missbrauchs im Ausländerrecht; Verfahrensregelungen für die Dauer eines Asyl- oder Wegweisungsverfahrens; Betrieb von Gefängnissen im Auftrag der zuständigen Behörden zur Sicherstellung vom Untersuchungs- und Gerichts- sowie Migrationsverfahren; Organisation und Durchführung von Messen und Märkten; Vorbereiten, Organisieren und Durchführen von Wahlen und Abstimmungen im Kanton; Verwaltung von Fundsachen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Ausschaffungsgefängnis Basel-Stadt	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Integration	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Kundenzentrum	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Migration und Aufenthalte	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Migration und Massnahmen	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Unterstützungsleistungen	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt	4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

### Tätigkeiten und Projekte

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration machte sich im Jahr 2007 im Rahmen der bevorstehenden Verwaltungsreorganisation (RV09) fit, in dem per 1. Januar 2008 das Bewilligungsbüro neu zum Baudepartement transferiert und somit das Bewilligungsverfahren für Gastwirtschaftsbetriebe vereinfacht und zentralisiert wird. Ebenfalls per 1. Januar 2008 werden mit der Schaffung des Migrationsamtes die Strukturen den gesamtschweizerischen Gegebenheiten angepasst, so dass der Auftritt gegen Aussen nun klar und unmissverständlich dargestellt werden kann. Der Bereichsleiter trat in den vorzeitigen Ruhestand. Die Leitung übernimmt per 1. März 2008 Lukas Huber.

### Kundenzentrum

Im neuen Kundenzentrum haben im Berichtsjahr über 43'700 Kundinnen und Kunden eine kostenpflichtige Dienstleistung in Anspruch genommen.

Mittels optimierter Prozesse am Empfang konnte die Kundschaft mehrheitlich ohne Wartezeit bedient werden. Für die Bedienung an einem Schalter wartete die Kundschaft im Durchschnitt weniger als neun Minuten. Die Öffnungszeiten wurden erweitert (Montag bis Freitag von 09.00 bis 17.30 Uhr sowie samstags bis 14.00 Uhr). Der Stadtladen wurde per 1. Januar 2007 ins Kundenzentrum integriert. So kann den Bedürfnissen der Kundschaft besser entsprochen werden.

Es wurden insgesamt 27'681 schweizerische Reisedokumente beantragt, zudem 619 provisorische Pässe ausgestellt. Von 3'390 Personen wurden die biometrische Daten erfasst; davon 2'245 für Personen aus anderen Kantonen.

In einer breit angelegten Untersuchung der Kundenzufriedenheit durch Studentinnen und Studenten der FHNW wurde ein Wert 8.5 von maximal 10 Punkten errechnet. Insbesondere die Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Kundenberatung sowie die kurzen Wartezeiten wurden hervorgehoben.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	178.0	185.0	186.9	189.1	
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	1	0	2	2	2 <sup>1</sup>
Gutgeheissene Rekurse Messen & Märkte	Anz	0	0	0	0	
Ausbrüche im Ausschaffungs- und Untersuchungsgefängnis	Anz	1	0	2	0	2
Diverse öffentliche Informationsanlässe Integration Basel	Anz	85	56	25	25	25

**Kommentar**

1 Vom 1. Januar 2003 bis 23. Juni 2006 waren es acht gutgeheissene Rekurse, d.h. im Durchschnitt zwei gutgeheissene Rekurse pro Jahr.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	% <sup>1</sup>
30 Personalaufwand	22'080.7	23'642.4	24'576.8	-1'561.6	-6.6
31 Sachaufwand	8'647.9	10'149.1	9'175.4	-1'501.2	-14.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	74.5	60.0	56.0	14.5	24.1
36 Eigene Beiträge	0.0	300.0	300.0	-300.0	-100.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>30'803.1</b>	<b>34'151.4</b>	<b>34'108.2</b>	<b>-3'348.4</b>	<b>-9.8</b>
41 Regalien und Konzessionen	-7.9	-10.0	-6.9	2.1	20.5
42 Vermögenserträge	-0.3	0.0	-0.6	-0.3	...
43 Entgelte	-15'478.6	-15'281.6	-15'620.8	-197.0	-1.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-451.8	-630.0	-407.3	178.2	28.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-15'938.6</b>	<b>-15'921.6</b>	<b>-16'035.5</b>	<b>-17.0</b>	<b>-0.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>14'864.5</b>	<b>18'229.8</b>	<b>18'072.7</b>	<b>-3'365.4</b>	<b>-18.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Ausschaffungsgefängnis Basel-Stadt	3'228.7	3'788.7		-560.1	-14.8
Integration		1'991.5		-1'991.5	-100.0
Kundenzentrum	937.1	210.3		726.7	345.5
Migration und Aufenthalte	673.2	1'359.2		-685.9	-50.5
Migration und Massnahmen	3'243.5	3'277.9		-34.4	-1.0
Unterstützungsleistungen	703.9	850.9		-147.0	-17.3
Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt	6'078.0	6'751.3		-673.2	-10.0
5 Ausgaben Investitionen	841.8	0.0	907.9	841.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>841.8</b>	<b>0.0</b>	<b>907.9</b>	<b>841.8</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

1 Aufgrund der neuen Zuordnung der „Integration Basel“ zum Bereich Departementssekretariat / Recht in der Rechnung 2007 (Budget bei Bevölkerungsdienste und Migration) erfolgt folgende positive Abweichung: Personalaufwand: TCHF 725,8; Sachaufwand: TCHF 1'052,7; Eigene Beiträge: TCHF 300,0; Entgelte: TCHF 3,0; Beiträge für eigene Rechnung: TCHF 270,0. Bereinigt um diesen Transfer liegt die Rechnung 2007 mit TCHF 1,5 Mio. unter Budget.

**Migration und Aufenthalte**

Bedingt durch die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs seit Juni 2002 und der neu fünfjährigen Bewilligungen für Staatsangehörige der EU gab es ab Juni 2007 eine grosse Anzahl an Ausländerausweisen zu verlängern. Alleine weit über 30'000 Grenzgängerbewilligungen wurden im Verlaufe des Jahres bestätigt. Mit zusätzlichem temporärem Personal konnte diese Mehrbelastung weitgehend reibungslos bewältigt werden. Ebenfalls gestützt auf die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU fiel per 1. Juni 2007 die Kontingentierung der EU-Bewilligungen weg und die Grenzzonen für Grenzgängerinnen sowie Grenzgänger aus der



EU wurden aufgehoben, was mit administrativen Erleichterungen einher ging. Entgegen teilweise in der Öffentlichkeit geäusserten Befürchtungen, war keine spürbare Zunahme von Einreisen aus der EU zu verzeichnen.

Nach wie vor kommt es zu Missbräuchen im Ausländerrecht. Im Vordergrund stehen so genannte Umgehungssehen (Scheinehen), welche leider selten bereits bei der Einreise bzw. bei der Prüfung des Familiennachzugesuchtes, sondern erst nach mehrjährigem Aufenthalt in der Schweiz als solche erkannt werden. Aufgrund der starken Zunahme erhöhte sich die Bearbeitungszeit hier auf mehrere Monate, da die Sachverhaltsabklärungen häufig sehr aufwändig sind und kein zusätzliches Personal zur Missbrauchsbekämpfung zur Verfügung stand. Priorität hat weiterhin die rasche Ausweisung erheblich straffällig gewordener ausländischer Personen. Die nachfolgenden Zahlen dokumentieren die Entwicklung in der Missbrauchsbekämpfung in den vergangenen vier Jahren:

Art der Verfügung	2004	2005	2006	2007
Abweisung von Gesuchen (z.B. Umgehung ausländerrechtlicher Vorschriften)	108	159	112	126
Wegweisungen/Bewilligungswiderruf (z.B. bei Schein-/Umgehungssehen)	32	93	48	42
Ausweisungen (z.B. Personen, die sich nicht an die hier geltende Ordnung halten)	39	37	14	37

### Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt

Im Jahre 2007 nahm das Gefängnis 1'890 (2006: 2'011) Inhaftierte auf. Die Hafttage weisen mit 36'833 (38'975) einen Rückgang auf. Die durchschnittliche Auslastung pro Tag betrug 101 (106) Inhaftierte.

Die Männerstationen wiesen eine durchschnittliche Auslastung von 88 (90) Insassen auf. Die Belegung der Station Strafvollzug Männer wies gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang auf (2007: durchschnittlich 11 Plätze, 2006: durchschnittlich 17 Plätze). Die Benutzung der Notbetten im Männerbereich konnte auf ein absolutes und verträgliches Minimum reduziert werden.

Die Jahresziele bei der Umsetzung des Ratschlages „Erneuerung und Verbesserungen von Sicherheitseinrichtungen“ (Ratschlag Nr. 05.0601.01) wurden erreicht, die leitrechnergesteuerte Sicherheitsanlage ist in Betrieb. Die Sanierung aller Ein- und Auswurfnetze in den Spazierhöfen, welche beim starken Schneefall im März 2006 beschädigt wurden, konnte ebenfalls abgeschlossen werden. Auf Grund eines weiteren Ausbruchs in diesem Jahr wurden die Fenster zusätzlich gesichert. Fortlaufend werden notwendige Sanierungsarbeiten am Gebäude durchgeführt. Die Grundlagen der Rauchabzugsmeldeanlage in den Zellen und deren Austesten in der Praxis konnte abgeschlossen werden. Der Einbau in allen Zellen erfolgt im ersten Semester 2008.

### Messen und Märkte

Die Gebührenverordnung bezüglich Messen und Märkte wurde am 17. April 2007 geändert. Die Transparenz in der Gebührenbemessung wurde dadurch verbessert. Mit gleichem Datum wurde auch ein Reglement über die Stammesbesprechung an der Basler Herbstmesse und am Weihnachtsmarkt geschaffen.

Zur Steigerung der Transparenz und Objektivität hinsichtlich der Vergabep Praxis an der Herbstmesse wurde eine Bewertungsmatrix erarbeitet.

Für den Vorverkauf der Flohmarktplätze auf dem Petersplatz wurde auf dem Internetauftritt ein Reservierungssystem installiert, welches eine durchgehende Online-Abwicklung der Geschäfte ermöglicht. Diese Applikation hat auf Anhieb eine Auszeichnung von best of swiss web, public affairs 2007, erhalten.

Eine an der Herbstmesse durch Studentinnen und Studenten der Universität Basel durchgeführte repräsentative Kundenbefragung ergab einen allgemeinen Zufriedenheitsgrad von 94.6%.

### **Ausschaffungsgefängnis Basel-Stadt**

Die Zellenplätze des Ausschaffungsgefängnisses waren durchschnittlich von 62 Insassen pro Tag belegt. Trotz der Verschärfung des Asylgesetzes ab 1. Januar 2007 wurde kein Anstieg der Anzahl Insassen und Hafttage registriert. Einige wenige Insassen in der Durchsetzungshaft verliessen das Gefängnis bereits innerhalb der ersten angeordneten Haftverlängerung.

Der Anteil von Personen aus dem subsaharischen Afrika hat sich weiter vermindert, dafür wurde ein deutlicher Anstieg aus den Maghreb-Staaten registriert.

Seit Anfang August wurden in regelmässigen Intervallen mehrere massive Brandanschläge verübt. Vermehrte Tätigkeiten von verschiedenen Organisationen sowie Medienberichte führten dazu, dass der stets ruhige und ordnungsgemässe Gefängnisbetrieb massiv gestört wurde. Die Bedrohungen gegen Leib und Leben des Aufsichtspersonals konnten nur noch mit entsprechenden Massnahmen unter Kontrolle gebracht werden. Es entstanden erhebliche Sachschäden und Einschränkungen im Betriebsalltag.

### **Migration und Massnahmen**

Prägend im Jahr 2007 war die vorgezogene Änderung des bisherigen Rechts bei den Zwangsmassnahmen (Haftarten: kurzfristige Festhaltung, Vorbereitungshaft, Ausschaffungshaft, Durchsetzungshaft und Ausschaffungshaft wegen fehlender Mitwirkung bei der Papierbeschaffung). Durch diese neue Gesetzgebung wurde uns eine – wenn auch länger dauernde – Papierbeschaffung ermöglicht, jedoch konnte anschliessend der Vollzug direkt durchgeführt werden. Dadurch bedingt ergab sich ein zum Teil längerer Aufenthalt von Personen im Ausschaffungsgefängnis.

Leicht veränderte Zahlen sind im Berichtsjahr bei den fremdenpolizeilichen Sanktionen im Bereich der Zwangsmassnahmen zu verzeichnen. Die Ein- resp. Ausgrenzungen von Personen, die über keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung verfügten, sind auf 178 gesunken (2006: 192) während bei den Haftverfügungen eine leichte Zunahme von auf 715 (2006: 662) zu verzeichnen ist. Die Verstösse gegen die Ausländergesetzgebung blieben hingegen mit 732 (2006: 726) Verzeigungen an das Strafgericht BS fast gleich.

Grosse Mühe beim Vollzug bereiten oftmals Personen aus Afrika nördlich der Sahara und China. Deren Reisedokumente sind erst nach sehr langer Wartezeit und grossem administrativem Aufwand erhältlich. Dies schlägt sich in den längeren Haftzeiten bei Personen aus diesen Ländern nieder.

### **Wahlen und Abstimmungen**

An insgesamt fünf Wahl- und Abstimmungswochenenden wurden Ersatz- und Neuwahlen in die Gerichte, vier kantonale und zwei eidgenössische Vorlagen sowie die Nationalrats- und Ständeratswahlen durchgeführt.



**6.2.7 Wirtschafts- und Sozialdepartement**

WSD-801/1	Departementssekretariat	328
WSD-801/2	Standort-Marketing	332
WSD-801/3	Öffentlicher Verkehr	334
WSD-803	Staatsarchiv	337
WSD-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	339
WSD-807	Amt für Sozialbeiträge	342
WSD-810	Statistisches Amt	346
WSD-813	Rheinschiffahrtsgesellschaft	348

## Departementssekretariat

WSD-801/1

Das Departementssekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Departementssekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es die acht Dienststellen des Wirtschafts- und Sozialdepartements, damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben umsetzen kann.

Das Departementssekretariat betreut zudem die Bereiche Forst- und Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft: Das Forstamt beider Basel (Liestal) ist verantwortlich für die Planung und Aufsicht über das Nutzen und das Benutzen der Wälder im Hoheitsgebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain vollzieht die agrarpolitischen Massnahmen und engagiert sich zusammen mit dem Departementssekretariat für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton.

Fachlich zuständig ist das Departementssekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus pflegt das Departementssekretariat das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Land- und Waldwirtschaft	6.3 Land- und Waldwirtschaft
Luft- und Personenschiffahrt	6.4 Öffentlicher Verkehr
Unterstützungsleistungen WSD	8.7 Führung und Führungsunterstützung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr standen die Mitgestaltung der Verwaltungsreorganisation (RV09) und deren Umsetzung im Departement im Vordergrund: In Abstimmung mit der gesamtkantonalen Projektleitung wurde der Umbau des heutigen WSD zum künftigen WSU (Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt) vorbereitet.

## Unterstützungsleistungen

Bei einem Neueingang von 246 (2006: 181) Fällen bearbeitete der Rechtsdienst im Berichtsjahr 282 (197) Rekurse. Den Hauptanteil bildeten 240 (124) Rekurse gegen Verfügungen der Sozialhilfe der Stadt Basel. Die weiteren Rekurse richteten sich gegen Entscheide des Amts für Sozialbeiträge (Mietzinsbeiträge) und des Amts für Wirtschaft und Arbeit (Entsendegesetz). Fünf (zwei) Rekurse gegen den Departementsentscheid wurden von der nächsten Instanz, dem Regierungsrat bzw. dem Verwaltungsgericht, entschieden, wobei in allen Fällen der Departementsentscheid geschützt wurde.

Für die Personalabteilung war die Strukturierung der internen Kernprozesse und die Erarbeitung der Grundlagen für eine noch stärker prozessorientierte Zusammenarbeit mit den Dienststellen ein Schwerpunkt. Im Bereich Lehrlingsausbildung wurde eine Plattform für die Berufsbildnerinnen und -bildner im Departement geschaffen. Darüber hinaus war die Personalabteilung intensiv in Betreuungsaufgaben im Zusammenhang mit dem gesamtkantonalen Projekt „come back“ involviert.

Schwerpunktthema der Abteilung Finanzen und Controlling war die Fortentwicklung der WSD-internen Plattform für Führung, Steuerung und Information (MIS WSD). Das MIS WSD konnte für alle Budgetierungs- und Reportingprozesse erfolgreich genutzt werden. Es etablierte sich als eine effiziente und breit abgestützte Lösung, die operativ vom Fachbereich Finanzen und Controlling betreut wird.

Im Informatik-Bereich konnte die Einführung des WSD-Standard-Client erfolgreich vorangebracht werden, der per Ende des Berichtsjahres in allen Dienststellen im Einsatz ist. Zudem realisierte die

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	14.5	14.3	18.3	18.0	1
Eingegangene Rekurse	Anz	246	181	193		2
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSD	%	97	50	10		3
Ökologische Ausgleichsflächen (Anteil an LW-Flächen)	%	20.4	23.0	19.1	20.7	20.2
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	4.3	4.02	3.32	2.55	2.5

#### Kommentar

- 1 Reduktion (2005 auf 2006) aufgrund Verschiebung Hausdienst zu Staatskanzlei.
- 2 Rekurse gegen Verfügungen der Sozialhilfe der Stadt Basel, des Amtes für Wirtschaft und Arbeit und des Amtes für Sozialbeiträge. Da die Zählweise geändert wurde (bis und mit 2004 wurden bearbeitete Rekurse gezählt, ab 2005 eingegangene Rekurse) erfolgt die Wertangabe erst ab dem Jahre 2005. Im Berichtsjahr erfolgte mit 246 Rekurseingängen ein starker Anstieg gegenüber den Vorjahren.
- 3 Standard PC-Arbeitsplätze gemäss WSD-Strategie vom 1. Juli 2006 (PC-Modell und Bildschirm, Betriebssystem, allgemein eingesetzte Software inkl. -verteilung). Einführung standardisierte PC-Arbeitsplätze seit 2005.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'303.0	2'690.8	2'492.8	-387.9	-14.4
31 Sachaufwand	1'476.4	2'041.9	1'335.6	-565.5	-27.7
36 Eigene Beiträge	469.6	465.0	115.8	4.6	1.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	261.5	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'248.9</b>	<b>5'197.7</b>	<b>4'205.7</b>	<b>-948.8</b>	<b>-18.3</b>
43 Entgelte	-474.1	-354.9	-505.8	-119.1	-33.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-60.1	-25.0	-30.2	-35.1	-140.4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-534.2</b>	<b>-379.9</b>	<b>-536.0</b>	<b>-154.2</b>	<b>-40.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'714.7</b>	<b>4'817.8</b>	<b>3'669.7</b>	<b>-1'103.0</b>	<b>-22.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Land- und Waldwirtschaft	373.6	437.3		-63.7	-14.6
Luft- und Personenschiffahrt	279.6	305.9		-26.3	-8.6
Unterstützungsleistungen WSD	3'061.6	4'074.6		-1'013.0	-24.9
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-2'299.6	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'299.6</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

Informatikabteilung zusammen mit den Dienststellen zwei Migrationsrunden zur Aktualisierung der zentralen Umgebung für Mail-, Kalender- und Dokumentenablage (Oracle Connector). Im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen im Sozialbereich wurde zudem die Weiterentwicklung der IT-Systemlandschaft im Amt für Sozialbeiträge intensiv unterstützt.

Alle Fachabteilungen waren darüber hinaus eng in die Arbeiten zur Umsetzung der RV09 eingebunden.

#### Land- und Waldwirtschaft

Der Kanton und die Einwohnergemeinden Riehen und Bettingen starteten das Projekt Erosionsschutz Basel-Stadt. Das Projekt will für Gebiete, in denen in den letzten Jahren Erosionsschäden wiederholt aufgetreten oder künftig zu befürchten sind, die Art und den Grad der Erosionsgefährdung ermitteln und Bewirtschaftungsmethoden vorschlagen, welche Erosionsschäden vermeiden helfen.

An die Landwirtinnen und Landwirte wurden Bundesbeiträge (Direktzahlungen) von total CHF 0.87 Mio. (2006: CHF 0.87 Mio. exkl. kantonale Beiträge) ausbezahlt. Der Anteil der Ökobeiträge an den Direktzahlungen betrug CHF 0.27 Mio. (CHF 0.32 Mio.). An elf Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter wurden zusätzlich noch kantonale Abgeltungsbeiträge zur Schaffung und Erhaltung von ökologischen Ausgleichsflächen (Öko-Beiträge) von CHF 0.06 Mio. (CHF 0.06 Mio.) ausgezahlt. Der Bund beteiligte sich an diesen Beiträgen über die Öko-Qualitätsverordnung mit CHF 9'580 (CHF 12'180).

Die Naturgefahrenkarte wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft erarbeitet. Der Startschuss erfolgte anfangs Dezember mit einer Informationsveranstaltung. Gestützt auf den Waldentwicklungsplan (WEP) konnte im September in Riehen und Bettingen der erste Bike-Parcours der Nordwestschweiz eröffnet werden. Sechs Waldeigentümer wurden für Waldrandaufwertungen mit insgesamt CHF 41'000 entschädigt. Weitere Beiträge im Umfang von CHF 28'000 wurden an 14 öffentliche und private Waldeigentümer für naturnahe Jungwaldpflagemassnahmen ausbezahlt.

Der von den Bürgergemeinden Bettingen und Riehen, der Einwohnergemeinde Riehen und den Industriellen Werken Basel gemeinsam erarbeitete Betriebsplan konnte vom Forstamt beider Basel ohne Auflagen genehmigt werden. Das in die Kehrlichtverbrennungsanlage integrierte Holzheizkraftwerk wird seinen Betrieb im August 2008 aufnehmen können. Dessen Versorgung mit Holz aus den regionalen Wäldern konnte im Berichtsjahr für die nächsten zehn Jahre gesichert werden.

Im Frühling mussten in den Langen Erlen grössere, bisher unbekannte Schäden an unterschiedlichen Baumarten festgestellt werden. Das für die Abklärung der Ursachen beigezogene Fachinstitut kam zum Schluss, dass die Krankheitsbilder durch unterschiedliche Pilzarten verursacht wurden, dass das Ausmass als Spätfolge der Sommertrockenheit 2003 und Folgejahre taxiert werden muss, und dass auch zwei – für die Region Basel neue – Pathogene festgestellt wurden, die als Primärschädlinge eingestuft und damit bekämpft werden müssen. Um zu vermeiden, dass die Langen Erlen ein „Pathogenreservoir“ für Allee- und Parkbäume der Stadt Basel, aber auch für die umliegenden Wälder bilden, mussten und müssen infizierte und erkrankte Bäume gefällt und „entsorgt“ werden.

### **Luft- und Personenschifffahrt**

Die Entwicklung der Basler Personenschifffahrt (BPG) verlief im Berichtsjahr, in dem erstmals keine Defizitgarantie seitens des Kantons mehr bestand, im Rahmen der Erwartungen. Trotz des schlechten Wetters in den Sommermonaten Juni und Juli konnte die BPG erfreulicherweise das budgetierte Ergebnis leicht übertreffen. Erfolgreich fortgesetzt wurden die strukturellen Konsolidierungsanstrengungen. Schwierig verlief die Entwicklung des Restaurants Dreiländereck, das auf Anfang des Jahres verpachtet worden ist. Der neue Betreiber des Restaurants konnte sein Konzept leider nicht erfolgreich umsetzen; die Frequentierung des Restaurants blieben entsprechend unter der Planung. Mitte des Berichtsjahrs wurde der Prozess zum angestrebten Verkauf der BPG gestartet. Offiziell eröffnet wurde das Verfahren anfangs Oktober mit dem Beschluss des Regierungsrats, Kaufinteressenten öffentlich zur Offertstellung einzuladen. Die Grundlagen für den definitiven Verkaufsentscheid sollen bis März / April 2008 vorliegen.

Einen erfreulichen Geschäftsgang verzeichnete der EuroAirport (EAP) mit einer Rekordzahl von 4,27 Mio. Passagieren am Jahresende. Dies ist ein Zuwachs von insgesamt 6,3% gegenüber dem Vorjahr. Gegen Ende des Jahres musste allerdings wieder ein Rückgang im Passagieraufkommen hingenommen werden, der sich anfangs 2008 fortsetzte. Per Jahresende 2007 wurden am EAP mehr als 90 Direktdestinationen und 70 Ferienflüge pro Woche angeboten. Gestartet wurde die Erschliessung der neuen Zone 6 im Südwesten des Flughafengeländes. In dieser Zone werden Unternehmen angesiedelt, die auf die Wartung und den Umbau von Flugzeugen spezialisiert sind und die zahlreiche attraktive Arbeitsplätze bieten. Umweltseitig war das Berichtsjahr ohne Probleme: Trotz des Zuwachses an Passagieren blieb die Anzahl der Flugbewegungen mit rund 82'000 Starts und Landungen stabil. Grund ist, dass weiterhin Flugzeuge mit grösserer Kapazität zum Einsatz kamen und diese zudem höher ausgelastet waren. Nach Abschluss der technischen Vorbereitungen wurde am 20. Dezember 2007 das neue Instrumentenlandesystem für Landungen von Süden (ILS 34) in Betrieb genommen. Das ILS 34 ersetzt das bislang geltende Sichtanflugverfahren, was zu einer erhöhten

Flugsicherheit beiträgt, aber auch Vorteile bei den Lärmimmissionen hat. Das ILS 34 wird nur in Betrieb genommen, wenn die Windverhältnisse einen Landeanflug von Norden her unmöglich machen. Für die vorgesehene Überprüfung der zwischen der Schweiz und Frankreich festgelegten Bedingungen zur Nutzung des ILS 34 stehen mit den Daten der Fluglärmmessung des EAP (mit Messstationen insbesondere in Binningen und im Quartier Basel-Neubad) die notwendigen Grundlagen zur Verfügung.



## Standort-Marketing

WSD-801/2

Das koordinierte und integrierte Standort-Marketing für Basel (vormals Stadtmarketing) orientiert sich konsequent an den Bedürfnissen der Hauptzielgruppen des Standortes. Es gehört zum Auftrag des Standort-Marketings, die Stärken und Schwächen des Standortes sowie die Bedürfnisse der Akteure und Zielgruppen periodisch zu evaluieren und laufend konkrete, effektive und effiziente Verbesserungsmaßnahmen vorzuschlagen und einzuleiten.

Das Standort-Marketing umfasst drei zielgruppenspezifische Bereiche: Kommunikation/PR im Sinn einer Dachkommunikation, Event Services sowie Wohnortmarketing. Das Standort-Marketing evaluiert und koordiniert die zielgruppenübergreifenden Kommunikationsaktivitäten und ist für die Pflege der Marke „Basel“ verantwortlich. Es betreibt das Internet-Portal [www.basel.ch](http://www.basel.ch), koordiniert und realisiert die Imagewerbung für Basel im Ausland und ist für die Produktion von offiziellen Informationsbroschüren verantwortlich. Für die Veranstalter von Grossanlässen sind die Event Services die zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung. Das Wohnortmarketing bietet in Zusammenarbeit mit den bedeutenden Arbeitgebern in Basel Informationen über den Lebens- und Arbeitsraum Basel sowie Beratungsdienstleistungen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Standort-Marketing	6.1 Standortförderung

## Tätigkeiten und Projekte

Das Standort-Marketing widmete sich im Berichtsjahr besonders der EURO 2008. So leitet das Standort-Marketing den gleichnamigen Fachbereich innerhalb der bikantonalen Projektorganisation für die EURO 2008 und erarbeitete die Grundlagen für Event- und Rahmenprogramm in Basel-Stadt. In enger Zusammenarbeit mit dem Submissionsbüro Basel-Stadt tätigten die Event Services die Abwicklung des Submissionsverfahrens für die Auslagerung des Event-Managements an eine externe Agentur. Im Bereich Kommunikation wurde die Image-Kampagne unter dem Motto „Basel. Mehr als 90 Minuten.“ lanciert und neben [www.basel.ch](http://www.basel.ch) ein Internet-Auftritt für die Host City Basel realisiert ([www.euro08.basel.ch](http://www.euro08.basel.ch)).

## Standort-Marketing

Im November konnte in Shanghai die Vereinbarung für eine Städtepartnerschaft zwischen Basel und Shanghai unterzeichnet werden. Diesem formellen Akt gingen umfassende Abklärungen bei verschiedenen Anspruchsgruppen in Basel und Shanghai voraus. Im Vordergrund stehen Austauschprogramme der Universitäten sowie Kooperationsprojekte in den gemeinsamen Themen Wirtschaft (Life Sciences, Finanzen, Logistik), Gesundheit, Standort-Marketing und Kultur. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Thema Nachhaltigkeit. Zudem wurden Abklärungen für einen möglichen Auftritt Basels an der Worldexpo 2010 in Shanghai unter dem Titel „Better City - better Life“ vorgenommen.

Ganz im Sinn von „Put Basel on the map“ realisierte das Standort-Marketing zudem verschiedene Ausland-Präsenzen in Deutschland sowie den USA. Ziel dieser Aktivitäten ist es, den Standort Basel bei den relevanten Zielgruppen bekannter zu machen. Gemäss einer Umfrage in Hamburg ist Basel bei nur 56% der Bevölkerung dem Namen nach bekannt. Ziel der Auslandaktivitäten ist die Steigerung der Bekanntheit und die Stärkung der Positionierung Basels im internationalen Standortwettbewerb.

Die Event Services unterstützten die Verwaltung, Veranstalter und Infrastrukturanbieter bei der Planung und Betreuung von rund fünfzig Veranstaltungen sowie bei der Akquisition von qualitativ hochstehenden Neuanlässen. Dabei konnten – in enger Zusammenarbeit mit der St. Jakobshalle Basel – erneut die Unterhaltungssendungen „Wetten, dass...?“ und „Musikantenstadl“ für Basel verpflichtet werden. Die Event Services betreuten die TV-Verantwortlichen vor Ort und waren für die Austragung der Stadtwette auf dem Münsterplatz verantwortlich. Schliesslich waren die Event Services wieder hauptverantwortlich für die Organisation der Bundesfeier am Rhein.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.4	4.0	4.0	4.7	
Betreuung oder Realisierung von Grossanlässen	Anz	3	3	2	2	2 <sup>1</sup>
Internet-Benützer von www.basel.ch in Anzahl Mio.	Anz	2.90	2.37	1.57	0.94	2 <sup>2</sup>
Realisierung von Imagekampagne-Plattformen im Ausland	Anz	2	2	2	2	2

**Kommentar**

- 1 Die Kennzahl umfasst Grossanlässe wie Basel Tattoo, Bundesfeier am Rhein, Musikantenstadl usw.
- 2 Das Basel-Portal informiert in D/E/F umfassend über den Wirtschafts- und Kulturraum Basel und ist in den wichtigsten Suchmaschinen bestens positioniert. Rund 60% der Zugriffe erfolgen aus dem Ausland. Messung nach aktueller Methode ab 2004.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	712.2	601.1	597.6	111.1	18.5 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	1'272.2	965.7	718.5	306.5	31.7 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>1'984.4</b>	<b>1'566.7</b>	<b>1'316.1</b>	<b>417.6</b>	<b>26.7</b>
43 Entgelte	-44.2	-26.5	-40.2	-17.7	-66.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-44.2</b>	<b>-26.5</b>	<b>-40.2</b>	<b>-17.7</b>	<b>-66.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'940.1</b>	<b>1'540.2</b>	<b>1'275.9</b>	<b>399.9</b>	<b>26.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Stadtmarketing	1'940.1	1'540.2		399.9	26.0

**Kommentar**

- 1 Die Überschreitung des Budgets ergab sich durch die letztmals über das Kompetenzkonto (RRB 07/07/31) finanzierte „Präsenz Basel im Ausland“. Ab 2008 ist diese Aktivität im ordentlichen Budget enthalten.
- 2 Das Sponsoring der Davidoff Swiss Indoors Basel wurde letztmals über das Kompetenzkonto (RRB 07/24/39) finanziert. Auch diese Aktivität ist ab 2008 im ordentlichen Budget enthalten.

Im Bereich Wohnortmarketing machte eine breit angelegte Stadtwohnkampagne auf den neu geschaffenen Wohnraum in Basel-Stadt aufmerksam. Mit der Realisierung des Investorenforums wurde eine stärkere Wahrnehmung des Kantons als attraktiver Standort angestrebt. Im Weiteren wurden Grundlagen für eine systematische Bewirtschaftung von internationalen Standort-Ratings geschaffen.

## Öffentlicher Verkehr

WSD-801/3

Die Dienststelle Öffentlicher Verkehr (ÖV) erarbeitet die Grundlagen für eine gute Mobilitätsversorgung von Basel-Stadt. Sie stellt die Koordination mit den benachbarten Gemeinwesen (Kantone, Gemeinden) sicher und setzt sich insbesondere für die regionale und grenzüberschreitende Weiterentwicklung des ÖV-Systems ein.

Die Dienststelle ÖV ist das Kompetenzzentrum für die Planung und Steuerung des öffentlichen Verkehrs. Sie vertritt die Interessen des Kantons als Besteller, stellt die Finanzierung der ÖV-Leistungen sicher und bereitet die entsprechenden Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für den Departementsvorsteher vor, damit sie dem Regierungsrat und dem Grossen Rat zum Beschluss vorgelegt werden können (z.B. ÖV-Programm, Leistungsvereinbarungen mit SBB und BVB). Die Dienststelle ÖV führt die Investitionsplanung im Investitionsbereich 2 „Öffentlicher Verkehr“ und trägt die Verantwortung für das Globalbudget ÖV. In enger Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen plant und bestellt sie die Leistungen der Regio-S-Bahn. Sie setzt sich für attraktive und kundenfreundliche Tarifangebote innerhalb des Tarifverbundes Nordwestschweiz (TNW) und im grenzüberschreitenden Nahverkehr ein. Sie bringt die kantonalen Interessen in die übergeordneten Planungen der SBB ein sowie in die Vorlagen des Bundes, insbesondere im Bereich der ÖV-Finanzierung.

Die Dienststelle ÖV ist Partner und Ansprechstelle für die Bevölkerung, Transportunternehmen und Behörden in der Regio TriRhena. Ziel ist es, mit attraktiven Angeboten im öffentlichen Personen- und Güterverkehr zur Standortqualität des Kantons beizutragen und die Abwicklung eines grösstmöglichen Teils dieses Verkehrs mit umweltfreundlichen und stadtgerechten Verkehrsmitteln zu gewährleisten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Unterstützungsleistungen DST ÖV	6.4 Öffentlicher Verkehr

## Tätigkeiten und Projekte

Im Fokus der Dienststelle ÖV standen die Planung der Tramlinie nach Weil am Rhein, die Vertretung der kantonalen Interessen im Hinblick auf den langfristigen Ausbau des schweizerischen Eisenbahnnetzes (Wisenbergertunnel, ZEB) und die Vorbereitung auf die Reorganisation des Aufgabenbereichs Verkehr/Mobilität im Rahmen von RV09.

Im Rahmen von RV09 werden alle Aufgaben im Bereich Verkehr/ Mobilität in einem neuen Amt für Mobilität im Bau- und Verkehrsdepartement zusammengelegt. Die Dienststelle ÖV wird Ende 2008 aufgelöst und in das neue Amt integriert werden.

Seit Mai 2006 hat Basel-Stadt den Vorsitz und das Sekretariat der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Delegierten des Öffentlichen Verkehrs inne. Im November organisierte die Dienststelle ÖV die Fachtagung der Konferenz in Basel.

Im März tagte auf Einladung des Regierungsrats die Fachkommission „Öffentlicher Personennahverkehr“ des Deutschen Städtetages in Basel. Die Dienststelle ÖV organisierte die Veranstaltung inklusive Fachexkursion nach Mulhouse (neues Tramsystem).

## Unterstützungsleistungen Dienststelle ÖV

**Tram und Bus** Die Planung der Tramstrecke von Kleinhüningen nach Weil am Rhein wurde zur Entscheidungsreife gebracht. Der Regierungsrat hat den Ratschlag im September an den Grossen Rat überwiesen. Unter grossem Zeitdruck erarbeitete die Projektleitung unter Federführung der Dienststelle ÖV die Entscheidungsgrundlagen. In zahlreichen Besprechungen wurde die Koordination baulicher, betrieblicher und finanzieller Fragen zwischen Basel-Stadt und Weil am Rhein sichergestellt. Zur Tramlinie nach Saint-Louis fanden mehrere Gespräche mit den französischen Nachbarbehörden statt. Die Planung soll Anfang 2008 starten.

Mit Volksentscheid vom 17. Juni wurde die Trolleybus-Initiative abgelehnt und der Gegenvorschlag des Regierungsrats angenommen. Die Dienststelle ÖV leitete danach zusammen mit der BVB die

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.8	4.8	4.8	4.8	4.0
Anzahl abgearbeiteter politischer Vorstösse	Anz	14	10			1

**Kommentar**

1 Die Ist-Zahlen 2003 - 2005 sind nicht ausgewiesen, da nicht vergleichbar (Verselbständigung BVB zum 1.1.06).

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	775.8	758.8	710.6	17.0	2.2
31 Sachaufwand	298.0	342.5	169.2	-44.5	-13.0
36 Eigene Beiträge	0.0	0.0	1'258.1	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>1'073.8</b>	<b>1'101.3</b>	<b>2'137.9</b>	<b>-27.5</b>	<b>-2.5</b>
43 Entgelte	-2.4	-2.5	-2.4	0.1	3.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3.0	-7.0	-4.7	4.0	56.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-5.4</b>	<b>-9.5</b>	<b>-7.1</b>	<b>4.1</b>	<b>42.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'068.3</b>	<b>1'091.8</b>	<b>2'130.8</b>	<b>-23.4</b>	<b>-2.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Unterstützungsleistungen DST ÖV	1'068.3	1'091.8		-23.4	-2.1

Umsetzung der Beschlüsse ein. Sie verhandelte mit der BVB die Leistungsvereinbarung 2008 und insbesondere die Anpassungen im Fahrplan der Buslinie 50.

Fortgesetzt wurden die Arbeiten an der Studie zur Basler Tram- und Busnetzoptimierung, deren Ergebnisse Anfang 2008 vorliegen sollen. Die Dienststelle ÖV beteiligte sich zudem intensiv an den Überlegungen des Kantons Basel-Landschaft zur Verbesserung des Tramangebots im Leimental. Auf Basis der entsprechenden Studien beschloss der Baselbieter Regierungsrat Ende des Berichtsjahrs, die Realisierung einer Tramverbindung entlang des Margarethenstichs zusammen mit Basel-Stadt konkret zu planen. Im Herbst verabschiedete der Regierungsrat den Ratschlag für ein Darlehen von gut CHF 45 Mio. zum Umbau des BVB-Tramdepots Wiesenplatz und Ende des Berichtsjahrs genehmigte er den Ratschlag zum Bau von etwa 40-50 neuen Wartehallen an BVB-Haltestellen. Er folgte damit dem Wunsch des Grossen Rates, deutlich mehr Haltestellen als bisher mit einem Witterungsschutz auszurüsten.

**Regio-S-Bahn** Im Berichtsjahr erfolgte im Bahnhof SBB der Ausbau der Perrons an den Gleisen 1-3, so dass diese nun auf voller Länge eine behindertenfreundliche Höhe aufweisen. Im Dezember nahm die Gemeinde Riehen die erneuerte S-Bahn-Station im Dorfkern in Betrieb. An der Finanzierung beider Vorhaben war der Kanton beteiligt. Der Bau der neuen S-Bahnhaltestelle Riehen Niederholz konnte noch nicht erfolgen, weil das Submissionsverfahren unerwartete Mehrkosten ergab. Nach der Zustimmung des Riehener Einwohnerrats genehmigte auch der Grosse Rat am 17. Oktober den Nachtragskredit. Der Bau verschiebt sich um ein Jahr. Die Inbetriebnahme soll Ende 2008 erfolgen.

Zusammen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn, Jura und der SBB AG wurden die Arbeiten zur „Angebotsentwicklung Regio-S-Bahn Basel/Nordwestschweiz“ fortgeführt. Die Planung beinhaltet eine mittel- bis langfristige Strategie zum Ausbau des Angebots und der Infrastruktur. Anfang 2008 sollen erste Beschlüsse gefällt werden, damit die Vorprojektierung beginnen kann.

Zum Projekt „Herzstück“ (Verbindungstunnel Basel SBB - Basel Bad Bahnhof unter der Innenstadt hindurch) fällt der Regierungsrat im Oktober den Grundsatzentscheid, in erster Priorität die Variante Mitte weiterzuerfolgen. Vorausgegangen waren intensive Diskussionen mit Fachleuten diverser Organisationen und Behörden. Ende des Berichtsjahrs begannen die Arbeiten zur Vorbereitung der nächsten Planungsstufe.

**Eisenbahn allgemein** Gemeinsam mit den Nachbarkantonen setzte sich Basel-Stadt intensiv dafür ein, dass die Interessen Basels und der Nordwestschweiz im Rahmen der langfristigen Entwicklung der Schweizer Bahninfrastruktur angemessen Beachtung finden. Unter Federführung von Basel-Stadt organisierten die Kantone im Juni eine vielbeachtete Podiumsdiskussion in Bern, an der u.a. zahlreiche Eidgenössische Räte teilnahmen. Drei Kantone (BS, BL, AG) reichten beim Bund eine Standesinitiative ein, mit dem Ziel, die Planung des Wisenbergtunnels (Juraquerung Liestal - Olten/Aarau) voranzutreiben. Der Bund hat in seiner Vorlage zur Zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte (ZEB) vorgesehen, den Beschluss zur Realisierung dieser Verbindung aus den vorhandenen Gesetzen zu streichen.

Erfolgreich setzten sich die Nordwestschweizer Kantone dafür ein, dass das ZEB-Konzept neu eine sogenannte Erweiterungsoption (EO) „Basel Ost“ enthält: Im Raum Muttenz-Pratteln werden neue Brückenbauwerke erstellt, die eine Entflechtung des Güter- und Personenverkehrs ermöglichen. Die Planung hat einen direkten Bezug zur Trinationalen Langfristplanung Knoten Basel (TLB). Unter dem Titel TLB arbeiten die Verkehrsministerien der drei Länder (Schweiz, Deutschland, Frankreich) an einer Lösung der zunehmenden Kapazitätsprobleme auf der Bahninfrastruktur rund um Basel. Im Fokus steht das Wachstum des internationalen Güterverkehrs und die Frage, wie dieser bewältigt werden kann, ohne dem Personenverkehr und insbesondere der Regio-S-Bahn jegliche Entwicklungsperspektiven zu verbauen.

Seit 10. Juni ist Basel eine „Ville TGV“. Seit diesem Tag verbinden Hochgeschwindigkeitszüge die Stadt mit Paris in rund dreieinhalb Stunden (vorher fünf Stunden). Im Dezember ging der Lötschberg-Basistunnel für den Personenverkehr in Betrieb. Von Basel aus verkürzen sich die Fahrzeiten ins Berner Oberland, ins Wallis und nach Milano um bis zu einer Stunde. Im September und Oktober wurden nach zweijähriger Bauzeit die beiden Röhren des 9,5 km langen Katzenbergtunnels durchschlagen. Nach Inbetriebnahme des derzeit grössten Vorhabens im Rahmen des Vierspurausbaus Karlsruhe-Basel (voraussichtlich Ende 2011) wird sich die Fahrzeit der ICE zwischen Freiburg und Basel um rund zehn Minuten verkürzen.

Ende des Berichtsjahres erhöhte die SBB die Anzahl von Nonstop-Zügen Basel-Zürich in den Spitzenzeiten. Ab Ende 2008 wird sie einen ganztägigen Halbstundentakt Basel - Zürich nonstop anbieten und damit eine langjährige Forderung des Kantons einlösen.

**Tarife/Verbünde** Die Dienststelle ÖV bearbeitete die politisch immer wieder aufgeworfene Frage, wie das Benutzen grenzüberschreitender Bahn- und Busverbindungen vereinfacht werden könnte. Anfang 2008 wird der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) einen Antrag einreichen, damit entsprechende Studien im Rahmen des INTERREG IV-Programms durchgeführt und gefördert werden können. Die Tarifverbünde RVL und TNW leiten die Arbeiten fachlich. Neben den grenzüberschreitenden Tarifen sollen die Studien auch Wege aufzeigen, wie die Kundeninformation und die Kommunikation im öffentlichen Verkehr des Dreilandes verbessert werden können.

## Staatsarchiv

WSD-803

Das Staatsarchiv ermittelt, sichert und verarbeitet Dokumente und Daten, welche der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Es wird dafür gesorgt, dass archivwürdiges Material durch die verantwortlichen Organe (Aktenbildner) dem Staatsarchiv in geordnetem Zustand übergeben wird, auf Dauer physisch erhalten bleibt und so verzeichnet wird, dass es benützbar ist. Die Informationsvermittlung umfasst die Bereitstellung von Infrastruktur und Diensten, welche die Ausübung des Rechts auf Benützung von Archivgut ermöglichen.

Die Sicherung und Vermittlung von Informationen fördert die staatsbürgerliche und die kulturelle Partizipation aller Einwohnerinnen und Einwohner. Sie unterstützt Verwaltung und Politik in der effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Staatsarchiv	6.7 Dokumentation

## Tätigkeiten und Projekte

Der langjährige Dienststellenleiter Josef Zwicker wurde per Ende Oktober pensioniert. Mit der Wahl von Esther Baur, bisher Leiterin der Bildersammlung, zur neuen Staatsarchivarin ist eine kontinuierliche Leitung des Staatsarchivs gewährleistet.

Das Projekt „Raumbedarf Staatsarchiv“ wurde ins Investitionsprogramm aufgenommen. Die derzeitigen räumlichen Bedingungen genügen (u.a. durch die Produktion an drei Standorten) weder in quantitativer noch qualitativer Hinsicht. Die Planungsverantwortlichen von Immobilien Basel-Stadt wurden durch das Staatsarchiv in der Projektorganisation unterstützt. Im weiteren Verlauf werden die Lösungen für das Staatsarchiv und die Museumslager in getrennten Projekten entwickelt, aber im Bedarfsfall weiterhin aufeinander abgestimmt.

## Staatsarchiv

Das Projekt Informatisierung II ist abgeschlossen: Das Online-Angebot an archivischen Dienstleistungen wurde deutlich ausgebaut. Da erheblich mehr Findmittel digitalisiert werden konnten als geplant, sind heute nahezu sämtliche Archivbestände online recherchierbar, d.h. in ihrem Bestand nachweisbar. Es wurden 31'500 Bilder digitalisiert und online zur Verfügung gestellt. Ferner wurden die Grundlagen für ein kantonales Geschäfts- und Dokumentenmanagement geschaffen und in einem Pilotprojekt getestet.

Das Folgeprojekt Informatisierung III wurde ins Investitionsprogramm aufgenommen. Ausserdem wurde die Infrastruktur für die (externe) Lagerung von digitalem Archivgut beschafft.

Im Bereich Informationssicherung konnte die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen (für die Benützung nicht verfügbare Unterlagen) weiter reduziert werden. Dies ist Folge einer hohen vorarchivischen Präsenz (Steigerung der Ablieferungsqualität und Reduktion des Erschliessungsaufwands), einer gesteigerten Produktivität (Standardisierung) und einer vergleichsweise tiefen Anzahl neu eingegangener Ablieferungen.

Bei der Informationsvermittlung führte insbesondere eine höhere Frequenz im Lesesaal zu einer Zunahme der Anzahl Benützungen. Dies ist u.a. Ausdruck eines kompetenten und termingerechten Kundendienstes und spricht für die Qualität des Angebots. In der Kennzahl weiterhin nicht berücksichtigt sind mangels aussagekräftiger Parameter die zunehmenden online-Benützungen. Verlässliche Aussagen zu den Auswirkungen der Informatisierung auf das Benützungverhalten sind erst nach einem längeren Zeitraum möglich.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Headcount (Vollzeitstellen 100 %)	Anz	15.7	16.3	17.3	17.3	
Benützungen	Anz	9'516	8'872	8'977	9'531	9'038 <sup>1</sup>
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	311	351	341	364	432 <sup>2</sup>

**Kommentar**

- 1 1) Die Anzahl Benützungen widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützungen vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), Anfragen, Reproduktionen und sonstige Benützungen (Leihgaben, Führungen usw).
- 2 Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'279.6	2'222.2	2'265.9	57.4	2.6
31 Sachaufwand	801.9	727.2	845.2	74.7	10.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.1	1.0	0.2	-0.9	-92.4
36 Eigene Beiträge	5.0	5.0	5.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'086.5</b>	<b>2'955.4</b>	<b>3'116.4</b>	<b>131.2</b>	<b>4.4</b>
43 Entgelte	-320.3	-245.8	-201.1	-74.5	-30.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-320.3</b>	<b>-245.8</b>	<b>-201.1</b>	<b>-74.5</b>	<b>-30.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'766.2</b>	<b>2'709.6</b>	<b>2'915.2</b>	<b>56.6</b>	<b>2.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Staatsarchiv	2'766.2	2'709.6		56.6	2.1
5 Ausgaben Investitionen	433.8	0.0	286.3	433.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>433.8</b>	<b>0.0</b>	<b>286.3</b>	<b>433.8</b>	<b>...</b>

## Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSD-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) arbeitet an der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts und setzt sich dafür ein, dass ein struktureller Wandel in Beschäftigung und Produktion sozial abgesichert ist. Der Auftrag der Dienststelle lässt sich in drei Bereiche gliedern.

Der Bereich Arbeitslosenversicherung berät, unterstützt und vermittelt stellensuchende Personen und Arbeitgebende. Die Mitarbeitenden berechnen und bezahlen die Taggelder und vermitteln arbeitsmarktliche Massnahmen wie Kurse oder vorübergehende Beschäftigungen zur Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit.

Der Bereich Wirtschaftsdienste fördert die Entwicklung bestehender Unternehmen im Kanton Basel-Stadt und ist für diese Unternehmungen zentrale Anlaufstelle innerhalb der kantonalen Verwaltung. Die Mitarbeitenden bewilligen die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach deren Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden. Sie erarbeiten zudem die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik und setzen diese um, respektive vertreten die Interessen des Kantons, wenn die Umsetzung an Dritte delegiert ist.

Der Bereich Arbeitsbedingungen und Schlichtungswesen berät Arbeitgebende und kontrolliert Betriebe in Bezug auf den Gesundheitsschutz, die Arbeitssicherheit und die Einhaltung der Arbeitszeiten. Die Mitarbeitenden kontrollieren, ob die Arbeitsbedingungen eingehalten werden und bewilligen verlängerte Ladenöffnungszeiten und Sonntagsarbeit. Sie informieren und beraten Arbeitgebende und Arbeitnehmende in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrags, machen Lohnbuchkontrollen und bekämpfen die Schwarzarbeit. Bei Arbeitskonflikten und Mietstreitigkeiten stehen kompetente Schiedsgerichte zur Verfügung: Das ständige Staatliche Einigungsamt und die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Standortförderung Wirtschaft	6.1 Standortförderung
Eingliederung in Arbeitsmarkt	6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen
Schlichtungswesen	6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen

## Tätigkeiten und Projekte

Marie-Thérèse Kuhn, die bisherige Vorsitzende der Geschäftsleitung, wurde Mitte Jahr pensioniert. Ihr Nachfolger und Amtsleiter ist seit Herbst Hansjürg Dolder. Die drei Abteilungen des AWA sind Arbeitslosenversicherung / Zentrale Dienste, Wirtschaft und Arbeitsbedingungen / Schiedswesen.

Am 2. Juli nahm die neu gebildete Abteilung „Arbeitsintegrationszentrum“ den Betrieb auf. Im September wurde in der IT der Standard-Client WSD flächendeckend eingeführt. Aufgrund der sinkenden Arbeitslosenzahlen wurden in den entsprechenden Abteilungen vakante Stellen nur noch teilweise wieder besetzt.

### Standortförderung Wirtschaft

Der Bereich Wirtschaft erarbeitete zusammen mit dem Hochbau- und Planungsamt (Baudepartement) sowie dem Finanzdepartement den Ratschlag zum Projekt Messezentrum Basel 2012, den der Grosse Rat im Frühjahr 2008 behandeln wird. Nach Wunsch des Regierungsrates von Basel-Stadt (und von Basel-Landschaft) soll das Projekt, welches Gesamtinvestitionen von CHF 350 Mio auslöst, mit öffentlichen Geldern unterstützt werden, welche in Höhe und Art nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Messe- und Kongressaktivitäten für die Gemeinwesen abgestuft sind. Der Wirtschaftsbericht 2007/2008 beinhaltet unter anderem die künftigen Schwerpunkte der baselstädtischen Standortförderungs politik im Bereich Wirtschaft. Dazu gehört die Steigerung der Attraktivität Basels für Hochtechnologie-Unternehmen auch ausserhalb der Life Sciences. Unter dem Brand „i-net BASEL“ werden demnach ab 2008 alle Instrumente der Innovationsförderung vereint. Zusammen mit der Handelskammer beider Basel und dem Kanton Basel-Landschaft wurde die Strategie im



Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	56.1	40.4	41.3	40.4		1
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	177.0	179.1	186.6	203.4	175.9	2
Firmengespräche mit KMU	Anz	15					3
Wirkungsindex gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem seco	%	0	89	89	90	91	4
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz				52	56	5
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Pers.	797	304				6

### Kommentar

- 1 Der starke Anstieg der Vollzeitstellen im Jahr 2007 ist auf die neu geschaffenen Stellen im Arbeitsintegrationszentrum zurückzuführen.
- 2 Vollzeitstellen inkl. Stellen des AVIG-Vollzugs (Regionale Arbeitsvermittlungszentren, öffentliche Arbeitslosenkasse, Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen, Kantonale Arbeitsstelle für ALV). Die untenstehenden Finanzzahlen beziehen sich auf diese Kennzahl.
- 3 Ziel der Kennzahl: Mit den von der Bestandspflege als wichtig erachteten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Sitz im Kanton finden qualifizierte Kontakte statt.
- 4 Ziel der Kennzahl: Rasche, dauerhafte Wiedereingliederung stellensuchender Personen im Verhältnis zum schweizerischen Durchschnitt. Den Gesamtwirkungsindikator für das Jahr 2007 wird das SECO im Juni 2008 publizieren.
- 5 Die Daten, die zur Berechnung des Unfallrisikos im Jahr 2006 (bzw. 2007) benötigt werden, stehen erst ab Mai 2008 (bzw. 2009) zur Verfügung.
- 6 Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement und dem Kanton Basel-Stadt für den Vollzug der Flankierenden Massnahmen im Bereich der Tripartiten Kommission (Juni 2006).

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
30 Personalaufwand	22'063.3	23'075.5	23'192.6	-1'012.2	-4.4	
31 Sachaufwand	11'519.7	10'111.0	6'344.6	1'408.7	13.9	1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	18.7	14.9	82.6	3.8	25.6	
36 Eigene Beiträge	12'143.6	12'027.5	11'051.5	116.1	1.0	
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	8'022.4	8'000.0	8'000.0	22.4	0.3	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>53'767.7</b>	<b>53'228.9</b>	<b>48'671.2</b>	<b>538.8</b>	<b>1.0</b>	
42 Vermögenserträge	-6.9	-4.1	-5.2	-2.8	-68.9	
43 Entgelte	-5'524.5	-2'346.4	-2'282.1	-3'178.1	-135.4	2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-15'765.2	-15'717.5	-15'627.8	-47.7	-0.3	
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-10'514.1	-13'678.9	-10'474.6	3'164.8	23.1	3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-31'810.7</b>	<b>-31'746.9</b>	<b>-28'389.7</b>	<b>-63.8</b>	<b>-0.2</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>21'957.0</b>	<b>21'482.0</b>	<b>20'281.5</b>	<b>475.0</b>	<b>2.2</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	80.5	342.8		-262.2	-76.5	
Standortförderung Wirtschaft	3'342.0	3'383.5		-41.5	-1.2	
Eingliederung in Arbeitsmarkt	15'216.7	13'983.6		1'233.2	8.8	
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	1'977.0	2'376.2		-399.2	-16.8	
Schlichtungswesen	1'340.6	1'395.9		-55.2	-4.0	

### Kommentar

- 1 Ausserordentlicher Aufwand von TCHF 617 aufgrund Rückstellung Zeitguthaben. Die geänderte Buchungspraxis beim Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führte zu einer Verschiebung zwischen Personal- und Sachaufwand (TCHF 2'100).
- 2 Änderung der Buchungspraxis beim Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Kantonalen Arbeitslosenhilfe wurde neu als interne Dienstleistung verrechnet (rund TCHF 2'100). Zusätzliche Mehreinnahmen ergaben sich durch die Verrechnung von Dienstleistungen des neuen AIZ, welches im Sommer 2007 eröffnet wurde (zirka TCHF 1'000).

- 3 Die geringere Nachfrage bei der Arbeitslosenhilfe sowie die deutlich tiefere Entnahme von Mitteln aus der Reserve führten beim Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu einer Budgetunterschreitung von zirka TCHF 3'000.

Bereich der Life Sciences aktualisiert. Im Rahmen der Bestandespflege fanden 15 Kontakte mit international ausgerichteten baselstädtischen KMU statt. Mit dem KMU Desk und dem "Who is who" wurden zwei auf KMU ausgerichtete Dienstleistungen beworben und auch regelmässig nachgefragt.

### **Eingliederung in den Arbeitsmarkt**

Die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung zeigte auf dem Basler Arbeitsmarkt Wirkung und führte zu einem erheblich niedrigeren Bestand an Arbeitslosen. Dementsprechend wurden die Verwaltungskosten angepasst und der Umfang der arbeitsmarktlichen Massnahmen reduziert. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit blieb dennoch ein Schwerpunkt der konzeptionellen Arbeiten. Das neu gebildete Arbeitsintegrationszentrum (AIZ) nahm den Betrieb an 2. Juli auf. Es hat den Auftrag, mit betroffenen Menschen aus der Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe Assessments durchzuführen oder sie bei der Integration in den Arbeitsmarkt mit geeigneten Massnahmen wie Coaching zu unterstützen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 650 Personen (grössenteils von der Sozialhilfe) dem AIZ zugewiesen, durchschnittlich 55 Personen wurden mit Coaching unterstützt.

### **Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt**

Im Rahmen der Vereinbarung über den Vollzug der Flankierenden Massnahmen wurden die Lohndaten von 797 Personen erhoben. Im Berichtsjahr stellte die tripartite Kommission kein systematisches und missbräuchliches Lohndumping fest. 39 Firmen wurden wegen Verstössen gegen die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen gemäss der Entsendegesetzgebung sanktioniert. Nachdem die Allgemeinverbindlicherklärung des Landesmantelvertrages für das Bauhauptgewerbe ausgelaufen war, wurde mit der Paritätischen Kommission für das Bauhauptgewerbe eine Leistungsvereinbarung über den Vollzug der Flankierenden Massnahmen abgeschlossen. Die kantonale Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wurde erlassen und die erforderlichen Umsetzungsarbeiten ausgeführt. Da die Betriebe für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz selbst verantwortlich sind, wurden vom Arbeitsinspektorat 29 Systemkontrollen gemäss der Richtlinie der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) durchgeführt.

### **Schlichtungswesen**

Im Berichtsjahr wurden bei der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten 1'619 (2006: 1'476) Schlichtungsverfahren eröffnet. 1'575 (1'519) Verfahren konnten erledigt werden. Beim Vollzug des Gesetzes über Abbruch und Zweckentfremdung (GAZW) wurden der Schlichtungsstelle 111 (86) Abbruch- und Teilabbruchgesuche durch das Bauinspektorat zur Bearbeitung zugestellt, wovon 84 (69) genehmigt wurden. Im weiteren waren 38 (32) Gesuche um Bewilligung von Zweckentfremdungen zu behandeln, wovon 22 (16) gutgeheissen und 6 (4) nicht bewilligungspflichtig waren.

Im Bereich der Gesetzgebung über den Grundstückerwerb in der Schweiz durch Personen im Ausland setzte sich der Trend der letzten Jahre mit rechtlich und sachlich anspruchsvollen Fragestellungen fort.

## Amt für Sozialbeiträge

WSD-807

Das Amt für Sozialbeiträge ist zuständig für die Ausarbeitung der kantonalen Unterstützungsrichtlinien (URL) und die strategischen Vorgaben für die Sozialhilfe (z.B. Leistungsvereinbarung mit der Bürgergemeinde für die städtische Sozialhilfe). Es erledigt auch die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Es formuliert die Vorgaben für die Unterstützung von Asylsuchenden, von vorläufig Aufgenommenen sowie von Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Gegenüber dem Bund und anderen Stellen und Organisationen vertritt das ASB den Kanton in Fragen der Sozialhilfe und des Asylrechts.

Das ASB ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV / IV sowie für die kantonale AHV. Zu den Leistungen gehören auch die individuellen Mietzinsbeiträge nach kantonalem und eidgenössischem Recht sowie der Betrieb von Notwohnungen und der Notschlafstelle. Das ASB stellt sicher, dass alle im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Durch gezielte Prämienverbilligung werden die Kosten für die Versicherten tragbar gemacht.

Das ASB koordiniert die Unterstützungsgesuche für Entwicklungshilfeprojekte im In- und Ausland und legt die Empfehlung der vorberatenden Kommission dem Regierungsrat vor. Auch zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen gemäss Opferhilfegesetz an Opfer von Straftaten aus.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Entwicklungszusammenarbeit	6.5 Existenzsicherung
Sozialhilfe	6.5 Existenzsicherung
Durchführung der Krankenversicherung	6.6 Soziale Sicherheit
Sozialleistungen und Wohnen	6.6 Soziale Sicherheit

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr erarbeitete das ASB mit Unterstützung weiterer Dienststellen das neue Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Alimentenborschussung, Ausbildungsbeiträge, Mietzinsbeiträge, Prämienverbilligung, Tagesbetreuung, Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien sowie Verbilligungen). Der Ratschlag ging im Oktober an den Grossen Rat. Die Hauptziele der Harmonisierung sind eine effektivere Steuerbarkeit der staatlichen Transferleistungen, mehr Gerechtigkeit, einfachere Abläufe, mehr Verwaltungseffizienz sowie mehr Transparenz für die Bevölkerung. Die Anreize zur Erwerbstätigkeit sollen verbessert und bestehende Armutfallen beseitigt werden. Auf der Basis dieses Gesetzes wird der Regierungsrat die notwendigen Ausführungsbestimmungen erlassen. Das neue System soll auf 1. Januar 2009 in Kraft treten. Begonnen wurde im Berichtsjahr mit dem Ausarbeiten der Verordnung zum Harmonisierungsgesetz sowie mit den Konzeptarbeiten für eine gemeinsame Datenaustauschplattform der Durchführungsstellen.

## Sozialhilfe

Die Interdepartementale Strategiegruppe zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Senkung der Sozialhilfequote bei jungen Erwachsenen arbeitete unter Führung der ASB-Projektkoordination an der Umsetzung der im Oktober 2006 beschlossenen Massnahmen. Gleichzeitig wurden elf Projekte aus einer gemeinsamen Kantonsoptik geprüft und zur Umsetzung empfohlen oder abgelehnt. Im Handlungsfeld „Übergänge Schule-Beruf“ wurde mit Hilfe involvierter Fachstellen das „Projekt GAP - Case Management für gefährdete Jugendliche in der Berufsbildungsphase“ bis zur Umsetzungsreife entwickelt. Die Dreijahres-Finanzierung ist über den Krisenfonds sichergestellt und eine Bundesbeteiligung gesichert. Das Projekt startet operativ am 1. Februar 2008 in der Struktur des ED. Die beiden Pilotprojekte „Gegenleistung“ und „Teillohn“ der Sozialhilfe der Stadt Basel (SHB) wurden weiterentwickelt. Eine Konsolidierung zeichnet sich bei der Gegenleistung ab, während das Teillohnprojekt eher mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Als Kommunikationsmassnahme wurde eine Homepage geschaffen, die rund um das Phänomen Jugendarbeitslosigkeit / Berufswahl Informationen und Links anbietet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	82.85	85.35	77.9	78.3	1
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	12'440	12'497	11'949	11'478	10'750
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	25'209	26'093	27'546	29'373	30'131
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe Basel	Anz	5'383	5'833	5'778	5'199	4'509

**Kommentar**

- 1 Mit RRB 05/26/26 vom 12.07.05 wurde eine Aufstockung des Personals für die wirtschaftlichen Überprüfungen im Bereich der Ergänzungsleistungen und der Prämienverbilligungen bewilligt. Die Mehrkosten werden durch Rückerstattungen und Leistungsreduktionen um ein Vielfaches kompensiert. (siehe Position 43 Entgelte).
- 2 Gründe für den Rückgang der Anzahl Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL) in den letzten Jahren: - AHV- und IV-Bezüger in den höheren Beitragsgruppen können Ergänzungsleistungen beantragen und sind nicht mehr anspruchsberechtigt. - Junge Erwachsene haben nach der Ausbildung häufiger ein Einkommen und sind deshalb nicht mehr anspruchsberechtigt. - Die gesetzliche Veränderung von 2004, wonach für junge Erwachsene in Ausbildung die wirtschaftliche Situation der Familie massgeblich ist. - Die allgemein bessere wirtschaftliche Situation.
- 3 Der günstige Konjunkturverlauf hat es ermöglicht, mehr Menschen durch ein Erwerbseinkommen von der Sozialhilfe abzulösen, als in den vorhergehenden Jahren. Gleichzeitig waren durch die gute Wirtschaftslage auch weniger Menschen gezwungen, bei der Sozialhilfe eine materielle Unterstützung zu beantragen. Mehr Abgänge und weniger Zugänge haben 2007 also zu einer deutlich kleineren Fallzahl geführt.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	10'138.0	10'265.6	10'235.9	-127.6	-1.2
31 Sachaufwand	3'180.7	2'776.1	2'511.0	404.6	14.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4'970.6	705.0	749.6	4'265.6	605.1
36 Eigene Beiträge	504'817.3	533'318.1	541'561.1	-28'500.8	-5.3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>523'106.7</b>	<b>547'064.8</b>	<b>555'057.6</b>	<b>-23'958.2</b>	<b>-4.4</b>
42 Vermögenserträge	-1'444.2	-1'485.0	-1'526.5	40.8	2.7
43 Entgelte	-17'117.5	-13'616.6	-16'521.6	-3'500.9	-25.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-77'949.2	-77'283.1	-75'216.7	-666.1	-0.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-96'510.8</b>	<b>-92'384.7</b>	<b>-93'264.8</b>	<b>-4'126.1</b>	<b>-4.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>426'595.8</b>	<b>454'680.1</b>	<b>461'792.8</b>	<b>-28'084.3</b>	<b>-6.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Entwicklungszusammenarbeit	1'830.5	1'766.8		63.7	3.6
Sozialhilfe	131'452.2	151'494.2		-20'042.0	-13.2
Durchführung der Krankenversicherung	77'168.7	80'156.3		-2'987.6	-3.7
Sozialleistungen und Wohnen	216'144.4	221'262.9		-5'118.5	-2.3

**Kommentar**

- 1 Für die geänderte Praxis bei der Verbuchung von Ferien- und Überstundenguthaben mussten TCHF 303 belastet werden. Beim Projekt Harmonisierung der Sozialleistungen wurden TCHF 130 im Lohnbereich budgetiert, effektiv aber bei den Sachkosten belastet.
- 2 Pauschale Wertberichtigung Delkredere gemäss Abschlussweisung.

Die verschiedenen Massnahmen sind auf mittel- bis langfristige Wirkung hin ausgelegt. Dennoch haben die Zahlen der sozialhilfebeziehenden jungen Erwachsenen im Berichtsjahr überdurchschnittlich abgenommen. Wurden über das Jahr 2006 insgesamt noch 2'021 junge Erwachsene als unterstützt gemeldet, so waren es Jahr 2007 noch 1'765. Dies entspricht einer Abnahme um knapp 13%.

## Entwicklungszusammenarbeit

Insgesamt wurden für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit wie budgetiert CHF 1,65 Mio. aufgewendet. Der Regierungsrat hat auf Antrag der zuständigen Kommission 49 Projektunterstützungen bewilligt und 39 abgelehnt. Es erfolgte eine durchschnittliche Unterstützung pro Projekt in der Höhe von knapp CHF 34'000.

## Sozialleistungen und Wohnen

**Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV/IV, kantonale Beihilfen zur AHV/IV** Das Berichtsjahr war bezüglich der Ergänzungsleistungen und Beihilfen geprägt von den Änderungen, welche die Neuordnung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ab 2008 bringen. Das kantonale Einführungsgesetz wurde entsprechend angepasst. Die aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides durchgeführte Rückforderung der nachträglich bewilligten Beiträge der Krankenversicherer an Alters- und Pflegeheimtarife brachte einmalig 2.6 Mio. Franken ein, bedeutete aber auch einen zusätzlichen Zeitaufwand für Pflegeheime und Verwaltung.

Die Anzahl der EL-Bezügerinnen und -Bezüger blieb im Berichtsjahr mit 12'440 (2006: 12'497) Personen praktisch unverändert. Jedoch haben die ausbezahlten Beträge an AHV-Rentnerinnen und -Rentner um 4% zugenommen, während sie bei den IV-Rentnerinnen und -Rentnern konstant blieben.

Die Anzahl Beihilfe-Bezügerinnen und -Bezüger blieb bei den AHV-Rentnerinnen und -Rentnern im Jahresdurchschnitt, hat aber bei den IV-Rentnerinnen und -Rentnern um 3% zugenommen. Die an AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentner ausbezahlten Beträge haben je um ca. 3% abgenommen. Vermutlich wirken sich bei den Pflegebeihilfen die BVG-Renten zunehmend positiv aus.

**Notwohnungen** Vor dem Hintergrund der per 2009 geplanten Aufhebung des Standortes Rüchliweg in Riehen wurde mit der IG Wohnen ein Subventionsvertrag für 2008/2009 abgeschlossen, der auch die Vermittlung von Notwohnungsmieterinnen und -mieter in den normalen Wohnungsmarkt beschleunigen soll. Parallel dazu wurden die zum Teil sehr tiefen Mieten an den verschiedenen Standorten angehoben, um die Attraktivität der Notwohnungen für einen längeren Verbleib zu senken. Neben einer konsequenten Abgabe von lediglich kurzfristigen Mietverträgen, die von den Notwohnungsmieterinnen und -mietern eine permanente Bemühung im offenen Wohnungsmarkt verlangen, wurde der Zugang weiterhin strikt nur für tatsächlich von Obdachlosigkeit bedrohte Familien gewährt. Langjährige Notwohnungsmieterinnen und -mieter haben andere Lösungen gesucht und gefunden. Diese Massnahmen führten gesamthaft dazu, dass die Belegungsquote der 203 Basler Notwohnungen im Berichtsjahr noch einmal abgenommen hat. Die Belegung sank von 170 (Ende 2006) auf 150 (Ende 2007).

**Notschlafstelle** Bei der Notschlafstelle, welche für obdachlose Einzelpersonen bereit steht, gab es total 9'809 (2006: 8'414) Übernachtungen, was einem täglichen Durchschnitt von 27 Übernachtungen entspricht. Die durchschnittliche Auslastung der Notschlafstelle betrug im Berichtsjahr 70,5% (60,5%).

**Kantonale AHV** Die 1930 errichtete kantonale Alters- und Hinterlassenenversicherung Basel-Stadt (KAHV) war für alle Einwohnerinnen und Einwohner obligatorisch und sah als Renten feste Frankenbeträge ohne Teuerungsanpassung vor. Durch den Aufbau der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung ab 1948 wurde die Bedeutung der kantonalen Versicherungskasse immer geringer. Diese Entwicklung akzentuierte sich, als 1966 die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV eingeführt wurden und als ab 1985 die berufliche Vorsorge (BVG) obligatorisch erklärt wurde. Der Regierungsrat schlug deshalb die Liquidation der KAHV und damit die Auszahlung der bestehenden Ansprüche an die Versicherten vor. Im Mai stimmte der Grosse Rat dem Anliegen zu. Im Berichtsjahr wurden wie in den Vorjahren sämtliche Prämien einverlangt bzw. Renten ausbezahlt. Gleichzeitig begann aber die Vorbereitung der Auszahlungen an alle Versicherten.

**Mietzinsbeiträge** Im Berichtsjahr wurden noch CHF 66'243 (2006: CHF 88'045) nach dem kantonalen Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz an ca. 50 Mietobjekte ausgerichtet. Im kommenden Jahr werden diese Leistungen letztmals erbracht, da im Nachgang zur neuen Bundesregelung dieser Leistungsbereich aufgehoben wird. Weiterhin ausgerichtet werden die kantonalen, individuellen und einkommensabhängigen Mietzinsbeiträge, die nicht an ein bestimmtes Wohnobjekt gebunden sind. Der Regierungsrat hat im Zusammenhang mit dem Harmonisierungsgesetz diesen Leistungsbereich bestätigt und im Grundsatz einen leichten Ausbau der Mietzinsbeiträge in den nächsten Jahren beschlossen. Die Auszahlungen aller Mietzinsbeiträge betrug im Berichtsjahr CHF 586'484 (CHF 752'081). Die Anzahl Fälle (ohne Wohneigentumsförderung WEG/WFG) betrug 181 (205).

### **Durchführung der Krankenversicherung**

Individuelle Prämienverbilligungen wurden an insgesamt 25'209 (2006: 26'093) Personen ausgerichtet. Der Bestand verändert sich ständig durch über 3'800 Neuanträge (3'776) und über 5'700 Revisionen (6'891). Im Hinblick auf die Harmonisierung der Sozialleistungen wurde im Dezember eine Voranalyse für ein neues EDV-Programm erarbeitet. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine Ablösung der überalterten EDV-Lösung zwingend und rasch nötig. Im Zusammenhang mit der Harmonisierung ist auf 1. Januar 2009 eine Verfeinerung der Einkommensgruppen vorgesehen. Erstmals seit mehreren Jahren ist die kantonale Durchschnittsprämie von 2007 auf 2008 nicht angestiegen. Dadurch konnten auch die Beiträge in allen Einkommensgruppen unverändert belassen werden.

Durch den Nichtbeitritt einiger Krankenversicherer (insbesondere aller Groupe Mutuel-Kassen) sind dem ASB insgesamt 1'579 Versicherte mit einer Leistungsstufung gemeldet worden. Bei Personen mit einer Leistungsstufung wird nach vier Kriterien unterschieden: Personen mit Sozialhilfe-Unterstützung werden den Sozialhilfestellen und Personen mit Ergänzungsleistungen der Abteilung Ergänzungsleistung gemeldet. Bei Personen mit einer Prämienverbilligung erfolgt keine Massnahme. Alle anderen Personen werden mit einem Informationsbrief auf die Möglichkeit einer Prämienverbilligung hingewiesen.

Im Rahmen der Sicherstellung des Versicherungsobligatoriums mussten 30 (16) Zwangszuweisungen angeordnet werden.

## Statistisches Amt

WSD-810

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“. Für kantonale oder städtische Interessen werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelenskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehört mit zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragung, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Statistischen Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt; damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Statistik und Analyse	6.7 Dokumentation

## Tätigkeiten und Projekte

Das Berichtsjahr wurde intern für eine weitgehende Neustrukturierung des Statistischen Amtes genutzt. Die bereits eingeleitete thematische Ausrichtung wurde auch in der Organisation nachvollzogen, ebenso bei der Stundenrapportierung im Hinblick auf die Kostenleistungsrechnung und bei der EDV-Ablage. Der Zahlenspiegel, das seit 1974 bestehende und nicht mehr den aktuellen Informationsbedürfnissen entsprechende Monatsheft, wurde durch das ebenfalls thematisch ausgerichtete Analyseheft „Dossier Basel“ ersetzt, welches achtmal pro Jahr erscheinen wird. Vier Ausgaben sind dem Themenbereich „Wirtschaft & Arbeit“ und je zwei den Bereichen „Raum & Umwelt“ und „Gesellschaft & Soziales“ zugeordnet. Die Informatikausrüstung des Amtes wurde auf den Stand gebracht, der es erlaubte, die zentrale Softwareverteilung des Departementes einzuführen.

Die Dienstleistungen des Statistischen Amtes wurden auch im Berichtsjahr bis über die Kapazitätsgrenzen in Anspruch genommen. Da gleichzeitig mit dem Abbau aufgelaufener Ferienguthaben begonnen werden musste, führte dies teilweise zu Verzögerungen bei der Auftragserledigung bzw. Projekte konnten nicht so schnell vorwärts getrieben werden wie ursprünglich geplant.

## Statistik und Analysen

**Wirtschaftsstatistik** Die Berichterstattung des im Auftrag der Tripartiten Kommission erstellten Arbeitsmarktmonitoring ([www.statistik.bs.ch/kennzahlen/tpk](http://www.statistik.bs.ch/kennzahlen/tpk)) wurde auf die Bedürfnisse der Kommission angepasst und auf deren Anfrage hin mehrere Spezialanalysen erstellt. Zusammen mit dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Landschaft ist der dritte wirtschaftsstatistische Bericht beider Basel zuhanden der Parlamente erstellt worden. Im November konnte die Nullnummer des „Dossier Basel“ zum Thema Wirtschaft und Arbeit herausgebracht werden.

**Bildungsstatistik, Gebäude- und Wohnungsstatistik** In der Bildungsstatistik konnte die Auswertungsplattform erneuert werden. Damit werden die Erstellung der Bildungsstatistik, aber auch die jeweils nötigen Anpassungen bei Änderung im Schulsystem, vereinfacht. Auf Bundesebene läuft die Diskussion über die künftigen Inhalte der Bildungsstatistik. In Zusammenhang mit der Registerharmonisierung verlangt der Bund neu - anstelle einer jährlichen - eine vierteljährliche Lieferung der Baustatistik. Die Arbeiten am Gebäude- und Wohnungsregister wurden darum im Lauf des Berichtsjahres noch intensiviert, damit daraus die Lieferungen heraus generiert werden können. Es ist trotzdem künftig mit einem erheblichen Mehraufwand zu rechnen.

**Registerharmonisierung** Schwer planbar waren und sind aufgrund fehlender konkreter Bundesvorgaben die Aufwendungen für die Registerharmonisierung, für welche die Fachstelle für Informatik

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.5	13.9	15.3	15.7	
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	147'898	110'616			1
Kurzanfragen	Anz	3'736	2'094			2
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	91	135	137	142	3

**Kommentar**

- 1 Im Budgetbuch ist der Ist-Wert für 2006 offenbar falsch eingetragen (10'000 anstatt 110'616).
- 2 Alle Anfragen (telefonisch, e-Mail, Fax, persönlich), Erhebung ab 2007.
- 3 Abnahme kann resultieren aus verbessertem Internetangebot und verbesserter Dokumentation, so dass Anfragen schneller beantwortet werden können.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	1'892.5	2'022.3	2'050.8	-129.8	-6.4
31 Sachaufwand	1'093.0	629.9	660.5	463.0	73.5
36 Eigene Beiträge	40.0	40.0	40.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'025.4</b>	<b>2'692.2</b>	<b>2'751.3</b>	<b>333.2</b>	<b>12.4</b>
43 Entgelte	-298.0	-131.2	-303.3	-166.8	-127.1
46 Beiträge für eigene Rechnung	-15.9	-16.0	-31.2	0.1	0.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-313.9</b>	<b>-147.2</b>	<b>-334.5</b>	<b>-166.7</b>	<b>-113.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'711.6</b>	<b>2'545.0</b>	<b>2'416.8</b>	<b>166.6</b>	<b>6.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Statistik und Analyse	2'711.6	2'545.0		166.6	6.5

**Kommentar**

- 1 Datenarchitekturarbeiten werden durch einen externen Mitarbeiter erbracht, Einrichtung neuer Büros für zusätzliche MitarbeiterInnen ab 2008. Rückstellungen Zeitguthaben für das Jahr 2006 unter periodenfremdem Aufwand.

und Organisation (FD) federführend zuständig ist. Sie ist Voraussetzung für die im Jahr 2010 vom Bund verlangte Registerauswertung, die zumindest Teile der bisherigen Volkszählungen ersetzen wird. Der durch den Termin der Volkszählung 2010 vorgegebene enge Zeitplan bedingt jeweils bei Vorliegen neuer Bundesdirektiven Ad-hoc-Entscheide über das weitere Vorgehen. Das Statistische Amt als zuständige Stelle für die Volkszählung ist in der im Herbst beschlossenen Projektorganisation stark eingebunden. Absehbare Aufgaben wie die Konsolidierung des kantonalen Gebäude- und Wohnungsregisters (GWR) wurden systematisch und prioritär weitergeführt.

**Harmonisierung Sozialleistungen** Das Statistische Amt leistete Unterstützung für das Projekt zur Harmonisierung der bedarfsabhängigen Sozialleistungen durch Modellberechnungen und das Erarbeitung von Sozialkennzahlen.



## Rheinschiffahrtsdirektion

WSD-813

Die Leistungsfähigkeit der trimodalen Häfen (Wasser, Schiene, Strasse) wird aufrechterhalten, weiterentwickelt und in ihrer Multifunktionalität vermarktet und kommuniziert. Dies erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen sowie durch marktgerechte und transparente Steuerung der Hafengebühren und Hafeninvestitionen. Ziel ist es, eine bedarfsgerechte und sowohl vorausschauende als auch rechtzeitige Entwicklung der Hafeninfrastruktur (u.a. Erfassung und Bereitstellung von Flächen) für die hafenbezogenen Unternehmen zu gewährleisten.

Die Grossschiffahrt wird als wirtschaftliches, umweltfreundliches und sicheres Verkehrsmittel für den Güter- und Personenverkehr positioniert und gefördert. Der Verkehr der Grossschiffahrt wird gesichert und hochwertige Dienstleistungen mit kantonaler, nationaler und internationaler Rechtskraft werden angeboten. Der Entsorgungs- und Ölwehrdienst in den Häfen sowie auf dem Rhein wird gewährleistet.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Rheinhafen und Rheinschiffahrt	6.4 Öffentlicher Verkehr

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr wurden die organisatorischen Strukturen der Rheinschiffahrtsdirektion (RSD) ihren Tätigkeitsfeldern (Sicherheitsbereich, Schiffsregister und Recht sowie der Finanzbereich) angepasst. Intensiv wurden Arbeitsabläufe zwischen den einzelnen Abteilungen analysiert und daraus folgend Schnittstellen neu definiert. Dies trug zu einer deutlich verbesserten Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bereichen der RSD bei.

### Rheinhafen und Rheinschiffahrt

Das Berichtsjahr war für die RSD vor allem vom politischen Entscheid geprägt, die beiden Häfen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur neu selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt „Schweizerische Rheinhäfen“ (SRH) zusammenzulegen. Im zweiten Halbjahr wurde intensiv an der Umsetzung des Staatsvertrages zur Hafenzusammenlegung gearbeitet. Im Vordergrund stand, den Start der Schweizerischen Rheinhäfen zum 1. Januar 2008 sicherzustellen.

Des Weiteren wurden die Gespräche mit den ausländischen TriRhena-Häfen institutionalisiert. In der wirtschaftlichen Entwicklung der Oberrheinhäfen streben die Schweizerischen Rheinhäfen eine führende Rolle an.

Das Projekt Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus verknüpft die Anliegen der Stadtentwicklung mit dem Ausbau des Novartis Campus. Es bringt zukünftig allen Beteiligten Vorteile: für Basel und seine Bevölkerung entsteht eine Rheinufersperrade mit späterer Anbindung Richtung Frankreich und für den neu gestalteten Novartis Campus wird ein attraktiver Übergang zum Rhein gestaltet. Das Mandat zum Teilprojekt „Rückbau Hafen St. Johann“ trägt die RSD, sie pflegt ausserdem die Kontakte zu den Vertragspartnern und unterstützt die Realisierungsprojekte. Zukünftig werden diese Tätigkeiten von den SRH fortgesetzt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.4	23.7	22.5	21.9	
Gesamtumschlag in Mio.	t	3.2	3.1	2.97	3.18	3.16
Schwerwiegende Verstösse in der Schifffahrt	%	0	5	2	3	8 <sup>1</sup>
Umschlag Vollcontainer Total	Stk	57'093	52'817	50'125	51'906	45'297 <sup>2</sup>
Unfall- und Havarieereignisse pro Jahr	Anz	5	5	3	5	5 <sup>3</sup>

**Kommentar**

- 1 Prozentanteil der bei den schiffahrtspolizeilichen Kontrollen festgestellten schwerwiegenden Verstösse (Bussen grösser als TCHF 1) an den gesamten Kontrollen.
- 2 Dezember-Werte geschätzt.
- 3 Diese Kennzahl soll die Entwicklung der Sicherheit der Grossschifffahrt auf dem Rhein/im Hafen aufzeigen. Sie steht im direkten Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben bezüglich Gewährleistung der Sicherheit auf dem Rhein.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	3'147.0	3'458.4	3'633.3	-311.4	-9.0
31 Sachaufwand	2'239.8	2'301.2	2'242.1	-61.3	-2.7
32 Passivzinsen	16.2	20.0	57.4	-3.8	-19.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	89.0	5.0	0.7	84.0	...
36 Eigene Beiträge	20.0	0.0	20.0	20.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>5'512.0</b>	<b>5'784.5</b>	<b>5'953.5</b>	<b>-272.5</b>	<b>-4.7</b>
42 Vermögenserträge	-3'886.4	-3'805.0	-3'709.1	-81.4	-2.1
43 Entgelte	-5'284.4	-5'492.0	-5'883.4	207.6	3.8 <sup>1</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-827.8	-956.8	-836.0	129.0	13.5 <sup>2</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-9'998.6</b>	<b>-10'253.8</b>	<b>-10'428.4</b>	<b>255.2</b>	<b>2.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-4'486.6</b>	<b>-4'469.3</b>	<b>-4'474.9</b>	<b>-17.3</b>	<b>-0.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Rueinhafen und Rheinschifffahrt	-4'486.6	-4'469.3		-17.3	-0.4
5 Ausgaben Investitionen	770.8	0.0	1'366.1	770.8	...
Kreditübertragungen	0.0	378.4	0.0	-378.4	-100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>770.8</b>	<b>0.0</b>	<b>1'366.1</b>	<b>770.8</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Die Mindereinnahmen aus der Landverzinsung des BAV für die Hafenbahn sind die Ursache für den tieferen Ertrag.
- 2 Die Erträge aus der BIBO REGIO Abrechnung Anteil BL sind in Folge ausgeglichener Umschlagstätigkeiten in BL und BS tiefer ausgefallen als in den vorhergehenden Jahren.



## 6.3 Verwaltung - Dienststellen mit Globalbudget

### 6.3.1 Museen

Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	352
Antikenmuseum und Sammlung Ludwig	355
Historisches Museum	358
Naturhistorisches Museum	361
Museum der Kulturen	364

## Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung der Verbundenheit der Stadt Basel mit Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie den lebendigen Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	2.4 Kulturförderung und -pflege
Sammlung/Forschung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	2.4 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

### Sammlung

Für die Galerie wurden 21 Werke angekauft, 5 Werke wurden geschenkt und 16 Werke wurden als Leihgaben registriert. Für das Kupferstichkabinett wurden 10 Werke angekauft und 65 Werke kamen als Geschenke, respektive als Legate und 90 als Deposita dazu.

### Vermittlung

2007 haben 228'006 Personen das Kunstmuseum (Kunstmuseum, Kupferstichkabinett, Museum für Gegenwartskunst und Bibliothek) besucht (2006: 263'337).

Im Jahr 2007 wurden zwei Sonderausstellungen gezeigt: „Jasper Johns. An Allegory of Painting. 1955-1965“, vom 2. Juni bis 23. September 2007 (37'099 Besucher), und „Andreas Gursky“, vom 20. Oktober 2007 bis 24. Februar 2008 (bis 31.12.07 30'455 Besucher). Die Jasper Johns-Ausstellung wurde in Kooperation mit der National Gallery Washington realisiert. Die am 21. Oktober 2006 eröffnete Ausstellung „Wassily Kandinsky. Malerei. 1908-1921“ lief bis am 4. Februar 2007 (2007 41'118 Besucher, insgesamt 95'152 Besucher).

Das Wechselausstellungsjahr begann im Kunstmuseum am 3. Februar mit der Ausstellung „Klassizismus bis frühe Moderne. Zeichnerische Positionen des 19. Jahrhunderts“ (bis 24. Juni 2007). Vom 17. März bis am 24. Juni wurde „Brice Marden. Werke auf Papier“ gezeigt. Am 2. Juni wurden die neuen Ausstellungsräume im Erdgeschoss des Kunstmuseums eröffnet. „Amerikanische Druckgrafik“ wurde vom 14. Juli bis 7. Oktober 2007 gezeigt. Für die Zeit vom 18. August bis 11. November 2007 wurde die Ausstellung „Kreis und Kosmos - Ein restauriertes Tafelbild des 15. Jahrhunderts“ gezeigt. Das Ausstellungsjahr wurde mit „Otto Meyer-Amden - Oskar Schlemmer“ vom 20. Oktober 2007 bis Mitte Januar 2008 beendet.

Das Museum für Gegenwartskunst zeigte vom 19. Januar bis 14. April „Christian Philipp Müller“ und vom 28. April bis 26. August „Jean-Frédéric Schnyder“. Am 8. September wurde die Ausstellung „Johanna Billing“ (bis 31. Dezember 2007) eröffnet.

Die Ausstellungstätigkeit wurde auch 2007 wieder in grossem Umfang durch die Stiftung Patronatskomitee Kunstmuseen Basel, den Fonds für künstlerische Aktivitäten im Museum für Gegenwartskunst der Emanuel Hoffmann-Stiftung und der Christoph Merian Stiftung sowie private, nicht genannt sein wollende Mäzene unterstützt.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaussstellungen	Anzahl Besucher/-innen	>	228'006	210000	263'337	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	551	400	796	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1210	1250	1'408	
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	4%	4%	3%	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	450	180	610	

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Personalkosten	9'312.0	9'454.6	9'575.5	-142.6	-1.5
Übrige Kosten	8'720.1	7'319.4	8'214.5	1'400.8	19.1
Erlöse	-6'328.9	-5'631.0	-7'060.0	-697.9	-12.4
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>11'703.2</b>	<b>11'143.0</b>	<b>10'730.0</b>	<b>560.3</b>	<b>5.0</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	1'137.2	800.0	697.7	337.2	42.1
Umlagen Querschnittsleistungen	4'132.1	4'226.2	3'960.8	-94.1	-2.2
<b>Vollkosten</b>	<b>16'972.5</b>	<b>16'169.2</b>	<b>15'388.5</b>	<b>803.3</b>	<b>5.0</b>
Veränderungen Rücklagen	99.4	0.0	-42.0	0.0	...
<b>Investitionen ab TCHF 300.0</b>	<b>775.2</b>	<b>0.0</b>	<b>697.7</b>	<b>775.2</b>	...

#### Kommentar

- Die Mehrkosten entfallen auf die zentral beim Finanzdepartement budgetierte Lohnteuering und Erhöhung der Kinderzulagen (TCHF 52), die erstmalige Bildung einer Rückstellung für Zeitguthaben des Personals (TCHF 417) sowie auf eine nicht verrechenbare Gebäudemiete an die Universität, welche im Zusammenhang mit der neuen Trägerschaft der Universität versehentlich mit zwei verschiedenen Bezeichnungen beim Kunstmuseum und bei Immobilien Basel-Stadt budgetiert worden ist (TCHF 113). Nach Feststellung dieser Doppelbudgetierung wurde entschieden, dass die Rechnungsstellung über Immobilien Basel-Stadt erfolgen soll. Dieser Fehler erstreckt sich bis ins Budget 2008 und kann daher erst im Planjahr 2009 bereinigt werden.
- Die Querschnittsleistungen beinhalten u.a. kalkulatorische Mietkosten von TCHF 3'152.

#### Dienstleistungen

Bis Ende Mai 2007 sind alle Bauarbeiten im Kunstmuseum abgeschlossen worden. Die Eingangshalle mit der Kasse, der Museumsshop, die Ausstellungsfläche im hinteren Hofumgang sowie die Ausstellungsräume in der ehemaligen Bibliothek präsentieren sich neu und finden regen Zuspruch. Alle Arbeiten konnten dank den vom Grossen Rat bewilligten Mitteln und wesentlichen Beiträgen Privater realisiert werden.

Der Bestand der öffentliche Kunstbibliothek erhöhte sich von 157'347 auf 160'466 Exemplare. Es erfolgten 2007 13'413 Ausleihen (2006: 14'385). 8480 Personen haben 2007 die Bibliothek aufgesucht (2006: 8'129).

## Antikenmuseum und Sammlung Ludwig

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	2.4 Kulturförderung und -pflege
Sammlung/Forschung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	2.4 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Im Zentrum des Berichtsjahres stand die Thraker-Ausstellung. Qualität und Ästhetik, aber auch die historische Dimension der ausgestellten Werke waren überdurchschnittlich, die Medienberichte durchwegs positiv - und doch erschienen anstatt der budgetierten 70'000 nur halb so viele Besucher, so dass wir dieses Projekt mit einem erheblichen Defizit abschliessen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass eine den meisten Zeitgenossen fremde Kultur (Thraker) und ein immer noch mit vielen Vorurteilen belastetes Land (Bulgarien) zuwenig Emotion auslösen, um genügend Besucher in Bewegung zu setzen.

Auch in diesem Jahr gelangten bedeutende Werke als Ankäufe oder Schenkung ins Antikenmuseum. Hervorgehoben sei hier die faszinierende Statuette eines Mantelpavians aus der Spätzeit der ägyptischen Kunst sowie ein sehr bedeutender römischer Portraitkopf spätrepublikanischer Zeit. Die Zuweisung an eine bestimmte Persönlichkeit ist noch in Diskussion, einige denken an den Caesar-mörder Cassius.

Die Sammlung der Skulpturhalle wuchs um zehn neue Abgüsse an.

Die bauliche Aufrüstung der Skulpturhalle vor allem im Untergeschoss schreitet zügig voran, so dass die renovierte Halle an der Museumsnacht 2008 im neuen Glanz dem Publikum zur Verfügung stand. Im Mutterhaus wurde ein Teil des Restaurierungsateliers mit beträchtlichem Aufwand den heutigen Bedürfnissen und Vorschriften angepasst.

### Sammlung/Forschung

Das im Jahr 2003 initialisierte Projekt über die Persönlichkeit und das literarische Schaffen Homers sowie über die Rezeption von Ilias und Odyssee in der antiken bis zur zeitgenössischen Kunst hat 2007 operative Formen bekommen. Die Ausstellung wird in Basel am 16. März 2008 und danach in Mannheim (Reiss-Engelhorn-Museen) am 13. September 2008 eröffnet. Die drei Projektpartner - Antikenmuseum Basel, Art Centre Basel und Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim - haben seit Anfang Jahr für die Ausstellungsvorbereitungen sehr intensiv zusammengearbeitet.

Die Ausstellung wird im gesamten Untergeschoss des Museums mit einer aufwändigen Inszenierung präsentiert und sie zählt bereits heute zu den Highlights der Basler Kunstszene 2008.

Die römische Mumie aus Ägypten des Antikenmuseums wurde unter der Leitung des Zürcher Mumiexperten Franz Rühli (University of Zurich, sect. Anatomy) einer CT-Untersuchung unterzogen.



Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	51957	104000	36588	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	351	400	225	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	350	360	349	
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generationen, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>	50%	45%	45%	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	40	50	18	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/-innen	>	234	200	212	

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Personalkosten	3'783.1	3'923.4	3'529.5	-140.2	-3.6
Übrige Kosten	2'448.4	2'675.4	1'273.1	-227.0	-8.5
Erlöse	-1'418.6	-2'462.8	-668.5	1'044.2	42.4
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'812.9</b>	<b>4'136.0</b>	<b>4'134.1</b>	<b>677.0</b>	<b>16.4</b>
Umlagen Querschnittsleistungen	2'673.0	2'717.8	2'663.6	-44.9	-1.7
<b>Vollkosten</b>	<b>7'485.9</b>	<b>6'853.8</b>	<b>6'797.7</b>	<b>632.1</b>	<b>9.2</b>
Veränderungen Rücklagen	-43.5	0.0	-55.0	0.0	...

### Kommentar

- 1 Die Mehrkosten entfallen auf das Defizit der Thraker-Ausstellung (TCHF 460), die zentral beim Finanzdepartement budgetierte Lohnsteuerung und Erhöhung der Kinderzulagen (TCHF 21) sowie die erstmalige Bildung einer Rückstellung für Zeitguthaben des Personals (TCHF 196).
- 2 Die Querschnittsleistungen beinhalten u.a. kalkulatorische Mietkosten von TCHF 2'144.

Damit wurden Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand und die Todesursache des Verstorbenen möglich. Das Getty Museum in Los Angeles analysierte Proben der roten Farbschicht derselben Mumie, um eine mögliche Verwandtschaft mit anderen Mumien der gleichen Machart abzuklären.

### Vermittlung

Am 28. Januar ging die Ausstellung „In Pharaos Grab“ zu Ende. Rückblickend darf festgehalten werden, dass diese Ausstellung mit rund 35'000 Besuchern ein beachtlicher Erfolg gewesen ist. In der Skulpturhalle war vom 5. April bis 9. September 2007 im Eingangsbereich die Sonderausstellung „Die herrlichsten Statuen des Altertums“ zu sehen. Diese Schau entsprach einer komprimierten Version einer Ausstellung, die in Mendrisio zu sehen war und die aus einer Zusammenarbeit mit dem Museo d'Arte und der Skulpturhalle entstanden ist.

Während des ganzen Jahres nutzten Schulen die bewährten Standardangebote „Arbeiten mit Ton“,

„Gipsabgüsse nach kleinen Originalen im Museum“, „Steinbearbeitung nach antiken Vorbildern“, „Kleidermode in der Antike und heute“, „Augenblicke - Gesichter aus der Antike“, „Harry Potter und die Göttin der Weisheit“, „Im Anfang war das Chaos“, „Ägypten - Alltägliches Jenseits“ und „Ägyptische Hieroglyphen“. Einige wurden auch als Freizeitveranstaltungen angeboten. Neu führte die Agorá gemeinsam mit der Archäologischen Bodenforschung Basel-Stadt während zwei Wochen in den Sommerferien eine Kindergrabung im Rahmen der Kinderferienstadt der Robi-Spiel-Aktionen im St. Alban-Tal durch.

### **Dienstleistungen**

Die zweite Etappe der Neueinrichtung des Shops konnte realisiert werden, jetzt steht ein attraktiver und kundenfreundlicher Verkaufsraum bei Dauer- und Sonderausstellungen zu Verfügung.

## Historisches Museum

Das Historische Museum Basel (HMB) betreibt in vier Liegenschaften ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Historischen Museums Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege
Sammlung/Forschung	Leistungen des Historischen Museums Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Historischen Museums Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

### Allgemein

Die Jahresrechnung schliesst aufgrund der für das HMB sehr erfolgreichen Sonderausstellung „Der geschmiedete Himmel - Religion und Astronomie vor 3600 Jahren“ besser ab als budgetiert. Es sind einige Besonderheiten in Bezug auf die Finanzen erwähnenswert: Die Lohnkosten sind erheblich höher, weil einerseits die Teuerung sowie die Stufenanstiege und Projektlohne nicht budgetiert wurden und andererseits die obengenannte Sonderausstellung um einen Monat verlängert wurde, was zusätzliches Aufsichts- und Kassenpersonal bedingte. Dazu kamen noch drei Langzeiterkrankte, was doppelte Lohnkosten während mehrerer Monate bedeutete (bevor die Krankentaggeldversicherung zum Tragen kam), damit der Betrieb der vier Ausstellungshäuser gewährleistet werden konnte. Hingegen wurde die Versicherungsprämien, deren ursprünglich angekündigte Erhöhung beim Budget nur mittels einer Reduktion des Ankaufkredits kompensiert werden konnte, niedriger in Rechnung gestellt, sodass dieser Kredit wieder im normalen Rahmen ausgeschöpft werden konnte. Trotzdem mussten für den Ankauf von zwei Silberplatten von Urs Graf ein Zusatzkredit in Höhe von CHF 100'000.– vom Kompetenzkonto des Regierungsrats beantragt sowie für einige andere wichtige Ankäufe insgesamt rund CHF 150'000.– Drittmittel in Anspruch genommen werden (vgl. auch Jahresbericht 2007 des Historischen Museums Basel, ISSN-Nr. 1013-6959, Ausgabe Mai 2008).

### Sammlung/Forschung

Sämtliche neu eingegangenen Sammlungsobjekte waren bis Ende Jahr EDV-mässig inventarisiert und sachgerecht gelagert. Ein mehrjähriges Projekt zur Erforschung der Basler Möbel wurde fortgesetzt und die ersten Ergebnisse in Buchform wurden publiziert „Möbel in Basel. Meisterstücke und Meisterstückordnungen bis 1798“. Die Zusammenarbeit mit der Universität geschah fallweise im Zusammenhang mit gemeinsamen Lehrveranstaltungen oder durch Unterstützung von Forschungs- oder Abschlussarbeiten.

### Vermittlung

Die Ausstellung „Der geschmiedete Himmel - Religion und Astronomie vor 3600 Jahren“ (29. September 2006 bis 25. Februar 2007) war die bisher bestbesuchte Sonderausstellung des Historischen Museums Basel mit insgesamt 76'921 Besuchenden. Die ursprünglich für Herbst 2007 vorgesehene Wanderausstellung „Peter und Iris von Roten“ konnte nicht durchgeführt werden, weil alle angefragten Partnermuseen aus verschiedenen Gründen abgesagt haben. Die museumspädagogischen Vermittlungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene wurden sowohl um reguläre als auch

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachpublikationen	=	1	1	1	
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	174198	120000	194965	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	353	300	464	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	412	450	549	
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung	=	100%	100%	100%	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	22	15	25	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	162	65	70	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	38	40	39	
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	567	400	402	

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Personalkosten	6'490.0	6'284.2	6'467.1	205.8	3.3
Übrige Kosten	2'958.8	2'749.4	3'119.3	209.4	7.6
Erlöse	-822.1	-645.5	-1'139.2	-176.6	-27.4
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>8'626.7</b>	<b>8'388.1</b>	<b>8'447.3</b>	<b>238.6</b>	<b>2.8</b> <sup>1</sup>
Kalkulatorische Kapitalkosten	117.4	157.9	10.8	-40.5	-25.6
Umlagen Querschnittsleistungen	3'527.6	3'595.5	3'477.4	-67.9	-1.9 <sup>2</sup>
<b>Vollkosten</b>	<b>12'271.7</b>	<b>12'141.5</b>	<b>11'935.4</b>	<b>130.2</b>	<b>1.1</b>
Veränderungen Rücklagen	-20.0	0.0	-6.0	0.0	...
<b>Investitionen ab TCHF 300.0</b>	<b>750.0</b>	<b>0.0</b>	<b>231.0</b>	<b>750.0</b>	...

#### Kommentar

- Die Mehrkosten entfallen auf die zentral beim Finanzdepartement budgetierte Lohnteuerung und Erhöhung der Kinderzulagen (TCHF 35), die erstmalige Bildung einer Rückstellung für Zeitguthaben des Personals (TCHF 176) sowie auf einen Ankauf zu Lasten des Kompetenzkontos des Regierungsrates (TCHF 100). Nach Abzug dieser ausserplanmässigen Faktoren ergibt sich aufgrund der Mehreinnahmen ein besseres Ergebnis als budgetiert.
- Die Querschnittsleistungen beinhalten u.a. kalkulatorische Mietkosten von TCHF 2'709.

um Spezialangebote für Schulklassen, wie z.B. Fremdsprachen lernen im Museum erweitert. Auf der Website [www.museumslupe.ch](http://www.museumslupe.ch), die speziell für Kinder konzipiert ist, wird seit neuem das Musikmuseum aufgelistet. Die Mittwochnatinee und Familienführungen erfreuen sich einer grossen Beliebtheit, was sich in den Teilnehmerzahlen ausdrückt. In den Nordkapellen der Barfüsserkirche wurde die Dauerausstellung „Frömmigkeit im Mittelalter“ fertiggestellt. In den Lettnerkapellen und im

Chor wurden vier von sieben Ausstellungseinheiten zum Thema „Basel - Ereignisse“ bis auf die Multimediaeinhalte eingerichtet. Trotz der Unterbrechung der Bau- und Einrichtungsarbeiten im Südschiff der Barfüsserkirche wegen der ursprünglich nicht geplanten Sonderausstellung „Der geschmiedete Himmel - Religion und Astronomie vor 3600 Jahren“ konnte der Zeitplan für die Neueinrichtung weitgehend eingehalten werden, sodass die Eröffnung im Frühjahr 2008 erfolgen kann. Als nächste Etappe ist der Umbau des Untergeschosses vorgesehen.

### **Dienstleistungen**

Das Café in der Barfüsserkirche konnte vom Erfolg der Sonderausstellung profitieren, wobei sich die Nettoerträge nicht wesentlich verbesserten, weil zur Bewältigung des Ansturms zusätzliches Personal angestellt werden musste. Die budgetierten Einnahmen aus Verkäufen von Publikationen, Postkarten und Geschenkartikeln in den Shops konnten aufgrund der Sonderausstellung in der Barfüsserkirche um einen erfreulichen Betrag in Höhe von CHF 36'000.– gesteigert werden. Der vor einem Jahr erfolgte Anschluss der Bibliothek an den Bibliotheksverbund Basel - Bern hat zu einem weiteren Anstieg der Konsultationen durch Studierende der Universitäten und Fachhochschulen geführt.

## Naturhistorisches Museum

Das Naturhistorische Museum Basel (NMB) betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege
Sammlung/Forschung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Unter dem Arbeitstitel „NMB wie weiter“ ist die Geschäftsleitung in Zusammenarbeit mit dem Ressort Kultur, dem Baudepartement und Immobilien Basel-Stadt daran, die Zukunft des Museums auf dem Münsterhügel zu diskutieren. Der Regierungsrat hat im Herbst 2007 einen Projektierungskredit gesprochen, um einerseits eine Machbarkeitsstudie eines Neubaus sowie eine Nachnutzungsstudie für den Berri-Bau zu erstellen. Dringend bleibt das Platzproblem für Sammlungen, das bald gelöst werden muss.

Im von 2006 bis 2008 dauernden Sanierungsprojekt unter der Leitung des Baudepartements sind vielfältige Arbeiten in Bezug auf Brandschutz und Sicherheit vor allem im Publikumsbereich vorgenommen worden.

### Sammlung/Forschung

Nebst den normalen Sammlungstätigkeiten wie Aufarbeitung und Inventarisierung war das Jahr 2007 sehr geprägt durch den Schimmelbefall in den Kulturgüterschutzräumen und durch die Sanierung. Wegen den laufenden Sanierungsmassnahmen (Brandschutz und Infrastruktur) im ganzen Museum sind wir daran, Sammlungen zu verschieben und durch neue Rollschrankanlagen ist es möglich, die Sammlungen in den Kulturgüterschutzräumen zu verdichten. Über 50'000 Objekte konnten so in die neuen Anlagen verschoben werden. Im untersten Stock, dem K5, wurde im Verlauf des Jahres eine neue Klimaanlage eingebaut. Hier wurden ca. 5'000 Sammlungsgläser aufwändig vom Schimmel gereinigt.

Durch das internationale Projekt „Global Biodiversity Information Facility“ GBIF konnten wir grosse Typensammlungen (Käfer und fossile Säugetiere) in eine international vernetzte Datenbank integrieren. Dieses Projekt wurde vom Bund finanziert.

Schwerpunkte in der Forschung sind Naturschutz, Systematik und Phylogenie von Insekten und Spinnen, Mauser von Vögeln, Biomechanik fossiler Wirbeltiere, Ichnologie, Evolution.

Verschiedene Mitarbeitende beteiligen sich an der Lehre an der Universität Basel, daneben werden mehrere Studenten betreut. Insgesamt haben ein Postdoktorand, vier Doktoranden und drei Diplomanden erfolgreich abgeschlossen. Aktuell werden zwei Postdoktoranden, sieben Doktoranden sowie vier Diplomanden betreut.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	<=	114045	60000	62755	1
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	<=	351	300	306	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	<=	1241	800	748	2
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	<=	483	300	567	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	<=	339	350	-	
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	<=	1759	500	-	

#### Kommentar

- 1 Die Besucherzahl konnte unter anderem durch die Sonderausstellung Tiefsee um 82% gesteigert werden.
- 2 Die Anzahl Schulklassen konnte unter anderem durch die Sonderausstellung Tiefsee um 66% gesteigert werden.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007		Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Personalkosten	4'656.5	4'478.3	4'624.7	178.3	4.0	
Übrige Kosten	2'213.5	1'425.0	1'449.3	788.5	55.3	1
Erlöse	-1'533.7	-615.9	-839.6	-917.8	-149.0	1
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'336.3</b>	<b>5'287.3</b>	<b>5'234.3</b>	<b>48.9</b>	<b>0.9</b>	2
Kalkulatorische Kapitalkosten	22.5	69.0	0.0	-46.5	-67.4	
Umlagen Querschnittsleistungen	2'989.6	3'039.1	2'938.5	-49.4	-1.6	3
<b>Vollkosten</b>	<b>8'348.4</b>	<b>8'395.4</b>	<b>8'172.8</b>	<b>-47.0</b>	<b>-0.6</b>	
Veränderungen Rücklagen	28.0	0.0	56.0	0.0	...	
<b>Investitionen ab TCHF 300.0</b>	<b>387.7</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>387.7</b>	<b>...</b>	

#### Kommentar

- 1 Höhere Kosten und Erlöse durch externe Projekte im Bereich Sammlung/Forschung sowie für die Sonderausstellung Tiefsee.
- 2 Die Mehrkosten entfallen auf die zentral beim Finanzdepartement budgetierte Lohnsteuerung und Erhöhung der Kinderzulagen (TCHF 25), die erstmalige Bildung einer Rückstellung für Zeitguthaben des Personals (TCHF 141) sowie auf einen Ankauf zu Lasten des Kompetenzkontos des Regierungsrates (TCHF 40). Nach Abzug dieser ausserplanmässigen Faktoren ergibt sich aufgrund der Mehreinnahmen aus der Sonderausstellung Tiefsee ein deutlich besseres Ergebnis als budgetiert.
- 3 Die Querschnittsleistungen beinhalten u.a. kalkulatorische Mietkosten von TCHF 2'298.

#### Vermittlung

Mit 114'045 Besuchenden konnte die Gesamtbesucherzahl gegenüber 2006 um 82% gesteigert werden, die Anzahl Schulklassen übertraf mit 1'241 die Anzahl des Vorjahres um 66%. Die Sonderaus-

stellung „Vielfalt des Lebens - Natürlich vernetzt“ dauerte vom 18. November 2006 bis am 20. Mai 2007 und verzeichnete insgesamt 19'110 Besuchende. Die Museumsnacht 2007 stand im Zeichen der Vielfalt und zählte 9'625 Besuchende. Im Hochparterre wurden zwei Vitrinenausstellungen zum Thema „Kugler - ein Basel Ölpionier und Mäzen“ und „Theo, der Pfeifenraucher“ gezeigt, letztere löste in den Medien ein grosses Echo aus. Am 16. November 2007 wurde dort eine weitere Ausstellung zum Thema „Schweizer Typmineralien“ eröffnet. Von Juni bis September wurde die Gastausstellung „Mathematik erleben“ im Rahmen des Jubiläumsjahres 300 Jahre Leonhard Euler gezeigt. Die Sonderausstellung „Tiefsee“, die in Kooperation mit dem Forschungsinstitut und Naturmuseum Senckenberg in Frankfurt am Main entstanden ist, wurde am 17. Oktober 2007 eröffnet und verzeichnete bis Jahresende bereits 40'992 Besuchende.

Die Museumspädagoginnen führten 86 Veranstaltungen durch, an denen insgesamt 1'547 Personen teilnahmen. Am Tag der Behinderten und bei insgesamt 18 weiteren Veranstaltungen konnten 209 Menschen mit Behinderungen das Museum erleben.

### **Dienstleistungen**

Den Besuchenden bietet das NMB einen Museumsshop mit einer vielfältigen Auswahl von Artikeln rund um die Thematik der Naturwissenschaften an. Der Umsatz im Museumsshop konnte markant gesteigert werden, unter anderem, da das Museum der Kulturen neu einen eigenen Museumsshop betreibt und damit mehr Platz zur Verfügung steht.

Die Aula im Museum wird rege für Vorträge, Filmvorführungen, Musikaufführungen, Vorlesungen etc. benutzt, sie konnte insgesamt 121 mal vermietet werden.

Die ausführliche Website des Museums wird ebenfalls rege genutzt, rund 200'000 Besuchende konnten im Berichtsjahr verzeichnet werden, dies entspricht einem Durchschnitt von ca. 550 Personen pro Tag.



## Museum der Kulturen

Das Museum der Kulturen Basel betreibt in 11 Liegenschaften (6 davon ausschliesslich vom MKB genutzt) ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung der Verbundenheit mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege
Sammlung/Forschung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	2.4 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Das vergangene Jahr beinhaltete zwei Schwerpunkte; einerseits wurde Ende August eine grosse temporäre Ausstellung zum Thema „Rot“ eröffnet und andererseits wurden die Lagerräume am Picassoplatz geräumt und in die neuen Lagerräume am Tellplatz umgezogen.

Als öffentlich wahrnehmbare Reaktion auf den Bundesgerichtsentscheid betreffend Erweiterungsbau vom November 2006, wurde der Eingang des Museums der Kulturen zu Beginn des Jahres vom Naturhistorischen Museum getrennt und neu am Münsterplatz 20 eingerichtet.

### Sammlung/Forschung

Hier stand das Grossprojekt „Lagerräume am Tellplatz“ im Zentrum (Ersatz und Zusammenführung verschiedener bisheriger Lager). In einem ersten Schritt wurden im Januar/Februar die Dauerausstellungen im Erdgeschoss der Augustinergasse 2 geräumt und die Objekte später am Tellplatz untergebracht. So wurde Raum für die temporäre Ausstellung „Rot“ geschaffen. Die zwei Liegenschaften am Tellplatz wurden innert 4 Monaten bis Mitte des Jahres durch den Eigentümer nach den Vorstellungen und Bedürfnissen des Museums saniert und danach Schritt für Schritt mit den neuen Rollregalanlagen eingerichtet. Während der Sanierungszeit wurden die Objekte für den Umzug vorbereitet, d.h. gereinigt und verpackt. Ein grosser Teil der Lagerbestände vom Picassoplatz (110'000 Objekte) konnte bis Ende Jahr umgezogen werden. Das Grossprojekt hat über ein Drittel sämtlicher Personalressourcen des Museums während des ganzen Jahres gebunden.

### Vermittlung

Die temporäre Ausstellung „Rot“ konnte plangemäss Ende August eröffnet und anfangs September mit einem grossen 3-tägigen Event „Rotrausch“ eingeläutet werden. Hierfür wurde das Haupthaus nach der Museumsnacht bis zur Eröffnung der Ausstellung geschlossen, um das Erdgeschoss zu räumen, bauliche Massnahmen vorzunehmen und im Anschluss daran die Ausstellung Rot über zwei Geschosse (1'200m<sup>2</sup>), d.h. Erdgeschoss und 1. Obergeschoss aufzubauen. Die vorgenommenen Ziele, eine Ausstellung, welche über die Grenzen hinaus ausstrahlt und insgesamt über 60'000 Besucherinnen und Besucher anziehen wird, sind bereits erreicht oder es ist absehbar, dass sie erreicht werden (Besucherzahlen). Die Kernaussstellung „Rot - wenn Farbe zur Täterin wird“ wurde durch verschiedene Interventionen ergänzt: „Carte Rouge - wenn Mode errötet“ und „Rot in Grün - Die Geschichte mit dem Weihnachtsbaum“.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Interesse und Verständnis für fremde Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	
Interesse und Verständnis für fremde Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	60381	60000	51552	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	175	180	199	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	161	150	195	
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung (Neuzugänge)	=	100%	100%	100%	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	18/1495	3/40	25/1350	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	12/98	2/10	10/53	
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbe	=	154	150	120	
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	169	100	252	
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	63	200	300	

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Personalkosten	4'431.3	4'284.2	4'026.1	147.0	3.4
Übrige Kosten	3'063.8	2'776.1	2'384.9	287.8	10.4
Erlöse	-1'558.7	-1'589.0	-941.0	30.3	1.9
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'936.4</b>	<b>5'471.3</b>	<b>5'469.9</b>	<b>465.1</b>	<b>8.5</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	178.2	441.0	12.8	-262.8	-59.6
Umlagen Querschnittsleistungen	3'255.4	3'302.6	3'230.7	-47.2	-1.4
<b>Vollkosten</b>	<b>9'370.0</b>	<b>9'214.9</b>	<b>8'713.5</b>	<b>155.1</b>	<b>1.7</b>
Veränderungen Rücklagen	-159.2	-23.0	-198.5	-136.2	-592.2
<b>Investitionen ab TCHF 300.0</b>	<b>2'743.0</b>	<b>0.0</b>	<b>276.6</b>	<b>2'743.0</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- Die Mehrkosten entfallen auf die zentral beim Finanzdepartement budgetierte Lohnteuerung und Erhöhung der Kinderzulagen (TCHF 24), die erstmalige Bildung einer Rückstellung für Zeitguthaben des Personals (TCHF 168) sowie auf die Massnahme „Verlegung des Eingangs des Museums der Kulturen von der Augustinergasse an den Münsterplatz als nötige Reaktion auf den Bundesgerichtsentscheid vom November 2006 betreffend Bewilligung Erweiterungsbau“ (TCHF 273). Es handelt sich dabei um Mehrkosten für die personelle Doppelbelegung von neu zwei Eingangsbereichen sowie für notwendige Anpassungen der Infrastruktur (Ausschilderung, Kommunikation, Einrichtung Kassenraum, Gestaltung neue Eingangsbereiche).

- 2 Die Querschnittsleistungen beinhalten u.a. kalkulatorische Mietkosten von TCHF 2'569.
  - 3 Die Mehrkosten im Zusammenhang mit der Verlegung des Museumseingangs konnten teilweise durch Auflösung von Rücklagen kompensiert werden.
- 

Während der Schliessungszeit des Haupthauses wurde das Nebenhaus mit der temporären Ausstellung „Alphorn, Chai und Plastikbuddha“, welche sich der Frage „Was ist Heimat?“ widmete, bespielt.

### **Dienstleistungen**

Im Rahmen der Ausstellung „Rot“ wurde ein grosser Shop im Erdgeschoss des Nebenhauses eingerichtet. Mit einem breiten, attraktiv präsentierten Sortiment inkl. Eigenfabrikate konnten einerseits erfreuliche Einnahmen generiert werden, andererseits wichtige Erfahrungen für das Zukunftsprojekt „Dienstleistungen im Erweiterungsbau“ gesammelt werden.

**6.3.2 Öffentlicher Verkehr**

Öffentlicher Verkehr	368
Produktgruppe Tram und Bus	370
Produktgruppe Regio-S-Bahn	372
Produktgruppe Tarife und Verbände	374

## Öffentlicher Verkehr

Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte). Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports. Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.

**Gesetzliche Grundlagen** Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16, Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

**Wirkungen** Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebietes sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für betagte und in ihrer Mobilität behinderte Menschen. Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum. Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regio S-Bahn	6.4 Öffentlicher Verkehr
Tarife und Verbände	6.4 Öffentlicher Verkehr
Tram und Bus	6.4 Öffentlicher Verkehr

## Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs wird auf den Jahresbericht der Dienststelle öffentlicher Verkehr verwiesen. Mit dem Globalbudget werden nur die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bestellung von öV-Leistungen rapportiert.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Marktanteil am gesamten motorisierten Verkehr (Wohnbevölkerung BS)	Anteil (%) ÖV-Fahrten an allen motorisierten Fahrten gem. Bev. Befragung	>		80	82.5	1
Zufriedenheit der Wohnbevölkerung	Anteil (%) „zufrieden“/ „sehr zufrieden“ gem. Bev. Befragung	>		95	95.1	2
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB Linien).	>	120.7	119	120.3	3
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen-km) BVB+BLT im städtischen Netz	>	283	283	285.7	4
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>	14.7	13.0	13.0	5

#### Kommentar

- 1 Die nächste Bevölkerungsbefragung ist für 2011 vorgesehen, weshalb die Zahlen für die Indikatoren 1 und 2 erst wieder für 2010 ermittelt werden können. Vor allem der Modal Split verändert sich nur auf lange Sicht, weshalb diese Zeitspanne gerechtfertigt werden kann.
- 2 siehe 1
- 3 Vorläufige Schätzung aufgrund provisorischer Angaben der Transportunternehmungen. Die Zahlen aus der Fahrgastzählung werden voraussichtlich bis Ende Mai vollständig und konsolidiert vorliegen.
- 4 siehe 3
- 5 siehe 3

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Tram und Bus	45'428.2	45'068.9	44'004.8	359.3	0.8
Regio-S-Bahn	1'565.5	1'927.5	1'390.8	-362.0	-18.8
Tarife und Verbünde	20'018.3	20'024.0	20'000.5	-5.7	0.0
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>67'012.0</b>	<b>67'020.4</b>	<b>65'396.1</b>	<b>-8.4</b>	<b>0.0</b>
Investitionen ab CHF 300'000	14'727.4	27'000.0	16'249.6	-12'272.6	-45.5

## Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Tram- und Buslinienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienerverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch besondere Transporte für behinderte Menschen.

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr wurde das Projekt einer Tramverlängerung von Kleinhüningen nach Weil am Rhein geplant und zur Entscheiderreife gebracht (vgl. ÖV-Programm Seiten 14, 35 und 37). Weiter wurden – zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft – die Arbeiten zur Planung einer direkten Tramverbindung vom Leimental zum Bahnhof SBB (Margarethenstich) aufgenommen. Eine Studie zur Optimierung des Basler Tram- und Busnetzes soll unter anderem aufzeigen, wie die neuen Netzteile – vor allem der Margarethenstich – mit dem bestmöglichen Kundennutzen ins bestehende Netz eingegliedert werden können. Dem Grossen Rat wurde, wie im ÖV-Programm angekündigt (Seite 31, Kap. 6.1.2), ein Ratschlag für die Ausrüstung weiterer Haltestellen mit geschützten Unterständen unterbreitet (für weitere Informationen vgl. Jahresbericht der Dienststelle öffentlicher Verkehr).

Auf Fahrplanwechsel vom Dezember 2006 wurden verschiedene Fahrplanänderungen in Kraft gesetzt: Am Samstag Vormittag wird ab Betriebsbeginn bis ungefähr 8.45 Uhr im 15-Minuten-Takt gefahren, ab dann im 7.5 Minuten-Takt. Der früher zwischen 7.00 Uhr und 9.00 Uhr angebotene 10-Minuten-Takt entfällt. Mit dieser Massnahme konnte auf den betrieblich schwer umzusetzenden „Zwischentakt“ verzichtet werden, was die Umlaufplanung vereinfacht. Möglich wurde diese Anpassung, weil der Samstag ab Schuljahr 2007/2008 schulfrei ist. Die Massnahme hat sich bewährt.

Um die Kapazitätsengpässe auf der Flughafenlinie 50 kurzfristig zu lindern, wurde ab Anfang Juli 2007 der Betrieb auf der Buslinie 50 zeitweise verdichtet. Die BVB hat bereits auf den Fahrplanwechsel vom Dezember 2006 probeweise und auf eigene Rechnung eine neue Buslinie 52 vom Badischen Bahnhof zum Euroairport eingeführt, mit der Möglichkeit eines direkten Hotelzubringers im Bereich der Messe gegen Aufpreis. Da die Linie nur schwach ausgelastet war, musste der Probetrieb im Frühjahr 2007 wieder eingestellt werden.

Die Tramlinie 2 wurde ab Fahrplanwechsel vom Dezember 2006 ganztägig am Badischen Bahnhof gewendet, dafür fuhr die Linie 1 in den Hauptverkehrszeiten bis Eglisee. Weil die Massnahme bei der Kundschaft auf wenig Gegenliebe stiess, wurde sie per Fahrplanwechsel vom Dezember 2007 wieder rückgängig gemacht. Seither verkehrt die Linie 2 Montag bis Freitag ab Betriebsbeginn bis ungefähr 20.00 Uhr wieder bis Eglisee.

Die Zugänglichkeit des ÖV für Menschen mit einer Behinderung wird laufend weiter verbessert. Einerseits wurde im Berichtsjahr die Rollstuhlgängigkeit weiterer Haltestellen verbessert. Andererseits sind die neuen, von Menschen mit einer Behinderung besser bedienbaren Billetautomaten in Auslieferung. Weiter wurden neue Busse bestellt. Mit deren Ablieferung im Jahr 2008 werden in Kürze alle BVB-Busse (ausser Minibusse) sowohl mit einem Hand- oder Elektrorollstuhl begehbar sein. Dennoch wird es auch in Zukunft spezielle Fahrdienste für mobilitätsbehinderte Personen, die den ÖV nicht selbständig benutzen können, brauchen. Diese Leistungen werden durch die Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel (KBB) erbracht. Die an der KBB beteiligten Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wollen eine Strategie zur Optimierung dieses ergänzenden Angebotes ausarbeiten. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.

Per 31. Dezember 2007 waren bei der KBB 3'058 (2006: 2'991) Fahrgäste eingeschrieben. Effektiv genutzt wurde das Fahrangebot von 2'035 (1'929) Personen, wovon 1'259 (1'143) aus Basel-Stadt stammten. Insgesamt wurden 95'322 (95'986) Fahrten durchgeführt, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme von 0.7 % (Zunahme von 0.7%) entspricht. Davon wurden 53'561 (56'446) Fahrten von in Basel-Stadt wohnhaften Personen in Anspruch genommen. Insgesamt wurden 637'006 (599'075) Fahrgast-Kilometer zurückgelegt, davon 243'788 (216'084) km von Personen aus dem Kanton Basel-Stadt.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	=	23.7	24	23.4	1
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (CHF) je Pkm im BVB-Netz	<=	0.187	0.187	0.185	2
Hohe Qualität des Angebotes im Ortsverkehr	Indikator noch nicht definiert				100	3
Angebote der KBB entspricht den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Kundenbefragung	<=	81.9	78	80.6	

#### Kommentar

- 1 Vorläufige Schätzung aufgrund der Leistungsvereinbarung mit der BVB und dem Mitte 2007 erfolgten Angebotsausbau auf der Buslinie 50. Die Zahlen werden voraussichtlich bis Ende Mai vollständig und konsolidiert vorliegen.
- 2 Vorläufige Schätzung aufgrund provisorischer Angaben der BVB. Die Zahlen werden voraussichtlich bis Ende Mai vollständig und konsolidiert vorliegen.
- 3 Der Indikator wurde erstmals für das Jahr 2006 gemessen, daher liegt kein Soll-Wert 2007 vor. Er leitet sich aus insgesamt sieben Einzelindikatoren ab. Diese stammen aus Leitstellendaten und aus der ca. alle zwei Jahre durchgeführten TNW Kundenbefragung. Der Gesamtindikator 2006 wird - im Sinn einer Eichung - auf den Punktestand von 100 gesetzt. Die Ist-Werte 2007 wird die BVB voraussichtlich bis Ende 2008 vorlegen. Diese werden deshalb mit dem Globalbudget 2009 vorgelegt.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Übrige Kosten	48'202.4	48'318.9	47'704.8	-116.5	-0.2
Erlöse	-2'774.2	-3'250.0	-3'700.0	475.8	14.6
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>45'428.2</b>	<b>45'068.9</b>	<b>44'004.8</b>	<b>359.3</b>	<b>0.8</b>

#### Kommentar

- 1 Das Budget wurde im Bereich Tram und Bus um rund TCHF 300 überschritten, Grund dafür sind die seit dem 1. Januar 2007 geltenden höheren Strompreise der IWB (Fahrstrom Tram), die bei der Budgeteingabe noch nicht bekannt waren.



## Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

### Tätigkeiten und Projekte

Die neue S-Bahn-Haltestelle Riehen-Niederholz wurde im Berichtsjahr geplant und ist ab Frühjahr 2008 im Bau. Die Eröffnung ist für den Fahrplanwechsel vom Dezember 2008 geplant (vgl. Jahresbericht der Dienststelle Öffentlicher Verkehr).

Im Fahrplanjahr 2007 wurden auf der S3 Olten - Basel - Delémont - Porrentruy erstmals komplett die neuen Fahrzeuge des Typs „FLIRT“ eingesetzt (vgl. ÖV-Programm Seite 27, Kap. 5.2.2). Die damit verbundenen höheren Abschreibungs- und Kapitalkosten schlagen sich in Form von höheren Abgeltungen nieder. Dafür hat der Bund das Budget (Kantonsquote) auf Antrag der Nordwestschweizer Kantone erhöht.

Die Inbetriebnahme der neuen Haltestelle Basel Dreispitz wird eine Änderung des interkantonalen Verteilschlüssels auf der S3 Basel - Laufen - Delémont zur Folge haben. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Kantonen Basel-Landschaft und Jura sind über das Berichtsjahr hinaus im Gang. Aus diesem Grunde wurden die dafür budgetierten Mittel im Berichtsjahr noch nicht voll ausgeschöpft.

Seit Dezember 2006 verkehrt die S6 aus dem Wiesental bis Basel SBB (vgl. ÖV-Programm Seite 28, Kap. 5.2.4). In ihrem ersten Betriebsjahr wurde die neue Verbindung pro Tag von rund 2'500 Personen genutzt, das sind doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie prognostiziert. Der Kanton Basel-Stadt gilt zusammen mit dem Bund die ungedeckten Betriebskosten auf der Verbindungsbahn ab. Die Gemeinde Riehen leistet an den Kantonsanteil (von CHF 691'110) einen fixen Beitrag von CHF 280'000. Dieser entspricht den Einsparungen aus der Aufhebung der Verlängerung der BVB-Linie 2 zwischen Eglisee und Riehen Dorf.

Als Gegenleistung zur Verlängerung der S6 verkehrt die S4 aus Freiburg i.Br. werktags nur noch mit fünf Zugpaaren ab Badischem Bahnhof bis Basel SBB weiter

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahnlinien, die von BS mitfinanziert werden	=	325	325	278	
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (CHF) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	=		0.149	0.120	1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	=		95	94	2

#### Kommentar

- 1 Die Zahlen aus der Fahrgastzählung und die Einnahmeverteilung im TNW liegen für 2007 noch nicht vor. Die Transportunternehmungen haben diese jeweils erst bis Ende Mai vollständig ausgewertet, weshalb die Ist-Werte 2007 erst mit dem Globalbudget 2009 vorgelegt werden können.
- 2 Die Auswertungen zu den Qualitätsindikatoren der Regio-S-Bahn liegen im Frühjahr 2008 vor. Der Indikator wird deshalb mit dem Globalbudget 2009 vorgelegt.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Übrige Kosten	2'025.4	2'060.0	1'513.4	-34.6	-1.7
Erlöse	-459.9	-132.5	-122.6	-327.4	-247.1
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'565.5</b>	<b>1'927.5</b>	<b>1'390.8</b>	<b>-362.0</b>	<b>-18.8</b>

## **Produktgruppe Tarife und Verbände**

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmungen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus.

## **Tätigkeiten und Projekte**

Im Berichtsjahr wurden in Basel-Stadt rund ein halbes Prozent mehr U-Abos verkauft als im Vorjahr.

Seit 1. Januar 2006 bietet der Kanton Basel-Stadt den Einwohnerinnen und Einwohnern die Tageskarte „Gemeinde“ an. Diese Dienstleistung erfreut sich seither grosser Beliebtheit. Im Berichtsjahr hat das Kundenzentrum im Spiegelhof über 90% der verfügbaren Karten verkauft. Aufgrund der guten Verkaufszahlen wird das Angebot auch im Jahr 2008 weitergeführt und die Anzahl verfügbarer Karten von zehn auf zwölf erhöht.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2007	Soll 2007	Ist 2006	*
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe /in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatbasis	<=	845	848	841	

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
Übrige Kosten	20'147.1	20'092.0	20'075.6	55.1	0.3
Erlöse	-128.7	-68.0	-75.1	-60.7	-89.3
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>20'018.3</b>	<b>20'024.0</b>	<b>20'000.5</b>	<b>-5.7</b>	<b>0.0</b>

## 6.4 Übrige Dienststellen

### 6.4.1 Dienststellen im Ordentlichen Nettoaufwand

#### 409090 ZPD (Sozialstellenplan)

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	784.1	1'809.0	-721.6	-1'024.9	-56.7
31 Sachaufwand	33.6	18.0	16.9	15.6	86.6
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>817.7</b>	<b>1'827.0</b>	<b>-704.7</b>	<b>-1'009.3</b>	<b>-55.2</b>
43 Entgelte	-102.5	-27.0	-60.9	-75.5	-279.8
<b>4 Ertrag</b>	<b>-102.5</b>	<b>-27.0</b>	<b>-60.9</b>	<b>-75.5</b>	<b>-279.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>715.1</b>	<b>1'800.0</b>	<b>-765.6</b>	<b>-1'084.9</b>	<b>-60.3</b>

#### 410 Allgemeine Verwaltung

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	976'775.6	13'200.0	-2'395.3	963'575.6	...
31 Sachaufwand	17'153.1	8'670.0	9'501.0	8'483.1	97.8
32 Passivzinsen	5.5	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	828.1	840.0	825.9	-11.9	-1.4
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	227.5	0.0	209.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>994'989.9</b>	<b>22'710.0</b>	<b>8'140.6</b>	<b>972'279.9</b>	...
43 Entgelte	-25'498.1	-5'560.2	-35'376.9	-19'937.9	-358.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-7'454.2	-6'849.0	-7'474.3	-605.1	-8.8
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-1'015'358.3	0.0	0.0	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'048'310.6</b>	<b>-12'409.2</b>	<b>-42'851.1</b>	<b>-1'035'901.4</b>	...
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-53'320.7</b>	<b>10'300.8</b>	<b>-34'710.6</b>	<b>-63'621.5</b>	<b>-617.6</b>

#### Kommentar

- 1 Die Ausfinanzierung der Pensionskasse Staat führt zu einer Rückstellung von TCHF 1'014'923. Nach Zuweisung von TCHF 364'358 an die Rückstellung für die PK-Ausfinanzierung, nach Abzug des PK-Sonderbeitrages gemäss §53 des alten PKG von TCHF 62'000 und nach Abzug aller Überführungskosten im Bereich Staat (TCHF 14'000) verbleiben TCHF 41'677, die zum Jahresende aufgelöst werden können. Die im Budget zentral eingestellte Teuerung sowie die Anpassung der Kinder- und Unterhaltszulage (TCHF 9'200) wird in der Rechnung bei den Departementen und Dienststellen verbucht.
- 2 Erhöhung Rückstellung für die Ausfinanzierung des Bereiches Universität (TCHF 9'988). Kompetenzkonto des Regierungsrates (-TCHF 3'000). Die Ausgaben fallen aber an anderen Stellen an. Erhöhter Betrag für Porti und Pauschalfrankaturen (TCHF 564). Zuweisung zum Fonds Förderabgaben (TCHF 292).
- 3 Bildung Rückstellungen für Sonderausstellungen Museen (TCHF 228).
- 4 PK-Spezialfinanzierung: Vorschuss für die Ausfinanzierung (TCHF 1'014'923).

#### 410030 Verfassungsrat

	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	0.0	0.0	28.8	0.0	0.0
31 Sachaufwand	0.0	0.0	37.4	0.0	0.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>66.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
43 Entgelte	-0.1	0.0	-1.3	0.0	0.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>65.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>

**420050 Liegenschaften (Verw.V.) Eigennutzung**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
31 Sachaufwand	27'200.0	26'201.0	27'673.6	999.0	3.8 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>27'200.0</b>	<b>26'201.0</b>	<b>27'673.6</b>	<b>999.0</b>	<b>3.8</b>
43 Entgelte	-579.9	-810.6	-1'062.8	230.7	28.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	0.0	-0.5	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-579.9</b>	<b>-810.6</b>	<b>-1'063.4</b>	<b>230.7</b>	<b>28.5</b> <sup>2</sup>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>26'620.1</b>	<b>25'390.4</b>	<b>26'610.3</b>	<b>1'229.7</b>	<b>4.8</b>
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben	80'219.1	89'700.0	72'115.8	-9'480.9	-10.6
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen	-9'386.9	-13'500.0	-12'363.4	4'113.1	30.5
<b>Investitionen &gt; 300 TCHF, netto</b>	<b>70'832.2</b>	<b>76'200.0</b>	<b>59'752.4</b>	<b>-5'367.8</b>	<b>-7.0</b>

**Kommentar**

- Die Abweichung resultiert aus höheren Heizkosten (CHF 0.14 Mio.) und Unterhaltsaufwendungen (CHF 0.63 Mio.) bei den staatlich genutzten Immobilien sowie Einsparungen bei den durch den Eigentümer zu tragenden Nebenkosten.
- Bei den Beiträgen für Investitionen handelt es sich hauptsächlich um Investitionsausgaben welche der Universität Basel weiterverrechnet werden. Da die Ausgaben tiefer ausgefallen sind, verringern sich dementsprechend auch die Investitionsbeiträge.

**650 HPA/Baukostenbeiträge B. Dritter**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
43 Entgelte	0.0	0.0	-118.5	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-118.5</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-118.5</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

**Konsolidierung BS**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	-869.8	-450.0	-705.9	-419.8	-93.3
31 Sachaufwand	-36'278.0	-29'852.0	-33'172.0	-6'426.0	-21.5
32 Passivzinsen	-5'729.6	-6'741.3	-6'854.7	1'011.7	15.0
36 Eigene Beiträge	-4'050.8	-69'106.0	-4'000.0	65'055.2	94.1
39 Interne Verrechnungen	46'928.1	106'149.3	44'732.5	-59'221.2	-55.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>
42 Vermögenserträge	5'729.6	6'741.3	6'854.7	-1'011.7	-15.0
43 Entgelte	37'147.8	30'302.0	33'877.8	6'845.7	22.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	4'050.8	69'106.0	4'000.0	-65'055.2	-94.1
49 Interne Verrechnungen	-46'928.1	-106'149.3	-44'732.5	59'221.2	55.8
<b>4 Ertrag</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

**Dienststellen gemäss Kapitel 6 bis 8**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'616'105.4	1'629'413.9	1'626'508.1	986'691.5	60.6
31 Sachaufwand	573'061.1	533'764.1	524'506.5	39'297.0	7.4
32 Passivzinsen	3'984.0	3'956.3	4'555.7	27.7	0.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	12'011.3	11'207.4	9'294.2	803.9	7.2
36 Eigene Beiträge	1'186'831.6	1'276'883.3	1'169'417.2	-90'051.7	-7.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	64'569.4	29'061.0	33'687.0	35'508.4	122.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'456'562.8</b>	<b>3'484'286.0</b>	<b>3'367'968.6</b>	<b>972'276.8</b>	<b>27.9</b>
40 Steuern	-31'740.1	-31'620.0	-31'355.1	-120.1	-0.4
41 Regalien und Konzessionen	-25.7	-30.0	-25.2	4.3	14.2
42 Vermögenserträge	-54'177.5	-10'163.3	-21'223.4	-44'014.2	-433.1
43 Entgelte	-1'040'880.3	-978'142.0	-978'299.9	-62'738.3	-6.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-266'209.3	-329'887.4	-247'365.7	63'678.1	19.3
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-1'036'553.1	-15'153.9	-15'858.5	-1'021'399.1	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'429'586.1</b>	<b>-1'364'996.6</b>	<b>-1'294'127.8</b>	<b>-1'064'589.4</b>	<b>-78.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'026'976.8</b>	<b>2'119'289.4</b>	<b>2'073'840.8</b>	<b>-92'312.6</b>	<b>-4.4</b>

**Kanton Basel-Stadt**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'619'548.9	1'643'972.9	1'622'714.1	975'576.0	59.3
31 Sachaufwand	581'169.8	538'801.1	528'563.5	42'368.7	7.9
32 Passivzinsen	-1'740.0	-2'785.0	-2'299.0	1'045.0	37.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	12'011.3	11'207.4	9'294.2	803.9	7.2
36 Eigene Beiträge	1'183'608.9	1'208'617.3	1'166'243.1	-25'008.4	-2.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	64'796.9	29'061.0	33'896.0	35'735.9	123.0
39 Interne Verrechnungen	46'928.1	106'149.3	44'732.5	-59'221.2	-55.8
Eliminationen	9'853.2	10'826.7	11'507.5	-973.5	-9.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'516'177.1</b>	<b>3'545'850.7</b>	<b>3'414'651.8</b>	<b>970'326.4</b>	<b>27.4</b>
40 Steuern	-31'740.1	-31'620.0	-31'355.1	-120.1	-0.4
41 Regalien und Konzessionen	-25.7	-30.0	-25.2	4.3	14.2
42 Vermögenserträge	-48'447.9	-3'422.0	-14'368.7	-45'026.0	...
43 Entgelte	-1'029'913.0	-954'237.8	-981'042.4	-75'675.3	-7.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-269'612.6	-267'630.4	-250'840.5	-1'982.2	-0.7
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-1'036'988.1	-15'153.9	-15'858.5	-	...
				1'021'834.1	
49 Interne Verrechnungen	-46'928.1	-106'149.3	-44'732.5	59'221.2	55.8
Eliminationen	4.7	5.0	0.0	-0.3	-6.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'463'651.0</b>	<b>-1'378'238.4</b>	<b>-1'338'223.0</b>	<b>-</b>	<b>-78.8</b>
				1'085'412.6	
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>2'052'526.1</b>	<b>2'167'612.2</b>	<b>2'076'428.8</b>	<b>-115'086.2</b>	<b>-5.3</b>

## 6.4.2 Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag

### 403090 Finanzverwaltung (Allgemein)

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
30 Personalaufwand	0.0	0.0	0.6	0.0	...	
31 Sachaufwand	6'261.3	6'143.4	1'632.9	117.9	1.9	1
32 Passivzinsen	88'681.0	97'931.5	113'957.7	-9'250.5	-9.4	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'311.1	0.0	0.8	0.0	...	3
36 Eigene Beiträge	53.3	50.0	18.6	3.3	6.5	
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	33.6	60.0	57.7	-26.4	-44.1	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>96'340.3</b>	<b>104'184.9</b>	<b>115'668.2</b>	<b>-7'844.6</b>	<b>-7.5</b>	
40 Steuern	-2'336.9	-1'950.0	-2'163.8	-386.9	-19.8	
41 Regalien und Konzessionen	-27'555.2	-28'136.0	-27'874.8	580.8	2.1	4
42 Vermögenserträge	-145'573.0	-136'217.4	-148'266.6	-9'355.6	-6.9	5
43 Entgelte	-66.4	-60.0	-292.5	-6.4	-10.6	
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-15'081.0	-14'078.0	-13'960.8	-1'003.0	-7.1	6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-334.8	-200.0	-372.2	-134.8	-67.4	
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-53.3	-50.0	-18.6	-3.3	-6.5	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-191'000.5</b>	<b>-180'691.4</b>	<b>-192'949.3</b>	<b>-10'309.1</b>	<b>-5.7</b>	
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-94'660.2</b>	<b>-76'506.5</b>	<b>-77'281.1</b>	<b>-18'153.7</b>	<b>-23.7</b>	

#### Kommentar

- 5.5 Mio. weniger Aufwand für Geldaufnahmen, da die geplante Anleihe über CHF 250 Mio. dank guter Liquidität nicht getätigt werden musste. -0.3 Mio. weniger Wertschriftenaufwand als geplant. 5.9 Mio. Verlustübernahme aus Endabrechnung Euroville.
- Bei den Passivzinsen ist der Minderaufwand über CHF 9.250 Mio. wie folgt zu erklären: -16.6 Mio. weniger Zinsaufwand, infolge Verzicht auf Kapitalaufnahme. -2.9 Mio. Erfolg aus Verkauf von SWAP. 4.2 Mio. Mehraufwand infolge Zinsanstieg Liborsatz und Schliessung Receiver-SWAPs. 2.3 Mio. entgangenes Agio, infolge Verzicht auf Kapitalaufnahme. 3.8 Mio. Mehraufwand infolge Erhöhung des Zinsniveaus, wobei hier speziell die entsprechend höheren Zinsen an die IWB (CHF 0.7 Mio.) sowie an die Kant. AHV (CHF 1.2 Mio.) erwähnt werden können.
- 1.3 Mio. Mehraufwand, infolge Wertberichtigungen auf Wertschriften im Finanzvermögen.
- 0.6 Mio. weniger Ertrag, einerseits durch einen geringeren Nationalbankgewinn (CHF 0.52 Mio.) und andererseits durch weniger Einnahmen aus dem Salzregal (CHF 0.06 Mio.)
- Der Mehrertrag von rund CHF 9.4 Mio. setzt sich wie folgt zusammen: -15.9 Mio. mehr Zinseinnahmen, dank höherer Liquidität und steigenden Zinsen. -1.2 Mio. höhere Dividendeneinnahmen AG zum Storchen (CHF 0.36 Mio.) und ZWB AG (CHF 0.48 Mio.), sowie Verkauf PS BKB (CHF 0.35 Mio.). 0.4 Mio. weniger Zinsen aus BKB-Dotationskapital, infolge Tranchenrückzahlung. -4.3 Mio. höhere Gewinnablieferung der BKB (CHF 71.1 Mio. anstatt CHF 66.8 Mio.). 2.3 Mio. weniger Dividenden seitens Rheinsaline (CHF 1.8 Mio. anstatt CHF 4.1 Mio.). 1.4 Mio. weniger Kapitalzinsen von der IWB. 8.0 Mio. tiefere Gewinnablieferung der IWB.
- 1.0 Mio. Mehrertrag aus der Eidgenössischen Verrechnungssteuer

### 404090 Steuerverwaltung (Allgemein)

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
40 Steuern	-2'424'289.8	-2'165'000.0	-2'277'103.3	-259'289.8	-12.0
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-127'935.3	-118'700.0	-121'452.5	-9'235.3	-7.8
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'552'225.1</b>	<b>-2'283'700.0</b>	<b>-2'398'555.8</b>	<b>-268'525.1</b>	<b>-11.8</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-2'552'225.1</b>	<b>-2'283'700.0</b>	<b>-2'398'555.8</b>	<b>-268'525.1</b>	<b>-11.8</b>



**411 Dreispitzverwaltung**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
30 Personalaufwand	2'668.0	2'681.1	2'728.6	-13.1	-0.5	
31 Sachaufwand	11'729.1	10'460.9	9'825.9	1'268.2	12.1	1
32 Passivzinsen	1'227.4	1'320.0	1'447.9	-92.6	-7.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'900.8	2'371.3	3'109.4	-470.5	-19.8	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>17'525.3</b>	<b>16'833.3</b>	<b>17'111.8</b>	<b>692.0</b>	<b>4.1</b>	
42 Vermögenserträge	-13'743.3	-13'482.1	-13'651.2	-261.2	-1.9	
43 Entgelte	-4'792.3	-3'359.6	-3'460.6	-1'432.7	-42.6	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-18'535.7</b>	<b>-16'841.7</b>	<b>-17'111.8</b>	<b>-1'694.0</b>	<b>-10.1</b>	
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-1'010.4</b>	<b>-8.4</b>	<b>0.0</b>	<b>-1'002.0</b>	<b>...</b>	

**Kommentar**

- 1 Der ausser ordentliche hohe Gewinn hat auch eine entsprechend hohe Gewinnablieferung an die CMS zur folge.

**412 Parkhäuser Basel-Stadt (Fin.Verm.)**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%	
30 Personalaufwand	436.6	436.3	453.2	0.3	0.1	
31 Sachaufwand	4'886.1	5'372.3	6'337.4	-486.1	-9.0	1
32 Passivzinsen	947.2	1'552.0	942.7	-604.8	-39.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	275.4	152.0	1'075.8	123.4	81.2	2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6'545.3</b>	<b>7'512.5</b>	<b>8'809.1</b>	<b>-967.2</b>	<b>-12.9</b>	
42 Vermögenserträge	-1'415.3	-480.5	-507.7	-934.8	-194.6	3
43 Entgelte	-12'671.3	-13'048.1	-13'536.7	376.7	2.9	4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-14'086.7</b>	<b>-13'528.6</b>	<b>-14'044.4</b>	<b>-558.1</b>	<b>-4.1</b>	
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-7'541.4</b>	<b>-6'016.0</b>	<b>-5'235.2</b>	<b>-1'525.4</b>	<b>-25.4</b>	

**Kommentar**

- 1 Die positive Unterschreitung des Budgets um TCHF 486 ist Einsparungen beim Betrieb der Parkhäuser, insbesondere beim Unterhalt zu verdanken.
- 2 Die Budgetabweichung resultiert aus der Berichtigung des Marktwerts beim St.Jakob Parking (CHF 0.1 Mio.) und höheren Abschreibungen beim permanenten Parkleitsystem (CHF 0.02 Mio.).
- 3 Die positive Budgetüberschreitung resultiert überwiegend aus dem Bewertungsgewinn beim City Parking (TCHF -909) nach Abschluss der Sanierungsarbeiten
- 4 Die Mindereinnahmen von TCHF 377 stammen aus den tiefen Parkausfrequenzen und -auslastungen (Kurzparkierer) im ersten Halbjahr aufgrund von Bausstellen bei stadteinwärts führenden Hauptverkehrsachsen.

**415 Liegenschaften FV**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	546.6	720.1	847.2	-173.5	-24.1
31 Sachaufwand	23'363.8	26'539.9	17'580.0	-3'176.1	-12.0
32 Passivzinsen	0.7	0.0	0.0	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	51'502.3	300.0	21'725.3	51'202.3	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>75'413.3</b>	<b>27'560.0</b>	<b>40'152.5</b>	<b>47'853.4</b>	<b>173.6</b>
41 Regalien und Konzessionen	-2'234.0	-2'222.4	-2'290.4	-11.6	-0.5
42 Vermögenserträge	-62'145.1	-57'131.0	-60'430.4	-5'014.1	-8.8
43 Entgelte	-2'267.0	-178.0	-319.0	-2'089.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-66'646.2</b>	<b>-59'531.4</b>	<b>-63'039.8</b>	<b>-7'114.8</b>	<b>-12.0</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>8'767.2</b>	<b>-31'971.5</b>	<b>-22'887.3</b>	<b>40'738.6</b>	<b>127.4</b>

**Kommentar**

- 1 Die Budgetabweichung von CHF 51.3 Mio resultiert vollumfänglich aus den Marktbewertungen der Immobilien des Finanzvermögens. Einerseits wurde in Absprache mit der Finanzkontrolle ein Abschreiber von CHF 20 Mio. im Jahr 2006 zurückgestellt und im 2007 verbucht. Andererseits führte die erstmalige Bewertung der Grünflächen anhand der Vergleichswertmethode zu verlustwirksamen Abschreibungen im Ausmass von CHF 28.9 Mio. Zudem wurde auf den letztjährigen Bewertungen nochmals eine Wertberichtigung von CHF 2.4 Mio. vorgenommen. Gemäss den kantonalen Vorgaben werden nur die Abschreibungen vollumfänglich über die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwertungen, welche ein grösseres Ausmass aufweisen wie die Abschreibungen, werden direkt in die Bilanz eingebucht und sind in der Jahresrechnung nicht ersichtlich.
- 2 Die positive Abweichung von insgesamt leicht über CHF 5 Mio. setzt sich folgendermassen zusammen: Mit CHF 5.3 Mio. Bewertungsgewinn stammt die grösste Abweichungen von den Wiederbewertungen der 2006 erstmals nach der DCF-Methode bewerteten Immobilien. Weitere CHF 2.7 Mio. Mehreinnahmen stammen von den Baurechten und Liegenschaften aufgrund von Heimfällen, Abschlüssen neuer Baurechtsverträge und Anpassungen bestehender Verträge. Die Verkaufserlöse schliessen mit einem Gewinn von CHF 1 Mio. um CHF 3 Mio. unter Budget ab, weil im Berichtsjahr nur wenige Transaktionen statt gefunden haben.
- 3 Es handelt sich bei dieser positiven Budgetabweichung um periodenfremde Baurechtserträge von ca. CHF 2 Mio.

**420000 Liegenschaften (Verw.V.) Drittnutzung**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	32.8	49.5	74.2	-16.7	-33.8
31 Sachaufwand	4'890.0	5'597.6	5'347.2	-707.6	-12.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	24.5	60.0	61.3	-35.5	-59.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'947.2</b>	<b>5'707.0</b>	<b>5'482.7</b>	<b>-759.8</b>	<b>-13.3</b>
42 Vermögenserträge	-42'601.9	-39'744.0	-12'371.3	-2'857.9	-7.2
43 Entgelte	-1'444.4	-140.2	-2'237.4	-1'304.2	-930.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.1	0.0	0.0	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-44'046.2</b>	<b>-39'884.2</b>	<b>-14'608.7</b>	<b>-4'162.0</b>	<b>-10.4</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-39'099.0</b>	<b>-34'177.1</b>	<b>-9'126.1</b>	<b>-4'921.9</b>	<b>-14.4</b>

**Kommentar**

- 1 Die positive Abweichung von CHF 2.86 Mio. stammt vorwiegend von höher als budgetierten Einnahmen bei der Fachhochschule Nordwestschweiz, und der Universität, wo die Mietverträge zum Budgetzeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren.
- 2 Die positive Abweichung resultiert aus nachträglich erhaltenen Gutschriften für die Nebenkosten des Veloparkings am Bahnhof SBB und der Auflösung einer nicht mehr benötigten Rückstellung für Altlastensanierungen.

**Kanton Basel-Stadt**

in 1'000 Franken	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	3'683.9	3'886.9	4'103.9	-202.9	-5.2
31 Sachaufwand	51'130.3	54'114.0	40'723.3	-2'983.7	-5.5
32 Passivzinsen	90'856.3	100'803.5	116'348.3	-9'947.2	-9.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	55'014.0	2'883.3	25'972.6	52'130.7	...
36 Eigene Beiträge	53.3	50.0	18.6	3.3	6.5
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	33.6	60.0	57.7	-26.4	-44.1
Eliminationen	-4.7	-5.0	0.0	0.3	6.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>200'766.7</b>	<b>161'792.7</b>	<b>187'224.3</b>	<b>38'974.0</b>	<b>24.1</b>
40 Steuern	-2'426'626.7	-2'166'950.0	-2'279'267.1	-259'676.7	-12.0
41 Regalien und Konzessionen	-29'789.2	-30'358.4	-30'165.2	569.2	1.9
42 Vermögenserträge	-265'478.6	-247'055.0	-235'227.1	-18'423.7	-7.5
43 Entgelte	-21'241.5	-16'785.8	-19'846.2	-4'455.7	-26.5
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-143'016.3	-132'778.0	-135'413.3	-10'238.3	-7.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-334.7	-200.0	-372.2	-134.7	-67.4
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-53.3	-50.0	-18.6	-3.3	-6.5
Eliminationen	813.4	873.3	861.0	-59.9	-6.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'885'727.0</b>	<b>-2'593'303.9</b>	<b>-2'699'448.8</b>	<b>-292'423.1</b>	<b>-11.3</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-2'684'960.3</b>	<b>-2'431'511.2</b>	<b>-2'512'224.4</b>	<b>-253'449.1</b>	<b>-10.4</b>

## 7 Das Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	384
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	386
PARL-410	Ombudsstelle	388

## Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht im Kanton. Sie ist im Rahmen der Gesetzgebung fachlich unabhängig und selbständig.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit nach den im Finanzkontrollgesetz aufgeführten Grundsätzen sowie nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes aus. Ihre Aufgaben gehen wesentlich über jene der zivilrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Produktgruppen		Aufgaben-/Ressourcenfeld	
Finanzaufsicht 17.9.2003	gemäss Finanzkontrollgesetz	vom	8.8 Behörden

## Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle sind die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen und Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen informiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.3	16.3	16.1	16.6	

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	3'351.1	3'316.1	2'909.7	35.0	1.1
31 Sachaufwand	224.6	319.7	220.9	-95.1	-29.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'575.6</b>	<b>3'635.8</b>	<b>3'130.6</b>	<b>-60.1</b>	<b>-1.7</b>
42 Vermögenserträge	-1.8	-1.8	-1.8	0.0	1.3
43 Entgelte	-256.7	-189.2	-326.0	-67.5	-35.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-258.4</b>	<b>-191.0</b>	<b>-327.8</b>	<b>-67.4</b>	<b>-35.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'317.2</b>	<b>3'444.8</b>	<b>2'802.8</b>	<b>-127.6</b>	<b>-3.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz vom 17.9.2003	3'317.2	3'444.8		-127.6	-3.7

## Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Grosser Rat	8.8 Behörden
Parlamentsdienst	8.8 Behörden

## Tätigkeiten und Projekte

Die Anpassung der Prozesse und Strukturen an die neue Verfassung und die neue Geschäftsordnung des Grossen Rates, soweit diese nicht erst im Februar 2009 wirksam werden, sind erfolgt. Zusätzlich wurden folgende Projekte und Tätigkeiten in Angriff genommen, fortgesetzt oder abgeschlossen.

### Parlamentsdienst

**Öffentlichkeitsarbeit** Neben der Aktualisierung der Broschüre über den Grossen Rat und der Fortsetzung einer massvollen Medienarbeit wurde die Internetübertragung der Grossratsitzungen in Betrieb genommen. Die auf eine obere Benutzerzahl von 30 gleichzeitigen Usern ausgelegte Übertragungsbandbreite hat sich als angemessen erwiesen.

**Interregionale Kontakte** Im September 2007 fand auf Einladung der Grossratspräsidentin erstmals ein trinationales Treffen der Parlamente der drei Nachbarstädte Basel, Freiburg im Breisgau und Mulhouse statt. Im Zentrum der trinationalen Premiere stand die Überzeugung, dass der metropolitane Grossraum Basel-Mulhouse-Freiburg ökonomisch und kulturell noch grosses Entwicklungspotenzial hat.

**Umbau des Grossratssaals** Im Zusammenhang mit der Verkleinerung des Grossen Rates ab 2009 hat das Ratsbüro (als Vertreter der Nutzerinnen und Nutzer) zusammen mit Immobilien Basel-Stadt (Grundeigentümer) und dem Baudepartement die Planung des Umbaus des Grossratssaals im Sommer 2009 in Angriff genommen. Der Rat hat dazu den Grundsatzentscheid gefällt, dass bei einem Umbau die Integration einer elektronischen Abstimmungsanlage vorzusehen ist.

**Interessengemeinschaft Kantonsparlamente** Dreizehn der 26 schweizerischen Kantonsparlamente haben sich im Laufe des Jahres 2007 zur Interessengemeinschaft Kantonsparlamente (IG) zusammengeschlossen. Die IG bezweckt den Aufbau eines gemeinsam betriebenen Internetportals zur Dokumentation der unterschiedlichen Strukturen und Prozesse sowie der interkantonalen Beziehungen auf parlamentarischer Ebene (interkantonale Organe wie interparlamentarische GPK oder Begleitkommissionen zu Staatsvertragsprojekten). Der Kanton Basel-Stadt engagiert sich in diesem Projekt aktiv und hat für die Jahre 2007 und 2008 den Vorort der IG übernommen ([www.kantonsparlamente.ch](http://www.kantonsparlamente.ch)).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.2	7.2	7.1	5.75	
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	36	42	43	45	49 <sup>1</sup>
Kommissionssitzungen	Anz	390	446	487		
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	94	105	80	121	89
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	313	255	206	205	215

#### Kommentar

- 1 Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).
- 2 Für die Jahre 2004 und 2003 sind keine vergleichbaren Zahlen vorhanden.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'502.8	3'188.3	1'370.7	-685.5	-21.5
31 Sachaufwand	954.3	1'064.1	952.7	-109.8	-10.3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'457.1</b>	<b>4'252.4</b>	<b>2'323.4</b>	<b>-795.3</b>	<b>-18.7</b>
43 Entgelte	-12.5	0.0	-9.3	-12.5	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-12.5</b>	<b>0.0</b>	<b>-9.3</b>	<b>-12.5</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'444.6</b>	<b>4'252.4</b>	<b>2'314.1</b>	<b>-807.8</b>	<b>-19.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Grosser Rat	1'852.6	2'692.4		-839.8	-31.2
Parlamentdienst	1'592.0	1'560.0		32.0	2.1



## Ombudsstelle

PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen Ombudsstelle	8.8 Behörden

## Tätigkeiten und Projekte

Die Intensität der Arbeit auf der Ombudsstelle hat im Jahr 2007 noch zugenommen. Während immer wieder auftauchende Anliegen mit der Zeit dank erarbeiteter Erfahrung rasch und effizient bearbeitet werden können, führt die zunehmende Arbeitsbelastung auch zu Rückständen, vor allem beim Abschluss komplexerer Fälle.

### Dienstleistungen Ombudsstelle

Im 2007 war die Ombudsstelle erneut mit einem Zuwachs neuer Fälle von rund 10% konfrontiert. Insgesamt wurden 399 neue Fälle entgegengenommen. Zudem mussten noch 56 Fälle aus dem Vorjahr zu einem Abschluss gebracht werden. Die effektive Fallbearbeitung ist demnach um 25% angestiegen. Die hohe Arbeitsbelastung konnte nur durch die Mitarbeit von zwei, resp. teilweise drei Volontärinnen und Volontären gemeistert werden. Die statistischen Zahlen im Anschluss geben detaillierte Informationen zur Art unserer Interventionen, zum Abschluss der Dossiers und zu deren Verteilung auf die Departemente.

Die Zahl der Anliegen, die per Mail oder Korrespondenz an die Ombudsstelle herangetragen werden, nimmt zu. Meist handelt es sich dabei um einfache Anfragen von Betroffenen oder auch um Hinweise aus der Bevölkerung. In seltenen Fällen werden komplexe Anliegen in schriftlicher Form vorgelegt. In der Regel laden wir die Betroffenen zu einem Gespräch ein. Einfache Anfragen werden meist direkt in der Form erledigt, in welcher sie an die Ombudsstelle herangetragen worden sind.

**Vorgehen bei Beschwerden gegen die Polizei** Nachdem wir in unserem ersten Amtsjahr bezüglich Beschwerden gegenüber der Polizei noch keine klare Vorgehensweise festgelegt hatten, haben wir zu Beginn der Berichtsperiode mit der Polizeileitung Gespräche geführt, wie die Ombudsstelle bei Anliegen betreffend die Polizei vorgehen soll. Wir haben vereinbart, bei Sachverhaltsabklärungen jeweils direkt die involvierten Polizisten und Polizistinnen über das Kommando anzusprechen. Die Akten werden nach wie vor über den Beauftragten für das Beschwerdewesen des SiD angefordert. Dies um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Im Juni 2007 konnten wir eine Woche lang vor täglich wechselnden Korpsangehörigen am Aus- und Weiterbildungskurs AWK III/2007 der Kantonspolizei unsere Arbeit und unsere Funktionsweise vorstellen. Diese Möglichkeit diente nebst der Informationsvermittlung auch der Vertrauensbildung zwischen der Ombudsstelle und den Angehörigen des Polizeikorps.

Die Klärung des Sachverhaltes bei Auseinandersetzungen zwischen Betroffenen und der Polizei bleibt eine grosse Herausforderung. Insbesondere die Anwendung „angemessenen Zwangs“ unter dem Blickwinkel der Verhältnismässigkeit ist oft eine Frage der Optik. Betroffene haben zum Teil Mühe, die gesetzlich geregelten Zwangsinstrumente der Polizei zu akzeptieren oder deren Anwendung mindestens im Nachhinein nachvollziehen zu können. Wir erachten es unter anderem als unsere Aufgabe, die Perspektiven und Sichtweisen beider Parteien nachvollziehen zu können und diese entsprechend beiden Parteien darzulegen. Wir stellen fest: Ist einmal ein Anfang von Zwangsmassnahmen gemacht (z.B. Mitnahme auf den Polizeiposten, Fesselung beim Transport), kann dies eine ganze Reihe weiterer Zwangsmassnahmen zur Folge haben. Dies insbesondere dann, wenn sich

eine betroffene Person nicht kooperativ verhält. Wir stellen uns manchmal die Frage, ob Zwangsmassnahmen, die wohl vorgesehen sind, jedoch einen erheblichen Eingriff in die persönliche Integrität mit sich bringen, in jedem Fall verhältnismässig sind. Die Ombudsstelle führt entsprechend mit der Polizeileitung einen generellen Dialog über Fragen im Zusammenhang mit Zwangsmassnahmen (z.B. Leibesvisitation bei Jugendlichen, Anspruch auf ein Telefongespräch nach Festnahme von Jugendlichen, Fesselung beim Transport etc.). Anlässlich von regelmässigen Treffen wird gemeinsam überprüft, wie Feststellungen der Ombudsstelle aus Beschwerden im Polizeialltag umgesetzt werden können.

In der Auseinandersetzung um den Ruf nach einer „unabhängigen Beschwerdestelle Polizei“ stellt sich die Ombudsstelle auf den Standpunkt, das bisherige Angebot von Beschwerdewesen SiD (intern) und Ombudsstelle (extern, unabhängig) sollte den Anforderungen nach unabhängigen Beschwerdemöglichkeiten in Polizeifällen genügen. Unserer Meinung nach genügt das vorhandene Instrumentarium, um die anfallenden Anliegen mit der für eine unabhängige Beurteilung nötigen Distanz zu behandeln. Wir möchten vor allem eine offene Fehlerkultur bei der Polizei unterstützen. Für Vorwürfe strafbarer Handlungen durch Polizisten oder Polizistinnen ist ohnehin die Staatsanwaltschaft zuständig. Gemäss §99 Abs. 1 StPO (SGS 257.100) sind Organe der Kantonspolizei verpflichtet, diese Fälle selber zur Anzeige zu bringen.

**Generelle Beobachtungen im Berichtsjahr** Keine Frage, die Verwaltung als Dienstleistungsbetrieb für die Bevölkerung des Kantons und andere „Kunden“ funktioniert weitgehend sehr gut. Trotzdem, auch ein gut funktionierender Betrieb kann sich verbessern. Einzelfälle geben uns manchmal Hinweise auf generelle Probleme, die eine Mehrzahl von Personen betreffen. Als Beispiele erwähnen wir hier folgende Aspekte der Verwaltungstätigkeit:

- Fragen der Erteilung von Bewilligungen in verschiedenen Departementen;
- Personal- und lohnrechtliche Regelung von Kleinpensen in verschiedenen Departementen;
- bestimmte Aspekte des Abrechnungswesens bei der Sozialhilfe;
- der oben erwähnte Dialog mit der Polizeiführung.

Die Ombudsstelle ist auch immer wieder mit Anliegen konfrontiert, deren sachliche Behandlung korrekt erfolgt ist, die Betroffenen sich jedoch seitens der zuständigen Behörde nicht als „Kunde“ oder „Kundin“, sondern als „Gewaltunterworfenen“ behandelt fühlen. Aus unserer Sicht erhöht ein freundlicher und sachbezogener Umgang mit Betroffenen die Akzeptanz für negative Entscheide erheblich.

**„Whistleblowing“** Bei der Sachverhaltsabklärung von personalrechtlichen Fällen stossen wir ab und zu auf Missstände im Bereich des Arbeitsalltages der betroffenen Person. Direktes Ansprechen solcher Missstände kann dieser Person im Bereich ihres Arbeitsverhältnisses schaden. Bisher haben wir versucht, diese Problematik pragmatisch anzupacken und zum Beispiel bei der zuständigen Kontrollinstanz (Personalabteilung, Finanzkontrolle, Geschäftsprüfungskommission GPK etc.) eine generelle Überprüfung der bezeichneten Arbeitsbereiche anzuregen. Dabei bleibt immer eine erhebliche Unsicherheit hinsichtlich eines wirksamen Schutzes der „Whistleblowers“. Wir hoffen, der GPK im Laufe des Jahres 2008 Vorschläge präsentieren zu können, wie auf gesetzgeberischer Ebene mit diesem Aspekt unserer Arbeit umgegangen werden könnte.

**Kontakte zum Parlament, den Kommissionen und nach Aussen** Mit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) fand nicht nur ein Hearing zum Bericht der Ombudsstelle für 2006 statt. In einem weiteren Gespräch wurden zudem Abgrenzungsfragen erörtert. Als grundsätzlicher Konsens beschäftigt sich die Ombudsstelle mehr mit individuellen Aspekten bestimmter Anliegen. Die GPK hingegen befasst sich eher mit generellen Aspekten von Anliegen, die an sie herangetragen werden. Die GPK verweist Beschwerdeführer für bestimmte Aspekte ihrer Anliegen an die Ombudsstelle und umgekehrt.

Die Ombudsleute haben sich auch mit der Finanzkontrolle und der Finanzkommission getroffen. Mit dem für die personalrechtlichen Fragen der Verwaltungsreform zuständigen Team unter Regierungsrat Morin haben wir die Vorgehensweise bei möglicher Zunahme personalrechtlicher Fälle aufgrund der Verwaltungsreform besprochen.

Mit dem Bürgerbeauftragten von Rheinland-Pfalz, dem Europäischen Ombudsman in Strassburg und dem Médiateur de la République in Paris haben wir in grenzüberschreitenden Einzelfällen zusammengearbeitet.

Die zweijährliche Weiterbildung der Deutschsprachigen Ombudsleute aus der Schweiz, dem Vorarlberg sowie aus dem Land Tirol und dem Süd-Tirol hat sich im Oktober mit der Erfolgskontrolle der Ombudstätigkeit beschäftigt. Die Ombudsfrau hat zusammen mit einem Volontär einen Weiterbildungstag zur neuen Bundesrechtspflege an der Uni Basel besucht.

Die Ombudsstelle wurde vom Europarat angefragt, elf türkischen Menschenrechtskommissaren die Arbeit der Ombudsstelle Basel-Stadt vorzustellen. Diese Tagung hat am 15. November 2007 stattgefunden. Vor allem Aspekte der Unabhängigkeit, der Abgrenzung von Gerichten, des Wahlmodus sowie des Schweizerischen Föderalismus stiessen auf grossen Interessen.

Beatrice Inglin hat an den Sitzungen der Schweizerischen Vereinigung Parlamentarischer Ombudsleute im April und Dezember teilgenommen. Dieter von Blarer wurde in den Exekutivvorstand des Europäischen Ombudsman Institutes (EOI) als Schriftführer gewählt. Er hat an den Veranstaltungen des EOI in Mainz (Juni 2007) und Innsbruck (November 2007) teilgenommen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.6	3.0	3.0	2.8	2.8	1
Dossier	Anz	399	358	204	222	222	
Korrespondenzfälle	Anz	42	70	100	100	100	
Telefonische Auskünfte, Weiterverweisungen	Anz	267	216				2

#### Kommentar

- 1 Einrichtung einer zweiten Volontariatsstelle im Falle gleich hoher oder steigender Arbeitsbelastung.
- 2 Vergleichbare Zahlen sind nicht verfügbar.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	482.6	504.9	786.8	-22.3	-4.4
31 Sachaufwand	94.0	120.6	129.5	-26.6	-22.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>576.7</b>	<b>625.5</b>	<b>916.3</b>	<b>-48.9</b>	<b>-7.8</b>
43 Entgelte	-1.6	0.0	-2.0	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-2.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>575.0</b>	<b>625.5</b>	<b>914.2</b>	<b>-50.5</b>	<b>-8.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Dienstleistungen Ombudsstelle	575.0	625.5		-50.5	-8.1



## 8 Die Gerichte

### 161. Bericht des Appellations-Gerichts über die Justizverwaltung

GER-111	Appellationsgericht	394
GER-112	Gericht für Strafsachen	401
GER-115	Jugendstrafericht	407
GER-113	Zivilgericht	409
GER-114	Sozialversicherungsgericht	412

## Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht es seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

## Tätigkeiten und Projekte

Personelle Veränderung im Einzelgericht für Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht per 1. Juni 2007: Dr. Peter Bucher anstelle der zur Strafgerichtspräsidentin gewählten lic. iur. Eva Christ.

Das Projekt Organisation Gerichte Basel (OGEBA), das die Gerichte in den vergangenen Jahren stark beschäftigt hat, ist im Dezember 2007 formell abgeschlossen worden. Die hauptsächlichen Ziele einer Zentralisierung der Bereiche EDV und Rechnungswesen beim Appellationsgericht sind durch die Umsetzung entsprechender Massnahmen erreicht worden. Bereits die Rechnung 2007 belegt die Optimierungen im Kostenbereich, indem das EDV-Budget um rund 20% unterschritten worden ist.

Im Bereich der Justiz stehen in den nächsten Jahren tiefgreifende Veränderungen an. So werden die kantonalen Prozessordnungen sowohl im Zivil- als auch im Strafverfahren mit grösster Wahrscheinlichkeit per 1. Januar 2010 durch die entsprechenden eidgenössischen Prozessgesetze ersetzt. Ausserdem sind auf den gleichen Zeitpunkt gewisse Vorgaben des bereits am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Bundesgerichtsgesetzes umzusetzen. Diese Vereinheitlichung des Verfahrensrechts zwingt auch den Kanton Basel-Stadt zu Anpassungen und wird beim Appellationsgericht zu erheblichem Mehraufwand führen. Zur Zeit dieser Berichterstattung sind detaillierte Abklärungen im Gange, in welchen Bereichen welche neuen Aufgaben entstehen und welche zusätzlichen Arbeiten aufgrund der eidgenössischen Verfahrensvorschriften anfallen werden. In einem weiteren Schritt wird evaluiert werden müssen, welche zusätzlichen personellen und räumlichen Mittel zur Bewältigung dieser Arbeiten erforderlich sind. Sicher ist, dass auf allen Stufen, d.h. im Präsidium, beim Gerichtsschreiberdienst und im Kanzleibereich ein Ausbau unausweichlich sein wird, zumal die Kapazitäten bereits jetzt an ihren Grenzen angelangt sind und nicht zu tolerierende Verzögerungen drohen.

Auf der Stufe des Appellationsgerichts ist u.a. von Bedeutung, dass die Vorinstanz des Bundesgerichts grundsätzlich stets ein sog. „oberes Gericht“ sein muss. Dies wirkt sich vor allem in jenen Bereichen aus, in denen das Bundesrecht den Kantonen vorschreibt, dass eine einzige Instanz bestimmte Streitsachen zu beurteilen hat. In der Vergangenheit hat der Gesetzgeber im Kanton Basel-Stadt für solche Streitigkeiten im Zivilrecht in der Regel das Zivilgericht als zuständig erklärt, z.B. im Immaterialgüterrecht, was sich während Jahrzehnten bewährt hat. Wenn nun jedoch ein „oberes Gericht“ als unmittelbare Vorinstanz des Bundesgerichts fungieren muss, wird die Zuständigkeit in solchen Fällen in Zukunft wohl dem Appellationsgericht zufallen. Angesichts der dafür notwendigen Spezialkenntnisse werden in personeller Hinsicht neue Lösungen gefunden werden müssen. Analoges gilt im Bereich des Strafrechts für die bisher nach dem kantonalen Strafprozessrecht vor der Rekurskammer des Strafgerichts geführten Verfahren.

Von Bedeutung ist ferner die Einführung der sog. Rechtsweggarantie gemäss Art. 29a BV, die seit Anfang 2007 gilt. Aufgrund dieser Bestimmung, wonach grundsätzlich bei jeder Rechtsstreitigkeit ein Anspruch auf Beurteilung durch ein Gericht besteht, sind kantonale Vorschriften, womit Entscheide von Verwaltungsbehörden als endgültig bezeichnet werden, künftig in den allermeisten Fällen nicht mehr zulässig. Hier werden Anpassungen durch den Gesetzgeber erforderlich sein, wobei die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten ebenfalls im Gange sind.

Daneben gibt es diverse weitere Rechtsbereiche, welche die Zuständigkeit des Appellations- bzw. Verwaltungsgerichts tangieren. Zu erwähnen sind etwa die Bestimmungen in der neuen Kantonsverfassung über die gerichtliche Überprüfung der Gültigkeit von Volksinitiativen und generell über den Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit. Offen ist schliesslich auch noch die Regelung der kantonalen Steuergerichtsbarkeit.

Wie bereits in früheren Jahresberichten erwähnt, führen nicht nur der Ausbau des Rechtsschutzes durch Gesetzesrevisionen zu Mehraufwand bei der baselstädtischen Justiz, vielmehr trägt auch die Rechtsprechung des Bundesgerichts laufend dazu bei. Im Berichtsjahr hat erstmals eine strafrechtliche Verhandlung vor dem Appellationsgericht durchgeführt werden müssen, obschon der Verurteilte, welcher allein appelliert hatte, unentschuldigt nicht erschienen war. In solchen Fällen galt früher gemäss §182 Abs. 1 StPO die Appellation als durch Verzicht dahingefallen, so dass das erstinstanzliche Urteil jeweils rechtskräftig wurde. Dazu hat das Bundesgericht in Bezug auf ein Urteil des Obergerichts des Kantons Luzern, wo eine analoge Regelung gegolten hat, erklärt, es sei unverhältnismässig und verfassungswidrig, eine Berufung zufolge unentschuldigtem Ausbleibens des Angeklagten als „zurückgezogen“ abzuschreiben, wenn jedenfalls dessen Verteidiger zur zweitinstanzlichen Verhandlung antrete und bereit sei zu plädieren. Damit dürfte es in Zukunft nur noch selten zum Dahinfallen der Appellation wegen unentschuldigtem Ausbleibens vor Appellationsgericht kommen, nämlich in Bagatellfällen, in denen der Angeklagte nicht anwaltlich vertreten ist. Die aufwändigen Verfahren, in welchen meist eine unentgeltliche oder notwendige Verteidigung besteht, werden jedoch stets bis zum Ende durchzuführen sein. Das bedeutete im erwähnten Verfahren, in welchem der Angeklagte wegen des drohenden Vollzugs von zwei früheren Freiheitsstrafen ins Ausland geflüchtet war, dass eine ausserordentlich umfangreiche Anklage wegen betrügerischer Verwendung von Kundenkreditkarten hat beurteilt und dazu ein schriftlicher Entscheid von über 40 Seiten hat verfasst werden müssen.

Ebenfalls mit einigem Aufwand verbunden ist die schriftliche Beantwortung von Auskunftersuchen aus anderen Kantonen, dem Bund oder gar von ausländischen Stellen. Solche Anfragen werden sowohl zahlreicher als auch umfangreicher. Je mehr diese Tendenz anhält, desto mehr wird das Appellationsgericht davon abgehalten, seiner Kernaufgabe, nämlich der Rechtsprechung, innert jeweils möglichst kurzer Fristen nachzukommen.

Bereits im Jahresbericht 2006 ist auf die Änderung des Systems der strafrechtlichen Sanktionen infolge der Revision des allgemeinen Teils des schweizerischen Strafgesetzbuches per 1. Januar 2007 hingewiesen worden. Im Berichtsjahr ist diese Änderung in die Praxis umgesetzt worden. Dabei hat sich gezeigt, dass die neuen Bestimmungen in vielen Fällen zu einer mildereren Bestrafung führen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die kurzen Freiheitsstrafen grundsätzlich durch die Geldstrafe und zum Teil durch die Busse ersetzt worden sind. Ausserdem ist vermehrt der bedingte Strafvollzug zu gewähren, u.a. auch in Form teilbedingter Strafen, vor allem bei Freiheitsstrafen von einem bis zu drei Jahren. Schliesslich ist das neue Recht in einigen Fällen ausländischer Verurteilter auch deshalb milder, weil die Landesverweisung als Nebenstrafe abgeschafft worden ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass straffällige Ausländer künftig einfach in der Schweiz bleiben könnten; vielmehr liegt es nun ausschliesslich in der Kompetenz der Fremdenpolizeibehörde, im Anschluss an das Strafverfahren über eine allfällige Ausweisung oder Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung sowie die Verhängung einer Einreisesperre zu entscheiden. Damit ist die früher bestehende Doppelspurigkeit von Straf- und Administrativverfahren beseitigt worden. Im Übrigen kann hinsichtlich der Rechtsprechung zum revidierten Strafgesetzbuch auf den Jahresbericht des Strafgerichts verwiesen werden.

Im Berichtsjahr hat das Appellationsgericht einen Vertrag mit Swisslex, einer elektronischen Datenbank für juristische Informationen, über die Veröffentlichung seiner Rechtsprechung ab Mitte 2007 abgeschlossen. Das Appellationsgericht stellt demnach Swisslex geeignete Urteile zur Verfügung. Angesichts der erst wenige Monate laufenden Vereinbarung befindet sich die Sammlung der Basler Urteile gegenwärtig noch im Aufbau.

Im letzten Jahresbericht wurde das Vorhaben des Zentralen Personaldienstes erwähnt, die Löhne des kaufmännischen Personals der Gerichte im Hinblick auf die gesamtstaatliche Einführung standardisierter Stellenbeschreibungen zu überprüfen. Dies ist nun umgesetzt worden. Wie von den



Gerichten befürchtet, hat dabei eine praktisch flächendeckende Rückstufung der Funktionen stattgefunden. Die Auswirkungen sind bereits durch Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal spürbar, zumal bei der zur Zeit herrschenden günstigen konjunkturellen Lage. Sowohl die betroffenen Mitarbeitenden als auch deren jeweilige Vorgesetzte haben sich zur Erhebung von Einsprachen beim Regierungsrat veranlasst gesehen. Beanstandet haben die Angestellten dabei nebst den Entscheiden in der Sache auch das Vorgehen der Verwaltung, indem die tieferen Lohnneinrichtungen grösstenteils rückwirkend und ohne zureichende Begründung erfolgt seien. Diese Verfahren sind zur Zeit dieser Berichterstattung noch hängig.

Die Statistik des Appellationsgerichts zeigt, wie bereits in den vergangenen Jahren, für die verschiedenen Fallkategorien eine jeweils unterschiedliche Entwicklung. Zu vermerken ist, dass die tendenziell aufwändigen Appellationsverfahren in Zivilsachen sowie in Strafsachen zugenommen haben, was durch den Rückgang der Beschwerden und appellierten Verzeigungssachen, bei denen es sich um weniger umfangreiche und komplizierte Verfahren handelt, nicht kompensiert wird. Bei den Verwaltungsrekursen hat im Jahr 2006 die Erledigung der Rückstände durch die Steuerrekurskommission zu einer relativ grossen Zahl von Verfahrenseingängen beim Gericht geführt (vgl. 160. Jahresbericht). Dies hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäss wieder normalisiert, was einen Teil des Rückgangs in dieser Kategorie erklärt. Hinsichtlich der Verwaltungsgerichtsverfahren ist aber zu betonen, dass diese durch ihre zunehmende Kompliziertheit im Einzelfall einen grösseren Bearbeitungsaufwand erfordern. Dabei ist z.B. auf die Rekurse gegen die Bewilligung von Mobilfunkanlagen hinzuweisen. Auch wenn in diesem Bereich der Spielraum der kantonalen Behörden angesichts der Rechtsprechung des Bundesgerichts eher gering ist, müssen in diesem Zusammenhang doch immer wieder neue schwierige Rechtsfragen behandelt werden.

Im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden im Jahre 2007 (2006) insgesamt 248 (138) Entscheide getroffen, was einer Zunahme um 80 % entspricht und zu einer bedeutenden Mehrbelastung des Gerichts geführt hat. 145 (115) Mal wurde erstmalig angeordnete Ausschaffungshaft richterlich überprüft, wovon sich 6 (5) Fälle als unzulässig erwiesen. Weiter standen 69 (16) Verlängerungen der Ausschaffungshaft zur Beurteilung, wovon 5 (2) nicht bewilligt wurden. In 9 (2) Fällen wurde Vorbereitungshaft angeordnet. 5 (3) Haftentlassungsgesuche wurden abgewiesen, 2 (0) Gesuche wurden gutgeheissen. Von den 6 (2) erhobenen Rekursen gegen Ausgrenzungs- bzw. Eingrenzungsverfügungen wurden 5 (2) abgewiesen. In 5 von 6 Fällen wurde Durchsetzungshaft genehmigt; es fanden diesbezüglich 6 Verlängerungsverhandlungen statt. Gegen die Entscheide der Einzelrichter wurden insgesamt 22 (6) Verwaltungsgerichtsbeschwerden beim Bundesgericht erhoben, welches alle (6) abwies.

Von wesentlicher Bedeutung im Berichtsjahr war das Inkrafttreten der geänderten gesetzlichen Bestimmungen von Art. 13a ff. des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) auf den 1. Januar 2007. Eine wichtige Neuerung stellte die Anhebung der maximalen Haftdauer bei der Ausschaffungshaft nach Art. 13b ANAG von 9 auf 18 Monate dar. Darauf lässt sich ein Teil der Zunahme der Fallzahlen zurückführen. 10 Personen waren in Anwendung dieser Bestimmung länger als neun Monate inhaftiert. Es galt aber auch, erste Erfahrungen mit der Durchsetzungshaft gemäss Art. 13g ANAG zu sammeln, welche vor ihrer Einführung Anlass zu politischen Diskussionen gegeben hatte. Die Durchsetzungshaft bezweckt, den Inhaftierten zu einer Verhaltensänderung zu führen in Fällen, in denen ohne seine Mitwirkung ein Wegweisungsvollzug nicht möglich ist, weil entweder die notwendigen Reisedokumente nicht beschafft werden können oder aber eine zwangsweise Rückschaffung wegen fehlender Kooperation des Heimatstaates des Inhaftierten nicht gelingen kann. Es hat sich gezeigt, dass diese Haftart durch das Migrationsamt bisher mit der gebotenen Zurückhaltung angeordnet wurde. Die auffällige Zunahme der durch die Einzelrichter im Jahre 2007 zu beurteilenden Fälle lässt sich jedenfalls nicht mit der Einführung der Durchsetzungshaft begründen. Aufgrund der geringen Anzahl angeordneter Durchsetzungshaft hat sich noch keine eigentliche Praxis entwickelt. Immerhin haben die Einzelrichter darauf hingewiesen, dass auch in der Durchsetzungshaft das Beschleunigungsgebot gilt, wenn auch nicht in gleichem Masse wie bei der Ausschaffungshaft. Die zuständige Behörde kann den Ausländer nicht einfach während längerer Zeit im Gefängnis belassen, ohne sich um ihn zu bemühen, sondern hat vielmehr durch regelmässige Einvernahmen oder allenfalls das Aufzeigen konkreter Möglichkeiten, wie der Inhaftierte zur Klärung

seiner Identität beitragen könnte, im Hinblick auf eine Förderung der Wegweisung bzw. eine Verkürzung der Haft tätig zu sein. Welchen Erfolg die Durchsetzungshaft bringt, wird die Zukunft zeigen.

Im Folgenden sind die Statistiken des Appellationsgerichts in gekürzter Form angeführt. Für deren detaillierte Fassung sowie die Übersicht über die Rechtsprechung des Appellations- bzw. Verwaltungsgerichts wird auf die dem Bericht beiliegende CD verwiesen.

Die tabellarische Aufstellung über die zahlenmässige Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle in den letzten zehn Jahren präsentiert sich wie folgt:

### Tabelle Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle

	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Zivilsachen	65	42	53	39	45	47	36	47	50	59	74
Strafsachen	102	94	98	83	80	77	88	78	109	82	87
Verzeigungssachen	12	18	18	12	20	10	17	27	16	19	37
Verwaltungs-, Verfassungs-, Disziplinar- und Lohnrekurse	168	195	178	157	158	189	176	140	229	229	175 <sup>1</sup>
Beschwerden	123	152	150	124	136	132	149	123	157	127	114
Haftbeschwerden	19	21	27	32	34	22	15	24	19	20	37
Diverse Eingaben und Geschäfte	665	727	672	670	610	873	454	538	566	536	447
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	248	138	149	131	127	169	243	276	444	448	318
<b>Total</b>	<b>1'402</b>	<b>1'387</b>	<b>1'345</b>	<b>1'248</b>	<b>1'210</b>	<b>1'519</b>	<b>1'178</b>	<b>1'253</b>	<b>1'590</b>	<b>1'520</b>	<b>1'289</b>

### Kommentar

1 In den Jahren 1998 und 1999: inkl. Lohnrekurse nach den Überführungen gemäss Lohngesetz von 1995.

	Fälle 2007	Fälle 2006
Unerledigt wurden aus dem Vorjahr übernommen:	207	190
Im Berichtsjahr gingen ein:	1'402	1'387
<b>Total Fälle</b>	<b>1'609</b>	<b>1'577</b>

Ende Jahr waren hiervon zurückgezogen, zurückgewiesen, verglichen, gegenstandslos erklärt, dahingefallen,

nicht eingetreten oder sonstwie erledigt:	203	214
Unerledigt blieben am 31. Dezember:	232	211
<b>Erledigte Fälle</b>	<b>1'174</b>	<b>1'152</b>

Die erledigten Fälle verteilen sich auf:

Zivilsachen	29	33
Strafsachen	65	56
Verzeigungssachen	8	4
Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarrekurse	86	96
Beschwerden	58	80
Haftbeschwerden	15	18
Diverse Eingaben und Geschäfte	665	727
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	248	138

In den 29 (Jahr 2006: 33) Zivilsachen wurde das erstinstanzliche Urteil

bestätigt in	19	21
abgeändert in	10	12
Fällen		

	Fälle 2007	Fälle 2006
In den 65 (Jahr 2006: 56) Strafsachen wurden 69 (Jahr 2006: 64) Personen beurteilt.		
Es erfolgte:		
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils bei	28	28
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten der Beurteilten bei	26	21
resp. zuungunsten der Beurteilten bei	15	15
Fällen		
In den 8 (Jahr 2006: 4) Verzeigungssachen wurden 10 (Jahr 2006: 4) Personen beurteilt.		
Es erfolgte:		
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils bei	6	4
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten der Beurteilten bei	4	0
resp. zuungunsten der Beurteilten bei	0	0
Fällen		

Von den 86 (96) behandelten Rekursen wurden 20 (21) gutgeheissen und 66 (77) abgewiesen.

Von den 58 (80) behandelten Beschwerden gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 20 (28) gutgeheissen und 38 (52) abgewiesen.

Von den 15 (18) behandelten Haftbeschwerden wurden 0 (01) gutgeheissen und 15 (18) abgewiesen.

Siebenmal (5) tagte im Berichtsjahr die Präsidentenkonferenz, einmal (1) das Plenum zur Erledigung der in ihre Zuständigkeit fallenden Geschäfte.

Im Berichtsjahr fanden 203 (154) Sitzungen statt, wovon 49 (40) auf die drei Kammern, 37 (29) auf den Ausschuss und 117 (89) auf die Einzelrichterinnen und Einzelrichter entfielen. Einmal (1) tagte die Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte.

12 (24) Kandidatinnen und Kandidaten ist nach bestandener Prüfung das Anwaltspatent zur Ausübung der Advokatur im Kanton Basel-Stadt erteilt worden, 10 (10) Kandidatinnen und Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden.

In 51 (48) Fällen wurde die Substitution von Anwaltspraktikantinnen sowie -praktikanten registriert und 19 (32) Anwältinnen sowie Anwälte mit Geschäftsadresse in Basel-Stadt wurden in das hiesige Anwaltsregister aufgenommen. Es waren 8 (1) Gesuche von Anwältinnen und Anwälten aus dem EU-Raum um Eintragung unter der ursprünglichen Berufsbezeichnung und Anerkennung der Berechtigung zur ständigen Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden in der Schweiz zu behandeln. In 7 (6) Verfahren war über Fragen der Zulassung zur anwaltlichen Berufsausübung oder des Disziplinarrechts zu entscheiden.

**Bundesgericht**

	Beschwerde in Zivilsa- chen		Beschwerde in Strafsa- chen		Beschwerde in öffentl.- rechtl. Angele- genheiten		Verfassungsbeschwerde	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Am 1. Januar waren pendent	3	7	4	3	11	9	4	2
Im Berichtsjahr gingen ein	10	11	27	10	35	39	10	19
<b>Total</b>	<b>13</b>	<b>18</b>	<b>31</b>	<b>13</b>	<b>46</b>	<b>48</b>	<b>14</b>	<b>21</b>
Zurückgezogen, nicht eingetreten	4	4	7	2	6	10	7	4
gutgeheissen	1	5	2	2	0	1	0	0
abgewiesen	5	6	16	5	34	27	5	13
unerledigt blieben	3	3	6	4	6	10	2	4
<b>Total</b>	<b>13</b>	<b>18</b>	<b>31</b>	<b>13</b>	<b>46</b>	<b>48</b>	<b>14</b>	<b>21</b>

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.9	20.6	15.55	16.02	
Hängige Verfahren	Anz	1609	1577	1514	1439	1387
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	70480	40500	51000	36014	37595

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	4'684.0	3'933.0	3'583.5	750.9	19.1 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	694.0	780.4	416.8	-86.4	-11.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	70.5	110.0	40.5	-39.5	-35.9
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>5'448.4</b>	<b>4'823.4</b>	<b>4'040.8</b>	<b>625.0</b>	<b>13.0</b>
42 Vermögenserträge	-0.9	-0.7	-0.6	-0.2	-23.4
43 Entgelte	-707.4	-673.6	-775.6	-33.9	-5.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-708.3</b>	<b>-674.3</b>	<b>-776.2</b>	<b>-34.0</b>	<b>-5.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'740.1</b>	<b>4'149.1</b>	<b>3'264.6</b>	<b>591.0</b>	<b>14.2</b>

davon Produktgruppe(n):

Keine Daten

### Kommentar

- 1 Die Abweichung im Personalbereich ist zur Hälfte auf Einkäufe in die Pensionkasse begründet. Nebst einer stellenprozentmässigen Aufstockung im Präsidialbereich, wurden auch Einkäufe aufgrund einer ad personam Einreihung nötig, die nicht im Voraus budgetiert werden konnten. Die andere Hälfte resultiert aus Überschneidungen bei Stellenwechseln und temporär eingesetzten Gerichtsschreibern zur Überbrückung von Mutterschaftsurlaub, sowie den Abgrenzungen für die Ferien- und Überzeitsaldi.

## Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich sämtliche Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt begangen werden. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und andere eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze sowie die Strafprozessordnung des Kantons Basel-Stadt. Je nach Schwere und Art der Straftat kommt entweder das Verfahren auf öffentliche Klage (Anklagen der Staatsanwaltschaft; meist schwerere Delikte), das Verzeigungsverfahren (Verzeigungen der Staatsanwaltschaft oder anderer baselstädtischer Behörden; meist Übertretungen, rund 60% aus dem Strassenverkehrsbereich) oder das Privatklageverfahren (die geschädigte Person tritt selber als Anklägerin auf, insbesondere bei Ehrverletzungen, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbruch) zur Anwendung. Die Rekurskammer des Strafgerichts entscheidet über Rekurse gegen Verfahrenseinstellungen und Einspracheentscheide des Ersten Staatsanwaltes sowie über Entschädigungen wegen ungerechtfertigter Strafverfolgung, während der Haftrichter über die Anordnung bzw. Verlängerung der Untersuchungshaft zu befinden hat. Die Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb dieser verschiedenen Abteilungen des Strafgerichts.

## Tätigkeiten und Projekte

### Neuer allgemeiner Teil des Strafgesetzbuches

Am 1. Januar 2007 ist der neue allgemeine Teil des Strafgesetzbuches in Kraft getreten, und das Strafgericht konnte nun während eines Jahres erste Erfahrungen mit den sehr einschneidenden Gesetzesänderungen sammeln. Ziel der Revision war u.a. die Vermeidung von kurzen Freiheitsstrafen, die nach der Meinung der Mehrheit der in der eidgenössischen Expertenkommission vertretenen Fachleute keine positiven, sondern im Gegenteil gar negative Auswirkungen auf die Betroffenen haben soll. Es dürfen daher – ausser in ganz wenigen Spezialfällen – keine Freiheitsstrafen unter 6 Monaten mehr ausgefällt werden. Anstelle der früher bedingt oder unbedingt ausgesprochenen Gefängnisstrafen zwischen 3 Tagen und 6 Monaten tritt nun die sog. Geldstrafe. Neben der Geldstrafe gibt es weiterhin die Busse, die eine sog. Geldsummenstrafe darstellt.

Bei der Bemessung der Geldstrafe sind zwei Komponenten massgebend: Die Anzahl der Tagessätze richtet sich – wie bei einer Freiheitsstrafe – nach dem Verschulden des Täters, während für die Höhe des Tagessatzes seine finanziellen Verhältnisse massgebend sind. Die Geldstrafe kann wie die Freiheitsstrafe auch bedingt ausgesprochen werden, was bei Erstmaligen regelmässig der Fall ist.

Die neue Strafart der Geldstrafe mag für gewisse Täter und Deliktskategorien sinnvoll sein. Sie hat allerdings auch einige nicht zu unterschätzende Nachteile. So muss sich in Zukunft noch erweisen, ob eine bedingte Geldstrafe wirklich die gleiche präventive Wirkung auf den Beurteilten hat wie eine bedingte Gefängnisstrafe. Zudem ist der Vollzug einer unbedingten Geldstrafe mit einem sehr grossen administrativen Aufwand verbunden, da die Zahlungsmoral vieler Verurteilter äusserst schlecht ist. Sodann stehen dem Verurteilten bei Nichtbezahlung der Geldstrafe vom Rechtsvorschlag gegen den Zahlungsbefehl bis zum Rekurs gegen eine schlussendlich verfügte Ersatzfreiheitsstrafe zahlreiche Rechtswege offen, welche jeweils durch das Gericht geprüft werden müssen. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass sehr viele Straftäter über kein bis sehr wenig Geld verfügen, so dass die Geldstrafe für diese eine eher ungeeignete Strafform darstellt.

Eine weitere neue Strafform, die durch die Revision des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches geschaffen worden ist, ist die gemeinnützige Arbeit. Auf den ersten Blick mag diese Strafform bestechen; in Wirklichkeit ist sie aber ebenfalls mit einem grossen administrativen Aufwand verbunden, der in keinem Verhältnis steht zu den bisher gemachten, eher enttäuschenden Erfahrungen bei dieser Straffart.

Zu guter Letzt wurde bei den Übertretungen die Haftstrafe abgeschafft, d.h. es kann bei Übertretungen nur noch eine Busse ausgesprochen werden, was die Möglichkeiten des Gerichts erheblich einschränkt.

Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen müssen, ob die Abkehr von den kurzen Freiheits- und Haftstrafen mit dem neuen Fokus auf den Geldbeutel des Straftäters wirklich besser ist als das bis

Ende 2006 geltende Strafsystem. Gewisse Zweifel bleiben nach einem Jahr Erfahrung mit dem neuen allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches jedenfalls bestehen.

### Administratives

Die laufenden Geschäfte wurden im Berichtsjahr in einer Plenargerichtssitzung, sieben Präsidentenkonferenz, durch Zirkulationsbeschlüsse sowie durch den vorsitzenden Präsidenten und den Verwaltungschef erledigt.

Als Ersatz für den 9. April 2007 zurückgetretenen Strafgerichtspräsidenten Dr. Stefan Wehrle wurde in einer Volkswahl (lic. iur. Christian Hoenen gewählt), der sein Amt am 16. Juli 2007 angetreten hat. Im Weiteren wurden mit lic. iur. Eva Christ und Dr. Dorrit Schleiminger zwei zusätzliche ordentliche Präsidentinnen gewählt, die je ein 50%-Pensum absolvierten und als zusätzliche Kräfte zum Abtragen der enormen Geschäftslast des Strafgerichts beitragen werden; die beiden neuen Präsidentinnen sind seit anfangs Juni 2007 beim Strafgericht tätig. Schliesslich ernannte der Grosse Rat Dr. Jonas Weber per 1. Januar 2008 zu einem neuen Strafbefehlsrichter, der lic. iur. Doris Hengge, die auf Ende 2007 zurückgetreten ist, ersetzt.

### Statistiken

#### 1. Strafgericht (öffentliche Anklagen)

Fälle	2007	2006
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	411	381
Neu eingegangene Fälle	839	801
Total	1'250	1'182

Unerledigte Fälle per 31.12	555	397
Total erledigte Fälle	693	785

Personen	2007	2006
Zur Beurteilung gekommene Personen	845	1'003

	Anzahl Fälle		Sitzungs-Halbtage	
	2007	2006	2007	2006
Verhandlungen				
Einzelrichter/in	530	523		
Dreiergericht	122	185		
Kammer	31	27		
Total	683	735	788	775

#### 2. Privatklagen

Fälle	2007	2006
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	103	123
Neu eingegangene Fälle	356	438
Total	459	561
Unerledigte Fälle per 31.12.	99	118
Total erledigte Fälle	360	443

#### Sitzungshalbtage

Sitzungshalbtage	2007	2006
Gesamt	48	42

### 3. Verzeigungen (Strafbefehle und Einzelrichter in Verzeigungssachen)

Fälle	2007	2006
Unerledigte per Ende Vorjahr	1'215	923
Neu eingegangene Fälle	31'116	28'905
Total	32'331	29'828

Diese 32'331 Verzeigungen wurden wie folgt erledigt:

	2007	2006
1. Nicht-Haftfälle:		
Strafbefehle	25'967	28'214
155 (103) Sitzungen des Einzelrichters in Verzeigungssachen	1'210	664
2. Haftfälle:		
Strafbefehle	677	938
Sitzungen des Einzelrichters in Verzeigungssachen	25	6
3. Rückweisungen	0	6
Total	27'879	29'828

Unerledigte Fälle per 31.12.2007	4'452
----------------------------------	-------

### 4. Total ausgesprochene Sanktionen, Freisprüche

	2007	2006
Bedingte Freiheitsstrafen	117	2'290
Teilbedingte Freiheitsstrafen	20	0
Unbedingte Freiheitsstrafe	155	830
Bedingte Geldstrafen	2'766	0
Teilbedingte Geldstrafen	6	0
Unbedingte Geldstrafen	320	0
Nur Geldbussen	22'620	26'795
Bedingte gemeinnützige Arbeit	0	0
Teilbedingte gemeinnützige Arbeit	1	0
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	38	0
Umgangnahme von Strafe	35	31
Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe	3	3
Stationäre Massnahmen	13	11
Ambulante Massnahmen	6	10
Verwahrung	1	1
Freisprüche	81	217
Einstellungen	252	373



**5. Rekurskammer**

Fälle	2007	2006
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	43	62
Neu eingegangene Fälle	101	106
Total	144	168

Unerledigte Fälle per 31.12.	37	54
Total erledigte Fälle	107	114

Hievon wurden behandelt:	2007	2006
vom Präsidenten/ von der Präsidentin der Rekurskammer	55	56
von der Rekurskammer (als Gesamtbehörde)	52	58
Total	107	114

**6. Haftrichter**

Erstmalige Vorführung	2007	2006
Haftanordnung	217	269
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	37	27
Zoll Haftrichtersachen / Haftanordnung	1	0
Zoll Haftrichtersachen / Haftentlassung	1	0
Total	256	296

Verlängerungen	2007	2006
mit Verhandlung:		
Haftverlängerung	144	166
Haftentlassung	3	10
Zoll Haftrichtersachen / Haftverlängerung	0	0
Insgesamt mit Verhandlung	147	176

ohne Verhandlung:		
Haftverlängerung	54	43
Haftentlassung	1	5
Insgesamt ohne Verhandlung	55	48

Haftanordnungs- und Verlängerungsverhandlungen nach Überweisung der Akten ans Strafgericht	2007	2006
Haftanordnung	1	0
Haftverlängerung	26	30
Haftentlassung	1	3
Total	28	33

## 7. Wichtige Zahlen

	2007 CHF	2006 CHF
An Geldbussen wurden ausgesprochen:		
a) durch das Strafgericht	85'085.00	83'095.00
b) durch den/die Einzelrichter/in in Privatklagen	11'000.00	20'920.00
c) im Verzeigungsverfahren	4'945'740.75	5'166'209.25
Total	5'041'825.75	5'270'188.25

	2007 CHF	2006 CHF
An Geldstrafen wurden ausgesprochen:		
c) durch das Strafgericht	78'755.00	
d) durch den/die Einzelrichter/in in Privatklagsachen	3'410.00	0.00
c) im Verzeigungsverfahren	345'635.00	0.00
Total	427'800.00	0.00

	2007 CHF	2006 CHF
Ausgerichtet wurden:		
a) Unentgeltliche Verteidigungen / Opfervertretungen	150'844.25	1'120'622.20
b) Parteientschädigungen	312'090.75	168'736.05

	2007	2006
Eingeleitet wurden:		
a) Betreibungen	2'801	3'063
b) Bussenumwandlungsverfahren	8'869	7'346

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	56.6	52.0	54.91	53.84	
Total Fälle erledigt (Klagen, Verzeigungen, Rekurskammer)	Anz	28932	31170	37595	39657	30773
Halbtagesitzungen (ohne Haftrichter)	Anz	991	926	1052	1018	957
Betreibungen für Bussen, Verfahrenskosten, Urteilsgebühren	Anz	2801	3063	3208	2485	3002
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	3997122	3837689	3238625	1913974	1240418

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	12'507.7	9'491.7	9'517.2	3'016.1	31.8 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	2'929.3	2'491.0	2'040.1	438.3	17.6 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	3'997.1	3'060.0	3'837.7	937.1	30.6 <sup>3</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>19'434.2</b>	<b>15'042.7</b>	<b>15'395.0</b>	<b>4'391.5</b>	<b>29.2</b>
42 Vermögenserträge	-2.6	-8.3	-2.2	5.7	68.4
43 Entgelte	-8'532.2	-9'175.8	-7'907.5	643.6	7.0 <sup>4</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-8'534.8</b>	<b>-9'184.1</b>	<b>-7'909.6</b>	<b>649.3</b>	<b>7.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>10'899.4</b>	<b>5'858.6</b>	<b>7'485.4</b>	<b>5'040.8</b>	<b>86.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Keine Daten					

### Kommentar

- Die Differenz bei den Personalkosten gegenüber dem Budget ist einerseits auf die beiden neuen, zusätzlichen 50%-Präsidien zurückzuführen, die wir mangels Vorgabenerhöhung nicht budgetieren konnten. Im Weiteren mussten wir wegen des im Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannten vorzeitigen Rücktritts eines Präsidenten der Pensionskasse eine Nachzahlung von 1,273 Mio. leisten. Schliesslich hatten wir für die drei neuen Präsidien, die im Jahre 2007 ihr Amt angetreten haben (Nachfolge bisheriger Präsident und die beiden neuen 50%-Präsidien) der PK eine Einkaufssumme von 1,287 Mio. zu überweisen, was wir ebenfalls nicht budgetieren konnten.
- Die höheren Ausgaben gegenüber dem Budget beim Sachaufwand liegen einerseits an den Betriebsgebühren. Bisher wurde beim Konto 318200 lediglich die Ertragsminderung bei den Beitreibungsgebühren aufgeführt; neu durften nur die Ausgaben auf dieses Konto gebucht werden (TCHF 190,5), was im Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt war. Das Minus bei den Betriebsgebühren auf jenem Konto wird jedoch durch den ebenfalls erstmals gebuchten Ertrag von TCHF 204,3 auf dem Konto 431021 (Inkasso-/Bezugsgebühren) mehr als wieder wettgemacht. Im Weiteren hatte das Strafgericht im Jahr 2007 deutlich mehr Parteientschädigungen (für Anwaltskosten) als in den früheren Jahren auszurichten, was auf einige Freisprüche in grossen Verfahren zurückzuführen ist. Die Parteientschädigungen werden nie genau budgetiert werden können, da sie immer erheblichen Schwankungen ausgesetzt sein werden. Schliesslich mussten beim Sachaufwand auch Rückstellungen aus Ferien- und Überzeitguthaben per 31.12.2006 in der Höhe von TCHF 193,4 verbucht werden, was im Rechnungsjahr 2007 erstmals erfolgt ist.
- Dass die Abschreibungen Finanzvermögen höher als budgetiert ausgefallen sind, ist einerseits darin begründet, dass die Debitorenverluste gut TCHF 330 grösser waren als angenommen, wobei dies ein Posten ist, der jeweils nur sehr schwer budgetierbar ist. Zudem mussten hier erstmals die Abschreibungen für die in Haft, Arbeitsleistung oder gemeinnützige Arbeit umgewandelten Bussen in der Höhe von TCHF 552 in die Rechnung genommen werden.
- Die gegenüber dem Budget weniger erzielten Entgelte rühren vor allem daher, dass die Einnahmen aus Bussen und Urteilsgebühren um einiges geringer ausgefallen sind als angenommen. Die Höhe der Busseneinnahmen und der Einnahmen aus Urteilsgebühren wird immer schwanken, wobei die Differenz im Jahr 2007 u.a. auch darin begründet sein dürfte, dass mehr im Rechnungsjahr eingegangene Verzeigungen als üblich nicht mehr im gleichen Jahr erledigt werden konnten.

## Jugendstrafgericht

GER-115

Das Jugendgericht ist administrativ der Vormundschaftsbehörde angegliedert, aber organisatorisch selbständig. Das Jugendstrafgericht ist erste kantonale Gerichtsbehörde für Personen, die im Zeitpunkt der Begehung einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben und deren Beurteilung nicht in die Kompetenz der Jugendanwälte fällt. Es handelt sich um ein interdisziplinär zusammengesetztes Fachgericht, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Jurisprudenz, Medizin, Psychologie und Pädagogik. Zuständigkeit und Kompetenzen des Jugendstrafgerichts ergeben sich aus den Bestimmungen der Jugendstrafprozessordnung vom 15. November 2006 (JStPO). Das Jugendstrafgericht beurteilt Überweisungen der Jugendanwaltschaft, in denen Anträge auf Freiheitsentzüge von mehr als 30 Tagen und/oder Anträge auf stationäre oder ambulante Schutzmassnahmen (ausgenommen Anordnung einer Aufsicht gemäss Art. 12 des Jugendstrafgesetzes sowie eine damit verbundene ambulante Behandlung) gestellt werden. In seltenen Fällen wird gegen Entscheide der Jugendanwälte ein Rekurs erhoben. Diese Verfahren werden gemäss §50 Abs. 2 JStPO ebenfalls durch das Jugendstrafgericht beurteilt. Nachträgliche Verfügungen des Jugendstrafgerichts über den Vollzug sowie Aufhebungen von Schutzmassnahmen bzw. die bedingte Entlassung aus Freiheitsentzügen, die Feststellung der Bewährung oder Nichtbewährung von bedingt Entlassenen, erfolgen gemäss den Bestimmungen §§44 JStPO ff. Der Präsident des Jugendstrafgerichts ist unter anderem mittels Präsidialverfügungen zuständig für vorsorgliche Verfügungen. Die Organisation des Jugendstrafgerichts ist unter dem Begriff Jugendrat (Jugendstrafgericht und Jugendschutzkammer) in den §§6 ff des längst veralteten Gesetzes über die Vormundschaftsbehörde und den behördlichen Jugendschutz vom 13. April 1944 geregelt.

## Tätigkeiten und Projekte

### Jahresstatistik 2007

	2004	2005	2006	2007
Durch das Jugendstrafgericht beurteilte Personen / Sachentscheide	33	43	35	39
Präsidialentscheide	21	19	16	30
<b>Total</b>	<b>54</b>	<b>62</b>	<b>51</b>	<b>69</b>

Insgesamt fanden 35 Verhandlungen statt, wobei in einem Fall eineinhalb Tage, in einem anderen Fall bei drei Tätern drei Tage verhandelt wurde. In den 35 Verhandlungen wurde gegen sechs Personen ein Freiheitsentzug und gegen 13 Personen eine Schutzmassnahme (in sieben Fällen zusätzlich eine Strafe) ausgesprochen. In einem Fall wurde die Nichtbewährung einer bedingt ausgesprochenen Freiheitsstrafe festgestellt. In vier Fällen wurde eine Schutzmassnahme abgeändert und in acht Fällen eine solche definitiv aufgehoben. Zwei Verfahren wurden ausgestellt. In zwei Verhandlungen wurden Entscheide über eine Kosten- und eine Honorarrechnung gefällt. In einem Verfahren wurde festgestellt, dass der Rekurs durch eine nicht rekurslegitimierte Person erfolgte. Gegen diesen Entscheid erfolgte eine Beschwerde, welche vom Appellationsgericht gutgeheissen wurde. Ein Verfahren konnte eingestellt werden, weil der Rekurs in der Verhandlung gegen einen Entscheid der Jugendanwaltschaft zurückgezogen wurde. Ein Verfahren wegen Verdachts der mehrfachen sexuellen Nötigung endete nach einer umfassenden Beweisaufnahme mit einem Freispruch. Mit Präsidialentscheiden wurde in sechs Fällen eine vorsorgliche Einweisung, in weiteren sechs Fällen eine Sistierung der Einweisung bzw. eine besondere Behandlung angeordnet. In fünf Fällen konnte eine Bewährung nach bestandener Probezeit festgestellt werden.

Die Zahl der von der Jugendanwaltschaft überwiesenen Verfahren ist mit 28 Überweisungen wieder auf das Niveau von 2005 (28) und 2004 (30) gestiegen. Die letztjährigen 16 Überweisungen scheinen ein Ausreiser nach unten gewesen sein.

Die Umsetzung des neuen Jugendstrafgesetzes erwies sich in der Praxis als nicht allzu schwierig. Wirklich neu war für das Gericht die Anwendung des Dualismus, d.h. bei der Anordnung von Schutzmassnahmen ist neu auch eine Strafe auszusprechen bzw. in begründeten Fällen von einer Strafe abzusehen. Im ersten Jahr hat sich gezeigt, dass in der Praxis der Dualismus im Jugendstrafrecht bei stationären Unterbringungen nur eine beschränkte Bedeutung haben wird. Bei den 13

ausgesprochenen Schutzmassnahmen machte in sechs Fällen (es handelt sich jeweils um Unterbringungen gemäss Art. 15 Abs. 1 JStG) das Jugendstrafgericht von der Bestimmung des Art. 21 Abs. 1 lit. a JStG Gebrauch. Danach kann von einer zusätzlichen Bestrafung abgesehen werden, wenn die Bestrafung das Ziel einer früher angeordneten oder im laufenden Verfahren anzuordnenden Schutzmassnahme gefährden würde. In den übrigen sieben Fällen wurde jeweils eine Unterbringung mit einer bedingten (dreimal) bzw. einer unbedingten (zweimal) Freiheitsstrafe verbunden. In all diesen Fällen dürfte es, selbst wenn die stationäre Unterbringungen vorzeitig beendet würde, kaum zum Vollzug der Freiheitsstrafe kommen, da die mit der Unterbringung verbundene Freiheitsbeschränkung zwingend anzurechnen ist (Art. 32 Abs. 3 JStG). Zudem wurden bei zwei ambulanten Schutzmassnahmen (persönliche Betreuungen) bedingte Freiheitsstrafen angeordnet.

Man kann davon ausgehen, dass es bei allfälligen Vollzügen von Freiheitsstrafen zu Vollzugsproblemen kommen wird. Es ist zu hoffen, dass die eingeleiteten Planungsschritte des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene Arxhof und des Kantons Basel-Landschaft weiterhin positiv verlaufen werden und in wenigen Jahren Jugendliche aus der Nordwestschweiz eine unbedingte Freiheitsstrafe in einer geeigneten Einrichtung verbüssen können. Der Gesetzgeber gewährt den Kantonen in Art. 48 JStG eine Frist von 10 Jahren, um nach Inkrafttreten des Gesetzes die notwendigen Einrichtungen für den Vollzug der Unterbringung und des Freiheitsentzuges zu erstellen. Es ist sehr anzustreben, diese Frist nicht auszuschöpfen. 2007 musste ein Jugendlicher, bei dem die Freiheitsstrafe vollzogen werden musste, seine Strafe im Jugendgefängnis Horgen/ZH verbüssen.

Von den insgesamt 69 Entscheiden des Jugendstrafgerichts und des Präsidenten des Jugendstrafgerichts wurden zwei mit einer Beschwerde an das Appellationsgericht weitergezogen. In einem Fall wurde die Beschwerde gutgeheissen (siehe oben), im zweiten Fall zog der Beschwerdeführer die Beschwerde zurück.

Die Ende November/anfangs Dezember 2007 von der Jugendanwaltschaft überwiesenen drei Fälle konnten im Januar 2008 angesetzt und beurteilt werden, so dass keine Restanzen mehr aus dem Jahre 2007 bestehen. Ebenso sind die Jahre 2007 behandelten Fälle begründet und den Betroffenen zugestellt.

**Ausblick** Neben der Fallerledigung wird 2008 aber auch 2009 die Mitarbeit an neuen Gesetzen erheblich Zeit in Anspruch nehmen. Prioritär müssen die Arbeiten für ein kantonales Einführungsgesetz für die eidgenössische Jugendstrafprozessordnung an die Hand genommen werden. Noch liegt die definitive Fassung der eidgenössischen Jugendstrafprozessordnung nicht vor, immerhin kann gesagt werden, dass das bisher in Basel-Stadt bewährte Jugendanwaltschaftsmodell weitergeführt werden kann. Eine wesentliche Veränderung wird es im Vollzug der jugendstrafrechtlichen Schutzmassnahmen und Freiheitsstrafen geben. Die diesbezügliche Kompetenz wird aufgrund der zwingenden Vorschrift des Bundesrechts von der Vormundschaftsbehörde (Abteilung Kindes- und Jugendschutz) der Jugendanwaltschaft übertragen.

**Richterliche Behörde** Der Vormundschafts- und Fürsorgerat sowie die Jugendschutzkammer, die zusammen mit dem Jugendstrafgericht den Jugendrat bildet, tagt als richterliche Behörde der Vormundschaftsbehörde und entscheidet über Anträge und Obhutsentzüge von Unmündigen bzw. fürsorgliche Freiheitsentzüge von Erwachsenen. Der diesbezügliche Jahresbericht mit den damit verbundenen Kennzahlen, welche auch für das Jugendstrafgericht gelten, findet sich im Jahresbericht des Justizdepartements bei der Vormundschaftsbehörde.

## Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften, Kauf-, Miet- und Arbeitsverträge sowie das Recht der Handelsgesellschaften. Das Zivilgericht ist auch einzige Instanz zur Beurteilung von immaterialgüterrechtlichen Streitigkeiten (Patentrecht, Markenrecht usw.). Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz den Richter für zuständig erklärt.

Drei Zivilgerichtspräsidenten bilden die Aufsichtsbehörde über das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt sind dem Zivilgericht angegliedert. Das Betreibungs- und Konkursamt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erteilung mit.

## Tätigkeiten und Projekte

**Allgemein** Die Fallzahlen des Zivilgerichts blieben auch im Jahre 2007 konstant hoch. Gekennzeichnet wurde das Jahr 2007 speziell durch einen ausserordentlichen Anstieg an Verwaltungs- und Organisationsarbeit.

**Verwaltungsmassnahmen** Zur Erledigung der Führungsaufgaben wurden 13 ordentliche und mehrere ausserordentliche Präsidentenkonferenzen durchgeführt. Neben dem gestiegenen allgemeinen Verwaltungsaufwand stand die Präzisierung und Realisierung der Umorganisation der Kanzleien des Zivilgerichts im Zentrum. Die bisher fünf Prozesskanzleien wurden teils fusioniert und die Anzahl der Prozesskanzleien in der Folge auf drei Kanzleien reduziert. Jeder dieser drei Kanzleien steht ein Kanzleileiter vor. Die Fusion der Kanzleien hat zur Folge, dass jede einzelne Kanzlei ein grösseres Fachgebiet erfasst. Zusätzlich wurde die interne Organisation der Kanzleien (Arbeitseinteilung, Definition der Arbeitsplätze etc.) überarbeitet. Ziel dieser Überarbeitung ist es, dass alle in den Kanzleien beschäftigten Personen alle Arbeiten übernehmen und folglich flexibler eingesetzt werden können. Durch die anvisierte Standardisierung der Arbeitsabläufe in den drei Kanzleien soll künftig zudem auch die Einsatzmöglichkeit nicht nur innerhalb der Kanzleien, sondern auch zwischen den Kanzleien verbessert werden. Letztlich kann damit ein grösserer Effizienzgewinn erzielt werden.

Als Folge der Umorganisation der Gerichte Basel (OGEBÄ) wurde die Finanzabteilung/Kasse neu organisatorisch dem Appellationsgericht angegliedert.

Mit der personellen und funktionellen Reorganisation wurden zeitgleich umfangreiche Baumassnahmen umgesetzt. Die Kanzleien wurden neu einheitlich auf derselben Etage des Gerichtsgebäudes platziert, was die Übersichtlichkeit, aber auch die Zusammenarbeit unter den Kanzleien verbessern soll. Um die Reduktion und die damit einhergehende Vergrösserung der Kanzleien zu ermöglichen, wurden die Kanzleiräumlichkeiten neu umgebaut. Dies bedingte nicht nur den Umbau der Räumlichkeiten selbst, sondern auch den Neubau der Publikumschalter. Im Rahmen der baulichen Neugestaltung wurden auch zusätzliche Sicherheitsmassnahmen realisiert (Einbau von Sicherheitsglas etc.).

Im Zusammenhang mit der Einführung der zentralen Raumbewirtschaftung mussten alle Räume des gesamten Gerichtsgebäudes, des Betreibungs- und Konkursamtes, der Gant sowie des Erbschaftsamtes entsprechend den vorgegebenen Kriterien erfasst und bewertet werden.

Gleichzeitig zu den diversen Reorganisationen wurden im gesamten Gerichtsgebäude und im Gebäude des Erbschaftsamtes weitgehende Brandschutzmassnahmen getroffen.

Um die konstant hohe personelle Belastung des Zivilgerichts, insb. der Gerichtspräsidien, zu mindern, stellte das Zivilgericht beim Regierungsrat Antrag auf Erhöhung des Headcounts bei den Gerichtsschreiberinnen und den Gerichtsschreibern um 250 Stellenprozent. Nach längeren Verhandlungen bewilligte der Regierungsrat die Aufstockung des Headcounts im beantragten Umfang, jedoch nicht die Erhöhung des Personalkostenbudgets. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres 2007 konnte das Gericht die entsprechenden Gerichtsschreiberstellen öffentlich ausschreiben. Ende Jahr konnten fünf neue Gerichtsschreiberinnen resp. Gerichtsschreiber angestellt werden. Die Gerichtsschreiber wurden neu nicht mehr fix den Kammern zugeteilt, sondern sind in Teams unter der jeweiligen Leitung eines Präsidiumsmitglieds organisiert. Die neuen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sind teilweise vorläufig in bestehenden Sitzungsräumen des Zivilgerichts untergebracht. Da das Zivilgericht seine Raumreserven bereits gänzlich ausgeschöpft hat, wird die Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten zwingend sein.

Aufgrund des Platzmangels in den Aktenarchiven wurde ein Projekt zum Einscannen der Aktenarchive lanciert. Dieses Projekt konnte dann in das Gesamtvorhaben der Ablösung der elektronischen Fallverwaltung, welche unter Federführung des Appellationsgerichts steht, aufgenommen werden.

Die Zusammenarbeit der Präsidien mit den Richtern und Ersatzrichtern läuft reibungslos. Die Richterinnen und Richter sowie Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter wurden auf den Wenkenhof zu einem Essen eingeladen, welches traditionell einmal während der Amtsdauer durchgeführt wird.

Einige Unruhe unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verursachte die vom Regierungsrat generell verfügte Herabstufung aller Kanzleifunktionen. Zusätzlich hat der Regierungsrat auch die Funktion des Verwaltungschefs und Ersten Gerichtsschreibers herabgesetzt. Gegen beide Neueinreichungsentscheide des Regierungsrats haben das Zivilgericht resp. der Verwaltungschef als direkter Vorgesetzter Einsprache an den Regierungsrat resp. Verwaltungsrekurs an das Verwaltungsgericht erhoben. Die entsprechenden Verfahren sind noch hängig. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der Unabhängigkeit der Gerichte resp. der Justizverwaltung von der Exekutive, gerade auch im Lichte der neuen Kantonsverfassung.

**Rechtsprechung** Die Fallzahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Unverändert blieb deshalb auch die enorme Belastung der Mitglieder des Zivilgerichtspräsidiums. Diese wird nicht nur durch die Anzahl der Fälle, sondern auch durch die stetig zunehmende Komplexität der Fälle bestimmt. Ob die im Berichtsjahr vom Regierungsrat bewilligten und auf Anfang des Jahres 2008 angestellten neuen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber eine ausreichende Entlastung bringen werden, wird sich in naher Zukunft herausstellen. Möglicherweise wird diese Massnahme nur einen ersten Schritt darstellen und müssen weitere Schritte folgen zur Sicherung einer qualitativ guten und konstanten Rechtsprechung und zur Wahrung des in der Verfassung verankerten Beschleunigungsgebots.

Im Sinne eines Ausblicks wird auf die heute noch nicht in allen Einzelheiten absehbaren Konsequenzen der voraussichtlich im Jahr 2010 in Kraft tretenden Schweizerischen Zivilprozessordnung hingewiesen. Sie wird das Zivilprozessrecht aller Kantone vereinheitlichen. Bereits heute kann festgestellt werden, dass die im hiesigen Kanton heute herrschenden schlanken Strukturen und Abläufe nicht werden weiter bestehen können, sondern beträchtlich aufwändiger werden, z.B. durch vermehrt obligatorische Sühneverfahren und schriftliche Urteilsbegründungen. Ein weiterer Ausbau des Zivilgerichts in personeller und räumlicher Hinsicht erscheint daher als unausweichlich. Entsprechende Schritte zur Erhebung und Quantifizierung der erforderlichen Ressourcen sind bereits in die Wege geleitet.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Zivilgericht wieder zur Abgabe von Vernehmlassungen eingeladen worden. Das Zivilgericht sprach sich dabei unter anderem für die Aufhebung der in Art.111 ZGB festgelegten obligatorischen Bedenkfrist von zwei Monaten bei Scheidungen auf gemeinsames Begehren aus.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	139.5	136.4	134.2	134.7	135.3
Hängige Verfahren	Anz	5'500	5'400	5'448	5'431	5'792
Zahlungsbefehle	Anz	71'000	70'000	72'536	71'831	72'178
Konkurseröffnungen	Anz	450	380	355	406	419
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	600'000	659'000	660'725	600'725	786'668

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	18'153.6	18'679.2	18'329.8	-525.5	-2.8
31 Sachaufwand	6'787.6	5'560.5	5'643.7	1'227.1	22.1 <sup>1</sup>
32 Passivzinsen	2.1	10.0	3.3	-7.9	-78.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	474.3	660.0	485.3	-185.7	-28.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>25'417.6</b>	<b>24'909.6</b>	<b>24'462.1</b>	<b>508.0</b>	<b>2.0</b>
42 Vermögenserträge	-785.0	-314.4	-493.5	-470.6	-149.7
43 Entgelte	-21'161.4	-20'301.0	-21'153.0	-860.4	-4.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-21'946.4</b>	<b>-20'615.4</b>	<b>-21'646.5</b>	<b>-1'331.0</b>	<b>-6.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'471.2</b>	<b>4'294.2</b>	<b>2'815.6</b>	<b>-823.0</b>	<b>-19.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Keine Daten					
5 Ausgaben Investitionen	-0.7	0.0	290.0	-0.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>-0.7</b>	<b>0.0</b>	<b>290.0</b>	<b>-0.7</b>	<b>...</b>

### Kommentar

1 Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von CHF 1'436 enthalten.



## Sozialversicherungsgericht

GER-114

Im Berichtsjahr 2007 gingen 119 Fälle mehr ein als im letzten Jahr. Allein im IV-Bereich sind 183 Fälle (+ 65%) mehr als 2006 eingegangen. In den andern Bereichen sind folglich 64 Beschwerden weniger eingegangen als im Vorjahr. Vor allem erwähnenswert ist der Rückgang der ALV-Beschwerden: 2007: 37; 2006: 80; 1994-1999: jährlich im Durchschnitt über 600 neue Fälle.

Das Ziel der IVG-Verfahrensrevision, die am 1. Juli 2006 in Kraft trat (vgl. Jahresbericht 2006), ist damit zweifellos nicht erreicht worden. Das Vorbescheidverfahren erhöht die Akzeptanz der IV-Entscheide nicht; die Möglichkeit der Auferlegung von Kosten im Beschwerdeverfahren hält niemanden von der Beschwerdeerhebung ab. Von den 338 erledigten IV-Beschwerden (+ 99) wurden 43%, nämlich 146 Fälle, gutgeheissen. Sehr zu denken gibt die Tatsache, dass von diesen 146 Fällen deren 55, d.h. über 35%, zur besseren Abklärung an die IV-Stelle Basel-Stadt zurückgewiesen werden mussten.

Die Gerichtsschreiberstellen konnten auf 570 Stellenprocente erhöht werden. Das Ansteigen der Zahl penderer Fälle zeigt, dass auch diese Stellenzahl nicht genügt.

Die administrativen Belange wurden an sieben Präsidentenkonferenzen besprochen.

Per 31. Dezember 2006 ist lic.iur. D. Albiets als Ersatzrichter zurückgetreten; für ihn hat ab Januar 2007 Frau lic.iur. S. Fedeli das Amt einer Ersatzrichterin angetreten.

Am 16. November 2007 fand in Schaffhausen eine Konferenz der kantonalen Sozialversicherungsgerichte statt, an der das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt durch eine Delegation vertreten war. Auffällig war, wie praktisch alle kantonalen Gerichte mit denselben Problemen im Bereich der IV-Beschwerden konfrontiert sind.

## Tätigkeiten und Projekte

**Finanzen** Im Berichtsjahr wurden Gebühren im Gesamtbetrag von CHF 177'406.40 (Berichtsperiode 2006: CHF 8'086) gesprochen.

Die Steigerung des Gebührenertrages erklärt sich durch die Einführung der Kostenpflicht im Bereich der IV für die ab 1. Juli 2006 anhängig gemachten Beschwerden. Gemäss Artikel 69 des Invalidenversicherungsgesetzes werden die Kosten nach dem Verfahrensaufwand und unabhängig vom Streitwert im Rahmen von CHF 200 bis CHF 1'000 festgelegt.

Im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege gelangten in der Berichtsperiode Honorare von total CHF 191'825.10 (Berichtsperiode 2006: CHF 185'031.55) zur Auszahlung.

### Erledigungsstatistik über die Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007

	Pendent per 1.1.2007	Eingänge ab 1.1. - 31.12.2007	Total hängig	Total Erledigungen 1.1. - 31.12.2007	Total Pendenzen per 31.12.2007
AHV	6	8	14	9	5
AL	28	37	65	42	23
BV	26	32	58	27	31
EL	4	11	15	6	9
EO	0	1	1	1	0
FZ	0	3	3	3	0
IV	145	462	607	338	269
KV	14	28	42	28	14
SG	2	0	2	2	0
UV	67	73	140	78	62
D	0	1	1	0	1
<b>Total</b>	<b>292</b>	<b>656</b>	<b>948</b>	<b>534</b>	<b>414</b>

#### Kommentar

1 Fälle, die bei Eingang keinem Rechtsgebiet zugeordnet werden konnten

### Erledigungsstatistik über die Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 Details Erledigungsarten

Gremium	Entscheidart	AH	AL	BV	EL	EO	FZ	IV	KV	SG	UV	Total
Kammer	Gutheissen	0	5	6	0	0	0	51	2	0	8	72
Kammer	Teilweise Gutheissung	0	2	1	1	0	0	14	1	0	3	22
Kammer	Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	2	2	1	1	0	0	45	0	0	10	61
Kammer	Abweisung	5	14	5	3	0	0	124	7	0	48	206
Kammer	Nichteintreten	0	1	0	0	0	1	4	0	1	1	8
Einzelrichter/-in	Gutheissung	0	1	4	0	0	0	26	2	0	1	34
Einzelrichter/-in	Teilweise Gutheissung	0	2	1	0	0	0	0	4	0	0	7
Einzelrichter/-in	Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	0	0	0	0	0	0	10	0	0	2	12
Einzelrichter/-in	Abweisung	0	8	0	1	0	0	6	6	0	1	22
Einzelrichter/-in	Abschreibung zufolge Vergleichs vor Kammer oder Einzelrichter/-in	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	3
Einzelrichter/-in	Nichteintreten	1	1	2	0	0	2	27	3	0	2	38
Einzelrichter/-in	Abschreibung (zufolge Rückzug oder Aufhebung des vorinstanzlichen Entscheidens)	1	5	7	0	1	0	29	2	1	2	48
Einzelrichter/-in	Sonstige Erledigungen	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
<b>Total</b>		<b>9</b>	<b>42</b>	<b>27</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>338</b>	<b>28</b>	<b>2</b>	<b>78</b>	<b>534</b>

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.5	9.1	9.5	8.75	
Hängige Verfahren	Anz	948	843	765	720	861
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	53039	0	4075	0	11832

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2007	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung R07/B07	%
30 Personalaufwand	2'217.0	2'109.4	1'987.7	107.7	5.1 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	559.3	545.3	580.8	14.1	2.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	53.0	66.0	0.0	-13.0	-19.6
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>2'829.4</b>	<b>2'720.6</b>	<b>2'568.5</b>	<b>108.8</b>	<b>4.0</b>
42 Vermögenserträge	-0.2	-0.1	0.0	-0.1	-293.0
43 Entgelte	-184.1	-145.7	-25.1	-38.4	-26.4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-184.3</b>	<b>-145.8</b>	<b>-25.1</b>	<b>-38.6</b>	<b>-26.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'645.1</b>	<b>2'574.9</b>	<b>2'543.4</b>	<b>70.2</b>	<b>2.7</b>

davon Produktgruppe(n):

Keine Daten

### Kommentar

- 1 Erstmals für das Rechnungsjahr 2007 wurden der Rechnung Rückstellungen aus Ferien- und Überzeitguthaben belastet, und zwar total TCHF 104.8. Ein Anteil davon über TCHF 77.5 wurde dem Personalaufwand zugeordneten Konto 301700 „Überstundenabgrenzung“ zugewiesen; ohne diesen Vorgang hätte der Personalaufwand das Budget um nicht begründungsbedürftige TCHF 30.2 überschritten. Es handelt sich hierbei um nicht genau prognostizierbare Grössen. Sachlich erklären sie sich durch den das Gericht enorm belastenden Arbeitsaufwand, der zu positiven Gleitzeitsaldi sowie zum Nichtbezug von Ferien führt.

## 9 Die Funktionale Gliederung

## 9.1 Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung

Die in diesem Kapitel veröffentlichte Funktionale Gliederung ist nach Eidgenössischen Richtlinien dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Einnahmepositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und bietet damit eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Sicht der institutionellen Gliederung nach Departementen und Dienststellen. Dadurch ist die *Vergleichbarkeit* mit den vorangehenden Ausführungen in Kapitel 2.2 - Inhaltliche Akzente und Finanzen der Gesamtdarstellungen und Kapitel 3 – Die Laufende Rechnung – *nicht durchwegs gegeben*.

Im Folgenden wird die Funktionale Gliederung in aggregierter Form auf der Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt und kommentiert. Eine Detailansicht befindet sich im Anhang zum Jahresbericht in der dort beiliegenden CD. Dort werden Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung sowie Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung auf allen Ebenen der dreistufigen Funktionalen Gliederung aufgeführt und mit der Rechnung 2006 verglichen.

## 9.2 Ergebnis Rechnung 2007

Die folgende Tabelle zeigt das Ergebnis der Laufenden Rechnung 2007 für die 10 Hauptfunktionen sowie die Gegenüberstellung zu den Ergebnissen der Rechnung 2006.

in Mio. Franken	Rechnung 2007			Rechnung 2006			Abw. Saldo LR	
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Aufwand	Ertrag	Saldo LR		%
0 Allgemeine Verwaltung	1'232.0	1'122.4	-109.6	217.3	92.7	-124.6	-15.0	12.0
1 Öffentliche Sicherheit	346.5	134.2	-212.3	339.9	128.2	-211.7	0.6	-0.3
2 Bildung	860.1	171.8	-688.4	809.8	138.8	-671.0	17.3	-2.6
3 Kultur und Freizeit	179.1	30.0	-149.1	173.8	25.5	-148.2	0.9	-0.6
4 Gesundheit	943.1	602.0	-341.1	930.0	588.6	-341.4	-0.3	0.1
5 Soziale Wohlfahrt	784.2	159.3	-625.0	804.7	151.6	-653.1	-28.1	4.3
6 Verkehr	203.8	57.6	-146.2	227.1	57.1	-170.0	-23.8	14.0
7 Umwelt und Raumordnung	156.7	133.4	-23.3	130.7	108.7	-22.0	1.3	-6.1
8 Volkswirtschaft	44.8	38.8	-6.0	39.8	32.8	-7.0	-0.9	13.6
9 Finanzen und Steuern	178.0	2'857.5	2'679.5	164.3	2'700.4	2'536.2	-143.4	-5.7
<b>Summe</b>	<b>4'928.4</b>	<b>5'307.0</b>	<b>378.6</b>	<b>3'837.3</b>	<b>4'024.5</b>	<b>187.2</b>	<b>-191.4</b>	<b>-102.3</b>

Nachfolgend werden die einzelnen Funktionen beschrieben und die wichtigsten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr kommentiert.

### 0 Allgemeine Verwaltung

Der Saldo der Laufenden Rechnung verbessert sich gegenüber der Rechnung 2006 um CHF 15.0 Mio. Die grösste positive Abweichung von CHF 41.7 Mio. ergibt sich aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen für die Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke. Ein Aufwertungsgewinn von CHF 15.6 Mio. aus der Neubewertung bei den Kleininvestitionen trägt ebenfalls zur Verbesserung des Saldos bei. Im Vorjahr konnten auf dieser Funktion CHF 29.2 Mio. an Erträgen verbucht werden. Es handelt sich dabei um die Erträge aus der Auflösung von nicht mehr benötigten PK-Deckungslücken der Uni (CHF 24.0 Mio.) sowie der BVB (CHF 5.2 Mio.). Der Personalaufwand dagegen verschlechtert den Saldo der Laufenden Rechnung um CHF 5.9 Mio. Während im Vorjahr die zentral eingestellte Rückstellung für die Kosten aus den A+L-Massnahmen um CHF 1.3 Mio. reduziert werden konnte, musste diese im laufenden Jahr aufgrund neuester Schätzungen wieder um CHF 1.0 Mio. erhöht werden. Um 2.9 Mio. höher fielen aber auch die Kosten für die PK-Einkäufe aus. Eine weitere Verschlechterung in dieser Funktion ergibt sich aus der Schliessung von PK-Deckungslücken

diverser Institutionen. Während im Vorjahr für die Fachhochschule Nordwestschweiz noch ein Betrag von CHF 3.8 Mio. eingestellt werden musste, beläuft sich im laufenden Jahr die Schliessung der PK-Deckungslücke Uni auf CHF 10.0 Mio. Die übrigen negativen Abweichungen von rund CHF 6.0 Mio. im Bereich der Allgemeinen Verwaltung ergeben sich aus den verschiedensten Veränderungen zum Vorjahr, vorallem aber auch aus den Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben.

### **1 Öffentliche Sicherheit**

Die Funktion Öffentliche Sicherheit zeigt eine Zunahme von CHF 0.6 Mio. Die beiden grösseren Abweichungen ergeben sich vorallem aus Mehraufwendungen bei den Gerichten (CHF 5.6 Mio.) beim Personalaufwand durch eine stellenprozentige Aufstockung im Präsidialbereich, den Einkaufskosten in die Pensionskasse sowie den Rückstellungen von Ferien- und Überzeitguthaben. Im Gegensatz dazu vermindert sich der Saldo der Laufenden Rechnung um die Mehreinnahmen bei den Bussen der Kantonspolizei (4.3 Mio.).

### **2 Bildung**

Die Funktion Bildung weist eine Verschlechterung des Saldos Laufende Rechnung in der Höhe von CHF 17.3 Mio. aus. Die nachträgliche Inkraftsetzung des Universitätsvertrages und die damit einhergehende Neuordnung der Finanzströme macheneinen Vorjahresvergleich nur mehr äusserst schwer möglich. Mit total CHF 125.5 Mio. liegt der Globalbeitrag an die Universität (ohne verschiedene PK-Kosten) um CHF 48.1 Mio. über dem Vorjahreswert. Dem stehen aber Mehrerträge aus den Universitäts-Abgeltungen für Lehre und Forschung bei den Spitälern gegenüber.

### **3 Kultur und Freizeit**

Im Bereich Kultur und Freizeit ergibt sich ein Anstieg des Saldos der Laufenden Rechnung gegenüber dem Vorjahr um insgesamt CHF 0.9 Mio. Bei dieser Funktion sind bei keinem der Departemente grössere Saldo-Abweichungen zu verzeichnen.

### **4 Gesundheit**

In diesem Funktionalen Bereich ergibtder Vergleich mit der Vorjahresrechnungeine Verbesserung des Saldos der Laufenden Rechnung von CHF 0.3 Mio. Mit CHF 552.6 Mio. liegen die Spital- und Heimtaxen um CHF 17.1 Mio. über dem Vorjahresergebnis. Diese Mehrerträge werden zur Hauptsache beim Universitätsspital generiert, welche das Vorjahr um CHF 14.7 Mio. übertreffen. Verschiedene andere Faktoren reduzieren das Ergebnis in dieser Funktionalen Gliederung jedoch wieder auf einen fast ausgeglichenen Saldo zum Vorjahr.

### **5 Soziale Wohlfahrt**

Die Soziale Wohlfahrt zeigt eine Verbesserung des Saldos der Laufenden Rechnung von CHF 28.1 Mio. Die Beiträge an die Eidg. AHV/ IV beim Amt für Sozialbeiträge nehmen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt CHF 32.1 Mio. ab. Im Zusammenhang mit der vollständigen Übernahme der Leistungen durch den Bund (NFA ab 2008) wurde im Vorjahr noch eine Rückstellung in Höhe von CHF 26.3 Mio. verbucht. Die restliche positive Abweichung von CHF 5.8 Mio. im Vorjahresvergleich ist auf Verbesserungen im laufenden Rechnungsjahr zurückzuführen.

## 6 Verkehr

Die Verbesserung des Saldos der Laufenden Rechnung um CHF 23.8 Mio. in der Funktion Verkehr resultiert insbesondere aus dem Wegfall von Abschreibungen (CHF 19.8 Mio.) im Baudepartement. Im Bereich der Nationalstrassen wurden im Rahmen der NFA bereits im Jahre 2005 Abschreibungen getätigt (damals CHF 175.8 Mio.). Deshalb fallen in der Folge jetzt weniger Abschreibungen an. Bei der Allmendverwaltung wurde, nicht zuletzt auch aufgrund von Empfehlungen der Finanzkontrolle, erstmals das Materialinventar aktiviert, was einen ausserordentlichen Ertrag von CHF 1.4 Mio. brachte. Eine weitere Verbesserung von CHF 2.3 Mio. ist bei den Parkhäusern zu verzeichnen. Diese wird erreicht durch Einsparungen beim Betrieb sowie beim Unterhalt.

## 7 Umwelt und Raumordnung

Die Funktion Umwelt und Raumordnung zeigt im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg des Saldos der Laufenden Rechnung von CHF 1.3 Mio. Bei den Departementen sind aber keine nennenswerte Veränderungen zu verzeichnen.

## 8 Volkswirtschaft

Diese Funktionale Gliederung Volkswirtschaft weist per Saldo der Laufenden Rechnung eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von CHF 0.9 Mio. auf. Die Auswertung über die einzelnen Departemente ergibt auch hier keine nennenswerten Veränderungen.

## 9 Finanzen und Steuern

Die Verbesserung von CHF 143.4 Mio. in der Funktion Finanzen und Steuern resultiert hauptsächlich aus höheren Steuererträgen und tieferen Kosten bei der Schuldenbewirtschaftung. Der Gesamtertrag der kantonalen Steuern liegt CHF 147.7 Mio. höher als im Vorjahr, wobei die Einkommens- und Vermögenssteuern um CHF 53.4 Mio. angestiegen sind, die Gewinn- und Kapitalsteuern CHF 68.8 Mio. und die übrigen Steuern um CHF 25.6 Mio. Der Anteil an der Direkten Bundessteuer liegt ebenfalls um CHF 6.5 Mio. über dem Vorjahr. Nachdem die Verschuldung des Kantons einerseits gesunken ist und andererseits beträchtliche liquide Mittel am Geldmarkt angelegt werden konnten (Festgeld), sind tiefere Passivzinsen und höhere Zinserträge angefallen, was zu einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von weiteren CHF 35.6 Mio. führte. Beim Ertrag aus Beteiligungen ergibt sich per Saldo eine Verschlechterung von CHF 2.4 Mio. Dieser Betrag ergibt sich aus einer Verbesserung bei der Gewinnablieferung inkl. Dotationskapital der Basler Kantonalbank um CHF 3.4 Mio., und einer Verschlechterung bei der Gewinnablieferung inkl. Kapitalzins der IWB von CHF 2.4 Mio. aber auch einer Verschlechterung bei den übrigen Beteiligungen von CHF 3.4 Mio., wobei hier im Vorjahr ein ausserordentlicher Ertrag von CHF 4.6 Mio. aus einer Ausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen verbucht werden konnte. Folgende Veränderungen wirken sich in dieser Funktion negativ auf das Ergebnis aus: CHF 5.9 Mio. Wertberichtigung aus der Übernahme des Darlehens im Zusammenhang mit der Endabrechnung Umbau Euroville. CHF 8.4 Mio. negative Abweichung zum Vorjahr infolge Wertberichtigungen auf Wertschriften im Finanzvermögen, welche seit 2006 zu aktuellen Werten (Marktwerten) bewertet werden, dabei konnten im Vorjahr noch Aufwertungsgewinne von CHF 8.3 Mio. verbucht werden. Aus den Abschreibungen auf den Renditeliegenschaften resultiert zum Vorjahr eine Differenz von CHF 40.0 Mio., dabei handelt es sich um eine „technische“ Korrektur. Die sich aus der DCF-Methode ergebende Abschreibung im Vorjahr wurde nach Absprache mit der Finanzkontrolle um CHF 20.0 Mio. korrigiert. Im laufenden Jahr wurde die Wertberichtigung aus dem Vorjahr zurückgebucht und keine Korrektur auf die Bewertung der IBS mehr vorgenommen. Von den CHF 40.0 Mio. entfallen rund CHF 30.0 Mio. auf die Funktion Finanzen und Steuern und die restlichen CHF 10.0 Mio. verteilen sich auf diverse übrigen Funktionen.

## 9.3 Ergebnis der Investitionsrechnung 2007

Die folgende Tabelle zeigt die Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung für die Rechnung 2007 und 2006.

in Mio. Franken	Rechnung 2007			Rechnung 2006			Abw. Saldo LR	
	Ausgaben	Einnahmen	Saldo IR	Ausgaben	Einnahmen	Saldo IR		%
0 Allgemeine Verwaltung	22.0	42.4	-20.5	11.8	2.1	9.7	30.2	311.0
1 Öffentliche Sicherheit	23.1	0.9	22.3	17.4	0.9	16.4	5.8	-35.3
2 Bildung	26.9	5.7	21.2	38.6	7.6	31.0	9.8	31.6
3 Kultur und Freizeit	40.3	8.7	31.6	30.0	5.4	24.6	-7.0	-28.5
4 Gesundheit	50.6	0.2	50.4	47.5	0.0	47.5	-2.9	-6.0
5 Soziale Wohlfahrt	0.3	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	-0.3	
6 Verkehr	78.6	37.0	41.6	149.9	67.1	82.7	41.1	49.7
7 Umwelt und Raumordnung	21.2	0.3	20.9	14.8	0.0	14.8	6.1	41.6
8 Volkswirtschaft	0.3	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	-0.3	
<b>Summe</b>	<b>263.3</b>	<b>95.3</b>	<b>168.1</b>	<b>309.9</b>	<b>83.2</b>	<b>226.7</b>	<b>58.6</b>	<b>25.9</b>

Gegenüber Vorjahr verringert sich der Saldo der Investitionsrechnung um nicht weniger als CHF 58.6 Mio. Die Gründe hierfür liefern im wesentlichen die Funktionen Allgemeine Verwaltung und Verkehr. Bei der Allgemeinen Verwaltung sind Einnahmen von CHF 42.4 Mio. zu verzeichnen. CHF 30.0 Mio. davon betreffen den basellandschaftlichen Anteil am Darlehen der Universität (gemeinsame Trägerschaft), CHF 12.0 Mio. davon eine weitere Rückzahlung von Dotationskapital der Basler Kantonalbank. Bei der Funktion Verkehr sei auf die Ausführungen in Kapitel 4 verwiesen, wo beim Investitionsplafonds Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur auf die tieferen Ausgaben im Bereich des Strassenbaus eingegangen wird.





## 10 Die Erläuterungen

## 10.1 Rechnungslegungsgrundsätze

### Gesetzliche Grundlagen

Die Rechnungslegungsgrundsätze basieren auf dem Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz, FHG) vom 16. April 1997, der Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 2. November 1999, dem Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz/Globalbudgets), dem Gesetz über den Öffentlichen Verkehr (Programm und Finanzierung) sowie den vom Regierungsrat jährlich beschlossenen Abschlussweisungen.

Für die Rechnungsführung gelten die allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätze von Jährlichkeit, Klarheit, Wesentlichkeit und Wahrheit, Bruttoverbuchung sowie der qualitativen, quantitativen und der zeitlichen Bindung der im Budget eingestellten Beträge (§8 Abs. 3 FHG).

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Finanzdirektorenkonferenz (FDK-Modell). Es gliedert sich in die Verwaltungsrechnung, bestehend aus Laufender Rechnung und Investitionsrechnung sowie der Bestandesrechnung (Bilanz). Die Laufende Rechnung stellt die Erfolgsrechnung des Kantons dar. Die Investitionsrechnung zeigt die Bruttoinvestitionen, die vom Kanton an Dritte bezahlten Investitionsbeiträge sowie die von Dritten erhaltenen Investitionsbeiträge (-Einnahmen) in das staatliche Zweckvermögen (Verwaltungsvermögen).

### Organisation Rechnungswesen Basel-Stadt

Der Jahresabschluss resultiert aus den Buchhaltungen, welche von den einzelnen Dienststellen gemäss einem einheitlichen Kontenplan im System SAP ERP geführt werden. Folgende Dienststellen führen die Buchhaltung auf unabhängigen Systemen: das Universitätsspital Basel (USB), die Universitäre Psychiatrische Kliniken (UPK) und das Felix Platter-Spital (FPS). Diese Dienststellen liefern ihre Buchhaltungsdaten über eine Schnittstelle in das zentrale Rechnungswesen. Der Konsolidierungskreis umfasst sämtliche unselbständige Dienststellen und Betriebe des Kantons. Die Industriellen Werke Basel (IWB) werden nur in Kapitel 3.5 Konsolidierung mit Rechnung IWB und in Kapitel 3.6 Antrag des Regierungsrats zur Staatsrechnung konsolidiert gezeichnet.

Die Laufende Rechnung der einzelnen Dienststellen und Departemente enthält aufwand- wie ertragsseitig interne Leistungsverrechnungen. Auf Stufe Gesamtstaat erfolgt die Umgliederung dieser Umsätze in die Kontengruppen 39 „Interne Verrechnungen Ausgaben“ und 49 „Interne Verrechnungen Einnahmen“. Kontokorrente zwischen den Dienststellen werden in der Staatsbilanz eliminiert (konsolidiert).

### Aktivierungs- und Abschreibungsregeln / Sachanlagen im Verwaltungsvermögen

Die im SAP-System integrierte Anlagenbuchhaltung ermöglicht eine genaue Kontrolle über die gesamtstaatliche Einhaltung der Aktivierungs- und Abschreibungsregeln. Die Aktivierungsgrenzen für Anlagen sind in der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz geregelt.

Wertvermehrende und werterhaltende Grossinvestitionen sowie die vom Kanton an Dritte bezahlten oder von Dritten erhaltenen Investitionsbeiträge (alle grösser CHF 300'000) werden über die Investitionsrechnung geführt. Die Abschreibungen fliessen in die Laufende Rechnung ein. Dabei werden die werterhaltenden Grossinvestitionen und die vom Kanton Basel-Stadt an Dritte bezahlten Investitionsbeiträge im Jahr der Auszahlung (= Rechnungsjahr) wieder zu 100% abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Nettobuchwerten nach Abzug der kumulierten Abschreibungen bilanziert. Sie werden dabei zu Anschaffungs- oder Herstellkosten bewertet und nach den im Finanzhaushaltsgesetz festgelegten Abschreibungsgrundsätzen abgeschrieben.

Gemäss §15, Abs. 3 FHG hat der Regierungsrat unter Berücksichtigung des Absatzes 2 folgende Abschreibungsgrundsätze festgelegt:

- Grundstücke werden nicht abgeschrieben.
- Hochbauten werden mit 4% vom Buchwert degressiv abgeschrieben.
- Tiefbauten werden mit 15% vom Buchwert degressiv abgeschrieben.

- Die übrigen Anlagen werden mit 30% vom Buchwert degressiv abgeschrieben.
- Die werterhaltenden Grossinvestitionen sowie die vom Kanton ausgerichteten Investitionsbeiträge werden zu 100% abgeschrieben.

Für Altanlagen, welche bereits vor 1995 vorhanden waren, gelten folgende Abschreibungsregeln:

- Grundstücke werden nicht abgeschrieben.
- Liegenschaften werden mit 2% linear vom Anschaffungswert abgeschrieben.
- Die übrigen Anlagen werden mit 10 % linear vom Anschaffungswert abgeschrieben.

Kleininvestitionen zwischen CHF 50'000 und CHF 300'000 werden über die Anlagenbuchhaltung geführt. Die Ausgaben hierfür werden zunächst auf technische Konti erfasst, welche dann an eine Anlage im Sachanlagevermögen abgerechnet werden. Die Abschreibungen erfolgen linear über die geschätzte Nutzungsdauer, wobei die Abschreibungen im Sachaufwand (Kontengruppe 31) verbucht werden. Für die einzelnen Anlagekategorien gelten die nachfolgenden Nutzungsdauern und Abschreibungssätze:

### 10.1.1 Anlagekategorien

Anlagekategorie	Nutzungsdauer	Abschreibungssatz
Maschinen, Apparate, Anlagen, Mobilier und Einrichtungen	10 Jahre	10.0%
Hardware	3 Jahre	33.3%
Netzwerke	5 Jahre	20.0%
Gossrechner	4 Jahre	25.0%
Fahrzeuge (PWs, LKWs und Spezialfahrzeuge)	5 Jahre	20.0%
Schiffe, Boote	25 Jahre	4.0%

Kleininvestitionen zwischen CHF 2'000 und CHF 50'000 werden nicht über die Anlagebuchhaltung geführt, sondern direkt in der entsprechenden Kostenstelle im Sachaufwand belastet. Zur Vermögenssicherung werden diese Güter aus separaten Inventarlisten geführt, welche der Finanzkontrolle bei der jährlichen Revision der Jahresrechnung vorgelegt werden.

#### Sachanlagen im Finanzvermögen

Zugänge von Anlagen im Finanzvermögen werden direkt auf die jeweiligen Bestandeskonti in der Bilanz verbucht. Die Einführung einer Schuldenbremse, die sich in Basel-Stadt als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt definiert, zieht Um- respektive Neubewertungen beim Finanzvermögen nach sich. Die Bewertung dieser Anlagen ist in Artikel 12 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) geregelt. Nach dem Grundsatz der Einzelbewertung dürfen Sachanlagen im Finanzvermögen höchstens zu aktuellen Werten bilanziert werden. Bei den Renditeliegenschaften werden die aktuellen Werte mittels Discounted Cash-Flow-Methode ermittelt. Liegt der aktuelle Wert einer einzelnen Wirtschaftseinheit über dem Anschaffungs- oder Herstellkosten, wird eine erfolgsneutrale Aufwertung gegen Eigenkapital (Staatskapital) verbucht. Liegt der aktuelle Wert unter den Anschaffungs- oder Herstellkosten, wird eine Wertberichtigung auf der entsprechenden Wirtschaftseinheit verbucht. Nicht mehr benötigte Wertberichtigungen werden erfolgswirksam aufgelöst.

#### Wertschriften

Wertschriften Verwaltungsvermögen: Bei den Wertschriften werden im Anhang zur Bilanz den Buchwerten auch die aktuellen Werte gegenübergestellt. Bewertet wird nach der Einzelwertmethode. Liegt der akutele Wert unter dem Anschaffungswert, wird eine Wertberichtigung auf diesen Titel zu Lasten der Laufenden Rechnung verbucht. Im Gegenzug wird diese aufgelöst, wenn sie nicht mehr benötigt wird. Aufwertungen über den Anschaffungswert hinaus sind nach Artikel 12 FHG nicht erlaubt.

Wertschriften Finanzvermögen: In Anlehnung an Artikel 12 FHG werden die Wertschriften im Finanzvermögen mit Kurswerten zum Steuerkurs gemäss Kursliste der Eidgenössischen Steuerverwaltung bewertet und bilanziert. Liegt der Kurswert unter dem Buchwert, wird eine Abschreibung auf diesen Titel verbucht. Nicht mehr benötigte Abschreibungen, aber auch Aufwertungen über den ursprünglichen Anschaffungspreis hinaus, werden erfolgswirksam über die Laufende Rechnung verbucht.

Obligationsanleihen: Bei den Obligationsanleihen gilt das Nominalprinzip.

### **Abgrenzungsgrundsätze**

Ein Grundsatz zur Ermittlung des Jahresergebnisses ist die Zuordnung zu der bestimmten Rechnungsperiode. Es gelten die nachfolgenden Abgrenzungsgrundsätze:

**Aktive Rechnungsabgrenzungen** Als aktive Rechnungsabgrenzung werden Ausgaben im Berichtsjahr erfasst, welche erst im Folgejahr zu belasten sind. Dazu gehören zum Beispiel vorausbezahlte Miet- und Pachtzinsen, Versicherungsprämien, Steuern, Beiträge u.a., welche erst im Folgejahr als Aufwand der Laufenden Rechnung belastet werden. Ebenfalls abgegrenzt werden Erträge, welche per Abschlussstichtag noch nicht fakturiert werden konnten.

**Passive Rechnungsabgrenzungen** Bei den passiven Rechnungsabgrenzungen wird zwischen ordentlichen und ausserordentlichen passiven Rechnungsabgrenzungen unterschieden.

#### 1. Ordentliche passive Rechnungsabgrenzungen

Als ordentliche passive Rechnungsabgrenzungen gelten bereits im Berichtsjahr bezogene Lieferungen und Leistungen, bei denen die Rechnungsstellung erst im Folgejahr erfolgt. Für Restlieferungen und Restleistungen (unabhängig eingegangener Verpflichtungen), welche erst im Folgejahr erfolgen, dürfen grundsätzlich keine Abgrenzungen vorgenommen werden. Ebenfalls abgegrenzt werden (bereits vereinnahmte) Erträge, welche dem Folgejahr zuzurechnen sind.

#### 2. Ausserordentliche Passive Rechnungsabgrenzungen

Ausserordentliche Passive Rechnungsabgrenzungen dürfen nur für im Rechnungsjahr bewilligte Kredite beantragt werden und es müssen zwingend mindestens eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllt sein:

- Ein Kredit für eine Ausgabe im Folgejahr wird vor dem Beschluss des Grossen Rates über die Kreditübertragungen im April des Folgejahres zwingend benötigt  
und / oder
- Zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses besteht seitens des Grossen Rates keinerlei Handlungsspielraum mehr, da bereits feste Verpflichtungen ohne jegliche Rücktrittsmöglichkeit für die im Folgejahr benötigten Mittel eingegangen wurde.

Ausserordentliche Rechnungsabgrenzungspositionen werden dem Regierungsrat vorgelegt und von diesem bewilligt.

### **Verbuchung der Steuererträge bzw. Steuerforderungen**

Die Laufende Rechnung enthält das Total der veranlagten sowie das Total der bezahlten aber noch nicht veranlagten Steuern von natürlichen und juristischen Personen des betreffenden Rechnungsjahres (=Bezugsjahr). Vorauszahlungen für spätere Bezugsperioden sind in der Laufenden Rechnung nicht enthalten. Sie werden in der Bestandesrechnung (Bilanz) unter FDK 209 „übrige Verpflichtungen“ als Vorauszahlungen passiviert.

### **Verbuchung der Bussen bei der Kantonspolizei (SiD)**

Mit der Einführung des neuen Bussenbewirtschaftungsprogramms auf den 1. Januar 2006 wurde die Debitorensystematik von vereinbarten Entgelt umgestellt. Aus Gründen der Transparenz wird in der Laufenden Rechnung die Verbuchung für nicht eintreibbare Bussen in derselben Konto-Gruppe 437, auf einem separaten sechsstelligen Konto, erfasst.

## Rückstellungen

Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe aber noch nicht genau bekannte Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt immer in der abzuschliessenden oder gar in einer früheren Rechnungsperiode.

Die Höhe der Rückstellungen muss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages dem zu erwartenden Verlust oder Geld-, Güter- und Leistungsabgang ohne Gegenleistung entsprechen. Alle vorhandenen Verlustrisiken müssen per Abschlussstichtag bewertet und entsprechend verbucht sein. Bereits bestehende Rückstellungen sind auf ihre Höhe zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Rückstellungen zum Zwecke der Reservebildung für künftige Aufwendungen, ohne eine zum Bilanzstichtag bestehende Verbindlichkeit gegenüber Dritten sowie überhöhte Rückstellungen sind nicht erlaubt (Art. 3 Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt). Nicht mehr benötigte Rückstellungen sind aufzulösen.

## Derivate

Im Kanton Basel-Stadt werden die derivativen Finanzinstrumente ausschliesslich für die Bewirtschaftung des Zinsänderungsrisikos, d.h. zur Absicherung eingesetzt und nicht für Handelszwecke gehalten. Der Einsatz ist im Asset & Liability Management - Reglement festgelegt.

Derivate Finanzinstrumente werden zunächst in der Bilanz mit ihren Anschaffungskosten erfasst und in der Folge jeweils am Bilanzstichtag zum Marktwert (Fair Value) neu bewertet. Veränderungen des Marktwerts (positive- wie negative Wiederbeschaffungswerte) von Derivaten (Cash Flow Hedge) werden über das Eigenkapital (Fehldeckung) erfasst. Bei positiven Wiederbeschaffungswerten handelt es sich um Guthaben (Bilanzkonto 119: Übrige Guthaben), bei negativen um Verpflichtungen (Bilanzposition 209: Übrige Verpflichtungen) des Kantons gegenüber Dritten.

Bei Fälligkeit oder Verkauf eines derivativen Instruments wird der aufgelaufene Gewinn/Verlust erfolgswirksam (Aufwandposition 322: Zinsen für Mittel- u. Langfristschulden) der Laufenden Rechnung belastet. Als Gegenkonto für die Wertschriftenausbuchung (Bilanzposition 119: Übrige Guthaben) dient das Eigenkapital/Fehldeckung (Bilanzposition 191: Wertschwankungen Derivate).

Positive Wiederbeschaffungswerte können Ausfallrisiken beinhalten. Dies ist dann der Fall, wenn ein Schuldner zum Zeitpunkt der Fälligkeit seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt oder nicht nachkommen kann (Gegenparteirisiko). Für das Ausfallrisiko werden Rückstellungen gebildet, falls es sich bei den Gegenparteien nicht ausschliesslich um Banken mit guter Bonität handelt.

Der Ausweis der offenen positiven und negativen Wiederbeschaffungswerte von derivativen Finanzinstrumenten, bewertet nach dem Fair Value (Marktwert), erfolgt im Anhang zur Bilanz.

## Bruttoprinzip

Nach §8 Abs. 3 FHG gilt das Bruttoprinzip. Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung (Saldierung) von Aktiven mit Passiven sowie Aufwand- mit Ertragspositionen. Das Bruttoprinzip erhöht die Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

## Verpflichtungen für Sonderrechnungen

Bei den Verpflichtungen für Sonderrechnungen handelt es sich um Mittel, die dem Kanton freiwillig und mit besonderer Zweckbindung und/oder Auflagen zufließen. Darunter fallen primär Gelder aus Stiftungen, Schenkungen und Legaten. Zweckbindungen und Auflagen werden dabei nicht vom Kanton selber, sondern von Dritten festgelegt.

Mit Ausnahme des Verwaltungsaufwandes (Personal- und Sachaufwand), der das Führen eines solchen Fonds mit sich bringt und die Laufende Rechnung betreffend Dienststelle belastet, werden sämtliche Einnahmen (inklusive Initialeinlage) und Ausgaben von solchen Fonds direkt über das entsprechende Fondskonto gebucht. Die Entschädigung für Verwaltungskosten, die einem Fonds belastet werden können, erscheinen in der Laufenden Rechnung im Ertrag.

## Spezialfinanzierungen

Eine Spezialfinanzierung liegt dann vor, wenn aufgrund gesetzlicher oder gleichwertiger Bestimmungen bestimmte zweckgebunden oder allgemeine Erträge ganz oder teilweise für die Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben eingesetzt werden. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet dabei zwischen

- Fonds aus allgemeinen Mitteln und
- Fonds aus zweckgebundenen Mitteln.

Während die Fonds aus allgemeinen Mitteln ausschliesslich durch allgemeine Mittel wie Steuer- und andere Einnahmen geäuftnet werden, fliessen dem Kanton bei den Fonds aus zweckgebundenen Mitteln Gelder in Form von Gebühren und Abgaben zu, welche dann den Fonds schliesslich gutgeschrieben werden.

Für beide Arten von Fonds gelten die gleichen Verbuchungsregeln. Dem Bruttoprinzip folgend, werden Ausgaben und Einnahmen zunächst über die Laufende Rechnung erfasst und dann mittels Buchung „Einlage in Spezialfinanzierung“ (FDK-Kontengruppe 38) an Fonds oder Fonds an „Entnahme aus Spezialfinanzierung“ (FDK-Kontengruppe 48) wieder neutralisiert.

#### **Offenlegung der zusätzlichen Informationen gemäss §20 Absatz 3 FHG**

Der Anhang zur Bilanz enthält neben Details zu einzelnen Bilanzpositionen auch ausserbilanzielle Informationen. Diese beinhalten neben den Eventualverbindlichkeiten (gegliedert nach Garantie- und Bürgschaftsverpflichtungen) auch Angaben über die Leasingverbindlichkeiten oder die Sachversicherungswerte (gegliedert nach Liegenschaften und übrigen Sachanlagen).

## **10.2 Glossar der finanziellen Fachbegriffe**

### **Abschreibungen**

Abschreibungen auf Guthaben und Anlagen des Finanzvermögens sowie Abschreibungen auf den Restbuchwerten des Verwaltungsvermögens. Abschreibungen bilden den Werteverzehr einer Anlage durch ihren ständigen Gebrauch ab. Unterscheidung in planmässige und ausserplanmässige Abschreibungen.

Planmässige Abschreibungen werden auf Grund der Entwertung durch Alterung und Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt (siehe auch Nutzungsdauer)

Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

### **Allgemeiner Nettoertrag (ANE)**

Nicht spezifischer, d.h. allgemeiner Ertrag (z.B. allgemeiner Steuerertrag, Vermögensertrag, Liegenschaftserträge, Anteile an Bundessteuern, Nationalbankgewinne) abzüglich allgemeiner Aufwand (z.B. Zinsaufwand auf den Staatsschulden, Aufwand im Zusammenhang mit Bewirtschaftung des Finanzvermögens). Positionen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand sind nicht enthalten.

### **Anhang**

Teil der Jahresrechnung. Beschreibung der für die Erstellung der Jahresrechnung massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze und des zu Grunde liegenden Rechnungsmodells. Erläuterungen

zu einzelnen wichtigen Positionen der Jahresrechnung. Weitere Angaben, welche für die Beurteilung der finanziellen Lage und der Risikosituation von Bedeutung sind.

### **Anlagen**

Langfristig investierte Sachmittel, die dem dauernden Geschäftsbetrieb für die Erzeugung von Leistungen dienen und nicht unmittelbar in die Erzeugung eingehen, wie z.B. Verbrauchsmaterial.

### **Anlagespiegel**

Detaillierte Informationen im Anhang zur Entwicklung wesentlicher Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens (Sachgüter, Darlehen, Beteiligungen).

### **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung**

Gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.

### **Artengliederung**

Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

### **Aufgabenfeld**

Die nach aussen gerichteten Tätigkeiten der Verwaltung, d.h. jene, die direkt Wirkungen für die Bevölkerung haben sollen, werden in den Aufgabenfeldern abgebildet. Aufgabenfelder umfassen jeweils inhaltlich ähnliche Produktgruppen. Jedes Aufgabenfeld ist aus Gründen der Organisation/Führung eindeutig einem Departement zugeordnet.

### **Aufwand**

Ausgaben der Laufenden Rechnung (Erfolgsrechnung) wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als Fr. 300'000.- betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.

### **Beiträge für eigene Rechnung**

Eingehende Laufende Beiträge, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.

### **Benchmarking**

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten. In der Verwaltung vergleicht man meist gleichwertige Dienstleistungen der Kantone oder des Auslandes.



**Bilanz**

Bestandesrechnung, Teil der Jahresrechnung. Stichtagbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiven) und Verpflichtungen (Passiven). Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag.

Gliederung der Aktiven: Finanz-, Verwaltungsvermögen und Spezialfinanzierungen.

Gliederung der Passiven: Kurzfristiges Fremdkapital, langfristiges Fremdkapital, Spezialfinanzierungen und Eigenkapital / Bilanzfehlbetrag.

**Bilanzfehlbetrag**

Durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung (negatives Eigenkapital). Ein Bilanzfehlbetrag kann nur durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Umbewertungs- oder Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.

**Bonität**

Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldner eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

**Bruttoprinzip**

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot). Ziel des Bruttoprinzips ist das Erreichen einer Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

**Bruttoschulden**

Fremdkapital (inkl. Spezialfinanzierungen), d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital (falls vorhanden).

**Buchführungsgrundsätze**

Allgemeine Handlungsanleitung für die Buchführung. Zweck: Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

**Buchwert**

Nach den Grundsätzen der Vermögensbewertung in der Bilanz eingestellter Wert eines Vermögensbestandteiles.

**Budget**

Zusammenstellung der Finanzzahlen (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.

**Cash Flow**

Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.

**Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)**

Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.

**Dienststelle**

Kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

**Eigene Beiträge**

Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte

**Eigenkapital**

Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung, aber auch durch Zugänge von Neubewertungsreserven (Umbewertungsreserven). Es dient vorab zur Verminderung oder gänzlichen Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen. Diese Reserve ist an keinen bestimmten Zweck gebunden.

**Eigenkapitalveränderungsnachweis**

Der Eigenkapitalveränderungsnachweis ist eine Übersicht, in welcher die Ursachen von Veränderungen einzelner Bestandteile des Eigenkapitals (Staatskapital) aufgezeigt respektive tabellarisch wiedergegeben werden. Der Eigenkapitalveränderungsnachweis wird im Anhang zur Staatsrechnung dargestellt.

**Einlagen in Spezialfinanzierungen**

Reservierung bestimmter Erträge oder allgemeinen Staatsmittel aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften für die vollständige oder teilweise Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Dabei werden Einnahmen zunächst über die Laufende Rechnung geführt und dann mittels Fondseinlage dem entsprechenden Fondskonto gutgeschrieben.

**Einnahmen**

Zahlungen von Dritten einschliesslich debitorische Guthaben (= an Dritte fakturierte und abgegrenzte transitorische Beträge).

**Entgelte**

Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spitäler und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), ferner Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleistungen für Investitionen.

**Ertrag**

Einnahmen der Laufenden Rechnung, z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte. Beiträge für Investitionen von mehr als 300'000 Franken, sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung (Investitionseinnahmen) enthalten.

**Eventualverbindlichkeit**

Mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien), die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Oder: Eine gegenwärtige Verpflichtung die auf vergangenen Ereignissen beruht (z.B. Bürgschaften), jedoch in der Rechnung nicht erfasst wird, weil ein Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann (Offenlegung im Anhang).

**Fair Presentation**

Die Jahresrechnung gibt eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wieder. Synonym von true and fair view.

**Finanzierungsfehlbetrag**

Der durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) nicht gedeckte Teil an den Nettoinvestitionen. Der Fehlbetrag kann durch kurzfristige überschüssige Liquidität oder aber durch Geldaufnahme am Kapitalmarkt (Neuverschuldung) ausgeglichen werden.

**Finanzierungssaldo**

Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

**Finanzierungsüberschuss**

Für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigte eigene Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).

**Finanzinstrument**

Schuld- bzw. Forderungsverhältnis das gleichzeitig bei der einen Vertragspartei zu einem finanziellen Vermögenswert und bei der Gegenpartei zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einer Position mit Eigenkapitalcharakter führt (Kredite, derivative Finanzinstrumente, Anleihen, usw.)

**Finanzplan**

Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Laufenden Rechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen 3 und 5 Jahren (KT BS 4 Jahre).

**Finanzrechnung**

Rechnung, die zeigt, wie die Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen, durch eigene Mittel finanziert werden konnten.

**Finanzvermögen**

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert, d.h. verkauft werden können. Der Entscheid über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

**Flüssige Mittel**

Jederzeit zur Verfügung stehende Gelder, welche sofort als Zahlungsmittel eingesetzt werden können (Kassa-, Post- und Bankguthaben).

**Fonds**

Zuwendungen von Dritten, die dem Kanton unter der Auflage einer Zweckbindung gemacht werden oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen. Einnahmen und Ausgaben laufen nicht über die Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung) sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet.

**Fremdkapital**

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfristschulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven sowie den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.).

### **Funktionale Gliederung**

Die Funktionale Gliederung ist eine statistische Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben. Sie gewährt einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenstrukturen (z.B. Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit etc.) eines Gemeinwesens. Die funktionalen Bereiche sind gesamtschweizerisch einheitlich für alle Gemeinwesen verbindlich vorgegeben.

### **Geldflussrechnung**

Auch Mittelflussrechnung. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt

### **Globalbudget**

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktegruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktegruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft.

Im Kanton Basel-Stadt arbeiten die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergl. auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

### **Grossinvestitionen**

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes CHF 300'000 und mehr betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht degressiv gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen sowie linear über die geschätzte Nutzungsdauer in der Kostenrechnung abgeschrieben (vergl. auch Kleininvestitionen).

### **Guthaben**

Kurzfristig realisierbare Forderungen, die auf einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Anspruch des Kantons gegenüber anderen öffentlichen Körperschaften oder Privaten beruhen, und entsprechend ihrer Fälligkeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können, also kurzfristig realisierbar sind.

### **Indikatoren**

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

### **Institutionelle Gliederung**

Die institutionelle Gliederung ordnet die Staatsrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle).

**Internes Kontrollsystem (IKS)**

Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

**Interne Verrechnungen**

Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

**Investitionsausgaben**

Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsauflagen (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

**Investitionsbeiträge (an Dritte)**

Aktivierte Beiträge à fonds perdu an Investitionen von Dritten, die das Gemeinwesen durch seine Hilfe fördert. Diese Beiträge werden nach Staatsrecht im Jahr der Auszahlung auf Null abgeschrieben.

**Investitionseinnahmen**

Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter, an die Finanzierung von Investitionsvorhaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenbau und -unterhalt oder Privatbeiträge an Kulturinvestitionen).

**Investitionsrechnung**

Rechnung, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind.

**Jährlichkeitsprinzip**

Nicht beanspruchte Kredite verfallen auf Ende eines Rechnungsjahres.

**Kalkulatorische Positionen**

Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer

einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.

### **Kapitalkosten**

Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital.

### **Kennzahlen**

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden.

### **Kleininvestitionen**

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Investitionen mit einem Anschaffungswert zwischen CHF 50'000 und CHF 300'000 gezählt. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht linear über die geschätzte Nutzungszeit abgeschrieben. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für „geringwertiges Wirtschaftsgut“ steht. Investitionen von weniger als CHF 50'000 werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet.

### **Kurzfristige Schulden**

Kontokorrent-Schulden bei Banken und kurzfristige Darlehens-Schulden, die zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe benötigt werden. Kurzfristige Schulden sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

### **Laufende Rechnung**

Rechnung, die sämtliche laufende Aufwands- und Ertragspositionen enthält (Investitionen grösser als 300'000 Franken sind mit den Abschreibungen berücksichtigt). Die Laufende Rechnung entspricht der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft.

### **Laufende Verpflichtungen**

Alle Verpflichtungen, die kurzfristig fällig sind oder fällig werden können, ferner jene Verbindlichkeiten, welche aus Lieferungen oder Leistungen Dritter an den Kanton entstanden sind.

### **Leistungsverrechnung**

Interne Verrechnungen, kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten.

**Mittel- und langfristige Schulden**

Mittel- und langfristige Schulden zur Finanzierung der Bedürfnisse der Investitionsrechnung und des Finanzvermögens. Mittelfristige Schulden haben eine Restlaufzeit zwischen 2 und 5 Jahren, Langfristschulden eine solche von über 5 Jahren.

**Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)**

Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen (z.B. Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen. Die Aufnahme bzw. Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sind nicht enthalten.

**Nettoschuld**

Saldo zwischen Fremdkapital und Finanzvermögen (inkl. Saldo aus Spezialfinanzierungen).

**Neubewertungsreserven**

Aufwertungsgewinne, die durch Neubewertung von Teilen des Finanzvermögens (v.a. Renditeliegenschaften) entstehen und welche direkt in das Eigenkapital (=Staatskapital) und nicht erfolgswirksam über die Laufende Rechnung verbucht werden. Eine Neubewertungsreserve liegt dann vor, wenn der aktuelle Wert eines Objektes über dem Restbuchwert der Finanzbuchhaltung liegt. Liegt der aktuelle Wert unter dem Restbuchwert der Finanzbuchhaltung, wird eine Abschreibung auf dem Objekt verbucht.

**NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen)**

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden.

Die NFA ersetzt ein Gewirr von mehr als 30 Ausgleichszahlungen zwischen Bund und Kantonen durch wenige transparente Instrumente. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälls zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografischtopografischen Lastenausgleich kommen, werden Zentrums Kantone für ihre Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt.

Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sei beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

**Nutzungsdauer**

Synonyme sind Lebensdauer, Lebenszyklus. Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Nutzungsdauer muss nicht gleich sein der Abschreibungsdauer von Anlagenobjekten in der Finanzbuchhaltung.



**Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)**

Departementsspezifischer Aufwand (ohne Abschreibungen auf Investitionen grösser als 300'000 Franken) abzüglich departementsspezifischer Ertrag. Positionen aus dem Allgemeinen Nettoertrag (v.a. Steuererträge, Passivzinsen, Aufwand und Ertrag des Finanzvermögens und Anteile an nicht zweckgebundenen Bundeseinnahmen) sind im ONA nicht enthalten. Eine der wichtigsten Steuerungsgrössen der Finanzen im Kanton Basel-Stadt.

**Passivzinsen**

Zinsen für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital).

**Periodengerechtigkeit**

Accrual Accounting; Geschäftsvorfälle werden dann in der Buchhaltung erfasst, wenn sie auftreten und nicht, wenn ein Zahlungsmittel eingeht oder bezahlt wird. Sie werden in derjenigen Periode in der Buchhaltung erfasst und im Abschluss der Periode ausgewiesen, der sie zuzurechnen sind.

**Personalaufwand**

Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Anwerbung, Ausbildung und Information, Naturalleistungen, Zulagen, Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördemitglieder und das aktive Personal sowie an temporäre Arbeitskräfte. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter, Teuerungszulagen an Pensionierte, für deren Lohnzahlungen das Gemeinwesen zuständig war.

**Planungsanzug**

In der Form des Planungsanzugs kann der Grosse Rat auf Antrag eines seiner Mitglieder oder einer ständigen Kommission dem Regierungsrat eine Änderung des Politikplans beantragen.

**Politikbereich**

Oberste Ebene des Politikplans: Die staatlichen Aktivitäten werden in sieben Politikbereiche gegliedert. Für jeden Politikbereich werden die entsprechenden Ziele und Leitlinien beschrieben.

**Politikplan**

Zentrales Planungsinstrument des Regierungsrats. Er ist eine umfassende Mittelfristplanung und enthält Ziele, Projekte und Kosten für alle Aufgaben- und Ressourcenerfelder des staatlichen Handelns sowie den Finanzplan. Er erscheint jährlich, jeweils mit einem Planungshorizont von vier Jahren. Er enthält auch die Berichterstattung zur Zielerreichung.

**Produkte**

Produkte sind mess- und kalkulierbare Leistungen der Verwaltungsstelle zuhanden externer Dritter. Über die Produkte löst die Verwaltungsstelle ihren gesellschaftlichen Auftrag ein und deckt den Bedarf der Zielgruppe.

**Produktgruppe**

Gruppe von einzelnen, relativ homogenen Leistungen, mit welchen möglichst effizient und effektiv eine politisch gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Produktgruppen stellen im Rahmen der Planung und des Reportings den Unterbau zu den Aufgaben- und Ressourcenfeldern dar. Sie bilden die Steuerungsebene der Departemente ab.

**Rechnung**

Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr, wobei den Ist-Werten die für die Rechnungsperiode budgetierten Werte sowie die Vorjahreswerte gegenübergestellt werden.

**Rechnungsabgrenzung**

Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

**Ressourcenfeld**

Die Ressourcenfelder enthalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die den aussengerichteten Aufgabenfeldern notwendige Ressourcen zur Verfügung stellen (v.a. Personal-, Raum-, Informatik- und Finanzdienstleistungen). Sie haben keinen Selbstzweck, sondern ermöglichen die Leistungen in den Aufgabenfeldern. Diese können in verschiedenen Departementen erbracht werden.

**Rückstellungen**

Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe aber noch nicht genau bekannte Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt immer in der abzuschliessenden oder gar in einer früheren Rechnungsperiode. Die Höhe der Rückstellung muss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages dem zu erwarteten Verlust oder Geld-, Güter- oder Leistungsabgang ohne Gegenleistung entsprechen. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt. Nicht mehr benötigte Rückstellungen müssen nach Finanzhaushaltsgesetz (FHG) aufgelöst werden.

**Sachaufwand**

Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.

**Saldo Teilkosten (STK)**

Im Saldo Teilkosten sind jene Kosten und Erlöse enthalten, welche direkt durch die Leistungserbringer verantwortet werden können (inklusive Kapitalkosten auf Kleininvestitionen und verrechneten Raumkosten). Nicht enthalten sind kalkulatorische Raumkosten, Kapitalkosten von Grossinvestitionen und Umlagen von Querschnittsleistungen.

**Saldo Vollkosten (SVK)**

Ordentlicher Nettoaufwand der Aufgabenfelder zuzüglich kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Abschreibung und Zinsen auf den Grossinvestitionen) und Umlagen von Querschnittsleistungen (primär mittels eines Umlageschlüssels umgelegten Vollkosten der Ressourcenfelder).

**Selbstfinanzierung**

Summe des Saldos der Laufenden Rechnung zuzüglich den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens und ist dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen ähnlich.

**Selbstfinanzierungsgrad**

Selbstfinanzierung in Prozenten des Saldos der Investitionsrechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

**Spezialfinanzierungen**

Eine Spezialfinanzierung liegt vor, wenn aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften bestimmte Erträge ganz oder teilweise für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe eingesetzt werden (Zweckbindung) müssen.

**Stetigkeit**

Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum. Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

**Transitorische aktive Rechnungsabgrenzungen**

Kurzfristige Geldforderungen, die in ihrer Höhe bekannt und im Laufenden Rechnungsjahr Ertrag geworden sind, aber erst im neuen Jahr vereinnahmt werden.

**Transitorisch passive Rechnungsabgrenzungen**

Kurzfristige Verpflichtungen, die in ihrer Höhe bekannt und im Laufenden Rechnungsjahr Aufwand geworden sind, aber erst im neuen Jahr verausgabt (in Rechnung gestellt oder bezahlt) werden.

**Umlageschlüssel**

Möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Ressourcenfeld zugunsten eines Aufgabenfeldes erbracht werden, dem entsprechenden Aufgabenfeld zuzuteilen.

**Vermögenserträge**

Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inkl. Gewinnablieferung von selbstständigen und unselbstständigen Anstalten oder Dritter sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.

**Verwaltungsvermögen**

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen und über mehrere Rechnungsjahre genutzt werden und daher nicht zum Verkauf bestimmt sind. Darunter fallen Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Waldungen, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

**Vollkostenrechnung**

Alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

**Wertberichtigung**

Bewertungskorrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für eingetretene Entwertungen. Bei den Sachanlagen Gegenkonto zu den (indirekt verbuchten) Abschreibungen.

**Wesentlichkeit**

Informationen sind wesentlich, wenn ihr Weglassen oder ihre fehlerhafte Darstellung ein falsches Bild des Kantons Haushaltes vermittelt.

**Wirtschaftlichkeit**

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz §6 verankert.



## **11 Die gesonderten Berichte**

## 11.1 Staatsanwaltschaft

### 11.1.1 Allgemeines

Der nach Jahren stetigen Anstiegs der Kriminalitätsrate im Jahr 2005 erstmals festgestellt Rückgang der Straftatenzahlen hat sich auch im vergangenen Jahr erfreulicherweise fortgesetzt. Mit 23'149 Anzeigen (2006: 23'865) konnte gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 3% (9,6%) verzeichnet werden.

Der Ausländeranteil ist im Berichtsjahr bei Fällen mit ermittelter Täterschaft mit 54% (55%) praktisch unverändert geblieben. Überdurchschnittlich hoch war der Ausländeranteil mit 58% (62%) bei Tötungsdelikten, mit 60% (60%) bei Körperverletzungen, mit 74% (71%) bei Freiheitsberaubung und mit 59% (61%) bei Einbruchdiebstahl.

Computerdelikte mussten 544 (177) bearbeitet werden, was einer Zunahme um über 200% entspricht. Auffallend ist auch, dass betrügerische Handlungen immer mehr mittels Datenverarbeitungsanlagen begangen werden. Waren bei der Wirtschaftskriminalität und bei Straftaten im Finanzsektor früher Berge von Akten und Buchhaltungsunterlagen sicherzustellen, zu sichten und auszuwerten, so hat sich die Ermittlung bei derartigen Straftaten innert nur weniger Jahre voll auf die Sicherstellung, Sicherung und Auswertung EDV-gestützter Daten verlagert. Auch in anderen Deliktsbereichen wie bei Pornografie und insbesondere Pädophilie, aber auch bei Rassismusstafaten oder Ehrverletzungen werden die Straftaten immer häufiger unter Zuhilfenahme von Informatikmitteln verübt. Entsprechend zugenommen hat denn auch die Ermittlungstätigkeit in diesem Bereich, die mit erheblichem Aufwand nur durch ausgebildetes Fachpersonal und mit modernster Hard- und Software erbracht werden kann.

Um in diesem heute zentralen Bereich für die Aufklärung von Straftaten überhaupt noch erfolgreich arbeiten zu können, ist ein quantitativer und qualitativer Ausbau der Ermittlungskapazitäten bei der IT-Ermittlung unabdingbar notwendig. Die Staatsanwaltschaft wird deshalb nicht darum herumkommen, die heutige, durch Angehörige des Informatikcenters und Kriminalisten aus verschiedenen Abteilungen im Nebenamt neben ihrer angestammten Haupttätigkeit ausgeübte IT-Ermittlung durch die Schaffung einer professionellen IT-Ermittlungsgruppe zu ersetzen. Dies ist ohne zusätzliche personelle Kräfte und deren ständige Aus- und Weiterbildung sowie ohne Verfügbarkeit entsprechender Hard- und Software nicht möglich. Sollte dieser Ausbausschritt nicht innert nützlicher Frist vorgenommen werden können, hätte dies zwangsläufig ein schwerwiegendes Ermittlungs- und damit Aufklärungsdefizit bei der grossen und ständig zunehmenden Zahl der Straftaten zur Folge, die unter Zuhilfenahme von Informatikmitteln begangen werden. Dies muss unbedingt vermieden werden!

### 11.1.2 Abteilungen

#### Kriminalkommissariat

**Allgemeines** Beim Personalbestand haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben. Zwar gab es im Berichtsjahr mehrere ausserordentliche Kündigungen, weil andere Arbeitgeber derzeit offenbar bessere Konditionen anbieten können. Ausserdem kam es zu verschiedenen Pensionierungen. Deren Zahl hielt sich aber entgegen entsprechenden Befürchtungen im Hinblick auf die Revision des Pensionskassengesetzes im normalen Rahmen. Alle Abgänge konnten zudem durch interne Beförderungen oder aus den Reihen der Kantonspolizei ersetzt werden. Beim Büro für Verbrechensverhütung wurde die Pensionierung des Stelleninhabers zum Anlass genommen, zu prüfen, ob diese ausschliesslich im präventiven Bereich tätige Funktion beim Kriminalkommissariat richtig angesiedelt ist. Die Frage war bereits im Zusammenhang mit NPM sehr kritisch diskutiert worden, weil für die Wahrnehmung dieser Aufgabe kein gesetzlicher Auftrag und daher auch kein Budget bestand. Zudem fehlte eine organisatorische Schnittstelle zur Kantonspolizei, die mit der Verkehrsprävention und anderen Einheiten in der Öffentlichkeit und den Schulen präventiv aktiv war. Da die Polizei ihre

Präventionsdienste im Rahmen der Reorganisation OPTIMA ausbaute, wurde die Gelegenheit genutzt, diese eigentlich systemfremde Aufgabe vom Kriminalkommissariat zur Polizei zu übertragen und damit auch die dort vorhandenen Synergien zu nutzen.

Dass der Personalbestand gehalten werden konnte, ist angesichts der auch im Berichtsjahr zu bewältigenden und künftig zu erwartenden Aufgaben wesentlich. Zwar liess sich 2007 im Vergleich zu 2006 statistisch eine weitere Abnahme der Ermittlungsverfahren um 3% (-9.6%) feststellen. Diese wirkte sich aber auf die Arbeitsbelastung nicht wesentlich aus, weil die Verfahren in mehreren Bereichen immer komplexer werden. Zudem waren wieder verschiedene ausserordentliche Einsätze beispielsweise im Rahmen von nationalen Fussballspielen durchzuführen, die sich auf das Überstundenbudget auswirkten. Zwar ist es wegen des im Kriminalkommissariat seit Jahren praktizierten Zeitmanagements, das die Mitarbeitenden konsequent zum Einzug der Ferien und - den gesetzlichen Vorgaben entsprechend - zur zeitlichen Kompensation von Überstundenarbeit anhält, gelungen, die aufgelaufenen Ferienguthaben um 31% zu reduzieren. Dies ist vor allem im Hinblick auf die wegen der EURO 08 für Juni 2008 angeordnete Feriensperre relevant, weil zu bezweifeln ist, dass im Jahr 2008 alle Ferien bezogen werden können. Gleichzeitig war aber im Vergleich zum Vorjahr allein bei den detachierten Korpsangehörigen mit 10'851 Stunden 15.7% mehr Überstundenarbeit zu leisten. Per Ende 2007 konnten 4'599 (3'264) Stunden nicht eingezogen werden, was einer Zunahme um 40.9% entspricht. Es ist daher einmal mehr festzustellen, dass der Auftrag zur zeitlichen Kompensation von Überstundenarbeit nur schwer zu erfüllen ist, weil er gerade bei zu knapp bemessenen Personalbeständen letztlich immer zusätzliche Überzeit generiert und damit die korrekte Erfüllung der Aufgaben gefährdet. Dies ist nicht unproblematisch, zumal die Anforderungen und Ansprüche an die Qualität und die zu erbringenden Leistungen stetig zunehmen.

Nebst den Arbeiten im Kerngeschäft galt es im Berichtsjahr im Hinblick auf kommende Anlässe und Projekte zusätzlich vor allem aufwändige Planungs- und Umsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit der Fussballeuropameisterschaft EURO 08 sowie dem im März 2008 einzuführenden neuen Funkkonzept aller Blaulichtorganisationen zu erbringen.

**Kriminalitätslage** Nachdem in den Jahren 2000 bis 2004 eine stetige Zunahme der Ermittlungsverfahren zu verzeichnen war, fand 2005 mit dem Rückgang der Anzeigen um rund 8% und 2006 um 9.6% eine Trendwende statt. Im Berichtsjahr hat sich dieser Trend mit 23'149 (23'865) Anzeigen und einer Abnahme um 3% fortgesetzt.

**Leib und Leben** Die Anzahl der Tötungsdelikte blieb im Vergleich zu früheren Jahren mit damals bis zu 6 vollendeten und 16 versuchten Taten auf einem erfreulich niedrigen Niveau stabil. Im Berichtsjahr waren lediglich 1 (1) vollendete und 8 (8) versuchte Tötungen zu verzeichnen. Anzumerken ist allerdings, dass die Opfer in vielen Fällen nur dank rechtzeitiger ärztlicher Betreuung überleben konnten.

Bezüglich den Verfahren wegen Körperverletzung, Gefährdung des Lebens und Tötlichkeit wird nach Zunahmen um über 18% in den Vorjahren mit 1'059 (1'158) Anzeigen eine Abnahme um 8.5% registriert.

Bei den Delikten im Rahmen häuslicher Gewalt ist nach der im letzten Jahr festzustellende Zunahme um 28.2% mit 256 (327) Anzeigen ein Rückgang um 21.7% zu verzeichnen. Der Anteil dieser Delikte von knapp 1.1% an der Gesamtkriminalität korrespondiert allerdings in keiner Weise mit dem erheblichen Aufwand, der für die Bearbeitung der Verfahren zu erbringen ist.

**Vermögensdelikte** Der Anteil der Vermögensdelikte an der Gesamtkriminalität beträgt mit 16'310 (16'684) Anzeigen erneut rund 70%. Im Gegensatz zum Vorjahr ist bei Raub und Entreisssdiebstahl mit 190 (171) Anzeigen allerdings eine Zunahme um 11.1% (-19.3%) zu verzeichnen. Um 10.1% abgenommen haben die Einbruchdiebstähle mit 930 (1'034) Anzeigen, was im Zusammenhang mit einem Gesamtrückgang dieser Delikte im Fünfjahreszeitraum um über 36% bedeutsam ist. Die positive Entwicklung ist einerseits sicher auf verbesserte Bekämpfungsmethoden zurückzuführen. Eine gewisse Wirkung wird aber auch die wirtschaftliche Entwicklung im benachbarten Ausland haben, das in diesem Deliktsbereich teilweise starke Zunahmen aufweist. Dieselben Faktoren haben vermutlich auch bewirkt, dass nur noch 738 (904) Taschendiebstähle zur Anzeige kamen, was einer



erneuten Abnahme um 18.4% (-23.9%) entspricht. Selbst bei den Ladendiebstählen ist entgegen dem Vorjahr (+18.3%) eine Abnahme der Anzeigen um 12.5% auf 2'378 (2'716) festzustellen.

Wegen Betruges wurde in 473 (435) Fällen Anzeige erstattet. Im Gegensatz zum Vorjahr (-7.2%) ist hier wieder eine Zunahme um 8.7% zu registrieren. Ganz massiv wirkt sich die Tatsache aus, dass insbesondere betrügerische Handlungen vermehrt mittels Datenverarbeitungsanlagen begangen werden. Wegen so genannten Computerdelikten wurden 544 (177) Anzeigen registriert, was einer Zunahme um über 200% entspricht. Dies ist angesichts der bereits im Vorjahr festgestellten Zunahme um 38.3% insbesondere auch deshalb relevant, weil der Ermittlungsaufwand in diesem Bereich beträchtlich ist.

**Sexualdelikte** Die im Vorjahr festgestellte Zunahme bei den Vergewaltigungen (46.2%) wurde nicht fortgesetzt. Durch den zu verzeichnenden Rückgang um 10.5% auf 34 (38) Anzeigen bewegt sich die Zahl wieder im Bereich früherer Jahre. Bei den übrigen Sexualdelikten wurden 208 (229) oder 9.2% weniger Anzeigen registriert und wegen sexuellen Handlungen mit Kindern wurden 31 (37) Anzeigen erstattet, was einer Abnahme um 16.2% entspricht. Insgesamt kann der Eindruck einer tendenziell rückläufigen Entwicklung im Bereich der Sexualdelikte entstehen. Dies ist aber auch darauf zurückzuführen, dass es in den letzten Jahren nicht mehr zu grossen Verfahren gegen eine Vielzahl von Personen wegen Internetpornographie gekommen ist.

**Betäubungsmittel** Im Berichtsjahr wurden 2'009 (1'997) Verfahren wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz geführt. Die statistische Zunahme um 0.6% ist unbedeutend. Relevant ist allerdings, dass verschiedene umfangreiche Verfahren gegen Händlerringe geführt werden mussten, die nicht nur ermittlungsmässig sehr aufwändig waren, sondern auch zeigten, dass die Schweiz und Basel eine lukrative Destination für den organisierten Drogenhandel sind. Insbesondere westafrikanische Banden nutzen effizient die bestehende Infrastruktur und die persönlichen Verbindungen zu hier lebenden Landsleuten, um Kokain in die Schweiz und den Verkaufserlös ausser Landes zu bringen. Im Bereich des Heroinhandels sind nach wie vor Dealer albanischer Provenienz und aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, aber auch türkische Gruppierungen aktiv. Der Kleinhandel wird häufig von Konsumenten abgewickelt, die vermehrt wieder von der Tatsache profitieren, dass im Eingangsbereich der so genannten Kontakt- und Anlaufstellen – früher Gassenzimmer – mit den dort aus anderen Gründen montierten Sichtschutzwänden gleich auch ein Schutz vor der Beobachtung durch die Polizei gewährleistet ist. Der Handel mit Cannabisprodukten wird oft von jungen, türkischstämmigen Männern betrieben, die verschiedene Handelsformen anwenden. Neben so genannten Kurierbetrieben, bei denen man die Ware anonym bestellen kann, ist auch der Freihandverkauf in verschiedenen Parkanlagen in Basel und am Rheinbord festzustellen.

## Allgemeine Abteilung

Im Berichtsjahr hatte die Allgemeine Abteilung 1'832 (1'458) neu eingehende Verfahren zu verzeichnen, wobei etwa ein Drittel dieses gegenüber dem Vorjahr um 25% erhöhten Fallaufkommens auf die per 1. Juni erfolgte Überführung des zuvor dem Kriminalkommissariat angegliederten Unfalldernats zurückzuführen ist. Auf der Erledigungsseite konnten 1'750 (1'441) Verfahren als Ausgänge verbucht werden. Die Anzahl der Pendenzen betrug per Ende Jahr noch 844 (746).

Der für die Juristinnen und Juristen mit dem Inkrafttreten des neuen Allgemeinen Teils des Strafbuches erwartete Mehraufwand hielt sich aufgrund der bereits im Vorjahr erfolgten, nicht unerheblichen Vorbereitungs- und Einführungsarbeiten zwar in erfreulichen Grenzen, allerdings waren mit Blick auf verschiedene in der Lehre umstrittene Rechtsfragen sowie redaktionelle Ungenauigkeiten des Bundesgesetzgebers zur Erwirkung erster Grundsatzurteile wiederholt Rechtsmittel einzulegen und Verfahren vor das Appellationsgericht weiterzuziehen.

Vor allem im letzten Quartal bereitete die mit Inkrafttreten des neuen Rechts aufgrund entsprechender Schlussbestimmungen verbundene Verpflichtung der Gerichte, bis Ende 2007 sämtliche unter altem Recht ausgesprochenen und noch laufenden Verwahrungen auf ihren formellen und materiellen Bestand hin zu überprüfen, den Juristinnen und Juristen erhebliche Mehrarbeit, indem Verfahren, die teilweise bereits in den 1990-er Jahren abschliessend beurteilt worden waren, zur Formulierung

von den aktuellen Bestimmungen standhaltenden und praktisch ausnahmslos persönlich vor den Schranken zu vertretenden Anträgen nochmals ausführlich studiert werden mussten.

In personeller Hinsicht wurde das im Wesentlichen in unveränderter Besetzung arbeitende Team der Abteilung durch die Eingliederung des Unfalldezernats um einen Juristen sowie einen Untersuchungsbeamten ergänzt.

### **Abteilung Wirtschaftsdelikte**

Im Berichtsjahr wurden 106 (83) Strafverfahren neu eingeleitet; abgesehen von wenigen Einzelfällen wurden die Ermittlungen auf Grund von Anzeigen von Geschädigten bzw. auf seitens der Geldwäscherei-Meldestelle weitergeleitete Verdachtsmeldungen hin aufgenommen. 109 (102) Fälle konnten im Verlauf des Jahres erledigt werden; am Jahresende waren 77 (80) Verfahren pendent. Ziemlich genau die Hälfte der neu zur Anzeige gebrachten Fälle entfiel auf den eigentlichen Kernbereich der von der Abteilung zu bearbeitenden Straftatbestände, d.h. auf Fälle von Betrug, Veruntreuung, ungetreuer Geschäftsbesorgung, Urkundenfälschung sowie auf Konkursdelikte. Etwa ein Fünftel der Fälle betraf den Bereich der Sozialversicherungs-Gesetzgebung. Konstant hoch war die Zahl der auf Meldungen von Finanzintermediären hin neu eingeleiteten Geldwäscherei-Verfahren. Die Strafanzeigen aus dem Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes sind im Berichtsjahr zurückgegangen; für 2008 wird bei diesen Delikten im Hinblick auf die zum Teil in Basel durchgeführte Fussball-Europameisterschaft und die mit solchen Ereignissen erfahrungsgemäss einhergehenden Urheberrechts-Verletzungen (zum Nachteil der UEFA und von Herstellern von Markenprodukten) allerdings mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen sein.

Bei den Rechtshilfeverfahren ist die Zahl der neu eingegangenen Verfahren mit 63 (53) Fällen wieder etwas angestiegen. 53 Fälle betreffen ausländische Ersuchen; 31 dieser Ersuchen wurden von Justizbehörden aus Deutschland gestellt. Festzustellen ist, dass vermehrt Nachtragsersuchen zu bereits erledigten Rechtshilfefällen gestellt wurden. Das bedeutet jedes Mal, dass Verfahrensleiter und Sachbearbeiter in der nämlichen Angelegenheit erneut tätig werden müssen und dass das ganze Prozedere gemäss Rechtshilfegesetz, vor allem der Erlass von entsprechenden Eintretens- und Schlussverfügungen, somit in einem einzigen Fall doppelt oder sogar mehrfach, abzuwickeln ist.

Auch 2007 musste für die Abteilung – infolge altershalber erfolgter Austritte der Staatsanwälte Emil Jecker und des stellvertretenden Abteilungsleiters Alfred Hausmann per Ende 2007 bzw. per Ende Februar 2008 – Personal rekrutiert werden. Als Nachfolger der bisherigen Stelleninhaber konnten zwei Juristen aus einem Nachbarkanton gefunden werden, die bereits in der Strafverfolgung tätig sind und über praktische Erfahrungen bei der Bearbeitung von Wirtschaftsdelikten verfügen.

Am Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik der HSW Luzern ist im Winterhalbjahr 2006/07 erstmals ein berufsbegleitender Weiterbildungskurs in Financial Investigation (je ein Tag pro Woche) durchgeführt worden, der speziell für Polizeibeamte konzipiert ist, die mit der Bearbeitung von Wirtschaftsdelikten befasst sind. Ein Kriminalkommissär der Abteilung hat diesen Lehrgang (Hauptfächer: Rechnungswesen, Betriebswirtschaft und Recht) absolviert und mit einem guten Prüfungsergebnis abgeschlossen. Ein weiterer Kriminalist der Abteilung ist zur Zeit Teilnehmer am zweiten Kurs des CCFW mit dem gleichen Lehrangebot.

### **Jugendanwaltschaft**

**Allgemeines** Am 1. Januar 2007 trat das neue Jugendstrafrecht mit einer Vielfalt von neuen Sanktionsmöglichkeiten und Kombinationen in Kraft. Dies erlaubte noch sehr viel individueller auf die Notwendigkeiten bei einzelnen Jugendlichen zu reagieren, was auch genutzt wurde. Das Fazit ist überwiegend positiv. Probleme bereitet die Trennung in der Untersuchungshaft bei Gruppendelinquenten (von einander und von Erwachsenen). Andere Kantone haben kaum Plätze dafür zur Verfügung.

Ein heikles Thema im vergangenen Jahr war die präventive Wegweisung von gewaltbereiten Jugendlichen anlässlich der Herbstmesse vom Kasernenareal. Dieses Thema wurde zunächst politisch

und medial hochgekocht, danach aber wurde den Bestrebungen der Jugendanwaltschaft durch eine Mehrheit der Bevölkerung Sympathie entgegengebracht. Letztlich scheint der Sinn der Aktion nicht mehr bestritten.

Die Präventionsarbeit der Jugendanwaltschaft richtete sich vor allem an die Lehrkräfte vom Kindergarten bis zur WBS. In Vorträgen wurden geeignete Vorgehensweisen bei Gewalt- und Sexualdelikten vorgestellt und Unterstützung angeboten. Gegen 500 Arbeitsstunden wurden 2007 in die Prävention investiert. Diese Vortragsreihe wird vor der EURO 08 abgeschlossen werden.

### **Arbeitsbelastung**

**Unmündige als Angeschuldigte** Die tiefen Zahlen 2006 bei den eingegangenen Anzeigen wurden 2007 nur leicht übertroffen. 1'518 Anzeigen im Berichtsjahr bedeuten eine Zunahme um 90 Anzeigen (2006:1'428; 2005:1'639; 2004:2'415; 2003:2'249). Die in den Anzeigen enthaltene Zahl von Delikten stieg in etwa gleichem Verhältnis (1'942 statt 1'838).

2007 wurden 110 (75) vertiefte Abklärungen zur Person durch den Sozialbereich der Jugendanwaltschaft eingeleitet. Dies spiegelt wider, dass vermehrt schwierige persönliche Situationen bei Jugendlichen festzustellen waren.

Abgeschlossen wurden im Berichtsjahr 1'318 (1'082) Verfahren mit 1'777 (1'475) Anzeigen und 1'449 (1'276) Angeschuldigten. Unerledigt waren Ende 2007 202 (199) Verfahren mit 271 (285) Angeschuldigten und 495 (358) Anzeigen.

Die Jugendanwältin und die Jugendanwälte führten 226 (207) einzelrichterliche Verhandlungen mit 277 (261) Kindern und Jugendlichen durch. Nach formeller Befragung ohne Verhandlung kam es bei 144 (156) Angeschuldigten in 106 (98) Fällen zu einem Schuldspruch und in 142 (91) Fällen zu einer Verfahrenseinstellung. Überdies wurden 532 (407) Strafbefehle erlassen. 26 (13) Angeschuldigte wurden dem Jugendstrafgericht zur Beurteilung überwiesen.

**Unmündige als Opfer von Sexualdelikten und Kindsmisshandlungen** 2007 wurden durch die Opferbefragungsgruppe 95 (95) mögliche Opfer und 13 (10) Auskunftspersonen befragt. Davon waren es in Strafverfahren wegen sexueller Belästigung 28 (35) weibliche und 1 (2) männliches Opfer, wegen sexuellen Handlungen/Vergewaltigung und sexueller Nötigung 28 (17) weibliche und 3 (13) männliche Opfer und wegen Kindsmisshandlungen 9 (8) weibliche und 8 (4) männliche Opfer, die Auskunft gaben. Hinzu kamen 17 Anzeigen, bei denen sich ein Verdacht nicht bestätigte. Insgesamt wurden 48 (56) Einvernahmen mit Videoaufzeichnungen durchgeführt. Die Zahl der Anzeigen erhöhte sich auf 74 (69).

**Entwicklungen im Jugendbereich** Innerhalb der einzelnen Deliktskategorien ergaben sich nur wenige signifikante Verschiebungen. Bei den Sachbeschädigungen war eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Die angezeigten Gewaltdelikte liegen mit 252 (218) deutlich höher. Die Sensibilisierung bezüglich Gewalt ist u.a. daran festzustellen, dass teilweise auch geringfügigstes nicht sozialadäquates Verhalten angezeigt wird. Aus Sicht der Jugendanwaltschaft ist dies sicher sinnvoller als zu lange zuzuwarten.

Nicht unerwartet kommt es nun auch bei Jugendlichen zum Ausnutzen des World Wide Web für allerlei deliktisches Verhalten. Von Drohungen und Beleidigungen bis hin zu Betrügen werden die technischen Möglichkeiten missbraucht.

Nach Jahren wird der Konsum harter Drogen (Kokain!) durch Jugendliche wieder auffällig. Sorgen macht auch der erhebliche, teilweise exzessive Alkoholkonsum durch einzelne Jugendliche. Alkohol enthemmt nicht nur Täter, sondern führt auch zu einer grösseren Gefahr Opfer einer Straftat zu werden, da natürliche Abwehrmechanismen verringert oder ganz ausgeschaltet sind. Hier müssen mit Augenmass griffige Massnahmen gefunden werden, mit welchen auch die Eltern in die Pflicht genommen werden können. Grosse Probleme bereitet bei allen Suchtkrankheiten das schweizweite Fehlen von eng geführten spezialisierten Institutionen für akut gefährdete Konsumentinnen und Konsumenten legaler oder illegaler Substanzen. Ein rasches und vor allem nachhaltiges Bekämpfen der hohen Gefährdung wird damit unmöglich. Hier ist dringendes Handeln gefordert.

## 11.2 Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen

**Rechtsgrundlagen** In Anwendung von Art. 11 des Bundesgesetzes über Gleichstellung von Frau und Mann vom 24. März 1995 (GIG) besteht eine dem Zivilgericht vorgeschaltete Schlichtungsstelle. Sie berät die Parteien und versucht, eine Einigung herbeizuführen, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann. Das kantonale Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 26. Juni 1996 (EG GIG) erklärt in §4 die vorgängige Anrufung der Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten aus privat- und öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnissen als obligatorisch.

**Konstituierung und Zusammensetzung der Schlichtungsstelle** Die Schlichtungsstelle ist paritätisch (Vertreter/-innen von Arbeitnehmenden, Arbeitgebenden, Verwaltung) zusammengesetzt. Sie tagt in Dreierbesetzung unter dem Vorsitz der Präsidentin oder der Vizepräsidentin in Anwesenheit der Schreiberin.

**Verhandlungen und Beratungen** Zu Jahresbeginn waren die beiden sistierten, aus dem Jahre 2002 stammenden Verfahren (2006: 2 Verfahren) pendent. Hinzu kamen fünf neuen Fälle (2006: 2 Fälle).

Die zwei aus dem Jahre 2002 stammenden, vereinigten Verfahren sind auf Antrag der Parteien immer noch sistiert. Ebenfalls sistiert ist der Fall 3/07, bis das Zivilgericht über eine vorsorgliche Massnahme (Wiedereinstellung) entschieden hat.

Der erste Fall aus dem Jahr 2007 betraf ein öffentlichrechtliches Arbeitsverhältnis. Die Klägerin machte eine diskriminierende Kündigung wegen Schwangerschaft und Mutterschaft geltend. Der Fall konnte durch Vergleich (Entschädigung: 2 Monatslöhne) erledigt werden. In den übrigen Fällen aus dem Jahr 2007 handelt es sich um privatrechtliche Arbeitsverhältnisse. Im Fall 2/07 machte ein männlicher Arbeitnehmender sexuelle Belästigung durch seine Vorgesetzte sowie Diskriminierung bei der Beförderung geltend. Mangels überzeugender Begründung/Glaubhaftmachung der Ansprüche konnte den Parteien von der Schlichtungsstelle kein Vergleich unterbreitet werden. Im Fall 4/07 machte eine schwangere Arbeitnehmende eine diskriminierende Kündigung vor Stellenantritt geltend. Der Fall konnte durch Vergleich (pauschale Entschädigung von CHF 10'000.-, ca. 1.5 Monatslöhne) erledigt werden. Der letzte Fall aus dem Jahr 2007 betraf die Tatbestände Lohndiskriminierung und anschliessende missbräuchliche (Rache-) Kündigung. Auch in diesem Fall konnten sich die Parteien einigen (pauschale Entschädigung: CHF 7'000.-, ca. 1 Monatslohn).

Die Schlichtungsstelle hat wiederum Ratsuchende in Gleichstellungsfragen beraten.

**Erfahrungsaustausch** Der Erfahrungsaustausch zwischen den Schlichtungsstellen und den Gleichstellungsbüros der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde auch in diesem Jahr fortgeführt.

Die Schlichtungsstellen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft aktualisierten in Zusammenarbeit mit den beiden kantonalen Gleichstellungsbüros ihren Faltprospekt und legten ihn neu auf. Der neue Flyer enthält die wichtigsten Informationen und Anlaufstellen und ist ansprechend gestaltet.

## 11.3 Rekurskommissionen

### 11.3.1 Baurekurskommission

Im Berichtsjahr gingen 130 neue Rekurse ein (2006: 109). Die Baurekurskommission fällte 64 Kommissions- und neun Präsidialentscheide. Seit Bestand der Kommission als verwaltungsunabhängige Rekursinstanz hat die Anzahl der Entscheide deutlich zugenommen. Von 64 Kommissionsentscheiden gingen 21 aus Nachbarrekursen hervor. Elf Kommissionsentscheide betrafen Mobilfunkanlagen. Nachbarrekurse gegen Mobilfunkantennen sind regelmässig Sammelrekurse mit zahlreichen Rekurrierenden. In vier Fällen waren Verfügungen über verlängerte Öffnungszeiten von Gastgewerbebetrieben zu beurteilen. Ein Rekursverfahren dauerte durchschnittlich gut sechs Monate von der Rekursanmeldung bis zum Versand des Entscheids.

### 11.3.2 Psychiatrie-Rekurskommission

Im Berichtsjahr gingen bei der Psychiatrie-Rekurskommission 152 Rekurse gegen die Anordnung einer fürsorgerischen Freiheitsentziehung ein, wovon sieben mit einer Beschwerde gegen die medikamentöse Behandlung verbunden waren. Weiter reichten die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) 20 Anträge auf Verlängerung der angeordneten fürsorgerischen Freiheitsentziehung ein. Vier bei der Kommission eingegangene Beschwerden betrafen ausschliesslich die medikamentöse Behandlung. Von den insgesamt 176 eingegangenen Rekursen, Beschwerden und Verlängerungsanträgen der Klinik wurden 62 ohne Kommissionsentscheid erledigt (Austritt des Patienten/der Patientin vor der Verhandlung der Rekurskommission, Rückzug des Rekurses, der Beschwerde und des Verlängerungsantrags, Präsidialentscheid, fehlende Zuständigkeit). Über 114 Rekurse sowie über 20 Verlängerungsanträge der Klinikentschied die Psychiatrie-Rekurskommission an insgesamt 72 Verhandlungstagen. 66 Rekurse wurden von der Kommission abgelehnt, 20 Rekurse wurden gutgeheissen und in Bezug auf sechs weitere Rekurse wurden Abschreibungsentscheide getroffen. Von den 20 zu behandelnden Verlängerungsanträgen der UPK hiess die Kommission 18 gut. Von den insgesamt neun von der Rekurskommission behandelten Beschwerden gegen die medikamentösen Behandlung wurden fünf abgewiesen. Zwei Beschwerden wurden ganz oder teilweise gutgeheissen und in Bezug auf zwei Beschwerden erfolgten Abschreibungsentscheide.

### 11.3.3 Steuerrekurskommission

Die Steuerrekurskommission fällte im Berichtsjahr - inklusive den zusammengelegten Verfahren - 82 Rekurs- und Beschwerdeentscheide (Vorjahr 69). In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind die Verfahren, welche das Präsidium der Steuerrekurskommission mit Abschreibebeschlüssen (infolge Rückzugs, Wiedererwägung durch die Steuerverwaltung, Nichtleistens des Kostenvorschusses und dergleichen) erledigt hat. Per 1. Januar 2008 lassen sich bei der Steuerrekurskommission folgende Pendenzen feststellen:

	Berichtsjahr 2006			Berichtsjahr 2007			
	30.04.2006	31.08.2006	31.12.2006	30.04.2007	31.08.2007	31.12.2007	
Kategorie A	20	23	20	22	8	17	<sup>1</sup>
Kategorie B	90	55	22	40	20	12	<sup>2</sup>

#### Kommentar

- 1 Kategorie A: Rekurse mit abgeschlossenem Schriftenwechsel, über welche die Steuerrekurskommission noch nicht entschieden hat.
- 2 Kategorie B: Rekurse, welche von der Steuerrekurskommission entschieden worden sind, jedoch noch schriftlich motiviert werden müssen.

## 11.4 Ombudsstelle

**Statistik 2007** Nebst der Schilderung von konkreten Fällen (siehe separaten Jahresbericht) können auch statistische Zahlen einiges über die Arbeit der Ombudsstelle aussagen. Im Vergleich zum Vorjahr haben wir die Statistik nur wenig ergänzt. Die Art der Fallerledigung haben wir differenzierter erfasst und dargestellt.

**Dossiers / Fallzahlen** Die Dossiers zählen wir wie im Vorjahr (Eröffnung eines Falles nach persönlichem Kontakt). Im Vergleich zum Jahr 2006 ist die Fallzahl um 10% gestiegen; zudem mussten noch die 56 Fälle aus dem Vorjahr zu einem Abschluss gebracht werden. Somit liegt die Zahl der bearbeiteten Dossiers bei 455. Dies entspricht einer Zunahme von 25% bei den bearbeiteten Fällen.

### Neue und aus dem Vorjahr übernommene Dossiers

Dossiers aus dem Vorjahr	56	7*		1
Neue Dossiers 2007	399	358*		
<b>Total bearbeitete Dossiers 2007</b>			<b>455</b>	<b>365*</b>
<b>Anfrage per Telefon</b>				
Telefonisch erledigte Anfragen			44	32*
<b>Anfragen per Mail oder Brief</b>				
Per Mail oder Brief erledigte Anfragen / Antworten			42	70*
<b>Total Fälle 2007</b>			<b>541</b>	<b>467*</b>

### Kommentar

1 Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahlen aus der Statistik 2006

### Abgeschlossene und offene Dossiers Ende 2007

Aus dem Vorjahr abgeschlossen	53	7*		1
Im laufenden Jahr abgeschlossen	364	302*		
<b>Total abgeschlossene Dossiers 2007</b>			<b>417</b>	<b>309*</b>
Offene Dossiers Ende Jahr			38	56*
<b>Total Dossiers</b>			<b>455</b>	<b>365*</b>

### Kommentar

1 Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahlen aus der Statistik 2006

### Interventionsarten der Ombudsstelle

Die im Jahre 2007 abgeschlossenen Dossiers konnten folgendermassen erledigt werden:

#### Abgeschlossene und offene Dossiers Ende 2007

Bei 30%, 15%* haben wir die Verwaltungstätigkeit überprüft	124 Dossiers	1
Bei 33, 31%* haben wir vermittelt	135 Dossiers	
Bei 35%, 40%* waren wir beraterisch tätig	147 Dossiers	
Bei 2%, 14%* handelte es sich um komplexe Mischformen	11 Dossiers	

### Kommentar

1 Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahl aus der Statistik 2006

<b>30% der Arbeit 'Verwaltungstätigkeiten überprüfen':</b>	<b>124 Dossiers *</b>
Dabei stellen wir fest, dass bei	
68% der Verwaltungstätigkeit korrekt war	84 Dossiers
13% eine individuelle Korrektur nötig war	16 Dossiers
12% eine teilweise Korrektur nötig war	15 Dossiers
7 % eine grundsätzliche Korrektur nötig war	9 Dossiers

3

**Kommentar**

\* Auch in personalrechtlicher Hinsicht

3 Eine grundsätzliche Korrektur hat die Anpassung eines bestimmten Verwaltungshandelns gegenüber einer unbestimmten Anzahl betroffener Personen zur Folge

<b>33% der Arbeit 'Vermittlungs- / Deskalationstätigkeit zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung'*</b>	<b>135 Dossiers</b>
Dabei waren	
49% der Vermittlungen erfolgreich	66 Dossiers
42% der Vermittlungen teilweise erfolgreich	56 Dossiers
9% der Vermittlungen erfolglos	13 Dossiers

**Kommentar**

\* Auch in personalrechtlicher Hinsicht

<b>35% der Arbeit 'Beratungen von Personen'</b>	<b>147 Dossiers</b>
Dabei unterscheiden wir:	
66% Beratungen zwischen Bevölkerung/Verwaltung (ext.)	98 Dossiers
34% Personalrechtliche Beratung Angestellte / Verwaltung (int.)	49 Dossiers

**2% der Arbeit**

Mischform unserer Tätigkeit (Beratung/Vermittlung/Überprüfung)	11 Dossiers
--	-------------

**Wartezeit bis zum Erstgespräch (399 neue Dossiers im 2007)**

Es ist uns wichtig, die Wartezeit bis zum ersten persönlichen Gespräch auf der Ombudsstelle möglichst kurz zu halten. Dieses Gespräch soll in der Regel innert einer Woche stattfinden. Die Prioritätensetzung hat zur Folge, dass wir nach dem Erstgespräch - falls Abklärungen und Interventionen nötig sind, eine starke Selektion nach Dringlichkeit vornehmen. So kann es etwas länger dauern, bis wir uns um gewisse Anliegen kümmern.

2%, 12%* Erstgespräch am Tag der Kontaktaufnahme	7 x
89, 76%* Erstgespräch innerhalb von 10 Tagen	356 x
9%, 12%* Erstgespräch nach 10 Tagen	36 x

**Kommentar**

\* Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahl aus der Statistik 2006

**Zeitdauer bis zur Schliessung eines Dossiers (417 Dossiers)**

Wie der obigen Statistik entnommen werden kann, erhalten Personen, die sich an uns wenden, meistens sehr kurzfristigen Termin. Wie schnell wir ein Dossier jeweils wieder schliessen können, hängt jedoch nicht nur von unseren zeitlichen Ressourcen ab. Gerade bei der Kategorie „komplexe

Mischformen“ sind meist aufwändige Abklärungen notwendig, die längere Zeit in Anspruch nehmen könne.

---

Abschlüsse der Dossiers:	
30%, 29%* innert 10 Tagen	123 Dossiers
21%, 15%* innert 30 Tagen	88 Dossiers
22%, 22%* innert 90 Tagen	94 Dossiers
27%, 19%* über 90 Tagen	112 Dossiers

---

#### Kommentar

\* Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahl aus der Statistik 2006

---

#### Aktivitäten pro abgeschlossenes Dossier (417 Fälle)

Um sich ein besseres Bild über die Arbeit der Ombudsstelle machen zu können, haben wir auch die Aktivitäten erfasst, die jeweils notwendig sind, bis ein Dossier abgeschlossen werden kann.

Bei fast 60% aller Dossiers braucht es bis zu 10 Aktivitäten unsererseits, damit wir die Arbeit als abgeschlossen betrachten können. Bei einem Viertel der Dossiers braucht es jedoch umfangreiche Abklärungen und Interventionen, damit wird zu einem Abschluss kommen können. Dies kann bei der Abklärung von Verwaltungshandeln, bei der Vermittlungs- und Deeskalationstätigkeit und bei den komplexen Mischformen der Fall sein. Immerhin können 15% der Fälle nach nur einem Kontakt abgeschlossen werden. Dies betrifft oft Beratungsgespräche.

---

15%, 20%* einmaliges Gespräch bis zum Abschluss	62 x
58%, 50%* 2 bis 10 Aktivitäten bis zum Abschluss	239 x
26%, 29%* 11 bis 50 Aktivitäten bis zum Abschluss	110 x
1%, 1%* mehr als 50 Aktivitäten bis zum Abschluss	6 x

---

#### Kommentar

\* Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahlen aus der Statistik 2006

---

#### Im Jahr 2007 eröffnete Dossiers, nach Departementen und anderen öffentlich-rechtlichen Organisationen aufgeteilt (399 Dossiers)

Wirft man einen Blick auf die Verteilung unserer Dossiers auf die Departemente, so fallen insbesondere das Sicherheitsdepartement, das Wirtschafts- und Sozialdepartement und die Bürgergemeinde (Sozialhilfe) mit jeweils mehr als 10% auf. Diese Teile der Verwaltung haben in sensiblen Bereichen intensive Publikumskontakte: Beim Sicherheitsdepartement fallen Fragen im Zusammenhang mit Aufenthaltsregelungen und Kontakten zwischen Bevölkerung und Polizei an, beim Wirtschafts- und Sozialdepartement stehen Fragen im Zusammenhang mit Berechnungen von Ergänzungsleistungen, KK-Verbilligungen etc. im Vordergrund und bei der Sozialhilfe geht es insbesondere um die Existenzsicherung. Bei diesen zum Teil existenziellen Fragestellungen reagieren Betroffene sehr sensibel und wollen sich absichern, ob wirklich alles mit rechten Dingen zugeht. Beim Gesundheitsdepartement stehen personalrechtliche Fragen im Vordergrund.



**Baudepartement: 6%, 6%\***

Externe Dossiers	18 Dossiers
Interne Dossiers	5 Dossiers
<b>Total</b>	<b>23 Dossiers</b>

**Erziehungdepartement: 7%, 9%\***

Externe Dossiers	12 Dossiers
Interne Dossiers	16 Dossiers
<b>Total</b>	<b>28 Dossiers</b>

**Finanzdepartement: 8%, 12%\***

Externe Dossiers	31 Dossiers
Interne Dossiers	2 Dossiers
<b>Total</b>	<b>33 Dossiers</b>

**Gesundheitsdepartement: 12%, 6%\***

Externe Dossiers	19 Dossiers
Interne Dossiers	27 Dossiers
<b>Total</b>	<b>46 Dossiers</b>

**Justizdepartement: 8%, 9%\***

Externe Dossiers	27 Dossiers
Interne Dossiers	5 Dossiers
<b>Total</b>	<b>32 Dossiers</b>

**Wirtschafts- und Sozialdepartement: 10%, 12%\***

Externe Dossiers	38 Dossiers
Interne Dossiers	3 Dossiers
<b>Total</b>	<b>41 Dossiers</b>

**Sicherheitsdepartement: 24%, 24%\***

Externe Dossiers	88 Dossiers
Interne Dossiers	7 Dossiers
<b>Total</b>	<b>95 Dossiers</b>

**Andere öffentlich-rechtliche Institutionen: 14%, 14%\***

(Pensionskasse, BVB, IV Ausgleichskasse, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Uni, FHNW, Finanzkontrolle, Jugendanwaltschaft, Motorfahrzeugprüfstation, (+ OeKK)

Externe Dossiers	51 Dossiers
Interne Dossiers	5 Dossiers
<b>Total</b>	<b>56 Dossiers</b>

**Bürgergemeinde (Sozialhilfe): 11%, 8%\***

Externe Dossiers	45 Dossiers
Interne Dossiers	0 Dossiers
<b>Total</b>	<b>45 Dossiers</b>

**Kommentar**

\* Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahl aus der Statistik 2006

### Alterskategorie neue Dossiers (399)

1%, 1%* bis 20 Jahre alt	5 Personen
9%, 7%* 21 - 30 Jahre alt	36 Personen
37%, 38%* 31 - 50 Jahre alt	146 Personen
22 %, 32%* 51 - 65 Jahre alt	88 Personen
6%, 11%* über 65 Jahre alt	22 Personen
25%, 26%* keine Altersangabe	102 Personen

#### Kommentar

\* Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahl Statistik 2006

### Geschlechtsverteilung neue Dossiers (399)

44%, 43%* Frauen	177 Frauen
51%, 52%* Männer	201 Männer
5%, 5%* Paare / Juristische Personen	21

#### Kommentar

\* Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahl mit der Statistik 2006

### Weiterverweisungen

Wie auch im letzten Jahr haben wir einen Teil der Arbeit unserer Sekretariats-Mitarbeiterinnen in unsere Statistik aufgenommen. Ihre Aufgabe ist, im Gespräch am Telefon oder bei unangemeldetem Erscheinen auf der Ombudsstelle, herauszufinden, ob wir für die Angelegenheit zuständig sind oder nicht. Diese Tätigkeit erfordert viel Zeit und Fingerspitzengefühl. Die Zuständigkeit liegt bei vielen Fragen nicht auf der Hand.

Es ist uns ein grosses Anliegen, die Leute möglichst an die richtigen Institutionen weiter zu weisen, falls wir nicht zuständig sind. Sie sollen mit ihrem Anliegen als nächstes definitiv an den richtigen Ort gelangen.

Personen, die nach telefonischer, schriftlicher oder persönlicher Anfrage mangels Zuständigkeit der Ombudsstelle an andere Stellen weiter gewiesen werden müssen 223 Anfragen (184 Anfragen im 2006).

### Neue Dossiers intern / extern

Wie bereits erwähnt, wenden sich auf der einen Seite Personen an uns, die Fragen oder Beschwerden im Zusammenhang mit der öffentlichen Verwaltung haben. Diese Dossiers bezeichnen wir als „externe Dossiers“. Sie machen ca. 80% unserer Arbeit aus. Bei den sogenannten „internen Dossiers“ handelt es sich auf der anderen Seite fast ausschliesslich um Dossiers im Zusammenhang mit personalrechtlichen Fragen von Mitarbeitenden der Verwaltung und anderen staatlichen Institutionen, die in den Wirkungsbereich der Ombudsstelle gehören. Diese Personen wenden sich nicht an die Personalabteilungen der Departemente, weil sie befürchten, diese vertreten einseitig die Interessen des Staates als Arbeitgeber. Sie möchten durch ein Gespräch auf der Ombudsstelle abklären, welches ihre Möglichkeiten, ihre Rechte und Pflichten sind.

---

82%, 79%* der neuen Dossiers sind extern (Bevölkerung / Verwaltung)	329 Dossier
18%, 21%* der neuen Dossiers sind intern (personalrechtliche Fälle)	70 Dossiers

---

**Kommentar**

\* Zahlen mit \* betreffen immer Vergleichszahlen aus der Statistik 2006

---

## 11.5 Datenschutz-Aufsicht Basel-Stadt Jahresbericht 2007

Der Datenschutzbeauftragte hat im vergangenen Jahr zahlreiche Themen, Unterlagen und Dokumente behandelt; namentlich seien erwähnt:

- Mitwirkung bei der beschlossenen Totalrevision des baselstädtischen Datenschutzgesetzes (muss gemäss Grossratsbeschluss vom 29.6.05 bis Ende 2008 vorliegen). Die vorgesehene Einführung des Öffentlichkeitsprinzips in der Verwaltung aufgrund der neuen Kantonsverfassung wird zum Anlass genommen, das Datenschutzgesetz zu einem Informations- und Datenschutzgesetz auszuweiten.
- Mithilfe bei der Vorbereitung einer vorgezogenen Teilrevision des Datenschutzgesetzes BS im Hinblick auf die Umsetzung der Richtlinien für Schengen/Dublin aufgrund der Zustimmung zu den Bilateralen II. Anfang 2008 wird die EU die Schengen/Dublin-Konformität der Schweiz prüfen (insbes. in den Bereichen Polizei und Datenschutz).
- Mitwirkung bei der Erarbeitung von Datenschutz-Richtlinien in kantonalen Betrieben.
- Mitarbeit in den kantonalen Fachkommissionen „Informationslogistik“ und „Informatik-Sicherheit“ der Informatik-Konferenz.
- Mitarbeit beim Projekt „Bewilligungswesen“.

Der Datenschutzbeauftragte hat ferner zahlreiche neue und bestehende Autorisierungen im Zusammenhang mit Zugriffen auf Datensammlungen via Datenmarkt beurteilt. Dabei handelte es sich oft um die nur wenig veränderte Erneuerung bestehender Zugriffsberechtigungen.

Im Übrigen widmete er sich vor allem folgenden Aufgaben, die teilweise allerdings wegen ungenügender Ressourcen zu kurz kamen.

- Beratung und Unterstützung von Amtsstellen sowie von Bürgerinnen und Bürgern, Behandlung zahlreicher telefonischer und schriftlicher Anfragen sowie Bearbeitung von Beschwerden, Stellungnahmen an öffentliche Organe und zu Anliegen von Privatpersonen, sowie Kurse, Instruktionen und Referate bei Amtsstellen und angegliederten Institutionen.
- Prüfung mehrerer Gesuche für die Installation oder Erweiterung von Video-Überwachungsanlagen im öffentlichen Raum.
- Mitwirkung bei verschiedenen EDV-Projekten bezüglich Datenschutz und -sicherheit.
- Regelmässige Aussprachen mit der ZID zu Informatik-Themen.
- Stellungnahme zu EDV-Projekten und -Kreditvorlagen der Departemente an den Regierungsrat bzw. Grossen Rat bezüglich Datenschutz/Datensicherheit.
- Wahrnehmung der Aufsicht über den Datenschutz bei der Bürgergemeinde Basel (im Sinne von §§26 ff. Datenschutzgesetz).
- Die Nachführung des Zentralen Registers der Datensammlungen in der kantonalen Verwaltung wurde im Hinblick auf die anstehende Verwaltungsreorganisation RV09 sistiert.
- Kontrollbesuche und Gespräche bei einzelnen Behörden und Amtsstellen im Rahmen der Aufsichtsfunktion, u.a. auch im Bereich Staatsschutz.
- Mitwirkung in Gremien/Arbeitsgruppen der schweizerischen Vereinigung aller kantonalen Datenschutzbeauftragten ("privatim").
- Kooperation mit den Datenschutzbeauftragten der Nachbarkantone.

## 11.6 Immobilienbericht Finanzvermögen

Kategorie	Anzahl	Anzahl	Abweichung (A.07-A.06)	Marktwert in Mio. CHF		
	(2007)	(2006)		31.12.2007	31.12.2006	(M.07-M.06)
Baurechte	335	333	2	556.7	541.4	15.3
Liegenschaften	240	234	6	625.7	568.3	57.4
Grünflächen	560	547	13	87.2	66.8	20.4
<b>Total</b>	<b>1'135</b>	<b>1'114</b>	<b>21</b>	<b>1'269.6</b>	<b>1'176.4</b>	<b>93.1</b>

Per 31.12.2007 erfolgte zum zweiten Mal die Bewertung der Immobilien im Finanzvermögen nach den neuen Bewertungsmethoden. Die Anlageobjekte bei den Baurechten und Liegenschaften wurden nach der DCF-Methode (Discounted Cashflow - Methode) bewertet. Erstmals erfolgte die Bewertung der Grünflächen nach der Vergleichswert-Methode (nach dem zonenabhängigen Landwert). Dadurch fand eine Aufwertung um knapp CHF 20 Mio. statt. Neu werden die Immobilien in drei (anstelle von bisher vier) Kategorien eingeteilt. Diese Kategorisierung ermöglicht einen einfachen Überblick über die drei Arten von Immobilien: Baurechte (enthalten Boden), Liegenschaften (enthalten verschiedene Arten von Gebäuden) und Grünflächen (enthalten diverse Areale).

Der Gesamtwert der Immobilien im Finanzvermögen beträgt per Ende 2007 CHF 1'269.9 Mio. und ist damit gegenüber dem Vorjahr um CHF 93.1 Mio. gestiegen. Der Grund liegt vor allem im Bewertungsmethodenwechsel der Grünflächen, den getätigten Sanierungsinvestitionen und in Portfoliozugängen (neu aufgenommene Liegenschaften, Heimfall von Baurechten).

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung (R07 / B07)	
	2007	2007	2006	absolut	%
1.1 Einnahmen Brutto-Soll	74'906	70'387	71'745	4'519	6.4%
1.2 Baurechtsabgaben	22	1	22	21	3423.6%
1.3 Leerbestände	3'386	3'490	3'936	-103	-3.0%
1.4 Ertragsausfälle	215	258	314	-43	-16.8%
<b>Brutto-Ist-Ertrag</b>	<b>71'285</b>	<b>66'641</b>	<b>67'473</b>	<b>4'644</b>	<b>7.0%</b>
2 Betriebskosten	10'954	11'957	12'101	-1'003	-8.4%
3 Ordentlicher Unterhalt	6'152	6'495	6'514	-344	-5.3%
4 Werterhaltende Investitionen	11'209	20'325	5'232	-9'116	-44.8%
<b>Immobilienenerfolg</b>	<b>42'971</b>	<b>27'863</b>	<b>43'627</b>	<b>15'107</b>	<b>54.2%</b>
5 Wertvermehrnde Investitionen	22'676	19'625	8'696	3'051	15.5%
6 Realisierte Verkaufsgewinne	984	4'000	5'997	-3'016	-75.4%
<b>Cashflow vor FK-Kosten</b>	<b>21'279</b>	<b>8'238</b>	<b>40'927</b>	<b>13'041</b>	<b>158.3%</b>
Netto-Cashflow-Rendite	3.43%	0.69%	4.24%	2.74%	398.0%
Wertveränderung	10'501	20'325		-9'824	-48.3%
<b>Wertveränderungsrendite</b>	<b>0.84%</b>	<b>1.76%</b>	<b>0.45%</b>	<b>82.24%</b>	<b>4680.9%</b>
Reingewinn total (ohne 5. WV)	9'105	8'938		166	1.9%
<b>Total Return</b>	<b>4.27%</b>	<b>2.45%</b>	<b>4.68%</b>	<b>1.82%</b>	<b>74.6%</b>
Total Investitionen (Konten 4+5)	33'885	39'950	13'929	-6'065	-15.2%

Die Einnahmen Brutto-Soll liegen ca. CHF 4.5 Mio. über Budget. Dies wird durch Zuwachs des Portfolios, angepasste Baurechtsverträge und Neuvermietungen verursacht. Der Immobilienenerfolg beträgt CHF 15.1 Mio. mehr als budgetiert. Dies wird ebenfalls durch den Zuwachs des Portfolios (höhere Brutto-Soll-Einnahmen) und tiefere werterhaltende Investitionen verursacht. Letzere werden teilweise durch einen höheren Aktivierungssatz und dadurch höhere wertvermehrnde Investitionen ausgeglichen. Die Netto-Cashflowrendite (Nettorendite) liegt aufgrund der hohen Investitionen bei 3.43% während die Wertänderungsrendite aufgrund der getätigten Investitionen bei 0.84% liegt. Somit beträgt der Total Return 4.27%. Gegenüber dem Vorjahr konnten sämtliche Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung bis hinab zum ordentlichen Unterhalt insgesamt um CHF 5 Mio. verbessert werden. Es wurden fast CHF 20 Mio. mehr investiert und weniger Verkäufe getätigt als 2006.

## **12 Das Inhaltsverzeichnis der CD-ROM**

## Das Inhaltsverzeichnis der CD-ROM

---

1	Jahresbericht 2007
2	Anhang zur Staatsrechnung
2.1	Kostenartengliederung
2.1.1	Gesamtkanton
2.1.2	Grobübersicht Departemente
2.1.3	Detailübersicht Departemente
2.1.4	Detailübersicht Dienststellen
2.2	Instutionelle Gliederung
2.3	Inhaltliche Gliederung
2.4	Funktionale Gliederung
3	Spezialberichte
3.1	Langsamverkehr
3.2	Statistik Gerichte
3.3	Rechtsprechung
<b>3.4</b>	<b>Strafgericht</b>

---

